



Jg. 9 Nr. 164 15.10.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

Arbeiterkampf

150.000 in Bonn



150.000 in Bonn, am 14. Oktober 1979. Das war die größte Demonstration in der westdeutschen Nachkriegszeit gegen die „friedliche“ und militärische Nutzung von Atoanlagen. siehe unseren Bericht auf S. 3

Bunte und Grüne 1980 getrennt verlieren?

Der Bremer Wahlerfolg ist weithin als „Durchbruch“ für die Grünen Listen kommentiert worden. Selbst mit Blick auf die Bundestagswahlen 1980 mag niemand mehr von der Aussichtslosigkeit eines „grünen“ Gegenpols zu den etablierten Parteien ausgehen. Die „Veränderung der Parteienlandschaft“, die sich erstmals in den niedersächsischen Landtagswahlen und bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 1978 andeutete, ist als Tatsache allgemein anerkannt.

Der Bremer Wahlerfolg der Grünen bedeutet aber zugleich eine Verschlechterung der Chancen für eine gemeinsame Kandidatur von Grünen, Buntten und Alternativen Listen zur Bundestagswahl. Denn der Bremer Wahlerfolg gibt scheinbar denjenigen Kräften bei den Grünen recht, die – wie in Bremen – auf Trennung von den Kommunisten (und denen, die mit Kommunisten zusammenarbeiten) und auf Gewinnung rechter, „konservativer“ Protestwähler orientieren. Immerhin hat ihnen dieses Rezept in Bremen nicht nur den Einzug ins Parlament, sondern auch anerkennendes Schulterklappen der etablierten Parteien eingebracht. Befürworter eines solchen betont antikomunistischen, dafür nach rechts hin weit offenen Konzepts finden sich vor allem in der GAZ des ex-CDU'ers Gruhl, aber auch bei den Landesverbänden der Grünen und sogar bei den linken Wahlhelfern der Grünen um Dutschke, Heinz Brandt und Horaczek.

DGB-Kniefall vor Strauß

Die CSU hat ein Thema in der Auseinandersetzung mit dem DGB: die „kommunistische Unterwanderung“. Sie wird in allen Varianten fast täglich zitiert. Für CSU-Generalsekretär Stoiber ist der DGB „kommunistisch erheblich unterwandert“ („Bild am Sonntag“, 23.9.); schlimmer Schaden steht bevor: „Bis zur Bundestagswahl werden viele Arbeitsstunden ausfallen, weil in deutschen Betrieben kommunistisch agitiert wird“.

Für Stoiber ist die Sache klar: „Der DGB sollte sich schleunigst von seinen kommunistischen Mitgliedern trennen. So könnte er zeigen, daß er auf dem Boden der demokratischen Grundordnung steht“. Sein Kollege Zimmermann hatte eine Woche zuvor in der gleichen Zeitung gefordert, man müsse die DGB-Führung „ermuntern, die kommunistische Gefahr beim Namen zu nennen, um solche Leute als Verfassungsfeinde auszuschließen“ („BamS“, 16.9.).

Stoiber entwirft Pläne zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft, für verstärkte Gründungen christlicher Gewerkschaften.

Gewerkschaftstag der CSU-orientierten Sekte CGB – „Christlicher Gewerkschaftsbund“ – Mitte September: Heftige Kritik wird an der CDU geübt, sie sei zu einseitig am DGB orientiert. CDU-Generalsekretär Geißler beteuert: Wir von der CDU sind für gewerkschaftlichen Pluralismus. Dann aber kommt das Telegramm aus München. Franz Josef läßt grüßen: Die CSU habe als „einzige demokratische Partei in unserem Land in ihrem Programm ein klares Bekenntnis zum Gewerkschaftspluralismus abgelegt“ („FR“, 17.9.). Der christlich-gewerkschaftlich gefüllte Saal tobt vor Begeisterung.

DAG-Bundeskongreß am 8. Oktober. CSU-Vize Dollinger schwört: „Die CSU bekennt sich zur gewerkschaftlichen Pluralität. Und das heißt, es gibt für uns eben nicht nur den DGB, sondern auch DAG, Beamtenschaft und christliche Gewerkschaften“ („FAZ“, 9.10.).

Die CSU läßt wahrlich keine Gelegenheit ungenutzt, durch massives Trommelfeuer gegen den DGB die Rechtsentwicklung zu beschleunigen. Wer in den Gewerkschaften will ernstlich bezweifeln, daß das Programm von Strauß zutiefst arbeiter- und gewerkschaftsfeindlich ist?

Doch was passiert in der Spitze des DGB? Da geschieht am 10. Oktober 1979 ein historischer Augenblick: DGB-Chef Vetter, mit einer Vorstandsdelegation im Gefolge, macht dem CSU-Chef und Kanzlerkandidaten Strauß in München seine Aufwartung. Strauß sagt hinterher gegenüber der „Bild“: Es gab „überhaupt keinen Unterschied zwischen Vetter und mir“ (11.10.). Es habe zwar auch Meinungsverschiedenheiten gegeben, doch selbst in der Frage der Kommunisten im DGB habe Vetter „klar umrissen, wo die Toleranz des DGB endet“ („Hamburger Abendblatt“, 11.10.). Auch „in der Beurteilung der Kernenergie“ habe es „Berührungspunkte“ gegeben („FAZ“, 11.10.). Die Harmonie ging so weit, daß Strauß als „Zeichen des guten Willens“ den für den 1. Dezember vorgesehenen „Gewerkschaftskongreß der CSU (mit dem dem DGB die Gewerkschaftsspaltung angedroht wurde)“ absagte; der DGB-Kniefall war offensichtlich tief genug. Ja, man war sogar so lieb, daß CSU-Dollinger vorschlug, das nächste Treffen noch in diesem Jahr in der Düsseldorf-DGB-Zentrale abzuhalten.

Was muß seitens der Reaktion noch alles passieren, bis in den DGB-Vorstandsetagen Widerstand geleistet wird? Nicht Widerstand, Anpassung ist Trumpf. Die CSU schreit „Unterwanderung“, der DGB rea-

giert: Eine neue Welle von Antikommunismus rollt durch die Gewerkschaften. Was will denn der Strauß, sagt IGM-Chef Loderer, weiß er denn

Fortsetzung auf Seite 3

Bahro und Hübner sind frei!

Im Zuge der Amnestie zum 30. Jahrestag der DDR wurden der kritische Autor Rudolf Bahro und der Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner am 11. Oktober aus der Haft entlassen. Die Amnestie hebt die Verurteilung nicht auf, sondern setzt sie auf drei Jahre 'zur Bewährung' aus. Bei Fortsetzung einer oppositionellen Tätigkeit in der DDR wäre also eine erneute Verhaftung möglich. Mit den Strafrechtsverschärfungen vom Sommer dieses Jahres hat sich die DDR ein Instrument geschaffen, mit dem sie amnestierte politische Gegner jederzeit für Jahre wieder hinter Gitter schicken kann, wenn diese sich nicht im Sinne des Regimes „bewähren“. Bahro und Hübner können sich zwar in der DDR einigermaßen frei bewegen, haben aber die Auflage erhalten, jeden Kontakt mit westlichen Massenmedien zu vermeiden. Unklar ist, ob man sie an der Ausreise aus der DDR hindern will (Nico Hübner hat schon früher seine Absicht geäußert, in die BRD oder nach Westberlin zu emigrieren) bzw. ob sie abgeschoben werden sollen (Bahro hat erklärt, daß er in der DDR bleiben will). Nach letzten Informationen soll es beiden freigestellt sein, die DDR zu verlassen oder dort zu bleiben.

Die Freilassung von Bahro und Hübner an sich verbessert selbstverständlich nicht die Lage von Kriegsdienstverweigerern oder kritischen Autoren in der DDR. Bahro z.B. wird wohl zunächst nur die „Wahl“ haben, in der DDR zu bleiben und dort zu schweigen, oder die DDR zu verlassen. Trotzdem kann diese Amnestie vielleicht auch dazu beitragen, die Furcht vor dem Regime abzubauen und die demokratische Opposition kühner werden zu lassen. Schließlich liegt der tiefere Grund für die Freilassung von Bahro und Hübner ja nicht in einem Jubiläumsdatum des Kalenders, sondern in der Tatsache, daß insbesondere die internationale Reaktion auf die Verurteilung Bahros die Nachteile einer solchen Behandlung der Opposition für das Regime deutlich gemacht hat.

Es mag allenfalls sein, daß die Rechnung aufgeht, mit einer derart nach links abgeschotteten Grünen Liste 1980 zu den Bundestagswahlen die 5 %-Hürde zu schaffen. Dann steht allerdings die Frage, was „grüne“ Abgeordnete im Bundestag ausrichten sollen, die zu den Arbeiterforderungen eine geringgeschätzte oder gar ablehnende Haltung einnehmen, die sich um die Forderungen der Frauen kaum kümmern oder sogar offene Flanken nach rechts haben („Abtreibung ist Mord“ etc.pp.), und die sich im Antikommunismus mit den etablierten Parteien einig sind. Daß von solchen Abgeordneten positive Impulse für die 35-Stunden-Woche, für das Verbot der Aussperrung, gegen den § 218, gegen die Berufsverbote, gegen die Aufrüstung usw. ausgehen könnten, ist kaum zu hoffen.

Wahrscheinlicher ist, daß eine gesplante Wahlbewegung 1980 gar nicht erst den Sprung in den Bundestag schafft. Immerhin war schon das Bremer Ergebnis denkbar knapp und sicher nicht typisch für die 1980 zu erwartenden Ergebnisse in den bevölkerungsreichen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern. Wahrscheinlich ist aber, daß es zu dieser Spaltung kommen wird, weil es führenden Leuten der Grünen gar nicht um eine demokratische, fortschrittliche Alternative zu den etablierten Parteien geht, und weil sie sich andererseits sehr sicher sind, trotzdem mit Hilfe von linken Wahlhelfern linke Kräfte an sich binden zu können.

Nötig wäre, um diese Pläne zu durchkreuzen und doch noch ein gemeinsames Vorgehen 1980 zu erreichen, eine einheitliche Strategie wesentlicher Teile der Linken. Davon ist zur Zeit noch nicht viel zu sehen.

Neue Kriegsdrohungen der USA gegen Kuba

Vor wenigen Wochen „entdeckten“ amerikanische Geheimdienstler eine 2 — 3000 Mann starke „sowjetische Kampfbrigade“ auf kubanischem Boden. Kuba und die Sowjetunion erklärten, es handle sich lediglich um Berater und Ausbilder, deren Aufgabe die Ausbildung kubanischer Soldaten an sowjetischen Waffen sei. Trotzdem eröffneten die USA sofort diplomatische Verhandlungen mit der SU. Carter kündigte an, daß er versuchen wolle, auf diplomatischem Weg die SU dazu zu bringen, „die Kampfnatur dieser Einheit zu eliminieren“. Führe dies nicht zum Erfolg, so Carter, würden die USA „angemessene Maßnahmen ergreifen, um den Status quo zu ändern“. Die USA seien auf „kompensatorische Maßnahmen“ vorbereitet. Er werde die „Anwesenheit sowjetischer Kampftruppen auf den Karibik-Inseln nicht akzeptieren“ (FR 27.9.; SZ 22.9.).

Obwohl die SU den Forderungen Carters nicht nachkam, wurde der Konflikt wieder gedämpft. Carter gab eine Erklärung ab, daß die USA von der „Sowjetischen Kampftruppe“ nicht bedroht seien. Zugleich hat die US-Regierung diese „viertklassige Kuba-Krise“ (FR, 5.10.) genutzt, um ihre „Militärpräsenz“ im karibischen Raum zu verstärken und einige andere „Maßnahmen“ zur Bedrohung Kubas und zur „Verhinderung weiterer Nicaraguas“ zu ergreifen. Hierfür war die neue „Kuba-Krise die Begleitmusik.“

Die Politik der Kuba-Krisen

Die bekannteste aller Kuba-Krisen war jene von 1962, in deren Verlauf die Welt vor den Abgrund eines drohenden atomaren Weltkrieges gestellt wurde. Die SU hatte bereits damit begonnen, Atomraketen auf Kuba zu installieren, als die USA von diesen Plänen erfuhr. Kennedy forderte den sofortigen Abzug der Raketen, andernfalls würden die USA dies militärisch erzwingen. Erst nach tagelangem Zögern entschloß sich die SU, ihre Raketen wieder abzubauen.

In Geheimverhandlungen mit den USA verpflichtete sich die SU damals, in der Zukunft keine atomaren und Offensiv-Waffen auf Kuba zu installieren. Im „Gegenzug“ erklärten die USA sich bereit, Kuba nicht anzutasten und u.a. auch die Stationierung sowjetischer Militärberater auf Kuba zu „dulden“. Es handelt sich dabei um jene Militärberater, die jetzt von den USA als „Kampftruppe“ so dramatisch in Szene gesetzt werden: Die „Ausbildungseinheit Nummer 12“ deren Zahl und Funktion seit 17 Jahren unverändert ist (Castro laut „FAZ“ vom 1.10.79).

Aus einer Unzahl von weiteren „Kuba-Krisen“, deren Auslöser sich in der Regel als „Enten“ der US-Geheimdienste erwiesen, die aber in ihrer Gesamtheit davon zeugen, daß die US-Imperialisten sich zu keinem Zeitpunkt mit dem Status quo — mit der Existenz eines antiamerikanistischen Kubas vor ihrer „Haustür“ — abfinden, sei noch jene von 1971/72 erwähnt: US-Geheimdienste wollten entdeckt haben, daß die SU auf Kuba eine Basis für atomare Unterseeboote errichte. Diese Meldung wurde in die

Diskussion um den damaligen SALT-1-Vertrag (Vertrag zur Begrenzung der strategischen Atom-Waffen zwischen den USA und der SU) gestreut und nach dem gleichen Muster wurde jetzt in Bezug auf SALT-2 verfahren: Teile des Senats erklärten, daß sie dem zweiten SALT-Vertrag nicht zustimmen würden, solange sich „sowjetische Kampftruppen“ auf Kuba befinden.

USA verstärkt Militärstützpunkt auf Kuba

Die Aufregung, die die US-Imperialisten um die sowjetischen „Kampftruppen“ auf Kuba inszenieren, ist in zweierlei Hinsicht besonders lächerlich: Zum einen haben die USA, um ein kleines Beispiel zu geben, in Schah-zeiten im Iran allein über 50.000 (!) Militärberater geholt; sie hält darüber hinaus ständig zehntausende US-Soldaten in der BRD kampfbereit — dazu noch eine entsprechende taktisch-atomare Ausrüstung. Sie haben weltweit über eine halbe Million Soldaten ständig im Ausland stationiert. Zum zweiten: Sie unterhalten nach wie vor auf Kuba selbst „einen ihrer größten und militärisch am besten ausgebauten Stützpunkte“ — Guantanamo („FR“, 5.10.).

Um die Jahrhundertwende nach dem Sieg über die Spanier haben sich die USA von einer ihr völlig hörigen, abhängigen kubanischen Regierung die Pacht über diese am südöstlichen Zipfel Kubas gelegene Stadt übertragen lassen. Und zwar auf unbestimmte Zeit.

Castro forderte 1959, nach dem siegreichen Bürgerkrieg, die USA auf, diesen „sittenwidrigen“ Pachtvertrag rückgängig zu machen. Die USA waren dazu jedoch nicht bereit. Bis heute ist dieser Stützpunkt eine ständige Bedrohung und Gefahr für Kuba. Darüber hinaus ist Guantanamo für die USA bedeutsam als Kontrollpunkt für einen Großteil der Karibischen See, der Windward-Passage zwischen Kuba und Haiti sowie für die Schifffahrtsrouten in Richtung Panama-Kanal.

Kuba, das seit 1959 konsequent alle Pachtzahlungen zurückweist und die Rückgabe des Gebiets fordert, betrachtet diesen Stützpunkt als einen „im Herzen der kubanischen Erde

steckenden Dolch“ (Castro laut „FR“ vom 5.10.). Es sei „das letzte noch existierende Symbol der Raubgier und Aggression der Yankees gegenüber Kuba“.

Guantanamo ist eine waffenstarrende Festung. Etwa 200.000 Menschen leben umgeben von einem etwa 300 Meter breiten und 24 Kilometer langen Todesstreifen eingepfercht. Außer ständig sich abwechselnden Marineeinheiten sind etwa 2.500 US-Marines fest dort stationiert. Diese speziell gegen Kuba gerichtete Marineeinheit wurde jetzt um 1.500 Soldaten verstärkt, der Stützpunkt entsprechend ausgebaut („FR“, 3.10.).

Darüber hinaus kündigte Carter die Einrichtung einer ständigen Einsatztruppe zur „Verstärkung der militärischen Präsenz“ im karibischen Raum sowie „regelmäßige Manöver in diesem Raum“ an („FAZ“, 3.10.). Antimil-Kommission

Hände weg von Indochina!

Die indochinesischen Völker stehen heute erneut der Gefahr einer imperialistischen Aggression großen Stils gegenüber. Die Situation an den Grenzen zu China und Thailand spitzt sich im schnellen Tempo zu. Der von den thailändischen und chinesischen Machthabern angekündigte „große militärische Schlag“ wird mit einem fieberhaften Aufmarsch der Truppen Chinas und Thailands vorbereitet. In der Presse hat dieser Krieg bereits begonnen: „Kaum ein Beobachter schließt eine zweite Strafkolonie aus“, die diesmal aber „nicht notwendigerweise auf die sechs nördlichen Provinzen Vietnams beschränkt bleiben“ muß („FAZ“, 6.10.). Auch das thailändische Eingreifen (gegen Kampuchea) scheint beschlossene Sache; es wird sogar davon ausgegangen, daß Thailand „Beistand von seinen Partnerländern in der ASEAN-Gemeinschaft“ fordern und auch die „Amerikaner an ... die Beistandspflichten erinnern“ könnte („FAZ“, 5.10.). Die Berichterstattung macht deutlich, daß es um mehr geht als jemals zuvor in der Zeit nach 1975. Die Ausführungen der Presse deuten auf einen umfassenden Krieg unter Beteiligung Chinas, Thailands und womöglich der USA gegen Indochina hin. Die Legitimation für jede mögliche Aggression gegen Indochina wurde in den letzten Wochen in den bürgerlichen Medien vorweg geliefert: Vietnam plane in Kampuchea eine Großoffensive „mit dramatischen Folgen für das strategische Gleichgewicht in der Region“ („FAZ“, 5.10.). Gleichzeitig ist bereits zur Doktrin erhoben worden, daß eine solche aggressive Offensive a u t o m a t i s c h Thailand bedroht. Gleichzeitig wird die von den Imperialisten und vom alten Pol-Pot-Regime zu verantwortende Hungersnot in Kampuchea zum Anlaß genommen, ein Eingreifen in Kampuchea aus „humanitären Gründen“ abzusegnen. Hände weg von Indochina — diese Parole ist heute dringlicher als je zuvor seit 1975: Der Imperialismus ist mit seinen Hilfstruppen angetreten, seine Niederlagen von 1975 wettzumachen.

Der Aufmarsch gegen Indochina

Der Aufmarsch gegen Indochina

China

Die chinesischen Machthaber haben ihre Truppen nach vorläufiger Beendigung ihrer Invasion am 16. März dieses Jahres nie völlig zurückgezogen. Chinesische Truppen wurden vielmehr an der Grenze massiert und bauten Stützpunkte aus. Z u s ä t z l i c h marschierten chinesische Truppen gegen Laos auf. Am 12.9. berichtet der thailändische Geheimdienst, daß „alle Indizien“ dafür sprechen, „daß China noch vor Ablauf dieses Jahres in Laos einmarschiert...“ („SWB“, 14.9.). Aktuell wird von chinesischen Truppenbewegungen in Richtung laotischer Grenze berichtet. „Japanische Beobachter berichten von chinesischen Truppenbewegungen in der südchinesischen Provinz Yunnan. Die Truppen sollen sich mit Lastwagen und Zügen direkt zur laotischen Grenze bewegen“ („UZ“, 6.10.). Die japanische Nachrichtenagentur „Kyodo“ berichtet gleichzeitig von der Errichtung neuer Raketenstellungen entlang dieser Grenze (nach „UZ“, 8.10.). Vietnam hat in einem am 22.9. erschienenen Memorandum ausführlich die konkreten chinesischen Kriegsvorbereitungen dargestellt. Danach stellt sich die Lage in etwa so dar:

12 Infanteriedivisionen und 5 Armee-Korps sind im direkten Grenzbereich zu Vietnam stationiert (das sind in etwa 4 - 500.000 Soldaten). — Zusätzlich werden neue Truppen ins Grenzgebiet verlegt. U.a. unter Berufung auf die „Los Angeles Times“ berichtet Vietnam von großen Truppenbewegungen aus dem chinesischen Inland in die Grenze. — Es findet ein großangelegter Materialnachschub statt. „Im Juli, August und September wurden zu diesem Zweck Hunderte von LKW's und Dutzende Züge täglich eingesetzt. China installierte eiligst viele Artillerie- und Raketenstellungen...“.

Die chinesische Armee führte in den letzten Wochen zahlreiche Manöver im Bereich der vietnamesischen Grenze durch. So ein Seemannsmanöver im Bereich der Hainan- und Paracel-Inseln („SWB“, 28.9.). Die Luftwaffe führt zahlreiche Aufklärungsflüge und Übungsmanöver durch: „Gleichzeitig mit der Zuspitzung

zung der militärischen Aktivitäten zu Land und See hat China Flüge von Kriegsfugzeugen zu Aufklärungszwecken, Zielübungen einschließlich Nachtzielübungen in der Nähe der vietnamesischen Grenze verstärkt“ (alle Angaben - soweit nicht anders vermerkt - aus dem vietnamesischen Memorandum lt. „SWB“, 24.9.). Gleichzeitig ist die Zahl der direkten Grenzwischensfälle erneut ansteigend. Während es im Zeitraum März bis August durchschnittlich pro Monat 100 Zwischenfälle gab („SWB“, 24.9.), kam es alleine in den ersten Septembertagen schon zu 30 Zwischenfällen („SWB“, 17.9.). Die Zwischenfälle nehmen an Umfang und Schärfe zu. Insgesamt respektiert China derzeit offenbar keinerlei Grenze mehr nach Vietnam. Vietnam berichtet von „Tausenden chinesischen Schiffen, die vietnamesische territoriale Gewässer in der Provinz von Quang Ninh, Haiphong, Nghe Tinh und Quang Nam-Danang verletzen“ („SWB“, 24.9.). China erklärte vier größere Seegebiete zu „Gefahrenzonen“, über denen jeglicher Luftverkehr verboten ist. Es handelt sich hierbei um teilweise internationale und teilweise um vietnamesische Gewässer (innerhalb der 12-Meilen-Zone). („SWB“, 24.9.). Das es hier noch nicht zum offenen Krieg gekommen ist, liegt offenbar nur an der starken vietnamesischen Zurückhaltung, die sogar die Okkupation von Gebieten in Kauf nimmt. Selbst bürgerliche Presseberichterstatter bemerken, daß dies „die gleichen Zeichen wie im letzten Februar und März“ (also vor der chinesischen Invasion) sind („Los Angeles Times“ lt. „SWB“, 17.9.). Allerdings deuten die chinesischen Vorbereitungen auf ein ganz anderes Ausmaß der Aggression hin als im März: Zum einen der Aufmarsch entlang der vietnamesischen und laotischen Grenze, die offensichtlichen Kriegsvorbereitungen der See- und Luftstreitkräfte (die im März praktisch nicht eingesetzt wurden) lassen vermuten, daß China diesmal viel massiver gegen Vietnam losschlagen will.

Thailand

Die thailändische Armee ist neben der Vietnams die modernste und zweifelloso schlagkräftigste Armee in

Die thailändische Armee ist neben der Vietnams die modernste und zweifelloso schlagkräftigste Armee in der Region. Mit sämtlichen Spitzenprodukten der amerikanischen Militärtechnologie ausgerüstet, mit den amerikanischen Stützpunkten, elektronischen Horchstationen und Nachrichtensmitteln im Rücken, dürfte diese Armee zum wesentlichen Stoßtrupp der imperialistischen Strategie zählen. Ihr soll offensichtlich die Aufgabe einer Besetzung Kampuchea zufallen. Wir haben im letzten AK bereits beschrieben, in welchem Umfang diese Armee von den USA mit Invasionen ausgerüstet wird und ein komplettes Nachschubsystem erhält, das eine längere Operation außerhalb Thailands absichert. Im thailändisch/kampucheanischen Grenzgebiet spitzt sich die Lage rasant zu. Schon am 20. September wurden die thailändischen Grenztruppen (das ist praktisch die thailändische Armee) in Alarm und ständige Gefechtsbereitschaft gesetzt („Hsinhua“, 20.9. lt. „SWB“, 21.9.). Gleichzeitig erklärte Thailand seine Bereitschaft, „eine Invasion zurückzuschlagen“ („Hsinhua“, 20.9. lt. „SWB“, 26.9.).

Ständig mißachtet Thailand heute die Grenze zu Kampuchea. Obwohl diese Grenze (bis auf wenige Ausnahmen) feststeht und mit Grenzübergängen ausgestattet ist, wird bereits davon gesprochen, daß „die Grenze mit Kampuchea entlang einer schlecht definierten Linie“ verläuft („FAZ“, 5.10.). Diese Argumentation eröffnet einem Kriegsvorwand alle Möglichkeiten. Zuletzt demonstrierte Thailand seine Entschlossenheit, im Grenzgebiet nach eigenem Gutdünken vorzugehen, an der Frage der Hilfslieferungen nach Kampuchea. Obwohl Hilfsgüter ohne jede Schwierigkeit über die kampucheanische Regierung ins Land gehen können, durchbrach Thailand die Grenze und schickte angebliche „Hilfstruppen“ nach Kampuchea. Gleichzeitig hat Thailand auch Verbündete in Bewegung gesetzt. Anfang Oktober gründete sich im thailändischen Grenzgebiet eine kampucheanische Exilregierung: eine sogenannte

„Nationale Befreiungsregierung von Kampuchea“, der „Khmer Serai“ (Schwarze Khmer). Die „Khmer Serai“ ist eine von den thailändischen Generalen und dem CIA ausgehaltene Marionetten-Truppe (wir berichteten in der Vergangenheit mehrfach über deren Aktivitäten). Die von ihnen gebildete „Regierung“ (sogar mit drei Prinzen) erklärt ihren Anspruch auf Kampuchea als legitim und behauptet, über 6.000 bewaffnete Soldaten zu verfügen („Bangkok Post“, 4.10.).

Von einer drohenden Invasion Thailands gegen Kampuchea geht inzwischen auch erstmals wieder Vietnam aus und erhebt schwere Vorwürfe gegen Thailand und die verbündeten ASEAN-Staaten. „Sie geben an, neutral zu sein, aber in Wahrheit folgen sie den chinesischen Expansionisten und den US-Imperialisten gegen die drei indochinesischen Völker“ („Hanoi Home Service“, 15.9. lt. „SWB“, 17.9.). Konkret wird Thailand beschuldigt, wieder in Indochina „eingreifen zu wollen“ (ebenda). Seit Anfang Oktober wird wörtlich von einer „neuen Invasion in Kampuchea“ ausgegangen („Hanoi Radio“, 3.10. lt. „SWB“, 9.10.).

USA

Natürlich mischt der US-Imperialismus kräftig mit. Nicht nur die Aufrüstung der thailändischen Faschisten geht auf's amerikanische Konto, nicht nur die Ermunterung der chinesischen Machthaber - auch die konkreten Schritte der Kriegsvorbereitung wurden von den USA entwickelt. Sie haben als erste öffentlich dazu aufgerufen, Vietnams Grenzen generell nicht mehr zu akzeptieren: sie wiesen ihre Armee an, die vietnamesische 12-Meilen-Zone bewußt und demonstrativ zu verletzen!

Die US-Regierung hat in den letzten Wochen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie dem thailändischen Regime bei jeder Aggression Unterstützung angedeihen lassen wird bis hin zum direkten militärischen „Engagement“. Dabei stellt die amerikanische Flotte vor der vietnamesischen Küste eine Eingreifreserve für die kommenden militärischen Abenteuer dar. Vietnam wirft den USA vor, eine Invasion gegen Kampuchea vor-

kommenden militärischen Abenteuer dar. Vietnam wirft den USA vor, eine Invasion gegen Kampuchea vorzubereiten: „Mit der Erfindung einer Offensive in Kampuchea und dem Ruf nach Hilfe für beide Seiten (Pol Pot und kampucheanische Regierung) will Holbrooke (US-Staatssekretär für ostasiatische und pazifische Angelegenheiten) das Vorhandensein von zwei Verwaltungen in Kampuchea als Vorwand für eine US-Intervention entwickeln“ („Radio Hanoi“ lt. „SWB“, 9.10.).

Insgesamt sieht Vietnam in den US-Imperialisten die Hauptverantwortlichen für die neue Krisensituation gegen Indochina: „Die US-Strategie zielt darauf ab, einen antikommunistischen Gürtel zwischen Washington-Peking-Tokio-Seoul zu bilden und zu festigen, sich gleichzeitig mit den ASEAN-Staaten dahingehend abzusprechen, daß Peking als Speerspitze gegen die Sowjetunion, Vietnam und die anderen wirklichen revolutionären Kräfte eingesetzt wird“ („Hanoi Home Service“, 17.9. lt. „SWB“, 21.9.).

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß diese imperialistische Politik zur vollständigen Einkreisung Indochinas geführt hat: chinesische Truppen an den Grenzen zu Vietnam und Laos, thailändische Truppen an der kampucheanischen Grenze und die US-Truppen im Seegebiet vor Indochina. In dieser Situation der aktuellen Drohung der Vernichtung des befreiten Indochinas muß die Solidarität mit den indochinesischen Völkern wieder zu einer zentralen Aufgabe der Linken werden.

Die Abgrenzung und Kritik an der Politik der vietnamesischen Genossen darf nicht länger zur Verweigerung dieser Solidarität dienen - wenn wir einen großen Rückschlag in Form der Zerschlagung Indochinas verhindern wollen. In der nächsten Zeit muß dementsprechend den Meldungen und Berichten aus Indochina hohe Aufmerksamkeit gewidmet werden, muß unsere Bereitschaft entwickelt werden, beim Angriff auf Indochina sofort zu reagieren. Asien-Australien Kommission



Schüsse auf Plakatkleber

In der Nacht auf Samstag (12.10.) klebten türkische Genossen in München zu den türkischen Senatstest und Parlamentswahlen (14.10.) ihre Wahlboykottplakate in der Romanstraße des türkischen Generalkonsulats. Ein Sicherheitsbeamter des türkischen Generalkonsulats feuerte daraufhin mit einer großkalibrigen Pistole zuerst in die Luft und anschließend mit vier weiteren Schüssen auf die flüchtenden Plakatkleber.

Einer der gezielten Schüsse traf einen unbeteiligten Passanten in die Hüfte, der sich in gleicher Höhe mit den flüchtenden Genossen befand. Einen Genossen, der sich inzwi-

schen auf die Erde geworfen hatte, drückte der Konsultsbeamte den Lauf seiner Pistole auf den Kopf. Die eintreffenden Polizisten konnten ihm die Waffe nur gewaltsam entwinden.

Der Konsultsbeamte und ein türkischer Genosse wurden aufs Polizeirevier gebracht und gemeinsam in eine Zelle gesteckt. Dort erfuhr der Genosse, daß der angeschossene Passant seinen Verletzungen erliegen soll.

(Erste Informationen kurz vor Redaktionsschluß von Genossen aus Nürnberg.)

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nicht-aushändigung zurückzusenden.



DGB-Kniefall vor Strauß

Fortsetzung von Seite 1

nicht, wie die Gewerkschaften „das schon 1952 gehalten haben“, gegen die KPD (Interview in der „Bild“, 26.9.). Der DGB habe sich doch „in der Vergangenheit mehrfach davon befreit, wenn Kommunisten versucht haben, die Politik einer Gewerkschaft zu bestimmen, bei der IG Bau, bei der IG Bergbau“, sagt Vetter. (Interview mit dem „Spiegel“, 8.10.). Reicht es denn immer noch nicht, wenn Vetter zum wiederholten Male beschwört: „Wir werden mit jeder Regierung, die aus demokratischen Wahlen hervor-

geht und die auch demokratisch handelt, zusammenarbeiten“ (Vetter im „Spiegel“ vom 8.10.)?

Nur vier Tage nach dem Gespräch mit Vetter lieferte Franz Josef Strauß erneut den Beweis, daß er zwar in der Lage ist, Ergebnissadressen zu empfangen, daß er aber kaum auf diesem Wege zu bändigen ist. Die Tatsache, daß Vetter die vom CSU-Generalsekretär Stoiber aufgetischte Gleichsetzung Nationalsozialismus = Sozialismus kritisierte, ließ Strauß schnell die nach außen gekehrte Einmütigkeit vergessen: „Ich hoffe, daß Herr Vetter in einer ruhigen Stunde begreift, daß seine Vorwürfe über-

mich: „Wer so arbeitet, der arbeitet mit aller Kraft gegen Deutschland“ nicht nur unberechtigt und herabsetzend sind, sondern einen bedenklichen Rückfall in die Sprachgewohnheiten des Dritten Reiches darstellen“ (Interview mit Strauß in der „Welt am Sonntag“, 14.10.). Da mögen sich einige DGB-Führer noch so abstrampeln, das Verhältnis zu Strauß zu „entspannen“ — ein solcher Reaktionsnarr wie Strauß liefert täglich selber den Beweis, daß er dies gar nicht ernsthaft will.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

150.000 in Bonn

150.000 AKW-Gegner demonstrieren am Sonntag durch die Bonner Innenstadt gegen das Atomprogramm der Bundesregierung. Es war damit die größte Anti-AKW-Demonstration seit Bestehen dieser Bewegung, und eine der größten Demonstrationen der Nachkriegszeit überhaupt. Die Hauptparolen waren:

„Weg mit dem Atomprogramm!“
„Stilllegung aller Atomanlagen!“
„Verstärkte Erforschung und Anwendung umweltfreundlicher Energie!“
„Keine Kriminalisierung und Strafverfolgung von Atomgegnern!“

Die Demonstranten waren mit Sonderzügen, per Buskolonne, zu Wasser, per Auto, Trecker und Fahrrad gekommen. Alles, was Beine hatte, war erschienen: Jusos, Falken, Jungdemokraten, Gewerkschafter, Naturfreunde, traditionelle Umweltschützer, Kommunisten aller Schattierungen, Spontis usw. usw.

In drei Marschsäulen wurde zum Ehrenberger Platz hin demonstriert. Dort sprachen Walter Mossmann als Hauptredner für die Demonstrationsleitung; eine Vertreterin der Landvolkjugend; ein Vertreter der Wyhler Bauern; eine Frau aus Harrisburg, die zum weltweiten Kampf gegen die Atommonopole aufrief; ein Vertreter der australischen Ureinwohner und ein Indianer, die wegen der Uranvorkommen aus ihren Reservaten getrieben werden; und Jakob Moneta für die Gewerkschafter, eine Grußadresse von Betriebsräten von Opel-Bochum war ebenfalls verlesen worden. Von Andreas Handke, einem eingekerkerten AKW-Gegner, wurde ein Brief verlesen, da er trotz Antrags nicht teilnehmen durfte.

Von insgesamt 120 Organisationen wurde diese Demonstration unterstützt. Unvereinbarkeitsbeschlüsse konnten hier gar nicht erst zur Sprache kommen. Gemeinsam unterzeichneten Sozialdemokraten, Kommunisten, Grüne und Bunte. Besonders hervorzuheben ist die Verbreiterung des Widerstands in den Gewerkschaften. Der „Aktionskreis Leben“ (AKL) hat in allen Gewerkschaften erheblichen Zulauf erhalten (s. etwa den Hamburger Aufruf, den wir in dieser Nummer dokumentieren).

Die Breite und die Einheit dieser Bewegung wurde von Walter Mossmann in seiner Rede zum Ausdruck gebracht. Eingangs begründete er, weshalb gerade in Bonn demonstriert wurde:

„Nach Bonn sind wir gekommen, obwohl es im Landkreis Lichow-Dannenberg genug Arbeit für uns gibt. Wir halten es aber für sinnvoll, auch einmal hier, in der Hauptstadt der Ministerialbürokratie, einige Zweifel auszuräumen. Die außerparlamentarische Opposition gegen den Atomstaat kann man erstens nicht einkaufen durch Spitzengespräche mit einigen Stellvertretern. Zweitens sind wir mehr, als die schönsten Wahlerfolge in Bremen oder Bielefeld anzeigen können. Und drittens: Wir meinen nicht nur die AKW-Baustelle hinterm Haus, wir meinen das ganze Atomprogramm. Denn das haben wir in den fünf Jahren seit Wyhl in Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Gorleben gelernt: Es gibt keine geschützten Gärten, die wir im Schatten der Todesindustrie erhalten könnten, nicht am Kaiserstuhl und nicht an der Elbe. Entweder wir bringen das ganze Atomprogramm zu Fall, oder wir laufen dem Atomstaat in die Falle. Und der kommt nicht über Nacht, sowas schleicht sich ein.“

Besonders ging er auf die Frage der Gewalt ein, die immer wieder von den herrschenden Parteien benutzt wird, um die Einheit der Bewegung zu spalten:

„Ich selber bin Kriegsdienstgegner und schlage vor, aktiven, gewaltfreien Widerstand zu leisten. Gerade deshalb finde ich es eine Riesenuverschämtheit, wenn ich vor jeder Demonstration den Machthabern versichern soll, daß ich gewaltfrei bleibe, wenn sie prügeln lassen. Diese Herren, die über das Gewaltmonopol des Staates verfügen und es rücksichtslos mißbrauchen, die für die Interessen der Atomindustrie Panzerwagen auffahren, Reiter- und Hundestaffeln, eine ganze Bürgerkriegsarmee aus maskierten Männern mit Schußwaffen, die haben kein Recht, mit uns über Gewaltfreiheit zu reden. Dieses Recht hat die Bevölkerung selber, die entscheiden muß, mit welchen Mitteln sie sich wehren kann und will.“

Dies ist gegenüber den oftmals geäußerten Ansichten, die eine generelle Distanzierung von militanten Formen des Kampfes verlangen, eine Aussage, worauf sich tatsächlich die gesamte Bewegung einigen kann. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang, daß es sich die Jusos und andere Vertreter der Sozialdemokratie heute gar nicht leisten können, dagegen aufzutreten.

Einen besonderen Hinweis auf die Erfahrungen vergangener Bewegungen brachte er zum Abschluß seiner Rede: „Vor elf Jahren war ich hier schon einmal bei einer sehr großen Demonstration in Bonn, das war der Schwanengesang des Protests gegen die Notstandsgesetze. Die Gesetze wurden beschlossen und die Opposition dagegen zerfiel. Diesmal werden wir es anders machen. ... Wir überlassen es nicht den grünen Minderheiten in Regierungsparteien, für uns zu sprechen. Worauf es ankommt, ist unsere selbständige Organisation in unabhängigen Bürgerinitiativen.“

Tatsächlich, die Anti-AKW-Bewegung ist heute zu einem bedeutenden Faktor in der gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Selbst die bürgerlichen Parteien können es sich heute nicht mehr leisten, diese Bewegung völlig zu übergehen.

Nach dem Bremer Wahlergebnis entschloß sich die SPD-Führung auf eine Initiative des BBU hin, plötzlich doch noch, einen Redner für die Bonner Kundgebung anzubieten. Ausgerechnet der Forschungsminister Hauff sollte dort sprechen. Ein gellendes Pfeifkonzert wäre ihm sicher gewesen. Daß die SPD das in Kauf genommen hätte, demonstriert nur ihre Sorge. Allerdings wurde dieser „Vorschlag“ von der Demo-Leitung zurückgewiesen, da dies eine Demonstration gegen das Atomprogramm und gegen die Atom-Parteien bleiben sollte.

Diese Versuche der SPD und die bisher nicht erreichte Breite des Protests sollten gerade ein Auftrag an die Bürgerinitiativen sein, das gesamte Spektrum anzusprechen und zu organisieren. In dieser Ausweitung der bisherigen Arbeit liegt die Möglichkeit, die Führungsrolle der Bürgerinitiativen gegen jegliche scheinbaren Versprechungen der bürgerlichen Parteien zu behaupten. In diesem Sinne schloß auch Walter Mossmann: „Wir lassen uns die Verweigerung, die Aktionen des zivilen Ungehorsams nicht abschwächen: Und: Gemeinsam sind wir für die Atompolitiker Schmidt, Strauß und Lambsdorff unaussprechlich!“

Diskussion im DGB um Strauß



Straußens Hausmacht, hat die IG Metall im Streit um das berühmte Strauß-Zitat („Und wenn wir hinkommen, und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“) eine Niederlage hinnehmen müssen. Die IGM hatte dies Zitat auf einer Titelseite ihrer Zeitung angeführt. Dies darf zukünftig nicht mehr geschehen, ohne daß das Zitat um die folgende Passage ergänzt wird: „Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern, und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher.“ Außerdem darf beim Zitieren der Hinweis nicht fehlen, daß es sich „um eine von Strauß nicht autorisierte Fassung“ handelt — ein Vorgeschmack auf „Demokratie“ unter einem Regime Strauß.

Dazu sagte der IGM-Anwalt Raabe: „Die Bundesrepublik komme presserechtlich auf eine ganz gefährliche Ebene, wenn von einer Reaktion verlangt werde, daß sie Politiker nicht mehr wortgetreu zitieren dürfe, sondern Zitate immer mit Zusätzen nach Maßgabe des jeweiligen Politikers veröffentlichen muß“ („Neue“, 2.10.). Die IGM will Berufung einlegen.

Willi Bleicher, ehemaliger Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, zu Strauß: Mit ihm strebe „der Führer des äußersten rechten, aggressivsten Flügels dieser Partei zur Macht, und niemand kann sagen, daß Strauß seine rechtskonservativen, reaktionären Ziele je verheimlicht hätte.... Eine Regierung Strauß bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben, Verschärfung der Berufsverbotepraxis à la Bayern, die Unterdrückung sozialistischer Bestrebungen, eventuell Parteienverbote, noch stärkere Aufrüstung der Polizei und des Militärs auf Kosten aller arbeitenden Menschen“ („Blätter für deutsche und internationale Politik“, 10/79).

Der ehemalige Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“, Walter Fabian, fordert in der gleichen Zeitschrift dazu, die Mitglieder des DGB zum Widerstand gegen Strauß zu mobilisieren. Er sieht in der derzeitigen CSU-Kampagne gegen den DGB den Versuch, diesen „unter ständigen Druck zu setzen und ihn schrittweise zum Nachgeben und zu Konzessionen an die ihn bedrückende CSU (zu) veranlassen“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Eisenbahner-Gewerkschaft, Ernst Haar, fordert, daß, solange keine Gespräche des DGB mit Strauß laufen, wie Strauß „seine Hetzparolen gegen die Sozialdemokraten und damit gegen die Arbeiterbewegung nicht öffentlich zurückgenommen hat“ („Welt“, 13.10.).

suchte große Funktionärsversammlung der Hamburger IG Metall am 9.10. eine Resolution an den DGB-Bundesvorstand, in der ein Treffen Strauß-Vetter abgelehnt wurde. „Damit würde der unbelehrbare Gewerkschaftsgegner F.J. Strauß als Gesprächspartner der Gewerkschaften und damit als ein für die Arbeitnehmer wählbarer Kanzler-Kandidat zu Unrecht aufgewertet werden.“

Empört sich die Springer-Zeitung „Hamburger Abendblatt“ am 10.10. über diese Resolution: „Die IG-Metall will... Vetter einen Maulkorb umhängen.“

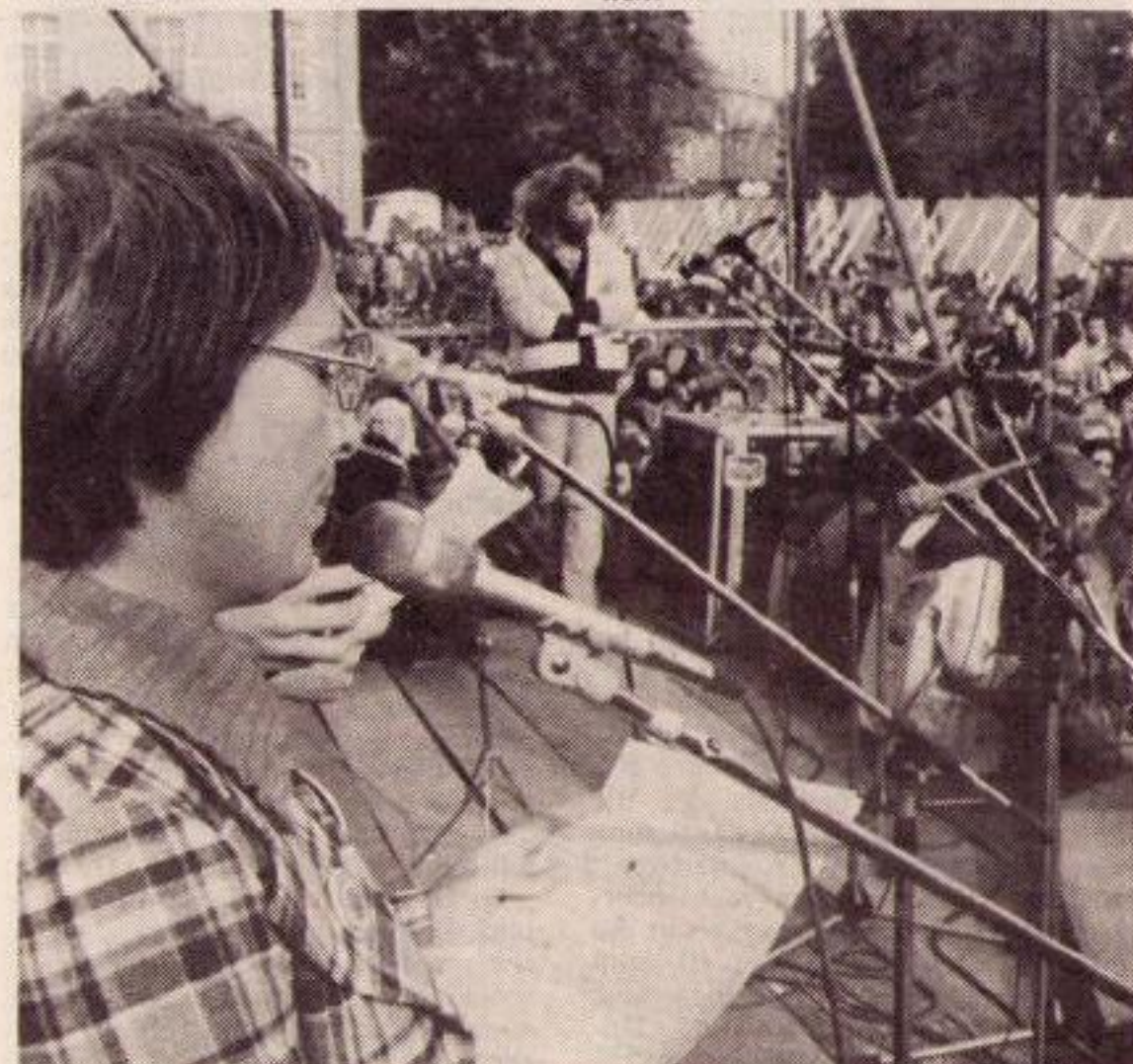
Auf Anpassungskurs ist der DGB-Landesverband Rheinland-Pfalz, der erklärte „sich nicht an Anti-Strauß-Demonstrationen (zu) beteiligen. Gejohle, Tomaten und Eier seien keine Argumente aus dem demokratischen Arsenal. Wenn Franz Josef Strauß der CDU als Kanzlerkandidat recht sei, könne er dem DGB billig sein“ („Welt der Arbeit“, 4.10.).

Mit 129 gegen 6 Stimmen hat die IG Metall-Vertreterversammlung in Essen am 9.10. eine Resolution verabschiedet, die die Ortsverwaltung der Gewerkschaft auffordert, am 1. April 1980, „beim nächsten öffentlichen Auftritt von F.J. Strauß in Essen geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die die ablehnende Haltung der Gewerkschaft zu seiner Politik unmißverständlich zum Ausdruck bringt. Der Gewerkschaftsfeind Strauß tritt nach seinem ersten Reifall in Essen unter freiem Himmel demnächst vorsichtshalber in der Gruga-Halle auf“ (Neue, 11.10.).

Fast einstimmig beschloß die von 500 Gewerkschaftsfunktionären be-

Vor dem Münchner Landgericht,

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

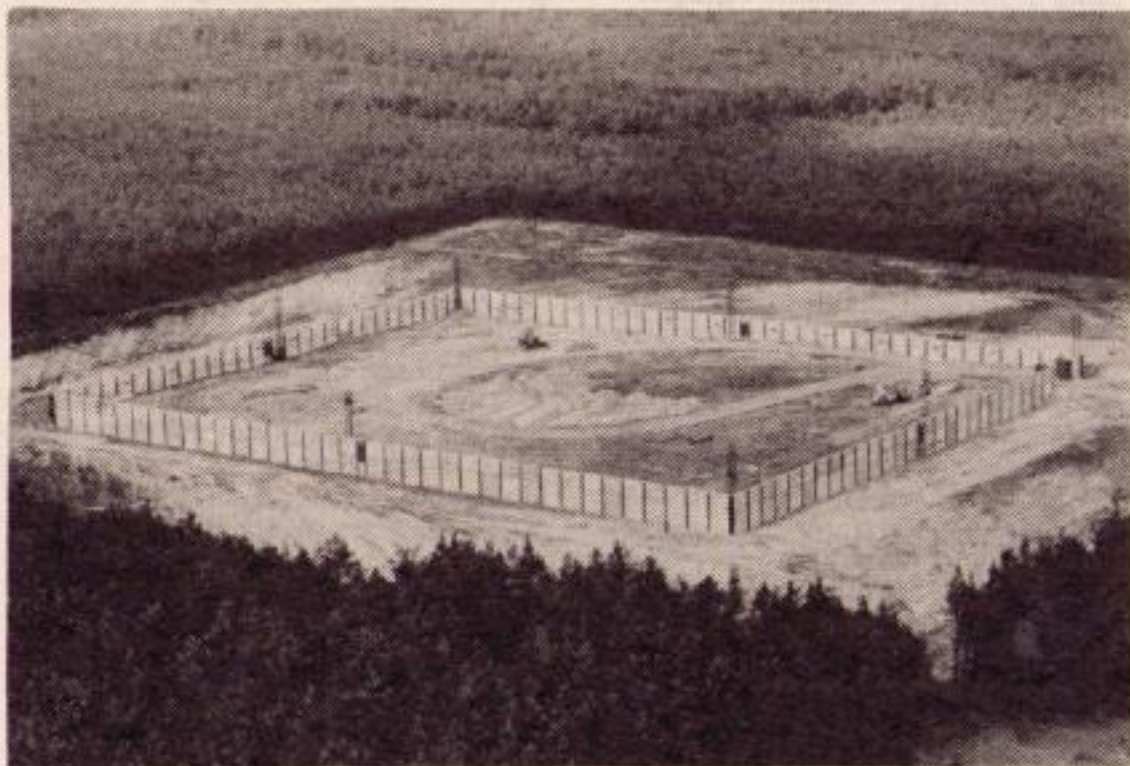


Eine Frau aus dem US-Katastrophenort Harrisburg rief zum weltweiten anti-atomaren Widerstand auf.



Nachrichten vom Widerstand

Hält die BI Lüchow-Dannenberg dem Distanzierungsdruck stand?



Die „normale“ Absicherung einer Bohrstelle

In einer am 4.10. beschlossenen Resolution des Lüchow-Dannenger Kreistages heißt es u.a.: „Der Kreistag weiß, daß insbesondere unter den einheimischen Kernkraftgegnern ebenfalls besonnene Kräfte mitwirken. Er vermisst jedoch die warnende Stimme dieser Gruppe gegen die bisherigen Gewalttaten (gemeint sind die angeblich „eindeutigen kriminellen Handlungen“ der AKW-Gegner gegen den Bohr/Baubeginn — Anm. AK). Eine nicht unerhebliche Zahl, insbesondere auswärtiger Kernkraftgegner, verhält sich nicht unerhebliche Zahl, insbesondere auswärtiger Kernkraftgegner, verhält sich so, als würde sie die Interessen der Kreisbevölkerung vertreten und könnte über diesen Landkreis und seine Bevölkerung frei verfügen. Der Kreistag fordert daher die Bevölkerung, insbesondere die einheimischen Kernkraftgegner auf, sich von den Kräften der Gewalt öffentlich zu distanzieren“ („Elbe-Jeetzel-Zeitung, 5.10.79).

Zahlreiche ähnlich lautende Erklärungen von Gremien, Einzelpolitikern etc. sind dieser Resolution vorausgegangen (s. AK 163). All diesen Erklärungen gemeinsam ist, daß sie die Wirklichkeit auf den Kopf stellen; die AKW-Gegner, die seit Wochen brutaler Staatsgewalt ausgesetzt sind, werden als „kriminelle Gewalttäter“ diffamiert, während den Besatzertruppen von BGS und Polizei eine Schutzfunktion, Besonnenheit etc. bescheinigt werden.

Bisher hat sich in den offiziellen Gremien der BI mehrheitlich der Standpunkt durchgesetzt, dem Trommelfeuer der AKW-Befürworter standzuhalten. Beispielhaft für diese Position ist der Leserbrief eines BI-Aktivisten vom 6.10., in dem es heißt: „So bleibt von ihnen (gemeint sind die SPD/CDU-Politiker — AK-Red.) großartigen Absagen an die Gewalt nur noch eine primitive Staatsphilosophie übrig. Die Entscheidungen des Staates sind immer richtig, da sie rechtmäßig zustande gekommen sind. Wenn jemand etwas gegen diese Entscheidungen unternimmt, ist das Gewalt. Und wenn die Staatsgewalt Gewalt anwendet, ist das keine Gewalt. Bei aller Liebe zum Staat, eine solche Umdeutung des Wortes „Gewalt“ können wir uns nicht vorschreiben lassen. Wer die Auseinandersetzung aufmerksam verfolgt, wird selbst merken, was Gewalt ist und was nicht. Ich bin mir nicht sicher darüber, ob die Wiederstandaktionen mit Sachbeschädigungen sinnvoll waren. Aber eine Distanzierung davon halte ich auf jeden Fall für verkehrt, solange die Gewalt des Staates von den Politikern so bedingungslos akzeptiert wird“ (aus „Gorleben Aktuell“, Nr. 9).

Die BI-Lüchow-Dannenberg hat ebenso auf der Bundeskonferenz der AKW-Gegner in Bochum allen „Auswärtigen“ ihren Dank für die geleistete Unterstützung aussprechen lassen. Allerdings haben sich Teile der BI, auch Teile des Vorstands der BI, immer wieder für eine Distanzierung von Aktionen der „Auswärtigen“ ausgesprochen und dies auch mehrfach in der örtlichen Presse getan. So kam es auch seitens der BI zum vorzeitigen Abbruch der Kundgebung bei der Demonstration am Bohrgelände, nachdem sich AKW-Gegner bemüht hatten, bisherige Baumaßnahmen rückgängig zu machen (dabei

wurde ein Lichtmast gekippt und beschädigt).

Die BI-Vertreterin berichtete auf der Bundeskonferenz auch, daß in der Woche nach den Blockade-Aktionen viele WAA-Gegner aus dem Landkreis sie zur Distanzierung von „Gewalt“-Aktionen aufgefordert hätten. So wurde auf dem Trebeler Treffen der AKW-Gegner am 6./7. Oktober '79 eine in der Lokalpresse veröffentlichte BI-Stellungnahme breiter bekannt, in der frech behauptet wird, die BI hätte nur auswärtige Anhänger des „gewaltfreien dezentralen“ Widerstands zur Unterstützung im Landkreis aufgerufen. Nur das „gewaltfreie-dezentrale“ Konzept sei „eine Garantie für eine sachgerechte Auseinandersetzung“ (selbst wenn es keine „100%ige Garantie“ gebe). Weiterhin werden die Sachbeschädigungen in der Erklärung bedauert: „Wir müssen daher akzeptieren, wenn Klage geführt wird über die Sachbeschädigungen, die bei den Protesten der Gegner der Atomanlagen auftreten. Wir erkennen die Gefahr, die in einer möglichen Ausweitung liegt. Wir bedauern, daß wir in einer Situation, in einer Zeit leben, die solche Auseinandersetzungsformen hervorbringt“.

Die Empörung der versammelten AKW-Gegner in Trebel steigerte sich noch, als bekannt wurde, daß die BI ursprünglich eine ganz andere Stellungnahme mit entgegengesetzter Aussage verabschiedet hatte. Der BI-Pressesprecher Jannings gab wegen einer eigenmächtigen Änderung eine Selbstkritik ab. Ein Vorstandsmitglied der BI schreibt dazu in „Gorleben aktuell“: „Wir werden diesen Vorgang ausführlich diskutieren und dann entscheiden, ob und in welcher Form wir uns dazu noch einmal öffentlich äußern. Unabhängig von der Frage irgendwelcher offizieller Papiere müssen wir aber feststellen, daß die Meinungen zur Frage der Gewalt und zum Thema Sachbeschädigung bei uns auseinandergehen. Auch hinter der ursprünglichen Fassung unserer Stellungnahme stand die BI nicht geschlossen, und der jetzt veröffentlichte Text findet bei vielen gerade der weniger aktiven BI-Mitglieder Zustimmung“.

Selbst wenn man beiden Vorstellungen innerhalb der BI bei öffentlichen Erklärungen in Zukunft Rechnung tragen muß, dürfte es dabei das Entscheidende sein, daß sich die AKW-Gegner nicht an dieser Frage spalten lassen.

Gemeinsame Veranstaltungen von Polizei und BI?

Auf Kritik stieß auf dem Trebeler Treffen auch ein Seminar, an dem gemeinsam 14 Polizisten und 14 BIler teilgenommen hatten, das vom „Bürgerdialog-Beauftragten“ der Bundesregierung, W. Kulke, geleitet worden war. Dieses Seminar wurde dann in der örtlichen Presse groß ausgeschlachtet. Danach waren Themen: „Vorkommnisse bei Demonstrationen und Aktionen in Gorleben“, „gegenseitiges Mißtrauen und Feindbilder zwischen Polizeibeamten und Demonstranten und Gewaltfreiheit der Bürgerinitiativen: Taktik oder Überzeugung?“ Hochgelobt wurde der Hannover-Treck, weil dort „ein op-



timales Zusammenwirken zwischen Vertretern der BIs und der Polizei“ möglich gewesen sei. Genüßlich wurde die Äußerung M.Mombaur's zitiert, daß sowohl der BBU als auch die BI-Lüchow-Dannenberg „Gewalt gegen Menschen und gegen Sachen nicht aus taktischen sondern aus inhaltlichen Gründen ausschließen. Sein Bestreben sei es, Andersdenkende zu integrieren“ („EJZ“, 3.10.79).

Wir fragen, was es bringen soll, wenn beispielsweise im BBU-Katalog, der deshalb von Pro-Atomparteien heftig angegriffen wird, das Widerstandsrecht gegen Atomanlagen, bzw. „Gewalt gegen Sachen“ ausdrücklich propagiert wird und dann der Polizei zuliebe das Gegenteil behauptet wird. Was soll es, wenn auch von örtlichen Kräften Bohrlöcher kaputt gemacht werden, und das groß gefeiert wird und dann auf solchen Diskussionen sich „prinzipiell“ davon abgegrenzt wird?

Solche Treffen liefern — gewollt oder ungewollt — der bürgerlichen Propaganda Munition. Diese Treffen zwischen Bllern und ausgesuchten „Vorzeige“-Polizisten dienen auch zu allem anderen als zum Abbau des „gegenseitigen Mißtrauens“, solange eigens den BGS-Truppen im Landkreis verboten ist, überhaupt dort die örtliche Bevölkerung zu kontaktieren, solange der BGS seine Truppen — wie im Besatzungsfall — immer wieder austauscht, um solche „Verbrüderungen“ zu verhindern, und die Polizei mit ihren Truppen ähnlich verfährt. Dann sollen doch Polizei und BGS ihre Mitglieder durch die Dörfer schicken, wenn sie „Feindbilder“ abbauen wollen. Die Moral ihrer Truppe dürfte schnell dahin sein . . . !

Ein Genosse aus Lüneburg und AKW-Nein-Kommission

Folgende Anzeige fanden wir vor kurzem in der Elbe-Jeetzel-Zeitung abgedruckt:

Angeichts der Belagerung unseres Landkreises durch BGS und Polizei sollte das Wappen von Lüchow-Dannenberg wie folgt modernisiert werden:



Reinhold Waßmuth, Bösel

Dem Landesvater — sein treues Volk?

Wir fanden diese Idee so gut, daß wir das Wappen in Zukunft den Gorleben-Artikeln zur schnellen Orientierung voranstellen werden.

AKW-Nein-Kommission



Das BI-Büro am 6.8.

Erster Prozeßtag gegen Gorleben-Landwirte

Dreiundvierzig Ermittlungsverfahren folgten der dreitägigen Bohrfahrzeug-Blockade vor der WAA-Grundsatzentscheidung Albrechts im Mai. Nach Angaben der Celler Brunnenbau-Firma (zuständig für Flachbohrungen) soll dabei ein Schaden von 13.000 DM entstanden sein.

Sieben Landwirte sind inzwischen wegen diverser Vergehen angeklagt. Sieben weitere erhielten Einstellungsbescheide (einer der Betroffenen: „Diesen Einstellungsbescheid empfinde ich als Beleidigung!“). Gegen die restlichen neun wird weiter ermittelt. Der Spaltungversuch scheiterte jedoch schon im Ansatz: In einer gemeinsamen Erklärung forderten alle Teilnehmer der Blockade die sofortige Einstellung aller Verfahren.

Diese Entschlossenheit bestimmte auch den Verlauf des ersten Prozeßtages gegen das Gutsbesitzer-Ehepaar von Blottnitz aus Grabow. Diese werden der Nötigung, Gewalt und Rädelsführerei beschuldigt. Etwa 150 Prozeßbesucher waren erschienen, darunter zahlreiche Landwirte. Vor dem Gerichtsgebäude wurden mit Parolen geschmückte Trecker aufge-

stellt: „Warum sieben? Wir sind alle nicht schuldig!“; „Wir wollen in Frieden leben, aber nicht in Frieden untergehen!“. Der Gerichtssaal wurde mit Bullenketten abgeriegelt, ebenso wurden Bullen im Zuschauerraum „aus Sicherheitsgründen“ angeordnet. Provokativ weigerte sich das Gericht, den 24 (!) Zuschauer fassenden Saal zu wechseln, sodaß sich die Besucher abwechseln mußten.

Der Prozeß begann mit einem Erfolg. Ein Schöffe (SPD-Kreistagsabgeordneter von Lüchow-Dannenberg) wurde wegen Befangenheit abgelehnt — bei einer Silberhochzeitsfeier im Landkreis hatte er den Angeklagten als „alten Spinner“ beschimpft und für AKWs geworben. Auch in Anwesenheit eines neuen, sofort aus Lüchow-Dannenberg herbeigekarrten Schöffen, blieb die Befragung der Bullenzeugen ergebnislos. Sie konnten sich angeblich an nichts erinnern. Dem Antrag des Gerichts, das Verfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen, wollte der Staatsanwalt jedoch nicht folgen, sondern forderte eine Geldstrafe von 200 DM. Hier machte begrüßenswerterweise das

Ehepaar von Blottnitz nicht mit. Sie verlangten Freispruch, um einen Präzedenzfall für die kommenden Verfahren zu schaffen.

Der Prozeß wird am 18.10. um 9.00 Uhr im Amtsgericht Uelzen fortgesetzt. Die Anti-AKW-Bewegung sollte sich von Anfang an um die Gorleben-Prozesse kümmern — intensiv — denn hier wird eine ganze Serie von Schadensersatzforderungen, Nötigungsprozessen etc. auf uns zukommen.

Wenn schon Ende 1978 das Schöffengericht auf Weisung des niedersächsischen Justizministers von Dannenberg nach Uelzen verlegt wurde, da in Dannenberg „das Gebäude die zu befürchtenden Auseinandersetzungen nicht überstehen würde“ und es schlecht sei, „wenn sich das Gericht mitten im Pulverfaß befindet“ (Zitate aus Elbe-Jeetzel-Zeitung, 22.9.79), so sollte in Uelzen doch die Atomstaatsjustiz nicht weniger glimpflich davonkommen.

Kommt massenhaft zu den Prozessen! Sie finden regelmäßig jeden Freitag um 9.00 Uhr statt.

Ein Genosse aus Lüneburg

Albrecht in Lüchow

Ausgerechnet Ernst Albrecht sollte am 6.10. anlässlich des 60. Niedersachsentags in Lüchow zum Thema „Umwelt- und Denkmalschutz“ sprechen. Das konnte doch gar nicht gutgehen!

So sprach er in seiner — offenkundig in Hannover formulierten — Festrede davon, daß mit der Gorleben-Grundsatzentscheidung „dem Willen der betroffenen Bevölkerung Rechnung getragen“ worden sei und der angebliche Verzicht auf die WAA mit dem Wunsch zusammenhänge, „nicht über die herkömmlichen Mittel des Polizeieinsatzes hinauszugehen“. Den ca. 500 Teilnehmern des Niedersachsentages bot sich freilich ein anderes Bild:

- der „Schützenpark“ vor dem Lüchower Gildehaus wurde vollständig von Polizeiketten abgeriegelt; nur mit Sonderausweisen war es möglich, hindurchzukommen.
- Der Parkplatz wurde vollständig mit Polizeieinsatzfahrzeugen belegt.
- Selbst den Speisesall des Ratskellers konnten die Teilnehmer nur durch mit Hunden ausgerüsteten Polizeiketten betreten.

Dem Aufruf der BI folgend, demonstrierten ca. 300 Atomgegner vor dem Festsaal. Ihnen gelang es, kurzfristig den PKW des Landtagspräsidenten in einer Demonstrationstraße stillzulegen. Der Versuch einer Sitzblockade wurde äußerst brutal von den Bullen vereitelt.

Doch auch in den Dörfern spürten die „Heimatsfreunde“, „hautnah den Widerstand vieler Bauern gegen die Gorlebener Atompläne. Überall hingen Protestplakate, Trecker waren aufgeföhren und in Güstritz wurden den Heimatsfreunden Pflaumenkuchen mit dem Hinweis gereicht, daß dieses Obst noch nicht verstrahlt und deshalb essbar sei“ („EJZ“ vom 8.10.).

Dies alles paßte dem strahlenden Landesvater nicht, und so zog es Ernie Albrecht vor, sein Programm kurzfristig abzuändern, auf ein Mittagessen zu verzichten, und — eine von Bauern verfaßte Protestresolution unter dem Arm — per Hubschrauber das Weite zu suchen.

Ein Genosse aus Lüneburg

„Der Spielplatz wird nicht

„Der Spielplatz wird nicht abgerissen!“

Das forderten die Kinder vom Hamburger „Kinderhaus“ in Sprechchören, als sie am 2.10. auf dem Spielplatz der BI Lüchow-Dannenberg herumboteten.

„Zufällig“ führten zum gleichen Zeitpunkt die Richter des OVG Lüneburg eine Ortsbesichtigung auf dem Platz durch. Im November 77 ließ der Landkreis Lüneburg-Dannenberg den Abriß des Spielplatzes verfügen.

In einer haarsträubenden Erklärung wies damals der Lüneburger Regierungspräsident den Widerspruch der BI zurück: Angeblich sei „die Beeinträchtigung der Landschaft durch den ‚Platz‘ so erheblich und grundsätzlich, daß dem durch andere Maßnahmen als die Beseitigung nicht abgeholfen werden kann“ („Gorleben Aktuell“, Nr. 2). Auch der damalige Gemeindedirektor Lüneburg-Dannenberg macht sich für den sofortigen Abriß stark, da die „Schwarzbauten ... gesetzwidrig, nicht kindgerecht und unsicher sind und außerdem nicht in die Landschaft passen“ („HAZ“ vom 26.11.77).

In 1. Instanz schloß sich das Lüneburger Verwaltungsgericht diesen Vorwürfen an! In der Berufungsinstanz hob nun (einen Tag nach der Ortsbesichtigung) das OVG Lüneburg die Abrißverfügung auf. Eine Revision wurde nicht zugelassen.

Trotz Atomstaat wird der Landkreis weiterhin einen schönen Spielplatz besitzen, der Ende 1977 mit dem Sonderpreis des „Roten Elefanten“ für besonders kinderfreundliche Einrichtungen ausgezeichnet worden war. Auf diesem Spielplatz werden auch weiter wie bisher schöne Kinderfeste stattfinden können.

Ein Genosse aus Lüneburg

Am 3. November: Tagung der Ärzte gegen AKWs in Hamburg

Die „Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie“ hat für den 3. November zu einer „ärztlichen Fortbildungsveranstaltung“ nach Hamburg eingeladen, auf der sie sich „unterstützt durch ausländische und deutsche Fachleute, mit den Fragen der radioaktiven Niedrigstrahlung befassen (wollen)“. — Welche Gefährdung die Anlage von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und schnellen Brüttern für die Menschen, ja für die Menschheit mit sich bringt, das wird uns Ärzten immer mehr bewußt. Anlaß zu dieser Tagung über Niedrigstrahlung war die Empfehlung der internationalen Strahlenschutzkommission (I.C.R.P.), die zulässigen Emissionswerte von Kernkraftwerken — bezogen auf die Kernbelastung — drastisch zu erhöhen, obgleich in der Wissenschaft immer deutlicher wird, daß selbst kleinste Dosen radioaktiver Strahlung Genänderungen und Krebs bewirken können. Die internationale Atomlobby versucht durch diese Empfehlung der I.C.R.P. den zu erwartenden Einsparungen bei der voraussichtlichen Steigerung der Strahlenbelastung der Bevölkerung

zuvorzukommen. Unsere Antwort auf die paradoxe Maßnahme, die von den atominteressierten Regierungen stillschweigend akzeptiert wird, kann nur sein, daß wir Ärzte uns über den Sachverhalt informieren und daß wir unsere Kenntnisse an unsere Patienten und an die Bevölkerung weitergeben. — Wir stehen darin nicht allein: vom 27.10 bis zum 1.11. finden in London, Edinburgh, Copenhagen, Middelburg und Amsterdam — mit denselben Referenten i.w. — Kongresse zum selben Thema statt.

Das Ganze findet statt im Gemeindehaus der Christuskirche in Hamburg-Othmarschen Roosensweg 28 2000 Hamburg 52. Anschrift des Tagungsbüros: Nemstweg 32, 2000 Hamburg 50 Tel.: 040/390 95 73 Anschrift für persönliche Kontakte: Eberhard Weber Waterloostr. 42 2000 Hamburg 50 Tel.: 040/439 05 06

Gesundheitskommission

Neue Niederlage der Behörde im Plakettenstreit

Ein Hamburger Lehrer hat am 11.10. vor dem Verwaltungsgericht eine Klage gegen die Schulbehörde, die ihm das Tragen der Anti-AKW-Plakette im Unterricht untersagt hatte, gewonnen. Mit diesem Urteil zeichnet sich eine totale Niederlage der Behörde in dem seit 1977 andauernden Plakettenstreit ab.

Bisher schon eindeutig war die Rechtslage für angestellte Lehrer, für deren Klagen das Arbeitsgericht zuständig ist. Schon im April 1978 bekamen hier klagende AKW-Gegner gegen die Behörde Recht. Auch die Berufung der Behörde wurde im April 1979 vom Landesarbeitsgericht abgewiesen. Trotzdem gab die Schulbehörde nicht auf: Im September reichte sie Revision gegen das Urteil beim Bundesarbeitsgericht ein; wann es zur Verhandlung kommt, ist noch unbestimmt.

Für beamtete Lehrer sah die Rechtslage bisher nicht so positiv aus. Mehrere Klagen, die zum Ziel hatten, bis zur endgültigen Entscheidung des Rechtsstreits die Plakette tragen zu dürfen, wurden im Dezember 1977 vom Verwaltungsgericht abgelehnt. Auch eine Beschwerde dagegen vor dem Obergericht blieb im April 1978 erfolglos. Im März dieses

Rechtslage bisher nicht so positiv aus. Mehrere Klagen, die zum Ziel hatten, bis zur endgültigen Entscheidung des Rechtsstreits die Plakette tragen zu dürfen, wurden im Dezember 1977 vom Verwaltungsgericht abgelehnt. Auch eine Beschwerde dagegen vor dem Obergericht blieb im April 1978 erfolglos. Im März dieses

Jahres verlor die GEW dann einen vor dem Verwaltungsgericht geführten Musterprozeß und verzichtete auf eine Revision. Vor der gleichen Kammer hat jetzt der Lehrer seine ohne Unterstützung der GEW geführte Klage gewonnen.

Nach der Niederlage der Behörde vor dem Landesarbeitsgericht im April hatte Senator Grolle zugesichert, daß gegen plakettentragende Lehrer keine disziplinarischen Maßnahmen eingeleitet würden, solange die Rechtslage ungeklärt sei. Da hier nun eine Klärung erfolgt ist, müßte Grolle eigentlich den Lehrern mitteilen, daß das Tragen der Plakette erlaubt ist. Zumindest sollte er die Revision vor dem Bundesarbeitsgericht zurückziehen.

Derartiges würde auch dem Vorgehen seines Westbörner Senatskollegen Rasch entsprechen, der nach einer Niederlage im Plakettenstreit vor dem Westbörner Verwaltungsgericht im April auf eine Berufung verzichtete. Dafür bekam er von der Westbörner GEW eine LIP-Uhr mit der Aufschrift „Atomkraft — nein danke“ überreicht. Ob sich Grolle auch eine solche Anerkennung von der Hamburger GEW verdient?

Ein Hamburger Lehrer genosse

Westbörner Verwaltungsgericht im April auf eine Berufung verzichtete. Dafür bekam er von der Westbörner GEW eine LIP-Uhr mit der Aufschrift „Atomkraft — nein danke“ überreicht. Ob sich Grolle auch eine solche Anerkennung von der Hamburger GEW verdient?

Ein Hamburger Lehrer genosse

Jusos fordern: Weg mit Atomkanzler Schmidt!

Daß sie nicht mehr bereit sind, für die Atommafia in der SPD das linke Feigenblatt abzugeben, bewiesen die Jusos des Unterbezirks Harburg mit der neuesten Ausgabe ihrer Mitgliederzeitung „So oder so... die Heide wird rot“. So konstatieren sie, daß die SPD Führung dem Druck der Atomlobby nichts entgegengesetzt — „im Gegenteil, mit unerträglicher Arroganz und Brutalität werden die berechtigten Bedenken der Gegner des unumkehrlichen Atomprogramms übergangen“ (S. 4).

„Trotz jahrelangen Bemühens“ vermessen sie in der SPD unter anderem:

- politische Perspektiven
- Umsetzung von Diskussionen in praktische Arbeit
- die Möglichkeit, offener und ehrlicher zu diskutieren, ohne administrative Folgen (Parteiausschluß...)

Daß trotz jahrelanger aktiver BI-Tätigkeit in Winsen bei den Jugendlichen kein Blumentopf für die SPD zu gewinnen ist, führen sie auf die SPD-Regierungspolitik zurück und ziehen daraus die Schlußfolgerung, „daß die von der SPD angestrebte Integration der Umweltschutzbewegung in die Partei nicht gelingen kann. Konsequenz für die Jusos: Ablehnung der Integrationsstrategie!“

Ebenso lehnen sie es ab, „von oben Beschlüsse zur AKW-Frage in Empfang zu nehmen und vorformulierte Scheinkompromisse zu schließen.“

Bemerkenswert ist die Stellungnahme zu den grünen und alternativen Listen:

„Grüne/Alternative Listen sind im

Prinzip für Jusos wählbar. Wird die Umwelt- und AKW-Problematik als Maßstab angelegt, könnten Jusos eigentlich Grüne Listen wählen. Der Spruch: „Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern“ hat angesichts der gradueller Unterschiede zwischen den Bundestagsparteien in Umwelt- und AKW-Fragen keine Bedeutung. Alternative Listen wären für Jusos noch eher wählbar als grüne Listen, da sie außer in Umweltfragen auch in anderen Politikbereichen (z.B. Berufsvorbereitung, Abbau demokratischer Rechte usw.) praktisch Juso-Positionen vertreten. Die Tendenz, daß Jusos bei den letzten Wahlen Grüne und Alternative Listen gewählt haben, wird sich bei kommenden Wahlen noch verstärken.“

Und abschließend heißt es in dem Artikel: „Ist es da ein Wunder, daß nicht nur Jusos mit der Alternative ‚Schmidt/Strauß‘ und in der SPD nicht mehr das ‚kleinere Übel‘ sehen?“ (S. 4).

Die Autoren dieses Artikels sind z.T. Mitglieder des Winsener SPD-Vorstands, sowie Aktivisten einer Winsener BI.

Zur Stärkung der Atomgegner in SPD und FDP planen die Harburger Jusos in Zusammenarbeit mit den Lüneburger Jungdemokraten und der Lüneburger „Arbeitsgruppe Wiederaufbereitungsanlage“ eine Dokumentation über die parteiinternen Antiatomproteste noch vor dem Bundestag der SPD (7.12.79) zusammenzustellen. Schmidt soll es nicht zu leicht haben!

KB/Gruppe Lüneburg

Große Protestdemonstration der Umweltschützer im Harz

Anlässlich eines Treffens der BRD-Umweltminister in Goslar veranstalteten zahlreiche Harzer Anti-AKW-Gruppen, die GLU-Kreisverbände Goslar und Osterode, die Frauengruppe Goslar, die Evangelische Studentengemeinde und die Sozialistische Basisgruppe aus Clausthal, die BI gegen die A 36 sowie ZdL- und Jugendzentrumgruppen aus dem Harzer Raum am 3.10.79 eine Protestdemonstration. Demonstration und anschließende Kundgebung standen unter den Themenschwerpunkten:

- Gegen die geplante Atommülldeponie in Gorleben
- Gegen die Zerstörung des Harzvorlandes durch die Autobahn A 36
- Gegen die andauernde Blei- und Cadmium-Emission aus der Preussag Zinkhütte Goslar/Harlingerode

Zum Thema Gorleben sprach Prof. Hirsch vom Öko-Institut aus Hannover. Er entlarvte die Mähr von der Energielücke als Energielüge. Zu den anderen Themen je ein Vertreter der betreffenden BI.

Um ihre Entschlossenheit gegen die A 36 deutlich zu machen, hatten Bauern aus dem Harzvorland ihre 17 Trecker auf den Goslarer Marktplatz mitgebracht, was von den übrigen ca. 300 Demo-Teilnehmern stürmisch gefeiert wurde.

Über die Umweltvergiftung aus der Preussag-Hütte konnte erstmals genauere Fakten einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. So ist das Ausmaß der Umweltvergiftung bereits jetzt schon größer als dreizeit durch das Preussag-Werk in Nordenham; bei 2 verstorbenen Kindern wird als Todesursache Blei- und

Cadmiumvergiftung vermutet. Die Reaktion des niedersächsischen Sozialministeriums ist bezeichnend. Nach wie vor emittiert die Preussag Blei und Cadmium in gewohnter Menge; das Ministerium beschränkt sich auf die Untersuchung der Opfer (Menschen, Tiere, Pflanzen). Ansonsten gibt es der Bevölkerung Ratsschläge wie diese: Kartoffeln aus Harlingerode mit Heidekartoffeln im Verhältnis 1:2 zu verzehren, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden (!).

Besonders begrüßt wurde auf der Kundgebung ein Vertreter der DGB-Jugend, der deutlich machte, daß wirksamer Umweltschutz und Arbeitsplätze nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Die ESG-Liedergruppe mit dem Gorlebenlied und ein Goslarer Liedermacher mit einem selbstgeschriebenen Goslarer „Bleilied“ begleiteten die Veranstaltung musikalisch.

Die Goslarer Demonstration war die erste größere regionale Aktion eines Initiativen-Bündnisses aus dem Harzraum, das sich auf Anregung der GLU erstmalig zur organisatorischen Vorbereitung der Gorleben-Demonstration in Hannover zusammengefunden hatte. Im Laufe der Zeit hat dieses Bündnis an politischer Breite sowie personeller und organisatorischer Stärke zugenommen. Die Vorbereitung der Bonn-Demonstration sowie die geplante Herausgabe einer Harzer Alternativzeitung sind die nächsten Schritte. Auf längere Sicht wird auch an eine eventuelle Teilnahme als Bunte oder Alternative Liste an den Kommunalwahlen 1981 gedacht.

Einen Landesvater bespuckt man nicht!

Vor 3 Jahren, am 8. Oktober 1976, hatte sich Filbinger in den Kaiserstuhl, nach Kiehlingsbergen gewagt. Er wollte sehen, wie weit sich der Protest beruhigt hätte, nachdem der Bau des AKW Wyhl erst einmal gestoppt worden war. Über tausend Kaiserstühler empfingen seinerzeit Filbinger. Ohrenbetäubender Lärm empfing ihn: zuerst vereinzelt „Nazi, Nazi, Nazi...“ dann immer heftiger rhythmisches Klatschen, Teppichklopfer wurden geschwungen, er wurde geschubst und gestoßen, der Zeitungsreporter des Lokalblättchens wußte zu erzählen, daß sich ein Jugendlicher vor seinen Freunden da-

mit gebrüstet habe. Filbinger dreimal auf den Kopf gespuckt zu haben. Unter großen Jubel mußte Filbinger sich dann mit Polizeischutz aus dem Staube machen (s. AK 91).

Für diese gelungene Aktion werden jetzt stellvertretend vier Kaiserstühler angeklagt. Ihnen wird „Landfriedensbruch“, „Sachbeschädigung“ und „Freiheitsberaubung“ (von Filbinger) vorgeworfen. Am 22. Oktober beginnt der Prozeß, der „Empfang“ dürfte auch diesmal kaum freundlicher ausfallen.

Ein AK-Leser aus Freiburg



Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen

Diese für alle BI's wichtige Broschüre der „Sani-Gruppen“ kann man für DM 2,50 (ab 10 Exemplare gibt es Rabatt) bestellen bei: BUU Hamburg — Fruchthalles 9 — 2000 Hamburg 19 Tel.: 439 86 71 oder 43 21 71 (17-19 Uhr)

Die Entscheidung ist gefallen: SPD auf Pro-AKW-Kurs!

Anfang Oktober fällt der SPD-Parteivorstand „mit überraschend großer Mehrheit“ von 24:4 Stimmen, wie die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt (5.10.), einen „Leitantrag zur Energiepolitik“. Während bisher in der SPD (siehe letzten Parteitag) der Bau neuer AKW's abhängig gemacht wurde vom integrierten Entsorgungszentrum, reichen jetzt schon Zwischenlager „als ausreichende Entsorgung“. Natürlich bedeutet dieser Beschluß „keineswegs eine vorbehaltlose Zustimmung zur Kernenergie“ (Helmut Schmidt, nach „FR“, 8.10.). Die Begründung für diesen Schritt im SPD-Parteivorstand ist mehrheitlich, „daß es unverantwortlich wäre, schon zu diesem Zeitpunkt auf den Ausbau der Kernenergie gänzlich zu verzichten. Die Option auf diese Energiequelle müsse offengehalten werden“ („SZ“, 5.10.). Der Streit im Parteivorstand ging sowieso nur darum, „in welchem Umfang man glaube, neue Kernkraftwerke bauen zu müssen“ (ebenda). Eine Minderheit im Vorstand (Eppler & Co.) war der Meinung, der Bedarf sei gedeckt. Wie schon vor der skandalösen Entscheidung des letzten SPD-Parteitages funktionierte die Zusammenarbeit zwischen DGB-Führern und SPD-Spitze auch jetzt wieder reibungslos. Denn: „Nach dem Aktionsprogramm des DGB vom Juni mit einem bedingten Ja zum Ausbau der Kernenergie weiß der Kanzler wenigstens die Arbeitnehmerorganisation in dieser wichtigen Frage hinter sich“ („FR“,

8.10.). Der Parteivorstandsbeschluß paßt auch in den Rahmen der Entscheidung der Länderchefs, die erst kurz zuvor per Beschluß die Entsorgung in den nächsten Jahren „gewährleistet“ haben, „so daß von dieser Seite her neuen Baugenehmigungen nichts mehr im Wege steht“ („SZ“, 4.10.). Soweit läuft alles nach (AKW-Betreiber)Plan. Aber zurück zur SPD. Wenig später nach dem Vorstandsbeschluß wurden eine Reihe von Bezirks- und Landesparteitagen veranstaltet. Schmidt „kämpfte an der Basis der Partei für seinen Beschluß“. Wie das so ablief, zeigte er auf dem außerordentlichen Bezirksparteitag des mitgliederstärksten Bezirks Westliches Westfalen, der allein für den SPD-Bundesparteitag rund ein Drittel der Delegierten stellt. Schmidt powerte zum einen mit dem „Gewerkschaftsargument“ (s.o.), zum anderen setzte er sich „kritisch“ mit den AKW-Gegnern auch in der Partei auseinander, die er natürlich nicht diffamieren wollte, aber sie erinnern ihn an die ganz Ängstlichen, die Angst vor dem Zahnarzt, vor schlechten Zeugnissen usw. haben. Und dann Schmidt wörtlich: „Ein Sozialdemokrat, der Zukunftsangst verbreitet, ist keiner.“ Schmidt entblödete sich auch nicht, die 100jährige Arbeiterbewegung in die Diskussion zu bringen, „die immer von der Überzeugung getragen war, daß es in unserer Hand liegt, ob die Zukunft besser wird“ („FR“, 8.10.). Die SPD erweist sich doch immer wieder als

„Partei der Freiheit des Geistes“ (Godesberger Programm). Ergebnis im Westlichen Westfalen: deutliche Mehrheit für Schmidt. Ebenso sieht es in einer Reihe von Landesverbänden aus, so daß Schmidt sich mit seinem Beschluß zur Kernenergie auf dem SPD Parteitag schon jetzt einer 2/3 Mehrheit sicher sein kann. „Das reicht mir völlig“, meinte der Regierungschef („FR“, 8.10.). Bezeichnenderweise schloß Parteivorsitzender Brandt schon im Juli dieses Jahres nicht aus, daß Eppler auf dem Parteitag „für einen eventuellen Minderheitenantrag 25 bis 30 Prozent der Stimmen erhalten könnte“ („Welt“, 21.7.). Eppler hat seinen Gegenantrag inzwischen als ganz große Nummer angekündigt: „Eppler gibt nicht auf“, hieß es dazu in der Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau“. Angesichts der Tatsache, daß Eppler selbst 20.000 MW Atomstrom bis Ende des Jahrhunderts installiert wissen will (da muß er sich aber eilen), darf man gespannt sein, wie weit die AKW-Gegner in den Reihen der SPD auf seinen Vorschlag einschwenken. Es bleibt noch die Frage, was die Jusos und andere AKW-Gegner in der SPD wohl machen nach diesem Parteitag, haben sie doch zugesichert, „v o l l“ für die SPD in den Wahlkampf einzusteuern. Wie wollen sie dann noch ihre (vermeintliche?) AKW-Gegnerschaft zum Ausdruck bringen?

AKW Nein-Kommission

SPD Schleswig-Holstein fordert Verzicht auf Kernenergie

Am 6./7. Oktober fand der erste Landesparteitag der SPD nach den Landtagswahlen statt. Zur Abstimmung standen im wesentlichen die unterschiedlichen Konzeptionen zu Kernenergiefragen des Landesvorsitzenden Jansen und des Fraktionsführers Matthiesen. Mit ca. zwei Drittel Mehrheit wurde im wesentlichen die Konzeption von Jansen angenommen. Danach fordert die SPD Schleswig-Holstein jetzt, daß „bis zum Jahr 2000 ... alle Kernkraftwerke stillgelegt werden sollen. Die Delegierten schlossen sich außerdem der Auffassung an, einen Bedarf für neue Kernkraftwerke gebe es nicht. Nukleartechnische Anlagen dürften auch nicht exportiert werden.“ („Kieler Nachrichten“, 8.10.). Während ursprünglich von der hinter Jansen stehenden Mehrheit des Landesvorstandes deutlicher jegliche Betriebsgenehmigung für im Bau befindliche AKW's gefordert wurde, setzte sich sich auf dem Landesparteitag der „Kompromißvorschlag“ des Kieler Kreisverbandes durch, „wonach die im Bau befindlichen Kernkraftwerke dann keine Betriebsgenehmigung erhalten, wenn eine Entsorgung (sprich Endlagerung des Atomabfalls) nicht verwirklicht ist. Jansen: „Das ist vor dem Jahr 2000 sowieso nicht der Fall und damit bedeutet dies in der Sache die Ablehnung der Betriebsgenehmigung wegen fehlender Voraussetzungen“ („KN“, 8.10.). Für Schleswig-Holstein heißt das, daß nach dem Willen der SPD Brokdorf nicht weitergebaut werden darf, Krümmel nicht in Betrieb genommen wird. Für das Krisen-AKW Brunsbüttel wurde lediglich der Beschluß des Parteitages vom Dezember letzten Jahres aufgewärmt: „Das wegen einer Störung ab-

geschaltete Kernkraftwerk Brunsbüttel soll den Betrieb nur dann wieder aufnehmen dürfen, wenn die Umweltgefährdung (völlig) ausgeschlossen ist“ („KN“, 8.10.). Solche Beschlüsse sind leider in der Praxis dehnbar.

Matthiesen drohte, „der Vorschlag des Landesvorsitzenden und damit der Vorstandsmehrheit gefährdet die Regierungsfähigkeit der Landes-SPD“ („KN“, 8.10.). Insbesondere wurde das an Krümmel festgemacht. Außerdem drohte Matthiesen, daß Jansens Konzeption die „Bündnisfähigkeit“ mit den Gewerkschaften – sprich der schleswig-holsteinischen DGB-Mafia und Hans Schwalbach – gefährde: „Wenn die SPD Vollbeschäftigung und Ausstieg aus der Kernenergie zugleich wolle, brauche sie einen Zeitraum von 20 bis 30 Jahren, brauche sie Vertrauen der Arbeitnehmer, um soziale Konflikte zu vermeiden, und brauche sie Bündnispartner“ („KN“, 8.10.).

Einig waren sich aber Jansen und Matthiesen in der Abgrenzung zu den Forderungen der Jusos nach schrittweiser Stilllegung aller AKW's. So heißt es in dem entsprechenden Antrag an den Bundesparteitag: „Dieser politisch gewollte Ausstieg aus der Kerntechnologie kann in dem Maße erfolgen, wie unter dem Gesichtspunkt der Versorgungssicherheit mit Energie und mit dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen Alternativen geschaffen werden können.“

Das Nein zur Kernenergie wird jetzt also auch in Schleswig-Holstein mit einem „J“ davor geschrieben.

Harrisburg: Die Katastrophe ist noch lange nicht zu Ende!

Schon bald nach der Katastrophe in Three Mile Island bei Harrisburg am 28. März dieses Jahres war der Eindruck vermittelt worden, als sei jetzt alles unter Kontrolle. Die Firma behauptet sogar steif und fest, sie wolle den Reaktor wieder in Betrieb setzen. Doch inzwischen sind nicht nur katastrophale Zustände beim Reaktorbetrieb durch eine Untersuchungskommission der US-Regierung ans Licht gekommen, sondern inzwischen wurde auch bekannt, wie man den Reaktor wieder zugänglich machen will (bisherig würde jeder, der den Reaktor betritt, sofort umkommen): Man will die ungeheure Radioaktivität im Reaktor einfach in die Umgebung, insbesondere in den vorbeifließenden Fluß, aus dem auch Trinkwasser gewonnen wird, ablassen.

In ihrem Bericht kritisiert die Kommission die NRC, die als US-Atombehörde zuständig für die Genehmigung und die Überwachung der Atomanlagen ist. Ein Mitglied der Untersuchungskommission meinte:

„Meines Erachtens hat die NRC schon seit geraumer Zeit die grundsätzlichen Richtlinien der Sicherheitsphilosophie nicht mehr berücksichtigt. Ich glaube seit 1975. Das hat mich sehr überrascht.“

Er kommt zu dem Schluß: „Irgendetwas muß in dem System falsch sein.“ So mußten die Operateure der Anlage auf Tausende rote und grüne Lampchen achten – wodurch das „menschliche Versagen“ der Bedienungsmannschaft schon vorprogrammiert war.

Und von den angezeigten „Meßwerten“ hielt die Reaktormannschaft auch nicht viel, zumindestens schenkte sie ihnen nicht viel, zumindestens schenkte sie ihnen nicht viel Glauben. James Floyd, aufsichtsführender Operateur von TMI-2 sagte aus, am 28.3. hätten die Strahlungsmeßgeräte des Reaktor Gebäudes 80.000 bis 90.000 rem angezeigt. Er hätte das jedoch nicht geglaubt. Gary Miller, Direktor von TMI sagte aus, ein Techniker hätte am 28.3. die Temperaturanzeige im Reaktorkern mit 1260 Grad Celsius abgelesen, jedoch ebenfalls nicht an die Richtigkeit der Anzeige geglaubt.

Bestätigt wurde durch die Untersuchungen, daß der Reaktorkern so gut wie völlig zerstört wurde.

Mitarbeiter der Metropolitan Edison-Betreiber des Unglücks-Meilers TMI-2 sagten unter Eid aus, daß bis zu 90% der Brennelementstäbe beschädigt wurden. Weiterhin wurde aufgedeckt, in welch krimineller Weise im Verlauf des Störfalles radioaktive Gase an die Umgebung abgegeben wurden. James Floyd, aufsichtsfüh-

der Operateur von TMI-2, gab zu, er habe am 30.3. bewußt radioaktive Gase aus Zusatzwasserbehältern abgelassen, um dieselben drucklos zu machen. Er habe die Behälter über Tage hinweg entlüftet und dabei angenommen, er brauche die Entlüftung erst dann abzubauen, wenn ein die Anlage überfliegender Hubschrauber Erhöhungen des Strahlenpegels feststelle.

Im Atomkraftwerk TMI-2 bestehen noch immer massive Probleme, wie das „strahlende Erbe“ der Harrisburg-Katastrophe halbwegs gefahrlos beseitigt werden kann. Etwa 2.500 Tonnen hochradioaktiven Wassers aus dem Primärkühlkreis bedecken den Boden des Sicherheitsbehälters bis zu zwei Meter Höhe. 400 Kubikmeter befinden sich noch im Primärsystem, und etwa 1000 Kubikmeter mittelaktiven Wassers sind in Tanks in Nebengebäuden gespeichert. Die Menge des hochaktiven Wassers im Reaktorsicherheitsgebäude erhöht sich aus verschiedenen Lecks täglich um etwa zwei bis drei Kubikmeter, so daß in ca. einem Monat die Sammel tanks überlaufen werden.

Zunächst soll dieses Wasser in den Fluß geleitet werden. Die Stadt Lancaster hat jedoch gegen dieses Verfahren Widerspruch erhoben, da das Wasser für die Hunderttausend-Einwohner-Stadt etwa acht Kilometer unterhalb der Abwasserreinigung der TMI-Kraftwerke dem Fluß entnommen wird. Bereits während des Unfalls wurden 1500 Kubikmeter radioaktiver Abwässer in den Fluß gepumpt, ohne die verantwortlichen Stellen der Stadt Lancaster zu informieren.

Weitaus schwieriger ist die Frage zu lösen, was denn mit dem hochradioaktiven Wasser geschehen soll. Ein besonderes Problem besteht darin, daß dieses Wasser hochgradig mit Tritium verseucht ist, das sich nicht ausfiltern läßt und obendrein die Eigenschaft hat, als Gas selbst aus verschlossenen Behältern zu entweichen.

Nach Ablassen des hochradioaktiven Wassers will man noch eine Weile warten und dann Reinigungstrupps in das radioaktiv verseuchte Reaktor Gebäude schicken, die dort in einer Art Himmelfahrtskommando ihre „Dekontaminationsarbeit“ (Entstrahlung) mittels Bürsten, Dampfstrahlreinigung, Sandstrahlen oder Anwendung von Säuren und Laugen bewerkstelligen sollen.

Der erwartete Strahlenpegel im Reaktor Gebäude beträgt 1 bis 5 rem pro Stunde. Die eingesetzten Arbeiter werden also innerhalb einer Stunde der zulässigen Jahresdosis ausgesetzt

– spätestens dann müssen sie die Arbeit abbrechen und gegen neue Arbeiter ausgetauscht werden. Aber selbst das ist nicht einmal sicher, denn Menschenleben und Gesundheit zählen für die AKW-Betreiber eh nicht.

Mit dem Beginn der Reinigungsarbeit ist erst in einigen Monaten zu rechnen. Zur Zeit ist der Strahlenpegel im Reaktor Gebäude noch so hoch, daß ein Betreten einem Selbstmord gleichkäme. Im Juli dieses Jahres wurde ein Strahlungsmeßgerät in das Reaktor Gebäude eingelassen; es zeigte 60 Zentimeter über dem Wasserspiegel eine Strahlung von 200 rem pro Stunde an. Ein anderes, fest installiertes Gerät zeigt sogar ständig 8.500 rem pro Stunde an. Die sofort tödliche Dosis liegt bei etwa 600 rem. Bevor die Reinigungskolonnen das Gebäude betreten können, muß nicht nur das radioaktive Wasser entfernt

werden, auch die darin enthaltenen radioaktiven Gase wie Krypton und Xenon müssen durch Spülen entfernt werden, das heißt, sie werden aus dem Gebäude heraus und in die Umwelt hinein gespült.

Nach dieser an sich schon recht gefährlichen Prozedur beginnt dann der schwierigste Teil der Reinigungsaktion. Der Reaktordruckbehälter muß geöffnet und der total demolierte Reaktorkern entfernt werden – dies sind immerhin rund 100 Tonnen hochradioaktiven Kernbrennstoffs. Da der Reaktorkern zerstört ist – die Brennstäbe sind geschmolzen und aufgeplatzt – werden sich dabei auch außerordentliche Handhabungsschwierigkeiten ergeben.

Die Kosten für die Instandsetzung – was ja das erklärte Ziel der Betreibergesellschaft Metropolitan Edison ist – werden auf über 400

Millionen Dollar geschätzt, eine ungeheure Summe, bedenkt man, daß der Reaktor selbst 750 Millionen Dollar gekostet hatte.

Um das Maß vollzumachen, versucht die Metropolitan Edison derzeit, die Regierung an den Kosten für dieses wahnwitzige Unternehmen zu beteiligen. Dies mit der Begründung, das Reinigungsprogramm sei ein Forschungsprojekt im Allgemeininteresse! Die Scham ist bei den Atom-Betreibern schon lange vorbei!

Informationen nach:
GRS-Kurzinformationen 1979
FAZ, 5.9.79
FR, 31.8.79
SZ, 1.10.79

AKW-Nein-Kommission

Frankreich Kinder-Puder tötete 36 Babies

Sechshunddreißig tote Kleinkinder, acht unheilbare Pflegefälle und 150 auf Dauer mehr oder weniger geschädigte Kinder – das war die grausige Bilanz der Behandlung mit dem giftigen Kinderpuder „Talc Morhange“ 1972 in Frankreich.

In „Talc Morhange“ ist Hexachlorophen enthalten und in diesem wiederum Spuren von TCDD, dem berüchtigtsten Seveso-Gift.

Nachdem die Ermittlungen solange verschleppt worden waren, ist jetzt, sieben Jahre nach der Katastrophe, die Klage der Eltern u.a. gegen die Firma „Givaudan“, eine Tochter des Hoffmann-La Roche-Konzerns, eingereicht worden. Und schon zeichnet sich ab, daß dieses Verfahren, ähnlich wie der Contergan-Prozeß, von einiger Dauer sein wird. Tonnen von Akten, 200 Experten und Advokaten, drei Tonnen „Talc Morhange“ im Keller des Gerichtsgebäudes, aber nur wenige Angeklagte bilden den äußeren Rahmen dieses Prozesses. Im Laufe der Vorermittlungen hatte der Multi-Konzern die Zahl der Kläger durch Abfindungen in Höhe von mehreren zehntausend Mark drastisch dezimiert.

Wie gefährlich dieses Baby puder ist, war schon lange vor dem Unglück in Frankreich bekannt.

Die „Nachrichten für den Außenhandel“ schrieben anlässlich des weitgehenden Hexachlorophen (HCP)-Verbotes in den USA u.a.: „Erste Warnungen auf die Gesundheits-

schädlichkeit von HCP ergingen bereits 1959, nachdem durch Untersuchungen Krämpfe bei Säuglingen, die häufig mit Präparaten mit einem HCP-Gehalt von drei Prozent behandelt worden waren, festgestellt wurden. 1966 kam es zu der Annahme von Gehirnschäden (dies wurde bei Tierbabys nachgewiesen) in Folge der HCP-Absorption bei ernsthaften Verbrennungen und 1970 wurde HCP im Blut von damit gebadeten Säuglingen nachgewiesen. Im selben Jahr stellte die FDA (US-Nahrungs- und Arzneimittelbehörde) eine Korrelation (Zusammenhang) zwischen HCP-Konzentrationen und Gehirnschäden bei Ratten und Affen fest“ (23.10.72).

Als im Juli 1972 in französischen Kinderkrippen Kleinkinder an diesem Desinfektionsmittel erkrankten, 1.600 Babys waren insgesamt gepudert worden, wurde bei der Herstellerfirma „Givaudan“ rückgefragt. Doch die Firmenangaben ergaben keine beunruhigenden Anhaltspunkte. Erst als zwei Monate später französische Chemiker die Substanz untersuchten, fanden sie einen Giftstoff in sehr hoher Konzentration im Baby puder: 6,35 Prozent Hexachlorophen – die gesundheitsschädliche Dosis liegt bereits bei 0,3 Prozent!

Als die Polizei darauf hin in Fabrikräumen Nachforschungen anstellte, war das Gift bis zu einer dicken Staubschicht auszumachen und geplatze Säcke standen herum.

Nun wurden die dort beschäftigten Arbeiter vor Gericht geladen, weil sie angeblich nicht sorgsam genug mit dem Gift hantiert hatten. Inzwischen ist auch der Generaldirektor der Firma „Morhange“, Paul Berty, angeklagt worden, den Puder ungeprüft auf dem Markt gebracht zu haben.

1976 kam noch ein weiterer Angeklagter hinzu. Der Direktor der Laboratorien von „Givaudan“, dem vorgeworfen wird, die Säcke mit dem HCP-Gift nicht ausreichend markiert zu haben.

Ob die Kläger jemals Recht bzw. Leibranten für ihre geschädigten Kinder bekommen werden, ist fraglich. So ist das „Morhange“-Unternehmen nicht gegen solche Katastrophen versichert, und der Hoffmann-La Roche-Konzern hatte anlässlich der Seveso-Katastrophe lediglich nur einen Bruchteil der Schäden – 7,5 Millionen Franc – bezahlt, und wird im jüngsten Fall kaum anders verfahren. Bleibt nachzutragen, daß HCP in den meisten Ländern verboten ist, in der BRD jedoch weiter in den Handel gebracht wird und neben Desinfektionsmitteln als Zusatz in Kosmetika, Hygienesprays, Deodorants, Shampoos, Zahnpasta und Seifen verwendet wird! (Informationen nach „Frankfurter Rundschau“, 3.10.1979.)

AKW-Nein-Kommission

Großer Wahlerfolg in Bremen: Erstmals „grüne“ Abgeordnete in einem Landesparlament

Zum erstenmal seit der 1 1/2 jährigen Geschichte der grünen/bunten und alternativen Wahlbewegung schaffte eine grüne Liste die 5-Prozent-Hürde bei Landtagswahlen: 5,14% und vier Abgeordnete erhielt die „Bremer Grüne Liste“. Rechnet man noch die 1,36% der „Alternativen Liste“, die 0,82% der DKP und 0,13% des KBW hinzu, so gaben über 30.000 Wähler (7,45%) ihre Stimme für eine Alternative zu den bürgerlichen Parteien.

Bis zu 20 Prozent in einzelnen Stadtteilen

Um vier Prozent sank die Wahlbeteiligung in Bremen gegenüber 1975. Alle drei bürgerlichen Parteien verloren Stimmen: die SPD - 8.650, die CDU - 15.325 und die FDP - 12.018. Darüber hinaus verloren die linken Gruppen DKP, KBW und die „KPD“ gegenüber den letzten Wahlen 8.500 Stimmen.

Erste Analysen lassen folgendes erkennen: die „Alternative Liste“ hat ihre Stimmen (5.515) überwiegend in der Linken erhalten. Interessant ist die Zusammensetzung der „Grünen“-Stimmen. Das Infas-Institut hat ermittelt, daß sie zu einem großen Teil von nicht festen SPD-Wählern stammen und zu einem Teil auch Stimmen von der CDU gewonnen wurden. Den Ausschlag für das Überspringen der 5-Prozent-Hürde dürfte das Gewinnen von linken Stimmen gegeben haben. So hat die BGL ihre besten Ergebnisse auch in Stadtteilen mit hohem linken Wähleranteil. Diese in der Liste angelegte Breite (von Gruhl bis Dutschke) hat letztendlich den Erfolg gebracht.

Dabei gibt es einige herausragende Ergebnisse in einigen Stadtteilen (den traditionell linken und in mehr bürgerlichen mit hohem Anteil von Intellektuellen und Studenten). Im Bremer Ostertor erreichten BGL, AL, DKP und KBW zusammen 21,6 %. Ähnlich hohe Ergebnisse gab es im Steintor (18,9 %), im Fesefeld (18,9 %), im Barkhof (16,4 %), aber auch im bürgerlichen Schwachhausen (13,2 %). Die Spitzenergebnisse der BGL lagen zwischen 13,4 % im Ostertor (AL 5,9 %) und 10,1 % in Schwachhausen (AL 2,3 %).

Die Bremer „Grünen“ werden außer ins Landesparlament auch in acht der 22 Bremer Beiräte mit je

einem Abgeordneten einziehen. In zwei Beiräten, darunter dem wichtigen Beirat Mitte, ist der grüne Abgeordnete das „Zünglein an der Waage“ bei Abstimmungen.

Kurz erwähnt sei noch die Entwicklung der DKP und des KBW. Die DKP sank von 2,14 % auf 0,82 %, nachdem sie vor acht Jahren in Bremen noch 3,3 % erhielt. Der KBW mußte seinen Stimmenanteil von 0,43 % auf 0,13 % reduzieren lassen.

Konsequenzen aus dem grünen Wahlerfolg

Das Bremer Ergebnis hat den bundesweit zu registrierenden Aufschwung der grün/bunten Wahlbewegung bestätigt und sollte positiv auf alle weiteren grünen und bunten Listenbildungen bei kommenden Kommunal- und Landtagswahlen ausstrahlen. Es ermutigt den Versuch, die undemokratische 5-Prozent-Hürde zu nehmen gegen Befürchtungen, die CDU könne von Stimmverlusten der SPD profitieren, wenn von Grünen/Bunten nur drei oder vier Prozent erreicht werden. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die Bremer Wahl spannungsfrei war: eine absolute SPD-Mehrheit, die schlimmstenfalls bei Verlusten zu einer SPD/FDP-Koalition geführt hätte, hat die Stimmabgabe für die „Grünen“ erleichtert und wird bei einer Konfrontation mit einem Kanzlerkandidaten Strauß so nicht wiederholbar sein.

Das Bremer Wahlergebnis wird Auswirkungen auf die Bildung einer Wahlliste zu den Bundestagswahlen haben. In Bremen gab es eine Spaltung der Wahlbewegung in eine mehr rechts ausgelegte grüne und die „Alternative Liste“. Diese Spaltung ist durch eine scharfe Linksausgrenzung von den Grünen verursacht worden. Sie haben vor allem die Ausgrenzung von Kommunisten als eine Voraussetzung für einen grünen Wahlerfolg angegeben, um auch ein bürgerliches oder konservatives Wählerpotential zu erreichen (Willers und Dinne in einem Interview mit dem ARBEITERKAMPF am 16.1.79). Der oberflächliche Augenschein scheint ihnen recht gegeben zu haben. Mit Sicherheit werden einige Führer der „Grünen“, auch in deren Bonner Bundeszentrale, das Bremer Ergebnis zum Anlaß nehmen, ihren Kurs der Ausgrenzung der Bunten und alternativen Listen zugunsten ihrer grünen Parteigründung zu verschärfen — hat doch Bremen scheinbar gezeigt, daß es auch ohne die Alternativen geht.

Grüne Strategie: rechts gründen — im Wahlkampf links öffnen

Allerdings täuscht der Augenschein. Der Erfolg der BGL war nur möglich durch das Gewinnen linker Stimmen. Das Beispiel der Stadt Bremerhaven belegt dies. Dort schaffte die BGL die 5 % nicht und erhielt nur 4,16 % gegenüber 1,32 % der AL. Hier ist den „Grünen“ kaum ein Einbruch in die Linke gelungen, die in Bremerhaven wesentlich kleiner ist als in Bremen. Hier wären die 5 % möglich gewesen bei einer einheitlichen Liste, die gerade von den Bremerhavener „Grünen“ strikt abgelehnt wurde.

Allerdings wird den Befolgen der Strategie einer rechten grünen Gründung ihre Argumentation durch die Bremer Ergebnisse erleichtert, können sie doch darauf verweisen, daß es ihre breit gezogene Liste von „rechts bis links“ gegeben habe und daß die linke, „KB-dominierte“, „Alternative Liste“ im Verhältnis zur BGL viel schlechter abgeschnitten hat.

Den Führern der BGL müssen wir bescheinigen, daß sie in ihrem Sinne eine sehr geschickte und erfolgreiche Politik betrieben haben. U.E. sind folgende Gründe für das klare Abschneiden der BGL gegenüber der AL ausschlaggebend:

— Die BGL hat eindeutig von ihrem Namen „Die Grünen“ und dem vorhergehenden Europawahlkampf Ergebnis der Grünen (4,7 %) profitiert.

— Eine Reihe BGLer sind bekannt aus erfolgreicher Bremer Kommunalpolitik in der SPD.

— Die von ihnen hervorgerufene Spaltung haben sie geschickt in der

Öffentlichkeit als Werk einiger Kommunisten (KB) dargestellt.

— Die Unterschiede BGL/AL waren nur einem Bruchteil der späteren Wähler bekannt; die Mehrheit hat sich einfach nach dem Grundsatz gerichtet, wer die größeren Chancen hat.

— Mit den aus den Europawahlen stammenden finanziellen Mitteln sowie der zentralen Unterstützung durch die Bonner Grünen im Rücken war die BGL in der Lage, einen auch finanziell sehr aufwendigen Wahlkampf zu führen.

— Schließlich, und das hat den Ausschlag gegeben, gelang es — ebenfalls mit Bonner Unterstützung — die Isolierung der BGL in der Linken zu durchbrechen und umgekehrt zur Isolierung der „Alternativen Liste“ beizutragen.

Niederlage des KB? — Niederlage der Linken

Die Tatsache, daß letztlich allein der KB sich mit einer Reihe nicht-organisierter Kräfte gegen die Strategie der BGL-Führer gestellt hat, jetzt — angesichts der Niederlage — gegen den KB zu wenden, ist zwar billig und ungerecht, müssen wir aber in Kauf nehmen; schließlich haben wir uns in dies politische Geschäft eingemischt. Insofern handelt es sich auch um eine Niederlage des KB, die unserer Position der Verteidigung einer grün/bunten Einheit geschadet hat. Schwerwiegender allerdings scheint uns die Feststellung einer Niederlage der Linken, die nicht in der Lage war, eine politische Chance, wie die Herausbildung einer Wahlbewegung, als politischen Fortschritt in der BRD zu nutzen. Dies ist beileibe kein Bremer Phänomen, sondern wird sich auch zur Bundestagswahl durchsetzen, falls sich die Linke nicht endlich stärker engagiert, falls sie das Feld weiterhin kleinbürgerlichen Politikern mit sehr „gemischten“ Programmen überläßt.

In Bremen hat es unter fortschrittlichen Kräften folgende Positionen gegeben:

Eine der größten linken Bürgerinitiativen, die BBA, hat sich weitgehend aus der Wahldiskussion herausgehalten, bzw. in den Vordiskussionen eher die Position des Wahlboykotts eingenommen.

Das SB hat sich aus dem Prozeß der Herausbildung einer Alternative herausgehalten. Erst kurz vor der Wahl, nachdem bereits der linke Unterstützterkreis für die BGL existierte, gab das SB eine Erklärung heraus, herausgehalten. Erst kurz vor der Wahl, nachdem bereits der linke Unterstützterkreis für die BGL existierte, gab das SB eine Erklärung heraus. Darin wurde eine Wahl der BGL abgelehnt, da diese „das opportunistische Konzept ... durch Abgrenzung nach links bürgerliche Wählerstimmen zu erhalten“, bestätigen würde und damit nur bewiesen werden würde, „daß „clevere“ Grüne Listen linke Stimmen auch ohne eine Spur linke Programmatik erhalten können“.

Gerade letzteres hat für viele, die sich orientieren wollten, die BGL überhaupt erst wählbar gemacht. Etwa 70 z.T. renommierte Linke Bremens hatten in verschiedenen Anzeigen in den Tageszeitungen, im „Bremer Blatt“ und in der „TAZ“ aufgerufen: „Trotz Vorbehalten: Grün wählen“. Unter ihnen hauptsächlich Vertreter der linken Intelligenz, Hochschullehrer, Rundfunkjournalisten, Schauspieler u.a. Zusätzlich setzten die „Grünen“ Bundesprominenz ein: Rudi Dutschke und Heinz Brandt traten an unter der Parole: „Links für Grün“ und machten Wahlkampf pro BGL und kontra AL, die laut Dutschke ein schädliches „KB-Unternehmen“ sei.

Insgesamt hat dieser ganz offensichtlich zentral mit den Bonner „Grünen“ abgesprochene Einsatz von Linken für die BGL eine erstaunliche Entwicklung hervorgerufen, die sich vor allem auf die letzten drei Wochen vor den Wahlen konzentrierte. Die BGL verfolgte eindeutig eine Doppelstrategie. Nachdem sie sich unter Abgrenzung nach links gegründet und nach rechts geöffnet hatte (bis hin zur nichterfolgten Abgrenzung zu neonazistischen Tendenzen), „öffnete“ sie sich aus wahlkampfaktischen Erwägungen scheinbar nach links, je näher der Wahltermin rückte und je deutlicher wurde, daß das nicht unerheb-



Bremen's grüner Abgeordneter Dinne und Rudi Dutschke

liche linke Stimmenpotential sonst zum größten Teil der „Alternativen Liste“ zufallen würde. Die taktische Linksöffnung begann:

— mit der Aufnahme von zwei Linken in die eigene Kandidatenliste;

— mit der Zurückziehung ihres rechten Kandidaten von der „Stillen Hilfe“ acht Tage vor der Wahl;

— der Änderung ihrer Publikationslinie in bestimmten Bereichen zwei Wochen vor der Wahl, wo auf einmal sehr fortschrittliche Flugblätter herausgegeben wurden, die z.B. über das hinausgehen, was von der BGL vertreten wird. So kam es zu der kuriosen Situation, daß nebeneinander zwei sich widersprechende Publikationen der „Grünen“ vertrieben wurden: ein in geringer Auflage acht Tage vor der Wahl vertriebenes „Programm zur Wahl“ — von den BGL-Linken erstellt — in dem es heißt: „Wir betreiben bei uns keine Gesinnungsschnüffelei“, mitmachen könne auf Grundlage gemeinsamer Positionen jeder, auch die „die Kommunisten sind, sich selbst als solche sehen oder von anderen so bezeichnet werden“, während gleichzeitig in Massenaufgabe vertrieben die Zeitung „Grünschnabel“ Nr. 3 dem bürgerlichen Wähler versichert: „Sie können sicher sein, daß sie in der GRÜNEN LISTE hier in Bremen keine Kommunisten wählen. Gerade deshalb gibt es ja noch eine alternative Liste für diejenigen, die etwas anderes als GRÜN wollen“.

Tatsache ist, daß die BGL mit dieser Taktik Erfolg hatte. Die Bremer Linke hat in der Mehrzahl der Stimmen, die sich geäußert haben, für die BGL Partei ergriffen. Daß diese Linke den BGL-Führern auf den Leim gegangen sind, zeigen durchaus ernstzunehmende Kommentare der bürgerlichen Presse, die darauf hinweisen, daß die Bremer Grünen deshalb „ernstzunehmen“ seien, weil sie sich von Kommunisten abgrenzen, was auch Hoffnungen in der SPD nährt.

Es ist fahrlässig, die negativen Auswirkungen zu übersehen, die ein Erfolg der BGL auf das Zustandekommen einer gemeinsamen Liste für die Bundestagswahl 1980 und auf Auswirkungen zu übersehen, die ein Erfolg der BGL auf das Zustandekommen einer gemeinsamen Liste für die Bundestagswahl 1980 und auf die weitere Entwicklung haben wird. Wer will bestreiten, daß dadurch jene jetzt schon dominierenden antisozialistischen Kräfte gestärkt werden, die Bremen nicht zuletzt als Paradebeispiel dafür vorzeigen wollen, daß eine rigorose Abgrenzung nach links noch immer das beste Erfolgsrezept ist.

Deshalb rief das SB auf: „Die Linken wählen die AL“, um so die Stimmenpotentiale „in etwa gleichen Stimmanteilen“ aufzusplitten und beide Listen aufzufordern, „ihre parlamentarischen Stellvertreterabenteuer zu beenden und sich wieder auf die gemeinsamen Prinzipien der BI-Bewegung zu verpflichten“. Eine Reihe prominenter SB-Anhänger sind allerdings entgegen dem Aufruf für den linken BGL-Unterstützterkreis eingetreten.

Das „Komitee für Demokratie und Sozialismus“ (hauptsächlich ehemalige KBW-Mitglieder) hat eher eine negative Rolle gespielt. Nachdem es sich kurz vor Bildung der „Alternativen Liste“ in die Programmdiskussion eingeschaltet hatte, traten seine Mitglieder zusammen mit der „KPD“ von der Kandidatenliste der AL angeblich wegen zu großem KB-Einfluß und zu geringer Breite der AL zurück. Statt die eigenen Möglichkeiten stärker in die Waagschale zu werfen, zog man sich in den Schmolllwinkel zurück und trug damit auch zur Schwächung der linken Position in der Wahlbewegung bei. Zwar korrigierte der zurückgetretene Kandidat des Komitees individuell später diesen Schritt und arbeitete weiter in der AL mit, jedoch gab es hierzu keine öffentliche Verlautbarung, genauso wenig wie sich das Komitee zu einer Unterstützung der AL (wurde mit 18 gegen 19

Stimmen auf einer Versammlung abgelehnt) durchringen konnte; nicht einmal zu einem Wahlauftritt kam es.

Ein Teil unorganisierter Linker, die jetzt von links die BGL unterstützten, unternahm am Jahresanfang und im Juni jeweils einen Einigungsversuch zwischen den unterschiedlichen Positionen in der Wahlfrage, der jeweils an der von der BGL gezogenen Linksabgrenzung scheiterte — ohne daß diese Kräfte sich über solche Gespräche hinausgehend engagierte.

Den entscheidenden Durchbruch in der Linken verschaffte der BGL eine politische Koalition, die mit Sicherheit noch für weitere Hindernisse bei der bundesweiten Entwicklung der Wahldiskussion sorgen wird: In Bremen bestand diese Koalition aus antikomunistischen Linken wie Rudi Dutschke und Heinz Brandt, der vaterländischen „KPD“ und der rechten Strömung der „Grünen“ (Gruhl, ehem. CDU).

Was wollen Dutschke und die „KPD“?

Die Position Dutschkes in der Wahldiskussion ist bisher wenig ausformuliert. Bisher war er hauptsächlich als linkes Aushängeschild für die Grünen bei den Europawahlen in Erscheinung getreten. In Bremen wurde mit ihm als „Studentenführer der APO-Zeit“ geworben. Dutschke scheint dabei zu sein, eine neue „sozialistische“ Theorie zu entwickeln, die die Frage des „Erhalts der Gattung Mensch“ als eine „neue Dimension des Gattungsbegriffes“ definiert (Dutschke im Interview mit der „TAZ“ vom 9.10.). Dies stellt Dutschke ausdrücklich der bisherigen sozialistischen Position vom Klassen Gegensatz gegenüber: „Es geht nicht nur um ein Klasseninteresse“ („TAZ“).

Von der skurrilen Koalition „von Gruhl bis Dutschke“ werden Kommunisten beschimpft als „Anhänger eines längst überholten Primitiv-Kommunismus“ (Flugblatt gegen die „Alternative Liste“ in Bremen), als „K-Sekten, (die) tatsächlich auf den Misthaufen der Geschichte gehören“ (Heinz Brandt im „TAZ“-Interview, 9.10.). „tätliche Liste“ in Bremen), als „K-Sekten, (die) tatsächlich auf den Misthaufen der Geschichte gehören“ (Heinz Brandt im „TAZ“-Interview, 9.10.). Während Dutschke noch daran festhält, daß seine neue Theorie sich auf Marx berufen könne, machte Heinz Brandt auf der Bremer Veranstaltung „Links für Grün“ eine deutliche Abgrenzung zum „Kommunistischen Manifest“ und zu den Ideen von Marx und Engels, die er als „Ideologien des vergangenen Jahrhunderts“ bezeichnete.

Im grünen Wahlkampf in Bremen fiel das zusammen mit Äußerungen des rechten Ökologen Baldu Springmann, der Klassenkampf und Befreiungsbewegungen für „reaktionär“ hält, oder in Aussagen wie: „Wir kämpfen um unser aller Existenz und Überleben. Unsere Politik treibt die Anhänger von Wachstum, Macht und Kapital aus Furcht um den eigenen Einfluß in eine Front, die von SPD über SPD bis DKP und KB reicht“ (Aufruf zur Veranstaltung mit Dutschke und Heinz Brandt).

Vor diesem Hintergrund wird auch verständlich, warum in Bremen mit bundesweiter Unterstützung ein solches Interesse bestand, die Verbindung sozialistischer Positionen vom Klassen Gegensatz mit ökologischen Positionen zu verhindern. Diese Koalition „von Gruhl bis Dutschke“ kristallisiert sich derzeit vor allem in einem massiven Angriff auf den KB.

Die Sprache von Heinz Brandt ist klar: die von den „K-Sekten“ gezogenen Befürworter einer ökologischen Bewegung müssen wir gewinnen, ihre Gurus aber müssen wir jetzt wirklich isolieren“ („TAZ“, 9.10.). Dutschke hatte anläßlich der Bremer Wahl mit „einer Nacht der langen Messer in Bremen und anderswo bis hin zum KB-Zentrum in Hamburg“ gerechnet und meint, daß seine Position als „Sozialist in der Tradition

Kommentare

Kommentare zur Bremer Wahl

„Kommunistenfrei“ wurden die Grünen auch für Bürgerliche wählbar. Sie verzeichneten während der vergangenen Woche vor der Wahl zahlreiche Anfragen von Leuten, die wissen wollten, ob da auch wirklich keine Kommunisten auf der Liste seien“ (Lilo Weinsheimer in der „FR“, 9.10.).

...

„Was Dinne auszeichnet, ist seine Abgrenzung gegenüber kommunistischen Chaoten — ebenso wie gegenüber dem Stamokap-Flügel bei den Sozialdemokraten“ (Wolfgang Heyen in der „FAZ“ vom 9.10.).

...

„Wenn es den Grünen gelingt, sich überzeugend von den Kommunisten abzugrenzen, werden sie zu einem Faktor, mit dem zu rechnen ist“ (Gerhard Ziegler in der „FR“ vom 9.10.).

...

Und schließlich Egon Bahr (SPD-Strategie) zu einigen Konsequenzen aus der Bremer Wahl: er warnte davor, „die Grünen pauschal als links“ zu bezeichnen“. Bei ihnen handele es sich „um sehr verschiedene Gruppierungen, die aus unterschiedlichen Motiven die etablierten Parteien ablehnen“ („FAZ“, 10.10.). Die SPD bemühe sich darum, „Forderungen der Grünen aufzunehmen. Ihr Gedankengut mache sie zu potentiellen Verbündeten“ für die SPD („FAZ“, 10.10.).

von Rosa Luxemburg ... leninistische und stalinistische Traditionen" ausschließt (ebenda). Hier werden deutlich formuliert Unvereinbarkeitsbeschlüsse befürwortet. Entgegen allen anderslautenden Interpretationen muß noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Grünen in Bremen die Spaltung gewollt und vollzogen haben, was Heinz Brandt auch bestätigt, wenn er feststellt: „Die Trennung war notwendig“ („TAZ“, 9.10.).

Die Funktion des linken Unterstützernetzes in Bremen erläuterte Olaf Dinné von der BGL: „Die Funktion, die nun die linke Unterstützerguppe hatte, und die auch der Rudi und alle bewußt übernommen haben, war auch tatsächlich nach links abzusetzen, weil der KB über die Alternative Liste ja immer rumargumentiert hat, die Linken seien sie“ (Interview in der „TAZ“ vom 11.10.). Außerdem sagte Dinné: „daß die politische Linie des KB bekämpft wird“, und zwar „ausdrücklich im Unterschied zur KPD“!

Ausgerechnet die „KPD“ war es auch, die auf der Veranstaltung mit Dutschke unter lautstarkem Beifall von Dutschke, Brandt und Olaf Dinné behauptete, daß der KB nicht links, sondern rechts sei.

Insgesamt hat im Bremer Wahlkampf die „KPD“ die Position dieser sich neu herausbildenden opportunistischen Strömung in der Linken und der Dutschke-Gruhl-Koalition gestützt.

Einigkeit bei diesem Bündnis besteht in folgenden Fragen:

- Totale Gegnerschaft zum KB;
- politische Überschneidungen in der „nationalen Frage“ und im Verhältnis zur DDR;
- der Darstellung der Politik der Sowjetunion und der DDR als Hauptfeind;
- die Aufweichung gegenüber reaktionären Tendenzen bei den „Grünen“ (Dutschke bezeichnete es gegenüber der AL als „unmenschlich“, ein 75-jähriges Mitglied der „Stillen Hilfe“ so anzugreifen — siehe Kasten —; die KPD empört sich, daß der KB „den Vorwurf der Kooperation mit Faschisten erhob — übrigens genau die gleiche Linie, die auch die DKP verfolgt“).

Wir werden uns in nächster Zeit ausführlich mit Politik und Ideologie dieser sich herausbildenden Koalition auseinandersetzen, insbesondere mit der Rolle, die sie im Hinblick auf die Bundestagswahlen spielt.

Wie weiter in der Wahlbewegung

Die Chancen für eine grün/bunte Einigung sind nach den Bremer Wahlen auf Bundesebene gesunken, das Konzept der rechten Parteigründung wird eher einen Aufschwung bekommen haben. Wir halten trotzdem das Festhalten am grün/bunten Konzept auf örtlicher und kommunaler Ebene für richtig und werden es weiter vertreten. In der Auseinandersetzung mit den Grünen wird es darum gehen, die entscheidenden Punkte einer Rechtsentwicklung auf programmatischer Ebene zur Diskussion zu stellen. Hier geht es insbesondere um folgende Fragen:

- Durchsetzung der Unterstützung von Arbeiter- und Gewerkschaftsforderungen, insbesondere solcher Forderungen wie der 35-Stunden-Woche, das Verbot der Aussperrung und der Kampf gegen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit. Diese Forderungen müssen durchgesetzt werden gegen die von kleinbürgerlichen Kreisen formulierten Formeln vom „Nullwachstum“ und „Konsumverzicht“, die die Kluft zur Arbeiterschaft vergrößern.
- Für die Übernahme der Forderungen der Frauenbewegung nach voller Gleichberechtigung sowie nach völliger Freigabe der Abtreibung, gegen die bei Teilen der Grünen herrschende Ignoranz gegenüber der Frauenfrage und einer reaktionären „Lebensschutz“-Ideologie („Abtreibung ist Mord“).
- Für eine klare Trennungslinie zu rechtsradikalen Tendenzen; hier gilt es auch die Grauzone zu den Öko-Faschisten zu bekämpfen.
- Gegen die Praxis der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die in der Planung einiger Grünen nicht nur auf die „K-Gruppen“, sondern auch bereits auf Mitglieder alternativer und bunter Listen ausgedehnt werden sollen.
- Die alternative Wahlbewegung ist im Aufschwung. Sie ist allerdings mittlerweile auch zum Übungsfeld verschiedener bürgerlicher Karrieristen geworden und sie wird zunehmend auch von der SPD umworben, die u.a. an dieser Bewegung versucht, ihre Integrationsfähigkeit wieder herzustellen. Vieles wird dabei vom Engagement der Linken abhängen. Eine sofortige Diskussion und verstärkte Einflußnahme der Linken ist notwendig.

Hr., KB Bremen

Zu den DKP-Ergebnissen bei den Kommunalwahlen in NRW

Nach den niederschmetternden Ergebnissen der DKP bei den Landtagswahlen 1978/79 (sie verlor bis über die Hälfte ihrer Stimmen), sieht ihr Abschneiden in den Kommunalwahlen in NRW positiver aus. Zwar ging auch hier ihr landesweites Ergebnis von 60.687 Stimmen im Jahr 1975 auf nunmehr 55.627 Stimmen zurück (ca. 8 % absoluter Stimmenrückgang), ihr Prozentualergebnis verbesserte die DKP aber leicht von 0,6 auf 0,7 % (Ursache des besseren Prozentergebnisses bei gleichzeitigem Stimmenrückgang ist die geringere Wahlbeteiligung).

Die Zahl ihrer kommunalen Abgeordneten konnte die DKP erhöhen: sie zog wieder in die Stadträte von Bottrop (mit 5 Abgeordneten) und Gladbeck (mit 5 gegenüber bislang 3 Abgeordneten) ein und konnte darüber hinaus in Ahlen, Gevelsberg und Hattingen insgesamt 10 neue Mandate hinzugewinnen. Andererseits zeigt eine genauere Untersuchung der Einzelergebnisse, daß die DKP überall dort, wo grüne oder bunte Listen angetreten sind, einige Prozentpunkte abgeben mußte. In einer Erklärung der DKP-Bezirksvorstände Ruhr-Westfalen und Rheinland-Westfalen heißt es dazu lakonisch: „Wir stellen aber auch fest, daß in einigen wichtigen Großstädten - und hier auch in Arbeitervierteln - die Stimmenzahl für die DKP zurückgegangen ist.“ („UZ“, 2.10.)

„Das ist ein Ausdruck der Zustimmung, die die arbeitenden Menschen in der initiativen und an den Interessen des Volkes orientierten Politik der DKP entgegenbringen, und zeigt, daß dort, wo sich die DKP als alternative Kraft erweist, das Vertrauen wächst.“ Soll man/frau das glauben?

Da wir aus den Landtagswahlen 1978/79 wissen, daß die Zustimmung zur DKP-Politik eher ab- als zugenommen hat, scheint die entscheidende Aussage diese zu sein: „wo sich die DKP als alternative Kraft erweist“. Tatsächlich hat die DKP in ihrer Analyse der ersten schlechten Landtagswahlergebnisse 1978 herausgefunden, daß sie diesem Stimmenrückgang nur noch durch eine „Strategie der Kommunalwahlen“ begegnen kann: „Die Menschen interessieren sich für die Konkretheit unserer Politik... Besondere Aufmerksamkeit wenden wir den Kommunalwahlen zu aus dem einfachen Grunde, weil das die Wahlen sind, wo wir unter unseren augenblicklichen Bedingungen in der Lage sind, in einer Reihe von Gemeinden beachtenswerte Erfolge zu erzielen.“ (so Jupp Angenfort, Mitglied des Parteipräsidiums der DKP, auf der kommunalen Bundeskonferenz der DKP im Nov. 1978, lt. „UZ“, 18.11.78). Und Robert Farle, DKP-Fraktionsvorsitzender im Gladbecker Stadtrat, formulierte die DKP-Taktik in seinem Diskussionsbeitrag auf dem Mannheimer Parteitag der DKP 1978: „Richtig ist, daß wir den Weg in so: „Richtig ist, daß wir den Weg in

die Landes- und Bundsparlamente erst finden werden, wenn wir vorher den harten und langfristigen Kampf über die Eroberung der Kommunalparlamente gegangen sind.“ (lt. Dokumentation der „UZ“ vom 18.11.78).

Hiermit ist erst einmal nur soviel gesagt, daß man sich in Zukunft in Kommunalwahlkämpfen „mehr erhofft“ als bei allen anderen Wahlen. Noch nicht damit gesagt ist, wie denn nun Erfolge bei den Kommunalwahlen auch erreicht werden können. Aber auch hier hat die DKP inzwischen ein Konzept entwickelt: die sogenannte „Schwerpunktspolitik“. D.h. ein ganzer Bezirk der DKP (Hessen und Niedersachsen sind z.B. solche Bezirke, sie können aber auch kleiner als Bundesländer sein) konzentriert seine Kräfte auf eine oder einige wenige Städte, macht dort konzentrierten Wahlkampf, und „erweist sich“ in dieser geballten Form „als alternative Kraft, deren Vertrauen wächst“.

Dazu wieder Robert Farle: „Lohnt es sich überhaupt, Schwerpunkte zu setzen? Wir meinen: Ja! Denn wenn man sich Schwerpunkte setzt, mit Konsequenz und Energie, mit der Kraft aller Genossinnen und Genossen einer Bezirksorganisation sich auf diese Schwerpunkte orientiert, dann können wir an solchen Schwerpunkten sichtbare Erfolge erzielen, die für die gesamte Partei mobilisierend und als Motor wirken können. Und das brauchen wir.“ („UZ“, 18.11.78) Daß die DKP vorzeigbare Erfolge nach ihren Verlusten bei den Landtagswahlen brauchte, glaubt man ihr aufs Wort. Wichtiger für unsere Betrachtung hier ist aber nicht so sehr der Sinn und Zweck von Kommunalwahlerfolgen, sondern daß Farle auch erklärt, wie die DKP zu solchen Erfolgen kommt. Ohne jetzt hier in die taktischen Einzelheiten einzusteigen, sei noch einmal Robert Farle zur Schwerpunktpolitik im Kommunalwahlkampf 1979 in NRW zitiert: „...bei der Kommunalwahl 1979 hat sich unser Bezirk aufgrund der gewachsenen Stärke der Partei in den Wahlschwerpunkten Bottrop und Gladbeck ein neues Ziel gestellt. ... Diese sind: in Bottrop und Gladbeck die Position zu halten und in Ahlen und Hattingen neu in die Stadtparlamente einzuziehen“. Dies sagte Farle auf dem DKP-Parteitag in Manheim im Oktober 78 (Zit. n. „UZ“, 18.11.78). Wie man sieht, waren die Erfolge der DKP keineswegs Zufallstreffer.

Zusammenarbeit DKP/Bunte-Grüne Listen möglich?

In der Erklärung der Bezirksvorstände wird den Wählern der Grünen und Bunten immerhin zugestanden, daß sie mit ihrer Stimmabgabe „ihre Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien und ihre Sorge über die Zerstörung der Umwelt zum Ausdruck bringen wollen. Die DKP Ausdruck bringen wollen. Die DKP

wird mit diesen Wählerinnen und Wählern das Gespräch suchen und dafür wirken, gemeinsam den Kampf gegen die Verursacher der Umweltzerstörung, gegen die Konzerne, zu führen“. Danach folgt dann die schon typische Selbstbeweihräucherung, daß die DKP natürlich die einzige echte Alternative sei usw. usf. Nach diesen Sätzen, die sich mehr an die (zu dummen, noch nicht DKP wählenden) Wähler richtet, machen die Bezirksvorstände aber auch den Grünen/Bunten Listen wie der FDP ein kleines Angebot - nämlich in der Frage der 5 %-Sperrklausel: „Diese undemokratische 5-Prozent-Sperrklausel richtet sich längst nicht mehr allein gegen die DKP, inzwischen sind auch FDP und viele Wählergemeinschaften davon betroffen.“

Die DKP appelliert an alle demokratischen Kräfte, gemeinsam für die Aufhebung dieser verfassungswidrigen Sperrklausel einzutreten“. Für eine solche Zusammenarbeit eignen sich natürlich besonders gut solche Städte, wo DKP oder Grüne/Bunte (beide zusammen gibt es noch nicht) ins Stadtparlament eingezogen sind. Bottrop, wo die DKP im Stadtrat ist und die Grünen 2,4 % erreicht

haben, scheint aufgrund des rechten grünen Listenführers Wegener (verg. AK 163 S. 5) weniger geeignet, aber in Bielefeld und Münster sollten die Bunten und Grün-Bunten einmal die Probe aufs Exempel machen. (In Bielefeld erhielt die DKP 0,5 % gegenüber 0,9 im Jahr 1975; in Münster 0,6 % gegenüber zuvor 1 %).

Erfolgsgünstig für diese Bemühungen könnte sich auch der scharf antikommunistische Kurs der SPD auswirken. Im neuen Ahlener Stadtrat wäre es zum Beispiel möglich gewesen, mit 22 SPD-Abgeordneten und 4 DKP-Abgeordneten den bisherigen CDU-Bürgermeister zu stürzen. Was aber tat der SPD-Stadtverbandsvorstand? In einer Empfehlung an die SPD-Ratsfraktion verzichtet er darauf, einen eigenen Bürgermeisterkandidaten aufzustellen („UZ“, 6.10.79). Das gleich geschah auch schon in Marburg. Die SPD will ihre Koalition mit der CDU lieber weiter fortsetzen und damit auf einen eigenen Bürgermeister verzichten, als mit den 6 DKP-Stimmen zu einem SPD-Bürgermeister zu kommen. („UZ“, 4.10.79).

Alex. / KB-Hannover

Leserbrief

Betrifft: Taktik gegenüber DKP

Bei den Kommunalwahlen in NRW gab es in Bottrop eine interessante Konstellation. Die DKP hatte bei den letzten Wahlen 8,5% der Stimmen erhalten und war dadurch mit einigen Abgeordneten im Stadtrat vertreten. Am 30.9. kandidierte nun neben der DKP eine grüne Liste. Die DKP fiel auf 7,2% der Stimmen zurück, die Grünen kamen auf 2,6%.

Es stellt sich nun natürlich die Frage, wie sinnvoll bzw. wie unsinnig ist es, eine Alternativkandidatur zu betreiben, wenn die DKP mit Abgeordneten im Kommunalparlament vertreten ist.

Da die DKP bundesweit in ca. 40 Kommunalparlamenten vertreten ist, wird dieses Problem in der Zukunft noch des öfteren auf der Tagesordnung stehen. Von daher erscheint es mir notwendig, diesen Aspekt in der alternativen Wahlbewegung zu diskutieren, und das der KB einen klaren Standpunkt bezieht.

Für einige Störungen in der alternativen Wahlbewegung, wie der „KPD“, den rechten Grünen (Ökologie vor Ökonomie) und den sich formierenden „unabhängigen Sozialisten“, mit den Exponenten R. Dutschke und M. Horacek, ist wohl von vorneherein klar, das in einem solchen Falle gegen die DKP kandidiert wird. Denn aufgrund ihres blindwütigen „prinzipiellen“ Antirevisionismus bzw. Antikommunismus kommt für sie weder eine Zusammenarbeit im außerparlamentarischen und parlamentarischen Rahmen noch eine Wahlkampfunterstützung in Frage. Im Gegenteil, für sie ist es in einer solchen Situation geradezu eine Notwendigkeit, eine Al-

ternativkandidatur durchzuführen. Auch wenn ihnen klar ist, daß der einzige „Erfolg“ der sein kann, daß der DKP die entscheidenden Stimmen für den Wiedereinzug in das Kommunalparlament fehlen.

Für Kommunisten kann die Position, die sie zu diesem Problem beziehen, nicht von ihrer Kritik an der DKP bestimmt sein. Sie muß vielmehr von der Analyse des Kräfteverhältnisses dieses gesellschaftlichen Sektors ausgehen.

Und auf der Ebene des Parlamentarismus sieht es gegenwärtig so aus, daß auch auf kommunaler Ebene die Monopolstellung der bürgerlichen, staatstragenden Parteien nur punktuell von fortschrittlichen Kräften durchbrochen werden konnte. Bei diesen Kräften spielt die DKP eine erhebliche Rolle. Es kann nicht im Interesse fortschrittlicher Menschen, auch nicht im Interesse der alternativen Wahlbewegung liegen, zugunsten beispielsweise eines „Jupenreinen“ Umweltschutzprogramms inklusive Ablehnung der Atomenergie, bisher eroberte Stützpunkte fortschrittlicher Opposition in den Kommunalparlamenten auf's Spiel zu setzen.

Vielmehr kommt es m.E. darauf an, jeden dieser eroberten Stützpunkte zu verteidigen und zu stärken. Daraus leitet sich für mich ab, das gegenwärtig in Orten, in denen die DKP im Kommunalparlament vertreten ist, eine Alternativkandidatur schädlich und deshalb abzulehnen ist. Darüber hinaus sollten Kommunisten aktiv in den Wahlkampf eingreifen und eine kritische Wahlkampfunterstützung für die DKP organisieren. De., AK-Leser aus HH-Eimsbüttel

Einsam sind wir stark Der KBW kandidiert zu den Bundestagswahlen 1980

„Man soll es nicht beschwören, aber so wie es aussieht, (wird) sich an den Bundestagswahlen 1980 ... der KBW beteiligen“, schreibt Sekretär Schmierer in der „KVZ“ vom 6.8.79. Heißt das, daß wir diesmal auf das Schauspiel zur Bildung einer „marxistisch-leninistischen Einheitskandidatur“ verzichten müssen? Es sieht ganz so aus. 1976 war das Unternehmen aus KBW, „KPD“, KPD/ML, KABD ja gescheitert. Aber diesmal soll es nicht einmal einen Versuch geben? Der KBW sah in einer gemeinsamen Kandidatur zu den Bundestagswahlen in erster Linie einen Schritt in Richtung „Einheit der Marxisten-Leninisten“. So konnte Schmierer 1976 auch hochfreut schreiben: „An dem Gespräch haben alle vier Organisationen teilgenommen. Damit (!) haben sich alle die Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung anerkannt, was ein wichtiger Fortschritt ist.“ Und was ist aus dem „Fortschritt“ innerhalb von 3 1/2 Jahren geworden? „Von einer Existenz einer marxistisch-leninistischen Bewegung kann man nicht mehr sprechen. ... Das ist eine Tatsache, ob einem das paßt oder nicht.“ Womit für den KBW auch die Frage einer gemeinsamen Kandidatur gleich miterledigt wäre. Aber warum gibt

es nach 3 1/2 Jahren keine marxistisch-leninistische Bewegung mehr? Auch hier hat Schmierer eine Antwort, die wir aufgrund ihres apusanten Charakters unseren Lesern nicht vorhalten wollen. Nachdem Schmierer auf 68 (Spalten-) Zeilen eine „Klassenanalyse“ der BRD hinlegt, kommt er zu dem Schluß, daß „Rote Fahne“, KABD und KPD/ML, und das haben sie mit dem KB und anderen „linken“ Organisationen gemeinsam, stützen sich heute auf diese verschiedenen Kräfte der Mittelklassen und spiegeln ihre spontanen Interessen und Ansichten wieder.“ Die weiteren „wissenschaftlichen Abteilungen“ für KABD und KPD/ML wollen wir uns ersparen, aber nicht die für die „KPD“ und uns.

„Nicht weniger springt in die Augen, daß sich die Rote Fahne und der KB hauptsächlich auf die neue Mittelklasse stützen, wobei sich die KPD vor allem auf die professoralen und freischaffenden Kulturträger ausrichtet, während der KB mehr die Handwerker unter den Ideologen, die Lehrern, Beamten, samt ihren heimlichen Exzessen (!) im Auge hat. Das wird an der etwas unterschiedlichen Zusammensetzung der jeweiligen Leitungen liegen.“

KB-Hannover

Gießen: 3 % für Grüne Alternative

3% erhielt die Grüne Alternative Gießen bei den Kommunalwahlen am 7. Oktober. Die Kommunalwahlen waren notwendig geworden, weil das bürokratische Gebilde „Stadt Lahn“ am Protest in den verschiedenen zusammengelegten Orten gescheitert war.

Nach den grün/bunten Erfolgen in NRW und Bremen könnte dies „auf den ersten Blick“ fast als Mißerfolg erscheinen. Allerdings ist dieses Ergebnis vor allem vor dem Hintergrund, daß die Aktivitäten der GAG erst zwei Monate vor der Wahl richtig ins Rollen gekommen waren, die Presse vor Ort sie totgeschwiegen hatte bzw. die rechten Grünen der GAZ sich öffentlich distanziert hatten, ein beachtlicher Erfolg.

Dies bescheinigte auch der GAG der Kommentar des „Gießener Anzeigers“ (vom 9.10.79), der alles andere als Sympathien für die Grün/Bunten hegt (s. Faksimile). Die GAG könne sich zu „einer ersten politischen Kraft entwickeln“, schrieb die Zeitung. Dies muß vor allem vor dem Hintergrund gesehen werden, daß in Gießen in eineinhalb Jahren erneut Kommunalwahlen - wie in ganz Hessen - stattfinden werden.

Tatsächlich hat die GAG im Innenstadtbereich, auf den sich ihre Aktivitäten weitgehend beschränkten, weit besser abgeschnitten, dort erreichte sie 4,7% im Durchschnitt. Im Bezirk Schanzenstraße, wo die

GAG gegen das von der CDU geplante Parkhaus Front machte, erreichte die GAG sogar 6,5%; dies, obwohl sich die SPD ebenfalls gegen das Parkhaus ausgesprochen hatte und ein Großteil der BI gegen dieses Parkhaus zur SPD-Lahn aufgerufen hatte. Insgesamt hatte die SPD im Wahlkampf auch den Eindruck zu erwecken versucht, sie sei quasi eine große Bürgerinitiative; in der Presse riefen die Jusos nach Bonn auf („Veranstalter: BBU + Juso-Vorstand“), ein SPD-Abgeordneter stellte Anträge für die Frauenhausinitiative und gleichzeitig hieß es: „Grün wählen bedeutet: nicht wissen, ob die Stimme verschwendet ist“. Angesichts dessen ein beachtlicher Wahlerfolg, während die DKP nur noch 0,8 (statt 2,1%) erreichte. Die DKP hatte ihren Wahlkampf als recht phantastische Anti-Strauß-Kampagne geführt, war aber ohne kommunalpolitische Aussagen für Protestwähler kaum attraktiv.

Andererseits erreichte die GAG teilweise in Außenbezirken nicht mehr Stimmen als seinerzeit die GLH bei den Landtagswahlen.

Das erste Plenum der GAG nach den Wahlen zeigte, daß das Wahlergebnis von den Aktiven als gute Grundlage für eine Weiterarbeit begriffen wird.

Nach einem Bericht einer Genossin aus Gießen

Zum Kommunalwahlkampf in NRW

Wir wollen hier an einigen Beispielen über die Erfolge und Probleme beim Kommunalwahlkampf der grün/bunten Listen in NRW berichten. Neben Listen, die aus örtlichen BI-Ansätzen bzw. örtlichen Problemen heraus große Erfolge errungen haben (wie in Arhaus, wo ein Zwischenlager geplant ist oder in Datteln, wo in den Rieselfeldern große Industrieansiedlungen bzw. Kraftwerksplanungen anstehen), haben nahezu in sämtlichen bei den Kommunalwahlen erfolgreichen Listen grüne und bunte Kräfte gemeinsam den Wahlkampf geführt, selbst wenn sich wie in Münster örtliche rechte grüne Kräfte davon abgegrenzt hatten. Für viele rein-grüne Listen, die sich von Linken abgrenzten, wie etwa in Bottrop oder Essen, bestand weder eine entsprechende organisatorische Basis noch die Attraktivität der Listen, um größere Erfolge zu erreichen. Wir wollen hier von Münster, Bielefeld und Köln näher berichten, wo die Wahlerfolge gegen das Hetztrommelfeuer der bürgerlichen Parteien errungen werden mußten. Teilweise gelang es, über den Wahlkampf gerade in Problemgebieten Fuß zu fassen, wenn auch besonders zu vermerken ist, daß in ausgeprägten Arbeitervierteln und SPD-Hochburgen nur in Ausnahmefällen größere Einbrüche den Bunten gelungen sind.

Bielefeld

Im Grunde große Aufmerksamkeit verdient der Wahlerfolg der Bunten in Bielefeld (160.000 Wahlberechtigte), weil die Stadt ihrer sozialen Struktur nach ein Kleinmodell für die BRD ist. In Bielefeld gibt es nach der Gebietsreform neben dem städtischen Kern große kleinstädtische und ländliche Randzonen. Aus diesem Grund wird Bielefeld von Werbeagenturen auch gern als Testmarkt zum Probelauf neuer Produkte und Werbetechniken gewählt. Die BL erhielt 5,6% und 4 Parlamentssitze und ist in 6 von 10 Bezirksparlamenten vertreten. Anders als im landesweiten Trend verlor die SPD mit 0,7% und jetzt 45,8% nur wenig Stimmen. Die CDU verlor 2,3% und hat jetzt 41,6%. Die FDP verlor 2,2% und sank damit auf 6,5% ab.

Bielefeld

Im Grunde große Aufmerksamkeit verdient der Wahlerfolg der Bunten in Bielefeld (160.000 Wahlberechtigte), weil die Stadt ihrer sozialen Struktur nach ein Kleinmodell für die BRD ist. In Bielefeld gibt es nach der Gebietsreform neben dem städtischen Kern große kleinstädtische und ländliche Randzonen. Aus diesem Grund wird Bielefeld von Werbeagenturen auch gern als Testmarkt zum Probelauf neuer Produkte und Werbetechniken gewählt. Die BL erhielt 5,6% und 4 Parlamentssitze und ist in 6 von 10 Bezirksparlamenten vertreten. Anders als im landesweiten Trend verlor die SPD mit 0,7% und jetzt 45,8% nur wenig Stimmen. Die CDU verlor 2,3% und hat jetzt 41,6%. Die FDP verlor 2,2% und sank damit auf 6,5% ab.

Zu den „Hochburgen“ der Bunten bemerkt das Bielefelder Tageblatt: „In einzelnen Stadtteilen sind die Bunten auffallend stark, und zwar vornehmlich in den Sanierungsgebieten des Bielefelder Westens und dort, wo die Autobahn A33 die Wogen der Diskussion besonders hoch schlagen ließ ... Hier büßte die CDU im Wahlbezirk 9 2,4 % ein ... während die SPD hier um 4,6 % abnahm“ („BT“, 1.10.79).

Die BL hatte hier mit 9,7% ihr bestes Ergebnis. Ebenfalls hervorragend schnitt die BL im Wahlbezirk 34 (Senne), einem Neubaugebiet im Grünen, ab, das durch das Straßenbauprojekt A33 gefährdet ist. Sie kam hier auf 9,6%. Die SPD verlor hier 4%, ebenso die CDU und die FDP 1,5%. Auf der anderen Seite „... gibt es Stadtteile, in denen die Bunte Liste keine Rolle spielt: in Schildesche sowie im Bielefelder Osten, wo die SPD ihre Hochburgen hat, blieb diese neue Gruppierung unter fünf Prozent“ („BT“, 1.10.79). Dies sind im wesentlichen Arbeiterbezirke.

Diese Ergebnisse legen die Vermutung nahe, daß die BL über ihren Wahlkampf in Problemgebieten die Stimmen unzufriedener Bürger aus allen bürgerlichen Parteien gewinnen konnte. Auf jeden Fall ist sie über das linke Potential weit hinausgegangen. Obwohl die BL mit einem ausführlichen Programm mit einer Reihe „linker“ Forderungen aufgetreten ist, hat sie sich im Wahlkampf auf Themen konzentriert, die viele Bürger beunruhigen. Schwerpunkte waren Stadtzerstörung, Kinderfeindlichkeit, Bau der A33, AKWs. Die BL hat einen intensiven Plakatwahlkampf (1000 Stellschilder, 50 Großflächenplakate), Wahlkampf mit Zeitungen und Flugblättern (Wahlinfo mit 60.000 Auflage) und vielfältige Veranstaltungen organisiert. Sie hat sich bei allen öffentlichen Diskussionen über Pressearbeit, Anfragen und eigene Stellungnahmen eingemischt und so die Liste bekannt gemacht. Sie hat intern über Vollversammlungen demokratisches Leben entwickelt. Auf dem ersten Plenum nach der Wahl waren 150 Mitglieder und Interessierte anwesend. Die BL kann mit einer breitgefächerten Kommunalpolitik innerhalb und außerhalb des Stadtparlaments ernst machen.

Münster

In Münster (173.000 Wahlberechtigte) erreichte die „Grüne Alternative Liste“ (GAL) 6% (= 4 Sitze) und ist in 5 von 6 Bezirksvertretungen eingezogen. Auch die GAL hat einen sehr konkreten Wahlkampf geführt, der sich bemühte, an Fragen wie Stadtplanung, Verkehrsplanung und einer Reihe weiterer Themen anzusetzen. Die GAL hatte im Wahlkampf gegen eine massive Hetzkampagne der etablierten Parteien in Einheitsfront mit rechten Grünen und der Lokalpresse anzukämpfen. Hauptstrang der



Kampagne: die „kommunistische Unterwanderung“ der GAL. Den Auftakt machte schon im August die SPD. Unter Verweis auf die Ablehnung von GAZ und GLU, sich an der GAL zu beteiligen, meinte SPD-UB-Vorsitzender Catenhusen: „Wir respektieren die Entscheidung der GLU und der GAZ, sich nicht der Bunten-Alternativen Liste anzuschließen. Der Rest ist lediglich noch ein Sammelbecken von Splittergruppen, die vom kommunistischen Bund dirigiert werden von GAZ und GLU, sich an der GAL zu beteiligen, meinte SPD-UB-Vorsitzender Catenhusen: „Wir respektieren die Entscheidung der GLU und der GAZ, sich nicht der Bunten-Alternativen Liste anzuschließen. Der Rest ist lediglich noch ein Sammelbecken von Splittergruppen, die vom kommunistischen Bund dirigiert werden. Wir werden die Bürger über den wahren Charakter dieser Gruppen, die sich mit Grün bemalt haben, aufklären“ (Münstersche Zeitung, 28.8.79).

Im Wahlkampf verteilte die SPD dann Flugblätter, in denen es hieß: „Die GAL ist keine Grüne Liste, sie ist vielmehr ein Zusammenschluß von Splittergruppen wie u.a. KPD/ML und KBW, die bei ungetarntem Auftreten nicht die geringste Chance hätten.“ Die CDU ließ sich da natürlich nicht lange bitten. In ihrem Flugblatt hieß es: „Hauptträger der sogenannten Grünen sind die demokratische Frauengruppe und die Schulengruppe HIM, einzelne Personen des kommunistischen Bundes und des AKUs.“ Als Folge einer Stimmabgabe für die GAL wurde einfach formuliert: „Abbau von Arbeitsplätzen, Abbau demokratischer und Freiheitsrechte der Bürger über eine unkontrollierbare Basisgruppendemokratie, Verarmung der Bevölkerung.“ In diesen Chor fielen GAZ und GLU-Fürsten kräftig ein. So ein führender GLUler in einem Leserbrief in Richtung auf den GAL-Kandidaten Steinmeyer (AUD): „Mensch (Stein)meyer, Olaf, jetzt wird es uns GRÜNEN aber zu bunt. Wie Du sehr wohl weißt, hat der Münsteraner GLU-Vorstand beschlossen ... die GAL nicht mitzutragen, wenn auf vorderen Listenplätzen Leute aus K-Gruppen kandidieren. Da das auf Platz 1 bis 8 (einschließlich der Vertreter) gleich zu 50 % der Fall ist, (übrigens einmalig im gesamten Bundesgebiet) sah sich die GLU ... außerstande, bei Euch GALern mitzumachen.“ Unterzeichnet von dem GLU-Vorstandsmitglied C. Löber. Leserbriefe dieser Art aus der rechten Ecke der Grünen gab es mehrere und die Lokalpresse griff gierig zu.

Die GAL hat sich trotz dieser Kampagne durchgesetzt. Kommunistenfurcht ist eben kein todsicherer Tip.

Einige „Witze“ des CDU-Oberbürgermeisters, Pierchalla (CDU), gingen auch der Ratskandidatin der FDP, Frau Kramer-Rieke, über die Hutschnur. Sie distanzierte sich davon öffentlich in der Presse. In ihrem Leserbrief beschreibt sie Pierchallas Kennzeichnung der GAL von einer gemeinsamen Wahlveranstaltung: „Da sind einmal die 218er, das sind die, die die Abtreibung bis zur Geburt legalisieren wollen; danach kommt dann ‚Kopf ab‘, weiterhin die ‚Schwulen‘, deren einziger Programmpunkt die Gleichberechtigung der Schwulen ist [wenn demnächst ein Schwuler im Rat sitzt, werden wir die Sitzordnung ändern müssen]“. Dazu erklärte Frau Kramer-Rieke: „Für die oben erwähnte Art von Humor fehlte mir bei meinem demokratischen Verständnis offenbar die Antenne“. Nun, diese Schmutzkampagne hat den Parteien nicht den gewünschten Erfolg gebracht, die 5%-Hürde wurde glatt übersprungen.

Einige SPD-Vertreter zeigten sich dann auch noch obendrein als schlechte Verlierer: „Unser Wahlkampf hätte vielmehr gegen die Pseudo-Grünen abgestellt sein müssen“ bzw. er könne „überhaupt nicht verstehen, warum so viele junge Leute sich ‚von diesen Leuten haben blenden lassen‘“, erklärte das Landtagsmitglied der SPD, Feldhaus („MZ“, 1.10.79).

Köln

Bei den Kölner Kommunalwahlen errang die Kölner Alternative – ein gleichberechtigter Listenzusammenschluß von Bunten und Grünen mit weitgehend organisatorischer und programmatischer Eigenständigkeit der Bündnispartner – bei den Stadtratswahlen 4%, d.h. 15.973 Stimmen, bei den Bezirksvertretungen sogar 4,2% bzw. 16.776 Stimmen.

Im Stadtbezirk I ist die Kölner Alternative bei 7% mit Vertretern in die Bezirksvertretung eingezogen, im Stadtbezirk III mit 5,1% mit einem weiteren Vertreter, im Bezirk Nippes fehlten lediglich 260 Stimmen, um die 5%-Hürde zu überwinden.

Stimmengewinne von der SPD

Als erste begannen die JUSOS mit einem scharfen Wahlkampf gegen die Kölner Alternative, insbesondere weil in der Liste ehemalige Mitglieder der JUSOS mitarbeiteten, die als Gruppe aus den JUSOS ausgetreten waren, unter ihnen der Spitzenkandidat der

Alternative. Die JUSOS bemühten sich, der AL mangelnde Unterstützung durch die „... großen Kölner Initiativen, wie SSK, BISA, BINA, etc. pp.“ vorzuwerfen und in deren Umfeld Stimmung zu machen: („ange-reiste Listenbastler vom KB, ... ein von Grüppcheninteressen zerrissener Machtverein“). Das handelte den JUSOS die Schelte des Kölner „Volksblattes“ ebenso wie der vielzitierten Initiativen ein. Das Volksblatt (Auflage 7.000) forderte praktisch zum Wahlboykott auf. Die SPD verteilte Flugblätter, in denen sie speziell die bunten Teile der Liste als „zusammengewürfelten Haufen“ bezeichnete, der von der „Rotchina-nahen KPD ... bis zu der CSU-nahen GAZ“ reiche, während die Bürgerinitiativen angeblich die Zusammenarbeit mit der KPD „ablehnen“ würden. Außerdem wurde behauptet, daß die Grünen in Schleswig-Holstein für die CDU-Regierung verantwortlich seien, da „reichten bereits weniger als 3%, um Soltenberg und seine CDU-Regierung weiterhin ihre arbeitnehmerfeindliche Politik betreiben zu lassen.“ Da auch die AL der SPD Stimmen abjagen wolle, nehme sie „bewußt in Kauf, Wahlhelfer der CDU zu sein“.

Neben den SPD-Angriffen (s. dazu auch den Artikel im letzten Arbeiterkampf) stand die CDU-Hetze, wo mit Verfassungsschutzmaterial garniert, nahezu die gesamte Liste als Chaotenhaufen verteufelt wurde.

Trotz allem hat die Kölner Alternative gegenüber den Eurowahlen der SPD Stimmen abnehmen können. Am meisten (bei 46 Wahlkreisen)

verlor die SPD in Neustadt Süd I, nämlich 6,8% (statt 52,6 jetzt 46%), die FDP hielt sich mit 5,3% noch gerade über Wasser, sie büßte hier 2% ein. Hier gewann die AL 9,3% der Stimmen und selbst die DKP gewann noch 0,2% hinzu (1,7%). Auch in einer Reihe von traditionellen SPD-Hochburgen mit außerordentlichem Arbeiteranteil erreichte die AL beachtliche Erfolge, so etwa in Ehrenfeld II, wo das grün/bunte Bündnis 4,6% gewann und auch die DKP sich um 0,2% verbesserte. Ein besonderes Bonbon war, daß der Kölner SPD-Chef Herterich sein Direktmandat verlor, die Alternative erreichte dort 8,1% (SPD: — 3,5%). Angesichts der Tatsache, daß die Alternative einiges der SPD abgewonnen haben dürfte, kündigte Herterich bereits an, „wenn dies nach einer Analyse ... zutrefte, werde sich die Partei mit diesen Kräften in den eigenen Reihen auseinanderzusetzen“ („Kölner Rundschau“, 1.10.79). D.h. es wird nicht nach Fehlern, sondern nach Ausschlußgründen gesucht werden.

Die Grünen, die nach den 4,1% bei den Eurowahlen erklärt hatten, daß dies Ergebnis durch „90% grüne Stammwähler erzielt worden“ sei (Alfred Vordermeir von der GAZ), haben ihre Erwartungen nicht ganz erfüllen können, so daß die Liste diesmal die 5% (noch) nicht erreichen konnte.

KB / Gruppe Köln

Rechte Grüne laufen Amok gegen Bündnis mit Bunten

Rechte Grüne laufen Amok gegen Bündnis mit Bunten

Nach wochenlangem Druck von rechten Grünen im Freiburger Vorstand, die zwar in der Minderheit sind, aber mit Rücktrittsdrohungen gearbeitet hatten, faßten die Freiburger Grünen am 24.9. einen Abgrenzungsbeschuß gegen die Bunten: „Der ökologische Ansatz der Grünen ist unvereinbar mit ökonomischen Theorien (Kapitalismus/Marxismus). Daher kommt ein politisches Bündnis mit der Bunten Liste Freiburg in der gegenwärtigen Form nicht in Frage“. Diesem Beschuß hatten sich auch Kräfte gebeugt, die bisher offen für ein Bündnis mit den Bunten eingetreten waren. Doch damit nicht genug. Vorstandsmitglied Schmidt trat dennoch zurück. Anlaß war der Gründungsparteitag der Grünen in Baden-Württemberg. Schmidt hatte sich unter geltendem Pfeifkonzert der 600 Anwesenden nach „kommunistischen Umtrieben“ bei den Tübinger Grünen erkundigt. Unter anderem als Quittung für derartige Provokationen war Klaus Schramm aus Freiburg, der sich als Mitglied der Freiburger Bunten vorgestellt hatte, in den Landesvorstand der Grünen gewählt worden. Da laut Schmidt die Bunten „zu 70% aus diversen kommunistischen Gruppen“ bestünden, signalisierte für ihn diese Wahl „die Gefahr des Abgleitens der Grünen ‚über bunt nach rot‘“ („Badische Zeitung“, 8.10.79). Er trat deshalb demonstrativ als geschäftsführender Vorstand zurück und stellte seine Mitgliedschaft in Frage. Schmidt, der in der Presse Schramms Bekenntnis zu den Bunten verschwiegen, behauptete, Schramm habe seinen „Senkrechstart“ mit einem Abschwören von den „Ex-Genossen“ verbunden, dieser Wandel des ehemaligen Sblers komme „ihm wohl etwas sehr plötzlich“ (ebenda). Zwar verwahrte sich dann der Restvorstand der Grünen öffentlich gegen diese „Diffamierung“, betonte aber, daß Schramm (der Bunte) sich nun zu den „Grundsätzen der ‚Grünen‘“ bekennen und auch nur noch bis Ende des Jahres für ein Bündnis zwischen Grünen und Bunten arbeiten wolle, wenn dies scheitere, würde er den Bunten „endgültig den Rücken kehren“ („BZ“, 10.10.79). Ein etwas abenteuerlicher Schlingerkurs ist das, der die rechten Grünen zu weiteren Provokationen eher ermuntern dürfte.

(nach einem Bericht der KB / Gruppe Freiburg)

Grüner Landesverband in Rheinland-Pfalz

Bei nur 40 Anwesenden wurde Ende September der Landesverband Rheinland-Pfalz für die geplante Grüne Partei gegründet.



Furore machte dieses Plakat der Bunten Liste

Trotz allem hat die Kölner Alternative gegenüber den Eurowahlen der SPD Stimmen abnehmen können. Am meisten (bei 46 Wahlkreisen)

Furore machte dieses Plakat der Bunten Liste Bielefeld. Besorgte Bürger erkundigten sich bei der Stadtverwaltung und der Lokalzeitung, ob die auf dem Plakat abgebildete Häuserfront tatsächlich abgerissen werden soll. Die Stadt konnte dazu nur erklären, sie wisse nicht, „ob der Eigentümer einen Abbruch beabsichtige“. Falls er dies vorhaben, werde die Stadt versuchen, ihn zu überzeugen, den Abriss nicht vorzunehmen.



Kölner Wahlkampfplakat der Bunten Liste

Bunte und Grüne in Bielefeld

Am 6./7.10. fand in Bielefeld das zweite Ökoseminar der verschiedenen alternativen und grünen Wahllisten statt. Anwesend waren ca. 150 Teilnehmer, wobei die Vertreter der bunten und alternativen Listen die Mehrzahl der Teilnehmer stellten. Abgesehen von der GLU Niedersachsen glänzten die anderen "Grünen", GAZ und AUD, u.a. mit Abwesenheit.

Nach Einschätzung dieser "Grünen", die bereits auf dem 1. Ökoseminar in Hildesheim recht spärlich vertreten waren, werden diese Seminare wohl eher als Beschäftigungstherapie für die Alternativen und Bunten angesehen, denn als die Forderung nach Herstellung von Meinungsbildern erhoben wurde, kam aus der grünen Ecke vehementer Protest. Zu Anfang des Treffens gaben zwei Vertreter aus Bielefeld und Münster kurze Berichte über die erfolgreiche Zusammenarbeit von Bunten und Grünen in ihrer Liste. (In beiden Städten sitzen jetzt jeweils 4 Vertreter/innen im Rat - Herzlichen Glückwunsch!)

Die längste Zeit des Treffens wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen gearbeitet: Präambel und Struktur der zu schaffenden Partei; Frauen; Demokratische Rechte; Deutschland- und Berlin-Politik/Frieden und Abrüstung/"Dritte Welt"; Ökologie und Ökonomie; Betrieb/Gewerkschaft/Soziales; Bildungspolitik; Umweltschutz, Naturschutz, Landwirtschaft; Schwule.

Fast 2/3 der Teilnehmer waren in die "Präambel und Strukturgruppe" gegangen, die sich in 3 Untergruppen aufteilte. In diesen Gruppen und auch auf dem abschließenden dreistündigen Plenum drehte sich die Diskussion stark um den Punkt der Mitarbeit von Kommunisten in dem Wahlbündnis und der Frage der Doppelmemberschaft (d.h. der Mitgliedschaft in einer grünen Alternativpartei und einer anderen kommunistischen aber auch regionalen Wahl-Gruppierung).

Helmut Lippelt, Vorsitzender der GLU Niedersachsen, hatte einen Kompromißvorschlag formuliert, in dem als Grundkonsens des Wahlbündnisses angegeben wird, "der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen und dem Abbau demokratischer Rechte Einhalt zu gebieten". Aufgrund juristischer und politischer Gründe sollte die neue Partei auf Einzelmemberschaft aufgebaut werden. "Wir gehen jedoch davon aus, daß entsprechende unterschiedlicher weltanschaulicher Herkunft und Orientierung eine Doppelmemberschaft - außer in einer in der Bundestagswahl konkurrierenden Partei - möglich sein sollte. Diese wird nach der Wahl im Rahmen der Gruppierung zur Diskussion und Entscheidung gestellt werden, da ein Teil der Mitglieder dieser Gruppierung eine Struktur mit Doppelmemberschaft nur für eine Übergangszeit halten." In der Plenumsdiskussion zeigte sich, daß verschiedenen Sprechern der "Grünen" selbst dieser Vorschlag noch zu weit ging. Sie wollten ein generelles Verbot der Doppelmemberschaft, das sich nicht nur auf kommunistische Gruppierungen, sondern auch auf alle lokalen und regionalen Wahlbündnisse (z.B. auch Bunte Liste Hamburg) erstrecken soll.

Von Seiten der alternativen und bunten Listen wurden zwar solche weitreichenden Einschränkungen, die darauf hinauslaufen, die in der Vergangenheit gewachsenen Basisstrukturen zu zerstören, abgelehnt, leider versäumten es aber die Anwesenden, ein klares Votum in dieser Richtung für das Offenbacher Treffen am 3./4.11. abzugeben.

Als eines "handfesten Ergebnis" wurde beschlossen, daß die Vertreter der AL Westberlin dem Vorbereitungsausschuß für Offenbach Bericht erstatten und eine Mappe mit den Arbeitsergebnissen zusammenstellen. (Zu beziehen über die Alternative Liste Westberlin, Pfalzburger Str. 20, 1000 Berlin 31, Tel. 030/861 44 49)

Auf dem Offenbacher Kongreß der Grünen und Bunten/Alternativen wird sich endgültig zeigen, ob die Grünen eine gemeinsame Kandidatur mit den Bunten/Alternativen wollen. Nach Bielefeld sind die Aussichten nicht mehr rosig.

Bayern

Der Gründungsparteitag der Grünen in Bayern am 7.10. in München vor 450 Beteiligten (380 davon abstimmungsberechtigt) begann mit rechten Paukenschlägen in Gruhl's Einleitungsreferat: "Es geht nicht nur gegen AKW's, sondern um's Ganze. Längerfristig ist die Frage Rechts oder Links nicht entscheidend, sondern das Vorn. Entscheidend ist auch nicht die Alternative Schmidt oder Strauß, wir halten die deutsche Demokratie für so stark, daß sie auch einen Strauß aushalten kann. Mit den Bunten arbeiten wir nicht zusammen, wenn sie nicht eindeutig die Position vom weiteren wirtschaftlichen Wachstum, von zentralistischen Vorstellungen und der Gewalt abbrechen. Wer sich nicht zu grün bekennen kann, hat sich eben anders entschieden. Der Wähler möchte kein bunt-schillerndes Gebilde vor sich haben, die Bunten sind wie ein Regenbogen: nicht zu greifen und kurzlebig. Der Wähler kann so etwas Unfaßbares nicht begreifen, eine klare Linie muß vorhanden sein (Protestpfeifen aus dem Saal). Die, die jetzt pfeifen, haben vielleicht die Erfahrung gemacht, daß durch so etwas Unklares nichts zu erreichen ist und versuchen es jetzt hier. Machen Sie heute nichts kurzfristiges, vorläufiges, sondern etwas konkretes, einen Landesverband, Satzung usw. Außerdem müssen wir die Bundespartei schnellstmöglich bilden, ein Jahr ist zu kurz, in Offenbach sollte ein Antrag gestellt werden, daß die Gründung der Grünen noch im Dezember stattfindet. Wer das nicht macht, der hat kein Interesse am Erfolg der Grünen."

Derart eingestimmt kam ein Antrag, jede Diskussion über Gruhl's und Hausleiters folgenden Beitrag sowie über die Gründung des Landesverbandes abzulehnen, mit großer Mehrheit durch. Gegen 20 Stimmen wurde dann die Gründung kurzerhand beschlossen.

Erst nach längerem Hin- und Her konnte namens "einiger Bunter" eine persönliche Erklärung verlesen werden, die erstaunlich breiten Anklang unter den grünen Gründungsmitgliedern fand. Darin heißt es: "Wir erkennen an, daß es hier heute viele gibt, die aus ehrlichen Motiven möglichst schnell die Partei der Grünen gründen wollen und damit n i c h t das Ziel verbinden, die alternative Wahlbewegung zu spalten... Andererseits gibt es eine relevante Strömung bei den Grünen, die schon immer versucht hat, über den Weg der schnellen Parteigründung andere Kräfte der alternativen Wahlbewegung auszuschalten." Man befürchte, daß die jetzigen Landesgründungen "auszuschalten." Man befürchte, daß die jetzigen Landesgründungen Voraussetzungen "für einen grünen Alleingang zu den Bundestagswahlen schaffen, was einen schweren Rückschlag für den Aufbau einer wirklichen Alternative zu den etablierten Parteien bedeuten würde." Die Verhinderung jeder politisch, inhaltlichen Debatte an diesem Tage werfe "kein gutes Licht auf die Grünen und ihre Vorstellung von Basisdemokratie... Um einer solchen Entwicklung entgegenzuwirken und um d i e Grünen zu unterstützen, die sich ernsthaft für eine Zusammenarbeit mit Bunten und Alternativen einsetzen, werden wir, das sind einige Bunte aus Nürnberg, Schweinfurt, Oberfranken, München und anderen Orten, heute in den bayrischen Landesverband der Grünen eintreten."

Das heißt nicht, daß wir in irgend-einer Weise vom Konzept einer bunten, allseitigen Alternative ohne Abgrenzungsbeschlüsse abgekommen sind, sondern daß wir in Bayern a u c h innerhalb der Grünen weiterarbeiten wollen. Wir verfolgen selbstverständlich weiter das Konzept einer gleichberechtigten Zusammenarbeit a l l e r fortschrittlichen oppositionellen Kräfte zu den Bundestagswahlen 1980, das Konzept eines Bündnisses aller bunten, alternativen und grünen Kräfte.

Wir fühlen uns auch gerade mit denjenigen Bunten verbunden, die heute hier nicht mehr anwesend sind, weil sie eine grüne Parteigründung ablehnen, und die deshalb am Aufbau eigenständiger bunter Initiativen arbeiten. Wir werden sie ... mit allen Kräften unterstützen."

Dann begann die Satzungsdiskussion, dazu lagen mehrere grüne Vorschläge und eine 9-Punkte-Liste des Erlanger SB vor, die basisdemokratische Grundsätze für die Grüne Partei beinhaltete.

Natürlich drängten die Grünen darauf, ausschließlich ihre Grundsätze gegen die Alternativen im Programm festzuschreiben, was auch geschehen ist. Als programmatische Ausgangsbasis gilt das Europa-Wahlprogramm und das grüne Programm zu den bay-

erischen Landtagswahlen bis zur endgültigen Verabschiedung eines grünen Bundesprogramms. Zum § 3 (Mitgliedschaft) kam es zu einer heftigen Kontroverse, weil der Vorschlag der Satzungskommission einen Abgrenzungsbeschuß nicht nur von anderen Parteien, sondern sämtlichen alternativen Wahlbündnissen vorsah: "Unvereinbar mit der Mitgliedschaft ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer Organisation, die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei öffentlichen Wahlen mit eigenen Wahlvorschlägen nach dem 1.1.1979 hervortritt bzw. hervortreten ist."

Damit wollen die Grünen für die Zukunft einen absoluten "Alleinvertretungsanspruch" zementieren.

Die Erlanger forderten die ersatzlose Streichung dieses Passus, trotzdem kam dieser UVB durch mit 160:130 bei zwei Abstimmungsgängen. Mangels Zeit wurde dann der Kurzsatzungsvorschlag, der aus München vorlag, im weiteren verwendet. Doch ganz so glatt, wie gewünscht, ging auch das nicht über die Bühne. Als gefordert wurde, jede "Rangordnung" zwischen den drei Vorsitzenden abzulehnen (wie es beispielsweise sogar der BBÜ inzwischen praktiziert), verlor Gruhl die Fassung. Er pöbelte, man solle gefälligst diesen Absatz so wie geplant verabschieden, man habe keine Zeit für solche Diskussionen. Damit konnte er sich zwar durchsetzen, hinterließ aber nicht den "besten" Eindruck.

Baden-Württemberg

Am 30. September fand in Sindelfingen bei Stuttgart die Gründung eines Landesverbandes DIE GRÜNEN-Baden-Württemberg statt. An der Gründung nahmen 700 Interessierte teil. Ein großer Teil war vorher schon Mitglied der sonstigen politischen Vereinigung DIE GRÜNEN, die zu den Europawahlen kandidiert hatten. Allerdings traten noch am Gründungstag viele Interessierte den Eurogrünen bei, weil die Mitgliedschaft bei den Eurogrünen formale und politische Voraussetzung für die Teilnahme an der Gründung und das Abstimmungsrecht war.

Der Gründungsparteitag lag ein Satzungs- und Programmwurf vor, der von einer Vorbereitungsgruppe aus GAZ, GLU und AUD ausgearbeitet worden war.

Der Parteitag verabschiedete ein Programm und eine Satzung und wählte einen Vorstand. Programm und Satzung wurden allerdings als "vorläufig" deklariert, und sollen auf einer erneuten Landesversammlung am 25.11. endgültig verabschiedet werden.

Erster Vorsitzender wurde mit 332 von 551 gültigen Stimmen Wolf-Dieter Hasenclever. Hasenclever ist Mitglied im AUD-Vorstand von Baden-Württemberg, ist aber auch Mitglied in der AL Tübingen.

Als seine zwei Stellvertreter/innen wurden Gisela von Canal und Michael Bader gewählt. Gisela von Canal bezeichnet sich selbst als Anthroposophin und ist im biologischen Landbau tätig. Bader kommt aus der "Aktion 3. Weg" (Achterberg Kreis).

Beisitzer im Vorstand sind W. Baumhauer (Mitbegründer der GAZ), Klippstein (3. Weg), Hanna Mettert (AUD), C. Kuby, Spröhl, K. Schramm (Mitglied der BL Freiburg) und K. Neumann. Davon ist nur Baumhauer fest gewählt. Die anderen Beisitzer sind kommissarisch eingesetzt und müssen am 25.11. sich einem neuen Wahlgang stellen. Obwohl Programm und Satzung "vorläufig" sind, was in Sindelfingen nur knapp gegen den rechten Flügel der grünen Parteigründer durchgesetzt werden konnte, geben sie doch deutlich die politische Grundrichtung an, in die die GRÜNEN in Baden-Württemberg marschieren wollen.

In der Satzung heißt es: "Die Organisation ist Landespartei von Baden-Württemberg... Mit der Bildung der Bundespartei 'DIE GRÜNEN' wird sie Landespartei dieser Bundespartei." Als Ziele formuliert die Partei: "Sie strebt eine ökologisch fundierte Gesellschaft im Rahmen der grundgesetzlichen Ordnung an... Vorläufige programmatische Ausgangsbasis ist das Europa-Wahlprogramm der politischen Vereinigung 'Die Grünen' sowie das Landesprogramm für Baden-Württemberg."

Das Programm für Baden-Württemberg ist relativ knapp gehalten. In einem Vorspann: "Wer sind die Grünen" heißt es: "Die GRÜNEN sind die alternative Partei (Hervorhebung von uns) - hervorgegangen aus einem Zusammenschluß aller Grünen Listen und Parteien, aus Mit-

Bei den Vorstandswahlen zeigte sich schon deutlich, daß ein größerer Teil der anwesenden Grünen doch am Wunsch der "Einheit" mit Alternativen und Bunten festhalten will.

Zwar wurde als 1. Vorsitzender auf Empfehlung Hausleiters Resch gewählt (Mitglied der AUD, der als Gruhl-Anhänger gilt, obwohl er sich als "Vermittler" präsentierte). Sein Gegenkandidat war Burgmann vom Grünen Kreisverband in Nürnberg, der offen für das grüne/bunte gemeinsame Vorgehen eintrat. Burgmann wurde dann zum 2. Vorsitzenden gewählt und als 3. Frau Seibold, die für die Einheit eintrat. Sie setzte sich gegenüber Frau Krankenhagen (GAZ) durch, die von Hausleiter empfohlen worden war. Im weiteren wurde als Schatzmeisterin Frau Hausleiter und als deren Stellvertreterin Frau Krankenhagen gewählt. Als Schriftführer kam ein Herr Ahrend (rechtes GAZ-Mitglied) mit dem Stellvertreter Molt (früher CSU) durch. Als Organisationsleiter wurde der erst drei Tage vorher aus der SPD ausgetretene und Münchner SPD-Fraktionschef Kaub gewählt, als sein Stellvertreter kam Kölbl aus Nürnberg (AUD) durch, der ebenfalls für die Einheit von Grünen und Bunten votierte. Zusätzlich wurde mit großer Mehrheit ein Antrag des Kreisverbandes Nürnberg verabschiedet, der sich ausdrücklich für die Einheit von Grünen und Bunten ausspricht. Frau Hausleiter hatte zusätzlich beantragt,

arbeitern verschiedener Umweltschutz- und Lebensschutzorganisationen, ökologisch gesinnten Arbeitskreisen und Mitgliedern von Bürgerinitiativen. DIE GRÜNEN sind nur dem Leben und keiner Ideologie verpflichtet - weder braun noch rot, weder rechts noch links - sie sind umweltbewußte ökologisch denkende Menschen, die unterstützen, was dem Leben nützt und bekämpfen, was dem Leben schadet. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit steht der Mensch und die Menschlichkeit."

Nach solcherlei allgemeinen Bekenntnissen folgt eine knappe Kritik der etablierten Parteien, die sich an den Punkten Gefährdung von Umwelt und Leben durch die Atomindustrie und Erscheinungsformen der Umweltzerstörung festmacht. In den Forderungsteilen des Programms zu den Punkten Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Energiepolitik, Umweltschutz und Gesundheitspolitik, Demokratie und Grundrechte, Bildungspolitik und Politik für soziale Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, Bildungspolitik und Politik für den Frieden tauchen hauptsächlich vom Ökologie- und Umweltschutzgedanken geprägte Losungen auf. Nur an wenigen Stellen wird über diesen Gedanken hinausgegangen, wenn es z.B. heißt: "Berufsverbote aus politischen und weltanschaulichen Gründen haben in einem freiheitlichen Staatswesen keinen Platz... Die Gleichberechtigung der Frau muß endlich auch in der Praxis des täglichen Lebens Wirklichkeit werden: in der Familie ebenso wie im Beruf, in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sowie in der eigenen Rente und Hinterbliebenenversorgung." Die ist übrigens die einzige Stelle, an der überhaupt auf Forderungen der Frauen Bezug genommen wird.

Noch stiefmütterlicher werden Arbeiterforderungen behandelt. Unter der Fragestellung Beschäftigungspolitik muß es sein, die Arbeit gerechter auf alle zu verteilen. Das bedeutet: - Abbau von Akkord- und Fließbandarbeit und anderen Formen des Leistungsdrucks

- Verkürzung der Arbeitszeit und mehr Teilzeitbeschäftigung für Mann und Frau.

Über die Frage des Lohnausgleichs bei Arbeitszeitverkürzungen wird ebenso vornehm hinweggegangen wie über den Aspekt, daß heute auch die Kapitalisten in einer ganzen Reihe von Berufsgruppen, z.B. Verkäuferinnen, mehr und mehr zu Teilzeitarbeit übergehen, bei halben Löhnen und schlechteren Sozialleistungen versteht sich. Die meisten Berührungspunkte zu einer konsequent fortschrittlichen Politik weist das Programm im Bereich Politik für den Frieden auf. Dazu formulieren die GRÜNEN: "Der Frieden muß zum Leitwert jeder Politik werden. Wir fordern

- Verhandlungen zur Errichtung waffenfreier Zonen in Ost- und Westeuropa.

- Verbot des Waffenhandels und der Ausfuhr atomarer Technologien.

- Gleichberechtigte Behandlung von Zivil- und Kriegsdienstleistenden.

- Abbau der wirtschaftlichen Aus-

Wohlgemerkt

"Milan Horacek, der bereits eine Bundesgeschäftsstelle für die 'Grünen' in Bonn unterhält, spricht denn auch von der Zusammenarbeit von Brandt, Dutschke und Gruhl als einem historischen Kompromiß von Innen'. Angesichts der atomaren Gefahr' einigen sich die Wertkonservativen, für die Gruhl spricht, mit den Vertretern der alten (Brandt) und der neuen Linken (Dutschke). Offensichtlich sind die alten Abgrenzungsprobleme im bunten Lager nicht mehr so stark wie noch vor einem Jahr. Während Gruhl sich noch konservativerer Figuren, wie Heinz Kaminski, entledigte, tut Dutschke das seine, um etwa den linksradikalen Hamburger Kommunistischen Bund aus dem gemeinsamen Projekt fernzuhalten."

aus Stuttgarter Zeitung (29.9.79) nachgedruckt in den "Unabhängigen" (vom 13.10.79)

daß die Grünen eine Kontaktkommission für Gespräche mit anderen Gruppen einrichten solle.

beutung und Unterdrückung der Völker der Dritten Welt."

Insgesamt folgt das Programm aus Baden-Württemberg der Vorlage des Europa-Programms der GRÜNEN. Es hat allerdings den Vorzug, mehr auf Forderungen als auf umfangreiche "ökologische" Begründungszusammenhänge ausgerichtet zu sein.

Geradezu restriktiv und autoritär sind allerdings die Satzungsparagraphen, die sich mit Unvereinbarkeit, Ausschlüssen etc. befassen. Hier ist kein Gramm von einer politischen Alternative zu den hierarchischen und undemokratischen Strukturen der etablierten Parteien mehr zu verspüren. Grundsätzlich "unvereinbar" mit der Mitgliedschaft ist die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen Partei. Ausgenommen sind die Gründungsparteien der politischen Vereinigung "DIE GRÜNEN". Der Hammer sind aber die Ordnungsmaßnahmen, die dem Vorstand zugestanden werden, um unbotmäßige Gliederungen aufzulösen.

Dazu kommt ein besonderer Notstandsparagraph: "In besonders dringenden und schwerwiegenden Fällen kann bei Gefahr im Verzuge der Landesvorstand oder der Bundesvorstand den Vorstand vorläufig amtsentheben, bis zur Entscheidung durch ein übergeordnetes Schiedsgericht bzw. die übergeordnete Schiedskommission. "Gefahr im Verzuge" ist übrigens eine im Polizeirecht vorkommende Formel, um vorläufige Festnahmen, Hausdurchsuchungen etc. zu legitimieren. Was ist für eine sich alternativ nennende Partei aber eine "Gefahr im Verzuge"?

Dieses Bild wird abgerundet durch die Tatsache, daß im Statut keinerlei Hinweise auf basisnahe Organisationsmöglichkeiten wie Arbeitsgruppen, öffentlich tagende Organe der Organisation etc. vorhanden sind.

Der Gründungsversammlung lagen vom Achberger Kreis formulierte andere und demokratischere Satzungs-vorschläge durchaus vor. So hatten die Achberger gefordert, daß Direktkandidaten der Wahlliste nach folgendem Prinzip gewählt werden: "Die Direktkandidaten des Bündnisses (die Achberger gehen von der Idee eines Wahlbündnisses aus, Anmerkung von uns) sollen unabhängig von ihrer Mitgliedschaft bei den GRÜNEN nach Gesichtspunkten regionaler Popularität von öffentlichen Bürgerversammlungen nominiert werden." Alle Satzungsänderungsvorschläge wurden mit knapper Mehrheit abgelehnt. Sie sollen zur endgültigen Beschlussfassung im November aber wieder auf den Tisch.

Trotz der sogenannten Vorläufigkeit von Programm und Satzung sind beim Parteitag im November natürlich diejenigen in der Vorhand, die sich auf die bereits angenommene Satzung und das angenommene Programm stützen können. Ob die an basisdemokratischen und größerer politischer Offenheit interessierten Kräfte hier Änderungen herbeiführen können, hängt auch davon ab, ob sie noch mehr demokratisches Potential mobilisieren können.

Strauß im Wahlkampf

Schon die ersten Auftritte von Strauß im Wahlkampf haben gezeigt, wie illusorisch jegliche Vorstellungen von einem liberal geläuterten Strauß sind. Bochum: „Strauß sprach von haß-erfüllten Fratzen, die man in Nazi-Geschichtern der SA-Truppen gesehen hat“ („Tagesspiegel“, 21.9.).



Essen: „Ihr wäret die besten Nazis, die es je gegeben hat“. „Schüler von Goebbels und Himmler“ („Vorwärts“ 20.9.).

Köln: „Ihr seid die besten Nazis, linke Terrorbande“. (Zeitung am Sonntag, 16.9.).

Und CSU-Generalsekretär Stoiber: „Die Chaoten hätten sich wie junge Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik aufgeführt. Dafür trage die SPD eine gewisse Mitverantwortung“ („FR“, 28.9.).

Die Unionsparteien hatten „bisher versäumt, deutlich zu machen, daß Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren“ (ebd.).

Der ganzen Hetze setzte der bayrische JU-Landesvorsitzende Sauter die Krone auf: „die Sozialisten sind daher die einzigen und wirklichen Faschisten unserer Tage“ (Bayernkurier, 6.10.).

Diese Schimpfkanonade und Hetze an die Adresse der antifaschistischen Linken bis hin zu führenden SPD-Politikern ist nicht etwa ein Ausbruch eines provozierten, temperamentvollen Politikers. Sie entspringt vielmehr politischen Überlegungen, die Strauß seit Jahren gehegt hat. So äußerte er schon in seiner berüchtigten „Sonthofener Rede“ vom 18./19.11.74:

„Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern.“

Und ganz ähnlich, wie heute SPD-Wahlkampfleiter Bahr öffentlich von wir verkörpern.“

Und ganz ähnlich, wie heute SPD-Wahlkampfleiter Bahr öffentlich von Strauß für den „faschistischen Terror“ der Linken verantwortlich gemacht wird, behauptete Strauß in der „Sonthofener Rede“, in den Bundestagsfraktionen von SPD und FDP in Bonn säßen „ein ganzer Haufen von Sympathisanten der Baader/Meinhof-Verbrecher“.

Schon Wochen vor seinem Auftreten im NRW-Wahlkampf bekräftigte und aktualisierte Strauß seine Sonthofener Äußerungen. So äußerte er im „Deutschland-Magazin“ vom August 1979:

„Der KGB oder andere kommunistische Geheimdienste veranlassen – wie inzwischen unwiderlegbar bewiesen ist – Hakenkreuz-Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen bei uns. DKP und SED schulen Subversanten, die rechtsradikale Mini-Organisationen gründen und mit stupiden neonazistischen Sprüchen für weithin sichtbares öffentliches Ärgernis sorgen. Auch das ist bin in letzte Einzelheiten bewiesen. Ein paar kommunistische Hetzblätter zunächst und anschließend auch offizielle SPD-Organ übernehmen es, Verbindungs-

linien zwischen diesen Umrtrieben und Namen wie Springer, Löwenthal und Strauß zu konstruieren.“

Er selbst, so behauptet Strauß ganz frech, sei völlig unbelastet: „In den Unionsparteien gibt es weder programmatische noch personelle Berührungspunkte zu den Neonazis“.

Die SPD soll nach rechts

Mit seinen provokativen Auftritten im Ruhrgebiet hat Strauß die Konfrontation mit der Linken und den Gewerkschaften gesucht. Für Strauß war klar, daß seine Auftritte nicht ohne den Widerstand derjenigen Strauß-Gegner ablaufen würde, die sich nicht an Helmut Schmidts Wahlkampf-Linie halten würden. Dieser hatte schon kurz nach der Strauß-Kandidatur erklärt: „Strauß soll ... von der SPD nicht ‚demonisiert‘ werden“; Strauß könne „weder als ein früherer Nazi noch als Neonazi noch in irgendeiner ähnlichen Weise charakterisiert werden.“ („Hamburger Morgenpost“ 9.7., „Süddeutsche Zeitung“, 14./15.9.).

Die ganz geheime Geschichte der NSDAP

CSU-Generalsekretär Stoiber hat ein historisches Geheimnis aufgedeckt, nämlich „daß die Nationalsozialisten in erster Linie Sozialisten waren“ (lt. „FR“, 28.9.). Unsere eilig angesetzten Recherchen ergaben, daß Stoiber recht hat. Echte Sensationen kamen ans Tageslicht:

Schon vor 1933 setzte der Sozialist Hitler den Kapitalisten schlimm zu: Viele wurden gegen ihren Willen gezwungen, zig Millionen für die NSDAP zu spenden. Einzelnen ging es besonders dreckig, wie etwa dem Großkapitalisten Thyssen, der bereits 1931 oder 1932 zum Eintritt in die Nazi-Partei gezwungen wurde. Er mußte dann dem Sozialisten Zugang zu anderen Kapitalistenkreisen verschaffen.

Nach der, wie dank Stoiber jetzt klar wurde, sozialistischen „Machtergreifung“ von 1933, wurden zahlreiche namhafte Kapitalisten in den sogenannten „Freundeskreis Himmler“ (Chef der SS) gezwungen.

Immerhin entgingen die deutschen Kapitalisten auf diese Weise der von Hitlers Sozialisten eigentlich geplanten Verstaatlichung ihrer Betriebe. Indem es

auf diese offensichtliche Provokation von Strauß mit einer scharfen Distanzierung von den Linken: „Dennoch sei es in Zukunft besser, in dieser entzündeten Diskussion Gegendemonstrationen dieser Art zu vermeiden. Man dürfe der CDU/CSU nicht den Vorwand liefern, zu behaupten, Störer kämen aus den Reihen der SPD und seien von der Partei zu Kräwallen ermuntert worden“ („SZ“, 24.9.).

Man/frau erinnere sich: In Sonthofen verkündete Strauß als eines seiner Reizepte, man müsse die SPD/FDP-Regierung „immer identifizieren damit, daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft“. Auf solche Angriffe hat die SPD bisher in ihren maßgeblichen Teilen mit einer weitgehenden Kapitulation vor Strauß und mit ersten Ansätzen einer verschärften Disziplinierung der eigenen Reihen reagiert. Am deutlichsten hat dies bisher der Bremer SPD-Vorsitzende Kunick

die Kapitalisten zudem verstanden, extrem hohe Profite abzuschöpfen, schwächten sie die Kriegsvorbereitungen des Nazi-Staates.

Der Sozialist Hitler rächte sich bitter, indem er während des Krieges viele heute noch renommierte Wirtschaftsunternehmen dazu zwang, Produktionsstätten in den KZ's zu errichten und – wenn auch gegen Bezahlung – beispielsweise Mordgase wie das Zyklon B für die „Endlösung der Judenfrage“ zu liefern. Außerdem wurden friedfertige Unternehmen wie Krupp und Thyssen von den sozialistischen NSDAP-Apparatschiks dazu gezwungen, ihre Betriebe total auf Kriegsproduktion umzustellen. Auch dabei verstanden diese es jedoch, durch hohe Profite, den NSDAP-Sozis ein Schnippchen zu schlagen.

Die Kapitalisten waren die wichtigsten Widerstandskämpfer gegen Hitler. Die Nazis waren eigentlich Sozialisten. Die Antifaschisten sind eigentlich Nazis. Und Stoiber ist eigentlich CSU-Generalsekretär. Es ist schon eine verrückte Welt!

Offensiver demokratischer Kampf, der in der Vergangenheit mehrfach zu Strauß-Niederlagen entscheidend beigetragen hat, soll höchst offiziell aus dem kommenden Wahlkampf herausgehalten werden. Mit dieser Rückendeckung von SPD-Seite dreht Strauß den Spieß um: Er beschuldigte die SPD, vor allem Bahr, für die „Kräwallen“ verantwortlich zu sein: „Der Initiator der SPD-gesteuerten und SPD-aufgeladenen Störungen und Kräwallen ist der Herr Bahr gewesen“ („FR“, 24.9.). Damit nimmt Strauß einen der SPD-Politiker aufs Korn, der nicht nur seit den Ost-Verträgen Haß-Feind der gesamten Linken ist (man/frau denke nur an die ständige Denunzierung der „Ost-agenten“ Brandt, Wehner, Ehmke und Bahr in der gesamten Rechts- und linken Presse), sondern der auch als Wahlkampf-Manager entscheidend das Auftreten der SPD im Wahlkampf 1980 beeinflusst. Bahr klagt zwar jetzt gegen Strauß's Äußerung; er tut es aber, indem er sich klar von der Mobilisierung gegen Strauß abgrenzt. Auch das SPD-Präsidium reagierte

blutbesudelten Schürze um den Bauch als Schlachter abgebildet ist. Plakattext: Was für einen Kanzler Strauß spricht: Er versteht sein Handwerk!

Die Fachbereichsverwaltung sah in diesem Plakat, wie sie der LdK in einem Brief mitteilte, „den Straf- tatbestand des § 185 einer Formalbeleidigung“ erfüllt und ließ das Plakat entfernen. SSB/Hamburg

ausgedrückt, der die Teilnahme an Kundgebungen gegen Strauß als „parteischädigend“ bezeichnete.

Für einen antireaktionären Wahlkampf!

Die Mobilisierung gegen Strauß hat gezeigt, daß dieser Mann und die von ihm vertretene Politik von großen Teilen der Bevölkerung als direkte Gefahr gegen sich selbst begriffen wird. In einigen Städten übertragen sie die Mobilisierung bei Anti-AKW-Demonstrationen, in einigen Kommentaren wurde sogar die alte APO in Erinnerung gerufen. Verschiedentlich zog sich Strauß entgegen seinen Plänen in geschlossene Säle zurück. Dieser Erfolg muß unbedingt ausgebaut werden. Möglichkeiten dazu wird es genug geben, denn Strauß denkt nicht daran, sich zurückzuziehen. Daß Strauß und seine Mannschaft bereit sind, die Konfrontation auf die Spitze zu treiben, hat nicht zuletzt sein „Schatteninnenminister“ Dregger angedeutet, als er öffentlich mögliche Tote und Verletzte im kommenden Wahlkampf ankündigte. Auf der anderen Seite wird damit zu rechnen sein, daß die SPD der Strategie der CDU/CSU weitgehend entgegenkommt und eine Mobilisierung gegen Strauß verhindern will. In dieser Konstellation besteht für die Linke die Notwendigkeit, führend die antifaschistische Mobilisierung zu organisieren und nach Kräften voranzutreiben, sowie die Chance, in wesentlich breiteren Kreisen die Notwendigkeit des Aufbaus einer linken Alternative zu propagieren.

Antifa-Kommission Hamburg

MRI zu den Wahlen

Papiertiger Strauß oder: „Wem nützt der „antireaktionäre Wahlkampf“?“

Die Kandidatur der rechtsradikalen Symbolfigur Strauß wird von vielen mit Recht als Provokation empfunden. Wer jedoch den Anspruch erhebt, seine Ziele wirkungsvoll zu verfolgen, darf nicht auf Provokationen hereinfallen, sondern muß seinen Verstand einsetzen. Sonst wird er seine Kräfte nur in sinnlosen Reflexhandlungen vergeuden und nur den Hohn, aber nicht die Niederlage seiner Gegner erleben. Dies läßt sich exemplarisch an der NPD-Politik des KB verfolgen, dessen Gefechte mit den Neo-Nazis diesen nur eine gewisse Publizität verleihen, dem wirklich starken (und regierenden) Gegner aber nicht schaden und nur von ihm ablenken. Ein ähnlich trauriges Bild gäbe eine Linke ab, die auf die Provokation „Strauß“ hereinfällt und dadurch nur der derzeitigen Regierung nützt.

Eine Regierung Strauß ist nicht der „Untergang Deutschlands“, nicht der offene Faschismus. Sie wäre nur weniger verlogen als die gegenwärtige Regierung, würde jedoch innenpolitisch absolut gleich handeln und außenpolitisch es selbstbewußter gegenüber dem US-Imperialismus auf-treten, die Faschisten aller Länder materiell nicht noch stärker und nur moralisch etwas lautstärker unterstützen als ihre Vorgänger. Kurz: Sie würde sich von der Schmidt-Genscher-Regierung nicht stärker unterscheiden als die „rechtsterroristischen“ Symbolfigur. Beginn von ihren nicht weniger terroristischen „sozialdemokratischen“ Vorläufern und Bombenhelden. Das soll nicht heißen, eine CSU/CDU-Regierung sei weniger schlimm als eine „sozialliberale“. Sie ist nur gleich, kein größeres Übel. Alle substantiellen Unterschiede müßten mit dem Mikroskop gesucht werden (während verbale Massenhafte auftreten), was auch der KB vergeblich schon versucht hat, und was wäre sinn- und würdeloser als der Kampf um mikroskopische Unterschiede und um Worte?

Der Sinn linker Politik kann doch nur darin bestehen, den SPD-CDU-Pingpong zu beenden; erst dann werden ihr weitere Schritte möglich.

Aber es geht ja genau genommen nicht einmal um die Verhinderung einer CDU-Regierung, sondern bloß um die einer von einem bestimmten Individuum geführten CDU-Regierung. Wenn es schon substantiell gleichgültig ist, welcher von den beiden Pingpong-Partnern gerade am Ball ist, wieso ist es dann besonders schlimm, wenn der andere dabei ein bayerisches Trikot trägt. Wir wollen nicht leugnen, daß Strauß als Person markanter ist als das Heer seiner Ersatzmänner – aber würde er auch andere Politik machen als diese? Um hier Unterschiede zu finden, müßte das politische Mikroskop schon ein außergewöhnlich feines Gerät sein ...

Wenn es aber einfach darum geht, die SPD nicht durch ihren (traditionell rechtsplazierten) „Gegenspieler“ abzulösen, dann kann die Linke jedesmal einen „antireaktionären“ Wahlkampf führen und zu Hilfsjusen

abzulösen, dann kann die Linke jedesmal einen „antireaktionären“ Wahlkampf führen und zu Hilfsjusen herunterkommen. Wer kein Hilfsjuso werden will (im Schleswig-Holsteiner Wahlkampf bestand der gesamte dortige KB-Landesverband aus Hilfsjusen und es droht dank Strauß die bundesweite Ausweitung dieser Funktion), der möge sich klarmachen, worin der Effekt eines linken Angriffs auf Strauß überhaupt bestehen kann. Normalerweise hat das Auftreten der Linken auf schwankende CDU-Wähler gar keinen Einfluß, ist also verschwendete Energie. Hätte es jedoch einen, dann bestünde dieser nur in einem geringfügigen Anstieg der SPD-Stimmen. Denn die Hoffnung, daß jemand die Randwähler der CDU für eine linke Stimmabgabe gewinnen kann, verlangt eine Glaubensstärke, die wir Christen und Moslems überlassen möchten. Ebenso absurd ist die superschlaue Geheimidee, man könne SPD-Wähler oder gar Mitglieder zu unangebrachter Dankbarkeit und gar zum Parteiwechsel verleiten, indem man ihnen den Hilfsjuso macht. Sie verlieren dadurch nur ihre letzte Achtung vor der Linken, da diese dann Leuten hilft, die sich nicht einmal selbst achten und ihre masochistischen Helfer nur mit Berufsverboten und Gefängnis verfolgen.

Denn hätte ein Strauß nur ein Zehntel dessen angerichtet, was Brandt und Schmidt verbrochen haben, wie unerträglich hätte das nicht nur die Linke, sondern auch das halbe Volk gefunden und als typisch für Strauß bezeichnet. Könnten die türkischen Nazis, die Hätschelkinder der internationalen und besonders der westdeutschen Sozialdemokratie, unter Strauß liebevoller gepflegt werden als gegenwärtig? (Analoges zu Pinochet, Somoza, Pahlavi usw.). Hätte Strauß Berufsverbote eingeführt, wer hätte Brandt dieses Verfassungsbruchs für fähig gehalten? (Viel-

leicht nicht einmal wir). Welche Schwierigkeiten hätte der DGB einem Ehrenberg-Erlaß unter einem Kanzler Strauß bereitet? (Antwort: Lautstarke, aber keine ernsthaften. So dagegen mußte er ihn mittragen.) Und wie mühsam hätte das Wunder von Stammheim seine Gläubigen gefunden, wenn statt sozialdemokratischer Biedermänner nur der wilde Mann aus dem Voralpenland mit seinem Gefolge im kleinen Krisenstab gesessen hätte! Man verlängere diese Liste ruhig einmal in die Zukunft ...

Der Unterschied zwischen SPD-FDP und CSU-CDU ist also kein substantieller, sondern nur ein psychologischer bzw. rhetorischer. Er ist aber wichtig zum Funktionieren des für die herrschende Klasse idealen Pingpong-Spiels. Daß nach zehnjähriger SPD-Herrschaft jedoch eine Chance besteht, den Ball wieder an eine besonders provokante Symbolfigur zurückzugeben, sagt mehr über den Erfolg und das Wesen dieser SPD-Herrschaft aus als ihre imaginären Reformen und realen Verfassungsbrüche. „Den Abbau der Demokratie wagen!“ wäre ein passenderes Motto für Brandt als für Adenauer gewesen – denn die SPD hat unter dem Rauchvorhang heuchlerischer Reformversprechen erheblich mehr demokratische Substanz in Gesetzen und Köpfen zerstört als ihre Vorgänger. Es ist ihr Verdienst, daß Strauß wieder kandidieren kann.

Jedem Ebert folgt sein Hindenburg, jedem Soares sein Eanes. Darin besteht ja gerade die historische Funktion der Sozialdemokratie: in Krisenzeiten Zeitgewinn für die herrschende Klasse herauschinden, in Friedenszeiten Pingpong.

Lebenswichtige Aufgabe der Linken ist es, dieses Pingpong-Spiel zu stören. Sie kann das nur, wenn sie selber etwas darstellt. Nur unter der Voraussetzung ihrer relativen Stärke sind Korniloweffekte (d.h. das Überlaufen von Sozialdemokraten zu den Kommunisten aufgrund entlarvender Bündnisangebote) möglich. Darum muß sie wachsen. Sie kann das nur auf Kosten der SPD-Randwähler. Genau wie die CDU kann sie ihren Wahlkampf sinnvollerweise nur gegen die SPD führen.

Ob ein Wahlbündnis der Linken mit den „Grünen“ in einem Strauß-Wahlkampf Aussicht auf Erfolg hat, ist sehr zweifelhaft. Denn die SPD wird wieder verstärkt die Karte „kleineres Übel“ ausspielen und mit der Alternative Schmidt-Strauß die Polarisierung betreiben, was aber notwendig die Chancen einer Linken Liste sehr verringert. Besonders natürlich dann, wenn die Linke dieses Spielchen auch noch selber mitmacht. Ein Wahlbündnis sollte daher nur unternommen werden, wenn es wenigstens auf kommunaler Ebene durch eine Erfolgsserie vorbereitet ist. Denn nichts behindert den Erfolg in der nächsten Runde so sehr wie ein Fehlschlag. Leider sind die Alternativen Listen bisher kaum über Achtungserfolge hinausgekommen und es ist zu befürchten, daß die Bundestagskandidatur das Ziel, die 5%-Hürde zu überwinden, nicht erreichen es zu verhindern, daß die Bundestagskandidatur das Ziel, die 5%-Hürde zu überwinden, nicht erreichen wird. Die unausbleibliche Folge wäre aber Resignation und Rückzug und die Schwächung der Bewegung.

Falls ein erfolgversprechendes Bündnis nicht zustande kommt, wäre ein Hilfsjuso dennoch das schlechteste, was den westdeutschen Kommunisten einfallen könnte. Sie müßten den Wahlkampf in diesem Falle dazu nutzen – wie jeden anderen auch – Wähler von der SPD zu lösen, indem sie hartnäckig auf deren politische substantielle Identität mit der CDU hinweisen und versuchen, sie zur Abgabe einer Proteststimme (DKP oder KBW) zu bewegen.

Dieser Schritt ist psychologisch äußerst wertvoll (und darum so schwer zu erreichen), schafft aber noch keinen realen Machtzuwachs. Diesen kann nur der Sprung über die 5%-Hürde bringen (und das folgende hochnotpeinliche Koalitionsangebot an die SPD ohne Geheimverhandlungen!).

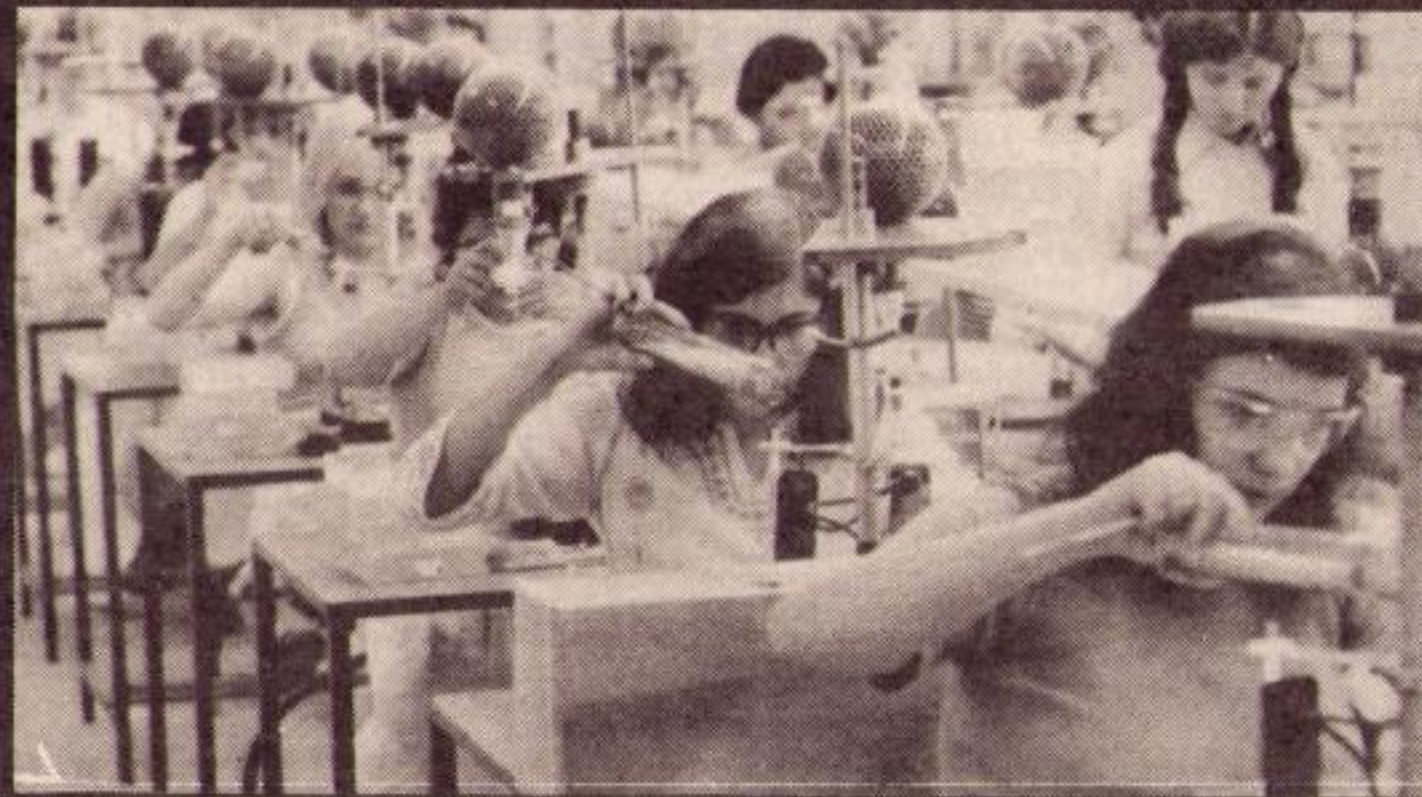
Da diese Möglichkeit, die alleine die Kandidatur eines Wahlbündnisses rechtfertigt, ganz von den zwischenzeitlichen Wahlerfolgen abhängt, halten wir es für sehr wichtig, alles für den Erfolg der nächsten Kommunalwahl zu tun, ohne uns jedoch von mißförderorientierten Kräften wie z.B. einem Teil der „Grünen“ erpressen zu lassen. Kommunisten dürfen weder vom Größenwahn (Angriff auf CDU und SPD gleichzeitig, „antireaktionärer Wahlkampf“) geschüttelt noch vom Kleinheitswahn (Hilfsjuso, Hinterherlaufen hinter Massenbewegungen) niedergedrückt werden, sondern müssen der Parole Lenins folgen „Geduldig aufklären“ und dadurch, wengleich aufgrund sekularer Rückschläge langsam, wieder erstarken.

MRI (Marxistisch-Reichistische Initiative)

Anti-Strauß-Plakat verboten!

Einen Vorgeschmack, wie die rechten Kräfte bereits heute im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes 1980 jede Strauß-Kritik bekämpfen, bekamen die Kommiliton(inn)en des Fachbereichs Sozialpädagogik an der Fachschule Hamburg zu spüren. Dort war von der Liste demokratischer Kampf (LdK) ein Plakat aufgehängt worden, auf dem Strauß in Anlehnung an ein antifaschistisches Heartfield-Plakat mit einem Beil in der Hand, einer

Betrieb und Gewerkschaft



Neue Runde in der Diskussion um die „Kommunistische Unterwanderung“ des DGB:

Die DKP gerät direkt ins Schußfeld

Streit zwischen ÖTV- und IG-Druck-Führung

Im Chor der Gewerkschaftsführer, die in schrillen Tönen die Gefahr der kommunistischen Unterwanderung der DGB-Gewerkschaften beschwören, ist eine Stimme laut geworden, die offenbar keine Lust hat, in den von der SPD-Vorstandsetzungen vorgegebenen Text einzustimmen. Detlef Hensche, prominentes Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Druck und Papier, hat sich in mehreren Beiträgen in der sozialdemokratischen und Gewerkschafts-Presse warnend zu dem „Beginn einer neuen Welle des Antikommunismus“ geäußert, die im Zusammenhang mit der „allgemeinen ökonomischen und politischen Entwicklung der jüngsten Zeit“ in die Gewerkschaften hineinwirke. (siehe dazu auch AK 161, S. 20).

„Ein Gespenst geht um in Deutschland. Das Gespenst der kommunistischen Machtübernahme in den Gewerkschaften“. Mit diesen aus dem kommunistischen Manifest entlehnten Worten leitet Hensche seinen Diskussionsbeitrag in Nr. 12/79 der „druck und papier“ ein, in dem er die aktuellen Angriffe auf die DKP-Gewerkschaftspolitik einordnet vor dem Hintergrund der verschärften gesellschaftlichen Konflikte der letzten Jahre: seit fünf Jahren Arbeitslosigkeit, Tabu-Katalog und Aussperrung, sowie hemmungslose Rationalisierung; andererseits zunehmender Widerstandswillen der Lohnabhängigen, der sich u.a. in der Zunahme der Streiks zeigt. „Begleitmusik und Flankenschutz dieser Konfrontation sind verstärkte Angriffe gegen die Gewerkschaften. Nach bekanntem Muster: unter der Gürtellinie. Unter anderem durch Verdächtigungen wie die von der kommunistischen Infiltration.“ – „Das Gerede von der kommunistischen Unterwanderung richtet sich keineswegs nur gegen Kommunisten. (...) Die Frankfurter Allgemeine Zeitung und andere sprechen von Kommunisten und meinen eine gewerkschaftliche Politik der aktiven Verteidigung des sozialen Besitzstandes.“ Hensche, bekanntermaßen und beileibe kein Kommunist, setzt sich dafür ein, daß „die Auseinandersetzung offen sein muß. Es muß um Inhalte gehen.“ Dagegen stellt er fest: „Wer von Unterwanderung redet, verzichtet auf inhaltliche Auseinandersetzung und treibt stattdessen das Geschäft der Verleumdung. (...)“

Verdächtigungen wie „Unterwanderung“, „Infiltration“, „Steuerung“ appellieren an das Gefühl. Sie sollen Angst einflößen. Da wird ein Bild der Untergrund- und Wühlarbeit gezeichnet. Da ist die Rede von schlechender Machtübernahme, von Fraktionsarbeit. Mit anderen Worten: der Kommunist und seine Sympathisanten bedienen sich hinterhältiger Methoden. Und zwar im Auftrag einer fremden Macht.“

Dagegen fordert er: „In der Einheitsgewerkschaft haben die Partnerschaftsvorstellungen der katholischen Soziallehre ebenso ihren berechtigten Platz wie Klassentheorien des Marxismus.“

Wer den Gang der Auseinandersetzungen um die DKP in den Gewerkschaften verfolgt hatte, konnte sich ausrechnen, daß dieser Beitrag, der übrigens auch in der „Holzarbeiterzeitung“ der Gewerkschaft Holz und Kunststoff abgedruckt wurde, nicht un widersprochen bleiben würde. Den Reigen eröffnete kein Geringerer als der Juso-Vorsitzende Gerhard Schröder, seinerzeit als Vertreter des „marxistischen Flügels“ in sein Amt gewählt und seit einiger Zeit Verfechter einer ansonsten auch so verdammt Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

In einem Gastkommentar im „ÖTV-Magazin“ (Nr. 8/79) polemisiert er gegen folgenden Satz aus Henschens Beitrag: „Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Henschens Beitrag: „Bisher ist nirgends aufgezeigt worden, in welchen Fragen sich denn etwa kommunistische Gewerkschaftsarbeit von sonstiger, etwa sozialdemokratischer Gewerkschaftspolitik unterscheidet.“

Hensche hatte diesen Satz gegen die „Unterwanderung“ Stimmungsmaße gestellt, die nur auf Emotionen abzielt.

Auch Schröder vermag diesen Unterschied nicht aufzuzeigen. Stattdessen hebt er auf politische Positionen ab, die das Selbstverständnis der DKP als Partei betreffen, wie ihr Monopolanspruch, die Partei der Arbeiterklasse zu sein, oder etwa Äußerungen des DKP-Chef Mies, daß unter sozialistischen Verhältnissen Streiks schädlich wären. Auf diesen Punkt antwortet Detlef Hensche im „ÖTV-Magazin“ Nr. 10/79: „Mit Verlaub in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung hat diese Frage bisher keine Rolle gespielt; die

Gewerkschaften haben andere Sorgen. Was im übrigen den Streitpunkt selbst angeht, so möchte ich Schröder im Ergebnis gar nicht widersprechen.“

Weil Schröder zur Gewerkschaftsarbeit der DKP offenbar nichts zu sagen weiß, macht er aus der Not flugs eine Tugend: „Wer die Unterschiede herausarbeiten will, darf sich nicht allein auf den gewerkschaftlichen Tageskampf beziehen.“ Stattdessen verlangt er „die Einbeziehung des Tageskampfes in die theoretisch fundierten langfristigen Zielvorstellungen“. Und bei den Zielvorstellungen kommt er als Sozialdemokrat – wer hätte das gedacht? – zu anderen Vorstellungen als etwa die DKP. Zu dieser bahnbrechenden Erkenntnis, die freilich mit der kommunistischen (bzw. revisionistischen) Gewerkschaftsarbeit wenig zu tun hat, antwortet Hensche: „Im Bereich der eigentlichen Gewerkschaftsarbeit, etwa der kurz- und langfristigen Tarifpolitik, der Vertrauensleute- und Betriebsrätearbeit, der Sicherung menschengerechter Arbeitsbedingungen, der Wahrung von Mitbestimmungsrechten, der Abwehr unsozialer Rationalisierungsfolgen, sind bisher keine Kontroversen (zur DKP. Anm. AK) aufgetaucht. Dabei handelt es sich keineswegs nur um „Tageskampf“. Gibt es etwa eine kommunistische Tarifarbeit, im Unterschied zur christdemokratischen oder sozialdemokratischen?“

Chefredakteur ÖTV contra Chefredakteur DruPa

Offenbar unbefriedigt von Schröders recht plumper Polemik gegen Hensche, hat der Chefredakteur des „ÖTV-Magazins“, Dieter Schneider, selbst zur Feder gegriffen. Und er zieht tatsächlich einige Register mehr.

Henschens Aufzeigen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – immer schärfere Konfrontation der Kapitalisten – läßt er nicht gelten: „Mit dem Hinweis auf verstärkte Angriffe gegen die Gewerkschaften lenkt er von der Frage, um die es geht, ab.“ Und die Frage ist nach Schneider: Die Kommunisten „wollen den Kern des Problems vernebeln und eine offene Diskussion über Inhalte und Ziele kommunistischer Politik verhindern.“ Ganz elegant schiebt er der DKP die Verantwort-

ung für die Protestäußerungen gegen H.O. Vetter während des diesjährigen Anti-Kriegstages in Dortmund zu, die zu dieser Ehre kommt wie die Jungfrau zum Kind. So in Stimmung gekommen, legt Schneider richtig los: „Niemand darf sich irritieren lassen, wenn ihm das Schimpfwort „Antikommunist“ entgegengeschleudert wird. Jeder hat das uneingeschränkte Recht, ja die Pflicht, freihetliche Positionen offensiv zu vertreten und sich dabei, wenn nötig, deutlich von Kommunisten abzugrenzen.“ Am Antikommunismus hätten die Kommunisten selber schuld wegen ihrer „eigenen Herrschaftspraxis“. Sodann werden die „Schrecken des Stalinismus“ beschworen, und die DKP will die Verhältnisse des realen Sozialismus ja auch auf die Bundesrepublik übertragen. „Hier geht es um Ziele, die eine Partei, in diesem Fall die DKP, innerhalb der Gewerkschaften verfolgt (...) Hier sind die Gewerkschaften betroffen und gefordert, hier geht es darum, sich von Positionen abzugrenzen, die niemals – es ist zu betonen: niemals – von freien Gewerkschaften akzeptiert werden können – es sei denn, sie wollten sich selber aufgeben.“ Weiter: „Eine Gewerkschaft, wie wir sie verstehen, kann keine Partei über sich dulden – auch keine Partei, die von sich behauptet, die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse zu vertreten.“

Henschens Frage nach dem Unterschied zwischen kommunistischer und christdemokratischer und sozialdemokratischer Tarifpolitik läßt Schnei-

der im Konkreten auch unbeantwortet und macht dafür Stimmung in genau dem von Hensche angegriffenen Sinne. Scharfsinnig stellt dieser Kommunistenjäger fest, daß „Tagesarbeit – und mit ihr auch Tarifarbeit – für Kommunisten lediglich eine taktische Frage ist, die sich am Fernziel zu orientieren hat.“ Und dieses Fernziel heißt nach Schneider: Abschaffung der freien Gewerkschaften, der Tarifautonomie, des Streikrechts.

Der Einschätzung von Manfred Wilke ist zuzustimmen: Mit dem „öffentlichen Streit zwischen Detlef Hensche und Dieter Schneider hat die ÖTV-Spitze die Auseinandersetzung über die Gewerkschaftspolitik der DKP auf die gewerkschaftspolitische Tagesordnung gesetzt“ („TAZ“, 4.10.) – die Auseinandersetzung ist damit wesentlich konkreter als Angriff auf die DKP zugeschnitten, doch diese schweigt und schweigt und schweigt, außer daß sie in der „UZ“ die eine oder andere Äußerung eines Gewerkschaftsführers zitiert, der für den Erhalt der Einheitsgewerkschaft eintritt.

Wer nicht schweigt, ist DGB-Chef Vetter, der in einem „Spiegel“-Interview Partei ergreift. Der ÖTV-Vorwurf, daß Hensche „die Ziele kommunistischer Gewerkschaftsarbeit verharmlose, indem er die Unterschiede zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten verwische“, sei berechtigt. Vetter: „Das hat mein Kollege Detlef Hensche offensichtlich richtig.“ Vetter: „Das hat mein Kollege Detlef Hensche offensichtlich richtig getan. Und so ist es nur verständlich, wenn ihm sofort entgegengetreten wird“ („Spiegel“, 8.10.).

Kein Unterschied zwischen „Chaoten“ und „Moskautreuen“

Die starken Proteste der Mehrheit von 16.000 Besuchern gegen den DGB-Vorsitzenden Vetter am 1.9. haben die antikommunistische Diskussion in Teilen der DGB-Führung verschärft. Verschwiegen wird natürlich von dieser Seite, daß Vetter u.a. wegen dieser Entwicklung im DGB ausgepöfien wurde, nämlich wegen dem Verbot der Anti-Kriegstag-Broschüre linker Autoren und wegen seiner Franz-Josef Strauß verharmlosenden Äußerungen.

Am deutlichsten gegen die DKP

gerichtet hat sich bisher der Nordrhein-westfälische DGB-Vorsitzende Siegfried Bleicher geäußert: „Während der Veranstaltung wurde sehr deutlich, daß zumindest in einigen Bereichen die Gewerkschaften und das gewerkschaftliche Leben zum Feld der Auseinandersetzung für die unterschiedlichen extremistischen Gruppen geworden ist. Auch mit diesem Tatbestand werden wir uns im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung unserer Jugendarbeit beschäftigen müssen. Bei der Einschät-

zung der linksextremistischen Gruppierungen, die um Einfluß in den Gewerkschaften kämpfen, ist besonders bemerkenswert, daß es zumindest in bestimmten Situationen wie auf unserer Veranstaltung keinen Unterschied zwischen Chaoten-Gruppierungen und moskautreuen Kommunisten gibt. Die Ereignisse von Dortmund lassen die angeblich loyale Mitarbeit von Mitgliedern der SDAJ in den Gewerkschaften in einem anderen Licht erscheinen“ („Umschau“ 5/79).

DGB

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

- Abteilung Jugend -

Postfach 2001, DGB Bundesvorstand, 4 Düsseldorf 1, Postfach 2001

An die Kollegen
Prof. Dr. Ulrich Albrecht,
Georg Benz, Ulrich Borsdorf,
Kurt Georgi, Werner Haak, Horst
Klaus, Jakob Moneta, Peter Schaaf,
Norbert Trautwein

Düsseldorf
Hans-Bockler-Str. 36 (Hans-Bockler-Haus)
Fernsprecher-Sammelnummer (0211) 42011
Druckerei: Druckerei der DGB
Fernschreiber: DR 402 & 030-0
0211-42011

Broschüren-Verlag
Bielefeld, Gernerstraße 40, Düsseldorf,
1812 3001111, Bielefeld Nr. 10 00 20 00
Postfach 2001 Essen
1812 3001111, Bielefeld Nr. 0211-42011

Die Zeichen: Die Nachricht vom: Fernschreiber-Durchwahl: Unsere Zeichen: Datum:
021114201 375 Ju.-Uhh/Kra. 2.8.1979

Liebe Kollegen!

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die Texte zur Erstellung einer Broschüre zum Anti-Kriegstag '79 nicht genehmigt. Dies geschah mit Hinweis auf die Wissenschaftlich-Historische Konferenz im Oktober dieses Jahres in München.

Mir bleibt nur der herzliche Dank für Eure Mitarbeit an unserem Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen

B. Unterhinninghofen
Brigitte Unterhinninghofen

Lapidare Mitteilung über Zensur im DGB

Das Dilemma der Gewerkschaftslinken

In verschiedenen Beiträgen zur Diskussion um die Vorfälle auf der Anti-Kriegstag-Veranstaltung des DGB kommt das Dilemma der Linken in den Gewerkschaften zum Ausdruck. Es gehört zur Praxis der Herrschaftsausübung im DGB, daß es keine offene Diskussion um Meinungsverschiedenheiten gibt. Diese Praxis segelt unter der Flagge der „Solidarität“, daß man dem Gegner, den Unternehmern, „Einheit und Geschlossenheit“ zeige und Differenzen intern ausgetragen werden. Nur – wo intern kann denn im DGB in der Regel offen diskutiert werden? Wir erinnern nur an die Unmöglichkeit der Stahlarbeiter in der IG Metall, ihren Protest gegen den Abschluß zu diskutieren; wir erinnern an die Praxis in der IG Chemie beim Patschkowski-Konflikt. Und im jüngsten Fall? Der DGB-Bundesvorstand verbietet eine Broschüre, weil die hohen Herren meinen, sie sei in ihrer „geschichtlichen Darstellung und der politischen Wertung zu einseitig“ (Vetter im „Spiegel“ vom 8.10.) – also Zensur, Verbot, basta – keine Diskussion, so läuft es real ab.

Der Jugendsekretär der IG Druck, Ingo Lehmann, schreibt dazu: „Den Unmut über die Haltung des DGB bezüglich des Nichterscheinens der Broschüre konnte auch vor der Vetter-Rede Klaus Peter Henning, DGB-Jugendsekretär NRW, nicht relativieren. Sein diesbezüglicher Versuchung unter, vielleicht fehlte ihm in der Tat die Argumente“ („druck und papier“, 24.9.). Vorsichtige Kritik also, nur was soll man dazu sagen, wenn er weiter schreibt: „Ist das Niederpfaffen eines Redners nicht auch eine Form von Intoleranz, die wir als Demokraten ablehnen müssen? Pflegen so Gewerkschafter untereinander zu diskutieren?“ – Gut gesagt, nur soll er mal die Tausende gewerkschaftsjugendlichen Pfeifer fragen, wo sie im DGB die Möglichkeit zur Diskussion ihrer Kritik ohne Repression haben – das kann wohl auch Lehmann kaum beantworten.

Ähnliche Probleme hat Stefan Schardt in seinem Kommentar in der „Holzarbeiterzeitung“ 10/79. Nach der Feststellung, daß das Auspfeifen Vettors „durch nichts zu rechtfertigen“ ist, muß er zunächst registrie-

ren, daß nicht nur „maoistische Sektenprediger“, sondern „darüber hinaus sich noch Tausende an diesen Protestaktionen (beteiligten), die mit diesen Gruppen wahrlich nichts im Sinn haben“. Schardt versucht zumindest, Gründe zu finden. Beim Broschüren-Verbot „wurde der Verdacht laut, es werde Zensur gegenüber mißliebigen Linken praktiziert“. Wenn zu Strauß nur festgestellt werde, man dürfe ihn nicht Faschist nennen, dann sei das zu wenig. „ohne im weiteren Verlauf der Rede hier klar Position zu beziehen, so wird zumindest verständlich, daß auch bei engagierten jungen Gewerkschaften Unmut aufkam“. Schardt warnt davor, in der Gewerkschaftsjugend „mit dem dicken Hammer ... „Ordnung“ zu schaffen“. „Denn eine der Ursachen dieser Protesthaltung liegt mit Sicherheit darin, daß in der Vergangenheit vielerorts gegenüber der Gewerkschaftsjugend mehr diszipliniert als diskutiert worden ist.“

Auch der Schriftsteller Erich Fried hat sich zu Wort gemeldet. Er hatte als Redner der Dortmunder Anti-Kriegstagsveranstaltung zu den Pfiffen gegen Vetter gesagt, daß dies „ein Zeichen dafür (war), was geschieht, wenn verschiebendenkende Menschen in einer Bewegung einander nicht die Möglichkeit geben wollen, sich zu äußern. – Das geht an beide Seiten“ („TAZ“, 24.9.).

Für diese Äußerungen von verschiedener Seite kritisiert, erläutert Fried, daß er damit beide Seiten meinte und daß dies „bekanntlich zuerst durch H.O. Vetter selbst und Funktionäre beschnitten worden (ist), durch Gewerkschaftsausschlüsse, durch Drohungen gegen Unterstützer des Russell-Tribunals ... durch Verbot einer Schrift zum Antikriegstag und seither durch die Entlassung des Jugendsekretärs der Gewerkschaft“. Trotz dieser richtigen Aufzählung der Verursacher der Verhinderung innergewerkschaftlicher Diskussion kommt Fried zu dem Schluß, daß die Protestierer „nur unartikuliert gebrüllt und gepöfht (haben). Das ist nicht Militanz, sondern Unzulänglichkeit und mieser politischer Stil“. Man hätte stattdessen lieber gut organisiert und an den entspre-

chenden Stellen protestieren und Sprechchöre machen sollen. „Zu Worte kommen lassen, anhören und daraufhin kritisieren“. Mehr als bedenklich ist Fried's Aussage, „daß ihr durch diesen miesen Stil – die auf jeden Fall völlig verwerfliche! – Entlassung des Jugendsekretärs überhaupt erst ermöglicht habt, das solltet ihr auch bedenken“ („TAZ“, 24.9.).

Auch Erich Fried kann bei seinem Appell an demokratische Umgangsformen keine Antwort darauf geben, wie die Opposition in den Gewerkschaften auf dem von ihm vorgeschlagenen Wege ernsthaft gegenüber der Machtpolitik der Vorstände in den Gewerkschaften arbeiten soll.

Proteste gegen das Verbot

Carl Amery, Bernt Engelmann, Manfred Scharrer, Jürgen Seifert, Manfred Wilke, Wolfgang Abendroth, Gerhard Zwerenz, Lisa Abendroth und Wolf Dieter Narr haben beim DGB-Bundesvorstand gegen die Zurückziehung der Antikriegstagsbroschüre protestiert: „Der DGB darf sich nicht dem Verdacht aussetzen, eine notwendige innergewerkschaftliche Diskussion durch Zensur abblocken zu wollen. Solltet ihr, aus welchen Gründen auch immer, an der getroffenen Entscheidung festhalten, dann werden wir uns dafür einsetzen, daß die Texte der Broschüre anderswo veröffentlicht werden.“

Die große Funktionärsversammlung der Hamburger IG Metall forderte in einer Resolution an den DGB-Vorstand, „den Inhalt der Broschüre, die zum Antikriegstag am 1.9.79 erscheinen sollte, der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen und eine eigene inhaltliche Stellungnahme des DGB beizufügen.“

Wir dokumentieren nachstehend ungekürzt den Beitrag von Werner Haak für die verbotene Broschüre. Werner Haak ist Leiter des Ressorts Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik beim Vorstand der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Der Beitrag ist der „konkret“ 10/79 entnommen. Wir setzen uns dafür ein, daß die Beiträge dieser Broschüre veröffentlicht werden.

Hamburger Gewerkschafter gegen Atomenergie

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION IN BONN AM 14.10.79

Noch nie war in den letzten Jahren ein Thema so umstritten, wie die Problematik der Atomenergie. Durch Demonstrationen gegen die Atomkraftwerke Wyl, Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Gorleben haben die At

Über 200 Gewerkschafter aus Hamburg – Mitglieder von Gewerkschaftsvorständen, Betriebsräte, Vertrauensleute und Funktionäre aus 11 Einzelgewerkschaften sowie verschiedene gewerkschaftliche Gremien – haben bisher in wohl einmaliger Breite zu der Bonner Demonstration am 14.10. unter den Parolen:

- Weg mit dem Atomprogramm
- Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben oder anderswo
- Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke!

aufgerufen. Dieser Aufruf ist Ausdruck zunehmender Proteste auch in den Gewerkschaften gegen das Atomprogramm.

Wir bitten unsere Genossinnen und Genossen, über ähnliche Initiativen in Betrieben, Gewerkschaften und Gremien zu berichten, damit wir über die zunehmende Breite des innergewerkschaftlichen Protests im AK berichten können.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Solidarität mit Abendroth

Im Rahmen der Auseinandersetzung um das Gewerkschaftsgeschichtsbuch von Deppe, Füllberth und Harrer hatte das SPD-Vorstandsmitglied Peter von Oertzen – wissenschaftlich verbrämt – versucht, die Positionen des Historikers Wolfgang Abendroth (Kopf der sogenannten „Marburger Schule“) im Sinne eines Unvereinbarkeitsbeschlusses in den Gewerkschaften anzugreifen. Der linke Abendroth, der sich als Sozialist in der Tradition Rosa Luxemburg's versteht, sollte durch diesen Angriff Oertzens praktisch als auch im DGB anerkannter Historiker diffamiert werden. Über 2.400 Personen, darunter sehr viele Gewerkschafter haben in einem Aufruf „Solidarität mit Wolfgang Abendroth“ gegen diesen Angriff von Oertzen protestiert. Der Schriftsteller und Gewerkschafter Bernd Engelmann, der ehemalige IG Metall-Führer Willi Bleicher und Prof. Dr. Klaus

Fritzsche veröffentlichten diesen Aufruf am 12.10. in der „Frankfurter Rundschau“. Dort wird der Angriff von Oertzen's als Versuch der „generellen Brandmarkung und Verdrängung einer ganzen geschichtlichen ebenso wie für die aktuelle gesellschaftliche Situation bedeutsamen theoretisch-politischen Position aus den Gewerkschaften“ bewertet. Die Tatsache, daß diese Diffamierung Abendroth's nicht „mit Nachdruck zurückgewiesen wird“, beurteilen die Unterzeichner als einen „neuen und folgenschweren Schritt zur Schwächung der demokratischen Position“. Dies besonders vor dem Hintergrund, daß die „Unvereinbarkeits- und Feinderklärung“ in einer Zeit der Wirtschaftskrise, wachsender Angriffe auf die Lohnabhängigen und zunehmender staatlicher Eingriffe in die Bürgerrechte im Rahmen „antidemokratischer Offensiven“ erfolge.

Die schlimmen Fuffziger

VOR ZWEI Jahrzehnten, in der Hochzeit des Kalten Krieges und einer als „Kohlenskrise“ bezeichneten schweren zyklischen Störung der Konjunktur, schrieb der weidlich berühmte Gewerkschaftsexperte Ernst Günter Vetter in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ einen überaus lobenden Artikel über den DGB und dessen junge Generation. Sah Vetter sonst meist, wie soeben wieder im April 1979 in einem ganzseitigen Wochenendaufmacher der „FAZ“, die gewerkschaftlichen „Roten auf dem Marsch“ und zumal im Jugendbereich des DGB ein Tumultfeld linker Unterwanderer, so war er Ende des Jahres 1957 rundum versöhnlich und zufrieden. Mit unverhohlener Genugtuung pries er eine auf „Objektivität und Sachlichkeit“ bedachte junge Generation, die sich seit dem DGB-Bundeskongreß im Oktober 1957 vorgearbeitet und die Funktionäre alten Stils – von Vetter „Marxisten“ genannt – in gewerkschaftlichen Schlüsselpositionen zurückgedrängt haben sollte.

Sehr originell war diese Analyse nicht, denn sie war in auffälliger Ähnlichkeit zugleich in der Springer-Zeitung „Die Welt“ und im „Industriekurier“ (heute Handelsblatt-Untertitel) zu finden, stammte also wohl – wie manches dazumal – aus den gestreuten Diensten des für Gewerkschaften zuständigen Referenten Günther Triesch in der Kölner Unternehmerzentrale. Die Sache zeugte nur von den publizistischen Praktiken damals.

Einerseits regelmäßige Greuelmarchen und Tatenmeldungen über mindestens 6 bis 8.000 ständige Ostagenten in sämtlichen Winkeln und Ritzen der Bundesrepublik als Profession (dazu weitere 10 bis 20.000 fanatische Kommunisten im Untergrund der Illegalität, schließlich noch an die 30.000 mehr oder weniger gerissene oder harmlose Linkssympathisanten in den Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Linkskatholiken, Kryptokommunisten, Fellow-travellers oder Trojanische Pferde bzw. Esel, die bewußt die „Anweisungen Moskaus“ befolgten oder nur dummlich die „Sprache Ulbrichts“ übernahmen); notfalls ein massiver publizistischer Vernichtungsfeldzug bis zum Rufmord mißliebiger Persönlichkeiten oder wenigstens bis zur Isolierung ihrer Gruppen, Freundeskreise oder Verbandsbasen; andererseits penetrante Belobigungen und öffentliche Glückwünsche für ehrgeizige Leute, die sich fleißig am Kalten Krieg beteiligten, sich besonders „modern“ oder „prag-

matisch“ oder „pluralistisch“ oder „antiautoritär“ gebärdeten und auch nicht davor zurückschreckten, ungeprüftes Spielmaterial aus dunkelsten Quellen gegen unbenannte Mitbewerber oder gar Kollegen in Umlauf zu bringen.

Es gibt viele Arten politischer Gleichschaltung, Ausschaltung und „Säuberung“ in den 50er Jahren auch hierzulande, wobei groteskerweise noch keine zwanzig Jahre nach dem Krieg – vor allem ultrarechte und nicht selten durch Naziaktivitäten belastete Leute den Sieg davontrugen. Demokraten, Sozialisten, Gewerkschafter, Widerstandskämpfer, Opfer der NS-Herrschaft oder des Krieges, heimgekehrte Emigranten oder Überlebende der Gefängnisse, Konzentrationslager und Strafbataillone Hitlers zeigten leidenschaftliche Empörung oder bereits bittere Resignation zu jener Zeit.

Der damalige Bundestagsabgeordnete Dr. Adolf Arndt, „Kronjurist“ der SPD genannt und ein maßgeblicher Wegbereiter des Godesberger Programms von 1959, sagte ein paar Jahre vorher in öffentlicher Rede voller Ekel, das politische Leben in der Bundesrepublik sei ein „Sumpf der Niedertracht“ und jeder Art menschlicher Bosheit. Ausdruck solchen Ungeistes war nicht nur das infame „Rotbuch“ des geheimdienstlich inszenierten Vereins „Rettet die Freiheit“ im Jahre 1959, in dem eine riesenhafte Zahl angesehenen Männer und Frauen des privaten und öffentlichen Lebens negativ aufgelistet und eingestuft waren. Wenig später folgte unter Pseudonym in einem Kölner Verlag „Die trojanische Herde“ als Schmäh- und Ächtungsschrift hinterdrein, damit ja niemand unter den Antimilitaristen, Pazifisten, Atombombengegnern, Ost-West-Kontaktlern, Ostermaschierern aller Altersgruppen und Berufszweige ungeschoren blieb, darunter natürlich viele Gewerkschafter oder Repräsentanten von Jugendverbänden.

Just am Heiligen Abend 1959 hielt es Springers „Welt“ für angebracht, ihren Lesern in einem auch sprachlich verkommenen Leitartikel mitzuteilen, Deutschland befände sich in einem „Bürgerkrieg“, der „über Jahre hinaus weitergeführt werden wird“.

In diesem verrückten Jahr war auch die Aktion „Macht das Tor auf“ abgelaufen, in der Schulkinder mit Sammelbüchern losgeschickt wurden, um Straßenpassanten für ein paar Groschen ein kleines blechernes Brandenburger Tor zum Anstecken zu ver-

kaufen, mit dem dann vorwiegend ältere Damen und Herren herumfliegen, die außer „Herz für Berlin“ keine Ahnung hatten. Denn jederzeit konnte man ungeschoren – falls man nicht Dreck am Stecken hatte oder heiße Ware mit sich führte – durchs Brandenburger Tor bummeln, von West nach Ost und umgekehrt. Neben dem lächerlichen Abzeichenkult pflegte man mit hohem Sinn für Kitsch am Heiligen Abend in bestimmten Kreisen brennende Kerzen ins Fenster zu stellen, um der Brüder und Schwestern jenseits der Zonengrenze zu gedenken. Während des Dritten Reiches war der Brauch mit blauen Kerzen eingeübt worden, denn nach 1933 wollte man dem Christentum eins auswischen und Nazi-propaganda des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ (VdA) am schönsten Tag der deutschen Familie betreiben.

Hanswurstereien, die in ihrer Albernheit einzigartig in der Welt waren und leider fast vergessen sind, waren das sentimentale verlorene Pendant zu kriminellen Drahtziehereien der von Nazis geschulten und geleiteten Geheimdienste, zu den politischen Untergrund- und Hintertreppenmanövern und nicht zuletzt den publizistischen Knüttelkampagnen der antigerwerkschaftlichen und antisozialistischen Presse in der Ära Adenauer. Gelobt wurde nur, was himmelschreiender Unfug, blanke Verhöhnung der Arbeiterschaft, erbärmlichste Nato-Ergebenheit und Vernichtung der deutschen Einheit bedeutete.

Als in dem immer wieder zu nennenden Jahre 1959 am 1. Mai endgültig für längere Dauer die rote Fahne auf Gewerkschaftshäusern und bei Demonstrationen verboten wurde, da geschah es ebenfalls, daß viele Arbeiter aus dem rheinischen Raum an einem Tage bezahlte Freistunden bekamen und zum Köln-Bonner-Flughafen geschickt wurden, damit sie mit Sternenhäutchen oder Schwarz-Rot-Gold auf Papierfahnen den US-Präsidenten Eisenhower und den Kanzler Adenauer anlässlich der Flugzeuglandung und bei der Abfahrt nach Bonn bewinkeln und bejubeln konnten, wohlbehütet von unauffällig auffallenden Sicherheitskonkern in Zivil.

Kennzeichnend für die wahrhaft schlimmen Jahre um 1959/60 war zum Beispiel auch die Behandlung der Schulfrage im Bundesland Hessen, wo bekanntlich noch in unseren 70er Jahren der von Sozialdemokraten und von Ministern aus dem Gewerkschaftslager angeführte Sozialismus nach Ansicht

des Herrn Dregger die schrecklichsten Auswüchse zeitigt. Zumal die Anwendung der Rahmenrichtlinien für den Schulunterricht signalisierte dem geschockten Bürgertum den unmittelbar bevorstehenden Untergang der sittlichen Weltordnung. Diesmal konnte man freilich nicht mehr ganz so frech und provozierend auftreten wie im Mai 1960. Unter Krawall mußte damals eine Sitzung im Wiesbadener Landtag abgebrochen werden, weil dem Präsidenten „Ruhe und Ordnung nicht mehr gewährleistet“ erschienen. Der Anlaß war eine große Anfrage der SPD-Fraktion an die Landesregierung betreffs der von Kultusminister Schütte (SPD) geförderten Mittelpunktschulen zwecks Beseitigung einer Vielzahl veralteter und pädagogisch überholter Zwerghschulen, vor allem auf dem Lande. Man wollte im Rahmen dieser Anfragen wissen, ob der CDU-Abgeordnete v. Zworowsky den öffentlich erhobenen Vorwurf aufrechterhielte, mit der hessischen Schulpolitik werde „die sozialistische Einheitschule“ angestrebt. Zworowsky bejahte kühl und setzte zur Attacke an: Die SPD verfolge im Schulwesen eine „Abwertung unserer Gesellschaft“ mit schwerwiegenden Folgen. Nach dem Tumult im Saal und dem Abbruch der Sitzung sah sich der Fraktionsvorsitzende Zinnkann namens der SPD nochmals veranlaßt, sich vor der Presse dagegen zu verwehren, „die Sozialdemokraten mit der SED zu identifizieren, indem man die Mittelpunktschulen als Vorläufer der sozialistischen Einheitschule auslege“.

Die Erinnerung an den Fall zeigt, wie weit die Sittenverwilderung unter den Bedingungen des Kalten Krieges und der forcierten Rüstung vor zwanzig Jahren selbst in den Parlamenten gediehen war. Sie zeigt aber auch, daß sich die Konfrontationen im Prinzip gleichgeblieben sind, eher noch verschärft haben unter den Bedingungen ökonomischer Krisen und politischer Labilität.

Die Gewerkschaftsbewegung ist heute – dank jüngerer Erfahrungen und auch geschichtlicher Erwägungen – verhältnismäßig stärker und programmatisch klarer als in den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Kriege. Sie hat, obwohl der repressive Druck des Staates und die Einschüchterungstechnik seiner Justiz sich erheblich verstärkten, dennoch eine breitere Basis auf nationalem und internationalem Felde gewonnen als damals. Die Frage liegt allerdings auf der Hand, ob nicht die Gewerkschaftsbewegung nach Hir-

ler und nach ihrem grandiosen Wiederaufbau in wenigen Jahren weit stärker, kämpferischer und intellektuell beweglicher hätte werden können, wenn sie nicht ausgerechnet in jenen Jahren um 1960, als das Grundgesetzprogramm des Münchner DGB-Gründungskongresses von 1949 wieder hochaktuell geworden war, maßgeblichen Grundsätzen hieraus abgeschworen hätte und sozusagen dem Godesberger Anpassungskurs der SPD folgend mit fliegenden Fahnen auf „Marktwirtschaft“ eingeschwenkt wäre. Die Gewerkschaftsjugend war in den 50er Jahren ganz eindeutig auf München und die ihm gemäßen Zusatzbeschlüsse der nachgefolgten Gewerkschaftskongresse eingeteilt und auch lange Jahre bereit, dafür zu kämpfen: Neuordnung der Wirtschaft, der Berufsausbildung, des Arbeitsschutzes, Friedenspolitik, Wiedervereinigung, Bekämpfung des alten und des neuen Faschismus, Mitbestimmung und Demokratisierung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens. Als diese Prinzipien abgeschwächt, vergessen und – angesichts der Realität veränderter Verhältnisse und Machtkonstellation – teilweise glatt annulliert wurden, da war bereits die Gewerkschaftsjugend müde geworden oder schon weitgehend institutionell reglementiert. Auf der 4. Bundesjugendkonferenz 1959 in Kassel beehrte sie noch einmal auf und wehrte sich mit brisanten politischen Anträgen in Fragen Gesellschaftspolitik, Wiedervereinigung und DDR-Kontakte gegen die vom Deutschen Industrieinstitut in Köln begründeten Maßnahmen von oben, sie auf ein harmloses „Jugendsozialprogramm“ festzulegen und alle wirkliche Politik zu eliminieren. Bevor wenig später die Gewerkschaftsjugend sanft einschlief und sich im bewegtesten Jahrzehnt nach dem Kriege kaum noch rührte, muckte sie in Kassel noch einmal auf. Kurt Brumlop in der Quelle 6/1959 schildert das so: „Bemerkenswert erscheint angesichts der oft gehörten Behauptung, daß die Jugend Grundsatzforderungen als einen alten Hut ansehe, die nicht nur im Jugendsozialprogramm, sondern auch in einem fast einstimmig angenommenen Initiativantrag aufgestellte Forderung der Delegierten nach einer Veränderung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik im Sinne des Münchener Grundsatzprogramms des DGB.“ □

KONKRET 10/79

Ein Gewerkschaftstag, der (fast) nicht stattfand

Über den 12. Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie läßt sich kurz berichten, weil er ganz im Zeichen des 90-jährigen Geburtstages dieser Organisation stand. In wochenlangen Vorbereitungen war es den Verantwortlichen gelungen, auf dem „größten Familienfest, das es in unserer und der Dortmunder Geschichte gab“ (IGBE), ein Programm anzubieten, das seinesgleichen sucht. Neben der Big Band der Bundeswehr, der Bergkapelle Monopol, dem Werksorchester Consolidation, der Heimatgruppe „Harzer Roller“ spielten und sangen 32 weitere Knappenchöre, Bergkapellen und Männergesangsvereine. Nach Aussagen des Gastronomiegeschäftsführers der Dortmunder Westfalenhalle waren alle Befürchtungen, man könnte auf 200 Hektoliter Bier, 20.000 Telleressen und Bergen von Bockwürsten und Koteletts sitzen bleiben, überflüssig. Ein gemeinsamer Gottesdienst im Westfalenpark mit dem Präses Dr. Hengsbach tat der Stimmung keinen Abbruch, sondern war mehr eine feierliche Anreicherung dieser „eindrucksvollen, diesmal aber heiteren Demonstration“ (IGBE Vorsitzender Adolf Schmidt in seiner Hauptrede).

Nebenbei gab es den Gewerkschaftstag. Er dauerte ganze dreieinhalb Stunden. Zunächst sprach der Vorsitzende Adolf Schmidt seine Hauptrede. Danach wurden zwei Vorstandsresolutionen zur Energiepolitik einstimmig verabschiedet und eine unproblematische Nachwahl zu einer Gewerkschaftskommission durchgeführt. In der sich anschließenden „Diskussion“ kamen acht Wortbeiträge. Nach einer 20-minütigen Pause ging zweimal noch Adolf Schmidt an das Rednerpult und wies dezent aber unmissverständlich auf das vereinbarte Mittagessen der 300 Delegierten hin. Der Gewerkschaftstag war beendet.

Den Kernsatz in der Rede des IGBE-Vorsitzenden wollen wir im vollen Wortlaut wiedergeben: „Gewerkschaftstag 1979 und 90. Geburtstag von Deutschlands bestorganisierter demokratischer Gewerkschaft, der IG Bergbau und Energie,

markieren die Wende. Die Krise ist zu Ende, der Aufbruch beginnt. Laßt uns bleiben, was wir sind: Eine funktionierende Einheitsgewerkschaft, die Risiken mindern und Chancen wahrnehmen kann. Eine Einheitsgewerkschaft, die kampffähig und kompromißfähig ist. Laßt uns unseren 90. Geburtstag zu einer eindrucksvollen, diesmal aber heiteren Demonstration machen.“

Die „Wende“ wurde mit einem Aufwärtstrend im Steinkohlenverbrauch begründet. Tatsächlich wurden Haldebestände im letzten Jahr abgebaut, jedoch nicht mehr Kohle als bisher gefördert. Nicht angesprochen wurde von A. Schmidt, daß die Schachtanlage Monopol bei Königsborn, in der 2000 Bergleute arbeiten, stillgelegt werden soll. „Jährlich werden dort 1 Million Tonnen Kohle gefördert, 50 Millionen Tonnen liegen noch unten“ (aus „Die Neue“, vom 11.9.79). Darauf mußte erst ein Betriebsratsmitglied dieser Schachtanlage hinweisen. Ein anderer Betriebsrat vom Aachener Steinkohlenrevier bezweifelte ebenfalls, daß die Krise im Steinkohlenbergbau bereits zu Ende sei. Immerhin kämpften 10.000 Kollegen im Aachener Revier gegenwärtig „ums Überleben“.

Ein kurzer Rückblick: Im Wandel der Energieversorgung in der Bundesrepublik ging der Anteil der Kohle von 88% im Jahre 1950 über 60% 1964 auf 27% in 1978 zurück. Die Kohleförderung fiel von 150 Millionen Tonnen pro Jahr auf 84 Millionen Tonnen. 150 Schachtanlagen wurden geschlossen. Durch die Verdrängung der Kohle durch das Öl und durch Rationalisierungen fiel die Zahl der Bergarbeiter in 20 Jahren von 600.000 auf unter 200.000. Neben der prognostizierten „Wende“ bot der Gewerkschaftstag nichts Neues. Die IGBE blieb unter den Gewerkschaften Vorreiter in der Krisenkampagne („Öl und Gas werden knapp“) in der Forderung nach Atomenergie („Mit der Öleinsparung wird eine Steigerung des Elektrizitätsverbrauchs einhergehen... Zur Stromerzeugung stehen wegen der Verknappung von Öl und Gas auf längere Sicht nur Kohle und Kernenergie zur Verfügung.“) und in der

Hetze gegen alle Atomkraftgegner und Umweltschützer: „Wir beobachten mit großer Sorge, daß gelegentlich Gruppchen oder Gruppen aus unserer Bevölkerung über das rechte Maß hinausziehen.“ Diese Töne klangen fast milde, wenn wir sie mit der Veranstaltung im Dortmunder Westfalenstadion „für gesicherte Energie vergleichen, an der die IGBE und einige ihrer Betriebsräte maßgeblich für Organisierung und Mobilisierung verantwortlich waren. Sie klangen auch milde im Vergleich zu den Artikeln in der IGBE-Zeitung „Einheit“, in denen beispielsweise die AKW-Gegner im Anti-AKW-Dorf Grohnde als „Molukker“, die „mit Ungeziefer hausen“, diffamiert wurden. In den beiden einstimmig verabschiedeten Vorstandsentscheidungen sind als Hauptpunkte enthalten „die Einsicht in die Notwendigkeit der inländischen Rohstoffgewinnung“ und die Erweiterung der Steinkohlenförderkapazität von 84 Millionen Tonnen auf 100 Mio. Tonnen.

„Den wichtigsten Beitrag dazu wollen und werden die Bergleute selbst leisten. Dafür muß neben der selbstverständlichen Forderung nach weiterer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auch ihr Anspruch auf ein Einkommen erfüllt werden, das der Schwere ihrer Arbeit und ihrer Bedeutung für das Wohl unseres Volkes gerecht wird.“ Alle Zitate der IG Bergbau-Stellungnahmen sind ihrer Zeitung „Einheit“ entnommen. Auf sieben Seiten der September-Ausgabe wird vom Gewerkschaftsgeburtstag berichtet. Auf allen Seiten steht nicht ein Wort zu aktuellen gewerkschaftspolitischen Forderungen, wie 35-Stunden-Woche etc. Auf 4 Seiten wird ausschließlich vom Fest erzählt.

Die IG Bergbau hat 361.000 Mitglieder. Davon sind 128.000 Rentner. 90,3% der Bergleute sind in dieser Gewerkschaft organisiert. Laut „Die Neue“ sind 96,7% aller Betriebsräte im Bergbau in der IGBE.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Proteste gegen

„Heinz Hawreluk, der amtsenthebene Bundesjugendsekretär des DGB, hat eine neue, verantwortungsvolle Arbeit ...“ (WdA, 11.10.79). Er erhielt „in allseitiger Übereinstimmung und mit sofortiger Wirkung einen neuen Arbeitsbereich ... damit ist auch der Streit zwischen dem Betriebsrat und dem DGB-Vorstand über angeblich verletzte Mitbestimmungsrechte erledigt ... die Beurlaubung von Hawreluk und einer Betriebsrätin sind aufgehoben.“ („FR“, 6.10.79)

Vor Amtsenthebung von Hawreluk hatte der „Spiegel“ in geradezu geheimdienstlicher Recherche verlauten lassen, daß es sich bei Hawreluk um ein „Stamokap-U-Boot“ gehandelt habe, das dem DGB-Vorstand bei seiner „Neuorientierung“ in der Gewerkschaftsjugendarbeit im Weg gewesen sei.

Diese Spiegel-These hat sich nicht bewährt. Juso Vorsitzender Schröder bescheinigt: „Hawreluk habe als Mitglied des Bundesvorstandes der Jungsozialisten als konsequenter Vertreter einer sozialistischen Reformstrategie gute Arbeit geleistet ... Er habe eine Aktionseinheit mit der SDAJ stets zurückgewiesen“ („WR“, 14.9.79).

Interessant ist in diesem Zusammenhang, welche Rolle Hawreluk in der Gewerkschaftsjugendarbeit spielen sollte. Er war ja erst vor anderthalb Jahren Bundesjugendsekretär geworden, also kurz nachdem DGB-Vorstandsmitglied Karl Schwab auf der Bundesjugendkonferenz einen „wachsenden kommunistischen Einfluß“ festgestellt hatte. Die Aufgabenstellung durch den DGB-Vorstand umschreibt der „Vorwärts“: „Von dem ehemaligen Juso-Bundesvorstandsmitglied, der als Stamokap-Gegner bekannt war, erhofft man, daß zwar verschiedene Strömungen wieder unter einen Hut gebracht würden, aber daß gleichzeitig auch dem Vormarsch der SDAJ Einhalt geboten würde“ („Vorwärts“, 20.9.79).

Daß sich Hawreluk der ihm gestellten Aufgabe durchaus bewußt war, beweist er in einem internen Positionspapier. Er gesteht ein, „daß Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes SDAJ in den Kreis- und Landesbezirksjugendausschüssen des DGB überdurchschnittlich vertreten sind. Er warnt aber im gleichen Atemzug vor einem scharfen Abgrenzungskurs zur DKP, weil daraus äußerst problematische Koalitionen z.B. mit K-Gruppen oder Trotzlisten entstehen könnten“ („WR“, 19.9.79).

D.h.: Er spricht sich dagegen aus, Wirbel um die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu machen.

Daß sich Hawreluk der ihm gestellten Aufgabe durchaus bewußt war, beweist er in einem internen Positionspapier. Er gesteht ein, „daß Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes SDAJ in den Kreis- und Landesbezirksjugendausschüssen des DGB überdurchschnittlich vertreten sind. Er warnt aber im gleichen Atemzug vor einem scharfen Abgrenzungskurs zur DKP, weil daraus äußerst problematische Koalitionen z.B. mit K-Gruppen oder Trotzlisten entstehen könnten“ („WR“, 19.9.79).

D.h.: Er spricht sich dagegen aus, Wirbel um die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu machen.

Daß gegen sie vorgegangen werden muß, ist auch für ihn keine Frage. Diese taktische Differenz zum Vorstand, zusammen mit den Auseinandersetzungen um die Anti-Kriegs-tatschbrochure, die vom Vorstand verboten worden ist (wir berichteten in AK 162 ausführlich), reicht dem DGB-Bundesvorstand in der jetzigen Auseinandersetzung aus, um ganz offen zur Schau zu stellen wer „Herr im Hause“ ist.

Daß das nicht die letzte Machtdemonstration in der laufenden Auseinandersetzung gewesen ist, darüber sind sich die bürgerlichen Schreiberlinge einig:

„Es scheint so, daß der Fall Hawreluk eine Wende markiert. Der DGB-Vorsitzende H.O. Vetter, besonders von dem ÖTV-Chef Klunker unterstützt, will sich der DKP-Herausforderung systematischer als bisher stellen und eine politische Neuorientierung der DGB-Jugendarbeit entwerfen. Karl Schwab bringt für die notwendige Aufarbeitung eines lange vernachlässigten Arbeitsfeldes eine wichtige Voraussetzung mit: Er kann ohne Not auch unpopuläre Maßnahmen treffen. Auf dem nächsten DGB-Bundeskongress wird er sich altersbedingt nicht mehr zur Wahl stellen“ („WR“, 19.9.79).

Diskussionsveranstaltung zur DGB-Jugendarbeit abgesetzt!

Jüngstes Beispiel für den harten Kurs des DGB-Vorstandes ist die Absetzung einer Veranstaltung über „Perspektiven der gewerkschaftlichen Jugendarbeit“, die vom Landesbezirksjugendausschuß Niedersachsen geplant worden war. Neben der Diskussion über die Jugendpolitik, sollte auch über die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung diskutiert werden. Dazu waren eingeladen: Hans Preiss (IGM-Vorstand), Georg Benz (IGM), Hermann Rappe (Vorstand IG-Chemie), Bruno Köbele (IG-Bau Steine Erden), Peter von Oertzen (SPD-Vorstand) und Frank Deppe (Verfasser des umstrittenen Gewerkschaftsgeschichtsbuches). Die Veranstaltung wurde vom Landesbezirksvorstand mit der Begründung abgelehnt, daß man mit der Auseinandersetzung um die Gewerkschaftsgeschichte warten müsse, bis zu dem Thema in München eine DGB-wissenschaftliche Tagung gelaufen sei. Zum anderen aber: „Aufgrund einer zwischenzeitlich eingetretenen Situation in der Abteilung Jugend der Bundesvorstandsverwaltung, hielt es der geschäftsführende DGB-Landesvorstand für ratsam, die Veranstaltung ausfallen zu lassen, weil zu befürchten sei, daß sie zu diesem Zeitpunkt eher zu einer weiteren Verschärfung der Auseinandersetzung als zu ihrer Klärung und Lösung beitragen würde“ („FR“, 24.9.79).

Daß sich Hawreluk der ihm gestellten Aufgabe durchaus bewußt war, beweist er in einem internen Positionspapier. Er gesteht ein, „daß Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes SDAJ in den Kreis- und Landesbezirksjugendausschüssen des DGB überdurchschnittlich vertreten sind. Er warnt aber im gleichen Atemzug vor einem scharfen Abgrenzungskurs zur DKP, weil daraus äußerst problematische Koalitionen z.B. mit K-Gruppen oder Trotzlisten entstehen könnten“ („WR“, 19.9.79).

D.h.: Er spricht sich dagegen aus, Wirbel um die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu machen.

Frauen in Betrieb und Büro

Gleiche Arbeit – gleicher Lohn bei der Firma Roth ein Hohn

Wieder klagen Frauen gegen ungleiche Entlohnung. Bei der Frankfurter Firma Roth (Zulieferer für die Automobilindustrie) wurden die Männer von fünf Maschinen abgezogen und durch Frauen ersetzt. Die Kolleginnen erhalten aber nur Lohngruppe 2 statt Lohngruppe 5 wie die Männer. Die Differenz beträgt immerhin 1,13 DM pro Stunde. Mit Unterstützung des Betriebsrates und des IG-Metall-Frauenausschusses wehren sich jetzt die fünf ausländischen Kolleginnen gegen diese Ungerechtigkeit.

Frauen in Betrieb und Büro

Gleiche Arbeit – gleicher Lohn bei der Firma Roth ein Hohn

Wieder klagen Frauen gegen ungleiche Entlohnung. Bei der Frankfurter Firma Roth (Zulieferer für die Automobilindustrie) wurden die Männer von fünf Maschinen abgezogen und durch Frauen ersetzt. Die Kolleginnen erhalten aber nur Lohngruppe 2 statt Lohngruppe 5 wie die Männer. Die Differenz beträgt immerhin 1,13 DM pro Stunde. Mit Unterstützung des Betriebsrates und des IG-Metall-Frauenausschusses wehren sich jetzt die fünf ausländischen Kolleginnen gegen diese Ungerechtigkeit.

An den fünf Maschinen mit einer von Hand zu bedienenden Schutzvorrichtung hatten monatelang Männer gearbeitet. Als diese Schutzvorrichtung auf hydraulische Bedienung umgestellt wurde, stellte man(n) nun plötzlich Frauen an die Maschinen. Die Kolleginnen müssen zwei Maschinen abwechselnd bedienen in Schicht und Akkord, zum Teil sogar in stehender und gebückter Haltung („Metall“, 19.7.79). Von geringer körperlicher Belastung also keine Spur. Vom ersten Prozeßtag ist bisher nur bekannt, daß sich der Vorsitzende Richter an Ort und Stelle über die Arbeitssituation unterrichten wollte.

„Frauen sind ein Risikofaktor“ oder Kündigung, weil sie eine Frau ist

Die 21jährige gelernte Mechanikerin und aktive Gewerkschafterin Ulrike Seibert hatte bei der Röhrenfabrik Möck „zur vollsten Zufriedenheit“ gearbeitet. Trotzdem erhielt sie am letzten Tag ihrer Probezeit die Kündigung. Die Arbeit sei „für eine Frau zu schwer“ – so die offizielle Begründung. In Wirklichkeit will die Firma keine Frauen mehr beschäftigen. Ulrike Seibert klagte gegen die Kündigung – und gewann.

Die Mechanikerin hatte immer sehr gute Zeugnisse erhalten, auch von der Firma Möck. Umso unverständlicher war die plötzliche Erkenntnis des Betriebsleiters, daß sie die Arbeit nicht schaffen könne. Dem Betriebsrat gegenüber ließ der



Betriebsleiter wissen, daß man Bedenken habe, sie überall einzusetzen, weil sie eine Frau sei. Und zu Ulrike Seibert: „Er hat mir gesagt, daß Frauen ein Risikofaktor sind. Weil sie schwanger werden können und nicht so robust seien“ („Metall“, 16.7.79).

„Ohrenzeugen berichten, daß die Betriebsleitung überhaupt keine Frauen mehr einstellen will, seit der verlängerte Mutterschutzurlaub beschlossen worden ist“ („Welt der Arbeit“, 30.8.79). Der Betriebsrat widersprach der Entlassung mit der Begründung, daß so eine Kündigung dem Gleichbehandlungsgrundsatz nach dem Betriebsverfassungsgesetz, § 75, sowie dem Grundgesetz, Artikel 3 entgegenstehe.

Beim ersten Gerichtstermin zog dann die Geschäftsleitung ihre Kündigung

plötzlich zurück, aber nur, um eine neue gleich nachzuschicken. Jetzt waren es angeblich „innerbetriebliche Gründe“. Doch beim zweiten Prozeßtermin am 27. September mußte der Betriebsleiter dann selbst zugeben, daß es im Grunde doch um das Geschlecht der Kollegin ginge. Das Gericht hat den Kündigungsgrund nicht akzeptiert und auch die Kündigung innerhalb der Probezeit nicht anerkannt, weil die Kündigung sittenwidrig sei. „Dies treffe zu, wenn wie hier eindeutig gegen das im Grundgesetz verankerte Gebot der Gleichbehandlung von Mann und Frau gehandelt worden sei“ („Frankfurter Rundschau“, 28.9.79).

Mit beigetragen zu diesem in erster Instanz positiven Urteil hat sicherlich auch die große Publizität dieses Falles. In vielen Zeitungen in der gesamten BRD wurde darüber berichtet und dies hat sicherlich auch die Soli-



Frauen des IGM-Frauenausschusses verteilen vor der Firma Roth Solidaritätsflugblätter.

darität mit der gekündigten Kollegin erhöht: Auf dem letzten Gerichtstermin waren fast 100 Zuhörerinnen und Zuhörer anwesend.

Hungerstreik für Lehrstellen

Am 14. September waren in München aus Protest gegen die Ausbildungspolitik fünf Frauen und Mädchen in einen 48stündigen „Hungerstreik für Mädchen-Lehrstellen“ getreten. Zwei der Hungerstreikenden, eine 18-jährige Abiturientin und eine 25 Jahre alte Sozialarbeiterin, sind unmittelbar von Lehrstellenmangel

und Arbeitslosigkeit betroffen. Aus Solidarität hungerstreikten zwei Schülerinnen und die Landesvorsitzende der SdAJ Südbayern mit. Die Abiturientin hatte auf ihre Bewerbungsschreiben mehr als 50 Absagen erhalten. Sie suchte eine Lehrstelle als Elektronikerin oder Maschinenschlosserin. Auch die Sozialarbeiterin erhielt nach einer Umschulung bei Siemens und ihrer dortigen Entlassung nur Absagen. In Südbayern sind 68% aller arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren Mädchen!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Hawreliuk's Entlassung

Reaktionen auf die Entlassung von Hawreliuk

Landesbezirksjugendausschuß Niedersachsen: „Protestiert energisch gegen die Beurlaubung Hawreliuks und wirft Karl Schwab ein unter Gewerkschaftern nicht zu akzeptierendes Vorgehen vor. Schwab wird aufgefordert, demnächst nach Hannover zu kommen, um sein Verhalten zu begründen ... Einen ähnlichen Beschluß faßte auch der DGB-Landesbezirksjugendausschuß von Rheinland-Pfalz ... Hasso Dövel, Vertreter der niedersächsischen Gewerkschaftsjugend im Landesbezirksvorstand, spricht von „fatalen Auswirkungen“ des gegenwärtigen jugendpolitischen Kurses des DGB-Bundesvorstandes ... die Kampagne gegen eine angebliche kommunistische Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend ... wirke sich bereits so aus, daß junge Menschen im Elternhaus gesagt werde: „Laß die Finger davon, gehe nicht in die Gewerkschaft“ ...

Juso Landesvorstand Westberlin: „Die administrative Maßnahme gegen Hawreliuk beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der DGB-Gewerkschaftsjugend, die aber nicht nur wegen der sich zuspitzenden Krisenauseinandersetzungen und verstärkten reaktionären Angriffen auf die Einheitsgewerkschaft dringend erforderlich ist, sondern auch, um den zunehmend orientierungslosen Jugendlichen eine Perspektive entwickeln zu können ... Die jüngsten personellen Konsequenzen in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes sind als Versuch zu werten, die Kritiker der rechtssozialdemokratischen und liberalkonservativen Krisenbewältigungspolitik der Bundesregierung mundtot zu machen“ („Neue“, 3.10.79).

ÖTV-Landesbezirksvorsitzender West-Berlin, Heinz Hackbarth: „Gerade in der Jugendarbeit muß respektiert werden, was sonst bei uns als selbstverständlicher Grundsatz gilt: Freiheit ist die Freiheit des Andersdenkenden. Administrative Maßnahmen haben noch niemanden zum ehrlichen Umdenken bewegen können“ („Neue“, 4.10.79).

IGM-Betriebsjugendgruppe Blohm und Voss, Hamburg: „Protestresolution an den DGB-Vorstand: ... mit Protest und Verwunderung nahmen wir von der Entlassung des Kollegen Heinz Hawreliuk aus seinem Amt als Bundesjugendsekretär des DGB Kenntnis ... Einen Kollegen seiner Funktion zu entheben, ohne vorherige Diskussion in den entsprechenden Gremien und unter den Mitgliedern entspricht nicht den Erfordernissen und dem Selbstverständnis gewerkschaftlicher Demokratie ... Wir hoffen, daß sich der DGB nicht die Eigenschaft vieler Unternehmer angewöhnt, seine Angestellten zu heuern und zu feuern, wie es ihm gerade

paßt ...“

Ganz anders dagegen nimmt sich eine Entschließung des DGB-Bundesjugendausschusses aus, in dem Hawreliuk jetzt nicht mehr Mitglied ist: „Der BJA muß akzeptieren, daß eine Zusammenarbeit aufgrund des mangelnden Vertrauensverhältnisses zwischen Karl Schwab und Heinz Hawreliuk nicht mehr möglich ist.“ („UZ“, 20.9.79).

„Revier“ vom Oktober 1979: Die Zeitung kommt in ihrem recht ausführlichen Artikel zu den Auseinandersetzungen um die gesamte Frage der gewerkschaftsjugendpolitischen Auseinandersetzung zu dem Schluß: „Es ist in der vorhandenen Situation bereits eine politische Frage, wie auf die Entlassung von Hawreliuk zu reagieren ist. Verweigern von Solidarität und Zugucken fördert eine Entwicklung, der sich fortschrittliche Kräfte gerade widersetzen müssen.“

Jugendausschuß der IG Metall: „Der Jugendausschuß der IG Metall sehe in der Tätigkeit des Kollegen Hawreliuk keinen Grund, der eine Funktionsenthebung gerechtfertigt hätte. Er habe daher für die Entscheidung des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB kein Verständnis und sehe in dieser Entscheidung auch keinen Beitrag zur organisatorischen bzw. inhaltlichen Förderung gewerkschaftlicher Jugendarbeit“ („Neue“, 12.10.).

Große Funktionärsversammlung der IG Metall Hamburg: „Wir, die Funktionäre der Hamburger IG Metall, haben mit großer Betroffenheit die Beurlaubung und Funktionsenthebung des Bundesjugendsekretärs des DGB, Heinz Hawreliuk, erfahren, die ohne Anhörung des Betriebsrates erfolgte.

Wir verurteilen in diesem Zusammenhang alle Versuche in der Presse, die Jugendarbeit der Gewerkschaften zu diffamieren.“ Weiter wird eine Offenlegung der Positionen und Inhalte gefordert, die angeblich zur „Störung des Vertrauensverhältnisses“ mit Hawreliuk geführt haben.

Wegen DKP-Unterwanderung aufgelöst

Was vor einigen Jahren in den Gewerkschaften mit Billigung der DKP meist als Maßnahme gegen „K-Gruppen-Chaoten“ lief, wird zunehmend auch auf die DKP ausgedehnt. Einem Leserbrief eines IGM-Mitglieds an die DGB-Jugendzeitung „Solidarität“ entnehmen wir die folgende Passage: „Ich spreche aus der Erfahrung meiner gewerkschaftlichen Tätigkeit im DGB-Kreis Ludwigshafen, in dem ein gewerkschaftlicher Arbeitskreis vom Kreisvorsitzenden aufgelöst wurde und die Arbeit des KJA gebremst wird, beides wegen angeblicher Unterwanderung durch die DKP“. — Genossen „Gewerkschaftschaoten“ im KB, kommen euch solche Töne nicht bekannt vor?

Auseinandersetzung um

Auseinandersetzung um Aufsichtsratswahl bei Beiersdorf

Die Aufsichtsratswahl bei Beiersdorf in Hamburg Anfang Oktober dieses Jahres war im wesentlichen durch zwei Vorgänge bedeutsam: die Entmachtung des langjährigen Betriebsratsvorsitzenden Max Ganschow und das Vordringen einer Gruppierung DAG/„Wählergemeinschaft“ mit antigewerkschaftlichen Parolen.

Nachdem in den letzten Jahren, insbesondere seit der letzten Betriebsratswahl, die Kritik an der Person Max Ganschow auch innerhalb der IG Chemie immer mehr zugenommen hatte, wurde er bei der Aufstellung der Kandidaten für die Aufsichtsratswahl von den IG-Chemie-Delegierten nicht wiedergewählt. Er hatte diesen Posten jahrelang wahrgenommen. Er zog aus diesem Mißtrauensvotum in zwischen Konsequenzen und wird Ende Oktober vom Betriebsratsvorsitz zurücktreten und ebenfalls von der Freistellung als Betriebsrat, um dann mit ziemlicher Sicherheit in die Personalabteilung überwechseln. Genaues ist noch nicht bekannt, aber die Beiersdorf-Kapitalisten werden schon noch etwas finden für diesen verdienten Mitarbeiter.

Max Ganschow war 18 Jahre Betriebsratsvorsitzender bei Beiersdorf und eine der zentralen Figuren im Gewerkschaftsapparat der Hamburger IG Chemie. Berühmt-berüchtigt sein Einsatz für eine mißere Tarifierung, mitverantwortlich für die Gewerkschafts-Ausschlußpolitik z.B. gegenüber der linken Betriebsratsliste ALTERNATIVE bei Beiersdorf. Dazu, daß Max Ganschow jetzt seinen Hut nehmen muß, hat die Liste ALTER-

NATIVE, mit 3 von 27 Betriebsratssitzen sicherlich einen recht wesentlichen Beitrag geleistet.

Um die Abwahl von Max Ganschow zu honorieren, rief die ALTERNATIVE, die selber nicht kandidierte, zur Wahl der IG Chemie auf. Neben einer Kritik am Mitbestimmungsschwindel selber, schrieb sie dazu in ihrer Zeitung: „Wir begrüßen es deshalb außerordentlich, daß hier endlich einmal der Mut aufgebracht wurde, Max Ganschow von seinem Thron herunterzuholen (...). Die Zukunft wird zeigen, ob es hier nur um die Neuverteilung von Pöstchen ging, oder tatsächlich um Schritte in die Richtung, mit der Machtpolitik in der IG Chemie und im Betriebsrat zu brechen und sich insgesamt mehr an den Interessen der Kollegen zu orientieren. Wir begrüßen jedenfalls diesen ersten Schritt und rufen deshalb dazu auf, bei der Aufsichtsratswahl die Kandidaten der IG Chemie zu wählen.“

Die Rechten im Aufwind

Die Aufsichtsratswahl brachte im Ergebnis für die IG Chemie eine ziemliche Niederlage. Gewählt wurden 6 Vertreter: 2 Gewerkschafter, 2 Arbeiter, 1 Angestellter und ein leitender Angestellter. Für die Gewerkschaftsvertreter kandidierte die IG Chemie mit Walter Holst von der Verwaltungsstelle Hamburg und dem Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft, Schulz-Bischof. Die DAG kandidierte mit 2 betrieblichen Kandidaten, einem jetzigen und einem ehemaligen Be-

Hamburger IGM-Funktionäre gegen Treffen Vetter — Strauß

Am 3. Oktober fand in Hamburg endlich die erste Funktionärsversammlung der IG Metall statt. Gekommen waren ca. 500 Kolleginnen und Kollegen. Thema der Versammlung sollten die veränderten Bedingungen gewerkschaftlicher Arbeit in der Krise sein. Natürlich stand auch die Beitragsfrage auf dem Zettel ... Als Redner war Vorstandsmitglied Hans Preiss gekommen. Im Folgenden wollen wir kurz seine wesentlichen Aussagen wiedergeben:

Zur Krise

Besonders mit Beginn der Wirtschaftskrise 1974 machte sich in der Gewerkschaft immer mehr Resignation breit. Erfolge bleiben aus ... Über diese harten Tatsachen würden auch keine großartigen Resolutionen hinwegtäuschen. Auch das gewerkschaftliche Bewußtsein lasse nach, was er folgendermaßen zu belegen versuchte: eine Umfrage in Baden-Württemberg-Betrieben habe ergeben, daß sich die Mitglieder eine mehr partnerschaftliche IGM wünschten. Die Zahl der Betriebsversammlungen im Jahr (Schnitt 1,2 pro Betrieb) sei zu niedrig. Schließlich berichtete er, daß es zunehmend vorkomme, daß bestimmte Betriebsräte keine Gewerkschaftsvertreter mehr auf Betriebsversammlungen einladen, weil sie meinen, daß dort „zu spezifische Probleme“ besprochen werden. Ausserdem würden sich auch viele Betriebsräte Erfolge der Organisation selbst an die Brust heften, was der IGM keinesfalls nützen würde.

Als wesentliche Gründe für diese Entwicklung nannte er folgende:

- es gebe keine „Brenners, Bleichers und Söchtings“ mehr, die die Tradition der Arbeiterbewegung von der Zeit vor 1945 weitervermitteln.
- es herrsche ein starker Glaube an Fortschritt, Technologie und „heile Welt“.
- Schließlich könne jeder individuelle Bildungschancen wahrnehmen. Dies alles würde anstatt der Solidarität die Tendenz der Spaltung in der Arbeiterschaft verstärken.

Dieser Einschätzung wurde in der Diskussion entgegengehalten, daß die Anzahl und die Dauer der Streiks in den letzten Jahren rapide zugenommen habe.

Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft

Strauß' Angriffe auf den DGB schätzte Preiss so ein, daß es hierbei nicht das Ziel sei, die Gewerkschaft zu spalten, sondern sie zu lähmen und aufzuweichen. In diesem Zusammenhang ging er auch auf den Vorwurf ein, die Gewerkschaften seien „kommunistisch unterwandert“. Er stellte fest, daß solcherlei Angriffe nicht neu seien: „Es gab sie 1953 nach dem DGB-Aufruf „Wählt einen besseren Bundestag“. Es gab sie noch nicht neu seien: „Es gab sie 1953 nach dem DGB-Aufruf „Wählt einen besseren Bundestag“. Es gab sie noch 1956, als die Gewerkschaften gegen die Wiederbewaffnung Front machten. Es gab sie, als die Notstandsgesetze durchgesetzt werden sollten. Und es gab sie erneut bei den spontanen Arbeitsniederlegungen 1969“. Neu sei allein die zögernde Reaktion mancher Gewerkschafter: „Früher sind solche Angriffe souverän abgewiesen worden, heute gibt man sich Mühe, zunächst den Nachweis politischer Zuverlässigkeit zu erbringen“. Gegen das Gerede von der kommunistischen Unterwanderung nütze es nichts, mit Zahlen zu argumentieren, wie z.B.: nur 0,4 % der Betriebsräte

seien DKP-Mitglieder. Hier helfe nur ein klares Bekenntnis zur Einheitsgewerkschaft „ohne wenn und aber“. Die IGM beurteile ihre Mitglieder nicht nach Parteizugehörigkeit, sondern nach ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

Anknüpfend an diesen Punkt des Referats forderte ein Kollege in der Diskussion unter dem Beifall der Versammlung, daß „Komunisten in der Gewerkschaft willkommen“ sein müßten. Dies wiederum veranlaßte Preiss, in seinem Schlußwort seine Ansicht zu der Frage Kommunisten in den Gewerkschaften noch einmal zu präzisieren: „Dazu sage ich; nein! Nur die DKP“ sei ihm willkommen.

So weit geht die Liberalität dieses „Vorstands-Links“ denn nun auch nicht.

Diskussion - die Linken hatten das Wort

Die Diskussions-Beiträge der ca. 25 Kolleginnen und Kollegen, die sich zu Wort meldeten, waren mit einer Ausnahme (HEW-Vertrauensmann plädierte unter Buhrufen der Versammlung für Atomenergie) ausschließlich mit linker Stoßrichtung. Selbst DKP-Ler hielten erstaunlich kritische Beiträge.

Die Abberufung des DGB-Bundesjugendsekretärs Hawreliuk hatte ja bekanntlich in einigen Gewerkschaften ziemlichen Protest ausgelöst. Die Ortsverwaltung (OV) hatte hier klugerweise „vorgesorgt“. Von OV-Mitglied Teichmüller wurde hierzu eine Resolution vorgelegt, in der große Betroffenheit über die Abberufung Hawreliuks zum Ausdruck gebracht wird. Es wird festgestellt, daß das Fehlen klarer Positionen in dieser Frage schädlich sei. Deswegen fordere man u.a., daß die vom DGB-Bundesvorstand verbundene Antikriegsbroschüre der DGB-Jugend öffentlich gemacht werden soll. Teichmüller fügte hinzu: Wenn sich herausstelle, daß Karl Schwab (verantwortlich im DGB für Jugendarbeit) Fehler gemacht habe, müsse auch dies diskutiert werden. Ein weiterer fortschrittlicher Antrag wurde vom Vertrauenskörper der Firma Ortman & Herbst eingebracht. In diesem Antrag wird die IGM aufgefordert, den Verkauf der „Hamburger Morgenpost“ an den rechten Bauer-Verlag nach Kräften zu verhindern und stattdessen das Projekt von „Konkret“-Herausgeber Gremilitz zu unterstützen, der die „Morgenpost“ weiterführen will.

Schließlich gab es noch einen Antrag gegen das Treffen zwischen Strauß und DGB-Chef Vetter. Der Antragsteller begründete seine Resolution damit, daß Strauß schließlich für die „Zerschlagung der Arbeiterbewegung“ stehe. Das Treffen sei aus drei Gründen abzulehnen:

1. verwische es Straußens wirkliche Absichten;
2. läßt Strauß sich durch dieses geplante Gespräch sowieso nicht umstimmen;
3. würde Strauß durch das Treffen als Gesprächspartner aufgewertet; Diese Resolution wurde mit einigen Änderungen fast einstimmig angenommen. Auch die übrigen genannten Anträge und Resolutionen wurden am Ende der fünfständigen Versammlung - es waren immerhin noch ca. 200 Kollegen anwesend - weitgehend einmütig verabschiedet.

Nachschlag und Metalltarifrunde 79/80

Während zur Nachschlagforderung kaum Beiträge kamen, gab es relativ

viele Beiträge, die Forderungen zur anlaufenden Tarifrunde vorstellten. Außer von den Vertrauenskörpern von AEG-Schiffbau und Haller-Meurer gab es noch keine verabschiedeten Forderungen der VKs. Diese beiden VKs schlugen eine Forderung von mindestens 8 % und einem Mindestsockelbetrag von 175 DM vor. Es schien so, als ob dieser Vorschlag auch Anklang bei der Ortsverwaltung fände, da sie ihn als Diskussionseinstieg vorstellte. In den meisten Beiträgen wurden jedoch wesentlich höhere - vor allem auch Festgeldforderungen - vorgeschlagen (z.B. 12, 14 % - Sockelbetrag 200 - 250 DM, Festgeldforderung 250 DM, Laufzeit 11 Monate). Neben einer Kollegin forderten auch mehrere männliche Kollegen die Streichung der Frauenleichtlohngruppen zwei und drei.

Für alle Metaller ist es jetzt notwendig, wie ein AEG-Kollege sagte, die Diskussion über unsere Forderungen unverzüglich aufzunehmen bzw. zu Ende zu führen.

Preiss ging in seinem Schlußwort auf die Nachschlag- und Tarif-Forderungen ziemlich demagogisch ein. Zum einen versuchte er, die Diskussionsredner (alles Vertrauensleute!) unglaublich zu machen, indem er behauptete, sie hätten meist nur ihre persönliche Meinung und nicht die ihrer Kollegen wiedergegeben. Für die Nachschlagforderung habe er „vollstes Verständnis“, die Tarifrunde sei jedoch „keine Gulaschkanone, aus der man sich beliebig bedienen kann“. Doch das war noch nicht alles. Der Politik der Multis mit einer Nachschlagforderung zu kommen, sei sogar unpolitisch, man solle lieber die Verstaatlichung der Ölkongerne fordern und nicht eine Niederlage organisieren...

Zur Festgeldforderung meinte er, er freue sich ja darüber, daß man die unteren Lohngruppen stärker anheben wolle, man solle jedoch „ehrlischer diskutieren“. Nach einer Stahltarifrunde z.B. hätten die Kollegen die Festgeldforderung kritisiert. Er verschwieß zefflissentlich, daß die damalige Kritik der Kollegen sich vor allem an der geringen Höhe des Abschlusses entzündete.

Preiss' Schlußwort gipfelte darin, daß er alle Kollegen - peinlicherweise unter Berufung auf „ein altes Wort der Arbeiterbewegung“ - ausgerechnet zu „organisierter Disziplin“ aufrief, der man auch Eigeninitiative unterordnen müsse!

Trotz allem zeigte diese Funktionärsversammlung, daß einiges Positive im Gange ist. Zum einen ist die Gewerkschafts-Linke im Hamburger IGM-Funktionärskörper inzwischen recht stark und breit geworden. Die rechten Funktionäre scheinen insgesamt abgeschafft. Zum anderen gibt es von der Hamburger Ortsverwaltung schon seit einiger Zeit einen neuen „Führungsstil“. Auf offiziellen Versammlungen wird z.B. nicht wie

neuen „Führungsstil“. Auf offiziellen Versammlungen wird z.B. nicht wie früher gleich jedes kritische Wort unter Beschuß genommen. In diesem Zusammenhang sind auch Äußerungen interessant, in denen Preiss die „Hausmachtspolitik“ rechter Betriebsräte kritisierte. Es zeigt sich immer mehr, daß diese Betriebsräte zunehmend unfähiger werden, die anwachsenden Kämpfe und Aktivitäten gegen die Auswirkungen der Krise im Sinne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung aufzufangen und in „geordnete Bahnen“ zu lenken. Für die Gewerkschaftslinken sind dies günstige Arbeitsbedingungen.

Ein Jugendgenosse KB/Hamburg

des Bankdirektors, wo sich bei jedem Kollegen die Frage stellt, was der dort als Arbeitnehmervertreter zu suchen hat.

Sie stellten in ihren Flugblättern den Interessenkonflikt so dar — einerseits die betriebsfremden Funktionäre und Gewerkschaftszentralen, andererseits „wir Beiersdorfer“. Die „Wählergemeinschaft“ schrieb: „Wir sind in unseren Entscheidungen ausschließlich dem Wohl des Unternehmens und dem seiner Mitarbeiter verpflichtet und unterliegen nicht den Weisungen einer großen ideologisch orientierten DGB-Gewerkschaftszentrale. Wehren Sie sich gegen die Kontrolle unseres Unternehmens durch den DGB!“ Und im gleichen Stil die DAG: „Unsere Kandidaten werden im Aufsichtsrat für das gemeinsame Wohl der Beiersdorfer arbeiten, denn sie verfolgen keine unternehmensfremden oder gar ideologischen Ziele. ... Sie werden niemals Instrument von Interessengruppen sein, die dem Unternehmen schaden können.“

Dazu kommt, daß die „Wählergemeinschaft“ logischerweise erheblichen Flankenschutz von den Beiersdorf-Kapitalisten bekam. Während der IG Chemie recht rigide Beschränkungen auferlegt wurden, konnten sie sehr freizügig auch in den Werken außerhalb Hamburgs agieren. Es gingen interne Rundschreiben an die Abteilungsleiter, und die Personalabteilung gab sogar ein Rundschreiben heraus, was bezüglich der Vorabstimmung über Gemeinsame Wahl eindeutig für die „Wählergemeinschaft“ Stellung nahm. Es mußte dann auch wegen Einmischung in die Wahl zurückgezogen werden.

Anstatt diese Dinge von Seiten der IG Chemie nun aufzudecken und anzuprangern, konterte sie mit total langweiligen Flugblättern, die die Paragraphen der Mitbestimmung vorwärts und rückwärts herbeteten. Bis auf einige Beiträge auf der Betriebsversammlung überließen sie es der ALTERNATIVE, gegen diese Gruppe Stellung zu nehmen. Chemiekommission

Leserbrief

Gesundheitsgefährdung bei Hoesch-Phönix

Ich habe im AK 153 den Artikel der Chemie-Kommission gelesen über die Broschüre, die von der IG-Chemie Verwaltungsstelle Ludwigshafen heraus gebracht wurde. Es wurden Gesundheitsgefahren durch chemische Stoffe beschrieben, mit denen in der Produktion gearbeitet wird, ohne daß etwas über die Gefährlichkeit dieser Stoffe bekannt ist. In einem in der Broschüre dargestellten Fall waren bei BASF zehn Kollegen an Krebs gestorben, weil sie jahrelang dem Stoff „Dichlormethyläther“, einem Krebs-erregender, ausgesetzt waren.

Ich möchte an einem Beispiel zeigen, daß diese Praktiken, die Arbeiter ungeprüften Stoffen auszusetzen, auch in anderen Werken üblich sind, und daß dies vermutlich eine allgemeine Erscheinung ist, die nicht einmal der Gesetzgebung über den Umgang mit gesundheitsschädlichen Stoffen widerspricht:

Es handelt sich in diesem Fall um die Firma Hoesch, Werk Phoenix in Dortmund, ein Stahlwerk. In der Stahlgießerei dieses Werkes werden aus Quarzsand und einem Kunstharz die Formen zum Gießen von Stahlteilen gebaut. Ein Bestandteil dieses Kunstharzes, das aus zwei Komponenten zusammengemischt wird, hat ei-

nen relativ hohen Phenolgehalt. Nachdem im Sommer bei Hitze die Arbeiter in dieser Abteilung über Übelkeit geklagt hatten, wurde von der Arbeitssicherheit eine Messung vorgenommen, wobei ein Phenolgehalt der Luft festgestellt wurde, der über dem MAK-Wert, d.h. über der „Maximal zulässigen Arbeitsplatzkonzentration“ lag. Daraufhin wurde die Herstellerfirma des Kunstharzes angeschrieben, und diese versprach, den Phenolgehalt ihres Produkts zu senken.

Als dann neuerliche Messungen vorgenommen wurden, konnten keine Phenol-Werte festgehalten werden, denn die Messung wurde durch einen weiteren unbekannten Stoff gestört, so daß zum damaligen Zeitpunkt keine Kenntnisse über die Phenolbelastung in der Halle bestanden — und das seit zwei Jahren (vor zwei Jahren war die letzte verwertbare Messung vorgenommen worden).

Es wird nun also schon seit 2 1/2 Jahren unter Bedingungen gearbeitet, wo nicht bekannt ist, ob die Phenolkonzentration nicht viel zu hoch ist. Außerdem kennt man den Stoff, der die Messung störte, nicht, geschweige denn seine gesundheitlichen Auswirkungen (Die Auswirkungen von Phenol sind weitgehend bekannt: Schädigung von Haut- und Schleimhäuten, Schwindel, Kopfschmerzen, Schweißausbrüche, Erregungszustände, Erbrechen, Ohrensausen; in hohen Dosen können Lähmungserscheinungen durch Schädigung des Gehirns auftreten, außerdem Nierenschädigungen). In der Schweiz handelt es sich bei den Gesundheitsschäden von Phenol um eine entschädigungspflichtige Berufskrankheit, nicht so in der BRD.

Weiterhin wird seit einiger Zeit auch mit einer völlig neuen Kunstharzzusammensetzung gearbeitet. Hierbei gibt es nicht einmal eine Methode, um die beim Mischen der Harzkomponenten entstehenden Dämpfe messen zu können, ein Forschungsinstitut sei nach Aussage eines Arbeitssicherheitsingenieurs seit 11/2 Jahren dabei, eine Meßmethode für diesen Stoff zu entwickeln. Mit diesem Stoff wird jedoch schon serien-

mäßig gearbeitet, obwohl man keine Ahnung über die Konzentrationen hat, in denen dieser Stoff gefährlich wird, man kann ihn ja nicht einmal messen!

Daß ein solcher Umgang mit unbekannten Stoffen durch die gesetzlichen MAK-Regelungen abgedeckt ist, zeigt folgendes: Professor Henschler, der Vorsitzende der deutschen MAK-Werte-Kommission, wurde wegen bei der Firma Mannesmann in Duisburg aufgetretener Fragen über Schneideöle angeschrieben, warum es in der BRD keinen MAK-Wert gäbe für diese Schneideöle, obwohl dies in den USA der Fall wäre. Die Antwort des Herrn Professors war: Die Zusammensetzung dieser Schneideöle sei zu unterschiedlich, so daß man keinen mit Sicherheit unschädlichen Grenzwert angeben könne. Die Folge dieser Argumentation, und sie gilt für alle Stoffe und

erst recht für Stoffgemische, die unbekannt sind, ist, daß munter weiter gearbeitet werden darf mit eventuell hochgefährlichen Konzentrationen, die man eben nicht kennt. Es gilt nicht, daß die Ungefährlichkeit eines Stoffes nachgewiesen werden muß, bevor damit gearbeitet wird, sondern es muß seine Gefährlichkeit nachgewiesen werden, um einen Grenzwert dafür festzulegen.

Das Empörende im Fall der Schneideöle ist außerdem, daß in den USA sehr wohl Kenntnisse über die Gefährlichkeit von synthetischen Schneideölen bestehen: Alle untersuchten synthetischen Schneideöle enthielten Nitrosamine, die auch in kleinsten Mengen Leberkrebs erzeugen können.

Ein AK-Leser aus Freiburg

IG Chemie: Wie viele Stoltzenbergs gibt es noch?

Den Hamburger Giftgaskandal nahm die Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik zum Anlaß, um in ihrer jüngsten Ausgabe der „Gewerkschaftspost“ einen Aufruf zur Meldung von Giftmüll-Lagerungen zu starten.

Sie stellt in ihrer Zeitung die bange Frage, ob Stoltzenberg ein Einzelfall ist, „oder gibt es noch mehr solche versteckten Zeitbomben?“. Und weiter: „Niemand kann diese Frage konkret beantworten. Aber schon räumte man in München schleunigst die ungeschützt lagernden Überreste einer stillgelegten chemischen Fabrik zur Seite (dort waren arsenhaltige Fässer gefunden worden — Anm. AK); das Gelände hatte Kindern als „Abenteuerspielplatz“ gedient. Und die Gefahr, daß auch anderenorts noch Giftgase, Kampfstoffe oder ähnliches Teufelszeug liegen, ist nicht auszuschließen.“

Deshalb fordern wir alle Arbeitnehmer auf, die während des letzten Krieges oder in den Jahren danach oder auch noch später mit solchen gefährlichen Stoffen zu tun hatten:

— Meldet euch, wenn ihr wißt, daß solche Stoffe irgendwo gelagert, vergraben oder versteckt wurden, wo sie auch heute noch zur todbringenden Gefahr werden können!

— Meldet euch, wenn ihr Giftfässer oder andere gefährliche Stoffe auf Müllkippen abladen müßt, wo sie heute noch liegen und das Grundwasser verseuchen können!“ („gp“, 10/79).

Die Redaktion der „Gewerkschaftspost“ (Königsworther Platz 6, 3000 Hannover) leitet solche Meldungen an die zuständigen Behörden weiter und behandelt diese auf Wunsch vertraulich. Mittlerweile hat in den Amtsstuben ein hektisches Treiben begonnen. In Stollberg bei Aachen, ein Ballungszentrum für die Schwermetallindustrie, wird derzeit mit einem Kostenaufwand von 200.000 DM eine Abraumhalde untersucht, weil sie das Grundwasser und einen Bach verseucht hat („Welt der Arbeit“, 11.10.79).

Und was unter den 2.000 Abfallhalden in Nordrhein-Westfalen lagert, die kurzerhand einplanzt und bepflanzt wurden, weiß niemand so recht. Der „stern“ dokumentierte in seiner jüngsten Ausgabe 32 Umweltskandale, in denen die bürgerlichen Politiker recht halbherzig zu Werke gingen.

So z.B. im Hessener HCH-Milchskandal, wo sich die Verantwortlichen bis heute weigern, einen von der Firma Merck aus HCH-Abfällen angelegten Parkplatz in Gernsheim, direkt am Rheinufer und zudem neben

einer Trinkwasseranlage, räumen zu lassen. Angeblich bestehe keine Gefahr, obwohl die Gefährlichkeit von Hexachlorhexan (HCH) längst erwiesen ist und zudem in Blutproben bei Anliegern festgestellt werden konnte. Inzwischen wird der Ruf nach einer Verabschiedung eines Chemikaliengesetzes immer lauter. Dennoch dürfte hiermit das Problem nicht beseitigt werden können, wie sich heute schon beim 1972 verabschiedeten Abfallbeseitigungsgesetz zeigt.

Gerade deshalb ist der jetzt von der IG-Chemie gestartete Aufruf ein Ansatzpunkt, um den leistungsfähigen Umgang mit Chemikalien und deren Abdeckung durch bürgerliche Politiker entgegenzutreten.

In diesem Sinne dürften Spaten und Schaufel zu den kommenden Utensilien eines jeden Umweltschützers gehören.

AKW-Nein-Kommission

Loderer für AKWs

Nur drei Tage vor der großen Bonner Demonstration gegen das Atomprogramm sprach sich der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, deutlich für den zügigen Weiterbau von AKWs aus. Vor IGM-Funktionären erklärte er am 11.10. in Mannheim, „daß keine Technologie vollständig frei von Risiken sei. Die Risiken, die gegenwärtig mit dem Verzicht auf Kernenergie verbunden wären, seien aber größer als jene, die mit der Verwendung der Atomenergie in Zusammenhang stünden. Ein befristeter stop im Kernkraftwerksbau laufe da-

rauf hinaus, daß der erreichte technologische Entwicklungsstand der Kern-energie-technik in der Bundesrepublik verlorengehe, daß der vorbildlich hohe Stand der Sicherheitstechnik ... weltweit nicht zum Tragen komme und daß Arbeitsplätze unnötig aufs Spiel gesetzt würden“.

Abschließend stellte Loderer fest: „Gegenwärtig sei es durchaus zu verantworten, dem begrenzten Ausbau der Kernenergie unter strengen Sicherheitsbedingungen zuzustimmen und die notwendigen Entscheidungen bald zu treffen“ („FAZ“, 12.10.79).

Hamburger Ärzte gewinnen erneut Prozeß gegen Gesundheitsbehörde

Bereits zum vierten Male haben Hamburger Ärzte einen Rechtsstreit gegen die Gesundheitsbehörde in Sachen Bereitschaftsdienste gewonnen. Geklagt hatten diesmal fünf Narkoseärzte aus dem Allgemeinen Krankenhaus Wandsbek gegen ihre unzumutbaren Arbeitsbedingungen. Sie müssen durchschnittlich siebenmal im Monat nächtliche Bereitschaftsdienste abgeben, d.h. auf einen normalen Arbeitstag folgen 16 Stunden Nachtdienst, darauf wieder der normale Arbeitstag, also gut 32 Stunden Krankenhaus hintereinander.

Das Arbeitsgericht Hamburg hat dazu jetzt in erster Instanz entschieden, daß die Kläger erstens nur noch einmal pro Woche zum Bereitschaftsdienst herangezogen werden dürfen (also durchschnittlich viermal im Monat) und zweitens die Nachtdienste als Arbeitsbereitschaft anerkannt und bewertet werden, statt wie bisher als Bereitschaftsdienste.

Zitat aus der Urteilsbegründung: „Der sog. Bereitschaftsdienst (definiert als eine Aufenthaltsbeschränkung, verbunden mit der Verpflichtung, bei Bedarf sofort tätig zu werden) entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Arbeitsbereitschaft. ... Entgegen der vom BAG (Bundesarbeitsgericht — Anm. AK) vertretenen Auffassung (Entscheidung vom 31.3.1960) ist die AZO anwendbar. Da Arbeitsbereitschaft Arbeit im recht-

lichen Sinne darstellt, erreichen die Kläger mit Ableistung einer sogenannten Bereitschaft bereits die höchstzulässige Dauer von 48 Stunden die Woche (§§ 3,7,12 AZO). ... Die Erweiterung des Ausnahmekatalogs des § 1 AZO im Wege der Analogie auf die Krankenhausärzte durch das BAG vermag das Gericht nicht zu billigen. Daß die ärztliche Tätigkeit vom Zeitpunkt unabhängig sein soll ..., rechtfertigt nicht einen so weitgehenden Schluß wie die Herausnahme der Ärzte aus der AZO“.

Das besondere an diesem Urteil liegt in der Tat darin, daß zum ersten Mal seit Bestehen der AZO aus der Zeit der Weimarer Republik die Herausnahme der Ärzte aus der AZO gerichtlich angezweifelt worden ist. Daß bei einem Urteil mit so weitreichenden Konsequenzen für den ganzen Krankenhausbetrieb die Gesundheitsbehörde in die Berufung gehen wird, dürfte niemanden verwundern. Die Hinhalteakt der Behörde kennen wir schon aus den Verfahren von Junghans und Limbrock, die seit einem bzw. zwei Jahren bei den Gerichten schmoren. Damit werden bessere, d.h. vor allem patientenfreundlichere Arbeitsbedingungen vorerst auf die lange Bank geschoben.

Ein Genosse des Gesundheitsbereichs KB/Gruppe Hamburg

GEW

Urteil zur Arbeitszeit: Flankenschutz für die GEW?

Euphorisch begrüßt wurde von der GEW-Führung das Anfang September ergangene Urteil des Lüneburger Obergerichts, das die unterschiedliche Stundenverpflichtung der Lehrer an niedersächsischen Gesamtschulen für verfassungswidrig angesehen hatte. Ein Lehrer hatte erfolgreich dagegen geklagt, daß an den Orientierungsstufen ein Hauptschullehrer 28 Stunden unterrichten muß, während ein Gymnasiallehrer für die gleiche Tätigkeit nur eine Unterrichtsverpflichtung von 23 Stunden hat. Der Hauptvorstand der GEW stellte in einem Beschluß zu diesem Urteil fest: „Die verfassungsrechtliche Entscheidung unterstreicht die Berechtigung der Forderungen der Lehrerschaft zur Pflichtstundenregelung auch juristisch“ („E&W“, 10/79). Entsprechend wurde die Gerichtsentscheidung auf der Titelseite der „Erziehung und Wissenschaft“ 10/79 sowie als Leitartikel der „Erziehung und Wissenschaft“ Niedersachsen“ 9/79 (Zeitungen der GEW) groß herausgestellt. Im AK 163, S. 28 hatten wir schon darauf hingewiesen, daß dieses Urteil die Gefahr einer Arbeitszeitverlängerung für bestimmte Lehrergruppen in sich birgt. Von daher ist es zur Unterstützung der GEW-Forderungen kaum geeignet. Vielmehr ist zu befürchten, daß die GEW-Führung mit dem Bejubeln dieses Urteils nur geringfügigen Ver-

schiebungen in der Frage der Lehrer-arbeitszeit den Weg bereitet. Anhand der inzwischen vorliegenden Urteilsbegründung wollen wir diese Auffassung belegen.

Das Ziel der Klage

Schon verschiedentlich haben Grund- und Hauptschullehrer, die an Schultypen beschäftigt waren, wo die dafür ausgebildeten Lehrer eine geringere Stundenverpflichtung hatten, vor Verwaltungsgerichten versucht, eine Herabsetzung ihrer Pflichtstundenzahl durchzusetzen. Sie sind damit allerdings gescheitert. So ging der jetzt mit Unterstützung der GEW klagende Lehrer einen anderen Weg. Er klagte nicht auf Herabsetzung seiner Stundenzahl, sondern lediglich darauf, daß eine Verordnung des niedersächsischen Kultusministers aufgehoben wird, in der es heißt: „Für Lehrkräfte an Orientierungsstufen gelten die Regelstundenzahlen der Schulform, für die die Lehrkraft die Lehrbefähigung hat“. Weiterhin erkannte der Lehrer ausdrücklich an, „daß aufgrund der durch Laufbahnprüfung erworbenen unterschiedlichen Qualifikation der Lehrkräfte ein Bedürfnis nach ungleicher Behandlung bestehe. Dem werde aber bereits durch die unterschiedliche Besoldung Rechnung getragen. Eine weitere, arbeitszeitbezogene Differenzierung sei nicht zu rechtfertigen“. Immerhin wird hier von der Gewerkschaft (als Vertreterin des

Klägers) das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit über Bord geworfen.

Kürzere oder längere Arbeitszeit?

Die GEW-Führung sah in dem Urteil eine Unterstützung für die Forderungen der Lehrerschaft und stellte Spekulationen darüber an, wieviel jetzt der Dienstherren die Stundenzahl der Lehrer an Orientierungsstufen absenken müsse. Den Reigen eröffnete der niedersächsische GEW-Vorsitzende Galas, der in einer ersten Stellungnahme feststellte: „Da die Landesregierung die Studienräte und Real-schullehrer schlecht zu Mehrarbeit und einer höheren Pflichtstundenzahl verpflichten könne, werde sie die Arbeitszeit der Hauptschullehrer an Orientierungsstufen senken müssen“ („Neue Deutsche Schule“, 18/79). Wenn es für keine Lehrergruppe Mehrarbeit geben soll, so wäre danach nur eine Stundenzahl von 23 Stunden möglich (das ist die bisherige Verpflichtung der Gymnasiallehrer). Kurz danach lieferte Galas dann allerdings eine zweite Version: „Galas betonte, daß die unverzüglich notwendig werdende Neu-regelung der Arbeitszeit der Lehrer an Orientierungsstufen, die sich an der einheitlichen Regelstundenzahl für die integrierte Gesamtschule (24 Wochenstunden) orientieren müsse...“ („E&W-Niedersachsen“, 9/79). Vorsichtiger drückte sich

der Leiter des Referates A der GEW-Bund, Dieter Wunder, aus: „Wenn Hauptschullehrer an einer Orientierungs- oder Förderstufe nicht mehr 28, sondern 26, 25 oder weniger Stunden zu unterrichten haben ...“ („E&W“, 10/79).

Interessant ist nun, daß all diese Spekulationen durch das Gerichtsurteil nicht abgedeckt sind. Dort heißt es recht nüchtern: „Es ist möglich, daß der Antragsteller durch eine Neu-regelung keine Vorteile erlangen würde; möglich ist auch, daß er begünstigt oder schlechter gestellt würde“. Und eine andere Passage des Urteils scheint schon im Hinblick auf etwaige Klagen von an die Orientierungsstufe abgeordneten Gymnasiallehrern geschrieben zu sein, die jetzt mit einer Arbeitszeitverlängerung rechnen müssen: „Muß ein Lehrer den Einsatzort wechseln, so kann er sich dagegen mit Erfolg wehren, wenn der neue Einsatzort seiner Lehrbefähigung nicht entspricht. Er kann sich dagegen aber nicht mit Erfolg wehren, wenn die an g e m e s s e n e Regel-stundenzahl für den neuen Einsatzort höher ist als diejenige für seinen bisherigen Einsatzort. Denn es verstieße gegen die Pflicht des Beamten zur vollen Hingabe an den Beruf“.

Auswirkungen für alle Lehrer?

Niedersachsens GEW-Vorsitzender Galas hatte erklärt, daß eine Senkung der Stundenzahl für Hauptschullehrer

an Orientierungsstufen „nicht ohne Konsequenzen für die anderen Schulförmen bleiben dürfe. Insbesondere sei es undenkbar, daß die Arbeitszeit an den Grund- und Hauptschulen unverändert bliebe“ („E&W-Niedersachsen“, 9/79). Auch Dieter Wunder hatte festgestellt, daß es bei Stunden-senkungen an der Orientierungsstufe „undenkbar erscheine, daß Hauptschullehrer in den schwierigen Klassen 7 bis 9 in den Hauptschulen weiterhin zu 28 Stunden verpflichtet bleiben“ („E&W“, 10/79).

Was für Galas und Wunder undenkbar ist, wird vom Obergerichtsgericht ausdrücklich festgehalten: „Kein sachlich vernünftiger Grund ist darin zu sehen, daß (...) die Orientierungsstufe aus Gerechtigkeitsgründen mit der Hauptschule verglichen werden müsse...“ Dieser Gesichtspunkt greift nicht durch, weil er in unzulässiger Weise das allgemeine Problem, Regellehrverpflichtungen für Lehrer hier der Hauptschullehrer — festzu-legen, mit dem Problem der Gleichbehandlung der an der Orientierungsstufe tätigen Lehrer vermischt“. Was an dem Urteil also bleibt, ist, daß es „Leben in die Arbeitszeitdiskussion bringt“ (Galas). Zumindest hat es heute schon bewirkt, daß die GEW-Führer auch öffentlich die Schlechterstellung eines Teils der Mitglieder in Kauf nehmen.

Ein Hamburger Lehrer-genosse

Arbeitsniederlegung in Hessen, Niedersachsen und Hamburg geplant

Am 14.11. werden die Ministerpräsidenten der Länder auf ihrer Sitzung in Celle erneut über eine Angleichung der Arbeitszeiten für Lehrer beraten. Um hier die Forderungen der GEW nach einer Senkung der Pflichtstundenzahl für alle Lehrer um eine Stunde und eine Höchstunterrichtszeit von 25 Wochenstunden zu unterstreichen, plant die GEW für den 13.11. einen Aktionstag. In Hessen, Niedersachsen und Hamburg wird für diesen Tag zu einer zweistündigen Arbeitsniederlegung der Lehrer mobilisiert. Nachfolgend ein Überblick über den Stand der Vorbereitungen.

Hessen. Am 12.9. trafen sich GEW-Vertreter aller hessischen Schulen zu einer landesweiten Schulobleuteversammlung in Gießen, die einen Überblick über die Kampfbereitschaft der hessischen Lehrer erstellen sollte. Während in den größeren Städten eine relativ große Streikbereitschaft vorhanden ist, ist auf dem Land noch einiges an Mobilisierung nachzuholen. So sprachen sich auf der Versammlung zwei Kreisverbände (Limburg

und Rheingau) mehrheitlich gegen eine Arbeitsniederlegung aus. Die Versammlung verabschiedete eine Resolution, in der es heißt: „Die GEW-Vertrauensleute der hessischen Schulen erklären, daß sie ein eindeutiges Verhandlungsangebot der Hessischen Landesregierung und konkrete Ergebnisse erster Verhandlungen bis Ende Oktober erwarten, falls die Landesregierung daran interessiert ist, eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zu vermeiden. Sollten verbindliche Zusicherungen zur Verwirklichung der GEW-Mindestforderung zur Arbeitszeit bis dahin nicht vorliegen, so wird eine erste – zunächst zweistündige – Arbeitsniederlegung von Lehrern in Hessen unvermeidlich.“ Wenige Tage später schickte der Landesvorstand einen Brief an alle Mitglieder, in dem schon wieder einige Hintertürchen aufgestoßen werden. So heißt es in dem Brief: „Noch immer gibt es keine konkreten Angebote, jedoch wächst bei den politisch Verantwortlichen die Einsicht, daß Verhandlungen mit der GEW aufgenommen werden müssen. Mit einem

solchen Einstieg in Verhandlungen über die Arbeitszeit der Lehrer befinden wir uns in einer entscheidenden Phase auf dem Weg zur Arbeitszeitverkürzung.“ Und so kann es noch zu einem Streitpunkt werden, ob etwaige Ergebnisse der am 18.10. stattfindenden Verhandlungen zwischen dem Kultusminister und der GEW eine Aussetzung der Kampfmaßnahmen rechtfertigen. Darüber wird der Landesvorstand nach den Verhandlungen beraten. Auch wenn er an der Arbeitsniederlegung festhält, könnte der Beschluß noch vom Hessischen Hauptausschuß (Gremium der Kreisvorsitzenden) gekippt werden.

Gegenwärtig läuft an den Schulen die Unterschriftensammlung, mit der die Lehrer eine Beteiligung an der Aktion zusichern. Ein Quorum von 5 000 Unterschriften wurde festgelegt. Ob die Arbeitsniederlegung landesweit oder nur schwerpunktmäßig durchgeführt wird, soll nach der Auswertung der Unterschriftensammlung durch den Hauptausschuß entschieden werden.

Niedersachsen. Auch in Niedersachsen wurde Anfang Oktober eine Unterschriftensammlung zur Beteiligung an einer zweistündigen Arbeitsniederlegung eingeleitet. Hier hat sich der Vorstand ein Limit von 5 000 Unterschriften gesetzt. Der zu unterschreibende Text lautet: „Mit meiner Unterschrift erkläre ich mich bereit, zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen am 13. November 1979 für zwei Stunden die Arbeit niederzulegen. Die kurzfristige Arbeitsniederlegung betrachte ich als legitimen demonstrativen Akt, um die Öffentlichkeit auf die Forderungen der GEW zur Neuordnung und Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrer hinzuweisen.“

Die Mobilisierung läuft jedoch nur schleppend an. So wurde versucht, die Mitglieder der Landesvertreterversammlung als Erstunterzeichner zu gewinnen. Nur 40% von ihnen unterschrieben in der vorgesehenen Frist. Außerdem haben eine ganze Reihe von Kreisvorständen die Unterschriftenliste immer noch nicht an die Schulen weitergeleitet. Ohne Druck

dürfte so eine Niederlage organisiert werden.

Für den 14.11. plant die GEW in Celle eine Demonstration der niedersächsischen Lehrer.

Hamburg. Hier will der Landesvorstand die zweistündige Arbeitsniederlegung nicht ohne eine vorherige Urabstimmung unter allen GEW-Mitgliedern durchführen. Ein gegenständlicher Beschluß der Vertrauensleute war noch vor den Sommerferien vom Landesvorstand gekippt worden. Das Ziel ist hoch gesteckt: Bei einer Urabstimmung ist eine Zustimmung von 75% erforderlich, während man sich in Hessen nur ein Quorum von 20% und in Niedersachsen von 15% der Mitglieder gesetzt hat (Hessen hat ca. 25 000 GEW-Mitglieder; Niedersachsen ca. 32 000; Hamburg ca. 10 000).

Eine endgültige Beschlußfassung wird auf der Vertrauensleuteversammlung am 1.11. erfolgen.

Lehrergruppe, KB/Gruppe HH



6.000 Lehrer demonstrierten am Donnerstag, den 11.10. im Anschluß an Personalversammlungen aller Schularten für die 40-Stunden-Woche für Lehrer. Dies war der Auftakt für eine Reihe von Kampfmaßnahmen, mit denen die GEW die Arbeitszeitverkürzung erzwingen will. Als nächster Schritt ist eine zweistündige Arbeitsniederlegung im November geplant.

ausländische Arbeiter in der BRD

Kurzmeldungen

Asylanträge türkischer Faschisten

Immer mehr Fälle deuten daraufhin, daß in der Türkei steckbrieflich gesuchte Faschisten systematisch in die BRD einsickern und als Anlaufstelle die örtlichen „Idealisten Vereine“, der faschistischen Türk-Föderation (MHP – Tarnorganisation in der BRD) als Unterschlupf benutzen. Von hier aus werden ihnen Anwälte vermittelt, die Asylanträge stellen. Die Polizei in Hannover registrierte allein 1978 innerhalb weniger Monate 150 Personen, die Asylanträge stellten.

Am 16.11.78 veröffentlichte die türkische Tageszeitung „Cumhuriyet“ den Asylantrag eines Mitglieds des „Türk-Kommandos“. So beantragten mit Schreiben vom 17.7.1978 die Rechtsanwälte Bernhard Seiler, E. Krauthausen, Gerichtsstr. 20, 4720 Beckum beim Ausländeramt Kreis Warendorf für den Faschisten Mahzar Ayyaz, Harkost.13 bei Akif Akyar, 4730 Ahlen, geb. 10.10.1951 in Usak/Türkei politisches Asyl.

Begründung: „Unser Mandant gibt an, er sei aktives Mitglied des rechtsextremen „Türk-Kommando“. Er würde mit seiner politischen Auffassung in der Türkei nicht hinter dem Berg halten. Deswegen sei es schon des öfteren zu blutigen Schlägereien mit Anhängern der Ecevit-Partei (sozialdemokratische Regierungspartei) gekommen. Zuletzt habe man ihm unter Androhung von Gefahr für Leib und Leben dazu aufgefordert, seine politische Tätigkeit (Anm. Red. militanter Terror) auf der Rechten zu beenden...“

Besonders interessant ist dieser Antrag, weil hier der direkte Zusammen-

hang zu Türkeis und die Mitgliedschaft bei den „Grauen Wölfen“ zugegeben wird. Wie dieser Antrag beschieden wurde, wäre von größtem Interesse. Einen weiteren uns bekannten Asylantrag für einen türkischen Faschisten stellten die Rechtsanwälte Armin Seel und Henning Henrich, Ringstr.2, 6334 Asslar für Cosskun Nurettin, Steinbornstraße, 6320 Alsfeld.

Begründung: „Der Antragsteller ist am 5.11.78 in die BRD eingereist, ohne allerdings eine Aufenthaltserlaubnis zu besitzen. Der Antragsteller trägt vor, in seiner Heimat im erheblichem Umfang der politischen Verfolgung ausgesetzt zu sein...“, da er „in seiner Heimat der Nationalen Bewegungspartei angehöre“ (MHP). Was für Anwälte sind das, wer kann Hinweise geben?

Kein Asyl für türkische Faschisten in der BRD und auch nicht anderswo!

Türkische Regierung verlangt Auslieferung

Wie die türkische Tageszeitung in Europa „Aydinlik“ mit Schreiben vom 9.11.78 mitteilte, soll sich der türkische Faschist und Massenmörder Enver Tortas in der BRD aufhalten und politisches Asyl beantragt haben. Enver Tortas „hat am 16. März dieses Jahres auf eine Gruppe Studenten vor der Universität in Istanbul eine Bombe geworfen und dabei sieben junge Studenten ermordet“. Das türkische Innenministerium hat am 6.11.78 in einer Pressekonferenz von der Bundesregierung in Bonn die Auslieferung verlangt.

Als Vermittler von Anwälten für Enver Tortas hat sich Ahmet Cemal

Tabanci aus Offenbach, Mittelsestr. 14 betätigt, der ein „bekannter MHP-Chef in der Umgebung“ ist und unter der oben angegebenen Adresse ein Import-Export-Geschäft besitzt. Das Anwaltsbüro, das den Asylantrag von Tortas stellte, hat folgende Adresse: Wilhelm Kleber, Hans Wipplinger, Herrmann Lorenz, Beethovenstr. 15; Kaiserslautern

Türkischer Kollege von Polizei mißhandelt

Wanne Eickel: Ein Westdeutscher beschimpft den türkischen Kollegen Mehmet Yildiz und wirft ihm vor, nachts die Tür des Wohnhauses nicht abgeschlossen zu haben. Yildiz wird zusammengeschlagen und dabei wird ihm das Nasenbein zertrümmert. Die alarmierte Polizei verweigert einen sofortigen Transport ins Krankenhaus und zerrt Yildiz, nachdem ein zweiter Peterwagen gerufen wurde, mit Gewalt in den Streifenwagen. Hier erhält Yildiz mit dem Gummiknüppel zwei Schläge in den Nacken, weil er eine Uniform blutig gemacht hätte. Mit den Worten: „Hier bist Du nicht in der Türkei, sondern in Deutschland, hier geht es anders zu“, wird er in die Wache geschleppt und durch Tritte in den Rücken weiter mißhandelt. Erst nach Feststellung der Personalien wird er ins Krankenhaus gebracht. Dabei stellen die behandelnden Ärzte eine Gehirnerschütterung, komplizierten Nasenbruch, der operiert werden muß, Schnittverletzungen an der rechten Hand, Blutergerisse und Prellungen an Hals und im Nacken, die nach Auskunft der Ärzte von Schlägen mit dem Schlagstock herrühren, fest. Spätfolgen

der Verletzungen seien nicht ausgeschlossen. Der Bericht der Polizei leugnet natürlich jedes schuldhaftes Verhalten der Beamten: „Der Türke ist von keinem Beamten angefaßt, geschweige denn geschlagen worden und schon gar nicht mit dem Schlagstock. Verletzungen habe man nur im Gesicht festgestellt“. Yildiz hat Anzeige wegen Körperverletzung gestellt. (alle Informationen „WAZ“, 18.7.79).

„Graue Wölfe“ gegen türkische Frauen

„In der Nacht vom 4. zum 5. Juli wurde die Fensterscheibe des Treff- und Informationsortes für türkische Frauen in der Lausitzerstraße in Berlin-Kreuzberg eingeworfen“ („Courage“, September 79). Täter sollen Jugendliche des „Türkischen Idealistenverbandes“ (Wienerstraße) sein, die den Frauentreff jetzt regelmäßig beobachten, Mitarbeiterinnen bis zur U-Bahn verfolgen und „reges“ Interesse an den Deutsch-Kursen zeigen.

„In der Nacht zum 1. August schließlich bemalten sie den Rolladen des Ladens mit den Initialen der faschistischen türkischen MHP“ („Courage“, Cornelia Mansfeld).

Belästigungen weit schlimmeren Ausmaßes mußte Zehra A. (Mitglied der HDF, soz.dem.Org.) über sich ergehen lassen. Am Abend des 2. August kam es im Hausflur ihrer Wohnung in der Kreuzberger Nauynstraße zu Auseinandersetzungen mit ihrem Nachbarn, Kamil Kuzu (Mitglied des MSP). „Du stinkst wie eine deutsche Frau! Du bist keine Türkin mehr! Du schickst Deine Kinder nicht in die

Koranschule! Du trägst kein Kopftuch. Ich werde Dich umbringen, wenn Du Dich weiter so anziehst und Deine Kinder nicht in die Moschee schickst!“ (nach „TAZ“ vom 27.8.1979).

Mit diesen Worten stellte sich der Faschist Zehra in den Weg, als diese ihre Freundin Gül Türkan zur Tür bringt. „Als ihr Nachbar sie als Nutte beschimpft, wird Zehra heftiger und gibt ihm zurück: „Paß Du auf Deine eigene Frau auf!“ Der Nachbar schlägt zu, aufs Auge, den Arm, wirft Zehra zu Boden und tritt ihr mit den Füßen in den Bauch. Eine Freundin kann die Polizei benachrichtigen. Zehra wird ins Krankenhaus gebracht, geht gegen ärztlichen Rat nach Haus, weil sie ihre Kinder nicht allein lassen will. Zwei Tage später hat Zehra eine Fehlgeburt“ („TAZ“).

Selbst nach längerem Krankenhausaufenthalt findet die Belästigung jedoch kein Ende. Der Nachbar und seine MSP-Helfer, gegen die sie eine Anzeige gestellt hat, bedrohen sie im Haus, auf der Straße, lassen die Klingel nicht zur Ruhe kommen und drohen telefonisch sogar mit Mord: „Wenn Du die Anzeige nicht zurückziehst, bringen wir Dich um!“

Zehra, die nach Mißhandlungen seitens ihres Ehemannes schon einmal ins Frauenhaus floh, lebt jetzt mit drei Kindern allein. Arbeitslosigkeit und ablaufende Aufenthaltserlaubnis sind weitere Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat. Trotz der täglichen Bedrohung resigniert Zehra jedoch nicht, sondern will bis zum Prozeß durchhalten und die Öffentlichkeit über das Treiben der Faschisten informieren.

Solidarität mit Zehra

Türkei-Kommission Westberlin

Vom 1. bis 6. Oktober fand in Westberlin die 4. Sommeruniversität der Frauen unter dem Thema „Autonomie oder Institution – über die Leidenschaft und Macht von Frauen“ statt. Ca. 5000 Frauen aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin nahmen die Gelegenheit wahr, in insgesamt 90 Veranstaltungen eine Vielzahl von Themen der Frauenbewegung zu diskutieren. Die Palette der Themen reichte von „Frauen, wie Freud sie sah“, „Frauen in linken Organisationen“, „Frauen im Gesundheitswesen“ bis zu „Frauen in Indien, Afrika“ und vielen Kulturveranstaltungen.

Weiterer Schwerpunkt der Sommeruni war die Situation der Lesben. Eine Konsequenz aus dieser Diskussion war die Bildung eines Lesbenblocks auf der § 218-Demo. Begründet wurde dieser Schritt u.a. damit, daß sie einerseits ihre Solidarität mit heterosexuellen Frauen am Punkt der Abtreibung, andererseits ihre eigene Unterdrückung an der Frage des Selbstbestimmungsrechts dokumentieren wollten. D.h., daß Verhütung und Abtreibung für Lesben zwar keine Probleme sind, daß ihnen aber die Entscheidung für ein Kind bzw. die Arbeit mit Kindern verweigert wird.

Mit dem Thema „Frauen in Institutionen“ und „Frauenprojekte als Alternative zu Institutionen“ beschäftigten sich u.a. Beiträge zu: Sexismus und Mädchengruppen an Schulen, Arbeitsschutz, „Frauensekretariat“ an der FU, Krankenhaus, (unbezahlter) Beratungsarbeit, Frauenhaus, alternative Bildungs- und Forschungsarbeit.

Auch der Senator für Wissenschaft und Forschung, Herr Glotz, leistete einen „Beitrag“ zur Frage Autonomie und Institution: Auf ihren Antrag auf Bezuschussung hatten die Frauen der Vorbereitungsgruppe in den ersten Tagen der Sommeruni immer noch keine Antwort. Erst nachdem auf einem Plenum beschlossen wurde, die geplante § 218-Demo mit einem Besuch bei Glotz zu beenden, war plötzlich Geld da. Zur Summe – 15.000 DM (60.000 DM waren gefordert worden) – konnten die Frauen nur feststellen, daß eine Menge unbezahlter Arbeit geleistet worden war (das „Frauenforum“ im Revier hatte 40.000 DM erhalten).

Das „Westberliner Komitee für die Rechte der Frau“, Frauen der TLD (Trotzkisten) und der „Demokratische Frauenbund“ wurden von der Vorbereitungsgruppe ausgeschlossen (ein Beitrag der SFBW mit einem Thema zu Lesben wurde schließlich doch noch zugelassen). Während der Eingangsveranstaltung und auf den Plenumsdiskussionen wurde eine Dis-Thema zu Lesben wurde schließlich doch noch zugelassen). Während der Eingangsveranstaltung und auf den Plenumsdiskussionen wurde eine Diskussion darüber mit dem Hinweis, daß diese Frauen parteigebunden (SEW) seien und der Frauenfrage eine untergeordnete Stellung einräumen würden, abgeblockt, obwohl zu erkennen war, daß sehr viele Frauen mit diesem undemokratischen Verhalten nicht einverstanden waren.

Zur Bundestagswahl

Ein erster Schritt zur Bundestagswahl war die Resolution zum SPD-Parteivorstandsbeschuß zur Kern-

4. Frauen-Sommeruniversität in Westberlin



energie (grünes Licht für weitere AKWs, ohne daß „Entsorgung“ geklärt ist). Die von Alice Schwarzer eingebrachte Resolution enthielt einen Appell an die SPD-Basis, sich mit aller Entschiedenheit gegen den Vorstand zu richten und zugleich die Erklärung, daß bei Durchsetzung des Beschlusses die SPD für Frauen endgültig nicht mehr wählbar sei. Nach einigen Umänderungen (kritisiert wurde, daß der Entwurf zu sehr Bittsteller-Charakter trüge) wurde die Resolution angenommen.

Plenumsdiskussion über die Frauenbewegung

Plenumsdiskussion über die Frauenbewegung

Eingeleitet wurde die Diskussion mit der Feststellung einer Frau aus Göttingen, daß die Frauenzentren überall recht leer seien, so daß der Eindruck entstände, die Frauenbewegung stagniere. Dieser würde noch durch die schwache Beteiligung an der zentralen §-218-Demo verstärkt. Eine Erklärung dafür sei eventuell, daß viele Frauen begonnen hätten, in Institutionen und Projekten eine Frauenarbeit zu entwickeln und daß diese Arbeit erstmal unsichtbarer sei. Die Frage sei jedoch, wie neue Frauen

zu erreichen seien, bzw. diese sich der Frauenbewegung anschließen könnten, und welchen Beitrag die Frauenprojekte dazu leisten würden. Im Anschluß daran wurde die Frage gestellt, ob Frauenarbeit verstärkt institutionalisiert und dadurch eventuell verfälscht würde. Der Einschätzung, daß die Frauenbewegung eher zur Frauenprojektbewegung geworden sei, wurde in der Plenumsdiskussion nicht widersprochen. Dabei sahen die Frauen der Vorbereitungsgruppe auch die Tendenz, „Autonomieansprüche“ fallenzulassen und sich mit „Reformchen“ zu begnügen, d.h. die Gefahr, daß die Frauenbewegung angesichts der „starken Realität“ sich mit „Reformchen“ zu begnügen, d.h. die Gefahr, daß die Frauenbewegung angesichts der „starken Realität“ nur den Rückzug als Strategie anzubieten habe oder sich integrieren lasse. Als Beispiel wurde die Forderung nach Lohn für Hausarbeit benannt. Eine Frau des FFBIZ (Frauenforschungszentrum und Bildungszentrum) -Projekts meinte dazu, daß es erstmal gut sei, daß Frauen aus vielen Projekten, deren Arbeit zur unbezahlten bzw. schlecht bezahlten Sozialarbeit geworden sei, gerade jetzt beginnen, für ihre Arbeit Geld und Anerkennung zu fordern, und daß daraus eine Kritik an den bestehenden Instituti-

onen werden könnte. Vielfach bestünden eher Berührungspunkte gegenüber Institutionen. Die einzelnen Projekte kapselten sich allerdings zu sehr gegeneinander und auch vor der Umwelt ab. Daher wurde der Vorschlag gemacht, eine Dokumentation aller existierenden Frauenprojekte zu erstellen.

Eine andere Frau brachte den Aspekt in die Diskussion, daß die Frauenbewegung den gesellschaftlichen Druck mit der Alternativbewegung teile und ihr ebenso wie dieser drohe, ins Ghetto geschoben zu werden. Der Unterschied sei jedoch, daß Frauen erkannt hätten, daß das Private politisch ist und von daher ganz andere Möglichkeiten und Ansatzpunkte hätten. Es gelte nun, die Frauenbewegung zur Ökologiebewegung und die Ökologiebewegung zur Frauenbewegung zu machen.

Andere Redebeiträge setzten sich dafür ein, angesichts der Kanzlerkandidatur von Strauß und einer zunehmenden Umweltgefährdung verstärkt sich für die Bundestagswahlen etwas zu überlegen. Als Sammelstelle für Stellungnahmen und gleichzeitig als

Diskussionsforum zur Bundestagswahl wurde „Emma“ bestimmt.

„Frauen in linken, alternativen Initiativen“

Anfänglich berichteten die Frauen aus der AL über ihre Arbeit sowie über die dabei aufgetretenen Schwierigkeiten. Von 66 eingeschriebenen Mitgliedern in diesem Bereich arbeiteten 10 Frauen kontinuierlich.

Als sie ihre Arbeit begannen, hatten sie ihren inhaltlichen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung in der AL um ihre Positionen gelegt. Dabei dachten sie, daß es schwierig würde, die Forderung nach 53% aller Kandidaten als Frauen durchzusetzen. Doch dies erwies sich als relativ einfach. In der Folgezeit waren sie damit beschäftigt, ihren Teil des Programms zu erarbeiten. Als sie dies beendet hatten, standen sie vor der Schwierigkeit, an welchen Punkten sie weiterarbeiten sollten.

Inzwischen stellte sich noch etwas anderes ein. Es wurde zwar die 53% Klausel verabschiedet, aber es fanden sich nicht genügend Frauen, die Kandidatinnen werden wollten, sodaß heute defacto „nur“ 30% der Kandidaten Frauen sind. An welchen Punkten sie heute ihre Arbeit machen, wurde nicht klar. Zu diesem Punkt soll für Westberliner Frauen in 3 – 4 Wochen noch einmal eine Diskussion stattfinden.

Dann ging es in der Diskussion hauptsächlich darum, ob Frauen überhaupt in solchen Bündnissen wie AL mitarbeiten sollten. Eine Minderheitsmeinung, hauptsächlich durch eine Frau vertreten, sagte, daß die bunten, alternativen Gruppen doch nur von linken Gruppen (der KB wurde immer wieder genannt) entwickelt und vorangetrieben würden. Die Frauen würden dann von ihnen funktionalisiert. Diese Position setzte sich aber keineswegs durch. Außer KB-Frauen stellten auch viele andere Frauen fest, daß sie sich nicht funktionalisieren lassen würden. Außerdem empfinden sie es langsam als Hirngespinnst, immer von den K-Gruppen-Funktionalisierern zu reden. Es wurde sich nicht gegen deren Mitarbeit ausgesprochen, wobei noch einmal festgestellt wurde, daß diese sich in einem Bündnis selbstverständlich an dessen Grundlage halten müßten. Viel entscheidender seien doch die neuen Möglichkeiten, die durch eine Arbeit in einem solchen Bündnis vorhanden seien. So wurden plötzlich Aktionen von Frauen, Interviews usw. gemacht bzw. darüber berichtet in ganz stinknormalen bürgerlichen Zeitungen. Diese Möglichkeit existiert als Frauengruppe xy nicht. In Bezirken, in denen die AL bzw. andere bunte, alternative Gruppen vertreten sind, können Anfragen in der Bezirksverwaltung die AL bzw. andere bunte, alternative Gruppen vertreten sind, können Anfragen in der Bezirksverordnetenversammlung gestellt werden, die wiederum in Presse und Rundfunk gelangen. Als Beispiel wurde eine Anfrage der AL zum überfüllten Frauenhaus in Westberlin genannt.

Nach der Diskussion stellte sich heraus, daß sich eine ganze Reihe von Frauen für eine Arbeit in einem solchen Bündnis interessieren.

In Westberlin soll deshalb ein weiteres Treffen stattfinden. Insgesamt eine gelungene Veranstaltung!

Bericht aus Westberlin

Leserinnenbrief zu AK 163 „Frauenkongreß in Köln gegen Atom und Militär“

Kongreß „Frauen gegen Erwerbslosigkeit“ geplant

„Die Problematik der Frauenerwerbslosigkeit wird in den Massenmedien verharmlost. Wir sind nicht bereit, das weiter hinzunehmen. Wir wollen uns informieren, um unser Frauen selbstbestimmen zu können. Wir wollen der Öffentlichkeit zeigen, wo die Frau heute steht und was sie in Zukunft zu erwarten hat“. Deshalb rufen Jusos (AKE Westberlin), AsF (Schöneberg), die Beratungsgruppe für arbeitslose Frauen, Frauentreff e.V., HU (Landesverband WB), der Sozialistische Frauenbund Westberlin sowie ein Arbeitskreis der ÖTV gemeinsam zu einem KONGRESS „FRAUEN GEGEN FRAUENERWERBSLOSIGKEIT“ auf, als „Versuch, eine breite Masse von Frauen zu erreichen, um in gemeinsamen Diskussionen nach brauchbaren Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Wir fordern Euch auf mitzuarbeiten, damit wir das Ziel einer humaneren Frauenpolitik erreichen“.

Folgende Arbeitsgruppen sind angekündigt:

- Psychische Auswirkungen der Frauenerwerbslosigkeit
- Bildung und Ausbildung
- Heim- und Herdideologie
- Gewerkschaftliche Frauenpolitik

- gegen Frauenerwerbslosigkeit
- Teilzeitarbeit
- Frauenrenten
- Anti-Diskriminierungsgesetz
- Ursachen und Entwicklungstendenzen der Frauenerwerbslosigkeit
- Beratungsgruppe „Frauen gegen Frauenerwerbslosigkeit“

PROGRAMM

- 27.10., 13h: Eröffnung
- 14h: Beginn der Arbeitsgruppen
- 20h: Frauenfest
- 28.10., 11h: Bericht der AGs und Diskussion
- ca. 17h: Ende

Alles findet statt im „Nachbarschaftsheim Kreuzberg“, Urbanstraße 24, 1 WB 61 (Unkostenbeitrag DM 5,-)

KONTAKTADRESSEN:

- Anna Abel, Fontanepromenade 10, 1/61 T: 691 17 18 (Vorw.: o3o)
- Romy Hartmann-Biehler, Koburger Str. 14, 1/62 T: 782 57 20 (Vorw.: o3o)

(alle Angaben, Zitate usw. aus einer Broschüre der Veranstalterinnen)

NRW-Frauenkommission

Liebe AG Frauen! Ihr schreibt, daß sich die „Emma“ – trotz Einladung – der Auseinandersetzung leider nicht direkt stellen konnte ... trotzdem sind Alice's „heiße“ Thesen doch nicht unter den Tisch gefallen:

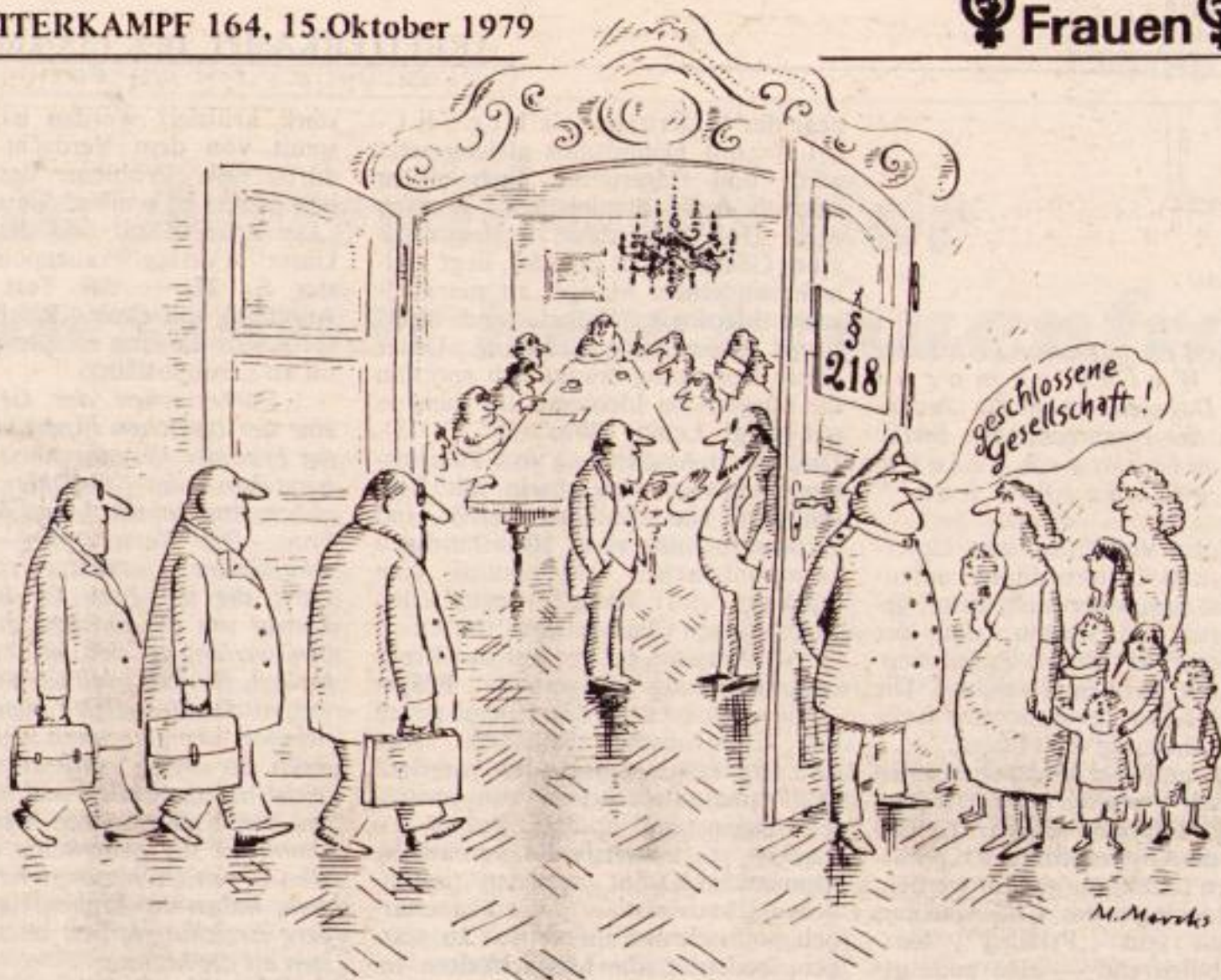
„Wir verweigern alles, was mit Krieg zu tun hat. Wir richten uns gegen alle dem Militär dienlichen Dienste, seien sie freiwillig oder zwangsweise. Wir wenden uns gegen die Erziehung zu militärischem Denken in der Schule, oder mit Kriegsspielzeug. Wir sind nicht der Meinung wie Alice Schwarzer, die die Frauen aus diesem wichtigen gesellschaftlichen Bereich des Militärs nicht raushalten will. Alice vertritt nicht die Meinung der gesamten Frauenbewegung“. Diese sehr wichtige Resolution (zitiert nach „taz“, 18.9.) wurde auf dem Abschluß-Plenum mit überwältigender Mehrheit angenommen (bei noch ca. 400 Anwesenden gab's nur je fünf Gegenstimmen bzw. Enthaltungen). Es ist doch schon ein kleiner Unterschied, ob der KB und die Redaktionskollektive vom „discofo“ bzw. „Courage“ jene breit vermarktete „Eman-

zipations“-Demagogie zurückweisen – oder ob wie hier zum erstenmal geschehen) ein Kongreß der Frauenbewegung so eindeutig Stellung bezieht. M.E. sollten wir mit diesem Text weiter arbeiten, d.h.: wo immer in Frauengruppen o.ä. über

das Thema diskutiert wird, die Resolution zur Abstimmung stellen und das Ergebnis publizieren (z.B. im AK oder in der „Courage“).

Eine Genossin der NRW-Frauenkommission





Abtreibungsprozeß in Bilbao (Spanien)

Am 26.10. soll in Bilbao ein Prozeß gegen 11 Frauen stattfinden, von denen 2 angeklagt sind, abgetrieben zu haben, und die übrigen 9, es versucht zu haben. Der Prozeß soll nicht nur mit juristischen Mitteln geführt werden, sondern ist von den Anwälten als Prozeß zur Öffentlichmachung der Forderung nach Straffreiheit für Abtreibungen geplant. Abtreibung wird in Spanien mit Strafen zwischen sechs Monaten und sechs Jahren bestraft.

Wir übersetzen im Folgenden einen Artikel der Journalistin Joaquina Prades, der in der bürgerlichen Tageszeitung „El País“ (3.10.79) erschienen ist:

„Die mit der Verteidigung beauftragten Rechtsanwälte werden den Antrag auf vollständigen Freispruch ihrer Mandantinnen stellen und zwar auf der Grundlage von drei Beweisführungen, die sie dem Richter vorlegen werden: sie werden als erstes fordern, daß die Abtreibung als Delikt aus dem Strafgesetzbuch verschwindet, weil der Staat die Familienplanung garantieren muß, indem er jedem Menschen alle wissenschaftlichen und technischen Mittel zur Verfügung stellt, die es heute gibt, darunter auch die freiwillige Unterbrechung einer Schwangerschaft.“

Die zweite These der Verteidigung betrifft direkt die persönliche Situation der angeklagten Frauen: „Die unauflösbare Notituation, in der sie sich befanden und die Bedrohung durch ein repressives Gesetz“. Diese Worte spielen auf eine fast verzweifelte finanzielle Situation an, auf die schlechte Gesundheit einiger dieser Frauen und in anderen Fällen auf sehr delicate persönliche Probleme. Die Mehrheit

der Frauen waren verheiratet und hatten mehrere Kinder, als sie beschlossen, abzutreiben. Nur zwei von ihnen waren ledig: eine im Zustand eines ‚zwangsweisen Ehebruchs‘, wegen der Nicht-Existenz eines Ehescheidungsgesetzes, da sie mit einem verheirateten Mann zusammenlebte, und die andere (minderjährig), deren Freund beim Militär war. Dieser Freund war anfangs erschrocken und wollte abtreiben lassen, aber in letzter Minute heiratete er die Frau und sie bekam das Kind. Trotzdem wird für diese Frau dieselbe Strafe für ihre Abtreibung gefordert, als ob sie die Straftat begangen hätte.

Einigen dieser Frauen wurden mehrmals die Verhütungsmittel verweigert, und, als es schon zu spät war, besuchten sie die Frau aus dem Stadtteil, von der die Leute sagten, sie würde mein Problem lösen. Dreitausend Peseten mehr oder weniger, einige Stunden und wieder rein ins Alltagsleben: Überleben mit dem Lohn des Ehemannes - alles Arbeiter aus der Industriezone von Basauri - die Kinder hüten und die Raten für die Wohnung und Möbel zahlen, wie auch immer.

Eines Tages, 1976, drei oder vier Jahre nach der Abtreibung erschien die Polizei bei ihnen zu Hause und sie wurden zur Polizeiwache gebracht. Niemand weiß so recht, nicht einmal die Anwälte, wie die Polizei auf diese Frauen gekommen ist. Offensichtlich hat jemand die Frau denunziert, die die Abtreibungen durchführte; diese könnte die Namen einiger von ihren Klientinnen weitergegeben haben, und so wurden neun von ihnen drei Tage lang eingesperrt. Der Staatsanwalt fordert 60 Jahre Gefängnis für die Frau, die angeblich die Schwanger-

schaftsabbrüche durchgeführt haben soll, und für ihre minderjährige Tochter, die nach Aussagen der Rechtsanwälte nichts weiter gemacht hat, als die Waschküchle zu halten und den Frauen Milch mit Aspirin zu geben, 55 Jahre Gefängnis - ein Jahr davon, weil sie selber abgetrieben haben soll.

Vor dem Richter wird am 26. auch ein Mann erscheinen, der eine der Frauen zur Abtreibung verleitet hat und ihr das Geld zur Verfügung gestellt hat.

Die dritte Säule der Verteidigung hat und ihr das Geld zur Verfügung gestellt hat.

Die dritte Säule der Verteidigung wird in dem bestehen, was die Anwälte als ‚die faktische Ungleichheit vor dem Gesetz‘ bezeichnen. Sie meinen, daß die Klassenherkunft bestimmt, was hinterher passiert.

Abtreibungen haben viele ökonomisch besser gestellte Frauen im Ausland machen lassen, ohne daß sie vor den Kadi gestellt wurden“ („El País“, 3.10.).

Wir sollten die Solidarität mit den angeklagten Frauen über die Frauenbewegung im Baskenland und in Spanien hinaus ausdehnen. Als Adresse, an die Solidaritäts- und Protestschreiben gerichtet werden können, geben wir die Anschrift der baskischen Organisation von MC („Movimiento Comunista“) an, deren Genossinnen an der öffentlichen Kampagne für die Freisprechung der angeklagten Frauen sehr intensiv beteiligt sind:

EMK, San Marcial; 2, 4º izq.
San Sebastian
Spanien

Spanien-Kommission

Der Kampf gegen den §218 geht weiter! Treffen aller §218-Gruppen

Am 9.-11. November findet in den Räumen des Frankfurter Frauengesundheitszentrums (Hamburger Allee 45) ein nationales Treffen der Beratungsgruppen aus den Frauenzentren statt. Schwerpunkte dieses Treffens stellen die Arbeit gegen den § 218 in den letzten Jahren und Möglichkeiten des politischen Widerstands gegen die momentan laufende, hauptsächlich von CDU/CSU und der katholischen Kirche getragenen Hetzkampagne gegen die Abtreibungspraxis dar.

Die Frankfurter und Neu-Isenburger Beratungsgruppen werden in den nächsten Tagen Fragebögen an alle zum §218 arbeitenden Frauengruppen schicken, mit Hilfe derer die jeweiligen Gruppen ihre bisherige Arbeit, Schwierigkeiten und Perspektiven darstellen sollen. Genau einen solchen Erfahrungsaustausch und die gemeinsame Entwicklung von politischen Perspektiven sollen

die Diskussionen in den Arbeitsgruppen zum Inhalt haben. Hier das (vorläufige) Programm:

- Anreise am Freitag, den 9.11. nachmittags Diskussion in Arbeitsgruppen zu u.a. folgenden Themen:
 - Erfahrungen mit dem „reformierten“ §218 seit 1975.
 - Was halten wir von der Bremer Abtreibungsklinik der Pro Familia?
 - Wie stehen wir zur Zusammenarbeit mit öffentlichen und kirchlichen Institutionen?
 - Politische Perspektiven.

Am Sonnabend soll um 14 Uhr eine Demonstration in Mainz, dem Bischofssitz, stattfinden, zu der alle Frauen (und Männer), die mit uns für die Abschaffung des § 218 kämpfen, kommen sollten.

Am Sonntagvormittag soll dann im Plenum weiterdiskutiert werden.

KB-Frauengruppe Frankfurt

Klerus will §218-Gegnerinnen kriminalisieren

„WIR SIND IN ÜBELSTERWEISE DURCH DEMONSTRANTEN DIFFAMIERT WORDEN“, so beginnt ein Offener Brief des Vorstandes der katholischen Frauengemeinschaft Essen, der gleich nach der erfolgreichen §218-Demonstration am 22.9. in Essen in der regionalen Presse erschien.

Die frommen Frauen fragen den Essener Oberbürgermeister, welche Maßnahmen er zu unternehmen gedenkt, „um den schweren Schaden, der in der öffentlichen Meinung durch die diffamierenden und beleidigenden Äußerungen bei der Frauendemonstration am 22. September in Wort und Bild entstanden“

seien, „wieder gutzumachen“. Es seien Parolen gerufen worden, die „eindeutig einen strafrechtlichen Tatbestand erfüllen“, wie z.B.: „Hätt Maria abgetrieben, wär' uns der Papst erspart geblieben“. Mit der Parole „Kinderzimmer, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert“, habe man „öffentlich die grundgesetzlich geschützte Institution der Ehe angegriffen“ („NRZ“, 27.9.79) und: „Die Essener Katholiken werden nicht untätig zusehen, wenn das Bewußtsein vom Wert des Lebens ungeborener Kinder gemindert wird“ („NRZ“, 28.9.79). Da steht uns wohl noch einiges bevor.

KB-Frauenkommission NRW

Frau wurde in Diskothek zusammengeschlagen

Am 12. Mai 79 fand in Hannover ein Frauenfest statt. Anschließend hatten noch ein paar Frauen Lust, in den „Musikpalast“ zu gehen. („Musikpalast“ ist eine der neuesten und größten Diskotheken der BRD). An der Tür wurden sie von den Türstehern recht unsaft rausgeschmissen mit dem Satz: „Solche Schlampe wie ihr haben hier nichts zu suchen“. Ein Stück von der Disco entfernt stellte eine Frau fest, daß ihre Jacke beim Rausschmeißen zerrissen worden war. Um Schadensersatz zu fordern machte sie kehrt zum „Musikpalast“. Die Türsteher schlugen daraufhin brutal auf sie ein und ließen erst von ihr ab, als die anderen Frauen dazukamen.

Die herangerufene Polizei nahm recht unfreundlich erst nach längerem Drängen den Vorfall zu Protokoll mit dem ermunternden Satz: „Jetzt geht erst mal nach Hause und schlaft Euch aus“. Frauengruppen in Hannover wurde dieser Vorfall erst vier Monate später bekannt. Auf Initiative einer Frauengruppe beschloß frau, gegen diese

Schweinerei direkt am „Musikpalast“ am 5. Oktober mit Flugblättern eine Aktion zu machen. Rund 30 Frauen aus verschiedenen Frauengruppen waren gekommen, um die Aktion zu unterstützen.

In dem Flugblatt und auch in Gesprächen wurde das gängige Frauenbild, wie es besonders in Diskotheken besteht, angegriffen. Das heißt: wenn frau nicht nach dem neuesten Modeschrei raffiniert gekleidet und geschminkt, sexy zum Abschleppen freigegeben, ist sie nicht erwünscht.

Auch diesmal gingen die Türsteher recht unsaft mit den Frauen um und drängten sie immer wieder vom Eingang weg. Aber nicht nur Frauen, sondern auch Ausländer werden ähnlich diskriminierend in Diskotheken behandelt. Jeder, der die künstlich aufgebaute Scheinwelt, voll Glitzer und Glimmer, stört, ist unerwünscht.

Frauen-AG Hannover

Überlegungen zum Kampf gegen den „männlichen Chauvinismus“

Die Artikel von Ha. und Kl. im AK 156 zogen eine Reihe empörter Leserbriefe nach sich, von denen eine Vielzahl Ha. und Kl. mit dem Vorwurf des Chauvinismus belegten.

Ul./Hamburg bescheinigt den Genossen „hiermit schriftlich“, „daß beide Göttinger Beiträge exemplarisch chauvinistisch und diskriminierend sind“; „das ist frauenfeindlich, das ist Chauvinismus, wie er im Buche steht. Das ist blindes Draufschlagen auf die Probleme unserer Genossinnen“. Ul. war im AK 157 „nicht bereit, den kleinsten Ansatz für eine vorantreibende Diskussion zu sehen“.

Auf der Frauenversammlung am 30.9. machte sie deutlich, wieso sie die Artikel der ZL gleichfalls nicht für vorantreibend hält: „Der Grauzonenartikel hat diffamatorisch-chauvinistische Tendenzen“ - hier würden „Anleihen beim Chauvinismus“ gemacht. Wesentliches Argument dafür war, daß der Grauzonen-Artikel den Feminismus als Fehlströmung hochspiele, um dann mit diesem Vorwurf auf die Frauenarbeit loszugehen.

Wir wollen in diesem Artikel uns auf Ul.'s These beschränken, die Artikel der ZL würden die Frauen schwächen und den männlichen Chauvinismus in der Organisation stärken. (Denn selbst, wenn man Motive und Mentalität der Artikelschreiber anzweifelt, ist es zunächst einmal die Aussage der Artikel, die zur Debatte steht!).

Ul. selbst leugnet nicht, daß es feministische Grauzonen im KB gibt (wie viele andere gleichfalls), sie selbst hat auch einen Kampf gegen diese Grauzonen (z. B. auf der ersten Frauenversammlung) aufgenommen. Sie betont allerdings, daß man diesen Kampf nur im Einzelnen/Konkreten führen müsse. Die ZL überbetone die Rolle des Feminismus in der Organisation, und das „wirke sich dann so aus, daß die ZL „auf die Frauen einschlage“.

Nun, selbst wenn es so wäre (was aber u. E. nicht belegt ist), daß der Feminismus überbetont wäre, und daher die Kritik am Feminismus im AK

überzogen wäre, warum stärkt das den Chauvinismus?

Der Begründungszusammenhang dafür wurde von Ul. auf der Frauenversammlung folgendermaßen entwickelt: „Der Chauvinismus ruft den Feminismus als Reaktion hervor, deshalb sind Chauvinismus und Feminismus als zwei entgegengesetzte Seiten einer dialektischen Einheit zu sehen“ (Hervorhebung von mir). Folgt man diesem Gedanken, so würde tatsächlich eine Auseinandersetzung mit dem Feminismus den Chauvinismus in der Organisation stärken - denn wenn man eine Seite (zweier sich wechselseitig bedingender Seiten) einer dialektischen Einheit bekämpft, stärkt das in der Tat die andere Seite. Vor diesem Hintergrund wäre auch die Einschätzung im LG-Mehrheitsartikel („Blinder Eifer schadet nur“, AK 161, S. 36) logisch, daß „schon die einseitige Konzentration auf die Frauen-„Problematik“ ausgereicht (hätte), um sämtlichen Chauvis im KB den Kamm schwellen zu lassen“.

Geht man also von dem Gedanken der dialektischen Einheit von Chauvinismus und Feminismus aus, könnte der Kampf gegen feministische Strömungen seitens der „Minderheitsfrauen“ nur dazu dienen, den männlichen Chauvinismus zu verteidigen. Konsequenz sind dann Positionen: „Ein Schuß mehr Feminismus tut uns sehr gut“ und „Wir können gar nicht genug Feminist:in sein“, wie es eine Metallgenossin am krasssten auf der Frauenversammlung ausdrückte. „Dialektik von Chauvinismus und Feminismus“ also als Hintergrund für die Einheit von Genossinnen, die die verschiedensten Standpunkte - auch zum Feminismus - auf der ersten Frauenversammlung hatten.

Ul. bezeichnete diese Einheit als Einheit in der Zurückweisung der Methoden der ZL und der Überinterpretation durch die ZL - sozusagen als eine Art „Einheitsfront gegen den Chauvinismus“.

Was ist Chauvinismus?

Im ursprünglichen Sinn des Wortes bezeichnet Chauvinismus die Ideologie der „Überlegenheit der eigenen Nation“ gegenüber anderen Nationen, die die kriegsführende Bourgeoisie eines Staates in das „eigene“ Volk und insbesondere die Arbeiterklasse hineintrug, um es gegen andere Nationen - und damit gegen andere Völker und die Arbeiterklasse anderer Länder - aufzuheizen und so eine Identifikation mit dem Krieg herzustellen. Dies geschah über die Parolen des „Patriotismus“, der „Vaterlandsverteidigung“ als scheinbar über die Klassenwidersprüche hinausgehende gemeinsame Interessen der ganzen „Volksgemeinschaft“.

Der „Duden“ sagt zum Chauvinismus schlicht „Kriegshetze“.

Lenin betonte, daß dies eine Ideologie sei, um das Proletariat „hinter Licht zu führen und seine Aufmerksamkeit abzulenken von dem einzigen wirklichen Befreiungskrieg, nämlich

Fortsetzung von Seite 19

vom Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie sowohl des „eigenen“ Landes als auch der „fremden“ Länder ...“. Er betonte, daß es „die Pflicht des klassenbewußten Proletariats (sei), seine Klasseneinheit, seinen Internationalismus, seine sozialistische Überzeugung gegen den zügellos wütenden Chauvinismus der „patriotischen“ Bourgeoisie in allen Ländern zu verteidigen“ (Lenin Werke, Band 21, S. 15).

Die Anwendung dieses Begriffs auf das Verhältnis von Mann und Frau ist m. E. noch jung — meines Wissens aufgebracht von amerikanischen Feministinnen, die von „male chauvinist pig“ (männliches chauvinistisches Schwein) sprachen.

Selbst die westdeutsche Feministin Janssen-Jurreit benutzt diesen Begriff („weiblicher Chauvinismus“) in ihrem Buch „Sexismus“ nur im Sinne der Kriegshetze (und zwar in Bezug auf die perversen Auswüchse, die der Chauvinismus in dem Gedankengut von „Frauenrechtlerinnen“ hervorbrachte, womit diese die Frauen an den Krieg banden). Im Sinne der amerikanischen Feministinnen hat ihn die westdeutsche feministische Bewegung erst seit einigen Jahren aufgenommen. Als „Modewort“ im KB ist unserer Erinnerung nach der Begriff erst seit dem Artikel von Siegfried Knittel im „Pflasterstrand“ (als Begriff des „Neochauvinismus“) aufgetaucht.

Wir haben die Ableitung des Begriffes von seinem „ursprünglichen“ Sinn nicht gebracht, um seine Nutzung im Sinne von „frauenfeindlich“ abzuschaffen. Den Begriff des „männlichen Chauvinismus“ wollen wir daher — unter modebewußter Berücksichtigung seiner heutigen Anwendung — analog der oben genannten Definition verstehen, als Ideologie von der „Überlegenheit des Mannes gegenüber der Frau“.

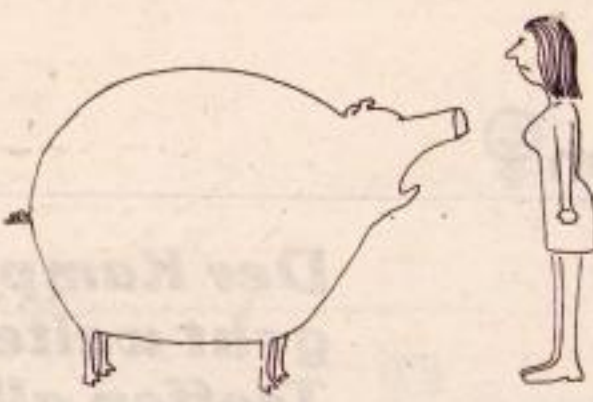
Durch den Verweis auf den Gebrauch des Begriffes Chauvinismus bei Lenin möchten wir vielmehr auf folgendes aufmerksam machen: Die Bourgeoisie macht sich die — jahrtausendealte — Ideologie der „Überlegenheit des Mannes“ in ihrem Kampf gegen die Arbeiterklasse zu nutzen, um die Arbeiter(innen) vom (gemeinsamen) Klassenkampf abzulenkeln — durch Verschärfung der Widersprüche zwischen ihnen, durch Spaltung der Frauen und Männer. Bebel stellt in „Die Frau und der Sozialismus“ dar, daß „alle Frauen ohne Unterschied ihrer sozialen Stellung, als ein durch unsere Kulturentwicklung von der Männerwelt beherrschtes und benachteiligtes Geschlecht, das Interesse haben, diesen Zustand alsbald zu beseitigen ...“ — in diesem Sinne, und darin bestehen die Berührungspunkte und Bündnismöglichkeiten mit Frauen anderer Schichten, ist die „Ideologie der Überlegenheit des Mannes“ eine Ideologie, die nicht nur auf die Frauen der Arbeiterklasse abzielt („Geschlechtsklaverei“), also eine Ideologie, die scheinbar gemeinsame Interessen aller Männer gegenüber allen Frauen vorkaukt und damit auf eine Frontstellung in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung abzielt, die sowohl den proletarischen Männern als auch den proletarischen Frauen den Blick verandert abzielt, die sowohl den proletarischen Männern als auch den proletarischen Frauen den Blick vernebelt, mit wem sie auf „einer Seite“ stehen.

Bebel betonte den Unterschied der Interessen, den die „Geschlechtsgegnossen“ haben: „Die enorme Mehrheit der Frauen ist aber auf lebhafteste daran interessiert, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund aus umzugestalten, um sowohl die Lohnklaverei, unter der das weibliche Proletariat am meisten schmachtet, wie die Geschlechtsklaverei, die mit unseren Eigentums- und Erwerbszuständen aufs innigste verknüpft ist, zu beseitigen.“

Die in der bürgerlichen Frauenbewegung stehenden Frauen begreifen die Notwendigkeit einer solchen radikalen Umgestaltung nicht. Beeinflusst von ihrer bevorzugten Stellung, sehen sie in der weitergehenden proletarischen Frauenbewegung gefährliche und nicht zu billige Bestrebungen, die sie zu bekämpfen haben. Der Klassengegensatz ... ist also auch innerhalb der Frauenbewegung vorhanden“ (S. 29).

Sowohl der proletarische Mann als auch die proletarische Frau werden von ihrer geschlechtsspezifischen Unterdrücker- und Unterdrücktenrolle nur befreit werden können, wenn die Gesellschaft, die diese „Geschlechtsklaverei“ als herrschaftsstabilisierend verewigen will, umgestürzt ist.

Ansatzweise wird z.B. in „Das Salz der Erde“ deutlich, daß in der wachsenden Erkenntnis der gemeinsamen Klasseninteressen und im gemeinsamen Kampf auch Veränderungen der „häuslichen“ Unterdrückung möglich wurde. Der Hebel dafür liegt bei den Frauen, die sich ihre Teilnahme an diesem Kampf erst erkämpfen mußten.



Also gut, dann bin ich eben ein männliches Chauvinisten-Schwein. Laßt jetzt was oder nicht?

„Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter“ (dito S. 30). Für die gleichberechtigte Einbeziehung in den Klassenkampf ist die Teilnahme der Frauen an der Produktionstätigkeit wichtig. Der Kapitalismus hat zwar — wie Engels im „Ursprung der Familie“ schreibt — die materiellen Voraussetzungen für die völlige Einbeziehung der Arbeiterfrau in die Produktion geschaffen (1), und er folgert, daß damit der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen ist — bis auf die Spuren, die die Klassengesellschaft im Bewußtsein des Arbeiters hinterlassen hat.

Und Bebel beschreibt in „Die Frau und der Sozialismus“ („Die Revolution im häuslichen Leben“, S. 268 ff), daß auch die materiellen Voraussetzungen für eine weitgehende Vergesellschaftung der Hausarbeit herangereift sind, die bisher die Frau in ihrer Rolle gefesselt hat.

Obwohl also die „materiellen Voraussetzungen“ für eine Gleichstellung der Arbeiterfrau („Gleichstellung der Frau ökonomisch und sozial) entstanden sind, setzt die Bourgeoisie die seit Jahrhunderten verankerte Ideologie der Überlegenheit des Mannes“ (und entsprechend der „Minderwertigkeit der Frau“) gezielt ein, um weitere Ungleichheiten durchzusetzen und gemeinsame Interessen nicht erkennbar werden zu lassen:

— die Frauen als industrielle Reservearmee — je nach Arbeitsmarktlage und Notwendigkeit der kapitalistischen Konjunktur — auf dem Arbeitsmarkt rumschieben: als Arbeitslose, Teilzeitarbeiter, unständig Beschäftigte. Nach Bedarf wird „Heim und Herd“ oder „aktives Berufsleben“ propagiert, Abtreibungsparagrafen unterschiedlich angewandt etc.

— Den Frauen werden „typische Frauenberufe“ zugewiesen, minderwertige Ausbildung und miese Löhne gewährt etc.

Wir wollen es bei diesen wenigen Beispielen belassen.

Es geht uns darum, deutlich zu machen, wer den Nutzen vom „männlichen Chauvinismus“ trägt, daß diese Ideologie gezielt eingesetzt wird, um Konkurrenz in der Arbeiterklasse zu betonen.

Dies hervorzuheben, halten wir für wichtig, wenn wir uns mit dem „Träger“ dieser Ideologie — dem einzelnen Mann — auseinandersetzen müssen.

Eine Unterscheidung von klassenmäßigem Interesse am männlichen Chauvinismus und konkreter Auswirkung halten wir für wichtig, um — im Sinne von Mao — eine Unterscheidung von Widersprüchen im Volk und Widersprüchen zwischen uns und dem Feind deutlich zu machen. Das gilt gerade auch, wenn bestimmte Erscheinungsformen dieser Ideologie in unheimlich deutlicher Weise, das gilt gerade auch, wenn bestimmte Erscheinungsformen dieser Ideologie in unterschiedlich krasser Ausprägung auftauchen (Prügel des Arbeiters, Psychoterror des Kleinbürgers). Sicher wird uns jetzt der Vorwurf begegnen, mit dem Hinweis auf seine klassenmäßige Funktion (alles alle Kamellen?) würden wir die konkreten Probleme herunterspielen wollen, die Frau mit den „Chauvis“ hat. Wir meinen jedoch, daß es zu einem erfolgreichen Begegnen dieser Ideologie (auch in unseren eigenen Reihen) unbedingt dazu gehört, diese Dinge im Hinterkopf (und nicht, wie es krisenbedingt vielfach geschieht ist — fast nicht einmal mehr im Unterbewußtsein) zu behalten.

Männlicher Chauvinismus und weibliche Unterordnung

Seine klassenmäßige Rolle — als herrschaftsstabilisierende Ideologie — halten wir also für den „Zweck“, weshalb diese Ideologie am Leben gehalten wird, und über alle Kanäle in die Männerköpfe (und auch unsere Köpfe!) hineingetragen wird.

Wenn wir „dialektische Einheit“ begreifen als wechselseitig sich bedingende Seiten eines Widerspruchs, ist logisch, daß zur Überlegenheit des Mannes nur die Unterlegenheit (und als verinnerlichtes Prinzip die Unterwerfung) „paßt“. Der männliche Chauvinismus als die Hauptseite, die nur bei Unterordnung „funktioniert“ — im Gegensatz der zu Anfang zitierten Konstruktion von Chauvinismus und Feminismus.

In dem von Bebel in „Die Frau und der Sozialismus“ zitierten Morgengebet der Judenmänner wird dies dialektische Paar sehr plastisch beschrieben: „... diese beten: „Gelobt seist du Gott unser Herr und Herr

aller Welt, der mich nicht zu einem Weibe gemacht hat. Dagegen beten die Judenfrauen an der entsprechenden Stelle: „... der mich nach seinem Willen geschaffen hat““ (S. 125).

Um dieses Verhältnis von Unterdrückung und Unterordnung aufzubrechen, ist uns sicher nicht damit gedient, darauf zu warten, daß der „Privilegierte“ in diesem Zusammenhang auf sein Privileg verzichtet. Die aktive und somit revolutionäre Rolle haben hier eindeutig die Frauen.

Klarheit muß bei klassenbewußten und politisch bewußten Männern (und an diesem Anspruch müssen die Genossen in der Organisation sich natürlich messen lassen) hergestellt werden, daß die Ideologie des Chauvinismus (und somit sein „Privileg“) herrschaftsstabilisierend — also auch gegen sein Interesse an der Revolution gerichtet — ist. Solange er sich der Einsicht versperrt, daß nur mit der proletarischen Frau der Sozialismus siegen kann, handelt er folgerichtig mit der Unterdrückung von Frauen objektiv gegen die Revolution. Das ist eine Frage des politischen Bewußtseins.

(Mit dem allgemeinen Versacken des politischen Bewußtseins als Krisenerscheinung schlägt sich auch das vermehrte Auftreten chauvinistischer Tendenzen als eine Erscheinungsform der ideologischen Versumpfung und Entsolidarisierung in unserer Organisation nieder).

Daneben haben natürlich auch außerhalb dieser sehr eng gezogenen Grenzen (Männer mit revolutionärem Anspruch bzw. Arbeiter, deren objektives Interesse die Revolution ist), Demokraten, Liberale, fortschrittliche Männer den Anspruch „frauenfreundlichen“ Verhaltens, solidarischen Verhaltens gegenüber Frauen. Auch um die Überzeugung dieser Männer muß es uns natürlich gehen — auf breiter Ebene — in Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Frauengruppen und (natürlich!) auch Feministinnen!

Ein gesellschaftliches ideologisches Klima, das allgemein eine stärkere Sensibilität gegenüber Frauenunterdrückung in den verschiedensten Ausprägungen fördert, ist natürlich auch für uns (Kommunistinnen) Nährboden für unseren „persönlichen“ und politischen Kampf, hat eine direkte Wechselwirkung auf das Bewußtsein der Arbeiter in dieser Frage. An dieser Front zu arbeiten, kann zeitweilig durchaus den Schwerpunkt unserer Massenarbeit bilden, beschreibt die vielfältigen Bündnisaufgaben mit anderen fortschrittlichen Frauen und Feministinnen.

Dieser „Geschlechterkampf“ muß von uns geführt werden, eine in diesem Sinne fortschrittliche Kultur muß von uns unterstützt, gefördert, gegebenenfalls verteidigt werden. In diesem Sinne ist die Kulturarbeit, die von uns unterstützt, gefördert, gegebenenfalls verteidigt werden. In diesem Bereich muß auch in unseren Reihen ein Kampf gegen dogmatische, sektiererische Vorstellungen geführt werden!

Uns geht es allerdings darum, den Aspekt nicht zu vergessen, daß der „männliche Chauvinismus“ — und auch der „spontane“ Geschlechterkampf — dagegen beide die klassenspezifische Rolle vernebeln, also einen Zusammenhang mit den insgesamt unterdrückten Verhältnissen unserer Gesellschaft nicht sichtbar werden lassen.

Im wesentlichen basiert u. E. der „männliche Chauvinismus“ auf der Unterwerfung (der Frau) und ruft diese auch immer wieder hervor. Verschärfung jeglicher Unterdrückung, also auch der Frauenunterdrückung, bedeutet, wie wir aus vielfältiger politischer Erfahrung wissen, nicht hauptsächlich oder gar automatisch eine Verstärkung des Widerstandes. Andererseits kann er natürlich auch — unter bestimmten Bedingungen — Widerstand hervorrufen. Die Art und Weise dieses Widerstandes ist abhängig vom Bewußtseinszustand der betroffenen Frauen, vom Klassenstandpunkt, ihrer Einsicht in die gesellschaftlichen Verhältnisse oder auch Weltanschauung. Widerstand gegen „männlichen Chauvinismus“ in unserer Gesellschaft kann also heißen: Feminismus — als bürgerliche Variante — oder kommunistische bzw. marxistische Frauenpolitik. Das Gemeinsame, Verbindende dieses Widerspruchspaares bietet bündnispolitische Ansatzpunkte, das Trennende ist die unterschiedliche gesellschaftliche Stoßrichtung (2).

Zu kritisieren ist aber, wenn bei der These „Chauvinismus und Feminismus“ als dialektisches Gegensatz-

paar der Widerstand schlecht hin mit Feminismus gleichgesetzt wird, und folgerichtig nach einem „Schuß mehr Feminismus“ gerufen wird. Daß Widerstand in feministisches Gedankengut mündet, liegt vielmehr an einem Mangel an marxistischer Ideologie, Theorie und überhaupt theoretischer Schulung. Unter dieser Bedingung drängt sich spontan die bürgerliche Ideologie am meisten auf (vergl. Lenin, „Was tun“, S. 75). Deshalb ist Abgrenzung vom Feminismus (nicht zu verwechseln mit Totschlagen von Bündnisarbeit!) und Herausarbeitung einer eigenständigen kommunistischen Frauenpolitik eine Stärkung im Kampf gegen den „männlichen Chauvinismus“!

Als Antwort auf die auf der Frauenversammlung vielgestellte Frage: „Wie wollt ihr denn den Kampf gegen den Chauvinismus führen?“, muß also als erstes geantwortet werden: Die Frauenunterdrückung zum zentralen Gegenstand unserer Politik zu machen, ist bereits das wesentliche Moment im Kampf gegen den „männlichen Chauvinismus“, die Frauenarbeit politisch und theoretisch zu stärken, bedeutet, die Möglichkeiten im Kampf gegen den Chauvinismus zu verbessern. Dazu gehört die „allseitige Enthüllung“ der verschiedenen Erscheinungsformen besonderer Frauenunterdrückung (von Frauenlöhnen, Ausbildung, Behinderungen bei der politischen Arbeit bis zu den vieldiskutierten Problemen des „Privaten“). Wir möchten ausdrücklich betonen, daß wir Probleme der Frauenunterdrückung aus dem Bereich des „Privaten“ für wichtige Probleme halten, mit denen wir uns direkt und konkret auseinandersetzen müssen. Es kann auch Fälle geben, wo eine „private“ Problematik vorrangig — z. B. vor einer Aktion oder einem anderen wichtigen Thema — besprochen werden muß, weil die Nichtbehandlung die Kräfte der Genossin lähmt.

Uns geht es darum, die „verschüttete“ andere Seite der Medaille ins Bewußtsein zu rücken.

Die oben genannten Enthüllungen müssen erfolgen vom Standpunkt unserer Sicht als Kommunisten, d. h. die klassenspezifischen Hintergründe aufzeigen. Eine Darstellung der Erscheinungsformen allein kann zwar die Aufmerksamkeit (und durch Öffentlichmachung auch Druck) erzeugen, aber eine „spontane“ Diskussion über diese Probleme führt in den meisten Fällen nicht zur Behandlung dieser Fragen vom marxistischen Gesichtspunkt aus.

In „Was tun“ erläutert Lenin, weshalb die spontane ökonomistische Bewegung zur Herrschaft der bürgerlichen Ideologie führt: „Aus dem einfachen Grunde, weil die bürgerliche Ideologie ihrer Herkunft nach viel älter ist als die sozialistische, weil sie viel früher entwickelt ist, weil sie über unvergleichlich mehr Mittel der Verbreitung verfügt“ (S. 74/75, Dietz Verlag).

Im Gespräch mit Clara Zetkin („Erinnerungen an Lenin“, ausgewählte Schriften, Band III S. 136) wendet sich Lenin gegen die Konzentration der deutschen Kommunistinnen auf die sexuelle und Ehefrage: „Worauf läuft denn die unzählige, unmarxistische Behandlung der Frage hinaus? Daß die Sexual- und Ehefrage nicht als ein Teil der großen sozialen Frage erfaßt wird. Umgekehrt, daß die große soziale Frage als ein Teil, ein Anhängsel der Sexualprobleme erscheint. Die Hauptsache tritt als Nebensache zurück. Das schadet nicht bloß der Klarheit in dieser einen Frage, das trübt das Denken, das Klassenbewußtsein der Proletarierinnen überhaupt.“

Das heißt, wenn wir (kommunistischen Frauen) einen erfolgreichen Kampf gegen den männlichen Chauvinismus aufnehmen wollen/führen wollen, bedeutet das gerade, daß wir unsere Frauenpolitik einer kritischen Betrachtung unterziehen, und wo wir auch nur Tendenzen (Grazuionen) von Fehlströmungen entdecken, besonders wachsam die Differenzen herausarbeiten mit dem Ziel, unsere „kommunistische“ Linie in der Frauenarbeit herauszubilden.

Ein Kampf gegen feministische Strömungen kann zwar einen unpolitisch denkenden „Chauvi“ vorübergehend den „Kamm schwellen lassen“ (wie übrigens jede Kritik an Frauenarbeit, wie jede Kritik an einer Frau); führt aber inhaltlich dazu, diesem Gockel entschiedener und mit besseren Argumenten entgegenzutreten zu können!

Neben dieser Betonung, daß wir unser theoretisches Verständnis vertiefen müssen — und da haben wir als Frauen historisch und gesellschaftlich bedingt „frauentypische“ Schwierigkeiten, müssen wir aber auch gegen eine — gleichfalls „frauentypische“ — Mentalität kämpfen. Wir wollen hierzu Alexandra Kollontai zitieren, die von Lenin wegen ihrer Konzentration auf die sexuelle und Ehefrage

stark kritisiert worden ist, und die somit von dem Verdacht frei sein dürfte, die Probleme des Privaten liquidieren zu wollen. Sie schreibt in „Die neue Moral und die Arbeiterklasse“ (Verlag Frauenpolitik, Münster S. 27 — der Text wird im Anschluß von einer „Reichstin“ besprochen, die eine entsprechende Kritik an Lenin losläßt):

„Vorherrschendes Gefühl war eine der typischen Eigentümlichkeiten der Frau der Vergangenheit, die Vorherrschenden des Gefühls bedeutete gleichzeitig Schmutz und Mangel der Frau. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze in der Gegenwart, die die Frau in den aktiven Kampf um die Existenz gezogen haben, verlangen, daß sie ihre Gefühle besiegt, fordern, daß sie nicht nur die vielgestaltigen sozialen Hindernisse zu nehmen lernt, sondern daß sie auch ihren so wenig widerstandsfähigen, leicht nachgebenden und erschlafenden Geist durch ihren Willen stärkt. Damit sie die neuerkämpften Rechte vom Leben auch zugestanden bekommen, haben die Frauen eine viel größere Erziehungsarbeit an sich zu leisten als die Männer.“

Wir halten eine Betonung der Stärkung des Willens nicht für Voluntarismus.

Und sie zeigt in der gleichen Schrift, worin sie die Bedingungen sieht, die es der Frau ermöglichen, sich von den Fesseln der selbst beherrschenden Ideologie zu befreien:

„Aber in gleichem Maße, wie die Frau mehr und mehr einbezogen wird in den Wirbel des sozialen Lebens, wie sie sich selbst als ein tätiges Rädchen (au weia, Anm. Verf.) in dem Mechanismus der Volkswirtschaft erweist, dehnt sich ihr eigener Horizont, die Mauern ihres Hauses, die sie von der Welt trennen, stürzen ein, und unbewußt nimmt sie ihr früher ganz fremde und unbegreifliche Interessen in sich auf und macht sie sich zu eigen. Die Liebe hört auf, ihren einzigen Lebensinhalt zu bilden, vielmehr wird ihr nur noch die untergeordnete Rolle zugestanden, die sie bei den meisten Männern spielt“ (S. 36).

Man kann sich über Kollontais Begriff und ihr Verständnis von „untergeordnet“ streiten (Lenin kritisierte bei Kollontai auch eine Herabwürdigung der Liebe). Wichtig ist aber der Hinweis Kollontais in dieser Schrift, daß die „persönlichen“ Probleme im Leben verschiedener beschriebener Frauen eine andere Relevanz bekommen haben, je mehr diese Frauen eine eigene Arbeit aufgenommen haben, sich an der politischen Arbeit beteiligt haben — kurz, eine eigenständige Identität durch eigene Aktivitäten bekamen.

Dies Element halten wir für wichtig, wenn wir — als Voraussetzung im Kampf gegen den männlichen Chauvinismus unsere eigene Bereitschaft zur Unterwerfung (unter die Identität des Mannes) bekämpfen.

Sa., HBV/Druck-Komitee, in Diskussion mit anderen Genossinnen

Anmerkungen

Anmerkungen

1 „Und vollends seitdem die große Industrie die Frau aus dem Hause auf den Arbeitsmarkt und in die Fabrik versetzt hat und sie oft genug zur Ernährerin der Familie macht, ist dem letzten Rest der Männerherrschaft in der Proletarierwohnung aller Boden entzogen — es sei denn noch ein Stück der seit der Einführung der Monogamie eingerissenen Brutalität gegen Frauen“ (Marx/Engels, ausgewählte Schriften, Band II, S. 211).

„Hier zeigt sich, daß die Befreiung der Frau, ihre Gleichstellung mit dem Manne, eine Unmöglichkeit ist und bleibt, solange die Frau von der gesellschaftlichen produktiven Arbeit ausgeschlossen und auf die häusliche Privatarbeit beschränkt bleibt. Die Befreiung der Frau wird erst möglich, sobald diese auf großem, gesellschaftlichen Maßstab an der Produktion sich beteiligen kann und die häusliche Arbeit sie nur noch in unbedeutendem Maß in Anspruch nimmt. Und dies ist erst möglich geworden durch die moderne große Industrie, die nicht nur Frauenarbeit auf großer Stufenleiter zuläßt, sondern förmlich nach ihr verlangt, und auch die private Hausarbeit mehr und mehr in eine öffentliche Industrie auszulösen strebt“ (dito, S. 286).

2 Clara Zetkin schreibt in „Zur Geschichte der proletarischen Frauenbewegung Deutschlands“ (Verlag Roter Stern, S. 204): „daß die Frauenrechtlerinnen das große und verwickelte Problem der Frauenbefreiung nicht in seinen vielverzweigten sozialen Zusammenhängen erfassen, vielmehr aus der Froschperspektive der Interessen der bürgerlichen Gesellschaft betrachten“, und fährt fort (s. 205): „Die Frauenrechtlerinnen verzichten auf den Kampf gegen die Klassensklaverei ... sie lehnen diesen Kampf grundsätzlich ab ... Die bürgerliche Frauenbewegung steht mit beiden Füßen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft und verteidigt ihn gegen das vordringende Proletariat. Sie strebt lediglich danach, die bürgerliche Gesellschaft durch Lösung der rechtlichen und sozialen Bindungen zu reformieren, die das weibliche Geschlecht zum Vorteil des Mannes fesseln.“

Die Abtreibung der marxistischen Frauenfrage

Mit diesem Artikel wollen wir eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Strömungen des Feminismus beginnen. Wir halten die Auseinandersetzung deshalb für notwendig, weil aus Beiträgen auf der 1. und 2. KB Frauenvollversammlung deutlich wurde, daß große Unklarheiten darüber bestehen, was überhaupt unter feministischer Theorie und Praxis zu verstehen ist, und zum Teil sogar offen zu sein scheint, ob es überhaupt Unterschiede zwischen einer feministischen und marxistischen Ideologie gibt.

Wir wollen einen Beitrag zur Klärung dieser Fragen leisten, indem wir uns in diesem Artikel mit den Thesen von Marielouise Janssen-Jurreit (J.-J.) auseinandersetzen, die sie in ihrem Buch „Sexismus – Über die Abtreibung der Frauenfrage“ aufstellt und wissenschaftlich zu begründen versucht. Wir wollen damit nicht behaupten, daß J.-J. die Theoretikerin des Feminismus ist. Immerhin aber spielt ihr Buch „Sexismus – Über die Abtreibung der Frauenfrage“ – inzwischen in der 3. Auflage weit verbreitet – in der kleinbürgerlichen Frauenbewegung eine große Rolle. Auf dieser Grundlage hat Frau J.-J. inzwischen „einen Namen“ in der Frauenbewegung. Sie ist z.B. Herausgeberin eines jetzt neu erschienenen Sammelbandes zum „Frauenprogramm“.

J.-J.'s Einzug bei den Linken

Diese Auseinandersetzung ist auch deshalb nötig, weil ihre Thesen in die Auseinandersetzung um die „Grauzonen des Feminismus“ im KB Einzug gefunden haben. Aufgrund der oben benannten Unklarheiten findet J.-J. mit ihren Ansichten durchaus einen Nährboden innerhalb unserer Organisation und unserem Umfeld. Carla Sponti, die sich schon häufiger an Auseinandersetzungen im AK (z.B. SM Debatte) beteiligt hatte, schrieb im AK 162:

„... daß die Frauenfrage vor der Eigentumsfrage oder aber unabhängig von ihr gelöst werden könne, behauptet (fast) niemand. Wohl aber, daß einzelne Elemente der Frauenunterdrückung unabhängig vom Kapitalismus existieren“. Sie belegt dies mit einem Zitat von Janssen-Jurreit und führt fort: „Auf wissenschaftliche Auseinandersetzung scheint ihr (gemeint ist die ZL) offensichtlich nicht zu stehen, sonst würdet ihr solche Standardwerke des Feminismus („Sexismus – Über die Abtreibung der Frauenfrage“) kennen und Euch damit auseinandersetzen!“. Zwei Göttinger Genossinnen übernahmen im AK 163 völlig unkritisch die Thesen von J.-J. Während Carla Sponti J.-J.'s Buch noch ziemlich treffend als „Standardwerk des Feminismus“ kennzeichnete, bemüht sich unsere Genossinnen, J.-J. in die Position zu heben, den Marxismus in der Frauenfrage wissenschaftlich weiterentwickelt zu haben. Einige Passagen aus dem Leserbrief dazu: „Eine Fülle von historischem und ethnologischem Material beweist, daß eine Vielfalt arbeitsteiliger Beziehungen zwischen den Geschlechtern existierte, bis hin zur völligen Umkehr der Verhältnisse, die Engels darstellt. So existieren auch in Urgesellschaften primitiver Art vielfach Herrschaftsmechanismen (vergl. Janssen-Jurreit, „Sexismus...“ S. 149). Oder: „Die hier dargestellten, zumeist neueren Forschungsergebnisse (von J.-J., unsere Anmerkung) bedeuten zumindest eine erhebliche Relativierung der Engels'schen Erklärung des Entstehens von Frauenunterdrückung. Wir müssen uns von bestimmten Vorstellungen von Engels freimachen, der eine direkte Linie vom Urkommunismus mit Frauenherrschaft zur Entstehung des Privateigentums mit gleichzeitiger Herausbildung des Patriarchats zieht“. Oder: „Wir gehen – im Gegensatz zu Engels – davon aus, daß eben nicht die Entstehung des Privateigentums eigentliche Ursache der Unterdrückung der Frauen ist, sondern daß als materielle Basis dieser Unterdrückung die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung anzusehen ist“. Oder: „Der Kapitalismus an sich ist aber nicht frauenfeindlich“. Oder: „Wenn z.B. Frauen aus kommunistischen Organisationen abwandern in die autonome Frauenbewegung, so sehen wir unter anderem eben gerade einen Grund dafür in dem Umstand, daß die theoretische und praktische Arbeit dieser Organisation sich nach wie vor ziemlich unhinterfragt auf Konzepte wie das von Engels stützt, das aber zumindest als undifferenziert bezeich-

net werden muß“. Betroffen gemacht hat uns auch die Buchwerbung des „Arbeiterbuch“ auf derselben Seite im AK 163. Janssen-Jurreit wird dort so angeboten:

„Bereits 1976 erschienener feministischer Kontrapunkt zu K. Bauers oben genanntem Buch (Clara Zetkin). Über den geschichtlichen Rahmen hinausgehende feministische Analyse der vielfältigen Ebenen der Frauenunterdrückung. Versuch, die verschiedenen Strömungen der bürgerlichen Frauenbewegung differenziert darzustellen und Defizite der frühen sozialdemokratischen Frauenbewegung hinsichtlich der Berücksichtigung der doppelten Unterdrückung der Frau in Haushalt und Familie zu kritisieren“ (Hervorhebungen d. A.). Werden von J.-J. wirklich „Defizite der frühen sozialdemokratischen Frauenbewegung“ kritisiert? Wir kommen zu einem anderen Ergebnis: J.-J. versucht, Engels auf den Müllhaufen zu werfen!

Die Thesen von J.-J.

J.-J. will eine feministische Theorie als Kontrapunkt zum Marxismus entwickeln. Sie wendet sich mit ihrem Buch im wesentlichen an linke, sozialistische Frauen, die sich die Ergebnisse der materialistischen Geschichtsschreibung zu eigen gemacht haben. J.-J. will diese widerlegen: „Wer sich also mit dem Problem des Ursprungs weiblicher Unterdrückung beschäftigt, muß einmal die These zurückweisen, die von marxistischen und christlichen (??) Forschern aufgestellt wurde, daß in klassenlosen Gesellschaften überall ausnahmslos eine gesellschaftliche Gleichberechtigung von Mann und Frau bestehe“ (S. 166). Die Unterdrückung der Frau bestehe unabhängig von Gesellschaftsstrukturen.

Im Gegensatz hierzu vertritt der Marxismus die Auffassung, daß die Unterdrückung der Frau zusammen mit dem Privateigentum entstanden ist. Insofern muß J.-J. sämtliche Untersuchungsergebnisse der materialistischen Geschichtsschreibung infrage stellen, die zu der Auffassung gekommen sind, daß in der Urgesellschaft die Frauen eine hervorragende

Rolle innehatten. „Die Behauptung eines frühgeschichtlichen Patriarchats oder einer Gleichstellung der Geschlechter in prähistorischen Zeiten war für die Frauenbewegung des 19. Jahrhunderts besonders attraktiv, denn sie lieferte ihr im Namen der Wissenschaft den Beweis, daß weibliche Unterdrückung historisch und nicht biologisch sei“ (S. 113, J.-J.). „Die Patriarchatsvorstellung wurde auch gleich zu Beginn der neuen internationalen Frauenbewegung Ende der sechziger Jahre unkritisch wiederbelebt“ (ebenda). Dies vor allem hätte „der Formulierung einer eigenen feministischen Theorie“ im Wege gestanden und die Frauenbewegung „auf eine falsche theoretische Fährte“ gelockt.

Die Erfolge der marxistischen Theorien in der Frauenbewegung hätten vor allem daran gelegen, daß „diese Theorien auf einer simplen gedanklichen Konstruktion (beruhen), die leicht in populärer Form zu vermitteln war“ (S. 113) – so jedenfalls meint's Frau Jurreit. Wir werden sehen, mit welchem hohem Niveau hier die Frauenbewegung auf eine falsche Fährte gelockt werden soll.

Morgan zum Dogma erhoben?

Die Marxisten haben – grob gesagt – folgende Sicht der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft:

Am Anfang hat es noch kein Eigentum geben können und deshalb auch keine Klassen. Erst mit der Entwicklung von Arbeitsteilung und Eigentum (das sich erst auf der Grundlage von Nahrungsüberschuß bilden konnte, der zu Beginn der Gesellschaft nicht vorhanden war) haben sich Klassen gebildet, womit die Unterdrückung des Menschen durch den Menschen und dadurch bedingt die Unterdrückung der Frau ihren Anfang nehmen konnte.

In der Epoche des Übergangs der urkommunistischen Gesellschaft hin zur ersten Klassengesellschaft (Sklavenhaltergesellschaft) hat es zunächst noch eine führende Rolle der Frau gegeben, die ihr im Verlaufe des Umbruchs immer mehr genommen worden ist. Die

Männer wurden aufgrund der Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau die ersten Eigentümer: Ihre „welt-historische Niederlage“ (Engels, „Ursprung...“, S. 66) hat die Frau mit dem Übergang zur ersten Klassengesellschaft erlitten.

Lewis H. Morgan, ein amerikanischer Rechtswissenschaftler, kam unabhängig von Marx und Engels durch seine völkerkundlichen Forschungen – vor allem bei Indianerstämmen – zur Entdeckung der materialistischen Geschichtsauffassung – auf „empirischem Weg“. Morgan war der erste, der daraufhin die Entwicklung der Vorgeschichte der Menschen in Epochen auf der Grundlage seiner Ergebnisse einzuteilen versuchte. Grundlage dafür war, daß alle großen Epochen menschlichen Fortschritts eine Ausweitung der Unterhaltungsquellen (wichtige Erfindungen/Erkenntnisse) zur Grundlage haben. Die Entwicklung der gesellschaftlichen Bande und damit auch der Familienbeziehungen ist mit dieser Entwicklung verbunden.

J.-J. wirft Marx und Engels vor, Morgans Forschungsergebnisse „enthusiastisch“ aufgenommen und sie zum „Dogma“ gemacht zu haben, die sie der „weiteren wissenschaftlichen Überprüfung“ entzogen (S. 118).

Wir fragen uns, ob sie überhaupt das Buch gelesen hat, in dem Engels Morgans Forschungsergebnisse aufgreift. Dessen erster Satz lautet: „Morgan ist der erste, der mit Sachkenntnis eine bestimmte Ordnung in die menschliche Vorgeschichte zu bringen versucht; solange nicht bedeutend erweitertes Material zu Änderungen nötig wird, wird seine Gruppierung wohl in Kraft bleiben“ (F. Engels, „Ursprung der Familie...“ S. 29, Herv. der Verf.). Engels hat also keineswegs die Auffassung vertreten, daß mit Morgans Forschungsergebnissen die Erforschung der Urgesellschaft und ihre Periodisierung abgeschlossen ist. Im Gegenteil, er bewertet Morgans Ergebnisse als erste grundlegende Hinweise für die Wissenschaft (Siehe hierzu auch besonders das Vorwort zur Vierten Ausgabe zum „Ursprung der Familie“, MEW Bd. 22). Ihm also vorzuwerfen, daß er Morgans Forschungsergebnisse zum Dogma erklärt habe, entbehrt jeder Grundlage.

J.-J. „belegt“ ihren Dogmatismus-Vorwurf mit einem sowjetischen Wissenschaftler, der Anfang der siebziger Jahre einen Rückblick über 50 Jahre sowjetischer Ethnographie gab (S. 118/119). Dieser Wissenschaftler, Tokarev, stellte fest, daß seiner Meinung nach „der Kampf um den Marxismus in der Ethnographie auch zu extremen Ansichten“ unter sowjetischen Frühgeschichtsforschern geführt habe. J.-J. zitiert dazu Tokarev und zieht dann daraus die Schlußfolgerung, daß das von Engels aufgestellte Dogma die Ursache gewesen sei. Wir haben bei Tokarev nachgelesen. Bei ihm heißt es im Anschluß an die Darstellung der beiden „extremen Ansichten“: „Das eine wie das andere Extrem lief letztlich auf den gleichen Grundmangel heraus: Auf das ungenügende Verständnis des der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zugrunde liegenden historischen Prinzips, mit anderen Worten, auf die ungenügende Kenntnis dieser Weltanschauung selbst“ (S.A. Tokarev, „50 Jahre sowjetische Ethnographie“, in „Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift“ (EAZ), 1969).

Keineswegs lassen sich bei Tokarev auch nur die geringsten Hinweise finden, daß sich Fehlströmungen wegen einer von Engels „befohlenen“ Unantastbarkeit der Morgans'schen Periodisierung entwickelt hätten.

Um einen Vergleich zu ziehen: Clara Zetkin, Rosa Luxemburg u.a. kämpften gegen die Revisionisten innerhalb der Sozialdemokratie und verließen später die Sozialdemokratische Partei. Nach J.-J.'s „Bewertungsmethoden“ hätten sie sich mühevoll vom Marxismus emanzipiert.

Die Diskussion der sowjetischen Wissenschaftler verlief gerade darum, wie aufgrund neuer Forschungsergebnisse die von Morgan aufgestellte Periodisierung erweitert werden muß, im Sinne einer Differenzierung. Morgan wurde dementsprechend gewürdigt: „Es handelt sich um das in der damaligen Zeit fortgeschrittenste und geschlossenste Werk

Fortsetzung nächste Seite



Methoden der Janssen-Jurreit Am Beispiel Bachofen und Bornemann

Bei allen Wissenschaftlern, die sich mit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft befassen, spielt die Mythenforschung eine ganz erhebliche Rolle als Überlieferung alter sozialer Strukturen, die sich zur Deutung anbieten wie die Funde alter Schriften. Mythenforschung hat nichts mit Mystizismus, sondern mit Entmystifizierung zu tun. Johan Jakob Bachofen, sozusagen der Urheber der Mythenforschung, stellte bei seiner Untersuchung griechischer Mythen fest, daß es ein Mutterrecht gegeben hat und analysierte aus der „Orestia“ den Sieg des Väterrechts über das Mutterrecht; Bachofen felerte und glorifizierte in seinem Werk den Sieg des Patriarchats und merkte nicht, daß die bis dahin fleißig gepflegte Auffassung von der von Ewigkeit zu Ewigkeit patriarchalisch organisierten Gesellschaft von ihm selbst ins Wanken gebracht wurde. Die Erkenntnisse Bachofens machte Friedrich Engels, nachdem er sie aus dem Bachof'schen Mystizismus herausgeschält hatte, zusammen mit Morgans ethnographischen Forschungen zur wissenschaftlichen Grundlage für sein Buch: „Der Ursprung der Familie...“. Es ist immer eine Methode von Marx und Engels gewesen, sich der bürgerlichen Wissenschaften zu bedienen, da sie ihre Theorien nicht gut aus dem hohlen Bauch schöpfen konnten – sie zu würdigen und sie vom Kopf auf die Füße zu stellen. So beurteilte Engels Bachofen auch nicht nach seiner mystischen Verklärtheit, sondern nach seiner Entdeckung des Mutterrechts. Frau Janssen-Jurreit geht da völlig anders vor: „Man muß den Feminismus vor den Ideen eines verklemmten Erotikers schützen, der nur durch die unzulängliche Esoterik und die Unlesbarkeit seiner Schriften zu dem legendären Ruf gekommen ist, ein Werk geschrieben zu haben, das der Befreiung der Frau gedient hat“ (J.-J. S. 97). Daß die Entdeckung einer frühen mütterrechtlich organisierten Gesellschaft allerdings für das Selbstbewußtsein der Frauenbewegung eine tragende Rolle spielt, nämlich als einstmaliges starkes Geschlecht auch wieder stark werden zu können, interessiert J.-J. überhaupt nicht, dagegen allerdings die Motive und die Vorgänge im Hirn eines 1861 lebenden Wissenschaftlers.

„Seine Ideen vom Anfang der Geschichte waren selbst ein neuer Mythos. Sie dichteten sich sozusagen selbst aus den inneren Problemen des Autors.“

Diese inneren Probleme bestanden offensichtlich in einer quälenden Bindung an seine schöne, junge Mutter, und das „Mutterrecht“ bedeutete für den Junggesellen Bachofen eine Emanzipation von dieser“ (ebenda, S. 99). Sie empört sich seitensweise über Bachofens Begeisterung für den vaterrechtlichen Sieg, psychoanalytisch in seinem Seelenkostüm herum, wirft Engels seine Würdigung Bachofens vor und daß er nicht in Bachofens Motiven (sie spricht von Intentionen – S. 109) herumgeforscht hat. Nachdem sie Bachofen die Hölle wieder hochgezogen hat, kommt sie schließlich auch zu einer Beurteilung seiner Erkenntnisse: „Lassen wir vorläufig die Frage beiseite, ob den patriarchalischen Gesellschaften, wie wir sie heute kennen, zu irgendeiner Zeit eine Frauenherrschaft vorangegangen ist, die ebenso wie die Männergesellschaft heute alle Gesellschaften umfaßt hat und eine lange Periode in der Geschichte bildete. Bachofen hat keine Beweise dafür geliefert. Ein Gegenbeweis liegt auch nicht vor.“ (S. 111) Mit Bachofens Beweisen arbeitet die ganze sozialistische und bürgerliche Urgeschichtsforschung. Frau J.-J. Aber man kann Bachofen natürlich noch anders runtermachen: „Überdies läßt sich feststellen, daß Bachofens Mystizismus und Mutterverehrung eine Reihe faschistischer Schriftsteller inspiriert und so für die Sache der Frauen allerhand verdorben hat.“ (S. 97) Darwin hat ebenso einiges zur faschistischen Vererbungslehre der Nazis beigetragen, wie man Friedrich Schiller mit seinen „Räubern“ als Vorläufer der RAF begreifen kann. Was soll also diese Diskriminierung des Mystikers Bachofen als Nazi-Theoretiker? Will J.-J. so seine Erkenntnisse „widerlegen“? „Die Moral des Bachof'schen Mythos ist die Unüberwindbarkeit der männlichen Herrschaft“ (S. 111) meint sie am Ende, ohne darin zu erkennen, was jeder erkennt, der ein bißchen nachdenkt, nämlich die zukünftige Überwindbarkeit der männlichen Herrschaft. „Bachofen hat jedoch diese ganze Geschichte nicht ausgebreitet, um den Frauen ihre Geschichte zurückzugeben“ (S. 105) Gewollt sicher nicht, nur getan.

Mit dem erklärten Willen, den Frauen ihre Geschichte zurückzugeben, hat E. Bornemann sein 700-seitiges Werk „Das Patriarchat“ in 40jähriger Zusammenarbeit von archäologischem, ethnographischem, ethnologischem usw. Material, Erforschung und teilweise Übersetzung von Mythen aus dem Mittelmeerraum und

vielmehr – allein die Bibliographie umfaßt über 100 Seiten – 1975 herausgebracht. Ein Jahr später kommt J.-J. und wischt ihn mit zwei Zitaten in ihrer Zitatenammlung vom Tisch, wobei sie sich offenbar auf das Studium von Vor- und Nachwort beschränkt hat. Seine modellhafte Kennzeichnung des Patriarchats-Sieges als eine „putschartige Macht-ergreifung knapp vor der geschichtlichen Zeit“ einmal und zum anderen ein Zitat, was lediglich seine phantastische Vorstellungskraft bei der Deutung vorgeschichtlicher Funde ahnen läßt, krediet sie ihm als verfälschende Darstellung archäologischer Erkenntnisse an (S. 132 ff). Das heißt, wenn Bornemann sich einzig aufs Archivieren seiner Ergebnisse beschränkt hätte, hätte sie ihn völlig übersehen.

Dazu Bornemann selbst: „Die Forscher hamsterten Daten und Fakten, ohne die geringsten Vorstellungen zu haben, was man mit dem gesammelten Material anfangen sollte. Und all das nicht etwa aus Dummheit oder Faulheit, sondern aus Überzeugung, daß das normale Streben der Naturwissenschaft nach Gesetzmäßigkeit und Theorie eines Archäologen oder Prähistorikers unwürdig sei... ohne Hypothese, ohne Modell können wir nicht denken. Der Zweck der Forschung ist nicht der, sich der Erstellung von Denkmodellen zu entziehen, weil man fürchtet, sie könnten falsch sein, sondern Modelle aufzustellen, damit sie falsifiziert werden können. In der Geschichte der Wissenschaft hat es sich stets als fruchtbarer erwiesen, falsche Theorien aufzustellen als gar keine.“ (E. Bornemann, „Das Patriarchat“, S. 15). Eben!

Der J.-J. geht es gar nicht darum, mit den von Wissenschaftlern angebotenen Fakten zu arbeiten und die auf ihren Gehalt hin abzuklopfen, sondern sie versucht, diese Fakten durch die unsehbare, unwissenschaftliche Methode der persönlichen Diskriminierung vom Tisch zu wischen. Ein Vergleich: Prof. Semmelweis hat vor 212 Jahren die Erreger des Kindbettfiebers entdeckt, für Mütter eine außerordentlich wichtige und lebensrettende Erkenntnis.

Die J.-J. hätte bei Anwendung ihrer Methode logischerweise erstmal in seiner Ehe rumgewühlt, um zu widerlegen, daß es sich hier um einen Frauenfreund handeln könnte. Wollte die Frauenbewegung sich diese Methode zu eigen machen, würde sie ihr eigenes Grab ausheben.

Fortsetzung von Seite 21

der Ur- und Frühgeschichtsforschen- den Ethnographie... Völlig zu Recht hat Engels die Leistung von Morgan gewürdigt... (G. Guhr; „Ur- und Frühgeschichte und ökonomische Gesellschaftsformation“, ebenda). „Bekanntlich besteht das große Verdienst von L.H. Morgan für die Wissenschaft darin, daß er die Grundzelle der Vorklassengesellschaft, die Sippe oder Gens, entdeckte und zeigte, daß die Vorklassengesellschaft ihrer Struktur nach eine Gentilgesellschaft war. Er hat gleichzeitig ganz richtig festgestellt, daß die Entstehung der Sippe nicht mit dem Auftreten des Menschen zusammenfällt, daß die Gentilgesellschaft in einer recht frühen Entwicklungsstufe der Menschheit entstand“ (Ju.I. Semenov, „Über die Periodisierung der Urgeschichte“, EAZ, 1967, S. 16).

Wir können den Streit zwischen den sowjetischen Frühgeschichtsforschern nicht weiter bewerten, sondern nur die unsaubere Methode der J.-J. aufzeigen.

Wenn J.-J. die von Morgan aufgestellte und von Engels übernommene Periodisierung in Zweifel ziehen will, dann wäre es doch nur angebracht, mit neuen Forschungsergebnissen bzw. mit einer anderen Periodisierung anzutreten und sich nicht ausgerechnet auf Fetzen einer Diskussion zu stützen, die den Ausbau der Morgan'schen Theorie zum Inhalt hat. Warum tut J.-J. das nicht? Sollte es etwa so sein, daß es diese Widerlegung nicht gibt?

J.-J. möchte die marxistische Theorie vom Urkommunismus mit Gleichberechtigung der Frauen und dem Vorhandensein einer führenden Rolle der Frau zu Beginn der Epoche des Übergangs zur Klassengesellschaft „widerlegen“ – aber es gelingt ihr nicht. Deswegen stellt sie ihre absurden Behauptungen auf. Nicht einmal bürgerliche Frühgeschichtsforscher, die sich ausdrücklich vom Marxismus abgrenzen, wie z.B. Malinowski, M. Mead, Ruth Benedict haben das getan.

Sie vertreten den Standpunkt, die Engel'schen Ansichten seien nicht genügend belegt, aber widerlegt werden könnten sie nicht.

„Primitive Gesellschaft“ = Urgesellschaft?

„Primitive Gesellschaft“ = Urgesellschaft?

J.J. führt im weiteren eine Reihe von Einzelbeispielen an, die Engels widersprechen. Diese sind keineswegs etwa ihre eigenen „Forschungsergebnisse“ – wie die Göttinger Genossinnen C. und U. im AK 163 meinten – sondern aus allen möglichen Büchern zusammengesucht und repräsentieren keineswegs den neuesten Stand der Wissenschaft. Im folgenden stellen wir die wesentlichen vor und nehmen anschließend dazu Stellung:

1. Neben den Irokesen, die matrilinear (Abstammungsregel nach der Mutter) organisiert waren und den Ackerbau kannten, lebten auch Stämme, die patrilinear (Abstammungsregel nach dem Vater) organisiert waren, und zwar auf einer weit aus niedrigeren technischen, ökonomischen und politischen Entwicklungsstufe. (S. 117/118).
2. Beruft sie sich auf den amerikanischen Ethnologen Franz Boas, der beweisen wollte, daß vor der matrilinearen Abstammungsregel die patrilineare stand, was ihm allerdings nicht gelang, der aber Beweise dafür brachte, daß es matrilinear organisierte Gesellschaften gab, die nicht primitiver als patrilineare waren und in beiden gleiche Eigentumsbegriffe vorhanden waren (S. 137/138).
3. „Westermarck hatte auch zu diesem Zeitpunkt“ (Als Engels den „Ursprung“ schrieb) „bereits nachgewiesen, daß die Abstammungsregel nach der Mutter, die Matrilinearität, in den meisten Gesellschaften nicht mit einer Vorherrschaft der Frau verbunden war, sondern mit einer Vorherrschaft des Mutterbruders...“
4. Behauptet sie, daß die Evolutionisten glauben, „daß matrilinear organisierte Stämme Frauen gleiche oder mehr Rechte als den Männern zubilligten. Eine Verwandtschaftslinie, die durch die Frau läuft, sei die Garantie dafür, daß Frauen gleiche oder alleinige Eigentumsrechte in diesen Gesellschaften besäßen. Aber auch diese Behauptung trifft nur für einen Teil matrilinearere Gesellschaften zu und läßt sich nicht verallgemeinern“ (S. 146).
5. Beruft sie sich auf Murdock, der eine repräsentative Untersuchung über Primitivvölker gemacht hat und dabei herausgefunden hat, daß 46% der Primitivvölker der Abstammungsregel nach dem Vater folgen und nur 14% der nach der Mutter (S. 139).

J.-J. sagt mit ihren Einzelbeispielen vor allem aus, daß bestimmte Stämme „gesellschaftlich primitiver“ als andere waren und trotzdem (schon) ihre Abstammung nach dem Vater regelten, und daß andere bei „gleichem Niveau“ einmal ihre Abstammung nach der Mutter, ein anderes Mal nach dem Vater regelten. Damit sei bewiesen, daß die These falsch ist, daß der Klassengesellschaft (mit Herrschaft des Mannes und Abstammungsregelung nach ihm) eine Gesellschaftsform vorausgegangen sei mit Gleichberechtigung (bzw. führender Rolle) der Frau, Abstammungsregelung nach der Mutter usw.; weiter, daß der Übergang nicht vom Stand der Produktivkräfte abhängt.

Damit, daß nur 14% der „Primitivvölker“ der matrilinearen Abstammungsregel folgen, will sie deutlich machen, daß die matrilineare Abstammungsregel in Urgesellschaften insgesamt nur eine untergeordnete Rolle spiele.

Sie macht in ihrer Argumentation folgenden Kardinalfehler: Für sie gibt es keinen Unterschied zwischen der Urgesellschaft (im marxistischen Sinne) und sogenannten primitiven Völkern.

Tatsächlich muß die Urgesellschaft nach neuen Forschungen in 3 Perioden eingeteilt werden:

1. Die Urherde (Die Zeit der ‚Menschwerdung‘ des Affen).
2. Die klassenlose Gesellschaft, die erste sozialökonomische Formation der Menschen, der Urkommunismus.
3. Die Periode des Übergangs von der klassenlosen Gesellschaft hin zur ersten Klassengesellschaft (der Sklavenhaltergesellschaft).

Marxisten beurteilen die Entwicklung eben sehr viel differenzierter, als es J.-J. tut. Vollkommen unzulässig ist es, heilige „primitive Völker“ mit „Urgesellschaft“ gleichzusetzen. Von der Menschwerdung des Affen bis heute liegen einige Millionen Jahre und auch die „primitiven Völker“ haben eine lange Entwicklungszeit hinter sich.

Weil J.-J. nun die Urgesellschaft vollkommen undifferenziert betrachtet, auch noch alle möglichen „Primitivgesellschaften“ darunter faßt, argumentiert sie ausschließlich mit Völkern, die sich in der Epoche des Umbruchs befinden, ohne dies zu berücksichtigen. Die von ihr angeführten Erscheinungen können, argumentiert sie, ausschließlich mit Völkern, die sich in der Epoche des Umbruchs befinden, ohne dies zu berücksichtigen. Die von ihr angeführten Erscheinungen können leicht erklärt werden, berücksichtigt man das.

Wenn J.-J. z.B. Bornemann tatsächlich gelesen hat (immerhin polemisiert sie ja gegen ihn), dann müßte ihr gerade die Bedeutung des Umbruchs klargeworden sein. Er beschäftigt sich nämlich im wesentlichen mit dieser Epoche, dem Übergang des sogenannten Patriarchats (die Bezeichnung trifft eigentlich nicht zu, da es nie eine vergleichbare Herrschaft der Frauen über die Männer gegeben hat wie umgekehrt) zum Patriarchat. Anhand der Geschichte der Regionen Griechenland, Rom und ihren Hinterländern kommt er zu folgenden Schlüssen: „Der Übergang vom sogenannten Patriarchat zum Patriarchat und besonders von der patrilinearen Sippe zur patrilinearen Familie stellte einen überaus komplizierten und langwierigen Prozeß dar, in welchem sich Überreste des Patriarchats hartnäckig erhielten“ (Bornemann, „Das Patriarchat“, S. 121). Besonders anschaulich macht er dies bei dem Vergleich der unterschiedlichen Entwicklung von Athen und Sparta. Das Gesellschaftssystem von Sparta war im Gegensatz zu dem von Athen eine „ganz einzigartige Mischung vater- und mütterrechtlicher Elemente... Wir können also von matristischen, mütterrechtlichen, ja sogar matriarchalischen Einzelementen sprechen, keinesfalls aber von einem geschlossenen matristischen System“ (ebenda, S. 331).

Damit wird deutlich, daß der Umbruch zur Klassengesellschaft differenziert erfolgt: Auf der Grundlage der Entwicklung der Produktivkräfte, die den Männern z.B. beim Übergang einer Kultur vom Sammeln (im wesentlichen Frauen) und Jagen (im wesentlichen Männer) zur Viehzucht Vormacht verleiht, kann die Einschränkung der Rechte der Frauen, oder z.B. die Abschaffung der Verwandtschaftsregelung nach der Mutter schneller oder langsamer verlaufen, aber sie verläuft, das ist das Wesen der marxistischen Auffassung. Selbst J. J. muß feststellen, daß es – zig Forschungsergebnisse für die Umwandlung einer mütterrechtlich organisierten Gesellschaft in eine „patriarchalische“ gibt, aber nie umgekehrt (S. 138). Warum wohl? Selbstverständlich garantiert z.B. ein matrilinear organisierter Stamm nicht die führende Rolle der Frau, die Marxisten haben dergleichen auch nie behauptet. Sie

erklären die führende Rolle der Frau zu Beginn der ‚Umbruchsepoche‘ nicht aus Abstammungsregelungen, sondern aus ökonomischen Verhältnissen, aus ihrem Beitrag zur Lebenshaltung, der zu dieser Zeit am bedeutensten war. Schon Engels weist auf die kommunistische Haushaltung hin, als die „sachliche Grundlage“ der Vorherrschaft der Frauen („Ursprung“, S. 58). Mit dem heutigen Forschungsmaterial kann dazu noch wesentlich mehr gesagt werden (Vergl. z.B. Bornemann: „Das Patriarchat“).

Unterdrückung der Frau in der klassenlosen Gesellschaft bzw. vor der Entstehung von Privateigentum?

In ihrem neunten Kapitel bringt J.-J. Beispiele für die Unterdrückung von Frauen in „klassenlosen“ Gesellschaften. Am ausführlichsten geht sie auf die australischen Ureinwohner ein, deshalb werden wir uns darauf beschränken. Für J. J. gehören die australischen Ureinwohner zu den „klassenlosen Wildbeutergesellschaften“, in denen nach Ansicht der Marxisten das Ideal der menschlichen Gesellschaft verwirklicht sein müßte. Sie selber gibt allerdings entscheidende Hinweise dafür, daß es sich bei diesen Gesellschaften nicht um „klassenlose“ Gesellschaften handeln kann. Sie berichtet, daß es dort bereits eine „Eigentumsdefinition“ gab, eine „gerontokratische Verfassung“ (Herrschaft der Alten), „religiöse Rituale“, „diplomatische Beziehungen zu den Nachbarvölkern“ etc. pp.

Ein Volk mit Religion, „klassenlos“? Lenin setzt sich z.B. in einem Brief an Gorki mit der Bedeutung der Religion auseinander. Er weist besonders daraufhin, daß die Religion immer ein Ausdruck der Klassengesellschaft bzw. ihrer Entwicklung ist und nicht zur „Urherde“ und „Urkommune“ gehört (Bd. 35, S. 104).

Interessant ist auch, was der bürgerliche Wissenschaftler W. Schmidbauer zu den australischen Gesellschaften in einer Polemik gegen J.-J. sagt: „Sie (die Australier) zeigen, daß auch die altsteinzeitlichen Kulturen eine nicht weniger lange Vergangenheit haben als die geschichtlichen Gesellschaften, mit ebenso vielen Möglichkeiten der sozialen Bewertung sexuellen Verhaltens“ (W. Schmidbauer, „Die Evolution der menschlichen Sexualität“, in: „Psychologie Heute, Sonderheft Sexualität, 1979“).

Als Unterdrückung der Frau bezeichnet J. J., daß Mädchen schon im Kindesalter verlobt werden, daß die Frauen bei der Eheschließung kein Selbstbestimmungsrecht über ihre Person haben und daß die „australische Eingeborenenfrau... kein Selbstverfügungsrecht über ihre eigene Sexualität“ (S. 155) habe.

Sie muß aber selber zugeben, daß den Frauen noch erheblich mehr Rechte zustehen als in anderen Gesellschaften: So haben sie bei Zereemonien „das Recht, sich einen Liebhaber zu wählen, ohne daß ihr Ehemann Einspruch erheben kann... Sie haben gewöhnlich die Möglichkeit, ihren Ehemann zu verlassen, wenn er sie schlecht behandelt. Frauen und Männer sind ökonomisch Gleichberechtigte“ (S. 155).

Bei einer derartigen Gesellschaft wäre es doch gerade interessant gewesen, zu untersuchen, inwieweit sich diese Gesellschaft im Umbruch befindet, wieweit dieser Umbruch schon vollzogen ist, welche Rechte die Frauen noch haben und welche ihnen schon genommen worden sind usw. Auf so eine Untersuchung verzichtet J.-J., denn damit müßte sie ja ihre eigenen Thesen widerlegen.

(Wir haben vollkommen darauf verzichtet, uns mit den „Forschungen“ auseinanderzusetzen, die sie von katholischen Schulen übernommen hat. Solche Forschungsergebnisse erscheinen selbst bürgerlichen Wissenschaftlern (wie z.B. Schmidbauer s.o.) als völlig unglaubwürdig, da sie als Beweis der Monogamie als Schöpfung Gottes etc. betrieben wurden).

Unser Streit mit J.-J. ging bisher im wesentlichen um die Kapitel „Evolutionismus als Sackgasse“ (6 – 9) ihres Buches (S. 97 – 149), das neben den Kapiteln 11 und 12 („Die Väter des Sozialismus: Patriarchen oder Erlöser der Frauen?“ und „Feminismus und Sozialismus: Das hundertjährige Dilemma“) den Schwerpunkt ihres Angriffes auf den Marxismus bildet. Mit den Kapiteln 11 und 12 und den insgesamt darauf aufbauenden Ratschlägen, die J. J. der Frauenbewegung gibt, wollen wir uns demnächst beschäftigen.

(Dieser Artikel wurde verfaßt von einer Genossin der AG Frauen, einer Genossin der Rosa-Zelle-Eimsbüttel, einer Genossin der AG Lesben und einem Genossen der AG Schwule alle KB Hamburg)

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Gerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
 Büro
 Schlüterstraße 4
 2000 Hamburg 13
 Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
 Peter Petersen
 Postlagerkarte 098245 A
 239 Flensburg

Geestacht
 Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 vor Herti

Kappeln
 Dagmar Schneider
 Postlagernd
 234 Kappeln

Kiel
 H. Lankau
 Postlagerkarte 09 88 93 A
 2300 Kiel 1
 Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
 Büchertisch Universität/Mensa
 Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
 und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
 Holtenstraße zwischen „Kieler
 Nachrichten“ und Buchladen „Montanus“

Neumünster
 Angelika Schuknecht
 Postlagerkarte A 023573
 2350 Neumünster

Ost-Holstein
 (Eutin, Plön, Malente)
 Postamt Eutin
 Postlagerkarte A 022853
 2420 Eutin
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 am Markt/ Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
 Postlagerkarte A 022 926
 208 Pinneberg

Reinbek
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 Kaufzentrum Reinbek/West
 Postlagerkarte A 022 926
 208 Pinneberg

Reinbek
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
 KB c/o Arbeiterbuch
 Sonnenstraße 8
 2850 Bremerhaven
 Tel. 0471/47597

Bremen
 ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
 Am Schwarzen Meer 104
 28 Bremen 1
 Tel.: 44 38 74

Niedersachsen

Braunschweig
 Postlagerkarte 081 378
 33 Braunschweig
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 bis 12 Uhr vor Karstadt
 Nordersteinstadt

Emden
 Postlagerkarte 0 674 58 A
 297 Emden

Göttingen
 Buchladen Rote Straße
 Rote Straße 10 z.Hd. KB
 34 Göttingen

Hannover
 V. Campen
 Postfach 1262
 3 Hannover 1

Hildesheim
 Postlagerkarte A 019 084
 32 Hildesheim
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
 Postlagerkarte A 017 890
 314 Lüneburg
 Sonnabend Bächerstr.
 11 bis 13 Uhr

Stade
 Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
 am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
 Postlagerkarte 070 178 A
 29 Oldenburg

Wolfsburg
 Verkauf jeden Sonnabend
 11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
 G. Wißmeier
 Postfach 22
 6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
 J. Reents Vertriebsbüro
 Buddenstr. 9
 48 Bielefeld
 Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
 Postlagerkarte A 056 011
 463 Bochum
 Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
 Kortumstr./Innenstadt
 Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
 Uni/Mensa

Duisburg
 Postlagerkarte 080 190 A
 41 Duisburg

Essen:
 Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
 Nähe Kuriplatz.
 Den AK gibt's außerdem in Buchh.
 H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
 Buchladen Bundschuh, Tiegelerstr. 39
Kamen
 Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
 Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
 in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
 Postlagerkarte A 0067 45
 4050 Mönchengladbach
 Verkauf jeden Sonnabend
 von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
 (Fußgängerzone)

Köln:
 Dienstag:
 Büchertisch-Fachhochschule für
 Sozialarbeit
 Mittwoch: Büchertisch – Uni

Hessen

Darmstadt
 Edwin Herrmann
 Am Eichbaumeck 52
 61 Darmstadt

Frankfurt

J. Reents-Vertriebsbüro
 S. Lissner
 Rödelheimer Str. 13
 6000 Frankfurt 90

Kassel
 Florian Rohs
 Kirchweg 77
 3500 Kassel

Kassel
 Florian Rohs
 Kirchweg 77
 3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
 schriftlich über Buchladen Jos Fritz
 c/o Kommunistischer Bund
 Wilhelmstraße 15

Heidelberg
 AK-Lesekreis jeden Montag und
 Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
 Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
 080 845 B
 AK-Verkauf dienstags 12-14 Uhr
 Mensa Triplex

Karlsruhe
 Heidi Zorn
 Humboldtstr. 13
 75 Karlsruhe

Stuttgart
 Postlagerkarte 924 B
 7000 Stuttgart 1

Mannheim
 „Der Andere Buchladen“
 co. KB-Sympathisanten
 M 2,6
 6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
 Verkauf jeden Dienstag
 Büchertisch 11-13 Uhr
 Gesamthochschule

Landshut
 A. Fierbeck,
 Postfach 2413,
 83 Landshut
 Verkauf jeden Sonnabend
 10 - 12 Uhr
 Altstadt vorm Oberpaur

München
 P. Tröstler
 Postfach 150472
 85 München

Würzburg
 Postlagerkarte 079303 A
 8700 Würzburg
 Verkauf mittwochs nach
 AK-Erscheinen, Alte Mensa



Lesben • Schwule



Der Fall Horst Kirchmeier — oder ein Fall für die neue Schwulenbewegung

Wir veröffentlichen im Folgenden ein Interview mit dem kürzlich in Bargteheide mit Berufsverbot belegten schwulen Diakon Horst Kirchmeier. Unserer Meinung nach bietet dieser Fall eine Reihe von wichtigen Punkten, die die Schwulenbewegung in nächster Zeit stärker diskutieren sollte. Einerseits die Bedingungen für den Kampf um Wiedereinstellung H. Kirchmeiers: offen schwul und politisch links stehend (dies drückt sich in den fortschrittlichen pädagogischen Standpunkten Kirchmeiers aus), eine relativ schwach entfaltete Schwulenbewegung, eine Kleinstadt und vor allem ein Kampf in und mit der Kirche. Zieht man diese Punkte in Betracht, kann das bisher Erreichte durchaus nicht als Mißerfolg bezeichnet werden: Der Fall war eine zeitlang fester Bestandteil öffentlicher Diskussion in Bargteheide, erreicht wurde eine erstaunlich breite Solidarisierung mit Kirchmeier auch seitens vieler heterosexueller Menschen und da seien besonders die Jugendlichen genannt. Vor dem Hintergrund einer zwar immer stärkeren aber noch insgesamt schwachen Schwulenbewegung sind das Pluspunkte auf dem Weg dahin, daß eines Tages, wenn wiederum das Recht auf Homosexualität von reaktionärer Seite bestritten wird, so gekämpft werden kann, daß der Betreffende eine Wiedereinstellung erreicht. Wir meinen auch, daß es künftig nicht darum gehen sollte, Diskussionen um die Solidarisierungsbemühungen für einen vom Berufsverbot bedrohten Homosexuellen an der „Fummel“-Frage aufzuhängen. Wir meinen, daß es Privatsache jeder Trine bleiben muß, ob sie auf einer Demo einen Fummel anzieht oder nicht. Hauptsache, die Trine solidarisiert sich überhaupt!

AG Schwule im KB

AK: Horst, kannst Du bitte noch einmal in kurzen Sätzen die wesentlichen Fakten Deines Falles schildern?

K: Ich habe hier in Bargteheide im November vergangenen Jahres mit der Jugendarbeit angefangen, habe hier praktisch an Punkt Null angefangen und habe etwas in Kürze aufgebaut — das erkennen sogar meine Gegner an. Es gibt jetzt sieben Jugendgruppen; relativ gesehen blüht die Jugendarbeit. Nach einigen Monaten schon tauchte bei den Verantwortlichen die Frage auf, ob man mich auch nach der Probezeit weiterbeschäftigen wolle, und es gab eine beträchtliche Anzahl von Negativstimmen, gerade seitens des Kirchenvorstandes bezüglich meiner Homosexualität. Es gab also eine Reihe von Leuten, die meinten, ein Schwuler in der Jugendarbeit kommt für uns nicht in Frage. Eigentlich ist die Kirche hier nicht mehr so rückständig, der Probst von Stormarn (Kirchenkreis, zu dem auch Bargteheide gehört) hat sich eingeschaltet und versucht, sich darum zu bemühen, daß ich hier bleiben könne und erreichte zumindest als ersten Schritt eine Verlängerung meiner Probezeit um weitere sechs Monate. Als nun darüber befunden werden sollte, ob ich vollständig eingestellt werden sollte, hat der Kirchenvorstand ein mehrheitliches „Nein“ mir gegenüber zum Ausdruck gebracht. D.h. im Grunde war die Verlängerung der Probezeit eine Farce, eine Konzession an den Probst. Dieser versuchte, den Kirchenvorstand ein wenig theologisch christlich zu beeinflussen und vertrat den Standpunkt, daß man meine Arbeit, meine Person beurteilen solle und nicht meine Homosexualität. Trotzdem hat sich kein Mitglied des Kirchenvorstandes, bis auf eine Frau, mit meiner Arbeit auseinandergesetzt, geschweige denn Interesse an meiner Arbeit gezeigt.

AK: Ist der §175, der u.a. aus dem Grunde noch besteht, weil Homosexuellen eine permanente „Verführungsgefahr“ für Jugendliche unterstellt wird, in Deinem Fall seitens Deiner Gegner auch ins Feld geführt worden? Und wenn ja, von wem?

K: Das läuft viel subtiler, das ist das Problem. Die Diskussion ist zuerst recht offen über meine Homosexualität gelaufen. Dann, als die Kirchenvorsteher mitbekommen haben, daß die offizielle Kirche hier schon eine liberalere Position bezieht, hat man versucht, der alten Angst neue Etiketten zu geben. Wie „Ja, er ist ja auch politisch“ und er macht ja auch eine so ganz andere Jugendarbeit, er hat so viel emanzipatorische Ansätze und die Frage sei, ob man das in einer ländlichen Gegend wie Bargteheide überhaupt wolle.

AK: D.h. also, daß Du auch als Linker rausgeschmissen wurdest.

K: Das ist ganz sicher so, wobei man allerdings auch nicht außer Betracht lassen darf, daß ein heterosexueller Mensch, der genauso fortschrittliche pädagogische Standpunkte vertreten hätte, länger gebraucht hätte, um abgeschossen zu werden. Ich sage ausdrücklich länger, denn der Kirchenvorstand ist mehrheitlich CDU. Und wenn die Leute des Kirchenvorstandes nun auch nicht alle Mitglieder sind, so hat die CDU bei der Wahl zum Kirchenvorstand mächtige Vorarbeit geleistet, im Ortsvorstand dafür geworben, daß eine ganze Reihe von Leuten aus ihren Reihen sich für einen Posten als Kirchenvorsteher beworben haben, so daß wir bei einem Versuch, mit den Kirchenvorstehern zu reden auf Reaktionen gestoßen sind, wie z.B. „Ja, wir würden vielleicht den Kirchmeier nicht so behandeln, aber wir müssen auch die Interessen derjenigen wahren, die uns gewählt haben“. Es gibt hier in der Tat eine ganz deutliche CDU-Mehrheit. Deshalb ist auch mein politisches Engagement, das theologisch und vom Evangelium her begründet ist (das ist allerdings der CDU wurscht), überwiegend auf Ablehnung gestoßen.

AK: Dir sind in der örtlichen und regionalen Presse Deine Kontakte zur SDAJ vorgeworfen worden.

K: Wir haben auch aus dem Grunde zur SDAJ Kontakt, weil es in Bargteheide keine andere politisch arbeitende

Jugendgruppe gibt. Das gleich einmal vorweg, es gibt also keine Alternative. Es gibt ja einige ganz gute Leute in der SDAJ und einige arbeiten auch in dieser Jugendgruppe der Kirchengemeinde mit. Daß ich mit der SDAJ und einigen anderen Gruppen dieses Sommerfest gemacht habe, hat also nichts damit zu tun, daß ich eine besondere Affinität (positive Beziehung) zur SDAJ habe, aber es gibt nun mal in Bargteheide keine andere Gruppe, die das mitgetragen hätte. Wir haben ein Sommerfest zusammen gemacht, und ich halte es als Christ auch für notwendig, mit Sozialisten und auch Kommunisten Bündnisse und Aktionseinheiten einzugehen und ein Stück zusammen zu arbeiten. Man muß allerdings in Deutschland dahin kommen, daß man deswegen nicht gleich den betreffenden Gruppen zugerechnet wird.

AK: Es gibt einige Differenzen in der Schwulenbewegung, wie man den bisherigen Verlauf Deines Falles einschätzen soll. Es gibt einige, die meinen, daß das kein Erfolg bisher war und nehmen als Maßstab dafür, die bis heute nicht erfolgte Einstellung Horst Kirchmeiers. Man hätte zwar zusammen gekämpft und auch solche mobilisiert und für Deine Interessen gewonnen, die vielleicht noch nie für gemeinsame Interessen auf die Straße gegangen wären, aber die Jugendlichen in Bargteheide ständen trotz allem mit Deinem Weggang vor einem „nein“ — Bargteheide ständen trotz allem mit Deinem Weggang vor einem Scherbenhaufen, denn Deine bisherige Arbeit mit den Jugendlichen findet sicherlich keine Fortsetzung. Eine andere Seite sagt, daß vorhersehbar war, daß Du nicht wieder eingestellt wirst und es war sicher ein Fehler, darauf nicht früh genug hingewiesen zu haben. Die Einschätzung wird vor allem vor dem Hintergrund einer mangelhaft entfaltenen Schwulenbewegung evtl. einleuchtend. Vielmehr muß bei den Aktionen für Deine Wieder-



einstellung die Solidarisierung mit Dir seitens vieler Jugendlicher und nicht nur schwuler Jugendlicher hervorgerufen werden. Daß gekämpft wurde, ist doch eine ganze Menge wert. Vor allem im Hinblick auf eine neue Jugendarbeit. Daß die Jugendlichen erkannt haben, daß sie ihre Interessen vertreten können, sie diese Erkenntnisse auch auf künftige Jugendarbeit in Bargteheide anwenden können. Kampferfahrung letztendlich auch für die Schwulenbewegung, mit „Normalen“ zusammen und schließlich in einer Kleinstadt.

K: Ich glaub' auch, daß es zu kurz gegriffen ist, von einem Mißerfolg zu sprechen. Ich erlebe es als einen Erfolg, wenn eine große Anzahl von Jugendlichen hier in Bargteheide gelernt hat, daß Homosexuelle Men-



schen sind, die einmal wie sie selbst auch sind und noch ein Stück mehr, daß auch sie ein Stück dieser Homosexualität haben, daß Homosexualität gar kein Problem einer Minderheit ist, sondern letztlich das Problem eines jeden Menschen, mit seiner sog. „normalen“ heterosexuellen Orientierung, so daß jeder mit seiner homosexuellen Latenz umgehen kann. Die Jugendlichen haben viel gelernt, z.B. zum Thema „Geschlechtsrollen“, haben auch gelernt, woher das kommt, z.B. Thema „Geschlechtsrollen“, haben auch gelernt, woher das kommt, daß Homosexuelle diskriminiert werden, der Zusammenhang von Sexualität und Politik ist ihnen deutlich geworden. Das ist für mich als Jugendarbeiter erstmal ein Erfolg.

AK: Diejenigen, die meinen, daß es schließlich doch kein Erfolg war, führen als Argument in die Diskussion, daß außerdem noch ein Hetzartikel im „Stormarner Tageblatt“ erschien, der die Bevölkerung noch weiter gegen Dich trieb.

K: Ich glaube, daß das Argument — wenn man sich die Geschichte ansieht — nicht einleuchtet. Der Hetzartikel im „Stormarner Tageblatt“ ist ein Produkt, das in jedem Fall gekommen wäre. Es ist außerdem vor der Demonstration am 1. September geschrieben worden, lange bevor sich das „gesunde Volksempfinden“ über die auf der Demonstration getragenen Fummel aufregen konnte. Das ist im Grunde der latente Faschismus, so wie ihn Dorothee Sölle in einer Leserzuschrift auf den Hetzartikel (siehe hierzu auch AK 163 — Anm. Red.) ebenfalls bezeichnete. Diesen Leserbrief von D. Sölle werten wiederum die Liberalen (auch ein Pastor) bereits als Überreaktion. Das nur nebenbei. Ich glaub' auch, daß es ein Erfolg für die Bevölkerung ist, denn die Auseinandersetzung mit dem Thema Homosexualität ist doch in vielen Wohnungen und Haushalten gelaufen. Das ist für uns wichtig, daß das Thema öffentlich wird. Viele Leute grüßen mich hier auf der Straße — überwiegend die einfacheren Leute.

AK: Wie geht es jetzt im „Fall Horst Kirchmeier“ weiter? Welche Einigungstermine werden noch laufen? Welche Angebote hast Du gegebenenfalls schon vorliegen? Es sei hier noch angemerkt, daß Dir auch nahegelegt wurde, Deine Finger ganz aus der Jugendarbeit herauszulassen und Dich mehr solchen Gebieten zuzuwenden, wo Du praktisch keine Möglichkeit mehr hast, im bürgerlichen Sinne „Jugendliche zu verführen“. Altenarbeit z.B. Derartige Arbeit soll „Jugendliche zu verführen“. Altenarbeit z.B. Derartige Arbeit soll selbstverständlich nicht diskriminiert werden, aber ich gehe in meiner Frage davon aus, daß der Bereich nicht so sehr Deinen Interessen entspricht.

K: Anfangs hab' ich selbst überlegt, ob es nicht sinnvoll wäre, dort zu arbeiten. Ich bin aber dann von vielen darin bestärkt worden, auch durch die mir gezeigte Solidarität von Jugendlichen und Pädagogen z.B., die Jugendarbeit weiterzumachen. Ich habe mich bereits beworben, es gibt eine Stelle in der Nachbarschaft, die einen Jugendarbeiter sucht. Ich bin z.Z. noch in Verhandlungen, es ist alles offen, aber es ist für mich schön zu wissen, daß die Leute, die hier ganz nahe bei sind, die das alles mitbekommen haben, nicht so abgeschreckt sind, daß sie sich nicht mit mir einlassen würden. Ansonsten läuft es so, daß das Schlichtungsverfahren innerhalb der Kirche am 1. Oktober läuft, es wird sicherlich nicht viel bringen. Das wird wahrscheinlich vom Gericht reduziert werden, daß ich bis zum 31. Oktober gehe und bis Ende des Jahres weiterbezahlt bekomme, daß also nicht Homosexualität als Grund für meine Entlassung thematisiert wird. Wenn mehr herauszuholen ist, werde ich es natürlich versuchen. Aber ich bin da sehr skeptisch. Das einzige, was ich noch will ist, daß die Kirche klarere Stellung bezieht. Es ist innerhalb der Kirche scharf kritisiert worden, von „Christen in der Verantwortung“ in Hamburg, daß die Kirche offiziell keine Stellung zu meinem Fall bezogen hat, gegenüber Attacken wie z.B. vom „Stormarner Tageblatt“, wo eine Theologie sichtbar wurde, die eigentlich eine Theologie der deutschen Christen im 3. Reich ist.

AK: Am 1. September gab es eine Solidaritätsdemonstration für Horst Kirchmeier und für das Recht auf Homosexualität auch in der Kirche. Hat es seitens der Schwulengruppen in Hamburg Solidaritätsbeiträge gegeben und wenn es die nicht so gab, wie hättest Du es Dir eigentlich gewünscht, woran ist das gescheitert?

K: Ich bin glücklich über die Fülle von Solidarität, die aus den Schwulengruppen gekommen ist. Das einmal vorneweg. Die Solidarität war auch sofort da und auch verbunden mit viel Hilfsbereitschaft und Einsatz. Dafür möchte ich auch danken. Daß vielleicht in der Hitze des Gefechts manche Einschätzungen zu persönlich und emotional und zu wenig politisch gelaufen sind, nicht politisch genug diskutiert worden ist, das ist ein anderes Problem, und daß muß bei einem nächsten Fall ausführlicher diskutiert werden bzw. besser gemacht werden.

AK: Horst, wir danken Dir für das Gespräch.

Gemeindeversammlung, 6.10.

„Ich kann keine Gründe nennen, warum Kirchmeier entlassen worden ist. Es soll aber auch nicht der Eindruck entstehen, daß grundlos entschieden worden ist. Weiter ist festzustellen, daß Herrn Kirchmeier keine Verfehlungen vorzuhalten sind“, sagte Pastor Denker im Bericht des Kirchenvorstandes (KV) auf der von der Gemeinde geforderten Versammlung. Wenn das kein Eieranzug ist! Die Anwesenden gaben sich aber damit nicht zufrieden, zeigten auch, daß sie mit der Entscheidung nicht einverstanden waren und verlangten Genaueres. Derart in die Enge getrieben, kamen die „Gründe“: Kirchmeier habe durch spektakuläre Aktionen die Gemeinde gespalten (Einfeldt, KV).

— Herr Müller hat entdeckt, daß Kirchmeier mit seiner

Pädagogik die Familien spalte (sprich: die Kinder sich nicht mehr bedingungslos anpassen). — Eine Frau des KV argumentierte theologisch, indem sie von rechts das kirchmeierische Konzept kritisiert.

In der Diskussion wird deutlich, daß der größere Teil der Anwesenden diese Gründe nicht akzeptiert, zudem wird dem KV eine Konzeptionslosigkeit vorgeworfen. Was Kirchmeiers Programm angeht, stellt der anwesende Propst klar, daß dies nichts Ungewöhnliches sei, dergleichen gäbe es unbeanstandet mehr, er drückt auch aus, was alle wissen: „Die zentrale Frage ist für mich die Homosexualität.“ Er räumt ein, daß die ev. Kirche in diesem Punkt im Umbruch sei, allerdings: „Ich glaube nicht, daß

Bargteheide der Ort ist, die Auseinandersetzung zu tragen.“ Hier wird's deutlich: Der Friedhofsfriede steht höher als das Recht für jeden, da zu arbeiten, wo er möchte. Die Konsequenz wäre: Schwule, geht in die Metropolen, dort verkraften sie euch eher. — Dies ist nur die subtile Form vom Berufsverbot.

Um den Arbeitgeber Kirche zu zwingen, schwule Mitarbeiter nicht mehr zu diskriminieren, wurden auf dem Kirchentag von Hamburg Mitte am 7.10. Unterschriften für eine Resolution gesammelt, die die EKD und die Landeskirchen auffordert, dafür Sorge zu tragen, daß die schwulenfeindlichen Stellen der verbindlichen Denkschrift zur Sexualethik gestrichen werden.

„KPD/ML“ — Vorh(a)ut der deutschen Arbeiterklasse?

Die Zentrumsleitung will zu alten ML-Zeiten zurück, so hört man/frau es z.Z. durch den KB gerüchten. Damit die Vertreter/innen dieser „These“ sich darüber im Klaren sind, was sie unterstellen, hier die neuesten Neuigkeiten aus dem „real existierenden ML“. Welchen enormen Weg die ZL bei der Erreichung ihres angeblichen Ziels rückwärts gehen müßte, macht ein weiteres Mal die Partei mit den tapfersten Söhnen der deutschen Arbeiterklasse deutlich: die KPD/ML. Hetzte sie bereits im vergangenen Jahr gegen die „Bunte Liste“ mit Parolen wie z.B. „...und kommt sie (die BuLi) durch, dann dürften wir wohl demnächst mit Loddels und Kessen Vätern (dem weiblichen Pendant zur Tunte) im Rathaus rechnen“ und eine generellere Charakterisierung der „Bunten Liste“, an der sich im vergangenen Jahr erstmals in einer Wählervereinigung bzw. Partei Schwule mit einem eigenen, von ihnen selbst formulierten Programmteil zu Wort meldeten: „Schwule, Emanzen und Knastologen“. Nun ja, schon damals fragten wir, ob die KPD/ML bemüht sei, den Nazis Wählerstimmen abspenstig zu machen.

Bereits 1974 machte die ML der Schwulenbewegung deutlich, daß sie rein gar nichts von Homosexuellen

hält — jedenfalls nicht, wenn sie offen als solche auftreten und aus der Problematisierung ihrer spezifischen Sexualunterdrückung einen politischen Kampf entwickeln. Auf die Anfrage einiger Bremer Schwestern aus der dortigen Schwulengruppe HAB (die damals noch mit der ML sympathisierten), was die KPD/ML denn von den Homosexuellen und der Homosexualität halte, antwortete diese, daß „vom materialistischen Standpunkt Sexualität nichts anderes ist als Fortpflanzungstrieb“. Und sie weisen gleichzeitig das Anliegen der Schwulen zurück, die allzu forscht meinten, die sozialistische Revolution müßte auch die Befreiung der homosexuellen Männer und Frauen mit sich bringen und zwar nicht als angepaßte Homophile, sondern als offen Schwule bzw. Lesben: „Das ist eben nicht der Fall! Der Sozialismus wird den Interessen der Arbeiterklasse und des breiten Volkes dienen“ und da Homosexuelle sich in der Regel nun mal nicht fortpflanzen und eigentlich den Hauptaspekt ihrer Sexualität auf Lust legen, gibts zum einen erstmal laut ML-Logik in der sauberen Arbeiterklasse keine Schwulen und da Schwule angeblich der Arbeiterklasse nicht angehören, die Revolution auch nicht für sie gemacht wird (aus „Zur mate-

rialistischen Analyse der Schwulenunterdrückung“ — S.76).

Im Jugendabteiler der ML, dem „Roten Rebell“ wurde nun abermals das Thema Sexualität behandelt. In einem fiktiven Interview mit W.I.Lenin (die Antworten wurden aus den Aufzeichnungen C.Zetkins „Erinnerungen an Lenin“ zusammengestellt) fragt die KPD/ML: „Also, Sie (Lenin) halten dieses ganze Schwulen-, Lesben- und Emanzenium durchaus nicht für fortschrittlich?“ Darauf soll Wladimir Iljitsch geantwortet haben: „Es mag sich noch so wild und revolutionär gebärden, es ist doch zuletzt ganz bürgerlich. Es ist im Besonderen eine Liebhaberei der Intellektuellen und der ihnen nahestehenden Schichten. In der Partei, beim Klassenbewußten kämpfenden Proletariat ist kein Platz dafür“. Es ist schon erbärmlich, wenn eine Partei, die immerhin den tapfersten Sohn der deutschen Arbeiterklasse zum Führer hat, auf solche Fälschungen zurückgreifen muß, um ihre vom ungesunden Volksempfinden vergifteten Standpunkte als Lenin-Zitate auszugeben. In der Tat hat Lenin niemals etwas derartiges zum Thema Homosexualität gesagt. Die oben zitierte Antwort von ihm bezog sich auf eine ganz andere Frage. Es sind schließlich



die sowjetischen Machthaber gewesen, die die Homosexualität nach der Oktoberrevolution für straffrei erklärten: „Die Strafgesetzbücher von 1922 und 1926 enthielten keinen Homosexuellenparagrafen“ (Homosexualität und Gesellschaft, S. 449).

Das fiktive Interview in der September-Ausgabe des „RR“ entlarvt

sich als plumpe Klitterung bräunster Schwulenfeindlichkeit. Aber auch in der Oktober-Nummer des „RR“ ist man alter ML-Tradition treu geblieben. Man meint, daß auch die KPD/ML für Beziehungsprobleme in der heutigen Gesellschaft keine Patentlösung parat hält, aber sie unterseide sich gewaltig „von all den sogenannten ‚Sexualreformern‘, alternativen Lebenskünstlern, männerfeindlichen Emanzen, Keuschheitspredigern, Beate-Uhse-Anhängern, von irgeleiteten (wie treu doch der Argumentation von C.Meves aufgesessen wird — Anm. AG Schwule) Lesben und Homofans“.

Und in einem Gespräch mit einem ML-Genossen meinte dieser ganz treuselig, daß schließlich Homosexualität von der Bourgeoisie gefördert werde. Da kann man nur noch mit dem Kopf schütteln bzw. mit dem Schwanz. Kann die KPD/ML mit ihren anderen Polit-Ladenhütern schon keine Blumen ernten, so erhofft sie sich zumindest über weitverbreitete Schwulen- und Lesbediskriminierung sich mit breiten Teilen der Bevölkerung einig zu werden. Die Schwulenbewegung sollte künftig auf solche Vögel ein wachsames Auge richten.

AG Schwule im KB

Kurzmeldungen

USA/Vatikan. Willkommene Hilfe bekamen die antischwulen reaktionären Kräfte nun auch von berufenster Stelle. Gerade rechtzeitig bevor der große „Gay March“ auf Washington (14. Oktober) losgehen kann (immerhin ist heute schon absehbar, daß dies das größte schwule und lesbische Happening wird, das die USA je gesehen hat), legte ein besonders „kompetenter“ eiserner Besen durch die USA: Papst Johannes Paul II. Seine Botschaft: Zurück ins Mittelalter, außerehelicher ...verkehr und Homosexualität sind weiterhin schwere Sünden (Kategorie „40 Vaterunser pro Sünde“) und Abtreibung gar ein „unaussprechliches Verbrechen (Kategorie „ewige Verdammnis“). Chomeini und Anita Bryant und schließlich Christa Mewes lassen grüßen. Inzwischen dürfte also auch dem letzten katholischen Schwulen etwas unwohl bei dieser neuen Ober-schwester werden, obwohl sie doch

wieder so entzückende Fummel trug. Aber der Schein trügt, dieser erzreaktionäre Export aus Polen, dieser „starke Mann“ sagt jeglicher Liberalisierung in „seiner“ Kirche den Kampf an: auch das französische Relikt aus der lateinischen Mottenkiste, Bischof Lefevre, kann sich wieder geborgen fühlen. Da kann man nur sagen: Willkommen im Gestern!

Bochum. Pfarrer Otto H., eifriger Kämpfer gegen die Versumpfung christlicher Ideen im allgemeinen und im Besonderen auch Kämpfer gegen die Sex-Besessenheit, indem er z.B. Besucher von Porno-Kinos und Sex-Clubs vor dem Sex-Teufel retten will, ist nun ein peinlicher Fehler unterlaufen: In der Bochumer Bahnhofsbuchhandlung wurde er dabei erwischt, wie er mit einigen Pornos im Werte von insgesamt 250 DM abhauen wollte —

allerdings ohne zu bezahlen. Sein Vorgesetzter dazu: „Er tut es aus Nächstenliebe, aber er wird sich dabei bestimmt übernehmen“. Und Otto H. selber: „Ich wollte ihnen (Porno-Kino-Besuchern) in Gesprächen helfen. Das kostet mich 1000 DM im Monat und meine ganze Kraft“. Na ja, es ist schon so mancher bei Überanstrengung nach langer Entwöhnung von intimen Angelegenheiten aus der Puste gekommen.

Für das Recht auf Pornos auch für den Klerus!

Richtigstellung

Hamburg. Leider ist uns im Artikel „Formiert sich die antischwule Rechte jetzt?“ ein bedauerlicher Fehler unterlaufen. Wir schrieben: „In Hinblick auf diese (antischwulen Tendenzen seitens konservativer und rechtsreaktionärer Kreise) Tendenzen ist es fatal, wie z.B. in der ‚Rosa‘ Nr. 17, diese Gefahren herunterzuspielen.“ Nach eingehendem Studium der betreffenden Nummer läßt sich diese Behauptung unsererseits nicht mehr aufrecht erhalten. Vielmehr wird in zwei Artikeln der „Rosa“ Nr. 17 ebenfalls darauf hingewiesen, daß die Anzeichen für eine verstärkte antischwule Kampagne auch und gerade staatlicherseits sich mehren. Dieser Fehler ist selbstverständlich keine Bagatelle und wir bitten aufrichtig, dies zu entschuldigen. Wir bemühen uns, so was nicht noch einmal passieren zu lassen.

Karlsruhe. Ein „riesiges, schwules Theater- und Film-Fest“ wird von der Karlsruher Schwulengruppe „Schwuler Frühling“ am Freitag, den 19. Oktober in der „Schauburg“ in Karlsruhe veranstaltet. Der „Schwule Frühling“ versteht dieses Fest auch als Reaktion auf die vor einem Jahr verbotene Filmveranstaltung der Schwulen durch die Stadt. Das dortige autonome Jugendzentrum solidarisierte sich mit den Schwulen und führte die Veranstaltung dann doch gemeinsam durch. Die Folge war die Schließung des autonomen Jugendzentrums.

Zum Fest haben bereits viele Kulturinitiativen aus der westdeutschen Schwulenbewegung zugesagt, u.a. die „Spalding-Sisters“, die „Maintöchter“, „Fabiola“ und „Fletcher du Bois“ aus Heidelberg. Als Filme werden „Rosa Winkel — das ist doch schon lange vorbei“ und „Gerichtstraße 15“, ein Film über die Bielefelder Schwulengruppe IHB gezeigt. Wir wünschen gutes Gelingen, auf das Karlsruhe warm bestrahlt werde.

AG Schwule im KB

Stockholm. Homosexualität ist nun auch aus dem Register für Krankheiten der staatlichen Gesundheitsbehörde gestrichen worden. Bisher war jeder Arzt verpflichtet, die Homosexualität eines Patienten den staatlichen Behörden zu melden. Von dieser diskriminierenden Praxis gegen Schwule sind die Ärzte in Schweden künftig befreit. Damit geht einher die Streichung der Homosexualität aus dem Katalog für Krankheiten. Dies ist sicherlich auch auf die in Schweden erstarkte Schwulenbewegung zurückzuführen.

Braunschweig. Einen vorläufigen Abschluß fand die Ablehnung eines schwulen Bewerbers für die Stelle eines Jugendgruppenleiters durch die „Falken“, Jugendverband der SPD. Wenn auch die Schwulenfeindlichkeit der Braunschweiger Ortsgruppe der „Falken“ nicht schlüssig bewiesen

werden konnte — Behauptung steht gegen Behauptung — so konnte schließlich doch erreicht werden, daß die „Falken“ einen Antrag, an dem rührige „Falken“-Schwestern mitstrickten, auf dem letzten Bundeskongress einbrachten: „Die SJD — die Falken — vertritt in ihrer politischen, insbesondere in ihrer pädagogischen Praxis ausdrücklich die Auffassung: ... der Mensch wird mit einem unendifferenzierten Sexualpotential geboren und ist grundsätzlich fähig, Lust ebenso allein, wie mit anders- und gleichgeschlechtlichen Partnern zu erleben. Heterosexualität ist eine Form sexueller Betätigung, nicht aber die einzig und allein richtige“ (Auszug, nach „Stadtzeitung Braunschweig“). Der Antrag wurde auf dem Kongress nicht diskutiert — es heißt aus Zeitgründen — aber zumindest ist abschbar, daß dieser Antrag vor dem Hintergrund bisheriger Standpunkte der „Falken“ zu Fragen der Sexualität angenommen wird.

Bestellen! Bestellen! Bestellen! Bestellen! Bestellen! Bestellen! Bestellen! Bestellen!

Wieder erhältlich!

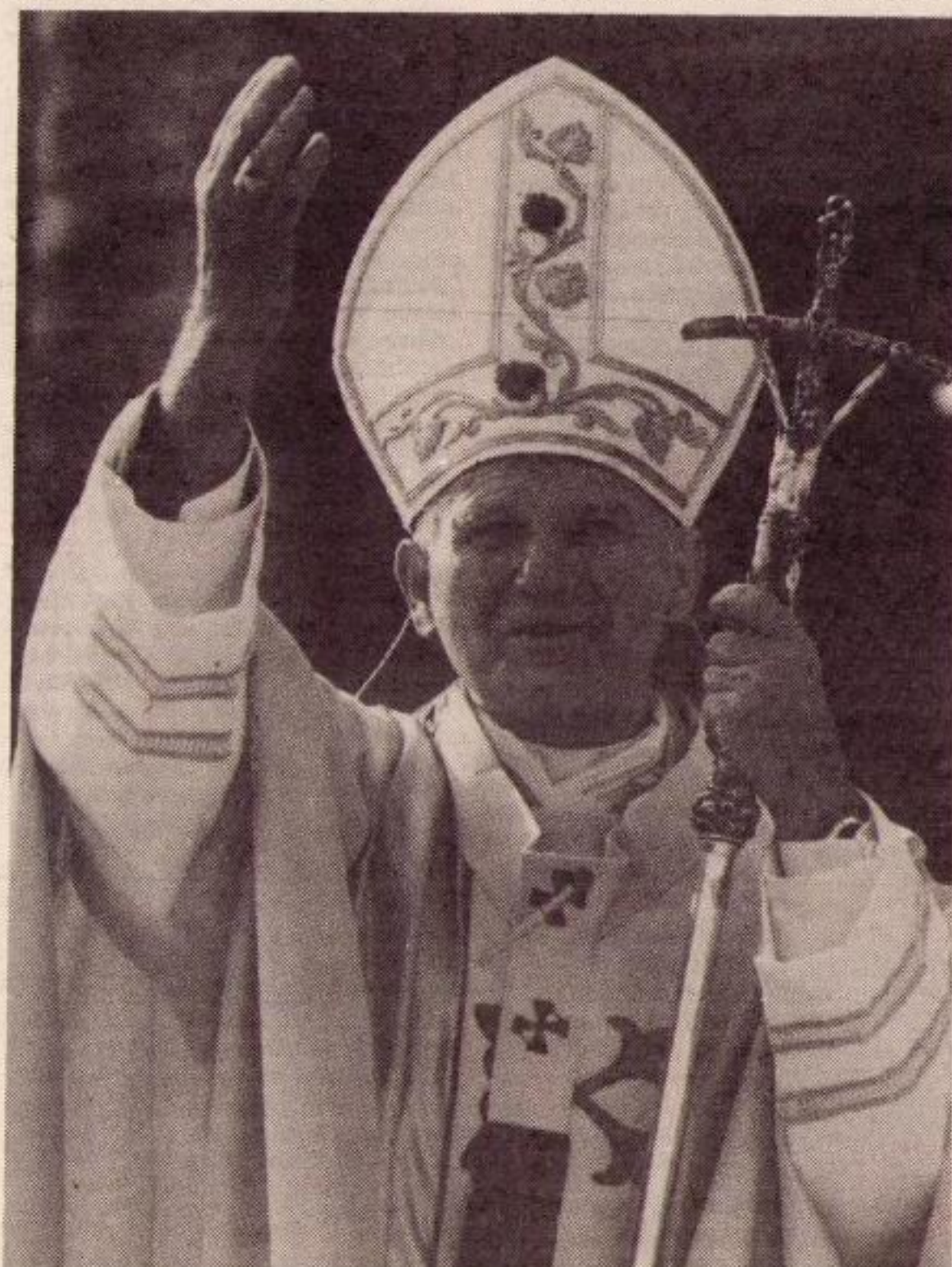


10 Jahre Stonewall — 10 Jahre Schwulen- & Lesben-Bewegung

USA: Entwicklung einer Bewegung sowie Berichte und Meldungen aus: England, Niederlande, Belgien, Griechenland, Schweiz, Skandinavien, Nordirland, Frankreich, Italien, Spanien, Australien, Lateinamerika, Kanada, UdSSR & Iran

Zum ersten Mal ausführlich in deutscher Sprache:
DIE ERGEBNISSE VON STONEWALL

Bestellungen über: J. Reents Verlag, Lerchenstraße 75, 2 HH 50; Einzelexemplar 5 DM



„Lieber ein warmer Bruder, als ein Heiliger Vater!“ (Mao; Band 6, S. 175)



Indizierung statt Verbot

Zur Arbeit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften

Seit etwa einem Jahr finden sich häufiger Zeitungsberichte wie: „Indizierungsantrag gegen das Buch „Der Jahrhundertbetrug““, „MUT“ auf dem Index“, „NS-Schallplatten indiziert“. Bundesjustizminister Vogel äußert sich „besorgt über die steigende Verbreitung profaschistischer Propagandaschriften“; der ehemalige Justizminister Jahn fordert die SPD-Fraktion auf, „jeden Fall der Verbreitung oder Verwendung von NS-Propagandamaterial und NS-Kennzeichen an die zuständigen staatlichen Organe weiterzugeben“; die „Welt der Arbeit“ (24.6.79) und die „Frankfurter Rundschau“ (9.7.79) loben in gleichlautenden Artikeln die Arbeit der BPS („Bundesprüfstelle“), sie schreiben vom „geschärften Indizierungsbe-

Als jugendgefährdend gelten u.a. auch Veröffentlichungen,

- „die das Hitlersystem bejahen“;
- „die die Absage an das Ideengut und die Methoden des Nationalsozialismus sowie den Grundsatz der historischen Wahrheit als Voraussetzung für die Selbsterkenntnis einer Nation in Frage stellen“;
- „die insbesondere Jugendlichen als eine Verteidigung und damit als Werbung für die Ideologie des Nationalsozialismus, seine Rassenlehre, seine Führung, sein Erziehungsprogramm und seine Kriegsführung erscheinen“;
- „die die Waffen-SS als Vorkämpfer einer Truppe herausstellen, die politisch von der Ideologie eines geiten Europa unter einem autoritär herrschenden Führer geleitet wird“.

Gegen die Indizierung kann beim Verwaltungsgericht Einspruch erhoben werden, dieser hat aber keine aufschiebende Wirkung.

Fallen ist es also noch schwerer, die Einhaltung der Bestimmungen zu kontrollieren.

Antifaschistische Behörde?

Man muß sich davor hüten, in der BPS oder dem Jugendschutzgesetz tendenziell fortschrittliche Institutionen zu sehen.

Der Hauptstoß der Indizierungen richtet sich gegen erotische Literatur. Zwischen 1954 und 1977 entfielen von 8.455 Indizierungen lediglich 25 auf kriegsverherrlichende Schriften! Auf dem Gebiet der Kriegs- und Nazimedien werden nur einige „Auswüchse“ erfaßt, während der sonstige Schund, Landerhefte etc. unbehelligt bleiben.

Der Jugendschutz stellt die Jugendlichen unter ein Sonderrecht, stempelt sie als unmündig ab und verleiht dem Staat das Recht zu ihrer Bevormundung insbesondere auf sexuellem und erotischen Gebiet.

Das zahlenmäßige Verhältnis von Indizierungen „pornographischer“ gegenüber kriegsverherrlichenden Veröffentlichungen spiegelt anschaulich wider, daß Liebe für den Staat viel „jugendgefährdender“ als Krieg ist! Während aber eine staatliche Einmischung auf sexuellem, moralischem Gebiet überhaupt abzulehnen ist, ist nicht einzusehen, warum der Vertrieb von NS- und Kriegspropaganda nur an Jugendliche und nicht generell verboten ist.

Mehr Schein als Sein

Damit überhaupt indiziert wird, sind einige Zufälle notwendige Voraussetzung. Nur die oben genannten Stellen sind antragsberechtigt, und nur in zwei Bundesländern (NRW, Rheinland-Pfalz) bekommt der Antifaschist, der bei diesen Stellen auf Indizierung

zwei Bundesländern (NRW, Rheinland-Pfalz) bekommt der Antifaschist, der bei diesen Stellen auf Indizierung einer Schrift drängt, „Auslagenersatz“ in Aussicht gestellt.

Aber selbst, wenn eine Indizierung erfolgt ist, so ist dadurch der Vertrieb des betroffenen Buches nicht unbedingt gefährdet. Es gibt nämlich so gut wie überhaupt keine Kontrolle, inwieweit die Indizierungen praktisch befolgt werden. Es gibt keine systematische Überwachung der betroffenen Verlage; die Einhaltung der Beschränkungen ist ebenso zufällig wie die Indizierungsanträge selbst. Die ganze Regelung basiert auf Treu und Glauben; es wird vorausgesetzt, daß Personen, die gegen die Bestimmungen verstoßen könnten (Buchhändler, Verleger, Grossisten usw.), sich von sich aus darum bemühen, dies nicht zu tun. Kein Wunder, wenn immer wieder Fälle bekanntgeworden sind, in denen trotz Strafandrohung die indizierten Schriften ungestört weiter offen gehandelt wurden, weiter für sie geworben wurde etc.

Eingefleischte Nazi-Verleger lassen sich ohnehin durch drohende Indizierungen nicht davon abhalten, ihren Dreck unter die Leute zu bringen, ggf. durch „Buchklubs“ und „Buchversand“ (dafür gelten die Indizierungen zwar auch, es ist aber wegen der geringeren Öffentlichkeit risikoloser, dagegen zu verstoßen). In obskuren Vereinen wie der „Gesellschaft für freie Publizistik“ haben sich rechte Verleger zusammengeschlossen, u.a. um möglichst effektiv gegen Indizierungen vorgehen zu können. Betroffen werden durch Indizierungen allenfalls kommerziell Interessierte, die auf Massenverbreitung und offensive Werbung angewiesen sind. Häufig machen sich die Verleger die Ausnahmestimmungen zunutze, indem sie ihren Produkten einen pseudo-wissenschaftlichen Anstrich geben.

Trotzdem: Augen auf!

Wenn auch eine Indizierung in keinem Fall das Verbot einer neonazistischen Schrift ersetzen kann und ihre Wirksamkeit nicht allzu groß ist, so ist sie doch immerhin besser als gar nichts und bietet bei entsprechender Aufmerksamkeit Antifaschisten eine Möglichkeit, gegen Verleger, Buchdienste und Händler, die solche Schriften anbieten, vorzugehen.

Ein Gesamtverzeichnis der von der Bundesprüfstelle indizierten Publikationen kann bestellt werden bei der BPS, Postfach 20 01 90, 5300 Bonn 1. Dort ist auch der periodisch erscheinende BPS-Report erhältlich, der jeweils die neuesten Fälle dokumentiert. Antifaschisten, die einen Indizierungsantrag einleiten wollen, müssen sich dazu an die zuständigen Jugendämter wenden.

Antifa-Kommission
KB/Hamburg



wußsein“, das der BPS „ein Stück Daseinsberechtigung“ zurückgebe.

Nach der Indizierung wird die Schrift/Platte in die Liste der indizierten

wußsein“, das der BPS „ein Stück Daseinsberechtigung“ zurückgebe.

Von den einen als Bollwerk gegen nazistische Umtriebe propagiert, von anderen als Zensurinstrument des bürgerlichen Staates rigoros abgelehnt, ist die BPS doch für die meisten eine Behörde, über deren Arbeit ihnen nur wenig bekannt ist. Kaum jemand weiß, was eine „Indizierung“ eigentlich bewirkt und wie sie zustande kommt.

Indizierung – Was ist das?

Ein Buch, eine Zeitschrift oder eine Schallplatte kann nur dann indiziert werden, wenn ein Antrag einer „antragsberechtigten Stelle“ an die BPS vorliegt. Antragsberechtigt sind heute die obersten Jugendbehörden der Länder, das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und – seit Sommer 78 – auch alle Jugendämter.

Diese Anträge werden von der BPS entschieden, entweder durch eine „qualifizierte Mehrheit“ des zuständigen zwölfköpfigen Prüfungsausschusses oder durch einstimmige Entscheidung eines Dreier-Gremiums.

Indiziert werden sollen Medien, die „geeignet sind, Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre sittlich zu gefährden, d.h. sozialethisch zu verwirren (desorientieren). Dazu zählen vor allem verrohend wirkende, zu Gewalttätigkeiten, zu Verbrechen oder zu Rassenhaß anreizende, den Krieg verherrlichende und verharmlosende Schriften sowie solche, die unsittlich sind“.

Zur Frage „Kriegsverherrlichung“ gibt es auf dem Papier sehr weitgehende Richtlinien: „Der Begriff kriegsverherrlichend ist weit auszulegen... Darunter fallen Darstellungen, durch welche der Krieg irgendwie qualifiziert positiv bewertet wird, durch die er als anziehend, reizvoll, als romantisches Abenteuer oder als wertvoll, oder auch nur als eine hervorragende, auf keinem anderen Gebiet zu erreichende Bewährungsprobe für männliche Tugenden und heldische Fähigkeiten oder auch nur als eine einzigartige Möglichkeit erscheint, Anerkennung, Ruhm oder Auszeichnung zu gewinnen... Eine Schrift kann auch dann kriegsverherrlichend sein, wenn sie den Krieg nicht uneingeschränkt preist“.

Rudolf Stefen (Hrsg.)

Gesamtverzeichnis indizierter Medien

Stand 31. 12. 1978



Ein Blick auf die Statistik

„Schon für die Abschlußbilanz des Jahres 1978 wirkte sich der von Amts wegen in Gang gesetzte Antrags-Boom nachteilig aus“, – so kommentierte die „Welt der Arbeit“ die Arbeit der BPS in Bezug auf NS- und kriegsverherrlichende Schriften.

Bei näherem Hinschauen entlarvt sich diese Stellungnahme als Zweckpropaganda:

Von 1960 - 1977 wurden als NS- und kriegsverherrlichend indiziert:

- 13 Bücher (davon drei Folgeindizierungen)
- 10 Landerhefte
- 2 Schallplatten (Doppel LP).

1978:

- 6 Bücher (davon allein fünf Bände der „Dokumentation“ „Signal“)
- 1 Landerheft
- 13 Schallplatten (davon 6 Doppel-LPs einer Serie)
- 1 Flugblatt („Der Angriff“ der DVG)
- 2 Hefte/Zeitschriften.

1979 (bis 22.5.79):

- 1 Buch
- 1 Sammelalbum mit
- 1 Sammelbildserie
- 4 Schallplatten (davon 1 Doppel-LP).

Nach dem 22.5. kamen hinzu: Die Januarausgabe von „Mut“ und die Bücher „Der Auschwitzmythos“ und der „Jahrhundertbetrug“.

1979 sind bis Mai nur zwei Anträge abgelehnt worden. Mit dem „Antragsboom“ ist es also gar nicht so weit her.

Freie Bahn für Nazi-Schriften?

Der BGH Karlsruhe hat entschieden, das Anbieten und der Verkauf des Hitler-Buches „Mein Kampf“ sei grundsätzlich nicht strafbar, weil es – als Schrift aus der Zeit von vor 1945 – die in der BRD bestehende Verfassungsordnung nicht bekämpfe.

Dies Urteil bedeutet eine völlige Freigabe alter NS-Schriften oder ihrer Nachdrucke, sofern ihnen nicht ein Vorwort o.ä. beigelegt ist, das im juristischen Sinne gegen die bundesdeutsche Verfassungsordnung gerichtet ist.

Kurzmeldungen

Bochum. Am 3.10. standen die beiden Faschisten Olaf Dau (Herausgeber der rechtsradikalen Schülerzeitung „perplex“) und Detlef Schumann (Mitglied des Landesvorstandes der JN-NRW) vor dem Bochumer Jugendschöffengericht. Verhandelt wurde ein Vorfall, der sich bereits vor knapp 2 Jahren, nämlich am 4.11.77, in Bochum zugetragen hatte:

Dau und Schumann waren damals zusammen mit weiteren Jungnazis auf einer Schülerfete der Bezirks-schülervertretung Bochum/Herne aufgetaucht und hatten, nachdem sie von den Veranstaltern aus dem Raum gewiesen worden waren, Jugendliche mit Tränengas angegriffen. Vier Schüler hatten sich daraufhin in ärztliche Behandlung begeben müssen. „Nach mehrstündiger Verhandlung und nach Anhörung von vierzehn Zeugen kam Jugendschöffengericht Dietmar Mölder zu dem Ergebnis, daß sich die beiden Angeklagten zwar nicht korrekt verhalten haben, daß bei ihrem Tun aber Notwehr nicht auszusprechen war“ („WAZ-Bochumer Anzeiger“, 5.10.). Die beiden Jung-Nazis wurden freigesprochen!

Was vor BRD-Gerichten bislang nicht möglich war, der österreichische Oberste Gerichtshof kann's. Er bescheinigte der „Deutschen Nationalzeitung“ des Dr. Gerhard Frey „Beteiligung im nationalsozialistischen Sinn“. Konkret geht es in dem Urteil um die „DNZ“ vom 29. April 77, und zwar die Anpreisung eines Bildbandes „Der Österreich-Anschluß“ sowie die Veröffentlichung von Teilen des Buches „Der Schwindel des 20. Jahrhunderts – Das Ende der 6-Millionen-Lüge“.

Ein Einfuhrverbot der „DNZ“ nach Österreich wird aber auch jetzt nicht erwogen. Immerhin, ein Urteil gegen Frey ist besser als die über 400 Freisprüche, die er vor westdeutschen Gerichten mitzählen konnte. („tat“, 5.10.).

Am 11.10. begann in Tübingen die Revision im „Hoffmann-Prozess“. Verhandelt wird über die Ereignisse vom 4.12.76, als Hoffmann und seine Bande im Verein mit dem rechtsradikalen „Hochschulring Tübinger Studenten“ gegen den Widerstand von Antifaschisten sich den Zugang zu dem bereits gekündigten Versammlungsort freispielen wollten.

Mehrere verletzte Antifaschisten waren das Ergebnis dieses bisher gewalttätigsten Auftritts der Hoffmann-Bande. In erster Instanz waren von 11 angeklagten Nazis 7 freigesprochen worden; 2 erhielten Jugendstrafen, Hoffmann 10 Monate auf Bewährung und HTC-Chef Heinzmann 900 DM Geldstrafe.

Ein Antifaschist wurde zu 6 Monaten und Geldbuße wegen Nötigung (er soll in einer Kette gestanden haben) verurteilt, zwei weitere wurden freigesprochen.

Der Staatsanwalt hatte für alle Linken Gefängnisstrafen gefordert und nicht zuletzt deshalb Revision beantragt. Der Bundesgerichtshof gab der Revision statt mit dem deutlichen Hinweis darauf, daß die Linken auch wegen „Mittäterschaft“ verurteilt werden könnten.

Nähere Informationen zum Prozeß, zu Terminen etc. über: TAZ-Initiative, 74 Tübingen, Rüdelsstraße 8, Tel. Tübingen, 26403.



Demonstrierende Zigeuner

Zigeuner in Deutschland In Auschwitz vergast — bis heute verfolgt

Gegen das Vergessen des Völkermords an den europäischen Roma (Zigeuner) im deutschen Faschismus und die Verweigerung der Wiedergutmachung durch die Regierung der BRD veranstaltet die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ in Zusammenarbeit mit der „Roma-Welt-Union“ (Weltverband der Zigeuner), dem „Verband der Sinti Deutschlands“ und Roma aus dem In- und Ausland eine Gedenkfeier und Kundgebung im KZ Bergen-Belsen (bei Celle) am 27.10. um 14.30 Uhr.

Dort werden vor allem NS-verfolgte Roma aus verschiedenen Ländern und der Präsident der Roma-Welt-Union sprechen.

Um den andauernden Rassismus und der Diskriminierung gegen deutsche Roma (Sinti) ein Ende zu bereiten, wenden sich die Veranstalter als ersten Schritt mit einem Memorandum an die Bundesregierung. Darin wird von der Bundesregierung gefordert:

1. Anerkennung des Tatbestandes des Völkermords an den europäischen

Roma durch das „Dritte Reich“; entsprechend der Blockreparation an den Staat Israel soll auch an die europäischen Roma eine Blockreparation gezahlt werden. Diese soll der nachwachsenden Roma-Generation zugute kommen; die noch lebenden Roma-NS-Opfer sollen endlich ihrem Schicksal angemessen entschädigt werden.

2. Die in der BRD lebenden Roma sollen die vom „Dritten Reich“ oder von der Bundesregierung entzogene Staatsangehörigkeit zurückerhalten.

3. Bundes- und Landesgesetze sowie Gemeindeverordnungen sollen nach Bestimmungen, die die Roma diskriminieren, untersucht werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Tätigkeit der angeblich 1970 geschlossenen bayrischen „Landfahrerzentrale“, die bei den Landesentscheidungsämtern negativen Einfluß auf Wiedergutmachungsverfahren genommen hat, aufzudecken sowie etwaige Verbindungen zu entsprechenden Stellen der NS- und Weimarer Zeit zu enthüllen und deren gesamt-

melte Akten ins Bundesarchiv in Koblenz zu überführen.

4. Die Vernichtung der europäischen Roma soll in den Geschichtsunterricht an den Schulen als Thema einbezogen werden; die Erforschung des Schicksals der Roma in der NS-Zeit soll gefördert werden.

5. Die Bundesregierung und die Länder sollen Zusammenschlüsse und kulturelle Aktivitäten deutscher Sinti und Roma als ethnische Minderheit mit eigener Sprache, Kultur und Tradition fördern und die Sinti und Roma als seit Jahrhunderten in Deutschland lebende Volksgruppe anerkennen.

6. Finanzierung eines Wohnungsbauprogramms für bedürftige deutsche Roma-Wohnungen, die keinen Ghettocharakter haben, sondern die Bedürfnisse der Sinti und Roma auf Kommunikation respektieren.

7. Die BRD soll endlich die Empfehlungen des Europarates für die „Zigeuner und andere Nomaden“ von 1969 verwirklichen: a) die Verunglimpfung der Roma in der Verwaltungspraxis abzuschaffen; b) die erforderlichen Wohnwagenplätze, ausgestattet mit sanitären Anlagen und Gemeinschaftseinrichtungen, für Roma zu schaffen; c) bis f) Schulmöglichkeiten und Berufsausbildungsmöglichkeiten zu schaffen; soziale Sicherheit und Gesundheitsfürsorge sollen auch für Fahrende gelten.

8. Deutsche und europäische Roma

sollen auf deutschen Campingplätzen Zutritt haben, damit der weithin praktizierte Rassismus, Roma den Zutritt zu Campingplätzen zu verwehren, ein Ende findet.

9. In allen Ausschüssen und Institutionen, in denen Entscheidungen über Roma getroffen werden, sollen Angehörige dieser Volksgruppe paritätisch beteiligt sein.

10. Die Regierung der BRD wird aufgefordert, Sprecher der Roma-Welt-Union zu einem Gespräch in Bonn zu empfangen.

Wir bitten, Personen, Gruppen, Komitees, Zeitschriften, Vereine, Organisationen, Verbände und Bürgerinitiativen dieses Memorandum zu unterstützen. Unterschriften an: Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 3400 Göttingen.

Wer bereit ist, diese Unterschrift auch öffentlich zu dokumentieren, beteiligt sich an den Kosten durch Überweisung von DM 20,- (Einzelpersonen und Aktionsgruppen) beziehungsweise von 40,- DM (Institutionen, Verbände, Organisationen) auf das Konto 297 793-207, Postscheckamt Hamburg. Das Memorandum an die Bundesregierung wird in einer, nach Möglichkeit mehreren überregionalen Zeitungen veröffentlicht. Anfang November wird es mit allen Unterschriften durch Vertreter der ROMA-Welt-Union und der Gesellschaft für bedrohte Völker der Bundesregierung übergeben werden.

Neue Beweise gegen Göttinger Nazi-Zentrum

Neue Beweise über Rolle und Funktion des Göttinger Nazi-Zentrums um den NPD-Funktionär Hans-Michael Fiedler kamen kürzlich im Rahmen der aus der Stadt Hann.-Münden bekannten „Grotefend-Affäre“ ans Licht der Öffentlichkeit.

Ein Autorenkollektiv war in einer Dokumentation der Affäre mit dem Titel: „Rechtsum zum Abitur“ detailliert auf die Verbindungen der Hann.-Mündener Rechtsradikalen Szene zu niedersächsischen Neonazis um die Göttinger Koordinierungsstelle Fiedlers eingegangen. Mit dem Mittel einer einstweiligen Verfügung war es Hans-Michael Fiedler gelungen, die Dokumentation nahezu vier Wochen im Verkauf zu stoppen.

Die „Grotefend-Affäre“

Die „Frankfurter Rundschau“ — „FR“ hatte am 22.9.78 einigen Lehrern des Grotefend-Gymnasiums die Verbreitung nazistischer Gedanken gutes vorgeworfen. Die Lehrer Karl Krah und Karl-Heinz Kausch (Oberstudiendirektor und Leiter des Gymnasiums) hatten bei ihren Schülern u. a. Material des rechtsradikalen Druffel-Verlags, „Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung“, verteilt. Der Studienrat Heiner Luthardt gab seinen Schülern die „Sechs-Millionen-Lüge“, die „Gaskammerlüge“ zu lesen und verteilte die Neonazi-Zeitschrift „Mut“. Luthardt ist außerdem Bundesführer der

Luthardt gab seinen Schülern die „Sechs-Millionen-Lüge“, die „Gaskammerlüge“ zu lesen und verteilte die Neonazi-Zeitschrift „Mut“. Luthardt ist außerdem Bundesführer der „Pfadfindergruppe Zugvögel“, die in Hann.-Münden über eine starke Gruppe verfügen — eine Gruppe, in der Jugendliche durch die Initiative von Luthardt sowie den Gruppenführer Carsten Trinks und Gerald Wagner gezielt mit neonazistischem Material und Ideen versorgt und bearbeitet werden.

Als es am 30.10.78 — kaum sechs Wochen nach dem breiten Bekanntwerden des Ausmaßes der Ereignisse — auf einer Informationsveranstaltung des Antifaschistischen Arbeitskreises und der VVN zu einem massiven Auftritt einer neonazistischen Bande kam, gehörten Mitglieder aus der von Luthardt geführten „Pfadfindergruppe“ zu den Aktivisten.

Daneben konnten anwesende Antifaschisten auch Fiedler sowie die bereits im vergangenen Jahr im Rahmen der JN/NPD aufgetretenen Jung-Nazis Jürgen Döhr und Wolfgang Neffken beobachten (s. AK 142 und 147).

In der Dokumentation heißt es über diesen Vorfall (es handelt sich um eine der im Verwaltungsverfahren indizierten Passagen):

„Nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Schul-Affäre, doch als Ausdruck verstärkter Rechtstendenzen in Münden kommt es am 30. Oktober 1978 zu teilweise gewaltsamen Konfrontationen, als eine Gruppe von fast 40 Rechtsextremisten eine Filmvorführung (...) stört. Ihr Anführer, ganz in schwarzer Ledermontur, ist der ehemalige „Zugvogel“-Gruppenleiter Gerald Wagner. Unter den Störern, die mit Hilfe eines NPD-Landesfunktionärs aus Göttingen, Northeim, Bad Lauterberg, Rinteln und Celle nach Münden zusammengerufen wurden und teilweise erst 14 Jahre alt sind, befinden sich nach Angaben von Beteiligten auch ehemalige und gegen-



wärtige Mitglieder des „Zugvogel“-Pfadfinderbundes von Studienrat Luthardt. Die Störung der Filmveranstaltung war ursprünglich als Saalschlacht mit möglichst hohem Sachschaden geplant. Für solche Zwecke können in Niedersachsen zu jedem beliebigen Zeitpunkt durch telefonische Rundrufe rechtsradikale Schlägertrupps auf die Beine gestellt werden. In Münden ist auch eine Rinteler Gruppe mit dabei, die in der rechten Szene als einer der härtesten Einsatztrupps gilt.

Bei der Filmvorführung sollen zunächst die Besucher — darunter auch ehemalige KZ-Häftlinge — solange provoziert werden, bis von ihnen der erste Schlag kommt. Danach wollen die Neo-Nazis, die sich vor allem in den hintersten Reihen postiert haben, auf ein Trillerpfeifenkommando den gesamten Saal von hinten „aufrollen“. Als Waffen werden dafür Schlagstöcke, Gummiknüppel, Schlagringe und ein Totschläger mitgeführt. Ein Führer der Rechtsextremisten aus Göttingen, Hans-Michael Fiedler, der von zwei Leibwächtern begleitet wird, soll nach Angaben eines Beteiligten den Projektor zerstören und den Film herausreißen. Mehrere „Jungen“ werden als Kuriere eingesetzt, um zusätzlich zum Abhören des Polizeifunks rechtzeitig eventuelle Schritte der Polizei erkennen zu können. Die Mündener Jugendlichen sind vor allem für solche Botendienste und nicht in erster Linie als Schläger vorgesehen.“

„Jede Art von Waffen“

Wagner, der sich von der rechten Szene losgesagt hat, hat in einem Interview mit der Zeitung „tat“ (29.6.79) über das Göttinger Nazi-Zentrum ausgeführt: „Ich habe in einer Art rechtem Büro, wo eine ganze Menge rechter Organisationen gesammelt untergebracht waren, als da wären „Unabhängiger Schülerbund“, studentische Organisationen und halt die NPD, mitgearbeitet und wurde von denen auch eingesetzt“. Wagner weiter: „Es galt als chic, eine Waffe zu haben und es wurde ziemlich damit rumgeprahlt. Ich hätte damals auch die Möglichkeit gehabt, wenn ich genug Geld gehabt hätte, jede Art von Waffen zu bekommen.“

In der Dokumentation heißt es

über Fiedler: „Fiedler ist Mitarbeiter der rechtsreaktionären Zeitschrift „Nation Europa“ sowie des NPD-nahen „Deutschen Hochschul-Anzeigers“ und wirkt an der Herstellung von Flugschriften mit. Er koordiniert in Südniedersachsen die Aktionen der NPD und der Jungen Nationaldemokraten, deren Flugblätter („Den roten Terror brechen“, „Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk“) am 27. September 1978 auch am schwarzen Brett der Mündener Realschule I auftauchten. Großangelegte Aktionen, wie die Störung einer antifaschistischen Filmveranstaltung im Mündener Haus der Jugend, für die Gerald Wagner per Rundruf mehrere Dutzend Gefolgsleute aus verschiedenen niedersächsischen Städten mobilisieren konnte, werden zwischen Münden und Göttingen abgesprochen.“

In Fiedlers Büro in der Göttinger Burgstraße residiert neben dem „Studentenbund Schlesien“ auch die Bundesführung des laut Verfassungsschutz „rechtsextremistischen“, „Unabhängigen Schülerbundes“ (USB) mit Christian Heck an der Spitze, für den Wagner ursprünglich auch eine Mündener Ortsgruppe aufbauen sollte. Flugblattentwürfe von Fiedler und Heck diskutierte Wagner auch mit Luthardt.

Die Göttinger Koordinierungsstelle verfügt im übrigen über eine umfangreiche Kartei mit Daten von Personen, darunter auch Kommunalpolitikern, die irgendwann einmal gegen NPD

Die Göttinger Koordinierungsstelle verfügt im übrigen über eine umfangreiche Kartei mit Daten von Personen, darunter auch Kommunalpolitikern, die irgendwann einmal gegen NPD und Neonazis aufgetreten sind. In der von Heck geführten Kartei sind sogar Kfz-Kennzeichen gespeichert. Die Fahrzeughalter können über einen Mittelsmann in Celle festgestellt werden. Aus der Kartei hat Wagner gelegentlich auch Unterlagen für Luthardt besorgt, beispielsweise über einen Leserbriefschreiber, der sich gegen die „Zugvögel“ gewandt hatte. Die rechte Szene verfügt auch über einen Vertrauensmann in der Mündener Stadtverwaltung, der sie mit internen Informationen versorgt.“

Im wesentlichen auf Grund der zitierten Passagen beantragten die Belasteten Fiedler und Heck eine einstweilige Verfügung beim LG Göttingen.

In der mündlichen Verhandlung letzte Woche legten die Prozeßbevollmächtigten des Verlages umfangreiches Beweismaterial zu den indizierten Stellen vor. So konnte u. a. belegt werden, daß Fiedler, Mitglied des „Ostpolitischen Deutschen Studentenverbandes — ODS“, Herausgeber der Zeitung „Deutscher Hochschulanzeiger“, den USB aufgebaut hat und auch die Mobilisierung und Koordination für Kundgebungen der JN/NPD (so am 11.2.78 und 14.5.78 in Göttingen) über die Göttinger Zentrale in der Burgstraße abwickelte.

Weiterhin konnte durch eine eidesstattliche Erklärung des o. g. Gerald Wagner die Existenz einer von Heck geführten Kartei (Heck ist heute Bundesvorsitzender des ODS und Bundesgeschäftsführer des USB) bewiesen werden.

Angesichts dieser Fakten war das Gericht gezwungen, die einstweilige Verfügung gegen die Dokumentation aufzuheben.

Antifa-Kommission Göttingen

Zigeuner — Roma — in Auschwitz vergast — bis heute verfolgt



**Gedenkfeier und Kundgebung
am Samstag, 27. Oktober 1979, 14.30 Uhr im ehemaligen
KZ Bergen-Belsen bei Celle**

**Gedenkfeier und Kundgebung
am Samstag, 27. Oktober 1979, 14.30 Uhr im ehemaligen
KZ Bergen-Belsen bei Celle**

Um die Beendigung der Diskriminierung der Roma zu fordern, unterzeichnen Sie das MEMORANDUM an die Bundesregierung. Die Texte sind anzufordern bei: GfBV, Postfach 159, 3400 Göttingen. Unterstützen Sie die Aktion durch Spenden auf PSK Hamburg 297793-207.

Informationskennzeichen: Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa. Hrsg. Gesellschaft für bedrohte Völker, herausgegeben, September 1979, 346 Seiten, 900 000.

Veranstalter: 'Gesellschaft für bedrohte Völker' — 'Roma-Welt-Union' (Weltverband der Zigeuner) — Verband deutscher Sinti und Roma aus dem In- und Ausland

Kontakt: Tel. 0551/4 68 61 oder 0611/77 13 84, 0551/4 62 74, 0541/6 36 63, 0551/7 77 08
Postfach 159, 3400 Göttingen, GfBV/Gedenkmarcsh Bergen Belsen

Literaturhinweise:
In Auschwitz vergast — bis heute verfolgt. Zur Situation der Zigeuner in Deutschland und Europa. Herausgegeben von Titman, Zürich für die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ mit einem Vorwort von Ernst Tugendhat. Reinbek, August 1979, DM 6,80.
Grattan Puxon/Donald Kenrick: Die Vernichtung der europäischen Zigeuner im NS-Staat. Pogram Nr. 66/70, Sonderausgabe, Paperback, herausgegeben von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ mit Koordination der Christlich-Jüdischen Gesellschaften. Göttingen, September/Oktober 1979, DM 7,80.
Schwab, Gert/Wupper, Edgar: Zigeuner — Porträt einer Randgruppe. Weinheim und Basel, Mai 1979, Buchverlag, DM 24,80.
Geiges, Anita/Wette, Bernd: Zigeuner heute — Verfolgung und Diskriminierung in der BRD, Köln, Oktober 79, Lamuv-Verlag, DM 24,80.
George von Soos: Zigeuner zwischen Verfolgung und Integration (vor allem für Sozialarbeiter etc.). Beltz Monographien, Weinheim und Basel 1979.

Gedenktafel am KZ Esterwegen nun doch genehmigt

Wie in AK 162 berichtet, hatte die Bezirksregierung Weser/Ems die Aufstellung einer Gedenktafel am KZ Esterwegen verboten. Dieses Verbot — vom DGB-Landesvorsitzenden Drescher auf einer antifaschistischen Kundgebung als „Ausdruck geistiger Verwirrung“ geißelt — ist nun vorläufig zurückgenommen worden. Niedersachsens Innenminister Möcklinhoff selbst war mit Vertretern des DGB und des „Arbeitskreises Carl von Ossietzky“ zusammengekommen und hatte zudem die Unterstützung des Landes für den Plan einer zentralen Gedenkstätte für die „Moorlager“ des Emslandes zugesichert. Am 18.10. soll dazu eine erste Sitzung stattfinden.

Die trotz Verbot aufgestellte Gedenktafel war Ende September mit Hakenkreuzen beschriftet worden. Die Polizei allerdings brauchte zwei Ortsbesichtigungen, um diese Schmierereien festzustellen. Beim ersten Mal hatte sie „wegen schlechter Lichtverhältnisse und Regens“ das Hakenkreuz glatt „übersehen“.

Leider hatte sich in AK 162 ein Fehler eingeschlichen: In der Überschrift stand zu lesen, daß die Stadt Esterwegen habe die Aufstellung der Gedenktafel verboten. Wie im Text richtig zu lesen war, war es in der Tat die Bezirksregierung Weser/Ems, die für dieses Verbot verantwortlich zeichnete.

NS-Prozeß gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn:

Seit 34 Jahren von westdeutschen Behörden verschleppt

Am 23. Oktober beginnt in Köln der Prozeß gegen die drei Ex-SS-Männer Kurt Lischka, Herbert-Martin Hagen und Ernst Heinrichsohn. Die Anklage wirft ihnen vor, von März 1942 bis Mai 1944 führend an der Deportation französischer Juden in Konzentrationslager, meist Auschwitz, mitgewirkt und sich damit der Beihilfe zum Mord schuldig gemacht zu haben.

Lischkas Nazi-Karriere

Kurt Lischka vollzog eine steile Karriere im Nazi-Parteiparat: Vom SS-Untersturmführer zum SS-Sturmabführer im Verlauf eines Jahres, 1938; SS-Obersturmbannführer im April 1942. Ähnlich schnell war seine Karriere in seinen „Zivil“-Funktionen: Gerichtsassessor 1935; Regierungsassessor 1936; Regierungsrat 1938. Lischka leitete die Massenverhaftungen deutscher Juden am 13.6. 1938 (die erste Aktion dieser Art) und die auf die sog. „Reichskristallnacht“ folgenden im November 1938. Im Oktober 1938 war Lischka beteiligt an der „Abschiebung“ von ca. 20.000 Juden nach Polen. 1939 wurde Lischka Leiter der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“. Ebenfalls 1939 wurde er Leiter des „Judenreferats“ der GeStaPo. Er war damit der unmittelbare Vorgänger von Eichmann.

Am 1.4.40 wurde Lischka Leiter der GeStaPo in Köln. Das blieb er bis zum 1.11.40; dann wurde er in verschiedenen leitenden Funktionen zum SiPo-SD beim Militärbefehlshaber im besetzten Frankreich versetzt. Seit Anfang 1941 betrieb die deutschen Besatzungsbehörden in Frankreich die „Endlösung der Judenfrage“. An all diesen Aktivitäten war Kurt Lischka entweder direkt beteiligt oder sie waren von ihm inspiriert. Nach vorbereitenden Maßnahmen gingen die Besatzer ab März 1942 an die systematische Deportation der Juden in Konzentra-

tionslager. In einem Dokument vom 13.5.42 wird enthüllt, daß der Zweck der Deportationen allen Verantwortlichen klar war: „In der 1 1/4 Stunde dauernden Unterredung ... konnte ich (Dannecker, Judenreferent der SiPo) feststellen, daß er (Generalleutnant Kohl, Chef der Eisenbahntransportabteilung) ein kompromißloser Judenfeind ist und eine Endlösung der Judenfrage mit dem Ziel restloser Vernichtung des Gegners 100 %ig zustimmt“. Das Dokument wurde Lischka vorgelegt und trägt sein Handzeichen. Vom November 1943 bis Mai 1945 war Lischka wieder im „Reichssicherheitshauptamt“ (RSHA) in Berlin. Dort wurde er Mitglied einer „Sonderkommission 20 Juli“, die die Verschwörer des 20. Juli verfolgte. Er leitete persönlich die Ermittlungen gegen neun Spitzenmilitärs der Wehrmacht, von denen dann sechs hingerichtet wurden. Für seine „Verdienste“ wurde Lischka im Dezember 1944 zum zweitwichtigsten Gestapo-Offizier, nach ihrem Leiter Müller, ernannt.

Die Komplizen: Hagen und Heinrichsohn

Herbert-Martin Hagen wurde 1939 SS-Hauptsturmführer, 1941 SS-Sturmabführer, 1945 Obersturmbannführer. Hagen war enger Freund und Mitarbeiter Eichmanns im SD-Hauptamt, dort mit „Judenfragen“ befaßt. Im Juni 1940 war er Kommandeur der SiPo-SD von Bordeaux, wo er im Oktober 1941 alle Juden aus der Umgebung festnehmen und 50 von ihnen sofort erschießen ließ. Im Mai 1942 wurde er Leiter der Abteilung VI der SiPo-SD beim Höheren SS- und Polizeiführer in Frankreich. Er war aktiv an allen Maßnahmen gegen Juden und an Geiselschießungen beteiligt.

Ernst Heinrichsohn war 1940 Mit-



Demonstration französischer Antifaschisten gegen Straflosigkeit für Naziverbrecher im Kölner Gerichtsgebäude

arbeiter des „Judenreferats“ der GeStaPo in Frankreich; 1943 Mitarbeiter von Lischka; 1944 Angehöriger der Abteilung IV E der GeStaPo in Frankreich. Nach Augenzeugenberichten war Heinrichsohn ein überaus sadistischer Mörder.

Nach 1945 – beliebt, begehrt, geschützt

1945 wurde Lischka zunächst in Lagern der britischen und französischen Besatzungszone interniert. Am 2.5.47 wurde er zum Verhör über die Ermordung zweier tschechischer Generale an die Tschechoslowakei ausgeliefert. Am 22.8.50 wurde Kurt Lischka nach Deutschland zurückgeschickt; seit 1950 lebte er in Köln. Offiziell arbeitete Lischka in der Firma seines alten Freundes Krücken. Tatsächlich aber nahm Lischka im neuentstandenen Bundesamt für Verfassungsschutz zusammen mit 15 anderen SD- und GeStaPo-Leuten eine führende Stellung ein! Auch im Kölner Polizeiparagrafen besaß Lischka gute Freunde: der damalige Leiter der Kölner Kripo, Karl Kiene, war vor 1945 SS-Sturmab-

führer und Kriminalrat im RSHA; sein Stellvertreter Wilhelm Hucko war ebenfalls SS-Sturmabführer im RSHA.

Im September 1950 wurde Lischka von einem Militärgericht in Paris in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt. Trotzdem konnte Lischka die 29 Jahre seitdem nahezu ungestört verbringen. Denn seine ehemaligen Freunde und Mitarbeiter saßen auch schon wieder im diplomatischen Dienst der BRD. Hier war der entscheidende Mann Ernst Achenbach (FDP). Er war Vorsitzender des Rechtsausschusses des Bundestages. Das Inkrafttreten eines 1971 unterzeichneten Abkommens, das die gerichtliche Verfolgung von in Frankreich in Abwesenheit verurteilten Naziverbrechern ermöglichen sollte, wurde von Achenbach — als ehemaliger Mitarbeiter der Nazi-Botschaft in Paris selbst in die SS/GeStaPo-Verbrechen verwickelt — jahrelang verhindert. Erst auf Druck der internationalen Öffentlichkeit trat Achenbach 1974 zurück; das Abkommen trat 1975 in Kraft.

Es dauerte aber noch einmal drei Jahre, bis der Leiter der „Zentralstelle“ in Ludwigsburg, Oberstaatsanwalt Gehrling, endlich aufgrund des französischen Anklagematerials Anklage gegen Lischka sowie Hagen und Heinrichsohn erhob. Angeblich habe man nicht einwandfrei nachweisen können, daß die drei von der geplanten Ermordung der Deportierten gewußt hätten. Ein kurzer Hinweis zu den Karrieren der beiden anderen Angeklagten nach dem Krieg: Hagen, der 1955 in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt wurde, lebt heute in Warstein, Wilhelmstr. 34, als kommerzieller Direktor einer Firma für Industrie-Apparatebau. — Heinrichsohn ist heute Rechts-Anwalt in Miltenberg/Bayern und war zwischenzeit-

lich auch CSU-Bürgermeister von Bürgstadt, wo er in der Freudenbergerstr. 2 wohnt.

Lischka, Hagen, Heinrichsohn in den Knast!

Ein besonders finsternes Kapitel ist die Reaktion westdeutscher Behörden auf den Versuch, Licht in diese Affäre zu bringen:

Das Ehepaar Beate und Serge Klarsfeld drängt seit Jahren auf eine baldige Eröffnung des Prozesses und rasche Verurteilung von Kurt Lischka und anderen Naziverbrechern, die in Frankreich „arbeiteten“. Am 22. März 1971 versuchten die beiden, Lischka nach Frankreich zu entführen. Der Versuch mißlang; Beate Klarsfeld wurde zu zwei Monaten Haft verurteilt (von dem berüchtigten Richter de Somoscoy), ebenso ihr Mann Serge.

Im Jahre 1975 warfen mehrere französische Antifaschisten im Büro von Lischka die Fensterscheiben ein, um auf den Skandal aufmerksam zu machen. Sie wurden zu Geldstrafen zwischen 600 und 4.000 DM verurteilt.

Der Fall Lischka zeigt in aller Deutlichkeit, daß

- die Wiedereinnistung alter Nazi-Funktionäre im westdeutschen Staatsapparat nach dem Krieg nicht Ausnahme, sondern Regel ist;
- die westdeutschen Behörden kein ernsthaftes Interesse an der konsequenten Verfolgung von Naziverbrechern haben;
- selbst dann nicht, wenn es sich nicht um „kleine Fische“, sondern um Spitzenleute des Terrorapparates und vieltausendfache Mörder handelt.

KB/Gruppe Köln

Die braunen „Grünen“

Walther Soyka und sein Kompagnon Roland Böhlinger (beides „Luden-dorffer“) sind bekannte Gestalten am braunen Rand der grünen Szene. Im Heft 3/79 der „Kernpunkte“ (Zeitschrift des Böhlinger/Soyka geleiteten „Instituts für biologische Sicherheit“) wird der aktuellste Stand des Umkreises dieser Atomgegner vorgeführt: Einen Spendenaufruf zugunsten des „Instituts“ haben (neben vielen anderen) so interessante Leute wie Dr. M. O. Bruker unterzeichnet, seines Zeichens Ex-WSL-Präsident und langjähriger FSU-Förderer, zugleich seit Jahren Mitglied des „Wissenschaftlichen Beirats“ der Rassistengesellschaft „Gesellschaft für biologische Anthropologie“ des Krawall-Nazis Rieger. Weiter unterzeichnete der als rechter GLU/Bremen-Aktivist bekannte Ludwig Pfannkuche (früher beim „5%-Block“ dabei, in dem auch der „NSDAP-Propagandist Schönborn seine Finger drin hatte“; ebenso fanden Soyka/Böhlinger die

Unterstützung des unter verschiedenen Organisations-Namen agierenden Ludwig Stenuf, der antisemitische und sonstige Nazi-Propaganda treibt. Auch Jürgen Funk, Hannover, fehlt nicht — ehemals WSL-Funktionär, wegen rassistischer Propagandatätigkeit aus dem WSL ausgeschlossen. Wilhelm Weis, Ex-Chef der „Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“ und 2. Vorsitzender in Rieggers Anthropologie-Gesellschaft, gelegentlicher Gast bei dem „NSDAP“-Propagandisten Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge“), ist für Soyka und Böhlinger natürlich auch der richtige Mann. Und bei so viel ehrenwerter Unterstützung darf verständlich auch ein weiteres prominentes Mitglied der „NSDAP“-Szene nicht fehlen — Manfred Roder, auf Flucht befindlicher Ex-Rechtsanwalt, notorischer Nazi-Propagandist und, wie zu sehen ist, Atom-Gegner der Soyka/Böhlinger-Richtung...

Die braunen „Grünen“

Unterstützung des unter verschiedenen Organisations-Namen agierenden Ludwig Stenuf, der antisemitische und sonstige Nazi-Propaganda treibt. Auch Jürgen Funk, Hannover, fehlt nicht — ehemals WSL-Funktionär, wegen rassistischer Propagandatätigkeit aus dem WSL ausgeschlossen. Wilhelm Weis, Ex-Chef der „Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“ und 2. Vorsitzender in Rieggers Anthropologie-Gesellschaft, gelegentlicher Gast bei dem „NSDAP“-Propagandisten Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge“), ist für Soyka und Böhlinger natürlich auch der richtige Mann. Und bei so viel ehrenwerter Unterstützung darf verständlich auch ein weiteres prominentes Mitglied der „NSDAP“-Szene nicht fehlen — Manfred Roder, auf Flucht befindlicher Ex-Rechtsanwalt, notorischer Nazi-Propagandist und, wie zu sehen ist, Atom-Gegner der Soyka/Böhlinger-Richtung...

Unterstützung des unter verschiedenen Organisations-Namen agierenden Ludwig Stenuf, der antisemitische und sonstige Nazi-Propaganda treibt. Auch Jürgen Funk, Hannover, fehlt nicht — ehemals WSL-Funktionär, wegen rassistischer Propagandatätigkeit aus dem WSL ausgeschlossen. Wilhelm Weis, Ex-Chef der „Gesellschaft für Erbgesundheitspflege“ und 2. Vorsitzender in Rieggers Anthropologie-Gesellschaft, gelegentlicher Gast bei dem „NSDAP“-Propagandisten Thies Christophersen („Auschwitz-Lüge“), ist für Soyka und Böhlinger natürlich auch der richtige Mann. Und bei so viel ehrenwerter Unterstützung darf verständlich auch ein weiteres prominentes Mitglied der „NSDAP“-Szene nicht fehlen — Manfred Roder, auf Flucht befindlicher Ex-Rechtsanwalt, notorischer Nazi-Propagandist und, wie zu sehen ist, Atom-Gegner der Soyka/Böhlinger-Richtung...

„Mit Brecht gegen Carstens und Strauß“

Zur Erinnerung: Anlässlich der Wahl des Alt-Nazi Carstens zum Bundespräsidenten hatten für den 23. Mai zahlreiche namenhafte Demokraten und Antifaschisten zu einer Protestdemonstration in Bonn aufgerufen. Der Demo voran ging die szenische Gestaltung des Brecht-Gedichts „Der Anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy“, eine Charakterisierung all derer, die dem Nazi-Regime ebenso eifrig dienten, wie sie danach für sich und Ihresgleichen „Freiheit und Democracy“ forderten und bekamen.

Die Mitwirkenden dieses Zuges aus dem Ruhrgebiet luden für den 6.10. zu einer Veranstaltung in Essen ein, „zur Dokumentation des Anachronistischen Zuges in Bonn“ sowie als „Ansporn, nicht nachzulassen bzw. anzufangen mit dem Kampf für Frieden und Demokratie, und um mitzuwirken, daß Demokraten und Antifaschisten über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg noch enger zusammenstehen gegen jede Rehabilitierung des Faschismus und den Machtantritt eines F.J. Strauß“. Im Programm waren u.a. zwei Filme über den „Anachronistischen Zug“ in

Bonn, Hanne Hiob-Brecht mit Rezitationen, das Kabarett „Peffermühle“ aus Bochum, der Eisler-Chor aus Essen und Klaus Thüsing (MdB). Soweit eine duftige Sache.

Der Haken dabei war, daß die Organisatoren dieser Veranstaltung (die insbesondere dem „Arbeiterbund“ München nahestehen) es „vergessen“ hatten, die örtlichen Strauß-Gegner und Linken in die Vorbereitung und Mobilisierung mit einzubeziehen: Dabei hatten die Organisatoren dieser Veranstaltung noch vier Wochen vorher im Essener Anti-Strauß-Komitee mitgearbeitet, wo eine ganze Anzahl Antifaschisten rumsaß und nur darauf wartete, nach der gelungenen Anti-Strauß-Aktion gemeinsam weiterzukämpfen.

Da ich als Begründung nur erfuhr, man habe „keine Zeit gehabt“, noch andere Leute und Gruppen anzusprechen, drängt sich die Vermutung auf, daß sie kein Interesse an der Zusammenarbeit mit anderen Strauß-Gegnern hatten und statt dessen einen Alleingang versuchen wollten — was ihren oben zitierten Zielen widerspricht.

Die Quittung für dieses Vorgehen

Nochmals zum NPD-Bundesparteitag

Wie in AK 163 berichtet, plant die NPD für den 8. und 9.12. in Ketsch bei Mannheim ihren Bundesparteitag. Dazu ist zu sagen: Schon am 21.9. hatte der Bürgermeister von Ketsch in einem Schreiben an die NPD die Überlassung der städtischen Rheinhalde zurückgezogen. Wir fordern dennoch alle Antifaschisten auf, sich auf keinen Fall auf diese „Kündigung“ zu verlassen, da aller Erfahrung nach o h n e antifaschistische Mobilisierung die NPD diesen oder einen anderen Saal mit Sicherheit erhalten wird.

Für Samstag, 27.10., hat die Antifaschistische Initiative Mannheim/Ludwigshafen zu einem Landestreffen in Mannheim eingeladen. Kontaktadresse zwecks näherer Information: Der andere Buchladen c/o Antifa-Initiative Ma/Lu, 6800 Mannheim 1, M2,6.

Nochmals zum NPD-Bundesparteitag

Wie in AK 163 berichtet, plant die NPD für den 8. und 9.12. in Ketsch bei Mannheim ihren Bundesparteitag. Dazu ist zu sagen: Schon am 21.9. hatte der Bürgermeister von Ketsch in einem Schreiben an die NPD die Überlassung der städtischen Rheinhalde zurückgezogen. Wir fordern dennoch alle Antifaschisten auf, sich auf keinen Fall auf diese „Kündigung“ zu verlassen, da aller Erfahrung nach o h n e antifaschistische Mobilisierung die NPD diesen oder einen anderen Saal mit Sicherheit erhalten wird.

Nachtrag: In Bonn war der „Zug“ bereits durch den Polizeipräsidenten zensiert worden. In Essen versuchte die Universitätsverwaltung durch ein Raumverbot, das nachher gerichtlich aufgehoben wurde, die Veranstaltung kurzfristig zu verhindern. Ihre Begründung: Es sei kein kultureller Brechtabend, sondern eine politische Veranstaltung. Und: „Insbesondere besteht die Gefahr, daß im Zusammenhang mit der geplanten Veranstaltung Straftaten verwirklicht werden...“

Ein Genosse aus Essen

Hinweis: Demnächst erscheint eine Bild-Dokumentation über den „Anachronistischen Zug“. Preis ca. 16 DM. Bestellungen bei Angela Kamrad, Tulbeckstr. 4, 8000 München 2.

„Hilfskomitee Südliches Afrika“

— erneut mit CDU-Prominenz

Am 15./16.9. fand in Coburg das nunmehr vierte „Afrikaseminar“ des von Peter Dehoust, NPD-Funktionär und Herausgeber des rechtsradikalen Blattes „Nation Europa“, initiierte „Hilfskomitee Südliches Afrika“ (HSA) statt. Mitveranstalter war erneut die „Oberfränkische Regionalorganisation der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft“, deren Vorsitzender, ein CDU-Mitglied, seit längerem mit dem „HSA“ zusammenarbeitet.

Neben internationaler Beteiligung grüßten die CDU-MdBs Niegel und Regensburg die Teilnehmer. Zumindest Niegel hatte auch früher nichts dabei gefunden, mit NPDlern auf diesen „Seminaren“ zusammenzusitzen. Ebenfalls beste Grüße übermittelte Dr. Hans-Günter Weber, Oberstadtdirektor in Braunschweig, Führer der rechten SPD-Abspaltung SDU und der SDU-nahen „Ludwig-Frank-Stiftung“ („Mut“, 10/79).

Wer finanziert das?

Nun ist es gerichtsnotorisch: Das „Deutschlandmagazin“ von Kurt Ziesel, Vorstandsmitglied der „Deutschlandstiftung“, hat kapitalkräftige Freunde. In einem Prozeß gegen den Autor des Buches „Deutschland-Stiftung“, Hans-Dieter Bamberg, unterlag Ziesel in den wesentlichen Punkten. Bamberg darf weiterhin — sinngemäß — behaupten:

- Die Deutschland-Stiftung arbeite gegen die Demokratie und zähle zu den demokratiefeindlichen Gruppierungen.
- Die Firma Daimler Benz unterstütze die Deutschland-Stiftung jährlich mit 150.000 DM; die Firma übernimmt nämlich den Druck des „Deutschlandmagazins“.
- Auch die Behauptung, der Wirtschaftsrat der CDU e.V., der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gehörten zu den Unterstützern der „DS“, darf auf-

rechterhalten werden.

Andere, nebensächliche Punkte darf Bamberg nicht weiter verbreiten. Die entsprechenden Stellen im Buch allerdings müssen nicht eingeschwärzt werden.

Eine dieser „Nebensächlichkeiten“ ist höchst aufschlußreich: Ab sofort ist die Behauptung gerichtlich verboten, Ziesel sei „Schriftleiter“ des „Völkischen Beobachters“ gewesen. Dies sei — so das Gericht — ein gesetzlich geschützter Titel gewesen, den Ziesel in der Nazi-Zeit zu U n r e c h t gebraucht hätte. Daß Ziesel im „Völkischen Beobachter“ mit dem Kürzel „K.Z.“ Kolumnen füllte, bleibt allerdings unumstritten. („Welt der Arbeit“, 4.10.).



Neonazis vor Gericht

Der Uralt-Nazi Carus Baagoe (85 J.) stand in Hamburg vor Gericht wegen antisemitischer Briefe, die er zu Beginn der Serie „Holocaust“ verschickt hatte. Urteil: 6000 Mark Geldbuße wegen Aufstachelung zum Rassenhaß. (Hamb. Abendblatt, 28.9.). Baagoe ist bekannt als Nazi-Aktivist durch seinen Auftritt mit „Hitlergruß“ 1974 im Hamburger Haus des Sports anlässlich des Besuchs von „NSDAP/AO“-Führer Lauck. Seitdem trat er als Freund und Beistand von Erwin Schönborn auf, als Gönner der „Hansa“-Bande (anwesend auf diversen Pressekongressen) und als Verfasser einiger bei Thies Christophersen zu beziehenden Schriften.

★

In einem Nachfolgeprozeß des West-Berliner NSDAP-Prozesses wurden Pehr E. (34) zu 6 1/2 Monaten auf Bewährung und 300 Mark Buße und Wedo B. (71) zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Beide hatten an Versammlungen der „NSDAP“ teilgenommen und besaßen „NSDAP“-Material. Der Richter wies in diesem Urteil darauf hin, daß er nach den Alliierten Bestimmungen für West-Berlin habe richten müssen, die z.T. anders seien als die BRD-Rechtsprechung. Z.B. sei in der BRD der Besitz von Nazi-Propaganda nicht strafbar! Er fragte, ob die Alliierten Bestimmungen noch mit den Verfassungsgrundsätzen der BRD übereinstimmen. Justizsenator Peter Meyer erwiderte: „Ja, die Bestimmungen der Alliierten für eine „Rechtsbereinigung“ („Tagespiegel“, 3.10. u. 4.10.).

★

Im Oktober 1978 wurde der Bochumer JN-Schläger Wiora zu 6 Monaten Gefängnis (mit Bewährung) verurteilt, weil er in Göttingen einen Antifaschisten zusammengeknallt hatte. Wiora Kumpen Heinrich Gerlach (wie Wiora Mitglied der in Kamen ansässigen „Hartungbande“) versuchte Wiora herauszupacken, indem er Stein und Bein schwor, daß Wiora an der Schlägerei nicht beteiligt gewesen sei. Dafür handelte sich Gerlach den Spitznamen „Heinrich Meineid“ ein und wurde Anfang 1979 zu 25 Tagessätzen à 100 DM wegen „fahrlässiger Falschaussage“ verurteilt. Gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Auch „Heinrich Meineids“ Anwalt Behr aus Stade (u.a. aktiv im Bückeburger „Wehrwolfprozeß“) foht das Urteil an. Die Berufungsverhandlung wurde für den 14.9.79 in Göttingen angesetzt und ist noch nicht beendet, weil Wiora, der als Zeuge geladen war, nicht erschien. Zum 19.9. und 27.9. sollte Wiora von der Polizei vorgeführt werden; die Ordnungshüter konnten ihn aber angeblich nicht auffinden. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß Wioras Bewährung aufgehoben worden ist, weil er diversen Bewährungsaufgaben nicht nachgekommen ist.

★

Es scheint so, daß Wiora „in den Untergrund“ gegangen ist. Das Gericht hat beschlossen, daß ohne Wioras Aussage der Prozeß gegen Gerlach nicht beendet werden kann.

★

Am 20.9. stand der Neonazi Jürgen Döhr aus Rinteln in Hamburg vor Gericht. Die Anklage: Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Döhr war einer der Hauptschläger am 23.9.78 in Hamburg gewesen, als die JN nach einer Kundgebung in SA-Manier durch die Innenstadt von Hamburg zog. Der Bunte-Liste-Büchertisch, der auf ihrem Weg lag, wurde gezielt überfallen und zerstört, mehrere Kollegen am Tisch verletzt. Döhr schlug eine Frau mit einem Handkantenschlag nieder, anschließend wehrte er sich gegen seine Festnahme durch einen Zivilbeamten der Polizei. Die Beamte sagte auch genau dies aus, auch daß die Nazis seiner Meinung nach „den Überfall gezielt und planmäßig“ durchgeführt hätten. Die von Döhr geschlagene Frau erkannte Döhr wieder und sagte, daß sie, als die Nazis auf sich zukommen sah, den Eindruck gehabt habe, die SA marschiert wieder. Döhrs Verteidiger versuchte, die Zeugin als unglaubwürdige Kommunistin darzustellen und stellte die denkwürdige Frage: „Wußten Sie, daß der BUU-Vorstand identisch mit dem KBW-Vorstand ist?“ Die Nazis behaupteten, sie hätten einen „Kameraden“ zu Hilfe kommen müssen, der grundlos von Kommunisten angefallen worden sei. Dies „bestätigten“ drei Nazi-Zeugen, bei denen es sich um Hans-Joachim Sakowsky, Lothar Quaiser und Norbert Liest handelt.

Der Staatsanwalt war zwar von der Schuld Döhrs „überzeugt“, forderte aber lediglich nach Jugendstrafrecht 400 Mark Geldstrafe. Der Nazi-Anwalt forderte Freispruch.

Das Urteil des Richters, der während der ganzen Verhandlung ständig beschwichtigte: 6 Arbeitsaufträge, die Gerichtskosten übernimmt die Staatskasse. In Verden hat Döhr einen weiteren Prozeß wegen Körperverletzung und Diebstahl laufen.

Westberlin: Polizei-Überfall auf linke Kneipe

Ein Rollkommando von ca. 40 Bullen zettelte in der Nacht zum 22.9. eine Prügelei mit etwa 100 Kneipenbesuchern einer Kreuzberger Kneipe an, die oft Treffpunkt von BIs und anderen Linken ist.

Nach Polizeiangaben seien Beamte wegen „ruhstörendem Lärm“ zu dem Lokal gerufen worden. Zwei Beamte seien in der Kneipe „angerepelt und angepöbelt“, einer von ihnen gar mit Bier übergossen worden.

Der Wirt erklärte dagegen, zwei Polizisten hätten sich über Menschen vor der Gaststätte bei ihm beschwert und er habe ihnen erklärt, daß er für die Straße nicht zuständig sei. Zur gleichen Zeit sollen nach Zeugnissen am nahegelegenen Mariannenplatz schon mehrere Bullenwagen gestanden haben. Auf Kommando seien die Beamten in die Wagen gesprungen, Zivilisten luden ihre Pistolen durch und die Wagen, deren Insassen schon die Knüppel in der Hand hatten, fuhren zu der Kneipe.

Nach Aussagen des Wirts hätten die Bullen sofort und ohne Warnung nach Verlassen der Fahrzeuge auf die umstehenden Personen und in dem Lokal mit dem Gummiknüppel geprügelt. Die Bullen zogen mehrere Kneipenbesucher an den Haaren und warfen sie unter wüsten Beschimpfungen gegen die Polizeiautos. Nach Augenzeugenberichten befanden sich unter den prügelnden Polizisten mehrere Beamte des Sondereinsatzkommandos (SEK). Nach Aussagen von Zeugen, die keine Kalkaläste waren, war das Vorgehen der Polizisten „sehr brutal“. Die Schußwaffen seien durchgeladen worden, „lachend“ hätten Polizisten „wähllos“ auf Personen eingeprügelt, hätten sie über den Boden geschleift, Flüchtende in den Rücken geschlagen und eine Frau durch eine Schaufensterscheibe gestossen. Ein Niedergeschlagener, der an einer Hauswand gekniet sei, habe „im Vorbeigehen“ noch Schläge in den Rücken bekommen. Einem am Boden Liegenden habe man angekündigt: „Dich buddeln wir jetzt ein“. Auf Zuschauer seien die Beamten losgestürzt mit dem Ruf: „Jetzt räumen wir mit dem Haufen noch auf“. Vor dem Polizeirevier in der Friedrichstraße, wo eine Gruppe auf die Freilassung von Festgenommenen wartete, habe ein Polizist, der zuvor an der Prügelei beteiligt war, den Wartenden gedroht: „Euch rauche ich noch alle in meiner Pfeife“.

Ebenso wie andere Bullen habe er sich geweigert, seine Dienstnummer anzugeben.

Westberliner Jungdemokraten und FDP verurteilten den Kreuzberger Polizeieinsatz. Inzwischen haben an die 20 der Betroffenen gegen die Polizisten Strafanzeige wegen Körperverletzung, Nötigung und Freiheitsberaubung im Amt sowie Beleidigung gestellt.

Damals waren die Bullen – es war der Jahrestag der „Machtergreifung“ Hitlers – nach einer Antifa-Demo von verschiedenen Seiten gleichzeitig in den U-Bahnhof gestürmt, auf dem sich ungefähr 150 Demonstranten und andere Fahrgäste befanden und hatten, nach Aussagen von Zeugen, wahllos und brutal in die Menge hineingeprügelt.

Die Staatsanwaltschaft teilte in ihrem Einstellungsbescheid einem verletzten Demonstranten mit, daß es nicht gelungen sei, die Beamten zu ermitteln, die vom Schlagstock „Gebrauch gemacht“ hätten. (Bei diesen „Ermittlungen“ war noch nicht einmal eine Gegenüberstellung erfolgt!).

Auch das Verhalten der Vorgesetzten sei „strafrechtlich nicht relevant“: ein genereller Schlagstockeinsatz sei nicht angeordnet worden, vielmehr bleibe es bei einem solchen Einsatz dem einzelnen Polizeibeamten „vor Ort“ überlassen, „welche Mittel des unmittelbaren Zwangs er für angemessen hält und anwendet“.

Auch ein Befehl der Gesamtein-satzleitung, den U-Bahnhof zu räumen, habe nicht bestanden. Bei dem üblichen Verlauf derartiger „Ermittlungen“ sind Polizei-Krawalle wie in der Kreuzberger Kneipe vorprogrammiert. Bullen, die sich ungestraft bzw. sogar mit genereller juristischer Deckung nahezu alles erlauben können, verhalten sich selbstverständlich entsprechend. Daß dabei nicht jeder einzelne „Einsatz“ in dieser Form von der Polizei-Führung angeordnet ist, mag sogar sein. Es kennzeichnet ja gerade die Entwicklung der Polizei in der BRD und Westberlin, daß sie zunehmend auch Züge einer Privat-Bande annimmt, die z.B. auf eigene Faust mal „mit den Roten abrechnen“ darf.

Neue Personalausweise

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND / FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

PASSKARTE PASSPORT CARD

Typ/Type P Land/Country Code D--

Name/Nachname THÜSTERMANN

Geburtsdatum/Date of birth 23. AUGUST 58

Geburtsort/Place of birth BONN

Abgabeort/Date of issue 2. JANUAR 78

Abgabeort/Date of issue 2. JANUAR 83

Unterschrift des Inhabers/Holder's signature

PD. 64340471 THÜSTERMANN, RENATE

D. 050858 F020178-129

Ein Gesetz mit einem harmlos klingenden Titel hat am 20. September den Bundestag in erster Lesung pa-

lich eine Art „Personenkennzeichen“ für alle Bundesbürger über 16 Jahre eingeführt worden, das vor wenigen

den Bundestag in erster Lesung pa-

siert und ist an den Innenausschuß verwiesen worden. Es ist der „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise“ (Bundestagsdrucksache 8/3129). Dieser Entwurf dürfte in aller nächster Zeit Gesetzeskraft erlangen, nachdem sich die Regierung auch mit dem Bundesrat einigen konnte.

Nach Verabschiedung dieses Gesetzes sollen alle Bundesbürger zwischen 1981 und 1984 mit einem neuen, in Plastikfolie geschweißten Personalausweis in Scheckkartengröße ausgestattet werden, weil – so der Entwurf – „der gegenwärtig verwendete Personalausweis ... nicht mehr den Sicherheitsanforderungen, die an ein staatliches Identitätspapier gestellt werden müssen“, entspricht.

Erinnern wir uns: Im Zuge der „Anti-Terror-Debatte“ im Bundestag hatte die SPD bereits 1977 einen Forderungskatalog zur Verschärfung der „Maßnahmen zur Inneren Sicherheit“, das sog. 29-Punkte-Programm, vorgelegt. Zu den dort vorgeschlagenen – und zu den ganz wenigen hiervon noch nicht realisierten – Maßnahmen gehörte auch die „Herstellung fälschungssicherer Personaldokumente“. Daraufhin hatte eine Arbeitsgruppe im Bundesministerium des Innern ein Ausweissystem erarbeitet, das von der sog. „Ständigen Konferenz der Innenminister der Länder“ am 27.4.79 gebilligt wurde und das „nach dem gegenwärtigen wissenschaftlich-kriminaltechnischen Kenntnisstand ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet“.

Der Gesetzesentwurf (unter Berücksichtigung der akzeptierten Bundesratsänderungen) selbst bestimmt bzgl. des Ausweismusters lediglich, daß „Raum für einen Fingerabdruck oder für verschlüsselte Angaben über die Person des Ausweisinhabers nicht vorgesehen werden (darf)“.

Mit dieser verlogenen Festlegung scheint zunächst die Novelle des Bundespersonalausweissgesetzes vom November 1978 wieder hin- und hergeworfen zu sein, nach der in den Ausweis sog. „Sperrmerkmale“ eingetragen werden können, z.B. daß bei dem/der Inhaber(in) ein „Verdacht der Gefährdung der Inneren Sicherheit der BRD“ vorliege. Gegen solche Sperrmerkmale hatte es zahlreiche und erfolgreiche Proteste gegeben (vgl. AK 152).

Daß allerdings der neue Ausweis durch die neuen technischen Möglichkeiten weit bessere – im Sinne der Sicherheitsbehörden – Perspektiven bietet, wird verschwiegen. Zukünftig nämlich geben nicht mehr die kommunalen Meldebehörden den Ausweis aus, sondern er wird in einem aufwendigen Verfahren zentral in der Bundesdruckerei hergestellt, wobei alle Ausweise eine fortlaufende Nummer erhalten. Diese Nummer wird in einer Datenverarbeitungsanlage in Verbindung mit den Personalien des Inhabers gespeichert. Damit ist durch die Hintertür bundeseinheit-

eingeführt worden, das vor wenigen Wochen noch wegen des starken Protestes nicht eingeführt werden sollte. Zwar ist an dieser Nummer nicht auf einen Blick Geburtsdatum – das an anderer Stelle des Ausweises ohnehin stehen soll –, Geschlecht und Ausstellungsland erkennbar, wie es das „alte“ 12-stellige Personenkennzeichen vorsah. Aber über das automatisierte System der Meldebehörden und/oder das Informationssystem der Polizei (INPOL) sind alle gewünschten Daten bis zu ganzen Persönlichkeitsdossiers den interessierten Stellen in Sekundenbruchteilen lieferbar. Der Grund: Die Zahlen und Buchstaben des Ausweises sind maschinenlesbar und können z.B. von an die Computerterminalen angeschlossenen Klarschriftlesern gelesen, identifiziert und mit über den Ausweisinhaber abgerufenen Datenbeständen in Verbindung gebracht werden. Die Vorteile der nun möglichen Volltextinformationen z.B. an der Grenze gegenüber einem kleinen Stempel als Vermerk liegen auf der Hand. Originalität in der Begründung zum Gesetzesentwurf: Der betroffene Ausweisinhaber wird „künftig – als Ersatz für den entfallenen Vermerk im Personalausweis – in die Fahndungsunterlagen (z.B. INPOL/BeFa - AK) der Grenzkontrollbehörden aufgenommen“.

Aber auch im Inland lassen sich Fahndungen, BeFa-Kontrollen etc. rationalisieren. Inzwischen überlegen sich bereits Privatfirmen, ob sie statt ihrer Werksausweise mit Klarschriftleser die „Befugten“ anhand des Personalausweises mit einem Computern identifizieren. Damit böte sich auch ein geeigneter Datenverbund mit den Firmen und der Polizei an, die heute bei Großfahndungen noch üblicherweise in Großkonzernen einen relativ umständlichen Bandabgleich mit dem Personalinformationssystem durchführen muß.

Die deutsche Tochter des US-Konzerns RFI hofft, allein bei der Polizei im ersten Schub 9.000 Klarschriftleser-Pistolen absetzen zu können, die an die mobilen INPOL-Terminals in den Streifenwagen angeschlossen werden können.

Statt des Sperrvermerks also ein „sauberes“ effektives Beobachtungssystem gegen die gesamte Bevölkerung; keineswegs ein System, um Fälschungen zu vermeiden. Denn Fälschungsprofis werden sich – so ist zu hören – auf die neue Technik einzustellen wissen.

Wie schreiben wir im April: „Eine solche Entwicklung (ist) ein Beispiel dafür, wie die SPD/FDP-Regierung eine Einschränkung der Bürgerrechte teilweise zurücknimmt, sich damit an die Spitze des Protestes setzen kann ..., gleichzeitig jedoch ein effektiveres und sauberes Kontrollsystem entwickelt“.

Jetzt liegt's auf dem Tisch.

Jü., KB Hannover

Opfer des Polizeiterrors fordern Rechenschaft

Bochum. Wird tatsächlich in Bochum nicht besonders viel geschossen von der Polizei, wie Nordrhein-Westfalens Innenminister Hirsch behauptet?

Mit dieser und ähnlichen Fragen verlangen zehn von polizeilichem „Schußwaffengebrauch“ Betroffene und Angehörige von Erschossenen Rechenschaft von Hirsch und Bochums Polizeipräsident Berndt.

In einem Offenen Brief mit 22 Fragen, der auch an die Bochumer Parteien ging, führten die Betroffenen aus, daß sich Hirschs Aussage nicht vertrage mit der Tatsache, daß die Bochumer Polizei in den letzten vier Jahren bei zehn schwerwiegenden Schießereien drei Menschen getötet und sieben Personen z.T. so schwer verletzt hat, daß sie nur durch Zufall dem Tod entgangen sind.

Neben der Beantwortung sehr konkreter Fragen zu einzelnen Todesfällen werden Hirsch und Berndt auch zu mehreren grundsätzlichen Fragen Stellung nehmen müssen.

Wenn laut Polizeistatistik von 1976 und 1977 in Bochum die Pistole doppelt so häufig eingesetzt worden sei wie der Schlagstock, müsse man fragen, ob dies, gemessen am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mit-

tel, nicht ein Zuviel an Schußwaffengebrauch sei.

Ferner wird gefragt, ob die angeordnete „Verbesserung der Schießausbildung“ nur eine Intensivierung des sogenannten „Combat-Schießens“ bedeute, bei dem es auf rasches Treffen ohne Bedenken der Verhältnismäßigkeit der Mittel ankomme.

Polizeipräsident und Innenminister sollen weiter darlegen, welche Folgen der Schußwaffengebrauch jeweils für die Schützen selbst hatte.

Dabei wird gefragt, ob nicht mangelnde Sorgfalt der Schützen vorliege und ob die Polizeiführung es hinnehmen könne, wenn die Beamten in zahlreichen Fällen erklären, der Schuß habe sich zufällig, unbeabsichtigt oder unbemerkt gelöst.

Weiter wird danach gefragt, ob bei der vorgedachten stärkeren Bewaffnung der Polizei die tödlichen Ausgänge nicht erheblich zunehmen.

Uns ist noch keine Antwort des Innenministers und des Polizeipräsidenten bekannt. Nicht nur die „Initiative gegen die Bochumer Polizeiübergriffe“, in der sich die Betroffenen zusammengeschlossen haben, sondern die demokratische Bewegung insgesamt wartet auf eine Antwort!

Antifa-Kommission Hamburg

„Gottes Schutz“ ist gut, GSG 9 ist besser

Für den Schutz des Papstes bei seinem Nordirland-Besuch wurden neben vielen anderen auch drei GSG 9-Hubschrauber vom Typ „Puma“ mit neuen „Elite-Piloten“ des Bundesgrenzschutzes abkommandiert, „die den Kampf gegen Terroristen regelmäßig mit den Männern der GSG 9 üben“ (Hamb. Abendblatt, 29.9.). An Bord waren Scharfschützen der irischen Polizei.

Dieser Einsatz ist ein deutliches Beispiel für die Ambitionen der BRD-Polizei, in „Sicherheitsbelangen“ anderer Staaten mitzumischen. Die Kooperation zwischen westdeutschen und ausländischen „Sicherheitsdien-

sten“ scheint sich zunehmend auszuweiten. Nach dem Einsatz der GSG 9 in Mogadishu wurde sie u.a. zur Fußballweltmeisterschaft nach Argentinien geschickt und erst kürzlich wurden GSG 9'er „zur Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben“ nach Uganda geschickt.

Da das Bundesinnenministerium sich bei der Papst-Aktion in Schweigen hüllte („kein Kommentar“), ist zu vermuten, daß die GSG 9 auch darüber hinaus Aufträge im Ausland durchgeführt hat.

Antifakommission Hamburg

Grunert wird Privatdetektiv

Rolf Grunert, ehemals Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter und unter mysteriösen Umständen wegen „Agententätigkeit für die DDR“ zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt, will sich nach seiner vorzeitigen Haftentlassung in seinem angestammten Metier weiterbetätigen. Da er als Vorbestrafter nicht zur Krimi-

nalpolizei zurück kann, „was lag da näher, als sich selbständig zu machen?“ (Grunert). Bei der Eröffnung seiner „Blankeneser Detektei“ in Hamburg sollen ihm seine Ex-Kollegen von der Kripo herzlich gratulieren. Wahrscheinlich haben sie sich dabei auch „auf gute Zusammenarbeit“ zugestimmt.

Jugendpolizei in der BRD:

Modelle zur Bespitzelung und Kriminalisierung der Jugend

Jugendpolizei in der BRD:

Wohl als „Therapie“ gegen die wachsende Unzufriedenheit und Unruhe unter den Jugendlichen (z.B. aufgrund von Jugendarbeitslosigkeit), wird gegenwärtig in verschiedenen Bundesländern am Aufbau einer Jugendpolizei gearbeitet. „Der Überblick über Organisationsformen der Polizei zur Bekämpfung der Jugendkriminalität... zeigt ein weites Spektrum von Möglichkeiten. Es läßt deutlich werden, daß allgemein gültige und ohne weiteres übertragbare Lösungen noch nicht gefunden wurden.“ (1)

Ein Überblick über die Länder ergibt folgendes Bild:

Baden Württemberg

Seit Oktober '78 läuft in Freiburg, Stuttgart und Reutlingen ein Jugendpolizei-Modellversuch mit Jugendbullen der Schutzpolizei bei den Revieren und Jugenddezernaten der Kripo bei Polizeipräsidien etc. (2)

Bayern

Mit dem „Münchner Modell“ (im übrigen Landesgebiet gibt es unseres Wissens keine besonderen Organisationseinheiten in Jugendsachen) wurde ein Konzept zur Zerschlagung von „Jugendbanden“ entwickelt.

Seit 1973 sind den 40 Polizeiinspektionen im Stadtgebiet je ein Jugendbeamter zugeordnet, der grundsätzlich in Zivil auftritt, „der sich ausschließlich mit Präventionsaufgaben, vornehmlich der Beobachtung von Jugendgruppen, Freizeitheimen usw., befaßt.“ (3) und dem es obliegt, „Informationen über Jugendgruppen, Anführer und Mitglieder von Jugendbanden zu gewinnen und diese für Strafverfolgungszwecke zur Verfügung zu stellen.“ (4)

Das Stadtjugendamt beschäftigt seit 1976 zudem 8 „Streetworker“. Das Vorgehen von Stadtjugendamt und Bullen wird koordiniert im sogenannten „Blasen- und Bandenausschub“. Er zielt auf die Zerschlagung von Gruppen. Der „harte Kern“ wird für einige Zeit hinter Gitter gebracht, der Rest der Gruppe unterdessen von Jugendbullen und/oder „Streetworkern“ der Stadt gezielt „therapiert“.

Als „zentrale Nachrichtensammel-Auswertungs- und Informationsstelle auf dem Gebiet der Bandenkriminalität Jugendlicher“ (5) fungiert das Kriminalkommissariat 132 (daneben Aufgaben im Bereich des Jugendschutzes).

Westberlin

Ein Rockerkommissariat. Versuche, im Drogenbereich eine Kooperation zwischen V-Männern und „Streetworkern“ zustande zu bringen. Anschließende zentrale Informations-sammlung und -auswertung über Jugendkriminalität. (6)

Bremen

Eines der ältesten Konzepte einer Jugendpolizei ist das in Bremen (seit etwa 25 Jahren). Eine Dienststelle „Verkehrserziehung, Jugendschutz und Öffentlichkeitsarbeit“ (VE/JÖ) mit 21 Beamten arbeitet in die Bereiche Vorschule, Schule und Jugendgruppen hinein. Gemeinsam mit dem Jugendamt werden für Sozialarbeiter, aber auch für Eltern mehrtägige Seminare durchgeführt.

„Die im Vorschulbereich und Schulbereich geschaffenen Kontakte mit den Jugendlichen werden im außerschulischen Bereich fortgesetzt.“

Die Beamten der VE/JÖ suchen von sich aus den Kontakt zu allen Einrichtungen, die mit Jugendlichen zu tun haben und nehmen mit deren Hilfe den direkten Kontakt mit den Jugendlichen im Freizeitbereich auf (nach „Kriminalistik“, 4/76).

Daneben gibt es eine Dienststelle Jugendschutz bei der Kripo (Bearbeitung von Anzeigen, Beobachtung der Jugendkriminalität, Jugendschutzstreifen).

Außerdem wurden Vorstöße bekannt, Kinder als Hilfspolizisten einzuspannen. (7)

Hamburg

Bereits ab 1966 wurden in Hamburg Jugendschutztrupps „zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten Minderjähriger“ in einzelnen Stadtteilen



INITIATIVE
KEINE JUGENDPOLIZEI
IN NRW

Widerstand in NRW ...



... und in Baden Württemberg

eingesetzt und die Jugenddienststelle – K 215 – im Kriminalamt errichtet. Dort wird der „Jugendsachbearbeiter“ für die Tätigkeit unter Jugendlichen und mit Jugendbehörden speziell geschult. Unterstützt wird die polizeiliche „Jugendarbeit“ von der „Dienstgruppe weibliche Schutzpolizei“.

Darüber hinaus besteht ein zentrales „Fachkommissariat für Straftaten junger Gewalttäter“ (FD 632) für die „systematische Erfassung der Jugendbanden, deren Angehörigen sowie Arbeitsweisen“ (8).

Personalstärke schon im Mai 1977 über 200!

Hessen

Unseres Wissens keine speziellen Organisationseinheiten für Jugendsachen. Ein Versuch, 1976 in Frankfurt Jupos zur direkten Bespitzelung von Jugendlichen einzuführen, scheiterte am Widerstand der Betroffenen. (9)

Niedersachsen

„Beauftragte für Jugendsachen“ gibt es bei den 17 Kriminalinspektionen und den Polizeidirektionen Braunschweig und Hannover, für „Informations-sammlung und Auswertung“ sowie „Öffentlichkeitsarbeit“ und „Zusammenarbeit mit beteiligten Behörden und Institutionen“. (10)

Seit 1978 läuft in Hannover der Modellversuch „Präventionsprogramm Polizei und Sozialarbeiter“ (PPS) in Anlehnung an das „Chicagoer Modell“ (10a). Beim 9. Polizeirevier und im Kriminaldienst arbeiten je 3 dem Justizministerium unterstehende Sozialarbeiter. Ihre Diensträume sind direkt im Polizeirevier; z.T. fahren sie bei Polizeistreifen mit. Mit PPS soll „die Kooperation von Polizei und Sozialarbeitern in kriminalitätssträchtigen Krisensituationen erprobt werden“ (11). Zwar sind die Sozialarbeiter der Polizei gegenüber nicht weisungsgebunden, aber die das Projekt begleitende Forschungsgruppe beim Justizministerium geht davon aus, daß „im Verlauf der Zusammenarbeit ein „agreement“ erreicht werden kann“ (12).

Nordrhein- Westfalen

Ende 1976 wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet aus Vertretern des Innenministers, des Justizministers, des Kultusministers und des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Diese Arbeitsgruppe erstellte einen Katalog von Maßnahmen, der u.a. die Einrichtung einer Jugendpolizei und für die Jugendämter, Sozialarbeiter etc. die „Verpflichtung zur Zusammenarbeit“ mit ihr, die Einrichtung von

gemeinsamen Arbeitsgruppen auf kommunaler Ebene usw. vorsieht (13).

Bei den Polizeipräsidien und den Polizeidirektionen Hagen, Krefeld und Münster wurden Jugendkommissariate eingerichtet, die spezielle Unterlagen über a) tatverdächtige strafunmündige Minderjährige (Kinder bis 14!) und b) gefährdete Minderjährige anlegen. (14). Weitere Aufgaben: „umfassender Informationsaustausch mit dem Jugendamt“, den Jugendbeamten der Schutzbereiche, „Beobachtung der Jugend-szene“, „gezielte Öffentlichkeitsarbeit“ (15). Das LKA wurde mit der Einrichtung einer „Zentralen Jugendschutzdatei“ beauftragt.

Darüber hinaus wurden in verschiedenen Städten auf Schutzbereichsebene Jugendbeamte eingesetzt, die einerseits in ständigem Kontakt mit dem Jugendkommissariat, andererseits mit den Bezirksbeamten ihres Schutzbereiches „Erkenntnisse sammeln und auswerten“. Den Bezirksbeamten (eine Art KOBs) wurde die Aufgabe übertragen, „insbesondere kriminogene Örtlichkeiten (Discotheken, Gaststätten, Grünanlagen usw.) sowie Treffpunkte jugendlicher regelmäßig zu überwachen und Kontakte zu Jugendheimen zu halten“ (16).

Rheinland- Pfalz, Saarland und Schleswig- Holstein

Unseres Wissens keine besonderen Organisationseinheiten für Jugendsachen.

Aufgaben der Jupos

Aufgrund der bis dahin vorliegenden Erfahrungen entwickelte eine 1976 eingesetzte Arbeitsgruppe beim Landeskriminalamt (LKA) Baden- Württemberg für die Jugendpolizei eine dreifache Aufgabenstellung (17): 1. „Erfassung, Auswertung und Austausch von Informationen zur Umsetzung in polizeiliches Handeln“. „Hierzu müssen sämtliche Informationen ... an einer Stelle zusammenlaufen, ausgetauscht und ggf. in Aktionen umgesetzt werden. Dazu bedarf es neben einer zentralen Auswertung auch örtlicher Stellen, die es ermöglichen, sich aktuelle Kenntnisse der Jugendszene zu verschaffen, ohne die zielgerichtete präventive und repressive Maßnahmen nicht möglich sind.“ (18).

2. „Polizeiliche Behandlung von delinquenten und gefährdeten Kindern und Jugendlichen mit präventiver Wirkung“. Das soll vor allem durch den Einsatz von pädagogisch geschulten Bullen bei Vernehmungen etc. erreicht werden.

3. „Schaffung einer zuständigen polizeilichen Einrichtung als ständiger Gesprächspartner für andere Institutionen“.

„Neben Gesichtspunkten der Effektivierung bisheriger Arbeit ist der Kernpunkt aller in neuerer Zeit erarbeiteten Konzeptionen (NRW, BaWü, Frankfurt) die umfassende Bespitzelung nicht nur einzelner „delinquenten“, sondern tendenziell aller Jugendlichen und die systematische Aufsuchung der gesamten Jugendszene. Es geht um die datenmäßige Erfassung und kontinuierliche polizeiliche Überwachung von allen, die möglicherweise einmal „kriminell“ werden könnten.“

Besonders betroffen sind dadurch natürlich aufmüpfige oder gar politisch aktive Jugendliche und Ansätze zum politischen Zusammenschluß. Dabei muß man sich vor Augen halten, daß jetzt schon – d.h. ohne

Einsatz von verdeckt arbeitenden Jupos bisher – umfassende Dateien existieren: So sind z.B. in Freiburg in einzelnen Stadtbezirken (Arbeiterwohnviertel!) fast 10 % aller Jugendlichen erfasst – bis hin zu ihren Spitznamen!

Unter der zitierten Aufgabenstellung verspricht man sich offensichtlich am meisten von einer Kombination von dezentral arbeitenden, direkt mit Spitzelaufgaben betrauten Jupos auf Revierebene und der systematischen Datenerfassung und -auswertung an zentraler Stelle bei den Jugenddezernaten.

Für die Spitzeltätigkeit der Jupos wird das Münchner Modell als durchaus beispielhaft angegeben, verbunden mit der Forderung nach „Abbau der aus dem Legalitätsprinzip erwachsenden Schwierigkeiten“ (19). Mit einer (partiellen) Aufhebung des Legalitätsprinzips (wie sie insbesondere der baden-württembergische Polizeichef Stümper verlangt) bräuchten sich Jupos nicht mehr durch vorzeitiges Eingreifen enttarnen, könnten sich ungehemmt als Provokateure betätigen etc. – Das ist in München (und wohl auch anderswo) allerdings schon lange tägliche Praxis.

An diesem Punkt stoßen die Polizeistategen allerdings auch auf die meisten Widerstände; sowohl innerhalb der Polizei (20) als auch vor



JUGENDPOLIZEI - Nein danke!

allen bei den Betroffenen selber.

Für die Anwerbung von jugendlichen „Informanten“ bzw. V-Leuten und ihren effektiven Einsatz eröffnen die Jupo-Konzepte ganz neue Dimensionen (die allerdings bisher lieber hinter verschlossenen Türen diskutiert werden).

her lieber hinter verschlossenen Türen diskutiert werden).

„Verpolizeilichung“ der Sozialarbeit

Ein zweiter Schwerpunkt der erarbeiteten Konzepte liegt auf der Einbeziehung anderer Institutionen und Behörden (vor allem aus dem Bereich der Sozialarbeit) in die Arbeit der Polizei, sowohl unter dem Gesichtspunkt der Informationsgewinnung, als auch als „Erfüllungsgehilfen“ bei „präventiven“ Maßnahmen.

Zum einen denkt man an eine „Vertiefung der Zusammenarbeit der Polizei mit den Jugendämtern“ (21) und sonstigen Einrichtungen der Jugendpflege sowie die „Zusammenarbeit mit Schulen“ (22).

Langfristig geht es um eine Einbindung (und Unterordnung) aller „einschlägigen“ Institutionen in einer polizeilichen Gesamtkonzeption:

„Soweit sich die Arbeitsgruppe mit ressortübergreifenden Maßnahmen beschäftigt hat, wurde davon ausgegangen, daß durch polizeiliche Aktivitäten allein die strukturell bedingten Ursachen für die Entstehung von Jugendkriminalität nicht beseitigt werden können. Hierzu bedarf es des kooperativen Zusammenwirkens aller einschlägigen gesellschaftlichen Institutionen im Rahmen eines umfassenden kriminalpolitischen Konzepts.“ (23, Hervorhebung AK).

Bei den Jupo-Konzepten (besonders in Niedersachsen und NRW) wird massiv in den „traditionellen“ Bereich der Sozialarbeit hineingepusht. Gerade bei „kriminellen“ und „gefährdeten“ Jugendlichen basiert die Arbeit der Sozialarbeiter auf dem Vertrauen, das sie sich bei den Jugendlichen erwerben können. Eben das aber wird durch das Auftauchen von Jupos – Sozialarbeiter haben kein Aussageverweigerungsrecht – unmöglich gemacht. Zudem unterliegt natürlich auch die Sozialarbeit selber der Bespitzelung. Ansätze emanzipatorischer oder gar antikapitalistischer Jugendarbeit werden – im Verbund mit der zunehmenden Einschränkung offener Jugendarbeit überhaupt – durch die Jupo-Konzepte direkt gefährdet, ja tendenziell zerstört.

So wird zumindest dem Anspruch nach an den Interessen der Jugendlichen orientierte Sozialarbeit ersetzt durch die nackte Drohung mit dem Polizeiknüppel und die Einschüchterungswirkung, die man sich dadurch verspricht.

Die Bullen formulieren diesen Leitgedanken natürlich vornehmer: „Dies bedeutet letztlich, daß die Repression präventiv wirken muß, woraus umgekehrt folgt, daß Prävention auch durch Repression erreicht werden muß“ (24).

JUPO – NEIN DANKE! Antifa-Kommission Baden- Württemberg

Anmerkungen:

- 1) Polizeipräsident Dr. Eduard Vermander, (Karlsruhe)/Prävention durch Repression? Ergebnisse einer Analyse der Arbeitsgruppe „Jugendkriminalität“ in Baden-Württemberg; in: Schriftreihe der Polizei-Führungsakademie 3/78, S.214 f.
- 2) Genaueres zur badenwürttembergischen Konzeption siehe AK 147
- 3) Vermander, S. 213
- 4) Jugendsachbearbeiter bei der Polizei, Mitteilung des Hamburger Senats an die Bürgerschaft vom 31.5.77 (Drucksache 8/2605), S.2
- 5) Vermander, S. 212 f
- 6) Das „Sozialmagazin“ (März 77) berichtet von der Existenz von 60 Westberliner Jupos mit dem Aufgabengebiet: 1. Überwachung von Demonstrationen, 2. Kontrolle der Rauschgiftszene, 3. Kontaktaufnahme mit Jugendlichen in Kneipen und Jugendclubs, 4. Überwachung von Wohngemeinschaften“ (S.52)
- 7) Vergleiche dazu Artikel in AK 149, S.29
- 8) Jugendsachbearbeiter bei der Polizei, Hamburg, S.2
- 9) Vergleiche dazu Artikel in Rebel 20, S.13
- 10) Vermander, S.214
- 10a) Das Chicagoer „Modell“ besteht darin, daß Streetworker-Büros und -läden, in denen ursprünglich Sozialarbeiter eine offene Beratungsarbeit in Chicago machten, heute mit Polizisten bedurchsetzt sind.
- 11) Steinhilper, Wilhelm-Reiss/Projektbeschreibung: Präventionsprogramm Polizei Sozialarbeiter. März 1979, S.1
- 12) ebd., S.3
- 13) Gemeinsamer Runderlaß des Innenministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, des Justizministers und des Kultusministers: Bekämpfung der Jugendkriminalität, vom 19.9.78; Ziff. 3
- 14) Erlaß des Innenministers vom 3.2.78: Verhütung und Bekämpfung der Jugendkriminalität; Ziff. 4
- 15) nach einer Verfügung des Kölner Polizeipräsidenten vom 6.7.78; Ziff.2
- 16) ebd., Ziff. 3.1 und 3.2
- 17) Erlaß des Innenministeriums Baden-Württemberg vom 19.7.78 zur Einsetzung von Jugenddezernaten und Jugendbeamten
- 18) Vermander, S.210
- 19) Vermander, S.215
- 20) So fordert z.B. W. Wehner-Davin unter dem Motto „der Jugendliche muß wissen, woran er ist“ eine strikte Einhaltung des Legalitätsprinzips (Theorie und Praxis der „Bearbeitung“ von Jugendsachen bei der Polizei“, in: Kriminalistik 7/77)
- 21) Ingrid Gruber (LKA BaWü)/Neue Wege in der Bekämpfung der Jugendkriminalität, 23.10.78; S.10
- 22) ebd.
- 23) ebd.
- 24) Vermander, S.209

Antifa-Kommission Hannover

Bundeskriminalamt wird weiter ausgebaut

Die Zahlen über Personalausbau und Gerätekosten beim Bundeskriminalamt (BKA) für 1980 wurden jetzt im Regierungsentwurf für das Haushaltsgesetz (Haushaltsplan 1980) bekanntgegeben. Danach steigt allein das Stellensoll für die Beamten um 118% von 979 auf 2.133 Beamte! Dazu kommen noch die Stellen für 1.208 Angestellte und 157 Arbeiter.

Von den 282,5 Mio. Mark für das BKA für 1980 stehen allein 44,2 Mio. für die zentrale Wiesbadener Datenverarbeitung zur Verfügung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß den Landeskriminalämtern insgesamt ein sehr viel höheres Volumen für die Datenverarbeitung bereitgestellt wird, daß

das vom BKA gesteuerte Computer-Verbundsystem (INPOL, DISPOL etc.) auf Länderebene mitfinanziert. Schließlich wird sich das BKA auch noch einen erheblichen Anteil aus einem Haushaltstopf von 578,5 Mio. Mark für seine Forschungen auf dem Gebiete der Daktyloskopie, der Stimmabdruckerkennung etc. pp. zu sichern wissen. Dieser Topf steht dem Ministerium für Forschung und Technologie für die Finanzierung von Forschungsvorhaben im Sektor „Informationstechnologien“ zu Verfügung.

Klassenjustiz



Der Poker um die Gesundheit Herbert Soffels geht weiter

Herbert Soffel, angeklagt im Frankfurter Gefangenentratsprozeß (s. AK 161 und 163), befindet sich seit vier Jahren in Haft. „Normale“ Haftbedingungen kennt Herbert nicht: Die meiste Zeit war er entweder in Total- oder in Teilsolation; bis Mai 1977 wurde er 14mal innerhalb hessischer Knäste verlegt. Sein Gesundheitszustand verschlechterte sich derart, daß bereits im Januar 1976 ein Gutachter zu dem Schluß kommt, daß die Haft ausgesetzt werden soll. Obwohl Herbert in der folgenden Zeit wegen seines z.T. lebensbedrohlichen Gesundheitszustandes verschiedene Krankenhäuser durchläuft, finden sich neue Gutachter, die ihn für beschränkt haftfähig erklären, bzw. Herbert für seinen Zustand selbst verantwortlich machen. Die letzte Odyssee durch hessische Krankenhäuser hat Herbert im September 1979 durchgemacht. Nachdem er zunächst mal wieder ins Knastkrankenhaus in Kassel verlegt wurde (obwohl seit langem bekannt ist, daß Herbert sich dort wegen mehr als schlechter Erfahrungen nicht behandeln läßt), brachte man ihn, als Lebensgefahr bestand, ins Stadtkrankenhaus in Kassel.

Wende im Gefangenentratsprozeß?

In der Verhandlung vom 4.10.79 stellte die Staatsanwaltschaft den Antrag, die Anklage wegen § 129 (Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung) fallen zu lassen, da Herbert nicht Gründungsmitglied des Gefangenentrates und seine Mitgliedschaft nur von kurzer Dauer gewesen sei. Die Staatsanwaltschaft ging auch auf den „stark angegriffenen Gesundheitszustand“ von Herbert ein. Da diese „Gründe“ alle schon lange bekannt sind, gibt es eigentlich für das plötzliche Fallenlassen dieses Anklagepunktes nur eine Erklärung: Die nachträgliche Absicherung der gegen Herbert verhängten Haftbedingungen. Denn mit dem Vorwurf des § 129 wurden begründet: Die Totalisolation, die Kontaktsperre, die Trennscheibe bei Anwaltsbesuchen, die Ablehnung der Entlassung nach Verbüßung der Zweidrittel-Strafe!

Aufhebung des Haftbefehls und sofortige Freilassung von Herbert Soffel!

IKAH, Hamburg

Lorenz/Drenkmann-Prozeß: Immer feste druf!

Neue Brutalitäten seitens der Justizmaschine gibt es reichlich im Prozeß gegen Ronald Fritsch, Gerald Klöpfer, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel und Andreas Vogel.

Am 13.9. war es wieder soweit: Die Angeklagten forderten das Nachholen der ständig und systematisch verkürzten Freistunde auf dem Hof des Gefängnisses. Sie können sich dabei auf einen Beschluß des 1. Strafsenats unter Vorsitz von Richter Geus berufen, der zwei Stunden Hofgang am Tag für die Angeklagten als notwendig erachtete und die Anstaltsleitung mehrmals mahnte, diesem Beschluß auch nachzukommen. Die Anstaltsleitung jedoch kürzte die Freistunde mit fadenscheinigen Begründungen an den Prozeßtagen auf die Hälfte.

Als sich die sechs Angeklagten nun weigerten, den Pausenhof zu verlassen, und stattdessen das Nachholen der letzten ausgefallenen Stunde forderten, trat ein Rollkommando, bestehend aus dreißig Justizvollzugsbeamten, in Aktion. Sie schlugen die Angeklagten brutal zusammen und legten ihnen Knebelketten um die Handgelenke. Das sind Folterinstrumente, mit denen die Angeklagten schon einmal, am berüchtigten „Folterwochenende“ im Juni 1977, gequält worden waren. Anschließend wurden sie in die Beruhigungszellen verfrachtet. Alle Angeklagten waren nachher verletzt, Gerald Klöpfer hatte eine Gehirnerschütterung. Ronald Fritsch wurde auch noch verprügelt, nachdem er bereits abgeführt worden war!

Aber auch die Anstaltsbediensteten kamen nicht ungeschoren davon. Die Angeklagten wehrten sich nach Kräften gegen sie. Laut „Berliner Morgenpost“ vom 14.9. sollen gar acht Beamte dienstunfähig sein. Die Springerpresse nutzt nun diesen Überfall der Bullen dazu, „Schluß mit dem Samtpfötchenvollzug“ zu fordern.

Die ÖTV fordert jetzt, daß die „Terroristen“ auf alle Westberliner Gefängnisse gleichmäßig verteilt werden, um die Beamten zu entlasten. Justizsenator Meyer, Verantwortlicher und Verfechter des Baus von zwei Hochsicherheitstrakten in Westberlin, und dessen „rechte Hand“, Senatsdirektor von Stahl, sehen das freilich anders: „Als „wenig durchdacht“ bezeichnete Senatsdirektor v. Stahl die Forderung, terroristische Gewalttäter auf alle Vollzugsanstalten Berlins gleichmäßig zu verteilen. Dies würde zur Folge haben, daß sich das Sicherheitsrisiko für die Allgemeinheit beträchtlich vergrößern werde, ohne eine Erleichterung für die Vollzugsbeamten mit sich zu bringen“ („TSP“, 15.9.79).

Kronzeuge: Immer weiter in den Sumpf!

Neue Ungereimtheiten in den Aussagen Hochsteins konnten durch Anträge der Vertrauensanwälte klargestellt werden: Hatte Hochstein ausgesagt, zur Zeit der Erschießung U. Schmückers in Westberlin gewesen zu sein, so sagte nun ein Zeuge aus, man habe gemeinsam mit anderen Schmückers Tod gefeiert. „Ein Verräter weniger“ seien die Worte Hochsteins zu Schmückers Tod gewesen“ („TSP“, 29.8.79).

Hochstein will ebenfalls in Westberlin gewesen sein, als ihn ein Zeuge nach Polizeiphotos im Bremer Hauptbahnhof gesehen haben will, als dort ein Sprengstoffanschlag ausgeführt wurde. Till Meyer meinte dazu, wenn Hochstein an diesem Anschlag beteiligt gewesen sei, dann sei dies auch gleichzeitig ein Indiz für eine Staatsschutzfähigkeit Hochsteins, da diese „Aktion“ eindeutig eine Staatsschutzaktion gewesen sei. Hochstein stellte beides vollständig in Abrede.



Ermittlungsmethoden ...

Am 31.8.79 wurde erneut Esther Dayan vernommen. Sie war die Vormieterin des Ladens, in dem Lorenz angeblich gefangengehalten worden sein soll. Sie schilderte die Vernehmungsmethoden der Staatsanwaltschaft an ihrem Beispiel: „Der Staatsanwalt, der sie damals vernommen habe, habe ihr Beugehaft angedroht, wenn sie nicht auf dessen Bedingungen eingehe, und ihr mit dem Hinweis „Was Recht ist, bestimme ich“ den Beistand eines Anwalts versagt“ („TSP“, 1.9.79).

Zwei Banküberfälle

In der ersten Septemberhälfte ging es um zwei Banküberfälle, die zu einem Zeitpunkt stattfanden, als Gerald und Ronald schon im Knast saßen. So werden diese Banküberfälle, die nach dem selben Schema stattfanden, Fritz Teufel, Ralf und Andreas zur Last gelegt.

Bislang belastete lediglich ein Zeuge Ralf Reinders direkt, bei den anderen Angeklagten haben überhaupt keine Identifizierungen stattgefunden. Dafür wurde Inge Viett, die überhaupt nicht am Verfahren beteiligt ist, als mögliche Tatbeteiligte erwähnt, was der Springerpresse Anlaß war, fleißig an einer erneuten Vorverurteilung zu stricken: „Sie gilt als eine der gefährlichsten deutschen Terroristinnen“ („Morgenpost“, 8.9.79).

Die angeblichen Fluchtautos, die bei den Überfällen benutzt worden sein sollen, sollen wenige Tage vor den Überfällen gestohlen worden sein. Den Besitzern wurden jetzt im Prozeß Gegenstände vorgelegt, die sie als ihre eigenen identifizieren sollten, ohne daß Vergleichsgegenstände, wie sonst üblich, mit vorgelegt wurden. Die Rechtsanwälte kritisierten dies, Richter Geus ließ sich nicht darauf ein.

Am 14.9. wurde der Prozeß wegen der Gehirnerschütterung Gerald's ausgesetzt. Am nächsten Prozeßtag ging es dann mit Bullenübergriffen, diesmal auf Anweisung des Vorsitzenden Richters Geus, weiter. Zwei Zuschauer sollen sich mal wieder nicht „ordnungsgemäß“ bei einer Vernehmung erhoben haben, was Richter Geus veranlaßte, sie vor den Richtertisch schleppen zu lassen. Peggy Parnass kommentierte dies als anwesende Reporterin so: „Ich finde es entsetzlich, was hier passiert“. Sie fragte Geus, warum er Zuschauer mißhandeln lasse, worauf Geus erklärte: „Ich betrachte Sie nicht als Organ der Presse“ (zitiert nach „Spandauer Volksblatt“, 19.9.79). Damit war der Fall für ihn erledigt.

Am selben Verhandlungstag diffamierte Geus die Vertrauensverteidiger, indem er erklärte, es falle ihm schwer, einige Rechtsanwälte noch als Organ der Rechtspflege anzusehen. Als von den Verteidigern nachgefragt wurde, wen er denn meine, was er denn damit sagen wolle, hüllte er sich in Schweigen. Die Antwort kam dann aus ebensovornem Mund: Bundesanwalt Völz nannte Rechtsanwalt Panka, auf den dieser Vorwurf zuträfe. Rechtsanwalt Panka ist einer der engagiertesten Verteidiger in diesem Prozeß, den diese Herren schon lange entfernen wollen!

Am 19.9. wurden dann Ablehnungsanträge von den Vertrauensverteidigern gestellt, die sämtlich abgelehnt wurden. Fritz Teufel wurde wegen „meckern und Lachen“ erneut für fünf Tage vom Prozeß ausgeschlossen.

Ein neuer Höhepunkt auch bei Zuschauer-ausschlüssen: Ein Prozeßbesucher wurde ausgeschlossen, weil er sich in der Nase bohrte! Und dies gleich für fünf Tage, weil es so „demonstrativ“ gewesen sein soll.

Westberliner Antirepressionskommission des KB

EIN BUCH WIRD VERBOTEN

Bommi Baumann Dokumentation

Als der Trikont-Verlag zur Buchmesse 1975 die Autobiografie von Bommi Baumann „Wie alles anfang“ herausbrachte, war dem Verlag bewußt, daß dieses Buch allerlei Zündstoff liefern würde. Keiner konnte jedoch voraussehen, daß das Buch jahrelang die Gerichte und die Linke wie die bürgerliche Öffentlichkeit beschäftigen würde. Zweimal (im November 75 und im Dezember 77) wurde das Buch zum Anlaß von großangelegten Beschlagnahmeaktionen der Polizei genommen. In etwa 30, teils sich diametral widersprechenden Beschlüssen und Urteilen setzte sich die Justiz mit dem Buch auseinander. Einmal hob der Bundesgerichtshof einen Freispruch des Landgerichts München auf und sprach selber frei. Das Dokumentationsbuch soll einen Teil bundesdeutscher Justizgeschichte aufzeigen und dokumentieren, wie abhängig richterliche Entscheidungen von aktuellen politischen Ereignissen sein können. Das Baumann-Buch hat aber nicht nur die Justiz in heilloser Verwirrung gestürzt, sondern auch die politische Öffentlichkeit. Die Dokumentation enthält Diskussionsbeiträge von Heinrich Böll, Luise Rinser, Jochen Steffen, von der Bewegung 2. Juni, von Journalisten, Professoren (die zum Teil als Gutachter in den Prozessen auftraten) und Politikern. Letztlich will die Dokumentation das Baumann-Buch auch auf seinen Aussagegehalt für die linke Bewegung untersuchen. Autoren sind ein Verteidiger im Prozeß um das Buch, Rechtsanwalt Jürgen Arnold und der Münchner Journalist und Trikont-Autor Peter Schult.

aus dem **TRIKONT VERLAG**

KISTLERSTR. 1 8000 MÜNCHEN 90

bitte kostenlos unseren neuen Buch- und Plattenalmanach bestellen

Kröcher/Adomeit-Prozeß

Am 6.8.79 begann in Düsseldorf der Prozeß gegen Manfred Adomeit und Norbert Kröcher. Angeklagt sind sie wegen schwerem Raub, einem Sprengstoffanschlag und Verstoß gegen § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung). Außerdem wird ihnen zur Last gelegt, eine Entführung der ehemaligen schwedischen Gesundheitsministerin Anna-Greta Leijon geplant zu haben, um die in der BRD im Knast sitzenden Stockholm-Attentäter zu befreien. A. Leijon war 1975 für die Ausweisung des schwerverletzten Siegfried Haussner verantwortlich, der dann in Stammheim an den Folgen seiner Verletzungen und der Überführung starb.

Kröcher und Adomeit waren am 31.3.77 in Stockholm verhaftet worden. Ohne daß die schwedische Justiz Anklage erhoben hätte — die von der Staatsanwaltschaft angeführten Taten sollen alle in Schweden begangen worden sein — wurden sie am 3.4.77 in die BRD ausgewiesen. Die erste Anklageschrift wurde im Juli 1978 fertiggestellt, aber das zur Entscheidung über die Zulassung der Anklage zuständige Oberlandesgericht Düsseldorf lehnte sie ab. Die Bundesanwaltschaft fügte daraufhin der alten Anklage noch einige Punkte hinzu: „Danach soll Knofo Kröcher die fragliche Vereinigung in Stockholm nunmehr plötzlich nicht nur gegründet haben, sondern in ihr auch als Rädelführer gewirkt haben. Zu dieser veränderten Sicht der Dinge kommen die Ankläger wohlgerne fast ein Jahr nach Fertigstellung der ersten Fassung

ihre Anklage vom 13.7.78 ... Die Richter haben inzwischen die Anklage nebst nachgeliefertem Zubehör zugelassen“ („taz“ vom 3.8.79). Zusätzlich wurde noch am 26.5.79 gegen Kröcher Anklage erhoben wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, der angeblich auch P.P. Zahl und L. Gendt angehören sollen.

Die Bundesanwaltschaft hat sich offensichtlich mit ihrer Anklageschrift alle Mühe gegeben, ein „Großverfahren in Sachen Terrorismus“ zu konstruieren. „Fast könnte man meinen, in Stockholm sei tatsächlich eine leibhaftige schwedische Ministerin entführt und die Regierung der Bundesrepublik dadurch erfolgreich zur Freilassung von Gefangenen genötigt worden“ (R. von Plottnitz in der Broschüre „Doku? Nöö“).

Der Prozeß vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht begann mit einer Reihe von Anträgen der Verteidigung, die vom zuständigen 6. Strafsenat alle zurückgewiesen wurden. „Der Vorsitzende des Senats, Klaus Ahrend, erklärte den Befangenheitsantrag ebenso für unbegründet wie den Antrag auf vorläufige Aussetzung des Verfahrens. Zur Begründung des Befangenheitsantrages erklärten die Anwälte, das Gericht habe im Vorfeld der Verhandlung versucht, die Anklageschrift der Bundesanwaltschaft zum Nachteil beider Beschuldigten zu beeinflussen“ („Frankfurter Rundschau“ vom 7.8.79).

Tatsächlich findet der Prozeß aber in seiner Hauptsache nicht in der BRD, sondern in Stockholm statt. Denn

dort werden die Zeugen, deren Aussagen die Anklage untermauern soll, vor einem Stockholmer Amtsgericht vernommen. Anwesend sind dabei zwei Staatsanwälte, ein Richter und die vier Verteidiger von Kröcher und Adomeit, die für jeden Verhandlungstag unter Polizeischutz nach Schweden eingeflogen werden. Die Angeklagten selbst haben so überhaupt keine Möglichkeit, in die Vernehmung der Zeugen einzugreifen. Bei den Zeugen handelt es sich im wesentlichen um schwedische Staatsbürger, die zusammen mit den Angeklagten in Stockholm verhaftet worden waren. Da sie ihren Prozeß schon hinter sich haben, sind sie — auch nach schwedischem Recht — jetzt verpflichtet, Aussagen zu machen. So wurde auch gleich die erste Zeugin mittels Beugehaft zu einer Aussage gezwungen.

Die Zusammenarbeit zwischen Stockholm und Düsseldorf findet auf der Grundlage der von Schweden mitunterzeichneten „Anti-Terrorismus-Konventionen“ statt. „Es fallen in diesem Zusammenhang bedenkliche Parallelen auf: Ähnlich wie bei der „kommissarischen Zeugenvernehmung“ im Fall Brigitte Heinrich in Zürich haben die Angeklagten keine Möglichkeit, den gesamten Verlauf des gegen sie geführten Prozesses mitzuvollziehen. Der Gedanke einer bereits erfolgten Vorverurteilung drängt sich auf“ („taz“ vom 24.9.79).

Westberliner Antirepressionskommission des KB

Isolationshaft weil sie lesbisch ist

Seit fünf Jahren sitzt im Frauentrakt der JVA Lübeck eine sogenannte „soziale Gefangene“, die ähnlichen Haftbedingungen unterworfen ist wie die politischen Gefangenen: Judy Andersen. Sie war am 1.10.74 zusammen mit ihrer Freundin Marion Ihns zu lebenslanger Haft verurteilt worden, weil beide Marion Ihns Ehemann hatten umbringen lassen. Schon der Prozeß war von den Richtern zu einem Tribunal gegen die lesbische Liebe umfunktioniert worden. Eifrig unterstützt von der bürgerlichen Presse — wobei sich natürlich die „Bild“-Zeitung mit Serien wie „Die Verbrechen der lesbischen Frauen“ hervortat. In der Haft bemühte sich die Justiz, besonders der Anstaltsleiter Greif, Judys Identität als Lesbe zu zerstören: So wurde sie gezwungen, die Anstaltskleidung, ein Kleid, zu tragen, obwohl sie ihr ganzes Leben lang nur Hosen angezogen hatte. Judy mußte nachgeben, litt aber so sehr darunter, daß sie 1976 einen Selbstmordversuch machte. Trotz psychiatrischer Gutachten machte der Anstaltsleiter seine Entscheidung nicht rückgängig. In einem Schreiben an ihre Anwältin Petra Rogge heißt es: „Wie ich Ihnen bereits mündlich eröffnete, trägt Frau Andersen Anstaltskleidung. Zur Anstaltskleidung gehören keine Hosen. Eine Ausnahmegenehmigung erteile ich nicht“ („Stern“ Nr. 40/79). Mittlerweile darf Judy Andersen wieder Hosen tragen. Nach der Reform des Strafvollzugsgesetzes im Jahre 1978 ist Gefangenen das Tragen ihrer eigenen Kleider erlaubt.

In der JVA Lübeck lebt Judy in Totalisolation, ganz offensichtlich, weil sie lesbisch ist. Ihr Tagesablauf in der Einzelhaft zeigt die Parallelen zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen (Judy Andersen ist Dänin und ihr Deutsch ist deshalb nicht immer korrekt): „Ich bin wie immer um 5.30 Uhr aus dem Bett gegangen und soll klar sein, wenn die Beamten um 6 Uhr kommen und guten Morgen sagen. Dann wechsle ich meine blaue Glühbirne mit der Beamtin aus. Denn ich habe so eine

blaue Birne die ganze Nacht, so man mich überwachen kann, denn man haben Angst, als ich soll wahr machen, mir mein Leben zu nehmen. Kurz danach bekomme ich mein Frühstück rein. Um 7 Uhr anfangen ich zu arbeiten, allein in meiner Zelle. Ich arbeite mit Reklamen und soll 1.000 Stück machen, dann habe ich verdient 1,50 DM ... Ganz langsam werden die Uhr 12, dann kann ich aufhören, denn jetzt ist Mittagspause bis 13 Uhr ... Dann komme meine Mittagsmedizin, ich habe all zu niedrig Blutdruck. 13 Uhr, und ich sitze wieder und arbeite. Persönlich habe ich niemals etwas gegen Arbeiten gehabt, aber so was hier, das ist für verrückte. Ganz langsam ist das auch 16 Uhr, und bald ist Freistunde im Hof. Etwas Luft soll man doch haben, nach eine ganze Tag in der Zelle. ... Ach ja, so ist es schon Abend, und ich bekomme mein Abendbrot rein. ... Etwas um 18 Uhr bis 18.30 komme der Beamten und sagen gute Nacht und fragen, ob man Wünsche hat. Wünsche, das finde ich gut. Denn was man sich wünscht, darf man nicht bekommen ... Jetzt kommt die Zeit, ich am besten mag, der Abend. Dann habe ich Zeit für mich selbst, auch wenn ich weiß, daß die Beamten jeden Viertelstunde reinsehen zu mir, ob alles in Ordnung ist mit mir. Das machen die bis morgen früh 5.30 Uhr. ...“ (aus „Stern“ Nr. 40/79).

Da Judy Andersen Dänin ist, hatte sie beantragt, in eine dänische Haftanstalt verlegt zu werden. Unterstützt wurde dieser Antrag durch ihren Arzt Carstensen, der feststellte, daß „aus psychiatrischen Erwägungen eine Verlegung der Patientin in eine dänische Haftanstalt dringend erforderlich“ sei. Sogar das dänische Justizministerium hatte ihre Verlegung beantragt. Doch das Bundesjustizministerium lehnte ab. In Dänemark sind die Haftbedingungen nicht so scharf und Judy würde — wie dort bei lebenslänglich Verurteilten üblich — nach zehn Jahren frei kommen ...

Westberliner
Antirepressionskommission des KB

nicht immer korrekt): „Ich bin wie immer um 5.30 Uhr aus dem Bett gegangen und soll klar sein, wenn die Beamten um 6 Uhr kommen und guten Morgen sagen. Dann wechsle ich meine blaue Glühbirne mit der Beamtin aus. Denn ich habe so eine

Freiburg

Belfortstraßen-Prozeß

Vor dem Amtsgericht Freiburg begann am 12. September der Prozeß gegen die zwei Studenten B.T. und J.G. Sie waren nach einer Demonstration gegen den Abriss von Häusern im April 1976 festgenommen worden. Die Anklageschrift wirft ihnen u.a. besonders schweren Landfriedensbruch vor, worauf nach § 125 StGB Gefängnis zwischen sechs Monaten und zehn Jahren steht. Was war nun eigentlich damals vorgefallen?

Nachdem längere Bemühungen der Hausbewohner um den Erhalt des Hauses gescheitert waren, rückte am 8.4.76 eine Hundertschaft Polizei an, das Haus zwangsräumen. Ca. 300 Leute hatten sich eingefunden, um dagegen zu protestieren. Entgegen vorheriger Zusicherung durch Polizeipräsident Maier wurden die Demonstranten von Polizisten in Zivil massiv fotografiert. Während der Demonstration wurden einzelne „Spitzel“ wiedererkannt und man verlangte die Herausgabe der Filme. In einer anschließenden Rangelei kam dabei die Kamera abhanden. Bei der folgenden Kundgebung auf dem Rathausplatz wurde B.T. gezielt aus der Menge heraus verhaftet. Ebenfalls verhaftet wurde M.M., der den Spieß umgedreht hatte und die Polizei fotografierte. Während er jedoch wieder freigelassen wurde, kam B. in Untersuchungshaft. Zwölf Tage später wurde dann J. vom Frühstückstisch weg verhaftet und wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr ebenfalls in U-Haft gesteckt. Nach 44 bzw. 36 Tagen wurden beide aus der U-Haft entlassen — nicht zuletzt aufgrund der massiven Solidaritätsaktionen der Freiburger Linken.

In einer Extra-Ausgabe der „Stadtzeitung für Freiburg“ heißt es u.a.: „Diese Rangelei um die Kamera, bei der es nicht mehr als eine beschädigte Jacke gab und einige blaue Flecken, können Staatsanwalt und Polizei nach unserer Rechtsordnung flugs in eine Tat der ‚Spitzel‘-Opfer verwandeln. Und schon ist der Anlaß dazu, das Spitzeln von Demonstranten, unter den Teppich gekehrt. Und weil sich herausstellte, daß die ‚Spitzel‘ nicht einfache Spitzel, sondern in Wirklichkeit Polizeibeamte, also ‚Amtsträger‘ waren, durften die Demonstranten sie auch nicht als ‚Spitzel‘ bezeichnen. So sagt es jedenfalls unsere Rechtsordnung. Und aus einer solchen Mischung von Menschen, Amtsträgern, Kameraträgern und Demonstranten machte die Staatsanwaltschaft mit

Hilfe unserer Rechtsordnung einen Aufruf bzw. eine Zusammenrottung, der den Landfrieden brach — ihn sogar schwer brach, weil angeblich Waffen mitgeführt wurden (Sprühdosen). Die Opfer der ‚Spitzel‘ werden so zu schweren Landfriedensbrechern. Die ‚Spitzel‘ gehen leer aus.“

In den ersten Prozeßtagen traten bisher vor allem die eklatanten Widersprüche der „bedrängten Spitzel“ zu Tage. Keiner konnte entgegen früherer Aussagen bei der polizeilichen Vernehmung behaupten, einen der Angeklagten direkt bei einer strafbaren Handlung gesehen zu haben; sie seien allerdings in der Menschenmenge gewesen und es sei „anzunehmen“, daß sie dann wohl auch geschlagen, mit Farbe gesprüht und mit Eiern geworfen hätten. Damit bleibt der besonders schwere Landfriedensbruch aufrechterhalten, ohne daß sich die Staatschützer in große Widersprüche verwickeln müssen.

Nachdem am 19.9. die ursprünglich vorgesehene Beweisführung abgeschlossen war, beantragte die Verteidigung die Vernehmung weiterer Entlastungszeugen, die mit einer Ausnahme sämtlich abgelehnt wurden, da sie entweder „nicht zur Sache gehören“ oder aber daß sich die Zeugen nach dreieinhalb Jahren unmöglich noch an den genauen Ablauf der damaligen Ereignisse erinnern könnten. Daraufhin stellte die Verteidigung einen Antrag auf Ablehnung des Richters wegen Besorgnis der Befangenheit. Sie führte u. a. aus, daß mit einer solchen Begründung der ganze Prozeß einzustellen sei und daß damit KZ-Prozesse heute überhaupt nicht mehr denkbar wären.

Die sich inzwischen wieder zusammengefundene Prozeßgruppe bereitet nun für Ende des Monats eine große Solidaritätsveranstaltung vor, zu der u.a. auch Walter Mossmann kommen wird, der sich schon damals sehr aktiv für die Angeklagten eingesetzt hat. Auch der ASa der Uni unterstützt die beiden Angeklagten.

Bernhard und Jost dürfen nicht wieder in den Knast!
Sofortige Einstellung des Spitzelschutzverfahrens!

Prozeßgruppe Bernhard und Jost
Spendenkonto:
Volksbank Freiburg, Nr. 3191109
Stichwort: Belfortstraßen-Prozeß

Prozeßbeginn gegen Angelika Speitel:

Majdanek-Anwalt als Pflichtverteidiger!

Ein Jahr nach ihrer Festnahme begann am 13.9.79 vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf der Prozeß gegen Angelika Speitel. Die Anklage lautet auf Mord, Mordversuch und Beteiligung an einer „terroristischen Vereinigung“, der RAF. Angelika wurde im September 1978 in der Nähe von Dortmund, angeblich bei Schießübungen, verhaftet. Bei einer Schießerei mit den Bullen war ihr Begleiter Michael Knoll und ein Beamter getötet, sie selbst schwerverletzt. Seit ihrer Verhaftung ist sie den verschärften Haftbedingungen für politische Gefangene ausgesetzt: Einzelisolation, wöchentlicher Austausch sämtlicher Gegenstände der Zelle und Trennscheibe sowohl bei Besuchen als auch bei Gesprächen mit ihrem Anwalt. Auch nach einem Jahr sind die Auswirkungen der Isolationshaft schon so verheerend, daß ihr Anwalt zu Beginn des Prozesses den Antrag stellte, die Verhandlungen um sechs Monate aussetzen, weil Angelika nicht verhandlungsfähig ist. Der schon „vorsorglich“ vom Gericht bestellte „Sachverständige“, der Anstaltsarzt der JVA Köln, Bechtle, attestierte ihr im Schnellverfahren, daß sie „weder vollständig noch teilweise verhandlungsfähig ist“ („taz“ vom 17.7.79). „Ihre Haftdauer sei nicht so lange, daß man mit ‚Ausfallerscheinungen‘ zu rechnen habe“ („Die Neue“ vom 15.9.79). Der Verteidiger stellte zwar keinen Befangenheitsantrag, schlug aber dem Vorsitzenden Richter Dr. Wagner vor, sich selbst wegen Befangenheit abzulehnen — der Richter hatte „in zwei Schreiben von den ‚bei der Angeklagten ohnehin schon vorhandenen Aggressionen‘ gesprochen“ („taz“ vom 17.9.79), ohne Angelika zu kennen. Der Richter hielt sich selbstverständlich nicht für befangen.

Als offene Provokation ist die Bestellung des Rechtsanwalts Ostrop als

Pflichtverteidiger zu werten: Ostrop hatte im Majdanek-Prozeß eine KZ-Aufseherin verteidigt! Dieser Anwalt hat logischerweise nicht das Vertrauen von Angelika Speitel: „Schließlich habe der Anwalt politische Inhalte verteidigt, wegen der die Angeklagte ‚dieser Gesellschaft den Kampf angekündigt‘ habe“ („Tagesspiegel“ vom

14.9.79). Ein entsprechender Antrag ihres Vertrauensanwalts auf Entpflichtung dieses Pflichtverteidigers wurde „aus Gründen der Prozeßsicherung“ („Die Neue“ vom 15.9.79) abgelehnt ...

Westberliner
Antirepressionskommission des KB

Schnüffler im Stammheimer Knast

Am letzten Prozeßtag am 5. Oktober hat Armin Newerla Antrag auf Einstellung oder Unterbrechung des Verfahrens gestellt, und zwar aufgrund eines Vorfalls, der mindestens genauso skandalös ist wie seinerzeit das Bekanntwerden der Tatsache, daß in Stammheim Verteidigergespräche mit Wannen abgehört wurden: In der Zelle, in der Armin diejenigen schriftlichen Prozeßunterlagen aufbewahrt hat, die er nicht in der eigenen Zelle haben darf, haben zwei bis drei Stunden lang Leute von außerhalb der Anstalt, also vermutlich vom LKA oder BKA, rumgeschnüffelt! Armin hat in seinem Antrag erklärt, daß er das selbst gesehen hat und auch weitere Zeugen dafür benennen kann. Die Bundesanwaltschaft plädiert natürlich sofort für Ablehnung des Antrags. Richter Foth allerdings erklärte, er wolle der Sache nachgehen.

Ebenfalls am 5.10. wurde bekanntgegeben, daß die Anklage wegen § 88a zurückgenommen wird. Stattdessen steht jetzt die angebliche Beteiligung von Arndt Müller und Armin Newerla an der Herausgabe des Buches „Texte der RAF“ unter § 129a (Unterstützung einer terroristischen Vereinigung) zur Anklage. So erspart sich die Anklagebehörde die Auseinandersetzung um den Zensur-

paragraphen, zu dessen Verfassungswidrigkeit die Verteidigung schon Gutachten vorbereitet hatte, ohne dabei von ihren Beschuldigungen abzugehen.

Fallengelassen wurde der Punkt in der Anklageschrift, das Büro der Stuttgarter Anwälte sei ein „Rekrutierungsbüro für die RAF“ gewesen und eine „Informations- und Agitationszentrale“.

An den beiden vorangegangenen Prozeßtagen waren Bundesanwalt Krüger und Ermittlungsrichter Kuhn vom BGH als Zeugen vernommen worden. Beide bestätigten die bisher bekanntgewordenen Tatsachen über den Kronzeugen-Deal: Kuhn durch seine Aussage, daß Oberstaatsanwalt Lampe nach einem „nicht erfolgreichen Vernehmungversuch“ Anklage gegen Hans-Joachim Dellwo wegen Mittäterschaft bzw. Mitwisserschaft am Ponto-Attentat „in Aussicht gestellt“ hatte. Krüger, indem er bestätigte, daß seine Vernehmung von Dellwo in einem Hotelzimmer stattgefunden hat, um dessen „Vertraulichkeit“ gegenüber der BAW „nicht zu unterdrücken“.

Eine Genossin
aus Baden-Württemberg

2 Jahre nach Stammheim — immer noch „Zweifler“-Prozesse

Auf den Tag genau zwei Jahre nach dem Prozeß gegen Kai Ehlers an vielen konkreten Auseinandersetzungen um den Zensur-

gebeten, weil sie in Sorge um ihre Gesundheit war. Dabei soll sie von der „Ermordung bzw. Selbstmordung“ in Stammheim gesprochen und ähnliches für ihre Mandanten in Berlin gefürchtet haben.

2 Jahre nach Stammheim — immer noch „Zweifler“-Prozesse

Auf den Tag genau zwei Jahre nach dem „Selbstmord“ von Stammheim, am 18.10.79, beginnt in Hamburg ein neuer Prozeß, in dem die Zweifel an der staatlichen Selbstmord-Version angeklagt sind.

Den drei angeklagten Frauen, Birgit, Mirca und Concordia, wird „Verunglimpfung der BRD“ (nach § 90a) vorgeworfen. Die Anklage hat folgenden Hintergrund:

Am 18.10.78 sollte zum ersten Jahrestag der Stammheimer Ereignisse im Hamburger Karolinenviertel eine Demonstration stattfinden. Sie wurde verboten, weil nach Ansicht der Polizei der Verdacht bestand, Demonstrationssteilnehmer könnten Amsichten und Äußerungen vertreten, „in denen der Staat in einer nach § 90a ... strafbaren Weise verunglimpft werden könnte“. Die trotz Verbot erschienenen 100 - 200 Demonstranten wurden von einem massiven Polizeiaufgebot auseinandergeprügelt und durch das Viertel gejagt. Dabei wurden über 60 Leute festgenommen, wahllos wurden Menschen (auch Passanten) durchsucht und ein Kino von der Polizei geräumt.

Am nächsten Tag wurde im Karolinenviertel ein Flugblatt verteilt, das gegen den Polizeieinsatz protestierte und zugleich die immer noch bestehenden Zweifel an der „Selbstmord“-These darstellte; außerdem drückte es die Solidarität mit den politischen Gefangenen aus und forderte die Freilassung von Werner Hoppe, der zu dieser Zeit in lebensbedrohlichem Zustand im Krankenhaus lag.

Folgende Aussagen des Flugblatts stehen jetzt unter Anklage: Zunächst heißt es, daß man „nicht an die staatlich verordnete Selbstmordthese“ glaube, sondern der Meinung sei, „daß die drei Gefangenen vom Staatsschutz ermordet worden sind“. Dies wird begründet - mit der erwiesenermaßen vernichtenden Wirkung der Isolationshaft (am Beispiel von Werner Hoppe), - der Unmöglichkeit für die Stammheimer Gefangenen, an Waffen heranzukommen - und mit dem Versuch des Staatsschutzes, zu verhindern, daß „die Morde in Stammheim durch eine unabhängige nationale und internationale Untersuchungskommission“ aufgeklärt werden. In diesem Zusammenhang sind auch Begriffe wie „Lüngenbaude des Staates“, „Unterdrückungssystem“, „Schweigen des Staates“ angeklagt.

Zwei Jahre nach den tödlichen „Wundern“ von Stammheim gilt immer noch: es sind keineswegs alle Zweifel an der Selbstmordthese ausgeräumt, keineswegs sind alle Widersprüche beseitigt, keineswegs sind alle notwendigen Untersuchungen gemacht worden. Dies hat zuletzt Rechtsanwalt Heldmann im Prozeß

gegen Kai Ehlers an vielen konkreten Beispielen nachgewiesen. Der Prozeß wurde vorläufig eingestellt, weil der Staatsanwaltschaft deutlich wurde, daß sie sonst die in der Einstellungsverfügung behauptete Unzweifelbarkeit der „Selbstmorde“ anhand der Ermittlungsakten würde überprüfen und beweisen müssen. Diese belegbaren Zweifel haben aber keineswegs dazu geführt - wie der anstehende Prozeß deutlich macht - daß der Staat an seiner Selbstmord-Version Zweifel zuläßt.

So ging erst jetzt - im September 1979 - ein Prozeß gegen die Rechtsanwältin Alexandra Goy in Westberlin zu Ende. In 1. Instanz war sie wegen „Beleidigung der Vollzugsbeamten“ zu 1.000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Am 18.10.77 (also dem Todestag von Baader, Ensslin und Raspe) hatte sie telefonisch um eine Ausnahmegenehmigung (das Kontaktparagraphe war in Kraft) für einen Besuch bei ihren Mandanten Monika Berberich und Fritz Teufel

gebeten, weil sie in Sorge um ihre Gesundheit war. Dabei soll sie von der „Ermordung bzw. Selbstmordung“ in Stammheim gesprochen und ähnliches für ihre Mandanten in Berlin gefürchtet haben.

Die Rechtsanwältin erklärte dazu, sie habe lediglich ihre „Zweifel an der Selbstmordversion anklingen lassen“. In 2. Instanz wurde sie freigesprochen, allerdings nicht mit der Begründung, am 18.10.77 hätte jede Version erlaubt sein müssen, sondern mit der lapidaren Begründung, „eine bestimmte Personengruppe sei nicht beleidigt worden“ (Zitate nach „Tagesspiegel“, 19.9.79).

Der Prozeß gegen die drei Frauen beginnt am 18.10. im Strafjustizgebäude Hamburg, Sievekingplatz, Raum 192, 12.30 Uhr.

IKAH, Hamburg

Die „Wunder von Stammheim und Stadelheim“ vor Gericht



Wir glauben immer noch nicht an Selbstmord!

Broschüre im A 4-Format, 68 Seiten

Preis DM 4,-

Dokumentationsmaterial zum KB-Prozeß: mit der Anklageschrift
++ Hintergründe material (AK-Artikel) ++ Berichte (Prozeßinfo)
Für Interessierte haben wir zusätzlich eine Arbeitsbroschüre mit dem aktuellsten Stand zusammengestellt. Solidaritätspreis DM 5,-

Astrid Proll ist frei!

Mit einem Knalleffekt ganz besonderer Art begann am 19.9. vor dem Frankfurter Schwurgericht der Prozeß gegen Astrid Proll: Nachdem Verteidiger, Frauengruppen und zehn Frauen des öffentlichen Lebens (Helga Einsele usw.) seit Astrids Auslieferung an die BRD im Juni vergeblich eine Haftverschönerung gefordert hatten, genügte jetzt der Beschluß des Westberliner Senats, dem VS-Beamten Michael Grünhagen keine Aussagegenehmigung zu erteilen, um die Staatsanwaltschaft zu einem Antrag auf Haftbefreiung zu veranlassen!

Der Prozeß am Mittwoch, der sehr gut und mit vielen Blumen besucht war, begann mit der Mitteilung der Vorsitzenden Richterin Johanna Dierks, daß der Westberliner Innenminister dem VS-Beamten Grünhagen die Aussagegenehmigung verweigerte. Grünhagen, Hauptbelastungszeuge für den schwerwiegendsten Vorwurf des zweifachen Mordversuches, sei nämlich im Falle seiner Zeugenaussage „in hohem Maße gefährdet“, solle aber auch in Zukunft „erfolgreich in der Terrorismusbekämpfung“ eingesetzt werden. Nicht mal einer Zeugenaussage unter Ausschuß der Öffentlichkeit wolle der Westberliner Innenminister seine Zustimmung geben.

Die Staatsanwaltschaft begründete daraufhin ihren Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls mit der Vermutung, „daß der der Anklage zugrundeliegende Mordversuch an Grünhagen ohne dessen Erscheinen vor Gericht von der Richterin anders bewertet werde“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 20.9.).

Das Gericht gab diesem Antrag statt, da die inzwischen über dreieinhalb Jahre dauernde Untersuchungshaft nicht mehr im Verhältnis stehe zu den nun etwas abgeschwächten Anklagepunkten.

Tatsächlich wird durch diesen Beschluß des Westberliner Senats die Zweifelhaftigkeit der Aussagen Grünhagens nur noch unterstrichen: Schon im ersten Prozeß gegen Astrid Proll 1973/74 wurde deutlich, wie widersprüchlich die Aussagen der beiden Hauptbelastungszeugen, der VS-Beamten Grünhagen und Heinz Simon, sind, auf die Astrid am 10.2.71 bei einem Fahndungsmanöver geschossen haben soll. Damals hatten die Verteidiger aufgrund der schwachen Beweislage schon mit einem Freispruch gerechnet, als der Prozeß wegen der — nach langer Zeit im Toten Trakt — schlechten Gesundheit von Astrid unterbrochen werden mußte.

Heute wären die Beweise, die zu einer Verurteilung wegen zweifachen Mordversuches führen würden, noch schwerer herbeizulügen. Insofern sei klar, so Ulrich Preuss, der mit Johannes Riemann und Heinrich Hannover die Verteidigung übernommen hat, daß „hier ein schlechtes Theaterstück inszeniert worden ist“ („FR“, 20.9.), um die „brüchige und haltlose“ Beweislage zu kaschieren.

Unglaublich wird die Befürchtung des Westberliner Senats auch weisung zu kaschieren.

Unglaublich wird die Befürchtung des Westberliner Senats auch



Astrid Proll, Prozeß im Jahre 1973

durch die Tatsache, daß Grünhagen im selben Verfahren 1974 und ebenfalls 1976 im Kaiserslauterner Grashof-Verfahren sehr wohl in aller Öffentlichkeit aussagen durfte. Da fragt sich heute sogar die „FR“, „wer hier den Prozeß macht: Polizei und Verfassungsschutz oder ein unabhängiges Gericht“ (20.9.). Und die Vorsitzende Richterin „stimmt es nachdenklich, auf welche Weise die Exekutive in die Rechtsprechung eingreift“ („Stuttgarter Zeitung“, 20.9.).

Astrid Proll befindet sich jetzt endlich in Freiheit: nach insgesamt drei Jahren und acht Monaten Haft, davon Monate im Toten Trakt von Köln-Ossendorf, nach vier Jahren mühsamem Neuanfang in England, nach langen, harten Kämpfen ums

Überleben und um menschenwürdige Haft- und Prozeßbedingungen.

Ihr Prozeß, der wahrscheinlich bis Ende des Jahres dauern wird, enthält als Anklagepunkte neben dem inzwischen in seiner juristischen Bedeutung erheblich abgeschwächten Vorwurf des zweifachen Mordversuches einen ebenfalls schwer zu beweisenden Banküberfall und Urkundenfälschung.

Mit ihrer Haftentlassung ist ein erster Schritt erreicht. Tragen wir mit weiterer Solidarität dazu bei, daß am Ende dieses Prozesses Astrid nicht erneut in den Knast muß!

KB-Frauengruppe Frankfurt

Kristina Berster: „Ich bin geflohen, weil ich Angst hatte...“

Kristina Berster sitzt seit dem 28.2.79 in New York in Abschiebehäft.

Als Mitglied des Sozialistischen Patientenkollektivs Heidelberg (SPK) war sie 1973 nach sechs Monaten Isolationshaft und anschließender Haftverschönerung geflohen. Das BKA löste eine internationale Terroristenfahndung nach ihr aus. Nachdem Kristina Berster, aus Kanada kommend, in den USA verhaftet wurde, hat sie einen Prozeß um politisches Asyl in den USA verloren.

In einem Brief an Bundesinnenminister Baum hat sie sich nun bereit erklärt, in die Bundesrepublik zurückzukehren und sich einem Verfahren zu ihrer SPK-Mitgliedschaft zu stellen. Entschieden verwarft sie sich dagegen, daß die Bundesrepublik in den USA mittlerweile einen Haftbefehl gegen sie vorgelegt hat, der sie als Mitglied der RAF kennzeichnet:

„So wurde nach meiner Verhaftung ein Haftbefehl produziert, in dem ich verdächtigt wurde, Mitglied einer terroristischen Vereinigung zu sein. Dieser Haftbefehl wurde schon wenige Wochen später zurückgezogen, weil er zu offenkundige Unwahrheiten enthielt. In einem neuen Haftbefehl von August 1978 wird nun der Verdacht einer terroristischen Vereinigung darauf gestützt, daß angeblich ein Foto existiere, daß mich angeblich zusammen mit Marion Enkerte in Paris darauf gestützt, daß angeblich ein Foto existiere, daß mich angeblich zusammen mit Marion Folkerts in Paris

zeige, und daß ich bei meiner Festnahme in den USA einen iranischen Paß bei mir hatte.

„Kurz nach meiner Verhaftung in den USA suchten mich zwei Beamte des BKA im amerikanischen Gefängnis auf. Sie sagten mir unumwunden, daß gegen mich nichts vorläge. Wenn ich allerdings nicht bereit sei, Aussagen zu machen, insbesondere wo und mit wem ich die ganze Zeit gelebt habe, und auf welche Weise ich an den falschen Paß gekommen sei, würden sie dafür sorgen, daß mir erfolgreich die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung angehängt würde.“

Auch die Bundesanwaltschaft hat im Gespräch mit meinen Anwälten zugegeben, daß der Haftbefehl „etwas dünn“ sei. Einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls wollten jedoch auch sie nur erstellen, wenn ich aus sage.

„Ich weiß, daß der Verdacht des Terrorismus noch lange an mir haften wird. Ich nehme das in Kauf, weil es mir wichtiger ist, zurückzukehren und endlich wieder unter meinem Namen leben zu können“ (Schreiben von K. Berster an Baum lt. „taz“ vom 25.9.79).

Westberliner

Antirepressionskommission des KB

Westberliner

Antirepressionskommission des KB

Zum weiteren Prozeßverlauf gegen Astrid

Eine günstige Entwicklung zeichnet sich für Astrid Proll ab, die nach ihrer Auslieferung aus England im Juni seit dem 19.9. in Frankfurt wieder wegen angeblichen Mordversuches, Bankraub und Urkundenfälschung vor Gericht steht:

— Gleich am ersten Verhandlungstag mußte sie ohne Auflagen aus der Haft freigelassen werden, nachdem einer der beiden Hauptbelastungszeugen für den angeblichen Mordversuch, der Westberliner Verfassungsschützer Grünhagen, für den Prozeß vom Westberliner Innenminister keine Aussagegenehmigung bekommen hatte.

— Die bisherigen Zeugen brachten im Sinne der Anklage nicht viel: Der erste war ein BKA-Kommissar Freter, der einen Bericht über die Vorfälle im Frankfurter Westend vom 10.2.71 geschrieben hatte: Hier soll Astrid Proll zusammen mit Manfred Grashof bei einer Personalienkontrolle ihren „Mordversuch“ unternommen haben. Er gab an, instruiert worden zu sein, im Bericht alles auszusparen, was mit dem VSler Grünhagen zusammenhänge. Eben demselben Grünhagen, der im ersten Proll-Prozeß als „fast-ermordeter“ Hauptbelastungszeuge auftrat und jetzt keine Aussagegenehmigung mehr erhielt. Astrids Rechtsanwalt Ulrich K. Preuß erklärte denn auch zu recht, hier „geht es um die Frage, ob hier ein Mordversuch erfinden worden ist oder nicht“, und äußerte die Vermutung, „daß der Sachverhalt zum Thema Mordversuch von den Behörden entsprechend ihren Ermittlungsbedürfnissen wiederholt verändert worden sei“ (laut „Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 20.9.1979).

— Als zweiter konnte der Schußwaffenfachverständige BKA-Direktor Grob „nicht mit Sicherheit sagen“, daß eine am „Tatort“ gefundene Patronenhülse aus der später bei Astrid Proll gefundenen Pistole stamme („FR“, 1.10.79).

— Schließlich verstrickte sich der übrig gebliebene Hauptbelastungszeuge Simons von der Sicherungsgruppe Bonn, der am 10.2.71 auch mit dabei war, in Widerspruch zu früheren Aussagen, z. B. zur Frage, auf wen denn Astrid Proll nun geschossen haben soll oder seit wann er Grünhagen namentlich kennt. Selbst die Vorsitzende Richterin äußerte daraufhin ihm gegenüber: „Daraus kann man den Eindruck gewinnen, daß Sie nicht gewissenhaft nachdenken“ („FR“, 5.10.79).

Die Aufdeckung des Zusammenbruchs der Anklage gewinnt in diesem Prozeß eine besondere Bedeutung: Soll doch das Verfahren gegen Astrid in der Öffentlichkeit „als Testfall dafür“ verkauft werden, „ob und wie weit nach den Umkehr-Appellen der

Bundesregierung nun auch die Justiz solchen Tätern entgegenkommt, die sich aus der Terrorzone gelöst haben“ („Spiegel“ 38/79, 17.9.79).

Innenminister Baum sprach von einem „Tunnel“, durch den alle „ehemaligen Terroristen“ „durch“ müßten. Konkreter: „Das setzt ... voraus, daß solche Leute wie etwa Astrid Proll offen ihre Distanzierung zur RAF erklären“ („Stern“, 4/79).

Ganz in diesem Sinne sagte auch der zuständige Frankfurter Oberstaatsanwalt Schäfer: „Falls sich die Angeklagte in der Hauptverhandlung vom Terrorismus lossagt, kann sie ... darauf hoffen, daß die Ankläger ihr bei ihrem Antrag auf das Strafmaß entgegenkommen“ (laut „Spandauer Volksblatt“ vom 19.9.).

Allein, das staatliche Kalkül — Gnade gegen Kniefall und Antiterrorismus-Propaganda — hat bei Astrid nicht geklappt.

Nie hat sie verleugnet, was das Gefängnis in der BRD, die Isolationshaft ihr angetan hat: „Noch heute, sechs Jahre später, habe ich mich davon (dem „Toten Trakt“ in Ossendorf, Anm. AK) nicht erholt“ („Stern“, 48/78). Daß die Gerichtsverhandlung jetzt schon wieder zweimal wegen totaler Erschöpfung Astrids unterbrochen werden mußte, zeigt die schlimmen Auswirkungen der Haftzeit auf Astrid.

Und sie hat sich bisher auch nie, trotz ungeheuren Drucks auf sie, zu der gewünschten „Distanzierung“ verleiten lassen. In einer Erklärung vom 19.6., kurz vor ihrer Auslieferung, sagte sie: „Ich habe nicht meine Meinung geändert, ich habe mein Leben geändert“ (Erklärung lt. „taz“ vom 19.6.). Und: „Gegenüber denjenigen, die von Astrid Proll annehmen, sie habe aufgehört zu kämpfen mit ihrem Weggang nach England und mit ihrem Leben dort, sagt sie: „Keiner mit dieser Gefängniserfahrung kann sich zurückziehen, selbst nach der Freilassung nicht“ („Courage“, August 1979).

Daß trotz dieses Auftretens Astrid aus dem Knast rausgekommen ist und gute Aussicht besteht, sie auch endgültig freizubekommen, liegt nicht nur an der Brüchigkeit der Anklage. Wir wissen von anderen Verfahren, daß auch brüchigste Anklagen noch zu horrenden Urteilen führen können. Mit ausschlaggebend dürfte sein, daß sich Menschen weit bis ins liberale Lager hinein in England wie in der BRD, besonders auch Teile der Frauenbewegung (siehe mehrere Artikel in „Emma“ und „Courage“ dazu), für die Freilassung Astrids engagiert haben. Das muß weitergehen!

Antirepressionskommission

Westberlin

Antirepressionskommission

Westberlin

Wie hält eine Mutter das aus?

Der folgende Beitrag wurde von Christa Cullen, der Mutter von Sabine Schmitz, auf einer Veranstaltung zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen, der Praxis des Todeschusses und der Verhaftung von K.-H. Adzersen, C. Biehal und H. Biehal am 12.7.79 in Heidelberg gehalten. Wir bringen hier Auszüge aus ihrer Rede:

„Ich bin Christa Cullen, die Mutter von Sabine Schmitz, die seit mehr als 2 1/2 Jahren im 7. Stock von Stammheim in Untersuchungshaft sitzt und jetzt zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde. Bis zu ihrer Verhaftung hatte sie in Heidelberg studiert. Warum ich heute hier bin, obwohl nun ihre Entlassung abzusehen ist, und warum ich auch danach weiter mit den Angehörigen der Gefangenen zusammenarbeiten werde, werdet ihr verstehen, wenn ich zu Ende bin mit meinem Beitrag. Denn Betroffene werden wir bleiben, meine Tochter und ich. Dafür wird gesorgt sein.“

... Ich bin seit der Verhaftung meiner Tochter sehr oft gefragt worden — und ganz besonders auch von jungen Menschen: Wie wird eine Mutter mit einer solchen Situation fertig? Wie erträgt sie es? Woher nimmt sie die Kraft, das alles durchzustehen und den Mut, so zu kämpfen ohne zu verzweifeln? Ich antworte dann oft, daß eine große Kraftquelle die Solidarität mit den anderen Angehörigen von

Gefangenen ist. Ich habe überhaupt erst so die lebendige Erfahrung von Solidarität gemacht, die für mich zuvor ein beinahe fremder Begriff war. Eine weitere Quelle der Kraft aber ist — und das wird diejenigen unter euch überraschen, die noch nie Gefangene besucht haben, das Gespräch mit den Gefangenen selber. Warum das so ist, dafür gibt es viele Erklärungen. Geht mal zu ihnen hin und macht eure Erfahrungen selber!

Als ich das erste Mal mit dem Begriff Haftbedingungen für politische Gefangene konfrontiert wurde, war meine Tochter noch Schülerin und ich dachte nicht im Traum daran, daß mir dieses Problem einmal so hautnah auf den Leib rücken würde. Es war im Jahre 1974, als ich eine Hungerstreik-erklärung der politischen Gefangenen und eine Schilderung ihrer Haftbedingungen und der Zwangs-ernährung in die Hände bekam. Ich war betroffen und erschrocken. Ich wollte nicht glauben, daß so etwas in unserer Zeit noch möglich sei. So ahnungslos war ich damals noch. Ich war erschüttert über den Tod von Ulrike Meinhof und das Sterben von Holger Meins im Hungerstreik. Ich sah die Bilder der Toten in Zeitungen und dachte voller Mitleid an ihre Angehörigen. Aber dann ging ich wieder zur Tagesordnung über und las öfter Brigitte und das Feuilleton der Tageszeitungen als den politischen Teil. Ich glaubte, daß ich mit meinem Leben — Beruf, drei Kindern und einem gehörigen Päckchen Alltagsorgen — voll ausgelastet sei.

— Bis ich durch die Verhaftung meiner Tochter mit einem schmerzhaften Ruck in ein völlig neues Leben hineinkatapultiert wurde.

Von damals, von der ziemlich oberflächlichen Anteilnahme am Tod von Ulrike Meinhof und Holger Meins, war ein langer Weg bis zu dem Tag, an dem ich vor zwei Monaten neben der Mutter von Elisabeth van Dyck an ihrem offenen Sarg stand. Und da war es nicht mehr flüchtige Anteilnahme, die mich bewegte, sondern ohnmächtiger Schmerz und Zorn.

Denn in der Zwischenzeit hatte ich eine Entwicklung durchgemacht, zu der nicht zuletzt die enge Zusammenarbeit mit den anderen Angehörigen der Gefangenen beigetragen hat, und in deren Verlauf ich zu der Erkenntnis gekommen bin, daß ich meine Tochter und mit ihr auch die anderen Gefangenen in ihrer Haltung akzeptiere und respektiere als Menschen, die lange vor mir mit wachsamem Auge die Vorgänge in der Welt beobachtet und sich ihre Gedanken dazu gemacht haben. Das heißt nicht, daß ich ihre politischen Gedanken und Vorstellungen blind übernehme und mich als Verwundete zum willfährigen Werkzeug machen lasse, wie das Horst Mahler und gewisse Leute, die das vielzitierte „Umfeld des Terrorismus“ zu kennen behaupten, glauben machen wollen. Ich setze mich in Briefen und Gesprächen mit meiner Tochter auseinander. Aber ich kann in diesen Menschen

nicht die gemeinen und niedrigen Verbrecher sehen, als die sie dargestellt werden. Und das nicht aus verblender Mutterliebe und Gefühlsduselei heraus, sondern weil ich inzwischen weiß, daß sie etwas zu sagen hatten und daß ihre Kritik in sehr vielen Punkten berechtigt war und noch ist. Nur hat man sich nie die Mühe gemacht, sie anzuhören und mit ihnen zu sprechen. ...

Ja, es heißt so, aber so normal ist dieser Normalvollzug eben nicht. Gefangene, die in den Normalvollzug übernommen werden sollten, wie z.B. auch meine Tochter, haben immer wieder den Versuch unternommen, daran teilzunehmen, und später resigniert darauf verzichtet, weil sie feststellen mußten, daß wirkliche menschliche Kontakte mit sozialen Gefangenen von vornherein unterbunden oder unmöglich gemacht wurden. Die sozialen Gefangenen werden vor den „Terroristen“ gewarnt und so unter Druck gesetzt mit Androhung von verschärften Haftmaßnahmen, daß sie es gar nicht wagten, mit den politischen Gefangenen zu sprechen. Und taten sie es dennoch, so dauerte es nicht lange, bis sie in eine andere Gruppe oder gar eine andere Anstalt verlegt wurden. In manchen Fällen ließ man es erst gar nicht so weit kommen, sondern wechselte von vornherein täglich die Mitgefangenen beim Hofgang, so daß an einen sozialen Kontakt nicht zu denken war. Solche Berichte liegen uns von Gefan-

genen aus verschiedenen Anstalten vor.

... Ich habe in den 2 1/2 Jahren, in denen ich Besuche im Gefängnis mache, in so viele Gesichter gesehen. Man begegnet ihnen, wenn man durch den Knast geführt wird; Männer in Stammheim, die sinn- und ziellos in den Gängen herumstehen und Frauen z.B. in Aichach in ihren erbärmlichen grauen Kitteln, die offenbar das trostlose Grau ihrer Situation noch unterstreichen sollen. Ich werde diese Gesichter nicht mehr los.

Unsere Bemühungen um Verbesserung der Haftbedingungen sollen — so meine ich — letztendlich allen Gefangenen gelten, denn wer ein paar Jahre im Knast zugebracht hat und noch nicht kaputt ist, der wird zum politischen Gefangenen, wenn er sich den Willen zum Überleben erhalten will. ...

Wir haben diese Teile der Rede aus dem „ID“ Nr. 300 übernommen. Der vollständige Beitrag ist abgedruckt in einer Dokumentation der Veranstaltung: „Nichts ist tödlicher als das Schweigen“. Sie kann von Christa Cullen, Fremersberg 77, 7570 Baden-Baden bezogen werden.

Westberliner Anti-Repressionskommission des KB

Prozeßbeginn gegen Brigitte Heinrich

Orwells Schreckensvision verwirklicht Hochsicherheitstrakt in Westberlin

Im Oktober soll der 27 Haftplätze umfassende Hochsicherheitsbereich in der Westberliner Untersuchungshaftanstalt Moabit belegt werden. Darüber hinaus sind in Westberlin weitere 60 Haftplätze in einem Hochsicherheitstrakt der im Bau befindlichen neuen Frauenhaftanstalt Plötzensee geplant.

Das Konzept der vollständig abgeschlossenen Knäste für politische Gefangene und sich zur Wehr setzende soziale Gefangene ist keine Westberliner Spezialität, sondern für die gesamte Bundesrepublik geplant, im Bau, bzw. — wie in Celle — bereits Wirklichkeit.

„Die Hochsicherheitstrakte stehen nicht plötzlich in Celle, Moabit, Straubing, Plötzensee, Lübeck und bald in jeder größeren Stadt, die ein Gefängnis, ein Polizeipräsidium, eine Gerichtsfestung besitzt. Die Hochsicherheitstrakte haben eine lange Vorgeschichte. Diese ist nichts anderes als die Geschichte der Isolationshaft in bundesdeutschen und Westberliner Gefängnissen. Mit der Existenz der Hochsicherheitstrakte wird die Isolationshaft für politische und soziale Gefangene nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Mit der Existenz der Hochsicherheitstrakte wird die Isolationshaft zu einem festgeschriebenen Zustand im bundesdeutschen Gefängnisystem. Mit der Existenz der Hochsicherheitstrakte ist der negative Endpunkt in der langjährigen Praxis von Sonderbehandlung politischer Gefangener erreicht“ (Aus: Hochsicherheitstrakt — Berichte, Materialien, Dokumente; herausgegeben von der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte in Westberlin).

„Der Hochsicherheitstrakt ist nicht nur als solcher vom übrigen Gefängnis isoliert, sondern jede einzelne Zelle im Trakt ist nochmal von den anderen vollständig abgeschottet. Die Zellen selbst sind lange, hohe Schläuche, gelb gestrichen, mit Betonwänden und -fußböden, Neonbeleuchtung von 7.00 früh bis 23.00 abends. Die zwei Fenster — mit Ausblick auf Wände — bestehen zu 50 % aus Rahmen, zu 50 % aus Panzerglas, dahinter noch ein Eisengitter. Sie sind geräuschnundurchlässig und können von den Gefangenen nicht geöffnet werden“ (AK 152, siehe auch AK 156).

In die Zellen dringen nur undefinierbare Geräusche, der Gefängnishof ist ein Betonkäfig mit Gitterdach.

„Die Vielfältigkeit unserer Wahrnehmungsmöglichkeiten liegt also in den unterschiedlichen Entfernungen, mit denen wir auf eine Betonmauer sehen können“ (Brief von dem in Celle einsitzenden Karl-Heinz Dellwo).

Im Moabiter Untersuchungsgefängnis werden im A-Flügel im Haus I zwei Stationen mit insgesamt 27 Zellen als Hochsicherheitstrakt fertiggestellt. „Die beiden Stationen bilden

als Hochsicherheitstrakt fertiggestellt. Die beiden Stationen bilden einen Knast im Knast. Um den Hochsicherheitstrakt herum ist eine extra Mauer gezogen. Fernsehgeräten, Richtmikrophonen, Monitoren in den Fluren, Teilzellenkontrakten mit jeweils acht, fünf und drei Zellen. Jeder Teilzellenkontrakt ist nochmals so abgeschlossen, daß er von den anderen Trakten im Hochsicherheitstrakt akustisch isoliert und über einen separaten Gang erreichbar ist. Die Zellenwände bestehen aus einem schallschluckenden Material. „Von der Zelle her gesehen, sind die Zellenfenster folgendermaßen konstruiert: Zuerst kommt ein engmaschiges Fliegengitter, dann Eisengitter, dann ein größerer Hohlraum dem sich der Außenwand etwas vorgesetzt Festglasfenster anschließen, die seitlich offen sind für eine minimale Luftzufuhr. Da wenige Meter von der Außenwand entfernt eine Extramauer hochgezogen wird, kommt zumindest in den Teilzellentrakten auf der Station A I, also im Parterre, kaum Tageslicht in eine Zelle. In jeder Zelle des Hochsicherheitstraktes befindet sich eine Gegensprechanlage anstelle der üblichen „Fahne“ (ein Eisenstab, der durch die Zellenwand auf den Flur geht und bei Betätigung durch den Gefangenen ein ca. handgroßes Metallstück hochschnellen läßt als Zeichen für den Stationswärter, daß der Gefangene etwas benötigt). Gegensprechanlagen sind praktisch Abhöranlagen und die Gefangenen können nicht überprüfen, ob nun die Gegensprechanlage an oder ausgestellt ist. Außerdem sind in jeder Zelle Bewegungs- und Geräuschemelder eingebaut. ... Die Gefangenen erhalten Extra-Essen und Extra-Wasser für heiße Getränke“ (Broschüre

Hochsicherheitstrakt, wie oben angegeben).

Die Gefangenen in diesem Hochsicherheitstrakt sind demnach sowohl allein in ihrer Zelle als auch beim Umschluß in der Gruppe auf den Fluren vollständig kontrolliert, ihren Bewachern entgeht keine Bewegung, kein Wort, kein Zeichen. Vom „normalen“ Gefängnisleben sind sie völlig abgeschottet, Besucherzellen, Duschräume usw. befinden sich im Trakt.

112 neue Planstellen für Vollzugsbeamte hat Westberlins Innensenator Meyer für den Knast im Knast vorgesehen. Auf einen Gefangenen kommen also vier Beamte. Laut „Tagesspiegel“ vom 17.8.79 sollen 30 Beamte mit einer speziellen Sicherungsgruppe mit psychologischer Ausbildung eingesetzt werden.

„Der zukünftige Leiter des Hochsicherheitstraktes in Moabit, der Diplompsychologe von Seefranz, wird bereits heute als Leiter der therapeutischen Station in Tegel, Haus IV (Strafvollzugsanstalt für männliche Gefangene in Westberlin, Anm. AK), von Gefangenen als Spalter bezeichnet. In Tegel heißt es, daß er durch seine Gruppenprogramme Gefangene gegeneinander aufwiegelt, indem Gefangene, die sich seiner psychologischen „Behandlung“ nicht unkritisch anpassen, als Außenseiter abgestempelt oder in andere Häuser zurückverlegt werden. Ein Vergleich zu den Methoden der modernen Gefängnispsychologie in den Vereinigten Staaten drängt sich auf. Dort werden, wie z. B. im Zuchthaus Marion im Bundesstaat Illinois, von Psychologen geleitete Modellprogramme zur Verhaltensänderung von Gefangenen durchgeführt. Die Erprobung findet dort ebenfalls in speziellen Sicherheitstrakten statt, wo ein systematisches Verhaltenstraining geübt wird. Zeigt ein Gefangener das gewünschte Verhalten nicht, wird er von den anderen isoliert.

Ich glaube, der Tag ist gekommen, an dem wir Sensorische Deprivation mit Drogen, Hypnose und Manipulation mittels Belohnung/Strafe verbinden können, um die größtmögliche Kontrolle über das Verhalten eines Individuums zu erreichen“ (Dr. James McConnell, Psychiater an der Michigan University“ (nach Broschüre Hochsicherheitstrakte, wie oben angegeben).

Von Justizsenator Meyer wird der Hochsicherheitstrakt als „Wohngruppenvollzug“ bezeichnet. „Konkret bedeutet der Wohngruppenvollzug offene Zellentüren und dadurch Kontaktmöglichkeiten der Strafgefangenen auf den Fluren“ („Tagesspiegel“, 8.6.79).

In einem Schreiben der Justizbehörde Westberlins an eine Reihe von Rechtsanwälten ist von „Wohngruppenvollzug“ allerdings kaum die Rede:

„In den Hochsicherheitsbereichen werden alle baulich-technischen Vorkehrungen getroffen, die nach neuesten Erkenntnissen geeignet sind, eine sichere Verwahrung von Gefangenen, die wegen des Verdachts oder der Begehung politisch motivierter Strafta-

ten inhaftiert sind oder sonst als besonders gefährlich einzuschätzen sind, zu gewährleisten. Bei der baulichen Konzeption ist darauf geachtet worden, daß innerhalb der Bereiche im Rahmen des Möglichen und Vertretbaren alle Haftbedingungen realisiert werden, die künftig angebracht erscheinen m ö g e n ... Die räumlichen Voraussetzungen werden jedenfalls geschaffen für eine Möglichkeit der Kontaktaufnahme zwischen den Gefangenen in einer der Haftplätzen entsprechenden Zahl sowie für ein angemessenes Freizeitangebot (Sport, Fernsehen, Hofgang, Umschluß etc.). Das bauliche Konzept sieht die Möglichkeit des Gruppenvollzugs in Stationen, deren Größe variabel gestaltet werden kann, vor“ (Hervorhebungen AK).

Laut „TAZ“ vom 24.8.79 nahm Meyer am 23.8. in München am Rande des Treffens der Länder-Justizminister vor einem kleinen Kreis des Liberalen Hochschulbundes zu den Westberliner Hochsicherheitstrakten Stellung: „Natürlich müßten für diesen neuartigen Vollzug die Beamten besonders geschult werden, da sie allein die Betreuung und Überwachung übernehmen müßten, ebenso Psychologen, die ständig die Gruppe überwachen sollen. Man müßte auf jede Reaktion achten, auf Rädelsführer und Mitläufer, auf Gruppen, die sich absonderten und auf Gefangene, die von den anderen geschnitten würden. Durch verschiebbare Trennwände sei es jederzeit möglich, ganze Gruppen und auch einzelne von den anderen zu isolieren. Wenn jemand dann reif wäre für den Normalvollzug, müsse man ihn aus dem Wohngruppenvollzug herausnehmen und ihn allmählich in den Normalvollzug integrieren. Eventuell könne man vorher einzelnen besondere Vergünstigungen gewähren, von einer Verlängerung des Lichts bis zum Urlaub. Mit einer Trennung einzelner Gruppen oder auch von einzelnen Gefangenen könne man jederzeit Spannungen innerhalb der Gruppe fördern (!) oder abbauen. Man habe in Berlin ja auch schon Erfahrungen mit einem Gruppenvollzug von Gefangenen aus der Stadtguerilla gemacht, daraus müsse man lernen. Meyer gab mehr oder weniger zu, daß man in diesem Wohngruppenvollzug die Leute dahin bringen müsse, daß sie sich nach dem Aussteigen aus der Gruppe sehnen und in den Normalvollzug als resozialisiert eingegliedert werden können.“

Im AK 156 schreiben wir: „So entwickelt sich die Bilanz der nunmehr neunjährig praktizierten Isolation zu einer Todesbilanz: Katharina Hamerschmidt, Holger Meins, Siegfried Haussner, Ulrike Meinhof, die vier Stammheimer und Stadelheimer Toten. Ferner: Astrid Proll, Werner Hoppe und Herbert Soffel bis zum Rande des Todes gebracht und erst

Hoppe und Herbert Soffel bis zum Rande des Todes gebracht und erst dann entlassen. Und heute: Günther Sonnenberg schwer krank, Irmgard Möller in Todesgefahr.“

Die Hochsicherheitstrakte sind in diese Richtung eindeutig ein weiterer entscheidender Schritt.

Der Widerstand beginnt

Vier gefangene Frauen (Angelika Gorder, Gabriele Rollnik, Gudrun Stürmer und Monika Berberich) haben eine öffentliche Erklärung gegen die Hochsicherheitstrakte abgegeben. „Die Gefangenen befürchten, daß sie nach Fertigstellung als „Kleinstgruppe“ in diesen Trakt verlegt werden sollen und erklären: Wir wollen die Verlegung nicht. Der neue Sicherheitstrakt sei Ausdruck einer „verschleierte Vernichtungsstrategie““ („Die Neue“, 21.9.79).

In Moabit kursiert ein Rundbrief an alle Gefangenen, der zum gemeinsamen Widerstand aller Gefangenen gegen den Sicherheitstrakt aufruft und auch einen kollektiven Hungerstreik in die Diskussion bringt. „Und wir können auch davon ausgehen, wenn im Knast sich was regt, daß wir draußen tatkräftige solidarische Unterstützung haben werden, von den Rote-Hilfe-Gruppen, Knastgruppen, der Alternativen Liste und der kritischen Öffentlichkeit. Übrigens denken wir auch nicht, daß Hungerstreik das einzige oder „letzte“ Kampfmittel wäre. Auch darüber möchten wir diskutieren. Allerdings ist es eines der wenigen Mittel, daß zwar auch irgendwelche Schikanen nach sich ziehen kann, aber beispielsweise keinen Nachschlag wie alle möglichen Formen von Bambule, die an sich viel lustiger wären“ (nach Dokumentation Hochsicherheitstrakt).

Die Initiative gegen Hochsicherheitstrakte hat bereits im Juli mit einem Flugblatt über die Trakte informiert. Am 20. Juli fand eine Veranstaltung der Alternativen Liste/Demokratische Rechte statt. Eine Protestresolution wurde zur Unterschrift an Prominente verschickt, Protestpostkarten gedruckt, vom 28. bis 30.9. werden eine Demo zum Knast und weitere Aktivitäten im Rahmen eines Antifaschistischen Rockfestivals stattfinden. Weitere Aktionen sind geplant.

Die Bezirksverordneten der Alternativen Liste haben in einem offenen Brief an Justizsenator Meyer gefordert, daß sie zusammen mit Strafverteidigern und amnesty international den Hochsicherheitstrakt besichtigen können (nach: „Die Neue“ vom 25.9.79).

Die von der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte herausgegebene Broschüre soll über die Trakte informieren und mehr Menschen in den aktiven Widerstand einbeziehen.

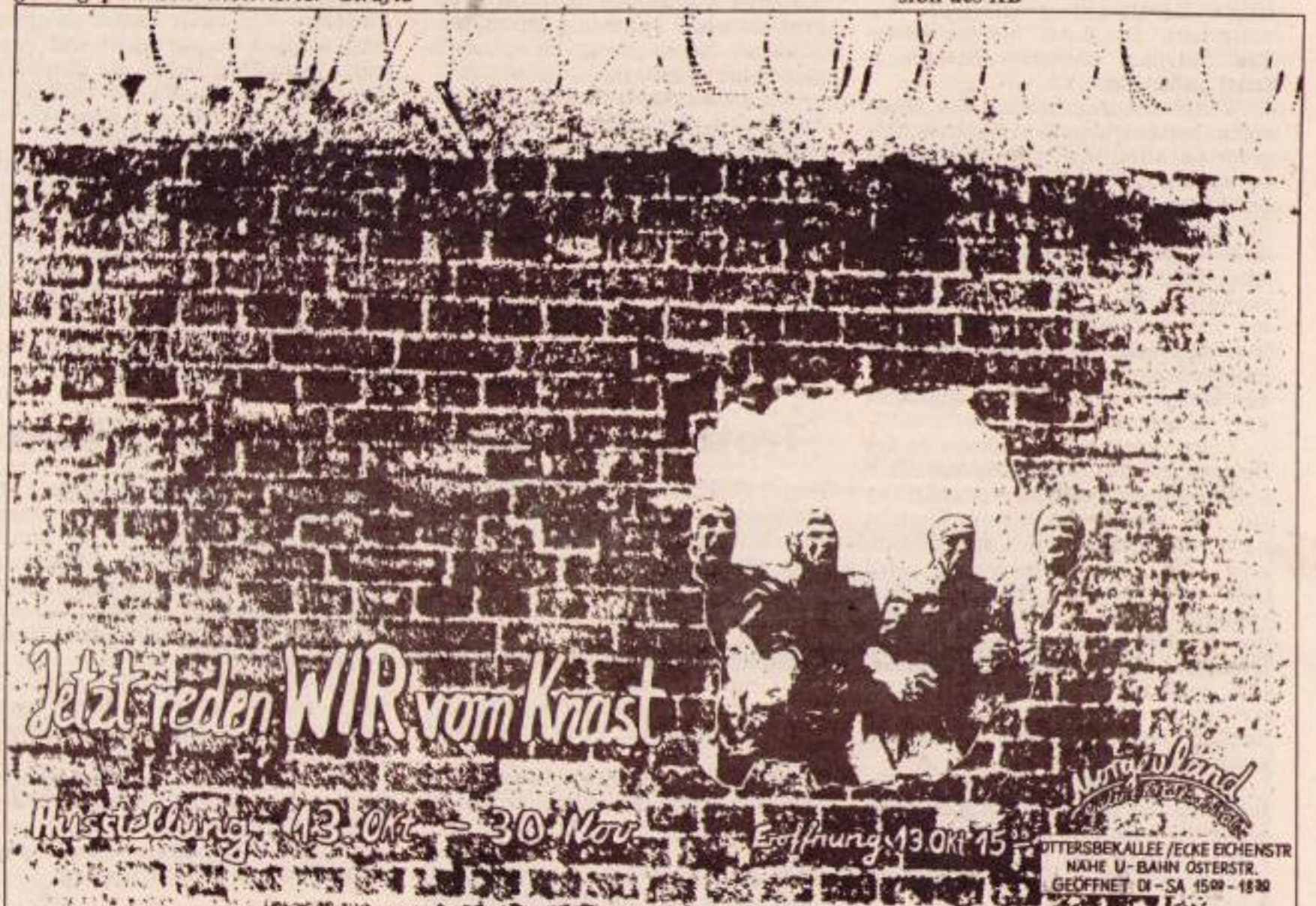
Diese Schritte in die richtige Richtung müssen (auch über Westberlin hinaus) intensiviert werden.

Der Hochsicherheitstrakt in Moabit darf nicht belegt werden, der Bau in Plötzensee muß gestoppt werden. Kein Knast im Knast.

Die Broschüre ist zu beziehen über: Initiative gegen Hochsicherheitstrakte

Die Broschüre ist zu beziehen über: Initiative gegen Hochsicherheitstrakte c/o Radikal Eisenbahnstr. 4; 1000 Berlin 36 Treffen der Initiative: montags 17.00 Uhr

Westberliner Antirepressionskommission des KB



Berufsverbote

Gericht fordert neue Richtlinien

Neue Richtlinien zur Beurteilung der Verfassungstreue von Bewerbern, insbesondere der DKP, hat das Landesarbeitsgericht Düsseldorf gefordert. Im vorliegenden Fall hatte eine Lehrerin Klage auf Einstellung im Angestelltenverhältnis erhoben. Mit Hinweis auf ihre DKP-Mitgliedschaft war ihr diese verweigert worden. Schon in der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht hatte die Lehrerin Recht bekommen, da nach Ansicht des Gerichts allein die Mitgliedschaft für eine Ablehnung nicht ausreichte. Dieser Ansicht schloß sich jetzt das Landesarbeitsgericht (letzte Instanz vor dem Bundesarbeitsgericht) an, „weil das Land andere verfassungsfeindliche Aktivitäten weder behauptet noch bewiesen habe“ („FR“, 4.10.79).

Das LAG kritisierte die bisherige 'Rechtssprechung' des Bundesverfassungsgerichts (BVG) als „widersprüchlich“. Das BVG hatte in seiner Entscheidung vom 31.3.76 festgestellt, daß die Mitgliedschaft in einer 'verfassungsfeindlichen' Organisation allein zur Ablehnung nicht ausreiche, aber ein wichtiges Indiz für die Beurteilung der 'Verfassungsfeindlichkeit' sei. In der bundesrepublikanischen Berufsverbotepraxis wird dies in der Regel dahingehend ausgelegt, daß die Mitgliedschaft allein die 'Verfassungsfeindlichkeit' beweist. Für das LAG „weist dieser vom BVG aufgestellte Grundsatz in sich einen Widerspruch auf, der es sowohl den Einstellungsbehörden als auch den Gerichten für Arbeitssachen kaum möglich macht, die Verfassungstreue eines Bewerbers für den Schuldienst gerecht zu beurteilen“ (ebenda).

Das LAG geht dann jedoch in seiner 'Kritik' noch weiter, wenn es feststellt, daß die BVG-Feststellung für die DKP „zum mindest teilweise überholt“ sei, da sich die DKP seit dem Mannheimer Parteitag von 1978 ausdrücklich zur 'freiheitlich demokratischen Grundordnung' bekennt. Dies hat nach Ansicht des Gerichts zwar nicht den Charakter der DKP

zwar nicht den Charakter der DKP geändert, jedoch sei es „nicht mehr so leicht, die Verfassungsfeindlichkeit der DKP pauschalierend festzustellen“.

Von einem Teil der Berufsverbotegegner, Initiative „Weg mit den Berufsverböten“, DKP und Jusos, wird dieses Urteil nun als weiterer Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote gewertet. Dem kann nur begrenzt zugestimmt werden, denn es wird in diesem Fall nur die sogar außerhalb der gesetzlichen Regelungen bestehende Willkür berührt. In der Regel ist es heute so, daß die Einstellungsbehörden die Einstellung allein mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft verweigern, obwohl dies den gesetzlichen Berufsverbote Regelungen widerspricht. Das LAG hat für diesen Fall lediglich weiteres 'Beweismaterial' gefordert.

Weiter hat das Gericht n u r auf einen bestehenden Widerspruch hingewiesen, ohne diese Rechtssprechung anzugreifen. Aus der Sicht des LAG bedarf es also lediglich einer neuen 'Rechtssprechung' des BVG, in der diese Widersprüchlichkeit aufgehoben wird. Dies jedoch kann bei den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen nur auf eine Verschärfung der 'Rechtssprechung' hinauslaufen, etwa in dem Sinne, daß die Mitgliedschaft als 'Beweis' noch höher angesetzt wird als bisher.

Trotz gegenteiligen Scheins ist der Hinweis auf die 'Wandlung' der DKP a u c h für eine weitere Verschärfung gut. Da schon von diesem Gericht nicht von einer grundsätzlichen 'Wandlung' der DKP ausgegangen wird (von nachfolgenden Instanzen und vom BVG ganz zu schweigen) kann dies wiederum dazu genutzt werden, inhaltlich die Grenzen auszuweiten. D.h. auch auf Organisationen auszuweiten, die sich ausdrücklich zur 'freiheitlich demokratischen Grundordnung' bekennen.

Dennoch bleibt natürlich als Erfolg, daß der willkürlichen Auslegung selbst der gegenwärtigen 'Rechtslage' eine Grenze gesetzt wurde. (Das Urteil trägt das Aktenzeichen: 4 Sa 886/79)

Erklärung der 16 betroffenen Pädagogen zur Entscheidung des Hamburger Beamtenernennungsausschusses vom 26. September 1979

Ein bisher in der Geschichte der 2. Berufsverboteperiode des bundesrepublikanischen Staates einmaliger Vorgang hatte eine würdige Fortsetzung. Alle sechzehn Kollegen, deren bisherige Berufsverbote durch eine Entscheidung des Hamburger Beamtenernennungsausschusses vom 26.9.79 faktisch aufgehoben wurden (siehe hierzu AK 163), wenden

sich mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit, um sich für die ihnen zugekommene Solidarität und Unterstützung zu bedanken und alle Berufsverbotegegner aufzufordern die gleiche Solidarität und Unterstützung auch mit allen anderen Betroffenen zu üben, bis auch das letzte Berufsverbot gefallen ist. Berufsverbotekommission

Mit der Entscheidung des Beamtenernennungsausschusses vom 26.9.1979, uns – 15 Lehrer und einen Schulpsychologen – in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. auf Probe zu berufen, endet für uns ein z.T. über Jahre andauernder Lebensabschnitt der beruflichen Unsicherheit und Existenzgefährdung. Nur aufgrund unserer politischen Anschauungen, unseres engagierten Eintretens für Demokratie und Sozialismus, wurden wir als Verfassungsfeinde verdächtigt, waren wir infamen Angriffen, Verhören, Bespitzelungen und Verleumdungen ausgesetzt.

Aber, wir haben auch die Kraft der Solidarität erfahren: Allein den vielfältigen Protestaktionen unserer Gewerkschaftskollegen, unserer Freunde und unzähliger anderer engagierter Demokraten ist dieser Erfolg zu danken, der unsere jetzt beschlossene Einstellung in den Hamburger Schuldienst für den Kampf gegen die Berufsverbotepraxis in der Bundesrepublik bedeutet. Diese Unterstützung war es, die uns immer wieder Mut gemacht und Kraft gegeben hat, durchzuhalten, nicht zu resignieren, sondern offensiv gegen das drohende Berufsverbot anzugehen.

Der nun errungene Erfolg heißt für uns nicht, stillzuhalten, beruhigt zu sein. Wir werden uns weiter rühren, werden unsere Kraft für diejenigen Kolleginnen und Kollegen einsetzen, die nach wie vor vom Berufsverbot betroffen oder bedroht sind – und das sind in Hamburg, dem Geburtsort des „Radikalerlasses“, noch mehr als 100. – So hält der Hamburger Senat

an seinen politisch begründeten Entlassungen und Ablehnungen fest.

– So weigert sich der Hamburger Senat, diejenigen Kolleginnen und Kollegen endgültig einzustellen, die in ihren Berufsverbotsverfahren positive Gerichtsurteile erstritten haben.

– So drängt der Hamburger Senat auf Gerichtstermine in zahlreichen Fällen, die er durch außergerichtliche Vergleiche „lösen“ könnte.

Solange der Skandal fortbesteht, daß Bürger dieser Stadt für die Ausübung ihres Grundrechts auf freie politische Betätigung mit Berufsverbot „bestraft“ werden, solange bleiben Bürgermeister Kloßes Versprechen auch für uns bloße Absichtserklärungen, die erst dann eingelöst sind, wenn es in Hamburg kein einziges Berufsverbot mehr gibt.

Mit unserem Dank an alle, die uns erfolgreich im Kampf gegen die drohenden Berufsverbote unterstützt haben, verbinden wir zugleich die Bitte, ihre Solidarität allen weiterhin Betroffenen zuzuwenden und nicht nachzulassen in ihrem Widerstand gegen jede Form der Berufsverbotepraxis, die mit ihrem Klima der Einschüchterung und Verunsicherung einen gefährlichen Nährboden für die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik geschaffen hat.

Sigrid Bauer / Karsten Böhlke / Antje Freese / Monika Gleiswinkel / Hildegard Grofe / Ursula Harder / Bernhard Harms / Udo Heigenröder / Elke Leppin / Dorothee Mayer-Hauth / Andreas Neye / Janette Reinken / Jan Schwarz / Angela Stöwsand / Hartmut Ulden / Brigitte Wäldel

„Den Schulfrieden beeinträchtigt“

In den vergangenen Sommerferien wurde dem Wiesbadener Gymnasiallehrer Peter N. die Verlängerung seines Angestelltenvertrages mit der Begründung verweigert, daß er seit 1975 für den KBW aktiv gewesen sei. Dabei war dies nicht der erste Versuch, Peter N. aus dem Schuldienst zu kanten. Schon 1 Jahr vorher waren ihm die gleichen Vorwürfe gemacht worden. Allerdings wurde sein Vertrag damals ohne weitere Begründung um ein weiteres Jahr verlängert.

Bemerkenswert an diesem Fall ist nun, mit welcher Frechheit sich das hessische Kultusministerium über den Protest von Lehrern, Eltern und Schülern gegen Peter N's Berufsverbot hinwegsetzte:

So schrieb beispielsweise Peter N's Schulleiter an Minister Krollmann, daß das neuerliche Berufsverbot für Peter N. „Betroffenheit und Empörung ausgelöst und den Schulfrieden erheblich beeinträchtigt“ habe. Lehrer und Schüler könnten nicht

„ein anonymes Verfahren“ hinnehmen, „das sie mit formalen Ausflüchten abspeist“ („FR“, 14.9.79).

Darüber hinaus setzte sich auch der Elternbeirats-Vorsitzende der

Schule für Peter N. ein. Er schrieb an das Kultusministerium, daß Peter N. „einen ausgezeichneten Unterricht macht und bei den Schülern sehr beliebt ist“. Das erneut ausgesprochene Berufsverbot für Peter N. sei ein „rigides und gleichzeitig obrigkeitliches Festhalten an einer einmal eingenommenen Position“ („FR“, 14.9.79).

Als schließlich alle diese Proteste nichts fruchteten, wurden die Schüler des Gymnasiums aktiv. Sie zogen mit 200 Schülern zum Amtssitz des Ministers, um über die gegen ihren Lehrer erhobenen Vorwürfe zu diskutieren. Wie nicht anders zu erwarten, wurden sie gar nicht erst angehört. Daraufhin haben sie den Minister aufgefordert, an einer Diskussion in der Schule über das Berufsverbot gegen Peter N. teilzunehmen.

Bei der bisher von Minister Krollmann an den Tag gelegten Arroganz dürfte jedoch zweifelhaft sein, ob der Minister die Schüler überhaupt einer Antwort würdigt. Hierzulande gibt es ja bekanntlich keine Berufsverbote. Also gibt es für den Minister auch nichts zu diskutieren.

Berufsverbote Kommission, KB/Gruppe, Hamburg

Trotz Gerichtsurteil keine Anstellung

Trotz positiven Urteils durch das Landesarbeitsgericht Mannheim weigert sich das Oberschulamt Karlsruhe weiterhin den Lehrer H. Krebs anzustellen.

1976 war ihm die Anstellung und die Übernahme in die zweite Ausbildungsphase verweigert worden. Als Gründe wurde seine Kandidatur für die DKP und die Unterzeichnung verschiedener Flugblätter angegeben.

Schon in der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht bekam er Recht. Das Landesarbeitsgericht schloß sich diesem Urteil an. In der Begründung heißt es, es ließe sich nicht erkennen, „daß der Kläger im Angestelltenver-

hältnis als Lehramtskandidat die Grundpflicht der Loyalität verletzen wird“ („Tagesspiegel“, 19.9.). Weiter befand das Gericht, die Flugblätter hätten sich alle in den Grenzen bewegt, „die die freiheitlich demokratische Grundordnung den Staatsbürgern zubilligt“.

Da das Gericht eine Revision nicht zuließ, hätte H. Krebs angestellt werden müssen, um seine Ausbildung beenden zu können.

Das Oberschulamt verweigert jedoch weiterhin seine Anstellung. Der Lehrer will diese jetzt mit einer einstweiligen Verfügung und einer Dienstaufsichtsbeschwerde erreichen.



Kriegshetze legal!?

„Die Straßenschlachten (ums Benzin - Anm. - AK) in Amerika zeigen die möglichen Folgen einer Ölkrise deutlich. Bevor es jedoch dort und in Europa zum Bürgerkrieg kommt, sollte man den Ölerpressern das Handwerk legen. Mögliche Reaktionen Moskaus nicht außer acht lassend, müßte es das Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen.“ Dies schrieb der stellvertretende Chefredakteur Hans Tross am 27. Juni 79 in einem Leitartikel des „Münchener Merkur“, einer sehr Straußfreundlichen Zeitung. Mehrere Rechtsanwälte stellten daraufhin Strafanzeige gegen Tross und dessen Chefredakteur Paul Blucher wegen intellektueller Vorbereitung eines Angriffskrieges (Verstoß gegen § 80 a StGB).

Der damit befaßte Oberstaatsanwalt Rendt vom Landgericht München (1) ließ das Ermittlungsverfahren einstellen, da nicht erwartet werden könne, daß die Verantwortlichen „mit Aussicht auf Erfolg angeklagt werden“.

Diese Erfolgsaussicht hätte nach Ansicht der Staatsanwaltschaft nur dann bestanden, wenn die Verantwortlichen des Artikels genau die kriegsführenden und die kriegsbetroffenen Länder und die Art und Weise der Kriegshandlung benannt hätten. Zudem hätte dies in „aufstachelnd“ Form geschehen müssen. Da dies in den Artikeln jedoch nicht geschehen sei, müsse er die Anzeige abweisen.

Genauso gut hätte dieser Staatsanwalt als Tatbestandskriterium für Kriegshetze die Nennung von 1.000 voraussichtlich beteiligten Soldaten mit Vor- und Zunamen verlangen können, bei derartigen „Bestimmungsgrundsätzen“ kann getrost jeder.... (die Begründung ist im Wortlaut in „KONKRET“ 10/79 nachzulesen).

Ähnlich oder genauso dürften auch die weiteren noch ausstehenden Strafanzeigen gegen die Verfasser ähnlicher Kriegsauftritte gegen die Ölststaaten verlaufen. Aber es waren nicht nur Redakteure wie Tross und Blucher, oder Publizisten wie der Springer - Schreiberling Paul C. Martin, die zum Ölfeldzug aufrufen.

Der entwicklungspolitische Sprecher und Afrika-Experte der CDU

Todenhöfer, sprach sich öffentlich gleich mehrmals für den Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe gegen die „Dritte Welt“ aus, und bedauerte und bklagte sich über distanzierende Töne von Brandt u.a. zu den entsprechenden amerikanischen Plänen (u.a. „FR“, 6.8.79). Eine solche Truppe sei „ein Schritt in die richtige Richtung“, so der Strauß-Intimus Todenhöfer.

Seine offenen Kriegstreibereien hatten eine breite, bis ins Lager der Sozialdemokraten reichende Protestwelle zur Folge. Die Jusos sprachen vom Versuch, „die Kanonenbootpolitik des Kolonialismus zu neuer Blüte (zu) bringen“ („TAZ“, 7.8.79). Selbst in den Reihen der CDU hielt man es teilweise für geraten, ein wenig stärker in die Bremse zu steigen. Der für die Außenpolitik zuständige Unionsexperte „rückte von Todenhöfer ab“: „Solche Überlegungen“ überließe er lieber den Amerikanern. „Niemand von uns plant, eine deutsche Einsatztruppe aufzustellen“, behauptete Marx.

Gleichwohl. Vor allem „bemängelte“ Marx, daß Todenhöfer „vergessen“ hätte, auf ähnliche frühere Pläne der SU hinzuweisen. Der Vorschlag Todenhöfers wäre „besser verstanden worden, wenn er darauf hingewiesen hätte“ („FR“, 8.8.79).

Dieser „Kritik“ wäre Todenhöfer und mit ihm Strauß durchaus zugänglich. Keine vier Wochen später erschien im „Bayernkurier“ ein entsprechender Artikel, in dem erneut eine Eingreiftruppe für den Nahen Osten und Afrika gefordert wurde. Diesmal jedoch nicht, um die Ölversorgung sicherzustellen, sondern um die Ölversorgung angesichts der „sowjetischen Bedrohung“ sicherzustellen. Ein wichtiger Unterschied!

P.S.: Das „kleinere“ Übel – Bundeskanzler H. Schmidt – hatte sich etwas „vorsichtiger“ ausgedrückt, dafür aber auch gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu bekämpfen „versucht“: „Wenn die Kernenergie nicht rasch genug weiterentwickelt wird, könnte der Wettlauf um Öl und Erdgas zum alleinigen Grund für einen Krieg werden“ („FR“, 5.6.79).

Verweigerung wegen „Ölkrigs“gefahr abgelehnt

Ein Student der Elektrotechnik hatte vor dem Kieler Prüfungsausschuß für Kriegsdienstverweigerer erklärt, „es sei seiner Überzeugung nach ein klarer Fall von Angriffskrieg, wenn bei einem Boykott der erdölproduzierenden Länder gegen den Westen mit Waffengewalt interveniert würde. Da dies aber von Henry Kissinger erwogen werde, wolle er sich an einem solchen Krieg nicht beteiligen.“

Der Student erhielt einen schriftlichen ablehnenden Bescheid vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Oberregierungsrat Egger: „...eine solche Blockade seitens der erdölproduzierenden Länder würde die gesamte westliche Welt in eine notstandsähnliche Situation versetzen. Es sei durchaus möglich, daß die vom Boykott betroffenen Staaten durch eine Beset-

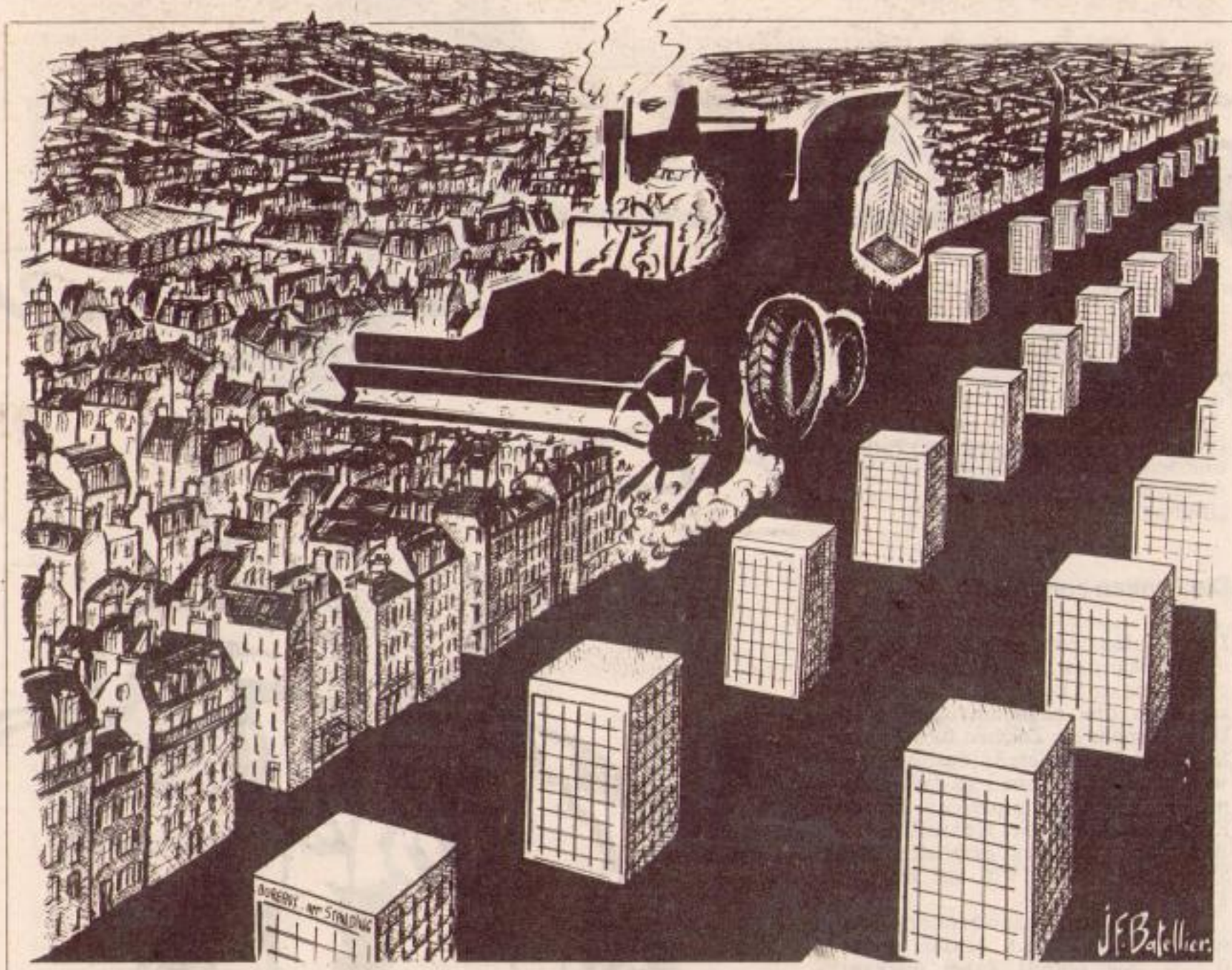
zung die weitere Versorgung mit diesem wichtigen Produkt aufrechterhalten müßten.“ Der Student und Kriegsdienstverweigerer solle doch bedenken, daß bei fehlender Ölversorgung „viele Tausende und Millionen Menschen auf dem Spiel stehen würden.“ Diese Menschenleben seien jedoch „schutzwürdiger als wirtschaftliche Einrichtungen, die durch Boykott oder Blockade der dort arbeitenden Menschen nicht bedient werden.“

Wahrlich der Gewissensprüfer hat die Zeichen der Zeit verstanden! Sollte es dem Kieler Studenten nicht doch noch gelingen, erfolgreich zu verweigern, ist er wohl der erste Soldat der Bundeswehr, der schriftlich nachweisbar für einen kommenden „Ölkrieg“ rekrutiert wurde. (Nach „Was tun“, 20.9.79).

Totalverweigerer angeklagt

Frank Schenker, Mitglied der Gruppe „Kollektiver Gewaltfreier Widerstand“, leistete seinem Einsatzbefehl zum Ersatzdienst in der Vinckehofkaserne nicht Folge, da er den Ersatzdienst als „Zwillingsbruder“ des Kriegsdienstes ansieht. „Den Ersatzdienst ableisten bedeutet für mich, die Anerkennung des offensichtlichen gesellschaftlichen Mißstandes. Das werde ich in keiner Form tun. Ihn erwartet nun ein Verfahren wegen „Dienstflucht“. Der Prozeß findet am 20.12. 11.00 Uhr im Amtsgericht Castrop-Rauxel statt. Solidaritätserklärungen für Frank können geschickt werden an:

F. Schenker, c/o Zündhölzchen Verlag Postfach 4900 Herford.



Miet- und Häuserkampf

Hausbesetzung gegen Wohnraumvernichtung

Düsseldorf. Mit einer Hausbesetzung protestierten in Düsseldorf Mitglieder von Bürgerinitiativen gegen den drohenden Abriss eines Hauses in der Kronprinzenstr. 90. Die Wohnungsbau-Gesellschaft hatte für das ausschließlich von ausländischen Arbeiterfamilien bewohnte Haus eine Abbruchgenehmigung erwirkt, ohne daß eine gründliche Prüfung erfolgt wäre. Die Mieter wurden aus dem Haus gedrängt. Bereits in der Vergangenheit wurden im Bezirk Unter-Bilk über 100 Häuser abgebrochen oder durch Modernisierung für die bisherigen Bewohner unwohnbar bzw. unbezahlbar gemacht.

Die Hausbesetzung wurde durch intensive Öffentlichkeitsarbeit unter-

stützt: Außer einer öffentlichen Podiumsdiskussion wurden über 600 Unterschriften gegen den Abriss gesammelt, auf einem Straßfest konnten sich die Bilkler Bürger von der Renovierungsfähigkeit des Hauses überzeugen.

Auch wenn eine einstweilige Verfügung der Besetzer gegen den Abriss vom Amts- und Landesgericht abgelehnt wurde, waren doch erste Erfolge zu verzeichnen: Die Richtigkeit der behördlichen Abbruchgenehmigung wurde in der Lokalpresse und von einzelnen Ratsherrenmitgliedern angezweifelt, am 24.9. sollte eine offizielle Hausbegutachtung durchgeführt werden.

Um das zu verhindern, schickten

die Hauseigentümer einen mit Spitzhacken bewaffneten Abristrupp ins Haus, der in kürzester Zeit Dach, Treppengeländer und Fenster zerstört hatte und mit Möbelstücken auf die Hausbesetzer losging, ohne daß die anwesende Polizei eingriff!

Trotz alledem wollen die Besetzer nicht aufgeben: Sie sind nach wie vor im Haus, haben mit der Renovierung begonnen und Strafanzeige erstattet.

Es darf allerdings bezweifelt werden, ob Politiker und Polizei auch nach der Kommunalwahl bei ihrer abwartenden Haltung bleiben (nach Berichten der „Neuen“ und der „taz“, vom 25. und 28.9.79).

„Modernisierung“ mit Gangstermethoden

„Modernisierung“ mit Gangstermethoden

Westberlin. Ein neues Lehrstück über das brutale Vorgehen profitstüchtiger Hausbesitzer wurde jüngst im Westberliner Bezirk Wedding aufgeführt: Hauseigentümer und Bauherr Schlenker war mit seinen – staatlich geförderten – Modernisierungsmaßnahmen in Verzug geraten. Ohne sich an die Abmachungen mit den Mietern zu halten, schickte er einen Bautrupps zum Abriss eines (bewohnten!) Seitenflügels los. Und das spielte sich dann so ab: Gegen acht Uhr bricht ein Trupp von acht bis zehn Bauarbeitern die Wohnungstür auf, werfen vier noch schlafende Mieter – Bewohner einer Wohngemeinschaft – aus ihren Betten, erklären ihnen, daß früher als geplant zwei der fünf Zimmer ausgeräumt und abgerissen werden und machen sich auch tatsächlich gleich an die Arbeit, ohne auf die verdatterten Mieter weiter zu achten; schleppen die Zimmereinrichtung in einen anderen Raum, hacken mit einer Spitzhacke den Fußboden auf, reißen die Fensterkreuze heraus und ziehen in Windeseile eine Mauer zwischen den beiden demolierten Zimmern und der restlichen Wohnung hoch! Den fassungslosen Mietern bleibt nicht einmal die Möglichkeit, Hilfe herbeizutelefonieren, da die Verbindung vorsorglich unterbrochen worden war.

In den folgenden Tagen werden die Mieter ständig durch Bauarbeiten, unfertige Sanitäranlagen usw. belästigt. Vom ersten Schreck erholt hat die Wohngemeinschaft jetzt bei Gericht durchgesetzt, daß der Hausbesitzer die beiden Räume erst abreißen darf, wenn er ihnen vollständig renovierte Räume als Ersatz geben kann. Um bis dahin einen plötzlichen Abriss zu verhindern, schiebt die Wohngemeinschaft nun gemeinsam mit den Gästen ihres Stadtteil-Cafés im gleichen Haus rund um die Uhr Wache. Außerdem stellten sie gegen Schlenker Anzeige wegen Hausfriedensbruch und gegen dessen Teilhaber wegen Körperverletzung, da der einen Mieter mit einem Mauerstein beworfen hatte!

Stellungnahme des Bausenats, mit dessen Geldern ja immerhin „modernisiert“ wird: „Wenden Sie sich am besten an Herrn Schlenker...“ („taz“, 24.9.79).

Wohnungskommission

Wohnungskommission

Mietertag fordert 200.000 Sozialwohnungen jährlich

Mit über 500 Delegierten fand zwischen dem 18. und 23. September in Westberlin der „Deutsche Mietertag '79“ statt. Der Ex-Bundesminister Gerhard Jahn (SPD) wurde als Nachfolger des im März verstorbenen Mieterbundpräsidenten Paul Nevermann gewählt. Auf dem Mietertag wurde die gegenwärtige Wohnsituation diskutiert und ein „Forderungsprogramm zur Wohnungs- und Mietpolitik der 80er Jahre“ aufgestellt.

Neue Wohnungsnot

Und das ist die Ausgangslage: Der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik hat mit knapp 50.000 Wohnungen nicht einmal den Stand von 1951 erreicht. In den Ballungsräumen und Großstädten gibt es eine neue Wohnungsnot. Durch Modernisierung und Sanierung werden Zehntausende von Mietern aus den Stadtzentren vertrieben, weil sie die Mietsteigerungen nicht mehr verkraften können. Selbst im sozialen Wohnungsbau erreichen die Mieten 30 bis 40 % des Netto-Familieneinkommens eines Facharbeiters („Die Neue“, 2.10.). In den letzten zehn Jahren sind 1,2 Millionen Wohnungen abgerissen worden, die in der Statistik nicht berücksichtigt worden sind. Nach den Erhebungen des Mieterbundes fehlen mindestens drei Millionen Mietwohnungen („FR“, 17.9.). Sieben Millionen Wohnungen sind nach Feststellungen der Bundesregierung modernisierungsbedürftig. Doch den Vorteilen der Modernisierung – Verbesserung der Wohnverhältnisse und Energieeinsparungen – stehen oft massive Nachteile gegenüber, die in der Vertreibung der Mieter gipfeln. Zum anderen ist es absurd, wenn Umbaumaßnahmen, die z.B. 50 DM Energiekosten einsparen, zu Mieterhöhungen von 300 DM führen!

Die Mietervereine erhalten täglich Fälle von skandalösen Mieterhöhungen nach Modernisierungen auf den Tisch. Verdoppelung und sogar Vervielfachung der Miete sind keine Seltenheit. In einem Kölner Fall wurde eine Mieterhöhung von über zehn DM pro qm – das sind 800 DM – im Monat gefordert! („Die Neue“, 15.9.). 83 % der Mieter in Sanierungs- und Modernisierungsgebieten haben netto weniger als 2.000 DM zur Verfügung und können Mieterhöhungen nicht bezahlen. Auf diesem Hintergrund sollte man die Klagen der Politiker über die „Stadtflucht“ lieber konkret Stadtvertreibung nennen. Kritik übte der Mietertag auch an der Forderungs- und Subventionspolitik der Bundesregierung. Statt Mietwohnungen werden zunehmend Eigentumswohnungen und Eigenheime gefördert. Auf einer Kundgebung des Mietertages stellte der Mieterbundsdirektor Schlich fest, „daß der große Haus- und Grundbesitz, der schon aus der Währungsreform 1948 als der große Gewinner hervorging, auch in den letzten 30 Jahren einen Vermögenszuwachs erzielte, von dem die Masse der Bürger (Mieter) nur träumen könnte. Das Grundvermögen des privaten Hausbesitzes beträgt gegenwärtig 2.000 Milliarden DM. Diese einseitige Vermögensentwicklung ist nicht zuletzt auf eine steuerliche Bevorzugung durch Abschreibung, Prämien und staatliche Zuschüsse zurückzuführen. So sind von den gesamten Wohnungsbausubventionen des Jahres 1978 – 20 Milliarden DM – über 75 Prozent den Hausbesitzern zugute gekommen“ („Die Neue“, 22.9.). Allein mit den fünf Mrd. DM jährlichen Subventionen, die die Hausbesitzer in Form von Steuerersparnis durch den Paragraphen 7 b erhalten, könnten jährlich 500.000 Wohnungen für Mieter finanziell tragbar gemacht werden. Der vom Mieterbund geforderte jährliche Bau von 150 bis 200.000 Sozialwohnungen würde lediglich zwei oder drei Milliarden DM kosten. Die Ursache für den Zusammenbruch des freifinanzierten

Mietwohnungsbaus sieht der Mieterbund nicht in dem Kündigungsschutzgesetz, wie es der Hausbesitzerverband weismachen versucht, sondern in den Baupreissteigerungen, die allein in den letzten zwei Jahren 20 % betragen, sowie in der Verdoppelung der Grundstückspreise und der Erhöhung der Hypothekenzinsen. Eine Erhöhung des Wohngeldes sei daher dringend notwendig.

Forderungsprogramm

Der Mietertag verabschiedete ein Programm, das für die Wohnungs- und Mietpolitik des nächsten Jahr-



Ergebnisse der Wohnungspolitik: Der „Zweite Familienbericht“ der Bundesregierung stellt katastrophale Wohnverhältnisse für Familien mit Kindern fest. Drei Viertel aller Familien mit sechs und mehr Kindern leben unter menschenunwürdigen Bedingungen. Aber auch in vielen Haushalten mit weniger Kindern ist für Kinder kein Platz.

zehnts fordert:

- Der soziale Mietwohnungsbau muß Vorrang bei der Wohnungsbauförderung haben. Jährlich müssen 150 bis 200.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen sind zu niedrig angesetzt und sollen von 150 bis 200.000 Sozialwohnungen gebaut werden. Die Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen sind regelmäßig anzupassen und sollen insbesondere der Kinderanzahl Rechnung tragen.
- Die Mietbelastungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zu dem Nettoeinkommen stehen. Statt der starren Kostenmiete sollte eine am Wohnwert orientierte Sozialmiete erhoben werden.
- Obergrenze der Mieterhöhung bei Modernisierung muß in jedem Fall die ortsübliche Vergleichsmiete sein. Instandsetzungsmaßnahmen dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen. Steuervergünstigungen sind pauschal mit 25 % der Kosten abzusetzen.
- Die Miet- und Einkommensgrenzen für Wohngeld müssen spätestens zum 1.7. 80 angepaßt werden. Die Heizkosten sollen mit einem Sockelbetrag einbezogen werden, da sie heute oft schon einen Anteil von 25 bis 50 % der gesamten Wohnkosten ausmachen.
- Die Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen darf nur erfolgen, wenn 50 % der Mieter zustimmen. Sozialwohnungen dürfen ausschließlich nur an den derzeitigen Mieter verkauft werden.
- Boden, der für die Allgemeinheit benötigt wird, muß schneller zu enteignen sein. Mit einer Bodenwertzuwachssteuer müssen Spekulationsgewinne abgeschöpft werden.
- Der Paragraph 7 b, der fast ausschließlich den Reichen zukommt, ist abzuschaffen und in familienorientierte Zuschüsse für Einkommensschwache abzuwandeln.

Wohnungskommission

IMPRESSUM

ARBEITERKAMPF

Herausgeber, Druck und Verlag: Verlag J. Reents, Lerchenstraße 75, 2000 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 53 46; V.i.S.d.P. H. Eckhoff/Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 55,- im Abdruck, sonst PSchA Hamburg, 240595-203; Einzelpreis DM 2,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Auflage dieser Ausgabe: Auflage: 10.000
Einem Teil dieser Auflage ist Prospektmaterial beigelegt.

Angriff auf Mieterrechte

Wenn ein Urteil des Dortmunder Landgerichts Schule macht, brechen schwere Zeiten für Mieterinitiativen an: Ein Mitglied einer Mieterinitiative oder eines Mieterrates, das sich zu Mißständen in seiner Wohnung äußert und dabei den Vermieter für die Mißstände verantwortlich macht, verletzt dadurch schwer die Pflichten eines Mieters und zerstört schuldhaft das Vertrauensverhältnis (?), welches zwischen Vermieter und Mieter gegeben sein muß, befand das Dortmunder Gericht. Eine Kündigung sei deshalb gerechtfertigt.

Die zur Urteilsbegründung herangezogenen Klagepunkte beziehen sich auf Aktivitäten des Mieterrates im Neubaugebiet „Alte Zeche Dorstfeld“, dessen Vorsitzender der Gekündigte ist.

Der Mieterat war unter anderem mit Mietminderungen gegen unerträglichen Baulärm und Protest gegen die Verwendung gesundheitsgefährdender Malerfarben in Erscheinung getreten. („Neue“, 26.9.79)

Wohnungskommission

Skandinavien

Schweden: Wahlen zum Reichstag

Am 16.9. wählten ca. 88,7 % der schwedischen Wahlberechtigten einen neuen Reichstag. Es durften die sog. Auslandschweden – z.B. Steuerflüchtlinge in der Schweiz und auf den Kanarischen Inseln – mitwählen auf Initiative des an der Regierungskoalition 1976 beteiligten Chefs der konservativen Moderaten. Nicht mitwählen durften die ca. 430.000 Einwanderer, die lediglich, nachdem sie mindestens 3 Jahre im Lande sind, an den kommunalen Wahlen teilhaben dürfen. („Dagens Nyheter“, 14.9.79)

Angeichts der Tatsache, daß ca. 8.000 Stimmen den Ausschlag dafür gaben, daß im neuen Reichstag die Sozialdemokraten zusammen mit den Eurokommunisten (VPK) 174 gegenüber den 175 Mandaten des „Bürgerblocks“ (liberale Volkspartei, Centern und die Moderaten) innehaben werden, hätte das Stimmrecht für ausländische Mitbürger ausschlaggebend sein können: Erfahrungsgemäß wählen diese zu 70 % Sozialdemokraten und Linke (DN, 14.9. und „Aftonbladet“).

Das Ergebnis im einzelnen:
Moderaten 20,4 % = 73 Mand. (55)
Centern 18,2 % = 64 Mand. (86)
Volkspartei 10,6 % = 38 Mand. (39)
Sozialdemokraten 43,5 % = 154 Mand. (152)
VPK 5,6 % = 20 Mand. (17)

In der bürgerlichen und auch teilweise in der linken Presse ist stets von den zwei Blöcken (Sozialistenblock mit den Sozialdemokraten und VPK und dem Bürgerblock – s.o.) die Rede. Unseres Erachtens geht diese Betrachtungsweise an den Realitäten vorbei.

Der Bürgerblock ging in den Wahlkampf 1976 mit einem gemeinsamen Programm und dem Vorschlag für das Ministerpräsidentenamt: Fälldin. In diesem Jahr aber gibt es dort weder ein gemeinsames Programm (siehe weiter unten), noch kann man sich bis heute auf einen Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt einigen.

Mit dem Sozialistenblock verhält es sich ähnlich: Die einzige Gemeinsamkeit ist, daß sich beide als „Arbeiterparteien“ verstehen. Darauf resultiert, daß die VPK niemals mit ihren Stimmen im Reichstag eine „Arbeiterregierung“ aus Sozialdemokraten stürzen würde. Hier enden aber schon die Gemeinsamkeiten. Besonders in der Frage Atomkraftausbau vertreten beide Parteien völlig konträre Standpunkte. Die Jahre 1973 – 1976 zeigen darüber hinaus, daß sich die Sozialdemokraten im Reichstag eher der liberalen Stimmen versicherten, als sich eventuell von VPK abhängig zu machen. Damals herrschte absolutes Gleichgewicht im Reichstag.

Der Wahlkampf

Centern, Wahlgewinner 1976 mit Anti-Atomkraftparolen, hielt sich an

Der Wahlkampf

Centern, Wahlgewinner 1976 mit Anti-Atomkraftparolen, hielt sich an das von ihr gewählte Konzept, um Umweltfragen angereichert. Sie konstruierten für den Wahlkampf eine Polarisierung zwischen der Politik der Zentralisierung zusammen mit „Fonds-Sozialismus“ (hier beziehen sie sich auf die von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Bildung von Fonds, in die Gelder von Lohnempfängern eingezahlt werden und die dann dazu verwendet werden sollen, „notleidenden“ Kapitalisten unter die Arme zu greifen, mit Beteiligung der Gewerkschaft – als Verwalter der Fonds – an der Firmenleitung) und auf der anderen Seite ihrer Politik der Dezentralisierung, in der der Einzelne Initiative ergreifen kann, eingebunden in die Soziale Marktwirtschaft.

Die Sozialdemokraten verlieren in ihren Wahlanzeigen noch weniger Worte, sie erinnern an die glorreichen Tage der Sozialdemokraten unter Tage Erländer mit seiner Reformpolitik, an Alva Myrdals Friedenspolitik, und mit Olof Palme soll Schweden „wieder stark“ gemacht werden. Die Moderaten gefielen sich in einer auch bei uns bekannten Formel: Freiheit oder Sozialismus. Ihr Chef Gösta Bohmann spielte die Rolle des (mit gebremstem Schaum allerdings) starken Mannes.

Die Folkspartei präsentierte ihren momentan amtierenden Ministerpräsidenten Ullsten (eine Verlegenheitslösung, nachdem die Koalitionsregierung 1978 auseinandergebrochen war, regierte die Partei mit den wenigsten Stimmen innerhalb der Koalition weiter) als Garant für Gehabtes. Ihre Parolen fingen an mit: Weiter mit...

Der Wahlkampf ist insgesamt wenig an Sachfragen geführt worden, son-

dern mögliche Regierungschefs boten die seit langem bekannten Schlagwörter eindringlich an. Dementsprechend verneinten in einer Umfrage der Zeitung „Dagens Nyheter“ (12.9.) 54 % der Befragten, daß die meisten Parteien eine zufriedenstellende Antwort darauf gaben, wie ihr Standpunkt zur AKW-Frage ist. 65 % verneinten sogar, daß zufriedenstellende Antworten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gegeben wurden.

Auswertung des Wahlergebnisses für die Bürgerlichen

Der hohe Verlust von Centern-Stimmen kommt unseres Erachtens von der noch recht eindeutigen Haltung der Partei zu den AKW- und Umweltfragen.

Die Moderaten, ultrakonservativ und erklärtermaßen antisozialistisch (mit auffallend hohem Anteil an Adligen in der Partei und im neuen Reichstag) entwickeln sich ansatzweise zu einer Massenpartei. Sie sind heute „wählbarer“ als noch vor drei Jahren. Deshalb verlangt ihr Parteichef Bohman (die schwedische Aussprache charakterisiert ihn: Buhmann) an vorderster Stelle am bürgerlichen Regierungsbündnis beteiligt zu werden.

Einen sehr deutlichen Rechtsruck können wir trotz starken Zuwachses an Stimmen für die Rechten jedoch nicht feststellen, eher eine Polarisierung, da auch die Sozialdemokraten leicht gewonnen und auch VPK. Ebenso konnte die regional kandidierende KPML(r) hinzugewinnen.

Das Gerangel innerhalb des sog. bürgerlichen Blocks um den Posten des Ministerpräsidenten ist immer noch voll im Gange. Den Moderaten auf der einen Seite stehen die Liberalen und Centern gegenüber, die der Meinung sind, daß sie gemeinsam immer noch gewichtiger sind als Gösta Bohman. „Der konservative Block ist zu zerstritten, und weder Fälldin noch Ullsten werden es zulassen, daß der rechte Bohman Premierminister wird.“ („Taz“, 18.9.)

Zahlenspiele aber machen es auch möglich, daß eine sozialliberale Koalition gebildet wird, eine Verbindung, die mit 192 zu 157 Mandaten eine regierungsfähige Mehrheit zustande bringen kann. Hierbei ist in Erinnerung zu rufen, daß sich ja VPK meist „wohlwollend“ gegenüber den Sozialdemokraten verhält. „Einigung – und rasche Einigung tut not: Der politische Gegner, dem sich Schwedens Bürgerliche gegenüber sehen, ist mit gestärktem Selbstbewußtsein aus der Wahl hervorgegangen, und die wirtschaftlichen Probleme, die ins Volkshaus stehen, drohen auf ein für schwedische Verhältnisse beängstigendes Maß anzuwachsen.“ (12 % gestärktem Selbstbewußtsein aus der Wahl hervorgegangen, und die wirtschaftlichen Probleme, die ins Volkshaus stehen, drohen auf ein für schwedische Verhältnisse beängstigendes Maß anzuwachsen.) (12 % Inflation, nur 1 % Zuwachs des privaten Verbrauches, Steuererhöhungen, Rekordverschuldung des Staates mit rund 7 Mrd. Mark Auslandsschulden, FR, 21.9.)

Volksabstimmung im März 1980

Unseres Erachtens ist beim Wahlausgang die Tatsache, daß es den Sozialdemokraten nicht gelang, die Stärkeposition der 40 ununterbrochenen Regierungsjahre zurückzugewinnen, entscheidend im Hinblick auf die größte, schon im März 1980 der schwedischen Regierung bevorstehende Prüfung, gleich, wer sie jetzt bilden wird.

Ein gestärkter sozialdemokratischer, den Ausbau der Atomkraftwerke befürwortender Ministerpräsident hätte mit seinen propagandistischen Möglichkeiten die Volksabstimmung zu einer Farce machen können. Nun allerdings scheint der Ausgang „ja“ oder „nein“ zur Atomkraft doch wieder offen.

Der jetzt mühsam vereinte bürgerliche Parteienzusammenschluß tritt in bezug auf den Atomkraftausbau keinen einheitlichen Standpunkt. Centern verlor zwar gegenüber 1976 an Stimmen, diese aber offensichtlich an die Rechten. Centern und VPK sind die beiden im Reichstag vertretenen Parteien, die sich eindeutig für das NEIN aussprechen.

SAP und ihr Vorsitzender Palme bieten sich aber schon heute für die Zeit nach dem März 1980 an: Sie wollen in jedem Fall das Resultat der Volksabstimmung garantieren. „Wie denn sonst könnten wir das Resultat sichern, wenn es nicht in der stärksten

politischen Kraft der Gesellschaft verankert wäre. Und wie soll eine Stilllegung unter Beibehaltung der Solidarität durchgeführt werden können, wenn nicht die Sozialdemokratie dazu bereit wäre.“ Diesen Ausspruch der Sozialdemokratin U.Lindström – den man ja auch als Drohung auffassen könnte – verwendet O.Palme, um seine Loyalität gegenüber dem Abstimmungsergebnis zu beteuern. (DN, 14.9.)

Die Linken zur Wahl

Die vaterländische SKP behielt ihre zwei Mandate in einem Kommunalparlament und konnte in anderen Orten noch drei neue hinzugewinnen. Dies ist mehr ein Zeichen für eine gute Basisarbeit (Mieterinitiativen, Gewerkschaftsarbeit usw.) als das Ergebnis der Wahlkampfparole: Starke Kräfte bedrohen die Wehrpflicht – Wählt SKP! National gesehen verlor SKP, von 0,3 % 1976 auf 0,19 % 1979.

Die AKP (moskauorientierte Abspaltung von VPK) bekam ganze 0,2 %. Sie schnitt dabei markant schlechter ab als ihre „Mutterpartei“. Sie konnte allerdings 19 Gemeinde-mandate – fast alle im Norden des Landes – halten.

Die KPML(r), albanienorientierte ML-Gruppe, beteiligte sich nur regional an einigen Gemeindevahlen in und um Göteborg und rief zum Boykott der Reichstagswahlen auf. In Göteborg selbst konnte sie trotz Stimmengewinne (KPML(r) ist dort traditionell bei den Hafenarbeitern verankert) die 4 %-Hürde nicht überspringen. In einer Nachbarstadt jedoch stellt nun KPML(r) erstmals einen Gemeindevorteiler.

Zum Ergebnis der Reichstagswahlen schreibt ihre Zeitung „Proletären“: „Der Erfolg der VPK ist unbestreitbar. Es wäre jedoch falsch, diesen Erfolg – wie die bürgerliche Presse es tut – als Ergebnis einer linken Politik zu sehen. Tatsache ist doch, daß die VPK durch ihren Vorsitzenden Lars Werner während des ganzen Wahlkampfes eine opportunistische rechte Politik geführt hat. Die Hauptthese war, daß die Sozialdemokratie zurück zur Regierung muß, und daß eine Stimme für VPK die Entwicklung stärkt.“ (19.9.)

Der trotzkistische KAF konnte seinen Wahlerfolg von 1976 nicht halten und verlor an Stimmen (0,05 % 1976 zu 0,03 % 1979), trotzdem man sich an vorderster Front an der Volkskampagne gegen Atomkraft beteiligt hatte.

Förbundet Kommunist (FK) ist – wie bei früheren Wahlen auch – davon ausgegangen, daß außer VPK keine andere linke Gruppe/Partei die Chance hat, die 4 %-Hürde zu nehmen und empfahl daher, VPK zu wählen, obwohl diese lediglich in zwei kleinen Wahlbezirken zusammen mit von ausgegangen, daß außer VPK keine andere linke Gruppe/Partei die Chance hat, die 4 %-Hürde zu nehmen und empfahl daher, VPK zu wählen, obwohl diese lediglich in zwei kleinen Wahlbezirken zusammen mit FK Kandidaten zur Gemeindevahl aufgestellt hatte. Mit anderen Gruppen oder landesweit lehnte VPK eine Zusammenarbeit ab. Nach FK hat die Anwesenheit der Linken im Reichstag eine wesentliche Bedeutung, FK kritisiert an VPK aber, daß keine genügende Zusammenarbeit mit Gruppen/Parteien oder Basisgruppen gemacht wird.

Am wichtigsten erscheint FK jedoch die Regierungsfrage: „Die Erfahrung der vergangenen drei Jahre bürgerlicher Regierungspolitik mit vor allem einer gewaltigen Überführung von Geldern der Arbeiter und Angestellten an die Wohlhabenden dieser Gesellschaft dürfte ein für alle Mal bewiesen haben, daß ein gewisser, für die Arbeiterklasse nicht unwesentlicher Unterschied, zwischen der SAP und den Bürgerlichen besteht. Vor diesem harten Hintergrund ist es eine Art Erfolg, wenn die SAP mit Unterstützung von VPK die Regierung bilden kann.“ („Arbetarkamp“ 36/79). Völlig außer acht läßt FK bei dieser Bewertung der Lage die erklärtermaßen unbeugsame Haltung der Sozialdemokraten zur Atomkraft (wie oben schon beschrieben).

FK kritisiert infolgedessen alle anderen linken Gruppen, die sich an der Wahl beteiligten, weil diese Stimmen der VPK fehlten. Dies geht so weit, daß in der Zeitung „Arbetarkamp“ (38/79) nach der Wahl die Fotos der Vorsitzenden von KPML(r), SKP, KAF und APK auf der ersten Seite erschienen mit der Unterschrift: Sie gaben Bohman die Stimme. FK berücksichtigt neben VPK keine linke Partei/Gruppe, selbst in den Gemeindevahlen nicht. Bei der Kommunal-



Ny Dag (VPK) 19/79

Ny Dag (VPK) 19/79

Gösta Bohmann auf dem Moderaten-Denkmal

wahl in Göteborg z.B. fehlten der KPML(r) nur wenige Stimmen zum Mandat, und in anderen Wahlbezirken benötigte die SKP nur ca. 20 Stimmen mehr. In allen diesen Fällen hatte FK zur Wahl von VPK aufgerufen, was unseres Erachtens etwas darüber aussagt, welcher „linken“ Strömung sich FK verbunden fühlt.

Deutlich wird hier die sektiererische Zersplitterung der Linken. Nennenswerte Wahlallianzen hat es landesweit nicht gegeben, obwohl FK und APK Angebote an VPK gerichtet hatten. Allerdings braucht die sture Haltung von VPK nicht zu verwundern, da FK ihr ja eh bei jeder Wahl die Treue hält, offenbar sogar dann, wenn andere linke Gruppen eine ernsthaftige Chance haben.

Die Bunten

Außerhalb der etablierten Parteien und der Linken bildeten sich auf kommunaler Ebene sogenannte „Graswurzelparteien“, „Bunte“ würden wir sagen, die mit lokalen Fragen in den Wahlkampf eingriffen. In mehreren Gemeinden bestehen diese Parteien schon über mehrere Mandatsperioden. Einen Überblick über das Abschneiden dieser Gruppierungen können wir jedoch nicht geben, da sowohl die linken als auch die bürgerlichen Zeitungen nicht darüber berichten.

In Stockholm erhielt die vor kurzem erst neugegründete „Stockholms-

partiet“ auf Anhieb über 4 %, und ihre drei Mandate können im sonst ausgeglichenen Kommunalparlament den Ausschlag geben. Die Stockholmspartei forderte u.a. eine drastische Verminderung des privaten Verkehrs in der bleiulftverseuchten Innenstadt, Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und größere Rechte der Mieter. Diese Partei ist nach eigener Aussage vor allem bei den Aktivisten der Umweltschutzgruppen, Mieterinitiativen und Häuserkämpfen verankert.

In der schon zitierten Umfrage „DN“ gaben viele der Befragten an, daß sie in diesem Jahr ihre Stimmen spliten würden, was in Stockholm eindeutig der kleinen bunten Partei zugute gekommen ist. Diese wendet sich als Sprachrohr der Bürger u.a. gegen die Häuserabrisse, die in den letzten Jahren überhand nahmen, und ganze Häuserquartiere betrafen. Wir berichteten von den Besetzungen und Räumungen der Quartiere Mullwaden (Maulwurf) und Järnet (Eisen). Noch heute stehen Prozesse gegen die Hausbesetzer an. Die Stockholmspartei hat nicht vor, sich einer der im Parlament vertretenen Richtungen anzuschließen, sondern kündigte an, sich jeweils nach den Sachfragen zu entscheiden.



lateinamerika

Entwicklung des Widerstandes in Chile

— Einschätzung des MIR/BRD —

Der MIR hat uns einen Artikel über die „Dialektik der historischen Initiative in Chile“ zur Verfügung gestellt, der auf drei Fragen eingeht: Die Möglichkeit, die Diktatur Pinochets in eine Krise geraten zu lassen, die dafür notwendigen Bedingungen und 3. den Beschluß des MIR, nach dem Putsch in Chile zu bleiben.

Aus Platzgründen können wir nur Teile des Artikels abdrucken. Wir fassen die ausgelassenen Passagen kurz zusammen.

Lateinamerikakommission

Warum entschließt sich der MIR in Chile zu bleiben

Schon am Tag des Putsches lag der Beschluß des Zentralkomitees der Partei vor, daß die Organisation im Land bleiben müsse. Eine Avantgarde, die das Proletariat im Stich läßt, hört auf, Avantgarde zu sein. Wir mußten also nach der politischen und militärischen Niederlage den vorübergehenden Rückzug und die Sammlung neuer Kräfte organisieren.

Die Entscheidung, die Organisation durch gemeinsame Flucht materiell zu schützen, hätte ihre ideelle Preisgabe bedeutet. In Brasilien z.B. zogen sich nach 1964 und dann nach 1968 die Revolutionäre ins Ausland zurück. So war die Niederlage größer, als wenn sie geblieben wären.

Trotzdem mußten in Chile viele das Land verlassen, da sie aus Gefängnissen und KZs direkt ins Ausland verwiesen wurden. Aber die Tatsache, daß immer ein Teil der Organisation geblieben ist, daß die Führung nicht ins Asyl gegangen ist,

bedeutete, daß die Flamme nicht aufhörte, zu brennen. Die Kontinuität war gesichert; man mußte (trotz der zahlreichen und schmerzvollen Rückschläge) nicht wieder bei Null anfangen. So war dann auch unsere Anwesenheit besonders wichtig während der Zeit der Wiederbelebung der Massenkämpfe.

Für uns hieß „in Chile bleiben“: Verlust vieler Kader, Gefangennahmen, Folterung, Ermordung und Verschwinden. Aber unsere damalige Meinung war (und sie ist es noch), daß dieser Kampf geführt werden mußte, auch wenn er nur teilweise erfolgreich sein, oder sogar scheitern würde. Denn er würde in jedem Fall einen wichtigen Einfluß auf die historische Entwicklung haben.

Die Verhinderung einer Stabilisierung der Diktatur

Das Konzept bestand darin, eine breite Widerstandsbewegung in Gang zu bringen, bevor die Diktatur eine minimale Stabilisierung erreicht hätte, d.h. die Herstellung und Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ordnung“ zu stören, die Auseinandersetzungen innerhalb der Bourgeoisie vergrößern zu helfen. Die Junta sollte in ihrem internationalen Ansehen geschädigt werden. Und da in Chile trotz allem Widerstand geleistet wurde, mußte die Diktatur ständig ihr wahres Gesicht der Brutalität zeigen, womit ihr Renommée auf internationaler Ebene geschädigt wurde.

Wir wollten durch unseren Kampf verhindern, daß die Junta Wurzeln schlägt. Wir wollten kein zweites Franco-Spanien.

Es gab zwei Voraussetzungen, die uns hoffen ließen:

Die Junta hatte zwar die Streitkräfte unter Kontrolle, verfügte über Soldaten, Panzer und Waffen. Aber diese materielle Stärke hatte keine Entsprechung in einer Politik, die das Volk für sich gewinnen konnte.

Die zweite, sehr wichtige, Voraussetzung war der Widerstandswille und die Kampfbereitschaft in der gesamten Bevölkerung. Nächtliche Aktionen in den großen Städten; Attentate auf militärische Einrichtungen; Arbeitskämpfe gegen die verstärkte Ausbeutung; Sabotage; Ansätze von Guerillakämpfen im Süden Chiles; Heckschützertätigkeiten in den Slums der Vorstädte ... Bei all diesen Kämpfen waren alle linken Parteien durch ihre Mitglieder beteiligt.

Es fehlte jedoch die Kraft, die die Schwierigkeiten der Diktatur zu einer Krise hätte ausweiten können.

Gründe dafür waren die fehlende Vorbereitung und fehlende Erfahrung im illegalen Kampf, die Strukturen der Parteien und Gewerkschaften waren auf legale Bedingungen ausgerichtet. Dies galt auch für den MIR, obwohl er sich auf die Situation der Diktatur politisch und organisatorisch vorbereitet hatte.

Doch die Parteistruktur vor dem Putsch war viel zu anfällig, um der Repression erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen zu können. Sie war auch zu zentralistisch in Bezug auf Informationen, Ressourcen und Entscheidungen.

Daher war auch die Aktivität der besten Kader in den politischen Kommissionen viel zu groß. Das galt besonders für das erste Jahr nach dem Putsch. Am 5.10.74 fiel Miguel Enriquez (Generalsekretär des MIR). Entsprechend groß waren die Lücken,

die diese Kader bei Tod oder Gefangennahme hinterließen. Die Basis der Organisation wurde durch diese Ausfälle an der Spitze stark getroffen. Die Folge war: Entkoppelung der Kommunikation, Handlungsunfähigkeit der (sehr unselbständigen) Regionalkomitees, besonders bei der Beschaffung von Propagandamaterial, Finanzierung der Untergrundarbeit etc. ...

Wir haben daraus gelernt: Nach dem Tod des Generalsekretärs wurde die Struktur der Partei verändert. Die Regional- und Provinzialkomitees wurden zu größerer Autonomie befähigt und verpflichtet.

Doch die Tatsache, daß die Repression so brutal zuschlagen konnte, ist nicht auf das Versagen einer Partei zurückzuführen, sondern vor allem auf die fehlende Einheit innerhalb der Linken. Dieser wichtige Schritt auf dem Weg, die Diktatur entscheidend zu schwächen, wurde nicht gemacht.

Die Kraft des MIR (oder einer anderen Partei allein) reichte nicht aus, um diese Aufgabe zu übernehmen und den Erfolg zu sichern. So konnte das Regime nacheinander gegen die einzelnen Organisationen vorgehen.

So konnte, bzw. mußte man Ende 1976 von einer relativen Stabilisierung der Diktatur sprechen. Der entscheidende wirtschaftliche Aufschwung blieb jedoch aus, während mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik immer mehr Unzufriedenheit in immer breiteren Schichten der Bevölkerung geschaffen wurde, was zur Entwicklung breiterer und neuer Kampfformen führte.

Die Gewerkschaften begannen, Forderungsschreiben an die Unternehmensleitungen zu verfassen, um so Schritt für Schritt den Boykott der

kantinen einzuleiten. Sie forderten die Abschaffung der Überstunden, und organisierten Streiks mit dem Ziel der Durchsetzung höherer Löhne und der freien Wahl von Gewerkschaftsvertretern. Sie richteten sich gegen die Entlassungen etc.

Die halblegalen Organisationen, wie Arbeitslosenkomitees und Komitees der politischen Gefangenen und die Gruppe der Angehörigen von Verschwundenen drückten in ihrer Gesamtheit die Antwort des Volkes auf die Angriffe seitens der Diktatur aus. Antworten, die sich in ihrer Kreativität gegen die neuen repressiven Bedingungen in dem System entgegenstellten.

Propagandaaktionen, wie die Einnahme eines Milchwagens und die darauffolgende Verteilung der Milch unter Arbeitslose und deren Angehörige sprechen für sich.

Auf der anderen Seite zeigt die bewaffnungspropaganda den Weg an, den das chilenische Volk einschlagen muß, um eine wirkliche Befreiung zu erreichen. So, wie es die einzigen siegreichen Revolutionen in Lateinamerika verdeutlichen: Kuba und jetzt Nicaragua.

Wir müssen uns daran erinnern und von denen lernen, die den Aufschwung der Volkskämpfe in Chile möglich machten.

Jene, die in Augenblicken starker Repression und Niederlagen das Vertrauen in das Volk, in die Partei der Arbeiterklasse und in die Geschichte aufrechtzuerhalten wußten.

Und jene, die ihr Leben für die Freiheit, die Volksdemokratie und den Sozialismus opferten.

MIR, BRD

El Salvador jetzt Krisenherd Nr. 1

Einen in den Augen der USA besorgniserregenden Aufschwung haben die Volkskämpfe gegen das faschistische Militärregime in El Salvador genommen. Ein wichtiger Grund hierfür liegt natürlich in der Ausstrahlung der nikaraguanischen Revolution auf ganz Mittelamerika. Für die USA ist in El Salvador bereits ein „kritisches Stadium“ erreicht, das ein rasches Handeln erfordert. Angeblich wollen die USA mit Reformen einen Bürgerkrieg verhindern. („SZ“, 17.9.79)

Die Militärregierung unter Carlos Humberto Romero versucht jeden Widerstand schon im Keim durch nackten Terror zu ersticken. Es vergeht kaum eine Demonstration wo die Militärs nicht auf unbewaffnete Demonstranten das Feuer eröffnen, kaum eine Besetzungsfaktion ohne Tote und Verletzte. Eng mit dem Staatsapparat verbundene Paramilitärische Terrorgruppen wie die Weiße Hand oder ORDEN entföhren und ermorden prominente Linke, Gewerkschaftsführer und Personen, die lediglich im Verdacht stehen, oppositionell zu sein. Trotzdem gelang es der Reaktion nicht die gewünschte Friedhofsruhe herzustellen, im Gegenteil:

Ende April und Anfang Mai dieses Jahres kam es in El Salvador zu einem Aufschwung des Widerstands, in dessen Verlauf die Botschaften Mexicos, Costa Ricas und Venezuelas unbewaffnet eingenommen und besetzt wurden sowie die Kathedrale der Hauptstadt und andere umliegenden Kirchen. 39 Tote und über 40 Verletzte wurden auf Seiten der Demonstranten beklagt. Bereits am Anfang des Jahres nahm der Protest der Arbeiterschaft einen massenhaften Umfang an. In ca. 50 Fabriken gleichzeitig streikten die Arbeiter und Angestellten; das Land wurde für 24 Stunden nicht mit Elektrizität versorgt.

Auffallend bei diesen Streiks war, daß vorwiegend politische Forderungen aufgestellt wurden, z.B. nach Aufhebung der Repression im Betrieb durch die Betriebspolizei, Ermöglichung der Gewerkschaftsbildung oder die Zurücknahme von Massenentlassungen. Die Ursache des seit Jahren immer stärker wachsenden Widerstandes sind aber nicht nur auf dem rein politischen Sektor zu finden, sie liegen ebenso in den



Straßenkämpfe in San Salvador

wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen des Landes:

- El Salvador ist das kleinste und zugleich das am meisten industrialisierte Land Mittelamerikas;
- die Arbeitslosenquote beträgt 33%;
- 50% der Bevölkerung sind Analphabeten;
- 93% der Schulkinder sind unterernährt;
- auf 10 000 Einwohner kommen 7 Ärzte;
- 40% der Bevölkerung haben ein Monatseinkommen von ganzen 14 Dollar;
- rund 400 Familien besitzen 2/3 des Landes sowie die meisten Banken und Betriebe.

(„AIB“ Juli/August 79 und „Solidaridad“ Nr. 70 Mai 79)

Größe und einflußreichste Organisation der revolutionären Linken ist der Revolutionäre Volksblock (Bloque Popular Revolucionario - BPR), der 1975 gegründet wurde und heute auf rund 50 000 Mitglieder geschätzt wird („Nicaragua aktuell“ Aug. 79) Im Bloque vereinigten sich eine Bauern- und Landarbeitergewerkschaft, ferner ein Schüler-, zwei Studenten- und ein Slumbewohnerverband und schließlich die Lehrergewerkschaft. Als im April 5 wichtige Führungspersönlichkeiten der BPR verhaftet und verschleppt wurden,

hatte dies Massendemonstrationen im ganzen Land zur Folge. 2 Gefangene — die noch am Leben waren — konnten mit Hilfe der internationalen Öffentlichkeit befreit werden, für die anderen drei kam die Hilfe zu spät.

Die zweite große Massenorganisation ist die Einheitliche Volksaktion FAPU, die 1974 gegründet wurde und die ihre Mitglieder hauptsächlich aus der Arbeiterschaft rekrutiert. Neben diesen Organisationen existieren noch drei Guerillagruppen, die teilweise mit der BPR zusammenarbeiten und vor allem zahlreiche spektakuläre Entführungen von Managern ausländischer Konzerne organisiert haben. Letztes Opfer ist der Chef der kalifornischen Firma Beckmann Instruments, der nach Mitteilung der Polizei in einen Hinterhalt geraten und entführt worden war („NZZ“, 25.9.79). Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 26.9. meldet, daß sich die drei Guerillaorganisationen, trotz ideologischer Differenzen zusammengeschlossen haben und jetzt aus 1500 Kämpfern bestehen. Außerdem soll es eine neugegründete „Revolutionäre Partei von Zentralamerika“ geben, die internationale Unterstützung organisieren soll. Carter wird es nicht leicht haben....

Lateinamerikakommission

Nikaragua

Nach dem Sturz Somozas sind die Revolutionäre Nicaraguas vor sehr schwierige Aufgaben gestellt. Der Kampf um die Freiheit wird erst dann beendet sein, wenn Hunger, Armut, Zerstörung und Analphabetentum besiegt sind. Dabei werden die Schwierigkeiten teilweise noch zunehmen, wenn den wenigen Fabriken, die angefangen haben zu produzieren, in nächster Zeit die Rohstoffe ausgehen werden. Trotz dieser massiven ökonomischen Schwierigkeiten, die wir in früheren Artikeln des öfteren beschrieben haben, werden in Nicaragua größte Anstrengungen unternommen, die sandinistische Revolution voranzutreiben. Die FSLN bemüht sich vor allem darum die Bevölkerung in sandinistischen Massenorganisationen zusammenzufassen und so der Sympathie der Sandinisten in der Bevölkerung auch organisierte Stärke zu geben.

„Es gibt bereits eine sandinistische Gewerkschaftszentrale, einen sandinistischen Jugendverband und eine sandinistische Frauenbewegung. Die zivilen Verteidigungskomitees und die Arbeiterausschüsse in den Fabriken und Landwirtschaftsbetrieben, die im Volksaufstand eine bedeutsame Rolle gespielt haben, wurden landesweit zu einem Netz von sandinistischen Verteidigungsräten und Arbeitsbrigaden zusammengeschweißt. Alle diese Organisationen müssen nicht lange um die Gunst des Volkes buhlen, sie sind das Volk“ („FR“, 19.9.79).

Die FSLN bereitet so langfristig die Gründung einer sandinistischen Partei von unten her vor, die auch bei den geplanten Wahlen kandidieren soll.

Die bürgerlichen Kräfte bemühen sich unterdessen, ihren schwindenden Einfluß durch schnelle Parteigründungen zu stabilisieren. Es wurde eine christlich-soziale Partei gegründet (PSC), die massiv von der Regierung Venezuelas unterstützt wird. Venezuela hatte seine Nicaraguahilfe davon abhängig gemacht, daß ein Mitglied der PSC mit in die Regierung aufgenommen wird. Nachdem dies selbstverständlich abgelehnt wurde, stellte Venezuela seine Hilfe für die Regie-

rung zugunsten der PSC ein.

Ferner wurde von ehemaligen Mitgliedern der konservativen Partei (der legalen parlamentarischen Opposition unter Somoza) eine Sandinistische Sozialdemokratische Partei (PSDS) gegründet, offensichtlich mit Spekulation auf Unterstützung durch die Sozialistische Internationale. Die Parole, unter der diese sauberen Sandinisten antreten, heißt: „Sandinismo si, Comunismo no“ also: „Sandinismus ja, Kommunismus nein“, („FR“, 19.9.79).

Die kürzlich gegründete Demokratische Bewegung Nicaraguas, die von Alfons Robelo, Unternehmer und Mitglied der Regierungsjunta, angeführt wird, hat bereits Interesse an einem Zusammenschluß mit der geplanten Partei bekundet („SZ“, 18.9.79).

Die Führung der FSLN verurteilte diese Parteigründung als „konterrevolutionäres Manöver“ („SZ“, 20.9.79) und erklärte: „Wir können nicht zulassen, daß andere, die nichts Konkretes für das Volk und seinen revolutionären Kampf getan haben, versuchen, das sandinistische Gedankengut zu verfälschen“ („TAZ“, 17.9.79). Inzwischen wurde ein Erlaß verabschiedet, der es nur noch Organisationen, die mit der FSLN zusammenhängen, erlaubt, sich sandinistisch zu nennen.

Trotz des sich bereits abzeichnenden Machtkampfes zwischen den bürgerlichen und den revolutionären Kräften, werden die Maßnahmen der Regierung bisher noch von allen am Sturz Somozas beteiligten Kräften getragen. Verstaatlichung des Außenhandels von Baumwolle, Kaffee, Zucker und Fischerzeugnissen sowie des Imports aller für die Wirtschaft ausschlaggebenden Güter, die Schaffung eines einheitlichen nationalen Gesundheitssystems und Sozialversicherung fallen hierunter, genauso wie das Programm für den Wohnungsbau und die Beschlagnahme der Luxusvillen als Schulen und Krankenhäuser.

Lateinamerika-Kommission

Panama-Kanal: Neue Optik im Verhältnis USA — Panama

Mit dem gebührend feierlichen Aufwand fand am 1. Oktober die sog. Übergabe des Panamakanals statt. Dies sei der „Höhepunkt von 75-jährigen Bemühungen um Befreiung“ erklärte Panamas Präsident Royo; ähnlich große Worte fand Vizepräsident Mondale, die „Übergabe“ sei „ein junges Symbol eines alten Ideals: Der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts zweier unabhängiger und souveräner Nationen“.



Panamaische Bauern einer Genossenschaft auf ehemaligem United-Fruit-Land. Das Lebensniveau ist immer noch sehr niedrig.

Wie sieht dieses Symbol der Gleichheit nach 75 Jahren direkter US-Herrschaft aus?

Panama erhielt die Verfügungsgewalt über 55 Prozent der Kanalzone. Der Kanal selber und ein verbleibender 16 Kilometer breiter Streifen werden von einer gemischten Kommission verwaltet, die aus je vier Vertretern Panamas und fünf Vertretern der USA besteht. Vorsitzender wird General Dennis McAuliffe, der bisherige Kommandant der US-amerikanischen Militärverwaltung des Kanals. Fünf Militärstützpunkte von bisher 14 bleiben weiter bestehen. Im Jahre 1990 geht der Vorsitz der Kanal-Kommission an einen Bürger Panamas über, die US-Stützpunkte sollen dann aufgelöst werden. Panama und die USA haben gemeinsam für die „Neutralität“ des Kanals zu sorgen. Dabei haben die USA laut Verträgen ein ewiges Recht auf Intervention im Falle einer militärischen Bedrohung des Kanals. Am 1.1.2000 soll die Kanalzone vollständig an Panama übergehen, wobei auch dann noch das Interventionsrecht der USA erhalten bleibt. Außerdem erhält Panama Anteile aus den Kanal-Profiten (rund 100 Mio. Dollar jährlich). Und schließlich übergehen, wobei auch dann noch das Interventionsrecht der USA erhalten bleibt. Außerdem erhält Panama Anteile aus den Kanal-Profiten (rund 100 Mio. Dollar jährlich). Und schließlich legen die Verträge das Projekt eines weiteren Kanals fest, der ohne Schleusen auch für die großen Supertanker schiffbar und von den USA und Panama gemeinsam verwirklicht werden soll.

Beide Regierungen hatten Schwierigkeiten, die Verträge, das Ergebnis von 13 Jahre andauernden Verhandlungen, in ihren Ländern durchzusetzen. Während in Panama eine relativ breite Opposition die sofortige und bedingungslose Übergabe des Kanals und der Kanalzone forderte, machte sich in den USA vor allem die Kanallobby und ein Teil reaktionärer Senatoren um Ronald Reagan für die Ablehnung der Verträge und das bedingungslose Eigentums- und Verfügungsrecht der USA am Kanal stark. Nachdem es seit 1977, seit der Unterzeichnung der Verträge, zahlreiche Stellungnahmen, Kampagnen und Appelle des US-Präsidenten gegeben hat, lehnte der Kongress noch unmittelbar vor der geplanten Übergabe am 1. Oktober die Ausführungsbestimmungen für die Verträge ab.

Daraufhin wurden einige Änderungen bzw. Verschärfungen eingebaut: Das Budget, über das die gemischte Kanal-Kommission verfügt, wird jetzt vom US-Kongress kontrolliert, der Kanal darf auf keinen Fall vor dem 31.12.99 an Panama übergeben werden, und der Kanal darf sofort remilitarisiert werden, sobald „fremde Militärpersonen“, oder teilweise auch offener formuliert, „wenn sowjetische oder kubanische Truppen in der Kanalzone aufstauen“ („NZZ“, 28.9.79). Veranlaßt wurde dieses nachträgliche parlamentarische Gezappel zum einen von der Kanallobby, die damit immerhin noch durchgesetzt hat, daß die Vertreter der USA in der gemischten Kanal-Kommission „Experten der Privatwirtschaft“ sein müssen.

Wesentlicher ist aber der strategische Aspekt: Mit der Ablehnung der Ausführungsbestimmungen im Kongress wurde die angebliche sowjetische Provokation mit ihren Truppen auf Kuba weiter hochgeschaukelt, die sowieso krisenhafte Entwicklung der Region problematisiert, und die Notwendigkeit der militärischen Präsenz der USA beschworen. Es war „die Empörung über die sowjetische Herausforderung auf Kuba“, die zur

einem Volksreferendum abgesegnet (66 % Fürstimmen). Als die Übergabe Ende September erneut gefährdet war, drohten die Kanallotsen und -arbeiter Panamas mit Streik und Übernahme der Kanalzone auch ohne die Zustimmung der USA. Für ganz Lateinamerika war der Panamakanal und die Kanalzone immer das Symbol der direkten US-Einmischung auf dem Kontinent. Die Verträge wurden — nicht nur in Panama — als zwar begrenzter aber doch als antiamerikanischer Erfolg verkauft. In diesem Sinne konnte der Regierung Panamas die rechte Opposition gegen die Verträge in den USA ganz gelegen sein, weil damit der Gehalt der Verträge aufgewertet wurde.

Wenn Panama jetzt wenigstens Anteile an den Kanalprofiten erhält und zumindest über einen Teil der Kanalzone verfügen und über den anderen Teil ein Mitspracherecht wahrnehmen kann, so ist das natürlich ein Fortschritt, aber es ist nicht das Ende der US-Präsenz und -Vorherrschaft, wie es von Regierungsseite dargestellt wird.

Die Regierung von Omar Torrijos (der die Präsidentschaft 1978 an den Zivilisten Royo abgegeben hat, aber immer noch der starke Mann Panamas ist) war letztendlich Ergebnis der US-Lateinamerikapolitik der späten 60er Jahre, als es darum ging, durch eine Reihe von Reformen und Sozialmaßnahmen weitergehende Revolutionen, „weitere Kubas“, zu verhindern. Nach Massenkämpfen und einer recht starken Guerillabewegung Mitte der 60er Jahre putschte sich 1968 Torrijos an die Macht, der sich zuvor durch die Bekämpfung der Guerilla einen Namen gemacht hatte. Torrijos versuchte dann, mit einigen Reformen (Einführung von Genossenschaften in der Landwirtschaft, einigen Wohnungsbauprojekten etc.) und vor allem durch schärferes Auftreten gegen die USA in der Kanalfrage, teilweise Unterstützung Kubas, Hilfe für die FSLN in Nicaragua, die Bewegung zu integrieren, wobei dies von entsprechender Repression gegen oppositionelle Parteien und Strömungen begleitet war. Immerhin stimmten 33 % bei dem Referendum über die Kanalverträge gegen das Verhandlungsergebnis. Dabei sind nicht alle diese Stimmen als linke oder revolutionäre Opposition zu werten, sondern stammen auch aus einer zum Teil diffusen und unterschiedlich motivierten Ablehnung der Verträge (z.B. Einbußen im Tourismusgeschäft durch den Abzug der nordamerikanischen Beschäftigten der Kanalzone, ein allgemeines Votum gegen die Regierung usw.).

Die Regierung Panamas erhofft sich jetzt durch die Regelung der Kanalfrage eine Lösung der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, rund 2 Mrd. Dollar Auslandsschulden (1978), 37 % der Exporteinnahmen

Die Regierung Panamas erhofft sich jetzt durch die Regelung der Kanalfrage eine Lösung der enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, rund 2 Mrd. Dollar Auslandsschulden (1978), 37 % der Exporteinnahmen



Panamakanal: Profitquelle des US-Imperialismus — jetzt erhält Panama einen Anteil.

Bedeutung der „Übergabe“ für Panama

Die Kanalverhandlungen waren während der ganzen letzten Jahre von Panamas Seite aus von relativ großen Massenmobilisierungen begleitet. Die Verträge selber wurden 1977 von

müssen für den Schuldendienst eingesetzt werden bei einem Pro-Kopf-Einkommen von ca. 650 Dollar pro Jahr (BfA-Beilage Mai 79) (durch die Einnahmen aus dem Kanal und neue Auslandsinvestitionen, die nach Beseitigung des Konfliktes „Kanal“ wahrscheinlicher sind).

Lateinamerikakommission



Aquatorial-Guinea:

Neubeginn für die Kolonialisten

Pol Pot auf afrikanisch

Am 29.9. ist der im August ausgewechselte ehemalige Diktator Äquatorial-Guineas, Nguema, hingerichtet worden.

Vorausgegangen ist ein Prozeß, in dem neben ihm drei seiner Gefängnisdirektoren, zwei Offiziere und der Ex-Vizepräsident zum Tode verurteilt wurden.

Angeklagt war Nguema:

- des 462-fachen Mordes; in über 100 Fällen konnte seine persönliche Beteiligung nachgewiesen werden („Le Monde“, 2.10.);
- der Veruntreuung von 6,8 Mio. DM
- des Völkermordes. Während amnesty international schätzt, daß 30 - 40.000 Menschen unter seiner Herrschaft umgebracht wurden (von 300.000 Einwohnern!), sprechen andere Quellen gar von bis zu 90.000 („International Herald Tribune“, 1.10.).

In der Verhandlung kam neben grauenhaften Einzelheiten über die Folterpraktiken des Regimes die Tatsache heraus, daß mindestens 70% der Bevölkerung mindestens einmal ins Gefängnis geworfen worden waren („FR“, 1.10.).

Ein verwüstetes Land

Verhandelt wurde nach den Rechtsgrundlagen Spaniens, der ehemaligen Kolonialmacht, gerichtet wurde von Militärs und Laien: Während der elfjährigen Herrschaft Nguemas wurden sowohl die Gesetze, als auch Gerichte und Richter abgeschafft („Le Monde“, 26.9.).

Spätestens mit dem Regierungswechsel sind auch die Strukturen von Armee und Polizei zusammengebrochen. Seit September sorgen

200 marokkanische Soldaten und Polizisten für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung wenigstens in der Hauptstadt („SZ“, 24.9.).

Trotz seiner reaktionären Politik war das Regime Nguemas für die Imperialisten wenig effektiv und wurde deshalb durch Marionetten der Neokolonialisten ersetzt, die die Voraussetzungen zu schaffen versprechen, auf denen das Land überhaupt erst wieder ausgebeutet werden kann: der Geldumlauf war zum Erliegen gekommen, es gab kein Warenangebot mehr; keine einzige Fabrik, kein E-Werk arbeitete mehr („FR“, 25.9.). Der Außenhandel ist im letzten Jahr auf 30 Mio. Dollar abgesackt, die Devisenreserven sind auf 15 Mio. Dollar spanischer Finanzhilfe geschmolzen. Die einzigen Sektoren der Landwirtschaft, die nicht rasant verfielen, waren Projekte chinesischer, nordkoreanischer und kubanischer Entwicklungshilfe („Blick durch die Wirtschaft“, 20.9.).

Der Westen steigt neu ein

Z.z. wird das Land nicht nur politisch, sondern, soweit schon durchführbar, auch ökonomisch auf den Imperialismus neu ausgerichtet: Die derzeitige einzige Ausbeutungsmöglichkeit, die Rechte zum Abfischen der Küstengewässer, sind der Sowjetunion entzogen und spanischen Gesellschaften übertragen worden. Wirtschaftskontakte zur EG und zu den USA werden geknüpft. Und schließlich steht die Wiederinbetriebnahme der ersten Fabrik durch spanische Techniker vor der Tür: Bald wird es in Äquatorial-Guinea zwar noch nicht wieder Brot oder Fisch geben, aber dafür Pepsi-Cola („FR“, 25.9.).

Afrika-Kommission

Mosambik: Welchen Status für die ledigen Mütter?

Mosambik: Welchen Status für die ledigen Mütter?

Der folgende Diskussionsbeitrag zur Lage der ledigen Mütter in der VR-Mosambik, den wir auszugsweise abgedruckt haben, stammt aus der mosambikanischen Monatszeitschrift „Tempo“ vom 8.4.79.

Die Gesprächsrunde, an der u.a. Mitglieder der Frauen- und Jugendorganisation, ein Vertreter des Justizministeriums und ein Journalist von Radio Mosambik teilgenommen haben, befaßte sich hauptsächlich mit der besonderen finanziellen und sozialen Benachteiligung von alleinstehenden Frauen mit Kindern.

Obwohl sich seit der Unabhängigkeit 1976 die Situation der Frauen erheblich verbessert hat und sie durch spezielle Gesetze besonders geschützt sind, sind gerade die ledigen Mütter kaum in den Produktionsprozeß integriert und sind meist auf die Unterstützung der Verwandten angewiesen oder begeben sich durch eine neue Beziehung zu einem Mann wieder in Abhängigkeit.

Im folgenden werden einige Ursachen dieses Problems und Gegenmaßnahmen genannt, die den Frauen zu größerer finanzieller Unabhängigkeit und neuem Selbstbewußtsein verhelfen sollen:

R.I. (Frauenorganisation OMM):

Einer der Gründe ist die Tatsache, daß unsere Jugend keine Sexualerziehung hat und dadurch eine falsche Meinung über Liebe. Hierin ist die Furcht vor Verantwortung begründet, wenn nach Ausübung sexueller Akte Kinder hervorgehen.

J.F. (lediger Vater): Ein anderer Grund ist, daß einige Jugendliche nicht die geringsten Mittel haben, eine Familie zu ernähren und auch nicht mit der Möglichkeit ihrer Eltern rechnen können, die Kinder zu ernähren, die sie gemacht haben...

R.I.: Ich würde sagen, daß es nicht um fehlende Mittel handelt,

sondern um fehlende Verantwortung...

Radio M.: (...) Gibt es rechtliche Mittel, den Vater zu zwingen, die Verantwortung zu übernehmen und zum Unterhalt seines Kindes beizutragen?

C.B. (Justizministerium): Wir können heute feststellen, daß erheblich mehr Mütter mit den Problemen, die sie berühren, zu den Gerichten gehen. Das ist eine sehr positive Tatsache und zeigt, daß sich die Frau ihrer Rechte bewußt wird. Wir haben tatsächlich Mittel, die Väter zur Verantwortung zu ziehen und sie zu zwingen, Alimente abzugeben.

L.C.: Ich bin eine ledige Mutter. Ich glaube, daß die Alimente einen Teil des Problems lösen, aber sie lösen nicht alles. Es gibt andere Probleme der Erziehung und des Bestandes des Kindes, die sehr schwerwiegend sind. R.I.: Zuvor wurde gesagt, daß die Frau durch die finanziellen Bedingungen gezwungen wird, sich einen neuen Mann zu suchen, ohne ihn ausreichend zu kennen und nur, weil sie finanziell abhängig ist. Zum Teil ist es aber nicht so: es gibt Frauen, die glauben, daß sie ohne einen Mann nicht überleben können und daß ihr ganzes Leben von einem Mann abhängt, der sie beschützt.

(...) R.I.: Während der 2. Konferenz der OMM haben wir festgestellt, daß die Ursache dieser und vieler anderer Probleme in den finanziellen Bedingungen der mosambikanischen Frau begründet ist. Wir arbeiten daraufhin, die Frau in die Produktion zu integrieren und dies wird vielleicht die Hauptmöglichkeit sein, das Problem zu lösen, denn sie wird die Abhängigkeit der Frau zum Mann verringern und sie auch in anderen Punkten befreien...

Afrika-Kommission

asien

Kampuchea:
Ein Volk kämpft ums Leben

Begleitet von Kriegsdrohungen, insbesondere aus dem benachbarten Thailand, spielt sich in Kampuchea (früher Kambodscha) eine Katastrophe von einem Ausmaß ab, das die sog. „Bootsflüchtlinge“ aus Vietnam weit in den Schatten stellt. Das kampucheanische Volk hat zwar nicht deren „Publicity“ in den imperialistischen Medien, doch hier wie dort soll das Elend der Bevölkerung zur Propaganda gegen das befreite Indochina und zur politischen Vorbereitung von militärischen Interventionen in diesen Ländern ausgenutzt werden. Wir wollen im Folgenden die tatsächlichen Ursachen und Urheber der aktuellen Situation, der Hungersnot in Kampuchea, darstellen.

Das Erbe des US-Imperialismus

Kampuchea war das letzte der drei Länder Indochinas, in dem der US-Imperialismus militärisch eingriff und das erste, aus dem er endgültig verjagt wurde. Nach dem Pariser Vietnam-Abkommen im Januar 1973 und dem Abkommen über Laos im Februar desselben Jahres konzentrierten sich die Luftangriffe auf Kampuchea. „Jeden Tag flog die US-Air-Force

schreckend, wie eine Delegation der UNICEF und des Roten Kreuzes kürzlich berichteten: „Kambodscha erinnere an Bilder aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Es gebe kaum noch Kinder unter fünf Jahren, die wenigen Kinder, die von den geschwächten Frauen geboren würden, hätten kaum Überlebenschancen. Nach einer Schätzung der UNICEF ist der Anteil der Kinder in Kambodscha von 45 auf 20 Prozent gefallen. Für die rund vier Millionen Menschen, die in Kambodscha vom Hungertod bedroht sind, stehen nur etwa 50 Ärzte zur Verfügung. Nur etwa 15 Prozent der Reisfelder seien bestellt. Von den einst rund acht Millionen Bewohnern lebten nur noch knapp die Hälfte. Ganze Landstriche und Provinzen seien praktisch entvölkert“ (3).

In typisch imperialistischer Logik lehnen die internationalen Organisationen es jetzt aber ab, der Regierung in Kampuchea die (durchaus vorhandenen) Hilfsgüter zukommen zu lassen. Stattdessen sollen die Reste der Pol-Pot-Armee in schöner Ausgewogenheit ebenfalls mit den von ihnen dringend benötigten Versorgungsgütern bedacht werden. Um einmal beim Vergleich zu bleiben, den der Dele-

vor der Öffentlichkeit die Tatsache verschleiern, daß man hier in Wahrheit nicht helfen will und ein Volk verhungern läßt“ (nach „FR“ vom 11.10.79).

Obwohl bereits von mehreren internationalen Hilfsorganisationen die ungeheure Dringlichkeit der Bekämpfung der Hungersnot dargestellt wurde, kam eine effektive Unterstützung bisher nicht voran. Das liegt allerdings nicht an der Regierung Kampuchea oder Vietnams, die angeblich „politischen Kuhhandel mit der Not von Millionen Kambodschanern treiben“ (5) soll, wie ausgerechnet US-Staatssekretär Holbrook zynisch behauptet.

Während bei einem internationalen Treffen in Thailand, das unter Vorsitz des thailändischen Luftmarschalls (!) Siddhi Savetsila stattfand, ein Plan ausgearbeitet wurde, der „die Errichtung von mehreren Lagerpunkten entlang der thailändischen Grenze“ vorsieht, „von wo aus Lebensmittel und Medikamente an Zivilisten in Kambodscha verteilt werden sollen“ (6), spielt Thailand gerade die Hauptrolle bei der Blockierung von Hilfslieferungen: „Die Errichtung einer Luftbrücke der deutschen Kirchen zum Transport von Nahrungsmitteln und Medizin für die notleidende Bevölkerung in Kambodscha ist bislang am Widerstand thailändischer und anderer asiatischer Behörden gescheitert. Bangkok hat außerdem Bulgarien und Polen die Erlaubnis verweigert, beim Lufttransport von Gütern für Kambodscha thailändisches Territorium zu überfliegen“ (7).

Die „Lagerpunkte“ an der thailändisch-kampucheanischen Grenze haben daher sicher auch wenig mit irgendwelchen Hilfslieferungen zu tun, sondern sind Teil der Kriegsvorbereitung der thailändischen Militärs.

In diesem Zusammenhang hat die Regierung der VR Kampuchea scharfstens dagegen protestiert, daß „IKRK- und UNICEF-Delegierte von der thailändischen Grenzstation Aranyaprathet zu Fuß mit einheimischen Trägern in die Provinz Battambang vordringen und dort Hilfsgüter verteilt vorbereitung der thailändischen Militärs.“

In diesem Zusammenhang hat die Regierung der VR Kampuchea scharfstens dagegen protestiert, daß „IKRK- und UNICEF-Delegierte von der thailändischen Grenzstation Aranyaprathet zu Fuß mit einheimischen Trägern in die Provinz Battambang vordringen und dort Hilfsgüter verteilen“ (8).

Die Hetze geht weiter

Während in der bürgerlichen Presse (verglichen mit den „Bootsflüchtlingen“) relativ zurückhaltend über das Schicksal des kampucheanischen Volkes berichtet wird, werden doch einzig die derzeitige Regierung der VR Kampuchea und Vietnams für die Hungerkatastrophe verantwortlich gemacht. Von den Hinterlassenschaften des Pol-Pot-Regimes ist kaum noch die Rede, der US-Aggressionskrieg wird überhaupt nicht mehr erwähnt.

In diese Propaganda haben sich die Befürworter der chinesischen Politik in der BRD entsprechend eingeklinkt. So führt der KBW Straßensammlungen für das Pol-Pot-Regime durch (wahrscheinlich, damit diese neue Minen herstellen können, die auf den Reisfeldern deponiert werden). Für die in Stockholm geplante „Kampuchea-Konferenz“ hat sich ein illustres Bündnis zusammengefunden:

- Heinz Kotte (ESG), Pastor und Aushängeschild für die Vaterlandsverteidiger;
- die „KPD“;
- der KBW;
- die CSU-nahen „Marxisten-Leninisten Deutschlands“ (MLD);
- mehrere „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Ex-KBW);
- „Verband Deutscher Pfadfinder“ (gegründet unter Mithilfe der „MLD“ als vaterländische Abspaltung vom BDP).

(Siehe auch AK 160, S. 44). Dagegen gibt es praktisch keine Bewegung zur Unterstützung des kampucheanischen Volkes und der Regierung in Pnom Penh. Die Behauptungen von der „vietnamesischen Invasion“ und die Unterstützung der VR Kam-



puchea durch das revisionistische Lager dürfen uns aber nicht davon abhalten, hier ganz entschieden Partei zu ergreifen!

KEINE UNTERSTÜTZUNG DER POL—POT—TRUPPEN!

SOFORTIGE HUMANITÄRE HILFE FÜR DIE VR KAMPUCHEA!

USA, CHINA, THAILAND — HÄNDE WEG VON KAMPUCHEA!

Anmerkungen:

- (1) „Die kambodschanische Erfahrung“ Berlin 1975, S. 14;
- (2) ebenda, S. 26;
- (3) „Süddeutsche Zeitung“ (SZ), 6.10.79;
- (4) Kampucheanische Nachrichtenagentur BPK, 26.9.79;
- (5) „SZ“, 29.9.79;
- (6) „SZ“, 29.9.79;
- (7) „SZ“, 28.9.79;
- (8) „FR“, 25.9.79;

Asien/Australien-Kommission

Unterhauswahlen
in Japan

Unterhauswahlen
in Japan

Mitten in einem Klima der wirtschaftlichen Verunsicherung, der zunehmenden Repression, einer kontinuierlichen Rechtsentwicklung und der rasanten Militarisierung fanden am 7.10.79 die vorgezogenen Unterhauswahlen in Japan statt. Der Ministerpräsident Ohira hatte diese Wahlen zu einem „Signal- und Wendepunkt für die 80er Jahre“ erklärt. Sein Ziel war es, mit 271 von 511 Parlamentssitzen die etwas angekratzte Machtposition seiner Liberaldemokratischen Partei (LDP) wieder zu stabilisieren, um seine reaktionäre Machtpolitik zügig weiter zu betreiben. Doch wird die LDP nun mit „nur“ 253 Mitgliedern ins Parlament einziehen, wobei anzumerken ist, daß fünf unabhängige Kandidaten unmittelbar nach ihrer Wahl der LDP beigetreten waren. Zwar behält die LDP damit weiterhin die meisten Sitze, sie kann jedoch wieder nicht die Mehrheit in allen Parlamentsausschüssen erreichen, die sie für ihre Machtpolitik gewünscht hatte. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Stimmen für die LDP sowohl absolut als auch prozentual beträchtlich zugenommen haben. Daß sich dies nicht in den Parlamentssitzen niederschlägt, liegt am japanischen Wahlsystem.

Ob Ohira nun seine für 1980 geplante Verfassungsänderung für die formale Umwandlung der japanischen „Selbstverteidigungskräfte“ in eine reguläre Streitmacht durchsetzen kann, dürfte von der Zusammenarbeit mit dem „Block der reformistischen Kräfte der Mitte“ (Komeito, Demokratisch-Sozialistische Partei DSP, Neuliberaler Club NLC, Sozialdemokratische Liga SDL) abhängen. Eine Zusammenarbeit ist auch gar nicht so unwahrscheinlich, wo sie doch schon bei

der japanischen Atompolitik besteht. Im Wahlkampf hatte sich dieses „Bündnis der Mitte“ auch zum Ziel gesetzt, den Einfluß der revisionistischen Kräfte zu brechen. Dies ist ihm jedoch nicht ganz gelungen. Zwar mußte die Sozialistische Partei Japans (SPJ) starke Verluste hinnehmen, doch konnte die Kommunistische Partei Japans (KPJ) mit 41 Sitzen (nach dem Parteieintritt von zwei Unabhängigen) ihren Anteil mehr als verdoppeln.

Die politische Verdummung, die die Herrschenden in Japan bisher betrieben hatten und die neuen Enthüllungen über ihre Verwicklung in Bestechungskandalen haben sich in der niedrigsten Wahlbeteiligung seit 1947 niedergeschlagen (68 %). Tokyo hatte als schlechtesten Wahlbezirk mit sogar nur 53 % abgeschnitten.

Von den revolutionären Linken hatte sich keine Gruppe zur Wahl gestellt. Die 4. Inter (Trotzkisten) hatte dies als eigene wie auch als Schwäche der gesamten Linken Japans bezeichnet. Trotz ihrer starken Widersprüche zu den revisionistischen parlamentarischen Kräften hatte die 4. Inter zu einer Wahl der KPJ und SPJ aufgerufen.

Asien-Australien Kommission

Unterhaussitzverteilung nach dem Wahlergebnis 1979 in Japan (Angaben in Klammern: Sitze vor der Wahl)

LDP	248 (249)
SPJ	107 (117)
Komeito	57 (56)
KPJ	39 (19)
DSP	35 (28)
NLC	4 (13)
SDL	2 (3)
Unabhängige	19 (7)
Insgesamt	511 (492 + 19 unbesetzt)

Hungersnot zur Kriegshetze mißbraucht

In den letzten Tagen wurden in den bürgerlichen Medien Meldungen verbreitet, daß die kampucheanische Regierung Hilfsgüter nicht ins Land läßt. U.a. wurde verbreitet, daß das westdeutsche Rote Kreuz seine Hilfsmaterialien nicht loswerden konnte.

Die Theologieprofessorin Uta Ranke Heinemann — über den Verdacht der Sympathisantenschaft mit den indochinesischen Regierungen zweifellos erhaben — hat in einer Erklärung „Berichte in deutschen Massenmedien als unrichtig (bezeichnet), wonach Hilfsorganisationen, darunter das Deutsche Rote Kreuz zur Hilfe nicht ins Land gelassen würden. Sie sprach von falschen Behauptungen, die für die Verhungernenden tödliche Folgen haben könnten (...). Mit der Behauptung, man dürfe der verhungernenden kambodschanischen Bevölkerung nicht helfen, wolle man vor der Öffentlichkeit die Tatsache verschleiern, daß man hier in Wahrheit nicht helfen will und ein Volk verhungern läßt“ („FR“, 11.10.).

Asien-Australien-Kommission

fast 300 Luftangriffe mit Flugzeugen aller Typen, ..., die 4.000 bis 5.000 Tonnen Bomben aller Art auf das kambodschanische Territorium abgeworfen haben. Das entspricht monatlich 7 bis 8 Atombomben vom Typ Hiroshima, und so wurden die Bevölkerungszonen und die Umgebung der Hauptstadt Pnom Penh in Blut und Asche gelegt“ (1).

Asien-Australien-Kommission

Die Tatsache, daß die US-Imperialisten in der Schluphase des Krieges alles außer der Hauptstadt Phnom Penh bombardierten, ließ diese Stadt von Flüchtlingen anschwellen, von ehemals einigen hunderttausend auf drei Millionen. Das führte nach der Befreiung zu großen Versorgungsschwierigkeiten. „Die USA hatten vorher jeden Monat 30.000 bis 40.000 Tonnen Nahrungsmittel nach Pnom Penh bringen lassen“ (2).

Wie dieses Problem allerdings nach der Befreiung „gelöst“ wurde, ist bekannt: Unter der Parole „haben wir Reis, haben wir alles“, wurde fast die gesamte Bevölkerung Pnom Penhs zwangsweise aufs Land umgesiedelt. Große Teile der Intellektuellen, Ärzte, Lehrer etc. (soweit sie wegen Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten nicht schon vor der Befreiung abgehauen waren) überlebten die fast vier Jahre unter der Herrschaft des Pol-Pot-Regimes nicht.

Die Hinterlassenschaft der US-Imperialisten und des Pol-Pot-Regimes wird jetzt von ihnen zu massiven Erpressungsversuchen gegen die Regierung der Volksrepublik Kampuchea benutzt. Die von Thailand und China militärisch unterstützten Restverbände Pol Pots („Rote Khmer“) tun ihr möglichstes, um den lebenswichtigen Reisanbau zu verhindern. So zum Beispiel durch Vernichten von Reisfeldern, nachdem sie schon zuvor bei ihrem Rausschmiß aus Kampuchea eine Politik der verbrannten Erde betrieben hatten!

Die Situation im Lande ist er-

gierte des Roten Kreuzes gebrauchte, hieß das doch: nach der Befreiung Buchenwalds hätte man zu gleichen Teilen die ehemaligen Insassen und deren Henker unterstützen müssen ... Die Regierung der FUNKSN in Pnom Penh hat dazu klargestellt: „Der KPRC (Kampuchean People's Revolutionary Council = Revolutionärer Volksrat Kampuchea; Anm. Asien-Komm.) ist bereit, Hilfe von allen Ländern und internationalen Organisationen entgegenzunehmen, vorausgesetzt, daß solche Hilfe frei von allen politischen Bedingungen ist. Der KPRC weist die irreführenden Behauptungen der Imperialisten und internationalen reaktionären Kräfte zurück, die behauptet haben, der KPRC lege der Lieferung humanitärer Hilfe für das kampucheanische Volk Hindernisse in den Weg oder lehne diese ab. Diese Behauptungen sind Teil der perfiden Manöver der Imperialisten und internationalen Reaktionen, die, unter Zuhilfenahme des humanitären Aspektes, die sogenannte Frage der 'Hilfe für beide Seiten' oder des 'Senden von Hilfe an die Bewohner selbst' auf den Tisch bringen. Dieser Plan wird aktuell ausgearbeitet, um die Versorgung der Resttruppen von Pol Pot-Ieng Sary in ihrer Opposition gegen das kampucheanische Volk zu legalisieren (...) und die Grundlage für eine sogenannte 'politische Lösung des Kampuchea-Problems' zu schaffen und sich derart in die inneren Angelegenheiten des kampucheanischen Volkes einzumischen“ (4).

Im gleichen Sinne äußerte sich auch die bekannte Theologin Uta Ranke-Heinemann. In einer Erklärung bezeichnete sie in der westdeutschen Presse verbreitete Berichte, die kambodschanische Regierung verweigere Hilfsaktionen, als unwahr: „Mit der Behauptung, man dürfe der verhungernenden kambodschanischen Bevölkerung nicht helfen, wolle man



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Das SPD-Konzept: Mit der Gesamtschule gegen die Gesamtschule

Am 3.10. verabschiedete die SPD-Mehrheit in der Hamburger Bürgerschaft eine Gesetzesänderung, nach der die Gesamtschule in Hamburg den Status einer Regelschule erhält und damit gleichberechtigt neben dem dreigliedrigen Schulwesen (Hauptschule, Realschule, Gymnasium) steht. Bisher wurden die Gesamtschulen – wie in allen Bundesländern, außer Westberlin – als Schulversuch geführt. Die Änderung war notwendig geworden, um ein Urteil des Obergerichtes aufzuheben, das die Einrichtung der Gesamtschule Altona in den Räumen des Gymnasiums Neu-Altona untersagt hatte (siehe AK 162, S. 21).

Gegen diese Statusänderung waren die CDU und mit ihr sympathisierende Elternkreise Sturm gelaufen. Die CDU hatte einen „Schulkampf bisher nicht gekannten Ausmaßes“ angekündigt, der dann allerdings zugunsten des Giftmüllskandals weitgehend ausfiel. Der baden-württembergische Kultusminister Herzog und der niedersächsische Kultusminister Remmers hatten in Schreiben an den Hamburger Senat gegen die Gesetzesänderung protestiert. Unerhört verschärft wurde der Konflikt dann auf der Kultusministerkonferenz wenige Tage später. Dort stellten die Politiker der CDU-regierten Länder fest: „Unsere Bemühungen, die Einheitlichkeit des Bildungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten und damit die Möglichkeit, weiterhin die Schulabschlüsse problemlos gegenseitig anzuerkennen, werden durch das Hamburger Vorgehen in Frage gestellt“ („Welt“, 5.10.79). Sie drohten offen damit, die SPD-regierten Länder würden die Verantwortung dafür tragen, „wenn die Abschlüsse der betroffenen Schüler nicht anerkannt werden können“ („HA“, 5.10.79).

Sachlich entbehren diese CDU-Drohungen jeglicher Grundlage: 1. In dem „Kompromiß“, den die Kultusminister über den Stellenwert der Gesamtschule im Bildungssystem im Juni verabschiedet hatten und in dem die SPD weitgehend auf die Wünsche der CDU eingegangen war (vgl. AK 158, S. 32), war ausdrücklich vereinbart worden, daß die SPD-regierten Länder die Gesamtschule als eine Regelschule einzuführen gedenken. Die in Hamburg jetzt verabschiedete Gesetzesänderung entspricht also voll den Vereinbarungen, denen die CDU noch im Juni zugestimmt hatte.

2. Bei der Anerkennung der Abschlüsse der Gesamtschule müßte die Rechtsform dieser Schularart (Versuchsschule oder Regelschule) an sich völlig unerheblich sein. Wenn Hamburgs Gesamtschulen jetzt eine Regelschule sind, so ändern sich damit natürlich nicht Lernziele, Versetzungsbestimmungen, Fächer etc., die

nach dem Willen der CDU dem dreigliedrigen Schulwesen „vergleichbar“ sein müssen.

3. Auf der Kultusministerkonferenz erklärten die CDU-Länder, daß sich Hamburg über das „Hamburger Abkommen“ aus dem Jahre 1964 hinweggesetzt habe. Dieses Abkommen „zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Schulwesens“ sieht die Gesamtschule nicht vor. Angesichts der Tatsache, daß Westberlin die Gesamtschule schon seit Jahren als Regelschule führt, ist das Hervorkramen dieses alten Abkommens absolut lächerlich.

Es zeigt sich, daß die CDU-Politiker mit der Anerkennung von in den SPD-regierten Ländern erworbenen Abschlüssen reine Erpressungspolitik betreiben, eine Politik, die auf dem Rücken der Kinder ausgetragen wird. Über diese Erpressung wird von der CDU/CSU Einfluß auf die Schulpolitik der SPD-Länder genommen, die nach dem Gesetz in die Kulturhoheit der Länder fällt. Damit erfüllt die CDU den Auftrag ihres Kanzlerkandidaten Strauß, der die Linie ausgegeben hatte: „Bayern wird der Einführung der Gesamtschule als Regelschule weder in Bayern noch anderswo zustimmen“.

Die sozialdemokratischen Bildungspolitiker haben den Erpressungsmanövern der CDU/CSU wenig entgegenzusetzen. Hatten sie im Juni die Weiterentwicklung der Gesamtschulen mit ihrer Zustimmung über die notwendige Vergleichbarkeit der Abschlüsse praktisch in die Hände der CDU gelegt, so wird ihnen jetzt sogar die Rechtmäßigkeit von Gesamtschulen als Regelschulen in den von ihnen regierten Ländern bestritten. Hintergrund dieses ständigen Zurückweichens ist die äußerst halberzige Gesamtschulpolitik in den SPD-regierten Ländern, über die hier als Fortsetzung des im AK 163, S. 20 begonnenen Artikels ein Überblick gegeben werden soll.

Hessen: Seit 1974 geht's bergab

Ein gutes Drittel aller westdeutschen Gesamtschulen steht in Hessen. Die Zahl von 64 integrierten Gesamtschulen ist zum Ende des Jahres 1978 auf 42 gesunken.

Ein gutes Drittel aller westdeutschen Gesamtschulen steht in Hessen. Die Zahl von 64 integrierten Gesamtschulen ist zwar recht imposant, jedoch ist zu berücksichtigen, daß sich diese Zahl seit 1974 nicht erhöht hat. Nach den Landtagswahlen 1974 wurden die bildungspolitischen Weichen neu gestellt. Der reformfreundige Kultusminister v. Friedeburg wurde durch den ehemaligen Kasseler Polizeipräsidenten Krollmann ersetzt und in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und FDP wurde festgelegt: „Die zur Zeit laufenden Schulversuche sind zu konsolidieren. Bis dahin werden keine zusätzlichen Schulversuche mit integrierten Ge-

samtschulen zugelassen“ („b.e“, 2/75). Ein Ende der „Konsolidierung“ ist noch nicht abzusehen. In den in diesem Jahr geschlossenen Koalitionsvereinbarungen heißt es: „Nach Abschluß der Konsolidierungsphase wird über die rechtliche Gleichstellung mit anderen Regelschulformen entschieden“ („Hessische Lehrerzeitung“, 3/79).

Dabei haben die hessischen Gesamtschulen durchaus einige Erfolge vorzuweisen. Im Landkreis Wetzlar wurde Anfang der 70er Jahre ein flächendeckender Gesamtschulversuch eingerichtet, d.h. daß es hier nur Gesamtschulen und keine Schulen des dreigliedrigen Schulwesens mehr gibt. Diese Entwicklung wurde von der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt, mußten ihre Kinder doch jetzt nicht mehr großen Fahraufwand und finanzielle Zusatzbelastungen auf sich nehmen, wenn sie einen mittleren Abschluß erreichen wollten. In einer Umfrage aus dem Jahre 1974 sahen 52% der Eltern dieses Kreises ihre Bildungsvorstellungen am ehesten in einer integrierten Gesamtschule gewährleistet, während nur 17% das traditionelle Schulwesen für besser hielten (nach: Gesamtschule 75, Jahresbericht der GGG, S. 71 f.). In diesem Jahr wurde nun ein umfassender Bericht über diesen flächendeckenden Gesamtschulversuch veröffentlicht, wobei der Kreis Wetzlar mit dem Dillkreis, in dem es keine integrierten Gesamtschulen gibt, verglichen worden war. Die Ergebnisse dieses Berichts sind kurz zusammengefaßt, daß in dem Gesamtschulkreis ein Ausgleich des Bildungsganges zwischen Stadt und Land, Verbesserung der Schulabschlüsse für alle Schüler, Abbau der Benachteiligung von Mädchen, Förderung von Kindern aus Arbeiterfamilien sowie weniger Schulangst bei den Kindern festgestellt werden konnten (vgl. AK 161, S. 23). Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß Hessens Gesamtschulen keineswegs vorbildlich sind. So sind alle 64 IGS als Halbtagschulen eingerichtet, während die Mehrheit der Gesamtschulen in den übrigen Bundesländern als Ganztagschulen geführt wird, was von fortschrittlichen bildungspolitischen Kräften auch gefordert wird.

Hinzu kommen Verschlechterungen durch restriktive bildungspolitische Erlasse. Aktuellster Fall: Das Projekt „Systematische Umsetzung gesamtschulspezifischer Zielsetzungen“, in dem Gesamtschullehrer relativ autonom Unterrichtsmaterialien erstellen, wurde jetzt dem Kultusministerium unterstellt, was einer Zensur der Unterrichtsmaterialien gleichkommt (vgl. „b.e“, 9/79). Aber auch die der CDU nahestehenden Gesamtschulgegner sind nicht



„Gesamtschule soll leben“ – unter diesem Motto protestierten Eltern und Schüler der Gesamtschule Hamburg-Altona gegen ein Gerichtsurteil, nach dem ihre Schule geschlossen werden sollte.

untätig. Ihr gegenwärtiges Angriffsziel ist die Förderstufe (entspricht einer integrierten Orientierungsstufe in anderen Ländern; in der 5. und 6. Klasse ist hier die Dreigliedrigkeit des Schulwesens aufgehoben), die gegenwärtig von 60% der betreffenden Schülerjahrgänge (5. und 6. Klasse) besucht wird. Die Regierung hat in ihren Koalitionsvereinbarungen festgelegt, daß diese Förderstufe landesweit eingeführt werden soll. Der rechte Hessische Elternverein hat gegen diese Absichten einen Volksentscheid angekündigt (vgl. AK 159, S. 42). Das Vorhaben dieser Kräfte, die Förderstufe zu zerschlagen, bedeutet auch einen Angriff auf die Gesamtschulen, da sich beide Schulformen ergänzen.

Hamburg: 13 neue Gesamtschulen in diesem Jahr

Hamburg: 13 neue Gesamtschulen in diesem Jahr

Seit 1973 stagnierte die Gesamtschulentwicklung in Hamburg. Bis dahin wurden 7 integrierte Gesamtschulen eingerichtet, die meisten davon durch Umwandlung von Schulen des herkömmlichen Schulwesens in Gesamtschulen. Lediglich in den Hochhaussiedlungen Steilshoop und Mümmelmannsborg wurden neue Schulgebäude errichtet. Dort wurden auch die Gesamtschulen als Ganztagschulen ausgebaut. Der Verweigerung weiterer Schulversuche stand eine ständig wachsende Zahl von Schülern gegenüber, die keinen Platz auf einer Gesamtschule fanden. 1975 wurden 86 Schüler abgelehnt, 1976 waren es 317 Schüler und 1977 bereits 407 Schüler („Hamburger Lehrerzeitung“, ILL, Zeitung der GEW, 2/78).

Die regierenden Sozialdemokraten gerieten in Zugzwang, hatten sie doch 1974 den Bürgerschaftswahlkampf mit der Parole, die Gesamtschule solle Regelschule werden, geführt. So wurde 1977 – die Wahlen standen wieder vor der Tür – im Schulgesetz das Recht der Eltern auf Wahl der Schulform für ihr Kind verankert. Bei der ersten Abstimmung unter den Eltern von Schülern dritter Klassen entschieden sich 21% für die Gesamtschule, was die Einrichtung zahlreicher neuer Gesamtschulen erforderte.

Die SPD zeigte dann, daß sie die Einrichtung weiterer Gesamtschulen mit inhaltlichen Verschlechterungen koppelt und weiterhin bemüht ist, ein „Ausfuern“ des Elternwillens für Gesamtschulen zu verhindern.

So wurde den 13 neu eingerichteten Gesamtschulen der 2. Generation ein „Grundmodell“ aufgepfropft, das wesentliche Verschlechterungen gegenüber den alten Gesamtschulen beinhaltet: Die Koordinations- und Planungsstunden für Lehrer werden um die Hälfte gekürzt, wodurch sich die Arbeitsbelastung der Lehrer verstärkt (denn geplant

und koordiniert werden muß auch, wenn es dafür keine Stundenentlastung gibt), der Wahlpflichtbereich (Kunst, Musik, Technik, Erdkunde, Werken etc.) wurde um 25% gekürzt und der Pflichtbereich (Mathe, Deutsch, Englisch etc.) ausgebaut, was diese Gesamtschulen natürlich für Schüler unattraktiver macht. Weiter wurde festgelegt, daß das Fach Arbeitslehre – eine wesentliche Errungenschaft von Gesamtschulen – in den 7. und 8. Klassen ausfallen kann.

Um einem Ansteigen der Anmeldungen für Gesamtschulen entgegenzuwirken, beschloß der Senat, daß die Umfragen unter den Eltern der dritten Klassen, die von der GEW und anderen fortschrittlichen Kräften für eine Informations- und Werbekampagne für die Gesamtschule genutzt wurden, nicht mehr durchgeführt werden sollen.

Von rechts wurde die Einrichtung neuer Gesamtschulen mit einer massiven Hetz- und Prozeßwelle begleitet. Höhepunkt war eine von der CDU inszenierte Demonstration für das dreigliedrige Schulwesen im Januar (vgl. AK 148, S. 33). Rechte Eltern klagten gegen die Umwandlung von Gymnasien in Gesamtschulen und versuchten die Einrichtung parallel laufender Gymnasialklassen in diesen Schulen gerichtlich durchzusetzen. Schließlich erwirkten sie dann sogar die Schließung der Gesamtschule Altona, auf die die SPD mit der Einführung der Gesamtschule als Regelschule reagieren mußte. Damit ist aber der Streit um die Gesamtschulen in Hamburg keineswegs beendet. Von Gymnasialeltern wurde bereits der Gang zum Bundesverfassungsgericht gegen diese Gesetzesänderung angekündigt. Unter Beschuß ist außerdem die Regelung, daß die Gesamtschulen aufgrund ihrer Organisationsstruktur eine bessere Ausstattung mit Personal und Sachmitteln erhalten, als Schulen des dreigliedrigen Schulwesens.

Westberlin: FEGA-Differenzierung statt Förderung

Bis zur jetzt in Hamburg verabschiedeten Gesetzesänderung war Westberlin das einzige Land, das die Gesamtschule als eine Form der Regelschule gesetzlich verankert hatte. Zu Beginn des Schuljahres 79/80 wurden drei Schulen des dreigliedrigen Schulwesens in Gesamtschulen umgewandelt, so daß es dort jetzt 27 IGS gibt.

15 dieser Schulen sind sogenannte Bildungszentren, die lediglich die Jahrgangsstufen 7 bis 10 umfassen und mit jeweils 10 Parallelklassen geführt werden. Bei je 30 Schülern pro Gruppe ergibt dies die stattliche Zahl von 1200 Schülern in der Sekundarstufe I. In diesen Bildungs-



Protestversammlung der Eltern am Gymnasium Neu-Altona

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 40

zentren sowie in einem Teil der übrigen Gesamtschulen wird ein Differenzierungsmodell praktiziert, das den Zielen der Gesamtschule, wie Chancengleichheit, Förderung aller Schüler und Abbau von sozialen Gegensätzen, total widerspricht und das von vielen Eltern und Lehrern sowie von der GEW seit Jahren abgelehnt wird.

Bekannt ist dieses Modell als 'FEGA': die Schüler werden in einen Fortgeschrittenenkurs, einen Erweiterungskurs, einen Grundkurs und einen Anschlusskurs aufgeteilt. Auf Grundlage der dort erteilten Zensuren wird die Kurszugehörigkeit für jeden Schüler alle halbe Jahr neu festgelegt. Die Zensuren haben dabei entsprechend dem Kursniveau eine unterschiedliche Bedeutung. So entspricht beispielsweise eine 1 in einem Anschlusskurs einer 5 in einem Fortgeschrittenenkurs. Diese Differenzierung wird in den Fächern Mathematik und Englisch ab Klasse 7 und in den Fächern Deutsch, Biologie, Chemie und Physik ab Klasse 9 praktiziert. Sie führt dazu, daß ein Schüler des 9. Jahrgangs 21 von 33 Unterrichtsstunden in wechselnden Lerngruppen sitzt, das er ständig wechselnde Lehrer hat und sein einziger fester Platz in der Schule sein Schließfach ist. Die Differenzierung erzeugt auch soziale Ressentiments: „Hier stinkt's - hier war ein A-Kurs drin“, ist ein bezeichnender Spruch an Westberliner Gesamtschulen. Deutlicher als an anderen Schulen treten hier Aggressionen von Schülern, Zerstörung von Schulmaterial, Interessenlosigkeit und häufiges Schulschwänzen auf. All dies bewog kürzlich 15 von 90 Kollegen der

Kreuzberger IGS, sich organisiert von der Schule wegzubewerben. „Ohne einen deutlichen Schock scheint die Schulbürokratie nicht zu Veränderungen im GS-Bereich bereit zu sein“, schreiben sie zur Begründung. Inzwischen hat der Schulsenator eine Broschüre über die 'Offene Schule' herausgegeben, anhand derer die Lehrer Alternativen zur bestehenden Organisationsstruktur der GS diskutieren sollen. In Kreuzberg wurde zu Beginn des Schuljahres eine Gesamtschule eingerichtet, die mit heterogen zusammengesetzten Kleingruppen arbeitet, ein Modell, das der Integration von Ausländerkindern dienen soll. Ob der Senat aber zu einer Abkehr vom 'FEGA-System' bereit ist, muß bezweifelt werden: noch im vergangenen Jahr ließ er entsprechende Presseberichte energisch dementieren. Vielmehr ist zu befürchten, daß er darauf setzt, daß durch sinkende Attraktivität der Gesamtschulen bei Eltern (die Anmeldezahlen sind in einzelnen Bezirken rückläufig) und Lehrern sich die Gesamtschulen allmählich totlaufen. Sollte dies so sein, hätte die SPD mit ihrer Politik dazu im wesentlichen beigetragen.

Bremen: Seit 1972 keine weitere Gesamtschule

Als 1969 die Kultusminister die

Bremen: Seit 1972 keine weitere Gesamtschule

Als 1969 die Kultusminister die Durchführung von Versuchen mit Gesamtschulen beschlossen, wurde in Bremerhaven die erste Gesamtschule des Landes Bremen eingerichtet. 1970 folgte dann die Gesamtschule West, 1971 der Schulverbund Lesum und 1972 die Gesamtschule Ost, wobei hier schon die Initiativen fortschrittlicher Eltern und Lehrer zur Einrichtung der Schulversuche beitrugen. Seit 1972 stagniert die Gesamtschulentwicklung. Statt der Einrichtung weiterer Gesamtschulen wurden die bestehenden Versuchsschulen durch immer neue Verordnungen und Richtlinien ausgehöhlt (z.B. verdeckte Wiedereinführung des Notensystems durch ein Punktesystem).

An wohlklingenden Absichtserklärungen der Politiker hat es dabei nicht gefehlt. So verabschiedete die Bremer SPD-Landtagsfraktion noch 1975 ein Papier, in dem die „allgemeine Einführung der integrierten Gesamtschule als Ziel der sozialdemokratischen Schulpolitik“ angegeben wurde. Als Schritte zu diesem Ziel wurden die Gleichstellung der Gesamtschule mit dem herkömmlichen Schulwesen, die Errichtung weiterer Gesamtschulen und die Einführung eines flächendeckenden Gesamtschulsystems angegeben. Nichts davon wurde verwirklicht. Stattdessen wurden Schulzentren eingerichtet, in denen die verschiedenen Schulformen rein räumlich zusammengefaßt sind. 1977 wurde den Bremer Gesamtschulen eine Orientierungsstufe vorgeschaltet, als Versuch, die fortschrittlichen Ansätze innerhalb der Gesamtschulen einzuschränken.

Obwohl die SPD 1975 im Schulgesetz festlegen ließ, daß das „Bremerische Schulwesen schrittweise zu einem integrierten, in Stufen

gegliederten Gesamtsystem zu entwickeln“ sei, ist davon nur noch in den Wahlkampf-Polemiken der CDU, die „Mammutschulen“, die „Einheitsschule“ und die „Zerschlagung des Gymnasiums“ wittert, die Rede. Die SPD hat in ihrem „Bremer-Plan“, der die Entwicklung des Schulsystems bis 1985 festlegt, das Wort 'Gesamtschule' noch nicht einmal erwähnt. Der stellvertretende Bremer SPD-Vorsitzende, v. Hassel, hat dazu erklärt, daß für die nächsten Jahre keine neuen Gesamtschulen und auch kein Ausbau der bestehenden Gesamtschulen geplant seien („Bremer-Lehrerzeitung“, 6/79).

Nordrhein-Westfalen: Initiativen fordern weitere Gesamtschulen

Zwar gibt es in Nordrhein-Westfalen gegenwärtig 30 Integrierte Gesamtschulen, jedoch decken diese die Nachfrage bei weitem nicht ab. So standen zu Beginn des Schuljahres 79 den 7.866 vorhandenen Plätzen 12.717 Anmeldungen gegenüber (Gesamtschul-Informationen 2/79). Besonders krass ist die Mißachtung der Wünsche von Eltern und Schülern in Bochum, wo von 1000 Anmeldungen nur 288 Schüler aufgenommen wurden; Gelsenkirchen (860 Anmeldungen; 300 Plätze) und Gladbeck (411 Anmeldungen; 231 Plätze) (Zahlen nach: „Lehrerzeitung B-W“, 11/79). Hinzu kommt, daß in Städten ohne Gesamtschule die Eltern, die für Gesamtschulen sind, ihre Kinder nicht für diese Schulform anmelden könne und somit in keiner Statistik auftauchen. Um hier Druck zu machen, haben sich in einer ganzen Reihe von Städten Bürgerinitiativen für mehr Gesamtschulen gebildet, die auch landesweit zusammenarbeiten.

Druck hat die SPD auch nötig. Anfang 1978 beschloß sie das Gesetz über die 'Koop-Schule', die eine Orientierungsstufe mit strenger Leistungsdifferenzierung beinhaltet. CDU und andere Rechtskreise starteten eine riesige Kampagne gegen diese Schulform und konnten in einem Volksbegehren ca. 30% der Wahlberechtigten hinter sich bringen. Die SPD zog daraufhin ihr Gesetz wieder zurück, was natürlich von der Reaktion als großartiger Erfolg gegen die 'Einheitsschule' gefeiert wurde. Die Gesamtschulbefürworter gerieten in eine Zwickmühle. Sahen sie einerseits in der Einführung der 'Koop-Schule' den „Tod der Gesamtschulen“ (so die Landesvorsitzende des Elternrats für Gesamtschulen, H. „Welt“, 14.2.78), so wurde von den Rechten natürlich 'Koop-Schule' und Gesamtschule über einen Kamm geschert. „Der Landeselterrat der Gesamtschulen in NRW wird nicht in die Auseinandersetzungen um die Kooperative Schule eingreifen“ (Gesamtschul-Informationen 1/78), war der Schluß, den viele fortschrittliche Eltern daraus zogen. Auch die GEW hielt sich zurück und sah „im Scheitern der kooperativen Schule die Chance für eine bildungspolitische Offensive“ („Neue Deutsche Schule“, 8/78). Heute sind die an der früheren 'Bürgeraktion Volksbegehren gegen die Kooperative Schule' beteiligten Kräfte die Hauptgegner der Gesamtschulinitiativen. Die Regierungspolitik der SPD kommt den Gesamtschulinitiativen nicht entgegen. Die SPD stimmte in ihren Koalitionsvereinbarungen mit der FDP zu, daß bis zur Landtagswahl 1980 keine weiteren Gesamtschulen eingerichtet werden. Danach soll dann nach den Ankündigungen der SPD zwar schrittweise ein flächendeckendes Angebot an Gesamtschulen angestrebt werden, gleichzeitig soll aber der Versuchscharakter der Gesamtschulen beibehalten werden; der ersten „Grundmodellphase“ soll eine zweite folgen. Schon beim ersten Grundmodell blieben wesentliche Ziele der Gesamtschule auf der Strecke.

So wurden nach dem 8. Schuljahr 'Abschlußgruppen' eingeführt, was dazu führte, daß 50% der Schüler die Gesamtschule nach dem 9. Schuljahr verlassen. Auch der fächerübergreifende naturwissenschaftliche Unterricht wurde mit dem 'Grundmodell' abgebaut.

Die SPD kündigt derweil an, daß sie nach der Landtagswahl 1980 ein flächendeckendes Angebot an Gesamtschulen einrichten will. „Es kann allerdings nicht so kommen, daß alle SPD-regierten Gemeinden Gesamtschulen einrichten. Deshalb will ich die Entscheidung nicht nur den Gemeinden überlassen, sondern im Schulrecht regeln“, erläuterte Ministerpräsident Rau diese Absichten („Welt“, 5.7.79). Und zu der Absicht, daß alle Eltern, die ihre Kinder auf Gesamtschulen schicken wollen, die Möglichkeit dazu haben, sagte Rau, daß es sich dabei um einen Prozeß handle, der „Jahrzehnte in Anspruch nehmen“ werde („Welt“, 28.8.79).

Bundesrat beschließt Abschaffung der Zwangsexmatrikulation

Am 3. Oktober sprach sich der Bundesrat einstimmig - bei Enthaltung Bayerns - für eine Abschaffung der Zwangsexmatrikulation aus. Es sollen Teile der §§ 17 und 72 aus dem Hochschulrahmengesetz gestrichen werden, in denen vorgeschrieben war, jeden von der Hochschule zu werfen, der die festgelegte Regelstudienzeit überschreitet. „Wir haben eine Bestimmung, die erstens nicht greift, die zweitens keiner will, die drittens verunsichert statt motiviert, die viertens dem Zweck um dessentwillen sie erfunden wurde, nämlich Kapazität freizusetzen, nicht genügt und die fünftens statt unsere jungen Mitbürger zur Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zu erziehen, sie in Verschulung, Apathie und Protest gegen den Staat drängt.“ So faßt der Hamburger Wissenschaftssenator Sinn die Gründe für die geplante Gesetzesnovellierung zusammen. Ausdrücklich wird an der Regelstudienzeit festgehalten. Der Gesetzentwurf muß jetzt noch den Bundestag passieren.

Sicher wurden schon seit einiger Zeit auch aus den Reihen der SPD/FDP Zweifel an der Richtigkeit der Zwangsexmatrikulation laut, doch war man noch zu Anfang dieses Jahres meistens bemüht, die Notwendigkeit dieser Bestimmung zu erläutern und sie schmackhaft zu machen, indem man ihren repressiven Charakter einfach abstritt. Noch im Mai 79 wurde eine Initiative Senator Sinns zur Abschaffung der Zwangsexmatrikulation von der Kultusministerkonferenz rundweg abgelehnt. Dann plötzlich im Juli kündigten SPD und FDP an, die von ihnen regierten Bundesländer würden gemeinsam einen Antrag auf Abschaffung der Zwangsverweisung stellen; Stoltenberg, Schleswig-Holstein, stieß im August nach und brachte einen ähnlichen Antrag ein. Ohne Mühe passierten die Entwürfe den Kulturausschuß des Bundesrates und jetzt den Bundesrat insgesamt. Alle sind sich plötzlich einig: Die Zwangsexmatrikulation muß weg. Sogar der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Lothar Späth, meint inzwischen die Zwangsexmatrikulation habe sich nicht bewährt. Erst im Sommersemester 78 war 3.000 Student/innen in Baden-Württemberg schlichtlich der Rauschmiß aus der Hochschule angeordnet worden. Nur in den Reihen der CDU/CSU gibt es noch einige Außenseiter, die sich dem neuen Trend nicht anschließen möchten.

Die Zwangsexmatrikulation abschaffen, um die Regelstudienzeit besser durchsetzen zu können

Die Einführung der Zwangsverweisung ist begründet worden, es müßten Studienplätze freigemacht werden für die vielen neuen Studienbewerber.

Bundeskanzler Schmidt drückte es in Studienplätze freigemacht werden für die vielen neuen Studienbewerber.

Bundeskanzler Schmidt drückte es anläßlich der Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes weniger höflich aus: All diejenigen, die nicht „den Willen und die Kraft haben, so rasch wie möglich ihr begonnenes Studium auch zum Erfolg zu führen und in die praktische, produktive Verantwortung des Berufslebens überzutreten“, sowie den Studenten, die ihr Studium „vorsätzlich hinauszögern“, soll wirksam „auf die Sprünge geholfen werden“ (1). Im gleichen Brustton der Überzeugung, in dem bis vor kurzem über die 'Bummelstudenten' hergezogen wurde, verkünden die Politiker heute: „Die Erfahrung zeigt, daß Studenten in aller Regel das natürliche Bestreben haben, das Studium in angemessener Zeit abzuschließen. Die geringe Zahl extrem lange Studierender nimmt in der Regel keinem Studenten, schon gar nicht Anfangern, Studienplätze weg“ (2). Von „natürlichem Bestreben“ kann natürlich keine Rede sein, aber Tatsache ist nicht erst seit einigen Wochen, daß die meisten Studenten aufgrund des katastrophal niedrigen Bafög gar keine adere Wahl haben, als ihr Studium schnell zu beenden. Es ist auch mehr als einmal nachgewiesen worden, daß Zwangsexmatrikulation kein Mittel ist, um die Kapazitäten der Hochschulen zu erweitern. Kaum zu glauben, daß den Verantwortlichen dies alles erst jetzt zu Ohren gekommen sein soll. Oder sollte ein altes Sprichwort „Man lernt nie aus“ etwa auch auf sie Anwendung finden? Unwahrscheinlich, immer unwahrscheinlicher, je näher man sich die Begründung für ihren plötzlichen Sinneswandel anschaut.

Die Zwangsexmatrikulation hat die Studenten in „Apathie und Protest gegen den Staat gedrängt“

(Sinn). Ja, stinkwütend sind die Studenten über die Entwicklung an den Hochschulen, sie haben gestreikt, demonstriert und - schlimmer noch - sie haben der SPD/FDP bei den Wahlen zum großen Teil den Rücken gekehrt. Die vielbekundeten guten Absichten bei der Studienreform nimmt der SPD heute kaum noch ein Student ab; viel zu deutlich konnten sie sehen, nicht zuletzt an der Zwangsexmatrikulation, daß dies eine Reform gegen ihre Interessen werden sollte. Selbst in weiten Teilen des Lehrkörpers bis hin zu Hochschulrektoren hat sich die Ablehnung breit gemacht.

„Diese Auswirkungen erschweren die notwendige Studienreform“, heißt es in der Begründung des Änderungsantrages. „Es zeichnet sich ab, daß bei der Planung reformierter Studiengänge lange Studienzeiten nur deshalb veranschlagt werden, um das Risiko der Zwangsexmatrikulation zu mindern.“ Und für Wissenschaftssenator Glotz hat sich die Zwangsverweisung als „auslösender Mechanismus für eine in der Studentenschaft weitverbreitete Angst erwiesen, die die Studenten vor einer Mitwirkung an der Studienreform zurückschrecken ließ“ (3). Das scheint der springende Punkt zu sein.

Denn tatsächlich verweigert bis heute der weiteste Teil der Hochschulen eine engagierte Mitarbeit an der geplanten Studienreform. Dort, wo darüber diskutiert wird, kommt die Arbeit nicht im Sinne der Bildungspolitik voran, sondern zerläuft sich in Streitereien zwischen Hochschulbürokratie und rechten Professoren einerseits - Studenten und demokratischen Lehrkräften, die die verheerenden Auswirkungen von Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation für die wissenschaftliche Ausbildung, den einzelnen Studenten abwehren wollen, andererseits. Die heutige Situation an den Hochschulen (viele Studienpläne sind nicht auf die geplante kurze Studiendauer zugeschnitten) bietet keine Grundlage für die strikte Einhaltung einer Regelstudienzeit. Darüber hinaus ist ja keineswegs allein an eine Kürzung der Studienzeiten gedacht, sondern vor allem an eine 'Reform' der Inhalte. Eine Durchführung der Studienreform ohne Mitwirkung der Hochschulangehörigen dürfte allerdings selbst für die rücksichtslosesten Bildungspolitikern ein unmögliches, zumindest äußerst schwieriges Unterfangen sein. Auf jeden Fall dürfte jeder sozial-liberale Minister durch ein derartiges Vorgehen, das sich nicht mal mehr den Anschein gibt, die Hochschulen selbst mit einbeziehen zu wollen, endgültig sein 'demokratisches' Gesicht verlieren. Die Abschaffung der Zwangsexmatrikulation ist der Versuch, Studenten und auch den Lehrkörper mit einem kleinen Zuckerstückchen wieder dafür zu gewinnen, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln.

und auch den Lenrkörper mit einem kleinen Zuckerstückchen wieder dafür zu gewinnen, sich ihr eigenes Grab zu schaufeln.

Das Ziel bleibt, nur die Methode wird geändert

Zwar gilt die Empörung der Studentenschaft ganz besonders der Zwangsexmatrikulation, doch richtete sich der Protest nicht minder gegen die Reglementierung des Studiums durch die Regelstudienzeit. Denn klar war und ist, die Zwangsexmatrikulation ist 'nur' eine Maßnahme - diejenige, die den Zwangscharakter der Regelstudienzeit am deutlichsten werden läßt - um dem Ziel einer Verkürzung, Verschulung und „Enträmpelung“ des Studiums näher zu kommen. Nicht nur gegen die Sanktionierung einer Überschreitung der Regelstudienzeit entwickelte sich der Widerstand der demokratischen Studentenschaft, sondern vor allem gegen die geplante inhaltliche Ausrichtung und Entwissenschaftlichung des Studiums.

Auf diese grundlegenden Forderungen der Studentenschaft wird mit keinem Wort eingegangen. Dazu heißt es in der Begründung für den Änderungsentwurf einfach: „Die durchschnittliche Verweildauer der Studenten an den Hochschulen sollte einerseits nicht mehr Zeit umfassen, als erforderlich ist, um das für einen akademischen Beruf nötige Grundlagenwissen zu erwerben; andererseits muß sie so kurz sein, daß der Student nicht zu alt wird, eine verantwortliche Tätigkeit im Beruf zu übernehmen. Aus diesem Zusammenhang heraus rechtfertigt es sich, die Bestimmung einer angemessenen Dauer für jeden Studiengang als Verpflichtung für die Hochschulen beizubehalten ...“ Es wird also lediglich nach neuen Mitteln und Wegen gesucht, um das ursprüngliche,

unveränderte Ziel zu erreichen. Glotz, eh schon bekannt durch seine schlagende Offenheit, sagt wieder am ehrlichsten, wo der Hase lang läuft: „Unser Ansatz hat also nicht funktioniert. ... Wir wollen nicht das Ziel aufgeben, nur die Methode ändern“ (3). Sind Studienpläne und Prüfungsordnungen, Lehrangebot und Kapazitäten erst einmal nach der Regelstudienzeit ausgerichtet, wird es - auch ohne Zwangsexmatrikulation - kaum noch eine Schwierigkeit sein, die Studiendauer zu drücken.

Darüber hinaus kündigte der Vorsitzende des Kulturausschusses des Bundesrats, Engler, gleich an, die Länder würden auch nach einer Abschaffung der Zwangsexmatrikulation im Hochschulrahmengesetz weiterhin die Möglichkeit haben, „geeignete Maßnahmen gegen übermäßig lange Studienzeiten zu ergreifen“ (4).

Die Änderung des Hochschulrahmengesetzes verbietet den Ländern keineswegs, die Zwangsexmatrikulation beizubehalten bzw. bei „gegebenen Zeit“ wieder einzuführen. Bayern hat schon angekündigt, die betreffenden Paragraphen nicht zu streichen.

„Argumente können Gesetze ändern, Farbeier nicht“

Wenn auch all das bisher Gesagte zeigt, daß nicht die ehrliche Rücksichtnahme auf den Protest der Betroffenen die Motivation für die Novellierung bildet, so brüstet sich doch nicht nur die SPD-Bürgerchaftsfraktion („Versprochen - gehalten“) mit dieser Initiative. Wissenschaftssenator Glotz sieht, daß sich in diesem Fall mal wieder die „Stärke der Demokratie“ erwiesen habe: „Dialoge können Ergebnisse haben. Wir sind bereit, einmal getroffene Entscheidungen zu revidieren, wenn wir davon überzeugt werden, daß sie falsch waren. Argumente können Gesetze ändern, Farbeier nicht“ (5).

Es ist schon eine arge Verarschung: Jahrelang hat die Studentenschaft ihre Argumente dargelegt, haben sie berechtigterweise - wie anders findet man hier sonst Gehör? - durch Streiks und andere Aktionen ihren Argumenten Nachdruck verliehen. Jahrelang wurden sie mit den dümmsten Sprüchen („Wir möchten ja auch so gerne, aber das Gesetz zwingt uns leider ...“) abgesperrt. Will Glotz den Studenten nun wirklich erzählen, die Bildungspolitikern hätten all diese Argumente bisher nicht verstanden oder gar nicht gehört? Es werden allerdings gerade die Aktionen und Streiks, vielleicht auch einige Farbeier der Studentenschaft gewesen sein, die dazu beigetragen haben, daß die Zwangsexmatrikulation heute gestrichen werden soll. Die Studentenbewegung hat in den letzten Jahren hoffentlich genug gelernt, um sich diese Novellierung nicht als Beweis für die Gesprächsbereitschaft der SPD/FDP verkaufen zu lassen.

- Anmerkungen:
 (1) „Solidarität“ Nr. 28, S. 4
 (2) Begründung des Antrages/Schleswig-Holstein
 (3) „FR“, 6.7.79
 (4) „FR“, 20.9.79
 (5) „Spiegel“, 28/79
 Siehe auch die Artikel in AK 158, S.30 und AK 159, S. 42

SSB/Hamburg



Keine Wohnungen für Studenten

Wie aus einer kürzlich veröffentlichten Umfrage hervorgeht, liegen Zehntausende von Studenten zu Beginn des Wintersemesters buchstäblich auf der Straße, oder müssen in unmenschlichen Behausungen unterkriechen. „Viele Studienanfänger leben zunächst in ihren Autos (Berlin), in Wohnwagen und Gartenhäusern ohne Waschgelegenheit und WC (Tübingen), in Zelten des Roten Kreuzes (Köln), in abbruchreifen Häusern (Frankfurt), Campingplätzen (Aachen), feuchten Kellerräumen (Saarbrücken) oder auf Matratzen in den Fluren von Wohngemeinschaften (München). Andere suchen Unterkunft in Jugendherbergen, nehmen bis zu 50 Kilometer lange Anfahrten in Kauf oder suchen – wie in Passau, Konstanz, Saarbrücken oder Aachen – eine Wohnung im benachbarten Ausland“ (nach „FAZ“

schon seit vier Uhr morgens vor der Tür, andere haben die ganze Nacht im Schlafsack dort verbracht. Von den 120 Zimmersuchenden können höchstens 50 auf Adressen hoffen, die restlichen 70 müssen unverrichteter Dinge wieder abziehen und dürfen am nächsten Tag erneut ihr „Glück“ versuchen.

Daß vor dem Hintergrund dieser Wohnraumknappheit die Preise in die Höhe schnellen, dürfte kaum verwundern. Lag die durchschnittliche Miete pro Zimmer 1971 noch bei DM 98,-, so stieg sie 1975 bereits auf 140 und dürfte sich heute zwischen 150 und 200 Mark eingependelt haben. Schon heute zahlt jeder dritte Student nach der Sozialerhebung des Studentenwerks über 200 Mark für ein Zimmer, das ist häufig ein Drittel seines gesamten Monatseinkommens.



vom 10.9.79). Trotz dieser bei den Verantwortlichen seit langem bekannten Tatsachen, sind bisher keinerlei Anstrengungen unternommen worden, den Wohnraumbau für Studenten zu intensivieren. Und selbst dort, wo „natürliche“ Möglichkeiten bestanden, wird den Studenten – wie in Göttingen – der Wohnraum verweigert.

„Zwei Studenten und ein Schwein“

... so sagt eine alte Göttinger Volksweisheit, „können eine ganze Familie ernähren.“ Doch die Zeiten haben sich geändert. In den modernen Wohnmaschinen dürfte nicht nur das Halten einer Sau, sondern auch die Unterbringung von zwei Studenten als Untermieter auf einige Schwierigkeiten stoßen.

Göttingen hat 105.000 Einwohner, hinzukommen rund 25.000 Studenten, d.h. jeder fünfte Bewohner ist Student. Besonders prekär wird die Situation jedes Jahr im Frühjahr, wenn Tausende von Studienanfängern in der Stadt eintreffen und sich auf „Budensuche“ begeben.

Besonders betroffen von dieser Misere sind die Erstsemester, für sie gerät die Suche nach einem Zimmer oder gar einer Wohnung zu einem Spießrutenlaufen. Der sogenannte freie Wohnungsmarkt ist für sie verschlossen, die wenigen Wohnungen, die über Zeitungsanzeigen angeboten werden, sind häufig nicht für Studenten zu haben; von den Göttinger Maklern vermitteln z.Z. nach Angaben der „Göttinger Stadtzeitung“ („GöSZ“) lediglich zwei an Studenten.

So bleiben für die Studienanfänger nur zwei Möglichkeiten: die Studentenwohnheime und die Zimmervermittlung des Studentenwohnheims. Hier sieht es allerdings nicht besser aus. In Göttingen gibt es 2.500 Wohnheimplätze, rund 13 % der Studenten wohnen darin. Nach der Sozialerhebung des Studentenwerks wünschen aber 26,8 % der Studenten einen Platz im Wohnheim (nach „GöSZ“). Es besteht also ein Fehlbetrag von rund 2.500 Wohnheimplätzen gemessen an der Nachfrage.

Bei der Zimmervermittlung des Studentenwerks sind dieses Jahr trotz öffentlicher Aufrufe noch weniger freie Zimmer gemeldet worden als in den Jahren zuvor: „So wenig Zimmer wurden uns schon lange nicht mehr gemeldet“ vermeldete der Geschäftsführer des Studentenwerks im „Göttinger Tageblatt“ vom 28.8. Ein Aufruf des Präsidenten der Universität brachte lediglich sieben freie Zimmer („GT“, 6.10.).

Um die wenigen angebotenen Zimmer finden regelrechte Schlachten statt. Wenn die Zimmervermittlung morgens um zehn Uhr öffnet, haben sich bereits bis zu 120 Leute dort eingefunden. Manche warten oft

Die Universität sitzt auf Wohnraum!

Endgültig zum Skandal wird diese Lage, wenn man bedenkt, daß gleichzeitig direkt neben der Uni in zentraler Lage Hunderte als Wohnraum benutzbare Räume schlicht und einfach leerstehen. Es handelt sich um die Gebäude der alten Universitätsklinik, die nach der Einweihung des neuen Klinikums seit über einem Jahr leerstehen aber munter beheizt werden, weil die Universität diese Räume später noch nutzen will.

Zwar hat der Senat auf entsprechende Anfragen drei Gebäude zu Wohnzwecken auch längerfristig zur Verfügung gestellt, doch handelt es sich hierbei um Objekte, die für Institutszwecke nicht zu nutzen waren, teilweise, weil die Bausubstanz zu schlecht ist! Allein, diese Häuser sind erst in einigen Monaten zu beziehen, da sie momentan noch umgebaut werden. Und es handelt sich bei ihnen um lediglich 14, in Worten vierzehn Zimmer, die in absehbarer Zeit freigemacht werden.

barer Zeit freigemacht werden.

„Wir werden den Winter nicht in Zelten verbringen!“

Aufgrund dieser Situation haben sich jetzt Wohnungssuchende, die Mieterinitiative Kreuzberggring und der ASTA zusammengetan und begonnen um die Freigabe dieser Räume zu kämpfen.

Am Donnerstag, dem 27.9., gab es ein erstes go-in beim Kanzler, um ihm ein Ultimatum zu übergeben, bis zum folgenden Dienstag Räume im alten Klinikum freizumachen. Der Kanzler ließ sich verleugnen, er war, so die Auskunft, gerade am Umziehen. Mit reichlicher Verspätung traf dann am folgenden Mittwoch die Antwort des Kanzlers ein, in der er erklärte, frühestens in vier bis fünf Jahren würde Raum auf dem alten Klinikgelände frei werden. Dann wären die heutigen Studienanfänger im Examen!

Auf diese Provokation antworteten die Betroffenen mit einem zweiten go-in. Nachdem der Kanzler erst den ehemaligen Rektor vorgeschickt hatte, ließ er sich, nachdem dieser in der Diskussion in die Ecke gedrängt worden war, herbei, den Studenten Rede und Antwort zu stehen. Verstockt verweigerte er auch weiterhin jede auch nur vorübergehende Freigabe von Räumen zu Wohnzwecken.

Angesichts dieser Lage macht sich bei den Betroffenen mehr und mehr die Einsicht breit, daß man mit Bittgängen und Appellen nicht weiterkommt.

Wie aus gewöhnlich gut unterrichteter Quelle zu erfahren ist, scheint eine neue Hausbesetzung nicht ausgeschlossen.

KHB Göttingen

Kinder

Gewalt gegen Kinder Auch im „Jahr des Kindes“ Problem Nr. 1

Vor kurzem hat das Bundesministerium für Familie, Jugend und Gesundheit – wie jedes Jahr – einen Bericht zum Thema Kindesmißhandlung vorgelegt. Ausgewertet werden dabei die Polizeistatistiken. Dort sind 1978 1.472 Fälle von Mißhandlung und 987 von Vernachlässigung bekannt geworden. Über die Zahl der Mißhandlungen mit Todesfolge äußerte sich nach den vorliegenden Berichten das Ministerium nicht; die FDP-Bundestagsabgeordnete Ingrid Mathäus schätzte in einer Stellungnahme zum Bericht des Ministeriums 600 Fälle.

Die „Dunkelziffer“, d.h. der Anteil der nicht bekannt gewordenen Mißhandlungen und Vernachlässigungen, wird vom Ministerium auf 90% geschätzt. Deshalb, so Staatssekretär Wolters, der jetzt immer häufiger für seine agitatorisch etwas unbeholfene Ministerin in den Ring steigen muß, „könne man ... von maximal 30.000 Fällen ausgehen“ („Frankfurter Rundschau“, 10.8.).

So katastrophal diese Angaben schon sind, spielen sie doch das Ausmaß von Gewalt gegen Kinder in der BRD immer noch herunter. Denn unter „Mißhandlung“ fallen bei Ministerium und Polizei nur die übelsten Auswüchse und Gewalttaten. Die Kinderschützer vom „Kinderschutzbund“ z.B., die in solchen Fällen oft gerufen werden, können in vielen Fällen nichts unternehmen, weil die Spuren der Gewaltanwendung „noch nicht“ eindeutig genug sind, Hilfesuchende zu spät kommen und kein Arzt mehr Verletzungen feststellen kann oder will.

Aber auch bei Zugrundelegung dieses engen Maßstabes für Mißhandlung ist die Schätzung des Ministeriums sicher noch zu niedrig gegriffen. So schätzten allein für Hamburg Polizei, Soziologen und „Eheberater“, daß in „15 von 100 Hamburger Familien (380.000 gibt's) regelmäßig geprügelt (wird). Meistens sind Frauen und Kinder die Opfer. Im letzten Jahr gab es in Hamburger Wohnungen 23 Morde oder Mordversuche, über 1.000 angezeigte Körperverletzungen“. Übertragen auf die gesamte BRD müßte dann in über 2 Millionen Familien „regelmäßig geprügelt“ werden – womit die Fälle, wo kind „von Zeit zu Zeit“, „wenn es

besonders unartig war“, einen „Klaps“ bekommt, noch nicht erfaßt wären. Zu einer ähnlich hohen Berechnung kam schon Anfang der 70er Jahre Reinhart Wolff unter Zugrundelegung von Zahlenangaben aus den USA (wo Mißhandlungsfälle umfassender erfaßt werden). Er schätzte eine Zahl von mindestens 176.000 Kindern, wahrscheinlich aber eine Million bis 1,6 Millionen jährlich, die so mißhandelt werden, daß sie körperlich verletzt werden (Arbeitsgruppe Kinderschutz, Gewalt gegen Kinder, Reinbek 1975 – Dieses Buch ist unserer Meinung nach das umfassendste und beste, das zum Thema „Gewalt gegen Kinder“ in der BRD auf dem Markt ist).

Prügeln – Ein Privileg der „Unterschicht“?

In der bürgerlichen Presse spiegelt sich das Delikt Kindesmißhandlung in der Regel in mehr oder weniger groß aufgemachten Berichten über „Rabeneltern“ aus sozial zerrütteten Verhältnissen wieder. Breit berichtet wurde z.B. über eine Jugoslawin, der in „maßloser Egozentrik und Eignung“ Alkohol und Männer wichtiger gewesen“ sein sollen als ihr Kind, das verhungerte. Sie wurde zu „lebenslanglich“ verurteilt. Sieben Jahre für eine 26jährige Frau, Mutter eines „unehelichen Kindes“, mit einem Frührentner verheiratet, die ihr Stiefkind erschlagen haben soll („FR“, 27.6.79), um nur zwei Fälle aus jüngster Zeit zu nennen.

Auch das Bundesministerium stellt bei seinen „Analysen“ die schlechte „wirtschaftliche und soziale Lage der betreffenden Familien“ in den Vordergrund: „zu enge Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Alkoholumus“. Nun ist es sicherlich unbestreitbar, daß diese „wirtschaftliche Verhältnisse“ oft einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, wenn Aggressionen gegen Kinder ausgelassen werden. Vor allem: Wenn es unter solchen Verhältnissen knallt, dann gründlich. Die Folgen sind schwerer zu vertuschen, werden schneller entdeckt, landen vor dem Richter und in der Presse.

Gewalt gegen Kinder ist damit allerdings noch lange kein „Privileg“ von Arbeiterfamilien, alleinstehenden Müttern, Arbeitslosen und Alkoholabhängigen, wie es die bürgerliche Presse weiszumachen versucht.

Das belegt die jüngste Umfrage, die das Allensbach-Institut über die Einstellung von BRD-Bürgern (nicht über die Praxis) zum Prügeln durchführte. An der Spitze bei den Befürwortern von Prügeln liegen Landwirte (Anteil der Befürworter 56%), bei denen Mißhandlungen sicherlich auch nicht so schnell entdeckt werden, gefolgt von Facharbeitern (50%), dann folgen etwa „gleichauf“ angelernte Arbeiter, Angestellte, Beamte, „Selbstständige und Freiberufler“ (48% bis 46%). Daß in den „besseren Kreisen“ solche Sauerzotten nicht herauskommen, liegt wahrscheinlich daran, daß hier mehr mit Berechnung vorgegangen wird (nicht so brutal, dafür alltäglich), und daß es weit bessere Möglichkeiten gibt, zu vertuschen, wenn tatsächlich etwas passiert.

Interessant an den Ergebnissen der Allensbach-Umfrage ist weiter, daß für Prügel-Eltern die Frage der Zugehörigkeit/Anhängerschaft zu einer der bürgerlichen Parteien von Bedeutung ist: „54% der CDU/CSU-Sympathisanten befürworten die uneingeschränkte Weitergeltung der Prügelstrafe, bei den Anhängern von SPD und FDP teilen nur (?) 46 Prozent diese Auffassung ...“ („FR“, 28.6.).

Kinderkommission Hamburg

Aus Protest gegen die Regierungspolitik: Präsident des Kinderschutzbundes zurückgetreten

„Mein Optimismus ist zerstört. Es ist unmöglich, Politiker zu überzeugen“. Mit dieser Erklärung hat Professor Kurt Nitsch seinen Rücktritt als Präsident des „Deutschen Kinderschutzbundes“ und die Aufkündigung der Mitarbeit in der „Nationalen Kommission für das 'Jahr des Kindes'“ begründet. In der Kommission war er stellvertretender Vorsitzender.

Kurt Nitsch war seit 1975 Präsident des Kinderschutzbundes und hat in dieser Zeit mit sehr viel Energie Aktivitäten gegen Kindesmißhandlung, Heimerziehung u.a. Erscheinungen des kinderfeindlichen Alltags initiiert.

Seine Rücktrittsbegründung enthält sehr scharfe Kritik an den Nicht-Aktivitäten des Bundesfamilienministeriums zur Verbesserung der Lage der Kinder und an der Art, wie die Bundesregierung das „Jahr des Kindes“ für sich nutzt: Man sollte lieber das Jahr nutzen, „statt Fensterreden zu halten und alberne Festivals ohne Sinn und Verstand zu organisieren“, meint Nitsch („Westf. Rundschau“, 29.9.). Er z.B. habe vorgeschlagen, in diesem Jahr ein „propagandistisches Trommelfeuer“ loszulassen gegen Gewalt gegen Kinder, gegen seelische und körperliche Mißhandlung, „in der Kurzfassung des Programms der nationalen Kommission“, so Nitsch, „sei dieses Ziel nicht einmal mehr erwähnt“.

Besonders empört äußerte Nitsch sich über die „Gleichgültigkeit von Politikern, die ... nicht genug getan hätten gegen die zunehmende Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen, die in ihrer Entwicklung gestört oder gefährdet seien“. Heimerziehung sei lediglich gerechtfertigt, wenn dort gezielte Therapie mit den Betroffenen betrieben werde, aber sonst „ganz und gar entbehrlich“ („Welt“, 21.9.). Im Programm der Kommission zum „Jahr des Kindes“ werde „das Problem der Heimpflege bagatellisierend und beschwichtigend abgehandelt“.

Kinderkommission Hamburg



Dario Fo und das Verhältnis der Linken zur Kultur

In der letzten Zeit sind sowohl aus der Kulturzelle als auch aus der Kultur-Kommission Mitglieder ausgetreten, die ihre eigene Produktion auf dem Kultursektor nicht mehr mit unserer sonstigen politischen Arbeit zu verbinden wußten. Das lag u.E. an der Aufspaltung der Genossen in „Künstler“ und „Politiker“, wie sie von der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen ist, und die wir auch nicht zu überwinden schafften in unserer politischen Arbeit mit den Genossen. Es lag aber auch mit einer Art der Kulturpolitik im und um den KB, die wir besonders nach der Beschäftigung mit den Arbeiten Dario Fo's nicht mehr länger unterstützen können. Bis jetzt haben wir uns aus der Organisation von Kultur für den KB größtenteils herausgehalten und nach den sehr schlechten, aber nicht richtig aufgearbeiteten Erfahrungen mit der „Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender“ in Hamburg mehr oder weniger im Stillen an unseren kulturpolitischen Vorstellungen herumgebastelt. Meist flossen die Erkenntnisse nicht einmal produktiv in unsere Artikel ein. Nun soll das anders werden: Mit diesem Artikel, der den Anfang einer Kultur-Debatte darstellen soll, wollen wir auch den ausgestiegenen Genossen wieder etwas Mut machen, mit uns gemeinsam zu arbeiten. Darüber hinaus wollen wir innerhalb des KB für eine differenziertere Kulturarbeit eintreten, als sie bislang betrieben wird. Dies können wir als Zelle und Kommission allerdings nicht allein. Wir brauchen Unterstützung aus allen Bereichen, die mit Kultur zu tun haben. Laßt von Euch hören: kritisiert, verbessert uns!



Wahrscheinlich haben auch die meisten Zuschauer mit uns im Herbst 77 den ersten Auftritt Dario Fo's in Hamburg erstmal mit Befremden wahrgenommen. Er stand da auf der Markthallen-Bühne und stellte mit dem Mut zum Grotesken voller Ironie die Stammheim-Ereignisse dar, von denen wir alle noch sehr frisch erschüttert waren. Wie Baader und seine Genoss(inn)en in ihren Zellen Überstunden schoben in Bauarbeiten und ähnlichem und wie die Anwälte Pistolen an ihrem Körper reinschmuggeln und auch wie die Anwälte Pistolen an ihrem Körper reinschmuggelten. Zunächst blieb uns das Lachen im Halse stecken, ja sogar so was wie Ärger über diese Geschmacklosigkeit angesichts der staatlichen „Selbstmorde“ kam auf. Aber dann erklärte der Komiker und politisch betroffene Mensch Fo, was er mit diesen Farcen bewirken wollte: Was da passiert ist in Stammheim, ist nicht nur tragisch und kriminell, es ist zugleich auch grotesk gewesen. Und indem ich es auch grotesk darstelle, möchte ich, daß Ihr über Eure Gegner, über deren Lächerlichkeit lacht, so Eure Lähmung überwinden und zu neuer Stärke finden könnt. So ähnlich sagte er das und erklärte, daß dies in Deutschland eine systematisch unterdrückte Fähigkeit ist: die politische Farce, Satire, Groteske und das Lachen-Können über den Gegner, über die Einschüchterungsmanöver und die herrschenden Gallionsfiguren. So sehr sind auch die Hirne der Oppositionellen, Linken und Kommunisten in diesem Land vom herrschenden Staatsapparat, von dessen ideologischen „Schützengrabensystem“ besetzt, daß wir nur noch mit heiligem Ernst kämpfen können, daß wir uns selbst das Lachen nicht mehr erlauben angesichts der Staatsschutz-Ungeheuerlichkeiten. Dieser Gedanke ist wichtig für Dario Fo's Kunstproduktion, für seine Vorführungen. Aber verbunden ist er eng mit seiner Theorie zu fortschrittlicher, parteilicher Kulturarbeit: „Wenn Dario Fo fordert, die Kunst – statt wie bisher als Rädchen – als ein Schwungrad der Revolution zu betrachten und sie entsprechend einzusetzen, dann geschieht das nicht der Kunst, sondern der Revolution wegen“

(H. Heer, „Dario Fo über Dario Fo“). Viele Freunde und Genossen haben Dario Fo anlässlich der Stammheimreise im vorigen Jahre, auf dem disjunktigen Theater der Nationen oder jüngst in seiner Reihe im Fernsehen gesehen. Sie sind begeistert und genießen diese Art linker Kul-

turproduktion. Haben sie sich aber auch schon mal mit seinen kulturpolitischen Thesen beschäftigt, wie sie in dem Buch „Dario Fo über Dario Fo“, Prometh Verlag, von Hannes Heer zusammengestellt wurden?

Das Buch ist eine Aufarbeitung des Verhältnisses der traditionellen Arbeiterbewegung wie der Neuen Linken zur Kulturproduktion und eine Provokation für so manchen Kulturfunktionär alter Schule, die sich noch heute auf die Kulturpolitik der KPD oder KPdSU ungebrochen berufen will.

Mit diesem Artikel wollen wir zunächst Dario Fo's Standpunkt wiedergeben, den wir in der Kulturkommission vollends zu dieser Frage teilen. In einem späteren Artikel sollen einige linke Kultur-Initiativen der letzten Zeit mit diesen Erkenntnissen konfrontiert und gewertet werden.

Dario Fo sagt, neben der ökonomischen Ausbeutung des Proletariats existiere die permanente kulturelle Enteignung durch die herrschende Klasse. Wenn die ökonomische Ausbeutung und kulturelle Enteignung die Entfremdung im kapitalistischen System total machen, dann ist der Kampf um die eigene Kulturbewußtheit ebenso wichtig wie der tägliche Kampf in den Betrieben; er wird zum täglichen Bestandteil der Aneignung von Klassenbewußtsein. Denn die herrschende Kultur, so Dario Fo, ist mit ihren Ideen, Leitbildern und Mythen das Schützengrabensystem der bürgerlichen Gesellschaft. Da sich jede Klasse, die zur herrschenden geworden ist, eine Schicht von intellektuellen und Künstlern schafft, die ihr System legitimiert und vor den Massen absichert, werden auf dem Gebiet der Kultur schon lange vor der Revolution entscheidende Schlachten im Kampf ums Bewußtsein geschlagen. Diese Schlachten sind wichtig, um einen revolutionären Prozeß überhaupt massenweise tragen und weiterentwickeln zu können. Nach Fo muß es den unterdrückten Klassen gelingen, auf dem kulturellen Sektor schon vor der Revolution prinzipiell das Sagen zu haben. Prinzipiell, das kann nicht heißen, daß wir in allen Medien und auf allen kulturellen Plätzen gar die Vorherrschaft hätten. Sondern daß wir, unabhängig vom herrschenden Kulturapparat, Formen und Aussagen entwickelt haben, die es den Massen bzw. den Menschen, auf die es uns ankommt, ermöglichen, sich mit ihnen zu identifizieren. Ja, weiter noch, die sie befähigen, selber kreativ zu werden, sich auszudrücken und einzugreifen, wann und wo immer sie etwas zu sagen wünschen. Zu diesen kulturellen Formen gehört eine gute Informationspolitik mit phantasiereichen Aktionen während eines Streiks genauso wie ein Stegreifstück mit Kindern auf der Straße. „Die Revolution setzt nicht nur Kämpfe, sie setzt eine Bewußtseinsfindung voraus, daß man seine eigene Weltanschauung kreativ ausdrücken kann. Das ist eine fundamentale Tatsache. Die Bourgeoisie hat sich ihre Kultur zugleich mit dem Aufbau ihrer neuen Gesellschaft erkämpft. Die Arbeiterklasse wird das Gleiche tun“ (Dario Fo).

Auf diesem weiten Kulturbegriff – der sich nicht die bürgerliche Kultur nach der alten sozialdemokratischen These „Wissen ist Macht“ aneignen will, sondern eine eigene entwickelt – gründet die Forderung: Die Kultur soll nicht Rädchen, sondern Schwungrad der Revolution werden!

Daraus folgt allerdings auch einiges für Dario Fo wie uns, was die Beziehung zwischen politischen Organisationen und Kulturproduzenten betrifft.

Die Politik den Politikern und die Kunst den Künstlern?

Dario Fo kritisiert aus seiner Erfahrung mit der PCI, aber auch mit links von ihr stehenden Organisationen, aufs heftigste das Verhalten politischer Gruppierungen, die Kunst zu instrumentalisieren. Das heißt, sie allein für ihre Politik zu vereinnahmen und ihr gleichzeitig jede politische Eigendynamik, ja Erkenntniskraft abzusprechen.

„Für sie ist das Publikum ein Haufen von Idioten, die das Vergnügen, sich revolutionär zu fühlen, bitter bezahlen sollen: 'Nehmen wir doch einfach den Soundso, diesen linken



Künstler, er führt fünf Nummern vor, die schlagen immer ein, und dann kommen wir und machen Politik. – Die machen ihre Kunst, bringen die Kasse zum Klingen, und wir tragen dann die politische Linie rein“.

Wenn Gramsci (eigenwilliger Theoretiker der PCI in den 20er Jahren) sagt, „der Künstler ... muß organisch mit dem Proletariat verbunden sein, so meint er damit, daß der Künstler ein Organ werden muß. Und was heißt das? Das heißt, daß er unersetzlich werden muß, daß er lebenswichtig geworden ist, daß ohne ihn der Organismus nicht funktioniert, daß dem Proletariat dann etwas fehlt, weil der Künstler der Arbeiterklasse hilft, sich ein Klassenbewußtsein zu schaffen. Die Kunst ist ein Mittel des Kampfes; sie dient der Klasse dazu, sich eine neue Sprache, eine revolutionäre Kultur zu schaffen. Der Künstler muß ein vorantreibendes Moment sein, ein integraler und konstanter Bestandteil der Bewegung, kein Lückenfüller, dessen Anwesenheit letzten Endes ziemlich unwichtig ist“ (Dario Fo).

„Integraler Bestandteil“ zu sein, heißt, sich nicht ins stille Kämmerchen zurückziehen und Kunst zu schaffen, wie es der bürgerliche Begriff ist. Sondern an den Kämpfen, am Auf und Ab der Bewegung in ihrer Gesamtheit teilzuhaben, bestenfalls in sie einzugreifen.

Dabei ist jede Kulturgruppe und jeder Produzent allerdings nicht nur als verlängerter Arm irgend einer politischen Gruppierung zu begreifen! „Wir glauben nicht, daß die Kultur über den Parteien stehen muß. Unsere Haltung beruht vielmehr auf der Überzeugung, daß das kulturelle Problem nicht das einer einzigen Gruppe ist, daß die Möglichkeit des kulturellen Ausdrucks nicht Teil. Waffe einer einzelnen Gruppe sein darf ... Die Waffe der Kultur muß der ganzen Bewegung zur Verfügung stehen. Die Kultur muß auch die Widersprüche in der Bewegung ausdrücken, sie muß versuchen, die Bewegung zu zementieren. Man muß zu einer Kultur-Dimension finden, die die Bewegung eint, nicht spaltet“ (D. Fo).

Viele linke Künstler und im Kulturbereich Tätige sind schon seit längerem der gleichen Ansicht wie Dario Fo. Doch haben sie dies – besonders, wenn sie Mitglied linker Organisationen sind – bisher nicht offensiv und argumentativ vertreten. Sie haben nicht gemeinsam gegen platte Instrumentalisierungsvorstellungen gekämpft. Häufig sind sie resigniert aus kollektiven Zusammenhängen herausgegangen, und setzen sich nun ungewappnet einer Einzelgänger-Existenz aus, mit all ihren Gefahren bürgerlicher Korruption, Konkurrenz, Isolation und Produktions-Abgehnheit.

Wir aber meinen immer noch, auch wenn wir da manchmal stark auf Unverständnis stoßen, daß es wichtig ist, gemeinsam und innerhalb des KB für ein produktives Wechselverhältnis zwischen Politik und Kultur etwas zu tun.

Wir sind gespannt auf Eure Reaktionen!

Genoss(inn)en der Kulturzelle und Kulturkommission



Zur Zeit läuft zumindest in den größeren Städten Norddeutschlands ein neuer Film von Francis Ford Coppola, dem Vater des „Paten“, an, der der gigantischste Film über den Vietnamkrieg ist, den es bisher zu sehen gab. „Apocalypse Now“, in dem Marlon Brando einen am Krieg ausgeflippten Colonel der berüchtigten Green Berets spielt.

Dies ist nicht nur ein Film, der die Grausamkeit, den Zynismus und das Kaputtgehen auch der Aggressoren im Vietnam-Krieg zeigt – sondern er ist mit solch authentischen Mitteln gedreht, daß er den Krieg selbst in unsere Kinos bringt: Den permanenten Folterton über den Opfern kreisender Hubschraubergeschwader, den Zynismus von Woodstockmusik a la Jimmy Hendrix aus Kassettenrecordern mitten im Feuergefecht. Das schöne Lied der Rockgruppe Doors „The end“, gesungen von Jim Morrison, das in Superstereo den Anfang des Films zu einer Explosionsszene mit Feuerregen bildet, dieses Lied kann man nun nicht mehr hören, ohne das ganze Elend Vietnams vor Augen zu haben.

Der Film, dessen Drehbuch, von John Milius geschrieben, den Regisseur schon seit den 60er Jahren nicht mehr losließ, zeigt die Dschungelreise eines jungen Captain Willard, der als Killerspezialist für Geheimaufträge im Krieg den ausgeflippten Karriere-Colonel Kurtz töten soll, damit der den USA nicht immer mit seinem Terror-Imperium auf kambodschanischem Gebiet dazwischenfunkt. Willard ist, so erfährt man aus seinen gesamten Film begleitenden Monologen, alles andere als mit Durchblick oder Parteilichkeit gesegnet; er erfüllt seine Aufträge in diesem Krieg und schlecht geht es ihm nur wenn es nichts zu tun gibt. Aber durch seine Fahrt durch den Krieg, bei der er nicht nur äußerlich seinem Opfer Kurtz immer näher kommt, erfährt der Zuschauer mit grausam sinnlichen Mitteln den zur Norm gewordenen Wahnsinn, den normalen Terror des Vietnamkrieges, wie jedes Krieges überhaupt.

So trifft Willard bei seiner Flußfahrt auf einen kumpelhaft-forschen Hubschrauber-Kommandanten, der, immer mit einem Kavalleriehut bedeckt, seine Jungs mit Steaks vom Lagerfeuer, tiefgekühlter Cola und Woodstock-Songs bei Laune hält. Kurz davor hat er ein Dorf zusammenbomben lassen, damit seine

Mannschaft, darunter ein berühmter Surfer, dort Wellenreiten kann. Aus seinen Hubschraubern ertönt in Stereo Wagner-Musik, die schon Hitlers Ohrenschmaus war; und er mag den Napalmgeruch am nächsten Morgen, der „so angenehm nach Sieg riecht“.

Oder die kleine Crew, die nach den Klängen der Stones aus dem Transistorgerät angetört auf ihrem Patrouillenboot tanzt, sich mit Drogen vollpumpt gegen die Angst, trifft an einem Treibstoffdepot auf eine Massenversammlung von GI's, die dort um eine Riesenhöhle gequetscht stehen, um den Auftritt von Playboy-Bunnies frisch aus den Staaten mitzuerleben. Als sie, völlig angemacht von der aufreizenden Show der Betthäuschen, die Bühne stürmen wollen, entschwindet das Damen-Trio wieder mit seinem Hubschrauber. Zurück bleiben völlig hysterische junge Soldaten, die dann auch in der nächsten Filmsequenz grundlos eine vietnamesische Familie auf deren Dschunke niedermetzeln.

„Apocalypse Now“ endet zwar reichlich mystisch in der Tempelstadt des Colonel Kurtz – eine blutrünstige Szenerie mit Opfer-Riten und Untergangs-Philosophie. Willard entgeht Kurtz so brutal, wie der es mit seinen Gegnern tat. Man hat den Eindruck, „weniger wäre mehr gewesen“, der normale Terror hat schon alles ausgesagt, es brauchte nicht diese unwirkliche Szenerie. Der Film ist aber insgesamt doch von solch erschreckender Wahrheit und einem Realismus, der kaum noch auszuhalten ist, daß er eine ganz neue Qualität der parteiischen Vermittlung von Kriegsgeschehen darstellt. Er setzt sich damit vom Vietnamfilm „Deer Hunter“, der auf dem Berliner Filmfestival einen Skandal auslöste (wir berichteten im März '79 darüber) wohlthuend ab.

Die neue Qualität des Mediums, die in einer Totalmobilisierung aller seiner Möglichkeiten liegt – Akustik ohne Nebengeräusche, Gigantik-Bilder und eine völlig identifikatorische Perspektive – birgt aber auch die Gefahr, daß sie den Zuschauer so erschlägt und manipuliert, daß von ihm nicht viel übrigbleibt. Und er sich, um nicht völlig dabei unterzugehen, auch gegen diesen Totaleinfluß durch Abstumpfung rettet. Es müßte eigentlich der letzte Kriegsfilm sein.

R., Kulturkommission

Frankfurter Rundschau

vom 13. Oktober 1979 schreibt:

Gegen die Finsternis in den Köpfen der Menschen

Nazim Hikmet „Menschenlandschaften“

Dem Hamburger Reents-Verlag kommt das Verdienst zu, sich in der Bundesrepublik als erster um das in seiner Heimat lange verbotene Werk des türkischen kommunistischen Schriftstellers Nazim Hikmet zu kümmern.

Norbert Ney, auch ein Autor (bisheriges Hauptwerk: „Sterilisation des Mannes – das geringste Übel“), und Umut



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902-1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der verschiedenen Menschen.

Bisher erschienen Band 1 und Band 2 Band 3 in Vorbereitung

Zweiter Band
184 Seiten
Vorwort von Abdul Dino

Dritter Band
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zaid

DM 15

DM 14

ISBN 3-88105-022-9

ISBN 3-88105-021-0

Der aufrechte Gang des Robert Havemann

Robert Havemann, erst kürzlich wegen angeblichen „Devisenvergehen“ zu einer Geldstrafe von 10.000 Mark verurteilt, gibt dem SED-Regime ordentlich Kontra. Mit der Veröffentlichung von zehn Thesen zum 30. Jahrestag der DDR in der den italienischen Euros nahestehenden Zeitung „Paese Sera“ und dem Zentralorgan der spanischen PCE, „Mundo Obrero“, tat Robert Havemann genau das, was die SED mit der jüngsten Strafrechtsverschärfung um jeden Preis verhindern wollte: das nicht-kontrollierte Erscheinen kritischer Texte von DDR-Autoren im Ausland. In seinen Thesen wirft Havemann den Repräsentanten des „realen Sozialismus“ vor, „in der Geringschätzung und Verdächtigung der Träume von einem idealen Sozialismus“ mit den Feinden des Sozialismus „völlig einig“ zu sein. Weiter schreibt Havemann, eine tatsächlich den Sozialismus aufbauende DDR könnte „gemeinsam mit den anderen sozialistischen Ländern zur Schrittmacherin der großen sozialistischen Wende in Europa werden“. Die heutige DDR allerdings „beschreibt in unseren Ängsten die gespenstige Welt herauf, die Orwell in seinem Buch „1984“ beschrieben hat“. Robert Havemann stellt treffend fest: „Die Unterdrückung jeder von den Organen der Partei und des Staates unabhängigen Kritik, die Maßregelung kritischer Schriftsteller, die Nichtzulassung einer Opposition in der Volkskammer, das Nichtbestehen auch nur eines einzigen kritischen Presseorgans, die Bedingungen, unter denen die Kandidaten für die Volkvertretung nominiert und gewählt werden, das praktische Westreiseverbot – all dies und mehr rufen den Eindruck hervor, daß die Partei- und Staatsführung der DDR die Zahl ihrer Gegner für groß und bedrohlich hält“.

Konkret zum Jahrestag fordert Havemann

1. „Aufhebung aller Beschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung durch entsprechende Änderungen des Strafgesetzbuches, insbesondere durch Außerkraftsetzung der verfassungswidrigen Paragraphen 106 (staatsfeindliche Hetze), 219 (ungesetzliche Verbindungsaufnahme) und 220 (öffentliche Herabwürdigung).“
2. Haftentlassung und Rehabilitation aller Personen, die nach diesen Paragraphen verurteilt wurden.
3. Abschaffung jeglicher Zensur und Auflösung des Büros für Urheberrechte.
4. Auflösung jeglicher Zensur und Auflösung des Büros für Urheberrechte.
5. Gründung eines unabhängigen Presseorgans.
6. Herabsetzung der Altersgrenze für Westreisen.
7. Veröffentlichung dieser Thesen im „Neuen Deutschland“.

Ohne Zweifel sind dies nicht nur persönliche Forderungen Havemanns, sondern Forderungen der gesamten demokratischen und sozialistischen Opposition. Dabei sollte man die beiden ersten Punkte nicht mißverstehen. In dem Interview mit der „tagesschau“ vom 11.6.79 äußerte Havemann unmißverständlich: „Natürlich bin ich dagegen, daß hier jemand Nazipropaganda macht oder kapitalistische oder antikommunistische Propaganda.“

Da bin ich entschieden dagegen, ich bin für die Unterdrückung solcher Propaganda, weil wir uns das nicht leisten können, vorläufig“.

Für die Äußerungen in seinen Thesen kann Havemann formaljuristisch unter Berufung auf die Strafrechtsänderung, die am 1. August 1979 in Kraft trat, wegen „Staatsfeindlicher Hetze“ (bis zu acht Jahren Freiheitsstrafe), „ungesetzlicher Verbindungsaufnahme“ (bis zu fünf Jahren) und/oder wegen „öffentlicher Herabsetzung“ verurteilt werden. Man darf nun gespannt sein, ob sich das SED-Regime die Blöße gibt, 30-ten durch einen Prozeß gegen Robert Havemann mit einem Schlag ad absurdum zu führen.

Von dem Mut Havemanns kann die Stammheimgeschädigte Linke Westdeutschlands allemal lernen!

J., RGW-Kommission

„Bahro-Arbeitstagung“ in Köln

Vom 4. - 7.10.79 veranstaltete der Kölner „Lese- und Solidaritätskreis Rudolf Bahro“ („KPD“-nah) eine Arbeitstagung. Am 4.10. fand ein Liederabend mit Liedermachern aus der DDR, einen Tag darauf ein Literaturabend mit Lesungen aus Arbeiten kritischer DDR-Schriftsteller statt. Im Mittelpunkt der Arbeitstagung standen die drei Arbeitsgruppen, an denen ca. 150 Leute teilnahmen; hier wurden Fragen der „deutschen Spaltung“ und Probleme des 30 Jahre existierenden „realen Sozialismus“ in der DDR diskutiert. Weiterhin fand am 6.10. eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die deutsche Frage und Europa“ statt. Mit dieser Podiumsdiskussion sowie mit den Arbeitsgruppen wollen wir uns in diesem Artikel beschäftigen.

Die Differenzen um diese Arbeitstagung

Die Kölner Arbeitstagung wurde vom Westberliner Bahro-Komitee und von drei in der BRD lebenden DDR-Oppositionellen nicht unterstützt: Jürgen Fuchs, Bernd Jentzsch und Jürgen Seyppel sagten ihre Teilnahme ab. Seyppel selbst begründete seine Nicht-Teilnahme mit einer „Erklärung“, in der es hieß, an der Tagung würden „Hochstapler“, „Scharlatane“ und „Doppelagenten“ teilnehmen. Bestimmte Kräfte würden die Bahro-Tagung dazu mißbrauchen, „ihre eigenen Süsschen zu kochen“, die „den Interessen Bahros zuwiderlaufen“ würden. Seyppel ist – wie auch das Westberliner Bahro-Komitee – der Ansicht, daß eine Bahro-Veranstaltung derzeit die Chancen von Bahros erhoffter Freilassung durch die in der DDR erlassene Amnestie herabsetzen bzw. sogar gefährden könnte. In einer Pressekonferenz wiesen sowohl der „Bahro-Lesekreis“ als auch Rudi Dutschke diese Argumentation zurück und betonten, daß es falsch sei, „durch Schweigen Gnadenreise zu erkaufen“ („Kölner Stadtanzeiger“, 4.10.) Mit Blick auf die Amnestie-Ankündigung will das Westberliner Bahro-Komitee die 16.000 gesammelten Unterschriften für die Freilassung Rudolf Bahros vorerst nicht veröffentlichen.

Die Arbeitsgruppen

Die Diskussionen in den Arbeitsgruppen, an denen auch im Westen lebende DDR-Oppositionelle wie Ulrich Schacht, Wolfgang Deinert und Thomas Evler, Witold Wirpsza (ehem. Polen), außerdem u.a. Rudi Dutschke, Milan Horacek, Renate Damus, Hauke Brenner, Ossip Flechtheim, Axel Bust-Bartels und viel „KPD“-Prominenz teilnahmen, verliefen sehr solidarisch, zum Teil sehr kontrovers, aber zum Teil auch sehr wissenschaftlich fundiert.

So wurde u.a. die Frage aufgeworfen, ob die „deutsche Spaltung“ nach dem Kriege hätte vermieden werden können. Dies wurde hauptsächlich verneint, da die grundsätzlich verschiedenen Interessen der Sowjetunion und der westlichen Alliierten die Spaltung sozusagen schon in sich geborgen hätten. Außerdem habe die antikommunistische und auf Spaltung orientierte Politik der SPD-Führung in den Westzonen (Schumacher) einen erheblichen Anteil an der vollzogenen Spaltung gehabt. Die „Schuldfrage“ der Spaltung war umstritten: während mehrheitlich dem US-Imperialismus (Truman-Doktrin) diese „Schuld“ angelastet wurde, vertrat Prof. Flechtheim die Ansicht, daß die Spaltung von der Sowjetunion ausgegangen sei. Die „nationale Frage“ wurde – vor allem Dank der Anwesenheit der „KPD“ – sehr kontrovers diskutiert. In einem Referat vertrat Prof. Dann Köhler die Ansicht, daß die „nationale Frage“ im 19. Jahrhundert (bürgerliche Revolutionen) eine emanzipatorische Rolle gespielt habe. Ein „neues Nationalbewußtsein“ habe heute allerdings keine Grundlage mehr und der Wiedervereinigungsgedanke wäre ein Schritt rückwärts. Rudi Dutschke hob hervor, daß die „Amerikanisierung“ in den Westzonen sowie die „Sowjetisierung“ in der damaligen SBZ die Einigung erschwert bzw. verhindert habe. Milan Horacek trat – Gedanken aus der Ökologiebewegung aufgreifend – für ein „Europa der Regionen“ ein.

Diskutiert wurde in einer anderen Arbeitsgruppe u.a. die Frage der „besonderen“ Etappe der „antifaschistischen-demokratischen Periode“ in der SBZ nach 1945 bis zur Gründung der DDR, als die KPD anfangs bewußt auf eine Orientierung auf den Sozialismus zugunsten einer „Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848“ verzichtete. Renate Damus u.a. bezweifelte, „Besonderheit“, da

die Entwicklung in der SBZ nach 1945 ähnlich verlaufen sei wie in anderen volksdemokratischen Ländern (Polen, CSSR). Außerdem wurde problematisiert, ob die nach 1945 vollzogenen Maßnahmen in der SBZ wie die Betriebsenteignungen und Verstaatlichungen, die Bodenreform, die Zerschlagung des alten Staatsapparats und die breite Entnazifizierung und Entmilitarisierung nicht doch schon erste Maßnahmen beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft waren. Problematisiert wurde auch die Zerschlagung der Betriebsrätebewegung in der SBZ seitens der SED-Führung; die Betriebsrätebewegung in der SBZ hatte tatsächlichen entscheidenden Einfluß auf die Leitung und Planung der Betriebe; diese Bewegung wurde später von der SED-Führung zerschlagen und an ihre Stelle das Prinzip der Einzelleitung der Betriebe – nach dem Vorbild der Sowjetunion in der Periode der NÖP – bei gleichzeitiger Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiter gesetzt. Kritisiert wurde auch die „Wissenschaftliche Arbeits-Organisation“ (WAO) in der DDR; sie wurde Anfang der 70er Jahre eingeführt zur Verbesserung der Leitungstätigkeit, zur Rationalisierung und Erhöhung der Arbeitsintensität. An der „Verwissenschaftlichung“ des Arbeitsprozesses hatten die Arbeiter einen immer geringeren Anteil; die Tendenz, daß sich die Leitung und Planung der Produktion immer mehr auf die Arbeitsdirektoren und die „wissenschaftliche Intelligenz“ stütze, wurde verstärkt.

Thomas Evler (ehemals DDR) referierte über die Entwicklung der Opposition in der DDR und deren innere Differenzierung. Er unterscheidet zwischen der einfachen Unzufriedenheit vieler DDR-Bürger bei materiellen Mängeln und einer gewissen Kritik am DDR-„System“, ohne dies jedoch durch die „Alternative“ BRD ersetzen zu wollen. In breiten Teilen der Jugend herrsche eine „resignative“ Stimmung, die sich unter anderem in steigendem Alkohol- und Drogengebrauch äußere. Ulrich Schacht, Mitglied der SPD, formulierte die umstrittene These, daß „die“ DDR-Bürger bei ihrem Streben nach Freiheit und Demokratie zwangsläufig die BRD bevorzugen würden. Diskussionen löste auch die These von Thomas Evler aus, daß die demokratische und sozialistische Opposition in der DDR viel mehr Bezugs- und Orientierungspunkte mit der Opposition in anderen RgW-Staaten (CSSR, Polen) habe als zur westdeutschen Linken. Gerade diese – sehr einleuchtende – These war einigen „KPD“-Diskutanten ein Dorn im Auge, die mehr die „Einheit der Nation“ betont sehen möchten.

Wesentliche Referate und Diskussionsbeiträge der Kölner Tagung sollen in einer Broschüre veröffentlicht werden.

Die Podiumsdiskussion

Die Podiumsdiskussion zur „nationalen Frage“

An der Podiumsdiskussion nahmen neben Rudi Dutschke, Semler

(„KPD“), Alexander v. Plato („KPD“), Prof. Flechtheim, W. Meier (ehem. KBW, jetzt „Komitees...“), aus der DDR Ulrich Schacht und Wolfgang Deinert, aus Polen Leonid Wirpsza, aus der Sowjetunion Maria Rozanowa, Igor Pomeranzew und Leonid Pljuschtsch sowie aus Jugoslawien Svetozar Stojanovic teil. Zu den Dissidenten kurz einige Angaben ihrer politischen Herkunft:

- Ulrich Schacht (DDR) erhielt wegen „staatsfeindlicher Hetze“ 1973 vier Jahre Gefängnis; er lebt seit 1976 in der BRD und ist Mitglied der SPD;
- Wolfgang Deinert (DDR) ist in der BRD geflohen und ist Schriftsteller;
- Witold Wirpsza (ehem. Polen) arbeitete in Polen an einer oppositionellen Zeitschrift mit und durfte seit einem Aufenthalt in der Schweiz (1970) nicht mehr nach Polen einreisen;
- Maria Rozanowa (ehem. SU) ist Künstlerin und lebt seit 1973 in Paris; sie arbeitet dort an der kulturellen Zeitschrift „Sintaksis“ mit;
- Igor Pomeranzew (ehem. SU) ist Lyriker und lebt seit 1978 in der BRD;
- Leonid Pljuschtsch arbeitete als Kybernetiker in der SU, hatte sich Menschenrechtskomitees angeschlossen, wurde deswegen 1972 in Kiew verhaftet und verurteilt u.a. eine Strafe in einer sowjetischen Psychiatrie; seit 1976 lebt Pljuschtsch in Paris;
- Prof. Stojanovic (Jugoslawien) arbeitete u.a. an der Zeitschrift „Praxis“ mit, wurde 1975 von der Hochschule suspendiert, lebt heute in Belgien.

Die Diskussion selber verlief teilweise direkt peinlich. Vor allem die sowjetischen Dissidenten, auch Leonid Wirpsza aus Polen brachten z.T. so offene rechte Positionen, daß selbst „KPD“-Semler wieder geradebiegen mußte.

Geboten wurde dem – zumeist „KPD“-nahen – Publikum u.a.:

- daß die polnische Opposition, die PPN, eine deutsche Einigung nach Aussagen von Wirpsza bei Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für „wünschenswert“ halten würde im Rahmen einer „europäischen Integration“. Ein „neutrales Deutschland“ wäre auch „denkbar“, berge allerdings die Gefahr der „Finnlandisierung“ in sich;
- daß die „Entspannungspolitik“ beinhaltet, daß der Westen den Kampf um die Menschenrechte (im „Osten“) nicht mehr führe; „der Westen“ rette damit „die faschistischen Staaten Osteuropas“ vor dem Ruin. Pljuschtsch kam dann auf die Moskauer Olympiade zu sprechen. Hitler habe auf der Olympiade 1936 genauso von Abrüstung gesprochen wie heute Breshnew. Die Olympiade in Moskau diene der Zerschlagung der Opposition in der SU; deshalb forderte Pljuschtsch „den „moralischen Boykott“ der Olympischen Spiele; man solle zwar hinfahren nach Moskau, aber dort „Aufklärung“ betreiben;
- daß es sich in der BRD wunder-

voll leben läßt. Igor Pomeranzew lebt seit 14 Monaten in Oberlahnstein, hat dort schon ein „trautes Heim“ und lebt endlich in Freiheit, kein KGB! ... Wer im „Würgegriff der Sowjetunion“ war, der habe „die Luft der Freiheit in der BRD liebgewonnen“. Und überhaupt: Begriffe wie „Klasse“ oder gar „Mehrwert“ – igitigitt – seien nur „Rhetorik“ und „stehen im Gegensatz zum Menschen“.

Ulrich Schacht hob die positiven Elemente der „Entspannungspolitik“ hervor; sie sei bei den Bürgern der DDR auf Zustimmung gestoßen. Allerdings kritisierte er, daß der Kampf um die Menschenrechte von der SPD vernachlässigt worden sei. Für ihn sei die Solidarität mit der Opposition in der DDR wesentlicher Bestandteil der „Entspannungspolitik“. Zur „deutschen Frage“ meinte Schacht, daß die „nationalen Gefühle“ nicht automatisch identisch seien mit der Reaktion, sondern auch emanzipatorischen Charakter besitzen. Semler von der „KPD“ grenzte sich von einigen Positionen seiner „sowjetischen Freunde“ ab, bezeichnete dann aber selbst die DDR als „künstliches Gebilde“ und kam zum Lieblingsthema des „unabhängigen Deutschland“.

Der Beitrag des „KPD“-Vorsitzenden Semler deutete daraufhin, daß die „KPD“ ihre berragende Revision des Marxismus-Leninismus zügig ausbauen will. So warnte er beispielsweise vor einer „Ideologisierung“ (?) der Diktatur des Proletariats, wobei er sich auf den ungarischen Oppositionellen Konrad bezog. In der neuen Nummer ihrer theoretischen Zeitschrift („Theorie und Praxis“ 4/79) scheint die „KPD“ ihre alte Revisionismus-Kritik den sich rasch verändernden Erfordernissen der Entwicklung in China anpassen zu wollen: Bestimmte Entwicklungen könne man nicht „einfach“ als Restauration des Kapitalismus „abtun“!

Rudi Dutschke sprach weniger zur „nationalen Frage“, sondern hielt einen Beitrag zur „Krisen- und Debatte“ der Linken aus seiner Sicht. Aus einem kurzen historischen Streifzug sei bei der Linken ein „theoretisches Wrack“ übriggeblieben, daß es zu beseitigen gelte.

Zur „nationalen Frage“ meinte Dutschke, daß die Arbeiterklasse ein schweres Erbe angetreten habe durch die Niederlage im Faschismus und durch die Spaltung Deutschlands nach dem Kriege. Dutschke forderte, daß eine „neue Dimension“ zu entwickeln sei, die „über den nationalen Rahmen hinausgehe“.

Prof. Flechtheim der Welt und erklärte den „Nationalstaat“ für „historisch überholt“.

Was von der „KPD“ im Rahmen dieser Bahro-Veranstaltung geboten wurde, wird Rudolf Bahro selbst nicht gerecht. Die Skepsis breiter Teile der Bahro-Solidaritätsbewegung gegenüber der Kölner Arbeitstagung gegenüber der Kölner Arbeitstagung war – trotz positiver Auseinandersetzungen in den Arbeitsgruppen – insgesamt berechtigt.

Ein Genosse aus Westberlin

MLD kritisiert „KPD“ ... von links!

Die Provokateurtruppe MLD („Marxisten-Leninisten Deutschlands“), vor ein paar Jahren noch im Bund mit den Neonazis vom HTS („Hochschulring Tübinger Studenten“, der Hoffmann-Bande nahestehend), dann werbetreibend für eine bundesweite CSU, erst kürzlich Arm in Arm mit dem Reaktionär und Strauß-Freund Otto Habsburg – sie versucht jetzt mit einem ganz neuen Dreh, an die Anhängerschaft der „KPD“ heranzukommen: VON LINKS!!

In ihrer Zeitschrift „die achtziger Jahre“ vom 26.9.79 wirft die MLD unter der Überschrift „Die neuen Götter von Semler und Co.“ der „KPD“ und speziell deren Chef Semler vor, sie betriebe eine „Revision der marxistischen philosophischen Grundlagen“, nämlich eine „Vermischung mit den Lehren von Luxemburg, Gramsci, Benjamin, Bloch“. Es gehe der „KPD“ sogar darum, „den Marxismus-Leninismus philosophisch und politisch mit einer kleinbürgerlich-sozialistischen Theorie zu verbinden“ – „G. Lukacs, Adorno, Horkheimer, Marcuse, Fromm, A. Schmidt“. Die „KPD“ betriebe somit eine „radikale Infragestellung der Klassiker des Marxismus-Leninismus“.

Noch witziger kommt's in den „achtziger Jahren“ vom 10.10.79: Dort der von der „KPD“ arran-



gierte „Kölner Bahro-Kongress“ unbarmherzig unters „ML“-Hackebeil genommen. Hat die „KPD“ dabei doch tatsächlich „Einheitsfront“ mit Antikommunisten wie Dutschke, Flechtheim, gar antikommunistische Dissidenten aus Osteuropa gemacht. Wenn's da nicht jeden ehrlichen Vaterlandsverteidiger ekelt! Die Antikommunisten haben sogar Stalin (oho!) und den Marxismus angegriffen – und die „KPD“ hat gar nichts Ordentliches dagegen gesagt ... meint

die MLD. Das sei „Unordnung unter die bürgerlichen, antikommunistischen Auffassungen“.

An Wendigkeit tut's der MLD so leicht keiner nach. Vor ein paar Monaten selbst Arm in Arm und ohne jede kritische Abgrenzung mit rechte Antikommunisten wie Frau Gerstenmeier und Otto Habsburg – jetzt ganz sittenstreng und prinzipienfest! Aber wird der Kostümwechsel auch bei der „KPD“-Anhängerschaft verfangen?

Mit freundlicher Genehmigung des Autors veröffentlichen wir hier einen Beitrag zur „Abrechnung“ Enver Hoxhas, Vorsitzender der Partei der Arbeit Albaniens (PdaA), mit der Politik und den Ideen Mao Tse-Tungs. Karam Khella ist Dozent an der Hamburger Universität. Bekannt geworden ist er vor allem durch seine Veröffentlichungen über „Theorie und Praxis der Sozialarbeit“, in denen die soziale Verelendung der sog. Randgruppen und die Arbeit der Sozialarbeiter aus marxistischer Sicht untersucht wird. In seiner neuesten Veröffentlichung, „Dialektischer und historischer Materialismus“ (Theorie und Praxis Verlag, Hamburg), beschäftigt er sich selbst intensiver mit den Mao Tse-tung-Ideen. Seine in These 5 angesprochene Kritik wird darin ausführlich behandelt. Die Redaktion

Karam Khella

MAO TSE-TUNG

Anmerkungen zu: Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution, Tirana 1979

Die gegenwärtige Entwicklung in China ist – ebenso wie in der Sowjetunion seit 1953 – ein großer Rückschlag in der kommunistischen Weltbewegung. Zur theoretischen Herausarbeitung der sozialen und ökonomischen Wurzeln der Entwicklung in China wird die Kritik an Mao und seinem Werk aktualisiert. Diese Aufgabe stellte sich Enver Hoxha. Die Ergebnisse seiner Überlegungen sind als „Imperialismus und Revolution“ (Tirana, 2. Auflage 1979) erschienen. Es fragt sich, inwieweit der Vorsitzende der Partei der Arbeit Albaniens (PAA) einen methodisch korrekten Weg der Kritik an dem Mann geht, der den Befreiungskampf des chinesischen Volkes siegreich geführt und drei Jahrzehnte an der Spitze der größten Volksrepublik gestanden hat. Die Kritik von Enver Hoxha macht aus Mao einen „Antimarxisten“ und „Antileninisten“. Es werden nicht nur Fehler herausgearbeitet, sondern auch richtige Elemente im Werk von Mao der „nagenden Kritik der Mäuse“ preisgegeben. Authentisches vermischte sich mit Gerüchten und Anekdoten, sodaß der Leser das analytische Herangehen aus den Augen verliert und in seinem Urteilsvermögen verunsichert wird. Die folgenden Anmerkungen haben die Absicht, die Kritik an Mao Tse-tung auf die methodisch korrekte Bahn zurückzuführen.

Das Buch „Imperialismus und Revolution“ erschien in albanischer Sprache erstmals im April 1978 im Anschluß an den 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens (PAA). Ein wichtiges Thema dieses Parteitags war die Auseinandersetzung mit der Drei-Welten-Theorie und überhaupt mit der Entwicklung in der VR-China. Dem Kenner der albanischen Literatur fällt sofort auf, daß mit diesem Buch, das zunächst parteiintern zirkulierte, dann zur Veröffentlichung empfohlen wurde (Vgl. S. 9), im albanischen Denken in Bezug auf die Einschätzung der chinesischen Revolution eine Wende eingetreten ist. Als Antwort auf die albanienfeindliche Politik der neuen Machthaber in China kritisiert der Autor nicht die aktuelle Entwicklung, sondern er betrachtet sie als konsequente Fortsetzung der Politik Maos. Er greift kaum die jetzige Führung unter Hua Kuofeng und Deng Hsiao-Ping an und konzentriert dafür seine Angriffe auf Mao selbst als den vermeintlichen Urheber seiner Theorie, die dieser Politik zugrunde liegt. Hua und Deng sind nach der neuen Auffassung der PAA heber seiner Theorie, die dieser Politik zugrunde liegt. Hua und Deng sind nach der neuen Auffassung der PAA wohl nur die Vollstrecker des Vermächtnisses Maos, dessen Linie sie konsequent fortsetzen.

Zur Einordnung der Meinung von Enver Hoxha bzw. der PAA über die chinesische Revolution seien die wichtigsten Auffassungen über diese Revolution in folgender Übersicht zusammengefaßt. Es handelt sich hauptsächlich um vier verschiedene Thesen:

1. Die trotzkistische These erkennt die chinesische Revolution von Anfang an nicht als sozialistisch an, da diese mit den Vorstellungen des Trotzkismus von einer „Weltrevolution“ nicht vereinbar ist. Insofern sieht er keinen Grund, die Ereignisse in China nach Maos Tod als Abkehr von einer revolutionären Linie zu werten. Im Gegenteil, er schlägt aus diesem Rückschlag Kapital und sieht darin eine nachträgliche Selbstbestätigung.
2. Die sowjetische These, die auch von anderen Staaten sowjetischer Orientierung, besonders von der SR-Vietnam vertreten wird, leugnet nicht prinzipiell den Befreiungscharakter der chinesischen Revolution, geht jedoch davon aus, daß hier seit Beginn der Revolution große theoretische Fehler geherrscht haben, die sich – im Sinne der KPdSU – gravierend auf die politische Praxis ausgewirkt haben. Auch diese These sieht keinen wesentlichen Unterschied zwischen der Politik in China vor und nach Mao.
3. Die dritte These ist die genaue Umkehrung der sowjetischen Auffassung. In der chinesischen Revolution hat sich der Marxismus-Leninismus immer durchgesetzt.

Nach Mao hat sich an dieser Politik nichts geändert. Im Gegenteil, Fehler vor 1969 (Kulturrevolution!) werden nunmehr unter der neuen Führung von Hua und Deng korrigiert, von einem Bruch kann jedoch keine Rede sein (KPD, KBW u.a.).

4. Die vierte These geht davon aus, daß nach Maos Tod ein Rechtsputsch in China stattgefunden hat, wodurch rechtsoportunistische, revisionistische, chauvinistische und selbst konterrevolutionäre Elemente die Macht ergriffen haben. Seitdem werden revolutionäre Kader verfolgt. Der gesamte linke Flügel des 9. Parteitags der KPCh (1969) unter der Führung der Mao-Witwe und ihrer Genossen (die sog. Vierer-Bande) wird brutal unterdrückt.

Die Wende in der chinesischen Revolution ist freilich als ein langer Kampf zweier Linien zu verstehen, der bereits auf dem 9. Parteitag im Anschluß an die Kulturrevolution sichtbar wurde. Seit den frühen 70er Jahren – also bereits zu Lebzeiten Maos – konnten die rechten Kräfte Einfluß auf die Außen- und Innenpolitik nehmen. Erst nach dem Tod Maos jedoch und eigentlich erst nach der Ausschaltung der Vierer-Gruppe konnte sich die rechte Linie bis heute durchsetzen.

Die PAA hatte sich über die Entwicklung in China nach Mao noch kein Urteil gebildet, bis die Politik der neuen chinesischen Führer und ihre Wende gegen Albanien sie dazu veranlaßt hat, ihre Meinung über Mao (dem die neue Politik nicht zwangsläufig angelastet werden muß) zu revidieren. Die neue Auffassung der PAA und ihres Vorsitzenden deckt sich – paradoxerweise – mit der neuen Politik in China ab, sondern greift gleich ihren vermeintlichen Urheber Mao Tse-tung an. Vor diesem Hintergrund ist die Publikation „Imperialismus und Revolution“ von Enver Hoxha zu sehen.

Entsprechend der Tagesordnung des 7. Parteitags der PAA behandelt die Veröffentlichung gleich im ersten Teil des Buches „Die Strategie des Imperialismus und des modernen Revisionismus“. Diesem Bereich werden auch die Themen „Die Strategie des sowjetischen Sozialimperialismus“ (SS 38-45) und „Die Strategie des chinesischen Sozialimperialismus“ (SS 45-59) zugeordnet. Im weiteren (SS 38-45) und „Die Strategie des chinesischen Sozialimperialismus“ (SS 45-59) zugeordnet. Im weiteren erörtert der Autor „Die Rolle des Ti-toismus und der anderen revisionistischen Strömungen in der Globalstrategie des Imperialismus und des Sozialimperialismus“ (59-76). Den Rückschlägen in der kommunistischen Weltbewegung und den theoretischen Abweichungen wird „Die Revolution – die einzige Waffe zur Zerschlagung der Strategie der Feinde des Proletariats und der Völker“ (76-81) als Alternative gegenübergestellt. Die Theorie dieser Revolution ist unbestreitbar der Leninismus, denn „Die leninistische Theorie über den Imperialismus bleibt stets aktuell“ (82-164). In diesem Zusammenhang wird die These der Komintern über die dialektische Verbindung vom Befreiungskampf und Kommunismus bekräftigt: „Die Revolution und die Völker“ (165-201). „Der Befreiungskampf der Völker – ein Bestandteil der Weltrevolution“ (201-247). Daraus wird die Konsequenz gezogen: „Die wahren Revolutionäre rufen die Proletarier und die Völker auf, sich für die neue Welt, für die sozialistische Welt zu erheben“ (247-292).

Im zweiten Teil geht das Buch speziell auf die chinesischen Auffassungen ein: „Die Theorie der ‚drei Welten‘ – eine konterrevolutionäre und chauvinistische Theorie“ (293ff.). „Die Konzeption von den ‚drei Welten‘ – eine Verneinung des Marxismus-Leninismus“ (294-392). „Mit ihrer Dreiteilung der Welt predigt die kommunistische Partei Chinas die Klassenversöhnung“ (313). „Die Haltung der chinesischen Revisionisten zu den Widersprüchen ist idealistisch, revisionistisch und kapitulantenhaft“ (320). Im weiteren analy-

siert das Buch „Chinas Plan, zur Supermacht zu werden“ (393-444).

Besonders problematisch wird das Buch von Enver Hoxha erst im dritten Kapitel des zweiten Teils: „Die Maotsetungideen“ – eine antimarxistische Theorie“ (445-524). Mit diesem Kapitel schließt das Buch. Es folgt nur noch eine Art Nachwort: „Die Verteidigung des Marxismus-Leninismus – eine große Aufgabe für alle wahren Revolutionäre“ (525-534). Das Kapitel über Mao Tse-tung ist von großer Tragweite für das gegenwärtige Verständnis des Marxismus-Leninismus. Der Kommunismus nach Mao ist sehr stark von seinem Denken geprägt. Die Auseinandersetzung mit ihm soll daher mit äußerster Sorgfalt, methodischer Genauigkeit und theoretischer Korrektheit geleistet werden. Diese Kriterien lassen sich im Aufsatz von Enver Hoxha, auf den ich im folgenden näher eingehen will, vermissen:

Methodische Fehler bei der Kritik von Hoxha an Mao:

1. Enver Hoxha übersieht die Widersprüche in der chinesischen Revolution. Er betrachtet sie als einen theoretisch einheitlichen Prozeß. Obwohl ein Großteil des Werkes von Mao sich gegen Positionen in der KPCh richtet, die Mao für falsch hält, wird vieles Mao angelastet, was weder von ihm stammt, noch von ihm gedeckt wird. Hoxha schreibt Mao die Verantwortung praktisch für alles zu, was in der kommunistischen Bewegung Chinas zu Lebzeiten Maos vorgekommen ist. Selbst die Positionen der erklärten Feinde Maos werden ihm angelastet. So wird Mao von Hoxha wegen Haltungen von Liu Schao-tschu und Deng Hsiao-ping u.a.m. belangt. Leider ist die Kritik von Hoxha nicht frei von Fälschungen, zumindest Ungenauigkeiten. Es kann z.B. nicht behauptet werden, daß Mao Deng Hsiao-ping rehabilitiert hat. (Hoxha, ebd. S. 469).
2. Die Kritik von Hoxha an Mao stützt sich u.a. auf Band 5 der ausgewählten Werke Maos, ohne die Echtheit dieses Bandes zu prüfen. Band 5 ist mit Abstand die relativ am häufigsten zitierte Quelle. Wer diesen Band mit den Schriften Maos vergleicht, kommt nicht umhin, erhebliche Widersprüche festzustellen. Es muß unterstellt werden, daß die neuen Machthaber in China durch die Veröffentlichung des 5. Bands so weit ideologisch motiviert sind, als daß sie ihre Politik als maoistisch erscheinen lassen wollen. Gewisse Ausführungen dieses Bandes geraten durch ihre Widersprüchlichkeit mit dem übrigen Maowerk in den Verdacht, Fälschungen zu sein.
3. Hoxha ist Inkonsistenz vorzuwerfen. Auf der einen Seite zieht er mit Mao ins Gericht, auf der anderen verschleierte er die Fehler Stalins, die stellenweise die von Mao überwiegen.
4. Hoxha übersieht, daß nach Mao ein Rechtsputsch stattgefunden hat. Dieser Putsch ist gegen das revolutionäre Erbe Maos gerichtet und zielt bewußt auf eine stürmische Herstellung kapitalistischer Verhältnisse. Die Politik der Nachfolger Maos wird schlicht ihm in die Schuhe geschoben.
5. Hoxha spielt den antikommunistischen Elementen in China sowie dem internationalen Revisionismus und schließlich dem Imperialismus in die Hände, die Interesse daran haben, den theoretischen und politischen Einfluß Maos zu zersetzen.
6. Hoxha leugnet die Erkenntnis, daß die Völker Afrikas, Asiens, Süds und Mittelamerikas zu Sturmzentren der Revolution geworden sind. Er betrachtet die revolutionäre Rolle des Proletariats (in den kapitalistisch-imperialistischen Staaten) schematisch. Er übersieht, daß Teile dieses Proletariats durch Extra-

Profite korrumpiert worden sind (Sozialdemokratie, moderner Revisionismus, Funktionäre der Gewerkschaften und des Eurokommunismus). In diesem Zusammenhang hat Lenin den Ausdruck von der „Arbeiteraristokratie“ (in „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“) benutzt. Obwohl das Attribut „Aristokratie“ hierzu inadäquat ist, macht der Ausdruck ein soziales und politisches Phänomen in der Arbeiterbewegung begrifflich verständlich.

Das theoretische Werk Maos, die sogenannten Maotsetung-Ideen, haben auch außerhalb Chinas einen großen Einfluß geübt. In einer Phase des großen Tiefs nach dem 20. Parteitag der KPdSU (1956) und – unabhängig davon – nach einer Serie von Konterrevolutionen in einstigen sozialistischen Staaten brachten die Schriften Maos neuen Auftrieb und verhalfen der internationalen kommunistischen Bewegung zu ihrem neuen Aufschwung. Sicher werfen die Arbeiten von Mao eine Reihe theoretischer Probleme auf. Die Auseinandersetzung mit ihnen erfordert eine sorgfältige und gewissenhafte Analyse des Maoschen Werkes. Hoxha aber geht pauschal und undifferenziert an das Werk von Mao heran. Obwohl die Absichten sehr unterschiedlich sind, geht Hoxha mit Mao ähnlich wie Chruschtschow mit Stalin um. Chruschtschow griff Fehler Stalins auf und diskreditierte gleichzeitig die Grundlagen des Leninismus, ohne sie zu nennen. Stalin wurde genannt, und Lenin war gemeint. Durch den Slogan der Entstalinisierung wurde der Marxismus aus den Angeln gehoben. Enver Hoxha geht den Weg, von dem er sich verbal distanziert. Durch seine Kritik wird mit Spreu auch Weizen weggefeht.

Eine sorgfältige, methodisch korrekte Analyse des Maoschen Werkes muß sich mit den politischen Hauptfragen, die Mao gestellt hat, befassen. Diese sind:

1. Die Vorstellungen Maos von der „Neuen Demokratie“.
2. Das Verhältnis der Bauernklasse zum Proletariat im revolutionären Prozeß Asiens, Afrikas, Süds und Mittelamerikas (der sog. dritten Welt). Entsprechend sollen die Konsequenzen daraus für den Parteiaufbau in Mittelamerika (der sog. dritten Welt). Entsprechend sollen die Konsequenzen daraus für den Parteiauf-

bau, den demokratischen Zentralismus und volksdemokratischen Organisationen gezogen werden.

3. Die Rolle der sogenannten „dritten Welt“ in der Weltrevolution bzw. die Beziehung von antimperialistischem Befreiungskampf und sozialistischer Revolution.
4. Die Behandlung des Antagonismus und damit die Führung des Klassenkampfes in der Volksdemokratie und im Sozialismus.
5. Mao – als volksnaher Theoretiker ausgezeichnet – hat leider zur Vulgarisierung des Marxismus beigetragen. Die Herstellung und die Zirkulation der „roten Bibel“, der „Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung“, von Lin Biao erstellt, aber offensichtlich von Mao selbst autorisiert, trägt nicht zur Qualifikation bei, sondern reduziert den Kommunismus auf Schlagworte und Sprüche.
6. Die konterrevolutionäre Dreiteilung der Welt, die sogenannte „Dreiweltentheorie“, bildet einen sehr wichtigen Gegenstand der Kritik. Es ist jedoch sehr fraglich, ob Mao als Urheber dieses Theorems erklärt werden kann. Obwohl die Außenpolitik Chinas bereits unter Mao Tse-tung Elemente des Dreiweltentheorems enthält, konnte die Verantwortung Maos für diese Politik bis heute weder nachgewiesen noch ausgeschlossen werden. Mao scheint nach dem 9. Parteitag der KPCh (1969) von der praktischen Politik stufenweise ausgeschaltet worden zu sein. Von diesem Zeitpunkt bis zum Rechtsputsch von 1976 wirft die Entwicklung in China viele Rätsel auf. Dennoch kann Mao von der Verantwortung für die Entwicklung in China der 70er Jahre nicht freigesprochen werden, da er auch durch sein Wirken vor 1969 politische Voraussetzungen für den Rückschlag in China geschaffen oder zumindest toleriert hat.

In meiner Veröffentlichung „Dialektischer und historischer Materialismus“ habe ich mich u.a. mit der Theorie Mao Tsetungs befaßt. In diesem Zusammenhang habe ich die Kritik an der Politik Maos in Verbindung mit seinem Verständnis von der Dialektik und dem historischen Materialismus gebracht. Genosse Enver Hoxha täte gut daran, wenn er diesen prinzipiellen Weg der marxistischen Kritik geht. (Vgl. Karam Khella, Dialektischer und historischer Materialismus, Hamburg 1979, Theorie und Praxis Verlag, S. 177 - 196 und 202 - 204)

Karam Khella

Verlag, S. 177 - 196 und 202 - 204)

Karam Khella

MAO TSE TUNG "BAND V"



Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es dauern wird, bis sämtliche Texte Maos aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden. Es ist zweifelhaft, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober 76 insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zu Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen. Das Buch hat 230 Seiten, kostet 9 DM und ist zu beziehen über Verlag J. Reents. (Näheres zur Bestellung siehe letzte Seite)

Marx raus — Gonzales rein Zum außerordentlichen Parteitag der PSOE

Der außerordentliche Parteitag der „Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei“ (PSOE) war notwendig geworden, da auf dem 28. Ordentlichen Parteitag im Mai 79 sich die übergroße Mehrheit der Delegierten geweigert hatte, die traditionellen programmatischen Grundlagen der Partei aufzugeben und eine ausdrückliche marxistische Selbstdefinition festgeschrieben haben wollte. Die Delegiertenmehrheit stellte sich damit gegen den Generalsekretär Felipe Gonzales, der den Marxismus aus dem Programm gestrichen haben wollte, um damit auch auf der Ebene der Grundsatzaussagen das zu vollziehen, was in der Praxis längst geschehen ist: die Sozialdemokratisierung der Partei, d.h. ihre Abwendung von einer Partei des Klassenkampfes hin zu einer Wahl- und Regierungs-Partei. Da Gonzales sich damals nicht durchsetzen konnte, trat er von seinem Posten als Parteivorsitzender zurück, womit die „Marxisten“ der Partei offensichtlich nicht gerechnet hatten. Sie hatten keine personelle Alternative zu Felipe Gonzales. Minutenlang Sprechchöre „Felipe, Felipe“ deuteten schon im Mai daraufhin, daß er das „Idol“ auch der „Marxisten“ war und bleiben würde.

Wir schrieben damals (AK 154): „Wir gehen davon aus, daß der Rücktritt von Gonzales ein wohl durchdachter und inszenierter Schritt ist, um seine triumphale Wiederkehr um den Preis der Liquidierung der linken Opposition in der Partei vorzubereiten. (...) Und da die „Marxismus“-Debatte in der PSOE eher Symbolwert hat als einen realen Hintergrund im Sinne einer realen marxistischen Opposition gegen die sozialdemokratische Tagespolitik der Partei, stehen die Chancen für Gonzales gut.“ Die Operation „Roll back“ gegen die Kritiker dauerte fünf Monate und fand nun ihren erwartungsgemäßen Abschluß auf dem außerordentlichen Parteitag (28./29. September), bei dem es um die Wahl einer neuen Exekutive und um die programmatischen Grundlagen der Partei ging.

Provinz gereist und hatte die Delegierten bearbeitet. Da der Widerstand gegen den Führungsstil von Gonzales eher auf einem Unbehagen gegenüber der Schnelligkeit beruhte, mit der ehemalige sozialistische Positionen über Bord geworfen wurden und vor allem darauf, daß die Parteibasis in diesen Prozeß so wenig einbezogen war (und eben nicht auf klaren politischen Zielsetzungen und Alternativen), erreichten Gonzales und der „zweite Mann“, Alfonso Guerra, ihr Ziel. Dies ging sogar so weit, daß der als knallharter „Macher“ verschrieene Mann der Exekutive, Alfonso Guerra, von der ehemals rebellischsten aller Provinzen, von Andalusien, zum „Delegiertenführer“ gewählt wurde.

Insofern waren die Ergebnisse des außerordentlichen Parteitages im großen und ganzen schon vorher programmiert worden.

Ein zweites, sehr wesentliches Element der Kräfteverschiebung auf dem außerordentlichen Parteitag liegt jedoch in der qualitativ anderen Zusammensetzung der Delegierten sowie einem beispiellos undemokratischen Abstimmungsmodus. Auf dem 28. Parteitag gab es noch 1000 Delegierte, die ziemlich „bunt“ zusammengesetzt waren, d.h. sowohl parlamentarische Funktionäre als auch (überwiegend) „einfache“ Basismitglieder waren da. Selbstverständlich war auch noch, daß alle abstimmungsberechtigt waren. Beim außerordentlichen Kongreß gab es nur noch 421 Delegierte (überwiegend parlamentarische Funktionsträger), weil die lokale Delegiertenebene ausgeschaltet worden war und die Vertretungen nur noch auf Provinzebene geladen waren (die Zusammensetzung der Provinzebene spiegelt natürlich nur die vorher gelaufenen Mehrheitsentscheidungen wieder, wodurch die „Kritiker“ ausgefiltert wurden). Es waren jedoch auch nicht einmal alle 421 Provinz-Delegierten abstimmungsberechtigt, sondern lediglich 60 Personen, die sog. Delegiertenführer! So „vertrat“ Alfonso Guerra mit seiner Stimme ca. 26.000 andalusische Parteimitglieder!!



Gonzales hatte vorher wiederholt unmißverständlich klargemacht, daß er bei der Zusammensetzung des 24-köpfigen Exekutivkomitees nicht mit sich handeln lassen werde und tatsächlich wurde kein einziger (!) Vertreter der „Kritiker“ in die Exekutive mit aufgenommen. Lediglich ein paar politisch unbedeutendere Mitglieder wurden gegen andere (ebenfalls unbedeutendere) Namen ausgetauscht. Auf der Ebene der tatsächlichen Macht in der Partei haben sich Gonzales und seine Mannen also kompromißlos gegen ihre ursprünglichen Kritiker durchgesetzt. Und auf der Ebene der programmatischen Grundlagen gab es auf dem Parteitag nicht mal mehr den Ansatz einer Auseinandersetzung. Mit zwei Gegenstimmen und vier Enthaltungen wurde eine Passage zum Marxismus verabschiedet, gegen die sich in ähnlicher Fassung auf dem 28. Parteitag die große Mehrheit der Delegierten gewandt hatte:

„Die PSOE benutzt den Marxismus als ein theoretisches Instrument zur kritischen und nicht dogmatischen Analyse und Umwandlung der sozialen Wirklichkeit, sie erfaßt die verschiedenen marxistischen und nicht marxistischen Strömungen, die dazu beigetragen haben, aus dem Sozialismus die große emanzipatorische Alternative unserer Zeit zu machen. Die Partei respektiert vollkommen die individuellen Überzeugungen“ („El Pais“, 30.9.1979).

Die „Welt“ schreibt dazu frohlockend „die Parteideologen (haben) das Denkmal des Anstoßes, Karl Marx, endgültig in den Heiligen schrein sozialistischer Ahnenverehrung abgeschoben“ („Welt“, 1.10.79).

Wie konnte es zu dieser völligen Kräfteverschiebung kommen? In den 5 Monaten zwischen den beiden Kongressen war Gonzales von Provinz zu

Die Frage drängt sich auf, ob sich die PSOE bei einem solchen Verständnis von Parteitage-Demokratie nicht solchen „Firlefanz“ demnächst ganz sparen kann. Die Gonzales-Mannschaft wird die kommende Zeit nutzen, um der Partei eine andere innere Verfassung zu geben, die sich auf Führungsebene durch „mehr Professionalität“, „moderne Führungstechniken“, mehr Disziplin und insgesamt durch ein Verlassen der „archaischen Untergrundmentalität“ auszeichnen soll (El Pais, 28.9.).

Wie ausschließlich von globalen Staatsinteressen Felipe Gonzales in seinen Handlungen ausgeht, demonstrierte er u.a. in einem Interview mit der bürgerlichen Tageszeitung „El Pais“. Auf die Frage einer möglichen Regierungskoalition mit der rechten Regierungspartei UCD antwortete er, daß die PSOE dies nicht für opportun halte. Dadurch würde der Fächer der Opposition nach links (und nach rechts) zu weit ausgedehnt werden, was zu einer Destabilisierung führen würde. „Jeder muß in der Demokratie die Rolle spielen, die ihm zukommt“ – und die PSOE-Führung will die Rolle der staatszerstörenden Opposition spielen und alle linken Kräfte „integrieren“. Auch die Gründung einer radikaldemokratischen sozialistischen Partei sei „sehr intensiv“ in den Führungsgremien der Partei diskutiert worden (!).

Auch dies halte man nicht für angebracht, da die PSOE sehr wohl solche Kräfte der linken Intelligenz etc. integrieren könne (El Pais, 28.9.79).

Besonders diese letzte Aussage dürfte ein paar Denkprozesse in Gang setzen, was die Rolle links-sozialistischer Organisationen/Parteien anbetrifft, zumindest, was auf diesem Gebiet alles möglich ist... Spanien-Kommission



Rigide „Geburtenkontrolle“ in China

Eine drastische Senkung der Geburtenrate gehört zu den Hauptzielen der chinesischen Regierung. Nach einem von Hua Guo-feng persönlich verkündeten Plan soll die Zuwachsraten der Bevölkerung Ende 1979 bei 1 % liegen, bis 1985 soll sie auf 0,5 % abgesenkt werden, und im Jahr 2000 soll sogar ein „Nullwachstum“ der chinesischen Bevölkerung erreicht sein. Als Argument wird angeführt, daß die Kinderaufzucht die chinesische Volkswirtschaft allzu stark belastet und daß der Bevölkerungszuwachs dem wirtschaftlichen Wachstum vorausseile, so daß Arbeitslosigkeit die Folge sei. Ein rigides Abwürgen des Bevölkerungszuwachses (der in China ohnehin prozentual erheblich unter dem Welt-Durchschnitt liegt) soll Mittel in Milliarden-Höhe für die „Modernisierung“ und Aufrüstung Chinas freisetzen. War in Huas Bericht auf der 2. Tagung des Nationalen Volkskongresses war in Huas Bericht auf der 2. Tagung des Nationalen Volkskongresses vor ein paar Monaten noch davon die Rede, „die breiten Massen für eine freiwillige Geburtenkontrolle zu gewinnen“ und entsprechende „ideologische Überzeugungsarbeit“ zu leisten, so wurden inzwischen administrative Maßnahmen verfügt, die für Freiwilligkeit keinerlei Raum mehr lassen, sondern das Nullwachstum mit wirtschaftlichem Zwang durchsetzen sollen.

Nach einer Ankündigung der für diese Frage zuständigen Ministerin, Frau Chen Mu-hua, befindet sich ein Gesetz in Vorbereitung, das für ganz China einheitlich eine Sondersteuer und sonstige Nachteile für „Kinderreiche“ regeln soll; ebenso sollen die Belohnungen und Vorteile für Familien mit keinem oder nur einem Kind einheitlich geregelt werden.

Zur Vorbereitung und Erprobung eines solchen Gesetzes wurden in den letzten Monaten in verschiedenen Provinzen und Großstädten Chinas Regelungen „auf Versuchsbasis“ eingeführt, die aber noch nicht einheitlich sind. Einige der wichtigsten Maßnahmen sind:

- Heraufsetzung des gesetzlichen Mindestalters zum Heiraten für Frauen auf 23 und Männer auf 25 Jahre (auf dem Lande) bzw. auf 25 und 27 Jahre (in den Städten).
- Für Studenten ist das Heiraten generell verboten. Wer heiratet, verliert seinen Studienplatz.
- Sonder-„steuer“ gegen Eltern, die nicht verheiratet sind. Diese Sonder-„steuer“ wird erhoben, bis die Eltern eine Heiratsurkunde vorweisen können.

- Lohnabzüge bei den Eltern, und zwar 10 % für ein „ungeplantes“ Kind. Das ist entweder ein drittes (bzw. ein weiteres) Kind, oder das zweite Kind, falls ein jetzt vorgeschriebener Abstand von mindestens vier Jahren zur Geburt des ersten Kindes nicht eingehalten wird. Die Lohnabzüge werden beim dritten oder weiteren Kind bis zu dessen 14. Lebensjahr kassiert; bei einem „ungeplanten“, „vorfristigen“ zweiten Kind gilt der 10 %ige Abzug bis zum 4. Geburtstag des ersten Kindes.

- In Peking gilt 10 % Lohnabzug für das dritte Kind, 15 % für das vierte, 20 % für das fünfte usw.
- Nach der Geburt eines dritten (oder weiteren) Kindes bekommt die Mutter nur 56 Tage (statt sonst sechs Monate) Urlaub.
- Kader, Arbeiter usw., die ein „ungeplantes“ Kind bekommen, sind für zwei Jahre von jeder Beförderung ausgeschlossen.

Aus diesen Maßnahmen, insbesondere der „Sondersteuer“ bzw. Lohnabzug, ist offensichtlich, daß bei dem chinesischen Lohnniveau, das sich ohnehin meist am Rande des Minimums bewegt, von den neuen Maßnahmen ein sehr scharfer Zwang ausgeht. Opfer dieses Zwangs werden insbesondere die „ungeplanten“ Kinder werden, zumal kinderreiche Familien (d.h. ab dem dritten Kind) auch bei der Vergabe von Kindergartenplätzen und Wohnraum benachteiligt werden sollen.

Für Ehepaare, die kinderlos bleiben oder sich auf ein Kind beschränken, winken hingegen nach den neuen Vorschriften Belohnungen, wobei auch in diesem Punkt die Maßnahmen in den einzelnen Provinzen und Großstädten bisher uneinheitlich sind. Beispiele:

- Eltern, die sich auf ein Kind beschränken, erhalten im Jahr zwischen 30 und 60 Yuan (letzteres entspricht etwa einem durchschnittlichen Monatslohn), bis zum 14. Geburtstag des etwa einem durchschnittlichen Monatslohn), bis zum 14. Geburtstag des Kindes.
- Sie erhalten genausoviel Wohnfläche, wie sie einer Familie mit vier Kindern zustehen würde.
- Sie werden bei der Vergabe von Krippen- und Kindergartenspielflächen sowie bei der medizinischen Versorgung (!) bevorzugt.
- Eltern, die kinderlos bleiben oder sich auf ein Kind beschränken, erhalten einen Zuschlag zu ihrer Altersrente. (Kinderreichtum gilt in China immer noch, vor allem auf dem Lande, als sicherste Altersversorgung).

Beispielhafte Fälle machen der Bevölkerung zudem deutlich, wie es Leuten ergeht, die diese Zwangs-„Geburtenkontrolle“ sabotieren:

- Ein Kreissekretär der KP hatte bereits fünf Kinder. Als seine Frau ihr sechstes Kind erwartete, sollte sie zu einer Abtreibung veranlaßt werden. Sie weigerte sich; ihrem Mann wurde daraufhin die Beförderung gesperrt.
- Ein Abteilungsleiter eines Bezirkskomitees der Partei hatte bereits zwei Kinder. Als seine Frau ihr drittes Kind erwartete und sich weigerte, eine Abtreibung machen zu lassen, wurden beide mit einem 5 %igen Lohnabzug bestraft.
- Ein „Barfußdoktor“ hatte mehreren Frauen auf deren Wunsch „illegal“ ihre Spiralen herausgenommen. So kam es zu mehreren „ungeplanten“ Geburten. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

(Quelle: chinesische Rundfunkberichte, nach „SWB“; sowie „KVZ“ vom 17.9.).

Obwohl Chinas Massenpropaganda behauptet, die neuen Maßnahmen würden von der Bevölkerung „begeistert begrüßt und willkommen geheißen“, dürften sie in Wirklichkeit eher unpopulär und schwer durchsetzbar sein. Insbesondere die verschärfte rigide Festsetzung des Heiratsalters, verbunden mit der Diskriminierung und Unterdrückung außerehelicher Sexualität paßt schlecht zu dem vergleichsweise liberalen, offenen Image, das sich die Regierung ansonsten gerade bei den Jugendlichen zu geben versucht. Die neuen Maßnahmen werden kinderreiche Familien in schlimmste wirtschaftliche Not stoßen, so daß die Regierung letztlich vor der Entscheidung stehen wird, ihre eigenen Maßnahmen zu lockern, oder den wirtschaftlichen Zwang durch massenhafte Zwangssterilisationen zu ersetzen, oder aber Scharen von Bettlern in Kauf zu nehmen. Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Maßnahmen Bestand haben. Wahrscheinlicher ist, daß sie zu einem Brennpunkt des Widerstands gegen die Herrschenden werden.

Neues aus China

Wieder Aktivisten der Kulturrevolution verhaftet

Nachdem in den letzten Monaten keine neuen politischen Verhaftungen und Prozesse in China bekannt geworden waren, wurde auf einer Massenversammlung am 18.9. in der Provinz Honan die Verhaftung von drei Aktivisten der Kulturrevolution bekanntgegeben: Shen Maogon, während der Kulturrevolution Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees von Honan; Bao Guorong und Dou Zheng, zwei frühere Provinzfunktionäre. Allen dreien wird die Verantwortung für „blutige Zwischenfälle“ während der Kulturrevolution vorgeworfen. Ausserdem hätten sie Hua Guo-feng und Deng Hsiao-ping „beleidigt“ und zum bewaffneten Widerstandskampf gegen die derzeitige Regierung aufgerufen (SWB, 1.10., nach einer Meldung von „Hsinhua“).

Kulturrevolution verurteilt

In einer Rede am 29.9. äusserte der Stellvertretende Parteivorsitzende Ye Jianying eine Kritik der Kulturrevolution, die über die bisherigen offiziellen Verlautbarungen deutlich hinausgeht: „...Die Kulturrevolution wurde ausgelöst, um den Revisionismus zu verhindern und zu bekämpfen. Selbstverständlich ist es für eine proletarische Partei an der Macht nötig, ständig auf der Hut gegen ein Abgleiten auf den revisionistischen Weg zu sein ... Aber der springende Punkt ist, daß zur Zeit, als die Kulturrevolution ausgelöst wurde, die Einschätzung von der inneren Lage der Partei und des Landes nicht der Wirklichkeit entsprach; es wurde keine genaue Definition des Revisionismus gegeben und es wurde eine falsche Politik und Kampfform angewendet, die vom Prinzip des demokratischen Zentralismus abwich...“ („Hsinhua“, 29.9., SWB, 1.10.). Das damit endgültig auch Mao offen in die Schußlinie gerückt ist, kennzeichnet eine qualitativ neue Stufe der Abrechnung mit der Vergangenheit.

Demonstrationen in Peking

Eine kleine Gruppe von etwa 15 Demonstranten wurde am Vorabend des 30. Jahrestags in der Peking Innenstadt von der Polizei aufgelöst und festgenommen („TAZ“, 1.10.).

Eine oppositionelle Organisation, die sich „Liga der Arbeiter, Bauern, und Soldaten-Bittsteller aus dem ganzen Land“ nennt, hat am 8.10. auf Wandzeitungen zu einer Massendemonstration aufgerufen, die „in Kürze“ stattfinden soll („TAZ“, 9.10.).

Mehr als 2.000 Studenten und Dozenten Pekings demonstrierten am 10.10. für den Abzug der seit 1972 im Uni-Viertel stationierten Militäreinheiten. Ihre Parolen lauteten: „Widersteh euch dem Stil der Militärmacht“, „Nieder mit den Privilegien der Peking Garnison“, „Die Volksuniversität ist keine Kaserne“ („Welt“ und „Neue“ vom 11.10.).

Betr.: „China-Petition“

Bei der Nennung der bisherigen Unterzeichner einer „Petition“ an die chinesische Regierung zugunsten der inhaftierten und verfolgten Revolutionäre und Demokraten in der VR China haben wir den Göttinger ASA vergessen.

CSSR-Behörden bürgern Kohout aus

Mit Wirkung vom 1. Oktober hat das tschechoslowakische Innenministerium dem Dramatiker Pavel Kohout die CSSR-Staatsbürgerschaft entzogen. Kohout lebte und arbeitete seit knapp einem Jahr in Österreich; im Oktober letzten Jahres hatte er eine offizielle, auf ein Jahr befristete Ausreiselerlaubnis erhalten. Bei dem Versuch, nun wieder nach Prag zurückzukehren, wurde er von CSSR-Grenzbeamten mit Gewalt wieder auf österreichischen Boden zurückgebracht. Drei Tage später erhielt er die Mitteilung der Ausbürgerung.

Nach Kohouts Mitteilung wird ihm vorgeworfen, Kontakte zu CSSR-Emigranten unterhalten zu haben, um nach seiner Rückkehr nach Prag die Verbindung zwischen der

Fortsetzung nächste Seite

Anmerkungen zum „Hitler-Stalin-Pakt“

Die Darstellung, die Kt. in AK 162 vom „Hitler-Stalin-Pakt“ gibt, erscheint mir im wesentlichen korrekt, insbesondere die Feststellung, daß der Abschluß damals für die UdSSR wohl tatsächlich die einzige Möglichkeit war, bzw. der Sowjetführung als solche erscheinen mußte, einer völligen außenpolitischen Isolierung zu entgehen und in dem erwarteten Krieg nicht völlig alleine kämpfen zu müssen.

Sehr wichtig finde ich auch den Hinweis auf das sogenannte „Einkassieren“ Polens, da der rechtmäßige Anspruch der UdSSR auf diese Gebiete in fast allen Abhandlungen zu diesem Thema unter den Tisch fällt bzw. bewußt verschwiegen wird, um so — über den Hinweis auf die „Raubgier“ der UdSSR — die Schändlichkeit des Vertrages noch zu unterstreichen.

Meine „Bauchschmerzen“ bei dem Vertrag liegen also weniger in seinem Abschluß begründet, da würde ich Kt. in seiner Rechtfertigung durchaus zustimmen, sondern in der Art und Weise, wie mit diesem Vertrag darin Politik gemacht wurde. Kt. deutet das nur an zwei Stellen kurz an: „...war... die internationale kommunistische Bewegung ... verblüfft worden“, und wenn er die GIM Recht gibt, wenn sie schreibt: „Aber es war verheerend, gleichzeitig mit dem Nichtangriffspakt auch im politischen Kampf gegenüber dem Faschismus abzurufen.“

Zur Literatur: Dies dürfte das Haupthindernis für eine genaue Untersuchung dieses Aspektes sein. Mir liegt leider nur das Buch „Die KPD von 33 - 45“ von Horst Duhnke vor, ein Werk, das sicherlich mit allergrößter Vorsicht zu genießen ist, vor allem was die Wertungen des Autors angeht. Ich will daher versuchen, mich auf die Stellen zu beschränken, an denen er andere Quellen zitiert oder paraphrasiert.

Zu berücksichtigen ist m.E. weiterhin, daß die KPD, sofern sie noch nicht ganz zerschlagen war, unter den Bedingungen härtester Illegalität arbeiten mußte, war natürlich Auswirkungen auf das geschlossene Vorgehen als Organisation, den internen Informationsfluß und den Prozeß der innerverbandlichen Meinungsbildung hatte. Die Stellungnahmen von Mitgliedern oder einzelnen Einheiten können also nicht generell der „Zentrale“ bzw. „Moskau“ angelastet werden.

Wenn Kt. von der „Verblüffung“ der internationalen kommunistischen Bewegung spricht und es auch Duhnke „zweifelhafte“ erscheint, „ob die

KPD über die Unterredungen und Verhandlungen zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung ... unterrichtet war“, so bereitet mir eine derartige „Geheimdiplomatie“ erstmal größeres Unbehagen, weil es m.E. keine Gründe gab, diese Verhandlungen der Öffentlichkeit vorzuenthalten. Hätte das nicht auch die Westmächte zu einem etwas konsequenteren Auftreten gegenüber Nazi-Deutschland zwingen können? Und selbst wenn man den Standpunkt der Sowjetführung, zunächst die eigene Position abzusichern, anerkennt, so bleibt doch die Verantwortung, die die Sowjetunion als einziges sozialistisches Land gegenüber der kommunistischen Bewegung trug. Von daher scheint mir ein so abruptes, in der Öffentlichkeit absolut nicht vorbereiteter Kurswechsel — auch wenn er nur taktischer Natur war — reichlich verantwortungslos.

Die erste offizielle Reaktion der KPD war laut Duhnke eine ZK-Erklärung vom 25. August: „Der Pakt galt ihr als Beweis dafür, daß die Phrasen vom ‚Lebensraum‘ und dem ‚antibolschewistischen Kreuzzug‘ bankrott seien, da Deutschland seine wirtschaftlichen Erfordernisse auch durch friedlichen Handel befriedigen könne... Jedoch warnte die Partei das Volk davor, sich Illusionen darüber hinzugeben, daß Hitler eine solche Politik auch durchführen werde. Hitler habe den Pakt in einer schwierigen Notlage abgeschlossen...“ (S. 334). Hier wird der Pakt also nicht aus den Interessen der UdSSR heraus erklärt, sondern — in gefährlicher Verkenntnis der Tatsachen — von einer vermeintlichen Schwäche Nazi-Deutschlands her. Kein Wort darüber, daß auch Hitler ein bestimmtes Interesse mit dem Pakt verband. Dagegen „verteidigte Molotow den Pakt mit der Argumentation, daß er in erster Linie im Interesse des Sowjetvolkes und der UdSSR liege... Da die Westmächte darauf hingearbeitet hätten, daß die Sowjetunion und Deutschland einander in die Haare geraten“, hätte Stalins Hinweis auf gutnachbarliche Beziehungen ... einen glänzenden Sieg historischer Voraussicht dargestellt. „Man muß zugeben“, fuhr Molotow fort, „daß es in unserem Lande einige kurzsichtige Leute gab, die sich von einer übereinfachen antifaschistischen Propaganda hinreißen ließen, die provokatorische Arbeit unserer Feinde vergaßen“ (S. 335). Ist der erste Teil auch korrekter als in der KPD-Stellungnahme, so wird aber ein gefährlicher Zungen-

schlag deutlich, der in der KPD-Propaganda noch um einiges klarer zutage tritt: „Augenscheinlich war die Partei bestrebt, den Eindruck zu erwecken, der deutsch-sowjetische Pakt trage irgendwie zur Entwicklung der Volksrevolution in Deutschland bei, indem er die deutschen Massen von der Stärke des sowjetischen Sozialismus überzeuge. Wer Frankreich und Großbritannien in ihrem Krieg gegen Deutschland unterstützte, so wurde behauptet, diene nicht dem Kampf für die Niederlage des Naziregimes in Kriegszeit... Das sei nur ein weiteres Beispiel der Klassenkollaboration mit der französischen und britischen Bourgeoisie, die ... versuche, den deutschen Imperialismus ein für allemal zu vernichten, indem sie dem deutschen Volk die Grundlage seiner unabhängigen Existenz raube.“ Frankreich und Großbritannien führten in Wirklichkeit keinen Krieg gegen Nazi-Deutschland, sondern gegen das deutsche Volk“ (S. 339).

Und weiter: „Wilhelm Florin legte als erster Sprecher der KPD dar, warum sie sich in der gegenwärtigen ‚völlig neuen Situation‘ weigerte, sich dem Kampf gegen Nazi-Deutschland anzuschließen“ (S. 339). Unter Bezug auf eine Broschüre Florins („Kampf den Kriegsverbrechen in Berlin wie in London und Paris“) schreibt Duhnke weiter: „Die deutschen Kapitalisten jedoch, fuhr er (Florin) fort, hätten eingesehen, daß ein solcher Krieg (gegen die UdSSR) nicht populär wäre und mit einer sicheren Niederlage des deutschen Imperialismus geendet hätte. Sie hätten sich daher entschlossen, eine ‚Wendung‘ zu vollziehen, während die hinterhältigen englischen und französischen Kriegstreiber das ‚verbrecherische Spiel‘ fortgesetzt hätten... Die deutschen Werktätigen würden diesen Pakt verteidigen“ (S. 339). „Der Abschluß des deutsch-sowjetischen Paktes habe die Pläne der Imperialisten ‚zerschlagen‘, behauptete Florin“. „Die deutschen Arbeiter und Bauern könnten diese ‚Gegner‘ (Anführungszeichen bei Florin) Hitlers nicht unterstützen, schrieb Florin“. „Florin beschuldigte die deutschen Sozialdemokraten, sie unterstützten die französische und britische Bourgeoisie, weil sie sich vor ‚neuen sozialistischen Revolutionen‘ nach dem Kriege fürchteten“ (S. 340).

So etwas, wie Kt. es tut, als „Übertreibung“ abzutun, haut nicht hin. Das ist eine völlige Verkenntnis der Ziele des Faschismus, Verharmlosung der Kriegsgefahr und falsche Bestim-

mung des Hauptfeindes, das ist politische und ideologische Entwaffnung und Desorientierung im antifaschistischen Kampf. Welchen Schaden derartige Stellungnahmen der KPD-Zentrale damals tatsächlich unter den Bedingungen der Illegalität anrichten konnten, ist eine andere Frage. Aber welche Konfusion zum Teil in den führenden Köpfen herrschte, zeigt allein die Tatsache, daß „einige KPD-Führer sogar glaubten, daß der Pakt Möglichkeiten für ‚legale‘ kommunistische Propaganda in Deutschland eröffnen werde, die man nicht durch ‚primitiven Antifaschismus‘ stören dürfe“ (S. 336).

Entsprechend katastrophal waren die Auswirkungen auf die oh schon reichlich verkorkte Bündnispolitik mit der SPD (zumindest in den Exilgruppen): „... wurde nun jegliche Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Führern und Organisationen abgelehnt“ (S. 341).

Anstatt in der Propaganda den Hauptstoß gegen Hitler und die Nazi-Politik zu führen, zu enthüllen, welche Vorteile Hitler sich von dem Pakt versprach, nahmen nun die Angriffe gegen England und Frankreich und deren Unterstützung durch die Sozialdemokratie zumindest einen gleichberechtigten Rang ein. „Der britische Imperialismus wurde (von W. Ulbricht, Anm. Z.) als noch reaktionärer als der deutsche, ja als ‚reaktionärste Kraft in der Welt‘ bezeichnet“ (S. 344). Die Unsinnigkeit solcher Positionen dürfte offensichtlich sein.

Und noch so ein „Leckerbissen“: Duhnke zitiert Ulbricht: „Wenn Hilferding und die anderen früheren sozialdemokratischen Führer ihre Kriegspropaganda gegen den deutsch-sowjetischen Pakt richten“, behauptete Ulbricht, „so deshalb, weil der englische Plan (Deutschland gegen die Sowjetunion aufzuwiegen, Anm. Duhnke) um so weniger zum Ziele führt, je tiefer die Freundschaft zwischen dem deutschen Volk und dem Sowjetvolk in den werktätigen Massen verwurzelt ist. Deshalb (!) sehen nicht nur die Kommunisten ... ihre Aufgabe darin, unter keinen Umständen einen Bruch des Paktes zuzulassen“ (S. 347). Was dieser Pakt der Regierungen mit der Freundschaft der Völker zu tun hatte, bleibt zumindest arg im Unklaren.

Worauf es mir ankommt ist, daß der Pakt unter den von Kt. benannten objektiven Bedingungen her gerechtfertigt war und die Kritik auf die Politik, die damit gemacht wurde, gerichtet werden muß. Anstatt korrekt dar-

zustellen, warum die UdSSR sich auf eine Paktiererei mit dem faschistischen Regime, dessen ernsthaftester Gegner sie ja tatsächlich war, eingelassen hatte, welche Ziele sie damit verfolgte, wurden Illusionen („Zugeständnisse“ Hitlers, Legalisierung der KPD-Propaganda, Schwäche des Faschismus...) verbreitet und zeitweise eine — auch von den Interessen der UdSSR her — unsinnige und bündnispolitisch falsche Umorientierung auf die Propaganda gegen Frankreich und England betrieben, was ja objektiv eine Abschwächung (nicht Einstellung) des Kampfes gegen Hitler bedeutete. Insofern scheint mir die These von der Abrüstung im politischen Kampf gegen den Faschismus durchaus zutreffend.

Z., Göttingen

Texte zur Stalinfrage

jr

Aus dem Inhalt:

Die Rolle Stalins in und nach der Oktoberrevolution
Die Moskauer Prozesse
Die „Stalin-Frage“ und die KP Chinas

Mao-Tse-Tung: Bei der Unterdrückung der Konterrevolution muß die Massenlinie der Partei befolgt werden
Interview mit Charles Bettelheim

ISBN 32181026

168 S.
D91
12,50

Nochmals die „KPD“ zum „Hitler-Stalin-Pakt“

In der „Roten Fahne“ vom 23.8.79 hatte sich E.St. (führender Autor der „KPD“) erstmals zum „Hitler-Stalin-Pakt“ geäußert, den er dort scharf verurteilte. Auf einen kritischen Leserbrief hin hat E.St. in der „Roten Fahne“ vom 4.10. das Thema noch einmal aufgenommen und in erstaunlicher Weise vertieft. So behauptet er nun, es sei „eine historische nachgewiesene und dokumentarisch belegte Tatsache: Hitler hätte den Krieg gegen Polen zu diesem Zeitpunkt nicht begonnen, wenn er den Vertrag mit Rußland nicht in der Tasche gehabt hätte.“ Schlußfolgerung: „Daß also der Krieg gegen Polen zu diesem Zeitpunkt ausbrach und nicht verschoben wurde, war a u c h die Schuld Stalins.“

Leider legt E.St. seine historischen Dokumente und Nachweise nicht offen. Immerhin scheint er über Dokumente zu verfügen, die eine sensationelle Neuschreibung der Geschichte veranlassen müßten. Bisher bestand nämlich weitgehende Übereinstimmung, daß Hitler bereits im Frühjahr 1939 die Vorbereitungen zum Krieg gegen Polen anlaufen ließ. Dieser Krieg wurde durch eine systematisch angelegte, zentral gelenkte Medienkampagne monatelang ideologisch vorbereitet. Erst am 23.8. aber, eine Woche vor Auslösung des Überfalls auf Polen, wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt abgeschlossen.

Zum Zeitpunkt des Überfalls schrieb Hitler am 3.9.39 an Mussolini, der „jetzige Zeitpunkt“ sei für einen Angriff auf Polen der geeignete, denn: „Zur Zeit ist die Überlegenheit der deutschen Wehrmacht in Polen auf allen technischen Gebieten eine so ungeheure, daß die polnische Armee in ganz kurzer Zeit zusammenbrechen wird. Ob dieser schnelle Erfolg in ein oder zwei Jah-

ren auch noch zu erzielen gewesen wäre, glaube ich bezweifeln zu müssen.“ (da in diesem Fall eine forcierte Aufrüstung Polens mit Hilfe von Groß-Britannien und Frankreich zu befürchten gewesen wäre). Die strategischen Überlegungen der Nazis liefen spätestens seit 1937 darauf hinaus, einen Krieg frühzeitig zu beginnen, da davon ausgegangen wurde, daß sich das militärische Kräfteverhältnis bis etwa 1943-45 wesentlich zu u n g u n s t e n Deutschlands verändern würde.

E.St. behauptet in seinem zweiten Artikel außerdem: Daß 1939 kein Pakt der imperialistischen Westmächte mit der Sowjetunion zustande kam, „war natürlich nicht allein die Schuld der Sowjetunion, aber es war a u c h Schuld der Sowjetunion.“ Auch diese Behauptung ist rein spekulativ. Tatsache ist, daß bis zum August 1939 kein solcher Pakt zustande gekommen war, obwohl die Sowjetunion mehrmals konkrete und detaillierte Vorschläge in diese Richtung gemacht hatte.

Es ist bis heute von seiten der Regierungen Frankreichs und Groß-Britanniens kein einziges Dokument veröffentlicht worden, daß darauf schließen ließe, daß es 1939 irgendeine auch nur halbwegs für die Sowjetunion akzeptable Veränderung im damaligen Verhalten Groß-Britanniens und Frankreichs gegeben hätte. Der imperialistischen Logik würde es zweifellos entsprechen, selbst das geringfügigste Dokument in diese Richtung bekanntzugeben, um der sowjetischen Regierung die Schuld am Kriegsbeginn 1939 anzulasten. Umso bezeichnender, daß es kein Dokument dieser Art gibt!

E.St. beschäftigt sich in seinem Artikel auch mit der Frage, ob es 1939 nicht die Pflicht der Sowjetunion gewesen wäre, einen „Präventivkrieg“ (einen vorbeugenden Krieg) gegen Deutschland zu füh-

ren. „Das ist eine Frage des militärischen und politischen Kräfteverhältnisses, die sicherlich zur Einschätzung führt, daß das abenteuerlich gewesen wäre“ (E.St.). Trotz dieser Einschätzung erhebt E.St. aber wenig später die Frage: „Was hätte Stalin eigentlich daran gehindert, öffentlich zu erklären, die Sowjetunion werde — im Falle eines Angriffs von Hitler auf Polen — alles in ihrer Macht und in ihrem Sicherheitsinteresse Stehende tun, um den polnischen, ukrainischen und weißrussischen Brüdern (in Ostpolen — Anm. AK) zur Hilfe zu kommen?“

Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder geht E.St. davon aus, daß allein eine solche Drohung der Sowjetunion ausgereicht hätte, um die Nazis zumindest von der Besetzung Ostpolens abzuhalten. Das liegt im Bereich der Spekulation. Oder die Sowjetunion wäre im anderen Fall in die Situation gekommen, entweder ihre Ankündigung einzulösen — also in Ostpolen einzumarschieren (was E.St. aber angesichts des Kräfteverhältnisses selbst als „abenteuerlich“ einschätzt), oder sich als wortstarker „Papiertiger“ zu blamieren und damit den Größenwahn der Nazis noch zu bestärken.

Nachdem E.St. in der „Roten Fahne“ vom 23.8. schon die Schlußfolgerung gezogen hatte: „Wenn man den ‚Hitler-Stalin-Pakt‘ richtig kritisiert, muß man die chinesische Militärführung gegen Vietnam befürworten“, hat er mit seinem Hinweis auf einen möglicherweise notwendigen „Präventivkrieg“ (damals gegen Deutschland, heute selbstverständlich gegen die Sowjetunion und deren Verbündete!) das Ziel seiner Argumentation noch deutlicher herausgearbeitet: Ein „Präventivkrieg“ gegen die Sowjetunion ist nötig. Wann und wie er zu führen ist, bestimmt sich allein aus dem militärischen Kräfteverhältnis.

Leserbrief zum Artikel „Zur Diskussion um den ‚Hitler-Stalin-Pakt‘“

Ich halte es für falsch, zu trennen — wie der Autor Kt. — zwischen dem „Vertrag als solchem“ einerseits und seiner propagandistischen bzw. theoretischen Begleitmusik seitens der sowjetischen Führung andererseits. Grade dann, wenn ein sozialistischer Staat einen Pakt schließt mit einem faschistischen, ist er verpflichtet, seinen Verbündeten — und das sind zunächst die betroffene Arbeiterklasse, die Kommunisten, Antifaschisten, Oppositionellen etc. in Deutschland — diesen Schritt in aller Deutlichkeit zu erklären. Andernfalls, wenn — wie hier — dieser Vertrag ausgeschmückt wird mit Äußerungen, die den Anschein eines Freundschaftsvertrages erwecken könnten, und sogar (laut Artikel) schändlicherweise deutsche Antifaschisten an die Nazis ausgeliefert werden, liegt allerdings die Befürchtung von Verrat nahe, und damit würde das Verzeihen von KP-Mitgliedern und Anhängern verständlich.

Die Darstellung der Begleiterscheinungen des Paktes unterstreicht meines Erachtens die (von Kt. kritisierte) Kritik der GIM.

Ich möchte zu diesem Problem Karl August Wittfogel zitieren: „... Lenin hat ... immer erklärt, was er macht. Wenn Stalin handelt, wissen wir oft nicht, was er macht. Er erklärt uns nicht wirklich, warum er dies oder jenes tut. Ich bin für eine Führung, wo ich weiß, was sie will, und die mir erklärt, warum“ (aus: Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern; aufgezeichnet von Mathias Greffrath; Reinbek 1979, rowohlt dnb 123/S. 324).

Solidarische Grüße
H. Preetz

Fortsetzung von Seite 47

Opposition im Ausland und der in der CSSR zu übernehmen. Die Kontakte sollen u.a. zu Zdenek Mlynar und Premal Janry bestanden haben. Darüberhinaus wird Kohout vorgeworfen, in Österreich eine „antitschechoslowakische Tätigkeit“ begonnen und mit seinem Roman „Die Henkerin“ ein „antitschechoslowakisches Pamphlet“ verfaßt zu haben.

Zu einem interessanten Widerspruch kam es, als Kohout mitteilte, die Behauptung, er wolle Verbindungsmann der Opposition werden, beruhe nach Aussage der CSSR-Stellen auf einer Information des linken SPD-Bundestagsabgeordneten Dieter Lattmann. Lattmann nannte diese Behauptung absurd und erklärte, daß sie „mit den Tatsachen nicht das geringste zu tun habe“.

Es liegt nahe, daß der tschechoslowakische Nachrichtendienst mit dieser gezielten Meldung mögliche Kontakte zwischen der CSSR-Opposition und der SPD-Linken diskreditieren will.

In der Charta 77 gehörte Kohout sicherlich nicht zu den Exponenten des fortschrittlichen Flügels. Nach seiner Abkehr vom „Stalinismus“, als dessen Verfechter er zu Beginn seiner schriftstellerischen Laufbahn hervorgetreten war, ist er nunmehr einer Gruppe von Oppositionellen zuzuordnen, die zu einer gewissen Kooperation mit der Prager Regierung bereit sind. Kohout hatte sich zu Beginn seines Auslandsaufenthalts verpflichtet, in Österreich keine politische Stellungnahme abzugeben und sich nach eigener Aussage auch an diese Verpflichtung gehalten. Wenn die „FAZ“ schreibt, daß ihm sein Verhalten in den letzten Jahren „nicht selten den Vorwurf des Opportunismus eingebracht“ hat, so zeigt diese Charakterisierung nur umso deutlicher, wie gering die CSSR-Behörden den Spielraum von Opposition überhaupt bemessen wollen und wie wenig eine „am Pragmatismus orientierte Haltung“ den Oppositionellen selbst einbringen kann.

„Zweckbündnis“ und/oder „Keimform“

Die kommunistische Organisation als „Zweckbündnis“ gehört zu den Modelle-Formeln der „Zentrumsleitung“ (ZL). Im Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ (AK 160, S. 36) tauchte diese Formel erstmals auf, in der „Stellungnahme der Zentrums-Leitung“ (AK 163, S. 49) wurde sie vertieft. Dabei bringt die ZL es fertig, auf unsere Äußerungen zu diesem Thema in dem Artikel „Weiter am Rande des Abgrunds“ (AK 162, S. 39) inhaltlich überhaupt nicht einzugehen. Stattdessen behauptet die ZL in gewohnter Überheblichkeit, wir seien dort nur „scheibabier“ auf das Thema eingegangen, hätten „in Wirklichkeit dazu bloß ein heillos Verwirrspiel angerichtet“ (AK 163, S. 49). Wir wollen in diesem Artikel unsere Überlegungen zum Stichwort „Zweckbündnis“ ausführlicher darstellen.

Was ist ein Zweckbündnis?

Die ZL definiert „Zweckbündnis“ und „Keimform der neuen Gesellschaft“ als widersprüchliche Seiten einer kommunistischen Organisation. Dabei betrachtet sie den „Zweckbündnis“-Charakter als die ständig dominierende, bestimmende Seite dieses Widerspruchs. Hingegen sei die „Keimform“-Seite stets untergeordnet. Das gelte, behauptet die ZL, nicht bloß unter kapitalistischen Bedingungen, sondern auch im Sozialismus und bis zum Übergang zum Kommunismus, bis die Partei „abstirbt“, überflüssig geworden ist.

Der Begriff „Zweckbündnis“ wird von der ZL unter Berufung auf Lenin verwendet. Diese Berufung allein beantwortet aber noch nicht die Frage, ob dieser Begriff das Gemeinte zutreffend bezeichnet. Was diese Frage angeht, sind wir anderer Meinung als die ZL.

„Zweckbündnisse“ im allgemeinen Verständnis dieses Wortes sind beispielsweise die alternativen Wahl-Listen oder, noch weitergehend, Zusammenschlüsse zwischen alternativen und „grünen“ Wahl-Initiativen. Es handelt sich, wie das Wort ausdrückt, also um Bündnisse von Menschen mit unterschiedlichem Interesse, durch die ein bestimmter Zweck (in dem gemeinsame Interessen vorliegen) erreicht werden soll. Das Wort Bündnis drückt den zeitlich und inhaltlich begrenzten Charakter solcher Zusammenschlüsse aus. Abgesehen vom Bündnis-Zweck selbst behalten die Beteiligten ihre unterschiedlichen Auffassungen.

Unserer Meinung nach ist es daher falsch, den Begriff „Zweckbündnis“ auf die kommunistische Organisation ohne weiteres zu übertragen und als deren Hauptseite zu definieren.

Das wäre in der Tat ein „Verwirrspiel“. Begriffe sollen klären, nicht verwirren, und es ist daher unsinnig, denselben Begriff für sehr unterschiedliche Dinge einzusetzen. Deshalb haben wir im AK 162 vorgeschlagen, den Begriff des „Zweckbündnisses“ durch den der „Kampfgemeinschaft“ zu ergänzen. Und zwar nicht im Sinne unterschiedlicher, gar widersprüchlicher Seiten der kommunistischen Organisation, sondern als Einheit. Wir wollen damit zum Ausdruck bringen, daß wir uns nicht nur zu begrenzten Zwecken vorübergehend zusammengeschlossen haben, sondern daß uns gemeinsame Überzeugungen in den grundsätzlichen politischen Fragen und ein kollektiver Kampf einen. Eine kommunistische Organisation unterscheidet sich eben wesentlich von nur „Zweckbündnissen“ wie alternative Listen, BI's usw. Der Begriff der „Kampfgemeinschaft“ wiederum beinhaltet weitgehend auch schon das Element der Solidarität. Diese ergibt sich eben nicht bloß aus dem Anspruch, „Keimform der neuen Gesellschaft“ zu sein, sondern auch aus der politischen Zweckmäßigkeit. Solidarität mit angeklagten Genoss(inn)en beispielsweise entspricht nicht nur dem „Keimform“-Anspruch, sondern ist gleichzeitig notwendige Voraussetzung, um als „Zweckbündnis“, „Kampfgemeinschaft“ überhaupt weiter arbeiten zu können.

„Aspekte“ oder Widerspruch?

Im AK 162 hatten wir von verschiedenen „Aspekten“ der kommunistischen Organisation gesprochen, nämlich „Zweckbündnis“, „Kampfgemeinschaft“ und „Keimform“. Im AK 163 kontierte die ZL: „Aufällig ist, daß hier ständig von 'Aspekten' die Rede ist. Eine Organisation hat (wie alle Dinge der Welt) unterschiedliche Aspekte...“ Der ZL hingegen komme es darauf an, die verschiedenen Seiten der kommunistischen Organisation, „Zweckbündnis“ und „Keimform“, als gegensätzlich, widersprüchlich zu betrachten, mit dem „Zweckbündnis“ als Hauptseite.

Nun, das Wort „Aspekte“ wurde keinesfalls von uns in die Debatte gebracht, sondern von der ZL selbst. Im AK 160 wird es von der ZL durchgängig verwendet, um die verschiedenen Seiten der kommunistischen Organisation zu bezeichnen. Daran haben wir uns im AK 162 schlicht angelehnt. Daß die ZL diesen Begriff jetzt nicht mehr so gut findet, mag ja sein, aber deshalb gehen wir nicht zu polemisieren, ist doch allzu dreist.

Im AK 163 stellt die ZL „Zweckbündnis“ und „Keimform“ als die beiden Seiten eines Widerspruchs dar und zitiert sodann Mao: „Von den beiden Seiten des Widerspruchs ist die eine unweigerlich die hauptsächliche, die andere aber die sekundäre...“ Wer daraufhin Mao im Original liest, sieht, daß dieser nach dem von der ZL herausgegriffenen Zitat fortfährt: „Diese Lage ist aber nicht veränderlich: die hauptsächliche Seite und die sekundäre Seite des Widerspruchs gehen ineinander über, worauf sich auch der Charakter des Dinges entsprechend ändert. Wenn in einem bestimmten Entwicklungsprozess oder in einer bestimmten Entwicklungsetappe ein Widerspruch dessen hauptsächliche Seite A ist und seine sekundäre B, so vertauschen die beiden Seiten in einer anderen Entwicklungssetappe oder in einem anderen Entwicklungsprozess ihre Stellung zueinander...“ („Über den Widerspruch“). Dies hat die ZL zu zitieren „vergessen“. Sonst könnte sie auch nicht so fest behaupten, daß die „Zweckbündnis“-Seite bis zum „Absterben“ der Partei (in einem späteren Stadium des Sozialismus) auf jeden Fall die dominierende Seite (gegenüber der „Keimform“) bleibe.

Wieweit handelt es sich bei dem Begriffspaar „Zweckbündnis“ und „Keimform“ überhaupt um ein Gegensatzpaar, um zwei Seiten eines Widerspruchs? Verschiedene Eigenschaften eines Dinges bilden nicht unbedingt Gegensätze. Ein Stück Fleisch kann beispielsweise die Eigenschaften „groß“, „schmackhaft“ und „nährhaft“ haben, ohne daß diese Eigenschaften sich auf jeden Fall widersprüchlich verhalten müssen.

Was das Begriffspaar „Zweckbündnis“ (plus „Kampfgemeinschaft“) und „Keimform“ angeht, so verhalten sich diese zwar in einigen Fällen tatsächlich als Gegensätze, in anderen Fällen hingegen bedingen sie einander geradezu. Im ersten Fall geht es darum, politischen Nutzen abzuwägen gegen Forderungen, die sich aus dem „Keimform“-Anspruch ergeben. Die Trennung von Hand- und Kopfarbeit bei der AK-Erstellung folgt zwar dem politischen Nutzen, widerspricht aber dem „Keimform“-Anspruch. Im zweiten Fall geht es um Forderungen, die zumindest ohne Beeinträchtigung des politischen Nutzens einzulösen sind oder deren Durchsetzung womöglich sogar die Schlagkraft unserer Organisation steigert. Es gibt also keinen absoluten Gegensatz zwischen „Zweckbündnis“ (plus „Kampfgemeinschaft“) einerseits und „Keimform“ andererseits. Das eine braucht

nicht unbedingt auf Kosten des anderen gehen. Umgekehrt kann es sein, wie derzeit, daß beide Seiten der Organisation viel zu schwach entwickelt sind.

In den konkreten Fällen, wo sich „Zweckbündnis“/„Kampfgemeinschaft“ und „Keimform“ tatsächlich als Gegensätze verhalten, ist mit der Formel der ZL, daß das „Zweckbündnis“ stets die Hauptseite, die „Keimform“ stets die untergeordnete Seite sei, wenig Gutes anzufangen. Verstanden werden könnte dies so, daß im Fall eines Konflikts dieser stets zu Ungunsten der „Keimform“ gelöst werden müsse – was die ZL aber gewiß nicht gemeint hat. Oder etwa doch? Ihre demagogische Zwischenüberschrift (AK 163, S. 48) „Zweckbündnis oder Spielweise“ läßt Arges befürchten. Wenig klärend sind jedenfalls die „Erläuterungen“ der ZL im AK 161 („Angst ist ein schlechter Ratgeber“): „Das heute real Machbare an ‚Emanzipation‘ und Einbringen des ‚Privaten‘ in unsere Politik ergibt sich u.E. unmittelbar aus unserer politischen Aufgabenstellung... Unsere politische Aufgabenstellung ist gewissermaßen der materielle Boden bei der Festlegung des ‚Machbaren‘.“ Was heißt das nun konkret? „Machbar“ ist, was uns nicht bei der Politik behindert? Im Zweifelsfall Lösung zugunsten unserer politischen Aufgabenstellung, zuungunsten von Emanzipations- oder einfach Freizeitforderungen, die folglich zu utopistischen Forderungen werden? Jeder mag das so weit oder so eng interpretieren wie er will – entsprechend der Spannweite, die es innerhalb der Anhängerschaft der ZL in diesem Punkt gibt.

Zuviel „Keimform“ im KB?

Daß die ZL die Begriffe „Zweckbündnis“ und „Keimform“ als absoluten Gegensatz darstellt, bekommt seinen tieferen Sinn durch den Versuch, die „Überbetonung“ des „Keimform“-Anspruchs als eine wesentliche Ursache für die „Zersetzung“ des „Zweckbündnis“-Charakters des KB erscheinen zu lassen. Mit dieser „Überbetonung“ ist ein wichtiger Sündenbock für die anhaltende Krise gefunden – und die ZL benennt im AK 163 auch die Hauptverantwortlichen: Die LG-Mehrheit, die nämlich „eine einseitige Betonung der ‚Keimform‘-Seite“ betreibt, was wiederum „zwangsläufig Rückwirkungen auf den KB haben“ muß, und zwar die „Zersetzung seines Charakters als revolutionäre Organisation“. In demselben Artikel schreibt die ZL auch: „Die Zerstörung des ‚Zweckbündnis‘-Charakters einer kommunistischen Organisation, und damit ihre Zerstörung selbst, läuft prinzipiell auf zwei Wegen: Einmal darüber, daß eine allgemeine Verweigerungstendenz um sich greift... Zum anderen darüber, daß die...“ (S. 49, 4. Spalte unten). „Zuviel“ im Charakter einer kommunistischen Organisation, und damit ihre Zerstörung selbst, läuft prinzipiell auf zwei Wegen: Einmal darüber, daß eine allgemeine Verweigerungstendenz um sich greift... Zum anderen darüber, daß die „Keimform“-Seite im Charakter einer Organisation einseitig „ausgebaut“ und „gestärkt“ wird, daß also die Organisation zum Tummelplatz aller möglichen „repressiven“ Ansprüche wird...“ Die das schreiben sind wohl gemerkt dieselben Leute, die im AK 160 noch im Biedermann-Stil versicherten, daß „Utopismus“

an sich gar nichts schlechtes sei, daß sie selbst „Experimenten“ im Bereich der persönlichen Emanzipation gar nicht abgeneigt seien usw.

Ein „Ausrutscher“, wie die ZL so etwas gerne nennt, ist diese Beschimpfung des KB als „Tummelplatz aller möglichen ‚repressiven‘ Ansprüche“ offensichtlich nicht. Sprechen sie doch an einer weiteren Stelle ihres Artikels nochmals davon, daß es im KB eine „recht breite Strömung“ gebe, „die inzwischen in die leitenden Ebenen des KB auf breiter Front Einbrüche erzielen konnte“, die „dadurch gekennzeichnet sei, daß sie „hauptsächlich die ‚Keimform‘-Seite strapaziert“.

Im AK 162 (S. 39) schrieben wir, „daß der ‚Zweckbündnis‘-Aspekt im KB total unterentwickelt ist, ebenso wie der Aspekt der ‚Kampfgemeinschaft‘ und der ‚Keimform der neuen Gesellschaft‘“. Die ZL ist offensichtlich gegenteiliger Meinung: Im KB werde die Seite der „Keimform“ schon „überbetont“, „einseitig ausgebaut und gestärkt“, ja sogar „strapaziert“.

Um im Jargon der ZL zu sprechen: Es muß seit ihrem ersten Artikel im im AK 160 „in den Hirnen (der ZL) eine eigentümliche Metamorphose (Umwandlung) stattgefunden haben“. In ihrem Artikel „Krise, Utopismus und Entsolidarisierung“ (AK 160, S. 37) hatte die ZL nämlich immerhin noch richtig benannt, daß die Situation im KB durchaus nicht von einem Übermaß an „Keimform“-Elementen gekennzeichnet ist, sondern im Gegenteil durch die „Zersetzung revolutionärer Moral“ durch „Entsolidarisierung“, durch „zunehmende Anpassung an unsere gesellschaftliche Umgebung (Reprivatisierung)“. Waren diese Worte im AK 160 nun nur (um nochmals im ZL-Jargon zu sprechen) der „Speck in der Falle“, oder liegt Schizophrenie vor, oder waren im AK 160 und AK 163 ganz unterschiedliche Verfasser am Werk...?

Es scheint jetzt so, als sei die Kritik an der „Entsolidarisierung“ im AK 160 nur der Köder gewesen, den die ZL hingeworfen hat. Im ZL-Artikel im AK 163 ist diese Seite der Krise gar nicht mehr aufzufinden! Und das, obwohl die ZL im AK 160 noch verkündet hatte, die Hauptgefahr liege in der „Entsolidarisierung“, während der „Utopismus“ („Überbetonung“ des „Keimform“-Aspektes) nur ein „Nebenaspekt“ sei, „z.T. als Echo oder Reflex davon“ (S. 37).

Wenn die ZL jetzt mit der Behauptung herauskommt, daß der „Keimform“-Aspekt im KB schon allzu sehr „strapaziert“ und „überbetont“ werde (also bei der Argumentation von Ha. und Kl., Göttingen, landet!), kann das nur – falls man bei der ZL überhaupt noch Logik vermuten will – auf eine Abschwächung statt auf eine Stärkung des Kampfes gegen die „Entsolidarisierung“ etc.pp. hinauslaufen. Das Problem liegt aber unserer Meinung nach keineswegs darin, den „Keimform“-Aspekt des KB weniger als bisher zu betonen, sondern den „Zweckbündnis“/„Kampfgemeinschaft“-Aspekt stärker als bisher zu betonen.

LG (Mehrheit)

Maßlos übertrieben

Maßlos übertrieben

Im AK 162 („Weiter am Rande des Abgrunds“) hatten wir einige der interessantesten Vorwürfe vorgestellt, die derzeit von der ZL öffentlich gegen die LG-Mehrheit erhoben werden. Im AK 163 („Stellungnahme der Zentrumsleitung“) antwortete uns die ZL, daß dies „maßlose Übertreibungen“ unsererseits seien. Nun ja, wir hatten die einzelnen Vorwürfe eigentlich nur wörtlich zitiert!...

Eine „maßlos übertriebene Unterstellung“ unsererseits sei z.B., daß die ZL uns vorgeworfen habe, den Verzicht auf den ideologischen Kampf zu propagieren. Umso erstaunlicher, daß im selben Artikel der ZL in AK 163 eben dieser Vorwurf gegen uns noch aufgebaut und vertieft wird! Ja, selbst zitiert!

1. Wir seien dagegen, sich im AK mit dem Feminismus kritisch auseinanderzusetzen. Damit seien wir darüberhinaus auch dafür verantwortlich, wenn jetzt Feministinnen im KB „ungeniert ihre Thesen in Zellen, auf Versammlungen aller Art vertreten“ können, ohne daß ihnen jemand widersprechen darf. (Nein, wir übertreiben nicht. Das behauptet die ZL tatsächlich im AK 163, S. 49, 2. Spalte unten und 3. Spalte oben!).

2. „Tatsächlich hat sich die LG-Mehrheit u.E. eine regelrechte ‚Theorie‘ zusammengezettelt, nach der es heute ganz und gar unratsam und ‚unzweckmäßig‘ sei, auf bestimmten Sektoren den ideologischen Kampf nach innen, um ‚schärfere Konturen‘ im KB zu führen“ (AK 163, S. 49, 3. Spalte Mitte). („Maßlos übertrieben“? Ja, selbstverständlich! Aber doch nicht von uns! In-

teressant ist vielleicht, woher die ZL das Wort „unzweckmäßig“ zitiert, daß sie als Äußerung von uns in Anführungszeichen setzt: Im AK 162 hatten wir geschrieben, die ZL habe es „ganz und gar unzweckmäßig fertiggebracht, den KB in eine irrationale Polarisierung zu stürzen, die sich in der Realität noch nicht einmal auf faßbare politische widersprüchliche grundsätzlicher Natur beziehen kann“ (S. 39, 4. Spalte Mitte). Man/frau vergleiche dies bitte mit dem was die ZL daraus gemacht hat.

3. Im AK 162 hatten wir geschrieben, der „Schlüssel des Problems“ liege nicht im „Rufen nach ‚schärferen Konturen‘“, sondern „in der Hebung unserer Qualität...“. Die ZL bastelt daraus im AK 163 folgende „maßlos übertriebene Unterstellung“: „... Bevor aber diese ‚Hebung unserer Qualität‘ nicht erreicht sei, ist der ideologische Kampf etc. ‚unzweckmäßig‘. Wieviel Jahre – in etwa – sollen wir also mit dem ideologischen Kampf noch warten?“. Eine kleine Warnung scheint da angebracht: Man/frau könnte das zumindest ja nun wirklich so interpretieren, als würde die ZL der LG-Mehrheit unterstellen, in den nächsten Jahren den ideologischen Kampf nicht führen zu wollen. Vorsicht, denn das wäre ein „bedauerlicher, zu maßloser Übertreibung neigender Diskussionsstil“ gegen die ZL (siehe AK 163, S. 48, 2. Spalte oben) und könnte als Beginn einer neuen „Hetzkampagne“ gegen die ZL ausgelegt werden!

4. H.H. und De. (Mitglieder der LG-Mehrheit) hatten im AK 162 geschrieben: „Nicht allein in der Frauenpolitik, sondern in einer gan-

zen Reihe von Bereichen haben wir es heute mit einer Fülle schwerwiegender Fragen zu tun, auf die wir keine fertige Antwort besitzen“.

Kommentar der ZL im AK 163: „Im konkreten Zusammenhang unsere Auseinandersetzung dient diese Fokale der Verwischung erkennbarer Differenzen bzw. der Bewehrung von Fehlern und Fehlschlägen als ‚neue Wege‘, ‚Experimente‘ etc. Sie ist ein indirektes Versprechen auf Waffenstillstand und friedliche Koexistenz mit den verschiedenen Formen des Spontaneismus, eine Lobhudelei des Pluralismus im KB“ (S. 49, 4. Spalte unten). Natürlich soll der LG-Mehrheit damit wiederum nicht der Verzicht auf ideologisches Auseinandersetzen unterstellt werden, sondern (ohoh!) nur ein Waffenstillstand mit „allen möglichen Fehlströmungen“ im KB.

Im AK 162 hatten wir geschrieben: „Die ZL-Fraktion ist auf ihrem Wege, sich ein opportunistisch-liberalistisches Feindbild von der LG-Mehrheit zu schaffen, schon recht weit gegangen. Dieser Weg kann nur ins Phantastische, Surrealistische führen“. Der Artikel der ZL im AK 163 bestätigt, daß sich die Genoss(inn)en genau auf diesem Trip befinden. Bemerkenswert ist nebenbei, daß sich bei verbalen Beschimpfungen („Knittel“, „Ratten“, „Chauvis“ usw. usw.) bei der ZL ein Reiztumult zu erheben pflegt. Andererseits scheint die ZL jede beliebige Gemeinheit und Beschimpfung gegen andere für erlaubt zu halten, sofern sie in das Gewand einer noch so schlitzohrigen politischen Argumentation eingekleidet wird. Wir halten das für klassisches Pharisäertum.

LG (Mehrheit)

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND 30

Neu

Diskussionsmaterial

für den

1. Kongreß des KB

vom 4. bis 6. Januar

1980

32 S.

DM 3,-

Die Spaltung muß verhindert werden!

Seit nunmehr 6 Wochen befindet sich der KB am Rande des Abgrunds. Mit jedem Tag und mit jedem Termin, auf dem über die innerorganisatorischen Auseinandersetzungen diskutiert wird, vergrößert sich nicht nur die Gefahr einer organisatorischen Spaltung: Die Organisation versackt in fruchtlose Debatten über Anträge, die die Polarisierung im KB an falschen Fronten weiter verschärfen und ist in ihrer politischen Handlungsfähigkeit weitgehend gelähmt. An eine effektive Zusammenarbeit in der Massenpolitik ist momentan ebenso wenig zu denken wie an eine fruchtbare, solidarische Diskussion über die tatsächlichen inhaltlichen Streitpunkte zur Krisenbewältigung.

War am Anfang der Auseinandersetzung in großen Teilen des KB noch spontan ebenso die gesunde politische Angst vor den Folgen einer Spaltung wie der Wille vorhanden, die drohende Eskalation des Konflikts zu verhindern, so scheint sich nunmehr auf breiter Front die Einstellung durchgesetzt zu haben, daß ein Auseinanderbrechen des KB nicht mehr zu verhindern ist.

Die Frage „Kann eine Spaltung noch verhindert werden?“ verkommt zu einer rhetorischen Frage, weil von keiner Seite ernsthafte Anstrengungen unternommen werden, zu einem die Einheit der Organisation rettenden Kompromiß in der Frage der selbstkritischen Gesamtbeurteilung des Konflikts zu gelangen.

Diese defätistische Haltung maut sich zur größten ideologischen Fehlströmung im KB: Ihr geht das Bewußtsein über die Tragweite einer Spaltung des KB ab. Verstrickt in den innerorganisatorischen Querelen über Anträge, Skandale und Selbstkritiken wird die schlichte Tatsache aus den Augen verloren, daß mit der Einheit des KB der Kommunismus als entwicklungsfähige Strömung innerhalb der Linken in der BRD fällt.

Nach dem Niedergang der traditionellen „ML“-Organisationen, die sich von den demokratischen Massenkämpfen isoliert haben und offen mit imperialistischen Positionen sympathisieren (Vaterlandsverteidiger), ist der KB die einzige kommunistische Organisation, die – trotz Krise und vielfältiger Auflösungserscheinungen – der völligen Verhuzung und Diskreditierung des Marxismus-Leninismus vielfältiger Auflösungserscheinungen – der völligen Verhuzung und Diskreditierung des Marxismus-Leninismus entgegenzutreten kann. Der KB ist für unsere Sympathisanten und Anhänger quasi die letzte Hoffnung, daß eine kommunistische Organisation nicht notwendigerweise („weil das in der Logik des Kommunismus liegt“) in borniertes Sektierertum und in blinde Gefolgschaft zu sog. „sozialistischen Mutterparteien“ versackt. Ein Auseinanderbrechen des KB würde den Prozeß der Resignation und Entpolitisierung nicht nur in unseren eigenen Reihen und innerhalb unserer Sympathisanten, sondern darüber hinaus in großen Teilen der Linken beschleunigen.

Die Frontenbildung und der Spaltungsprozeß wird momentan völlig unberührt von dieser Sichtweise, also verantwortungslos, vorangetrieben. Damit muß Schluß gemacht werden – und zwar sofort! Kann die Spaltung noch verhindert werden? Wir meinen: Ja! Das setzt allerdings auf beiden Seiten voraus, die Spaltung auch ernsthaft verhindern zu wollen.

Engstirnigkeit und Selbstgerechtigkeit bei der Überprüfung des eigenen Vorgehens, die Unfähigkeit zur Selbstkritik und die fehlende Bereitschaft, unermüdet nach Kompromissen zu suchen, programmieren das Auseinanderfallen des KB und setzen die Existenz der Organisation leichtfertig auf's Spiel.

Wir appellieren sowohl an die LG-Mehrheit als auch an die Zentrumsleitung, über eine selbstkritische Aufarbeitung des Konflikts gemeinsam nachzudenken. Es liegt auf der Hand, daß an eine fruchtbare inhaltliche Diskussion über die wirklichen Differenzen nicht zu denken ist, solange an der Frage der Selbstkritik sich unversöhnliche Fronten gegenüberstehen und die Polarisierung im KB an dieser Front verläuft. Wir können und wollen die tatsächlichen kontroversen Standpunkte zur Krisenbewältigung nicht miteinander versöhnen. Im Gegenteil: es kann dem KB nur nutzen, wenn diese Kontroversen offen und scharf ausgetragen werden, wenn endlich – was lange Zeit nicht der Fall war – um den Weg aus der Krise gekämpft wird – aber bitte nicht mit den Mitteln

des Rundmachens von Positionen und Personen, mit Drohungen und Ultimaten, mit Unterstellungen und Gerüchten! Wir wissen aber, daß dieser Kampf solange unmöglich ist und zum K r a m p f verkommt, wie über allen Diskussionen das Damoklesschwert der Spaltung schwebt und unsolidarische Diskussionspraktiken weiterwuchern.

Wir fordern alle Mitglieder des KB auf, die Leitungsgremien zu einem Kompromiß in der Frage der Selbstkritik zu zwingen. Rebellion ist gerechtfertigt.

Um LG-Mehrheit und LG-Minderheit bei ihrem gemeinsamen Nachdenken ein wenig auf die Sprünge zu helfen, stellen wir folgende Erklärung zur Diskussion.

Ohne freimütige und solidarische Diskussion können wir den Laden dicht machen

Die Eröffnung der KrisenDebatte war von dem Willen getragen, offen und öffentlich und in solidarischer Form über die objektiven und „subjektiven“ Ursachen der Krise zu diskutieren. „Wir sollten unbedingt die jetzige Gelegenheit nutzen, unser Haus gründlich von Dach bis Keller aufzuräumen und instand zu setzen. Wir sollten allen Versuchungen (und Versuchen) widerstehen, Dreck unter den Teppich oder Betten zu kehren, Gerümpel in den Keller zu verstecken usw.“ („Soweit es mit uns gekommen“, 1. Krisen-UW)

Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn in diesem Diskussionsprozeß strikt das Prinzip der Überzeugungsarbeit eingehalten und durchgesetzt wird und jeder Form des Drucks und der Verunglimpfung von Standpunkten und Personen eine Absage erteilt wird.

Mit der Veröffentlichung der Stellungnahmen von Ha. und Kl. in AK 156 sowie den nachfolgenden Auseinandersetzungen um diese Leserbriefe ist die Ebene der solidarischen Diskussion verlassen worden. Im KB ist ein Klima entstanden, das eine Kontroverse um unterschiedliche Positionen, an der sich die gesamte Organisation beteiligen kann, eher verhindert als fördert und den ursprünglichen Intentionen der KrisenDebatte direkt entgegensteht.

1. Kl. hat in seinem Leserbrief der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* von sich direkt entgegensteht.

1. Kl. hat in seinem Leserbrief der Forderung (insbesondere von Genosseninnen), auch die scheinbar privaten Fragen persönlichen Verhaltens öffentlich zu diskutieren, eine generelle Absage erteilt und pauschal unterstellt, eine solche Diskussion treibe die Entpolitisierung im KB voran. Eine Genossin, die über ihre persönlichen Schwierigkeiten, mit der sie als Frau in der Leitungsarbeit zu kämpfen hat, berichtete, wurde in dem Leserbrief von Kl. massiv angegriffen. Ihr wurde das Interesse und die Fähigkeit abgesprochen, um eine politische Lösung der Krise des KB zu kämpfen. Diese Verwechslung von politischem Meinungskampf und persönlicher Diffamierung hat in einer kommunistischen Organisation nichts zu suchen.

Die Leserbriefe von Ha. und Kl. suggerieren einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Krise (Entpolitisierung) und der Forderung „Macht das Private öffentlich“ bzw. der Frauenpolitik des KB. Diese Behauptung legt den Verdacht nahe, Ha. und Kl. wollten einen Sündenbock für die Krise des KB aufbauen. Das Ergebnis eines solchen Vorgehens wäre, daß reale Probleme der Genossinnen innerhalb der Organisation nicht mehr angepackt, sondern der „private“ Dreck unter Teppiche oder Betten gekehrt werden.

2. Die Reaktionen auf diese Leserbriefe gingen über eine scharfe Zurückweisung der dort vertretenen Positionen und Angriffe auf die Genossinnen hinaus. Die Kritik an Ha. und Kl. mit Pauschalisierungen, Unterstellungen und Vermutungen zu arbeiten, trifft auch auf den größten Teil derjenigen zu, die auf ihre Leserbriefe geantwortet haben. Insbesondere die Methode der persönlichen Verunglimpfung („Knittels“, „Ratten kommen aus ihren Löchern“, Karikaturen) hat dazu beigetragen, eine differenzierte Auseinandersetzung mit allen Aspekten der Leserbriefe zu verhindern. In der ersten Antwort von Kl. hieß es noch: „Mir scheint es darum zuerst wichtig, die Stoßrichtung der beiden Göttinger Artikel ohne Zweideutigkeiten zurückzuweisen. Daß ich damit längst nicht allen Aspekten, besonders im

Artikel von Ha., gerecht werde, ist mir klar. Diese Aspekte sollten nicht verloren gehen“ (AK 157, S. 52). Die Emotionalisierung der Debatte hat zwangsläufig diesen Anspruch durchkreuzt und die Mitglieder der Organisation unter einen massiven und pauschalen Verurteilungs- und Abgrenzungsdruck gebracht. Diese Methode der Auseinandersetzung war nicht nur für den konkreten „Fall“ schädlich, sondern hat generell die Mentalität der „Anpassung an die herrschende Meinung“ und des – auch in anderen Fragen häufig zu beobachtenden – Umkippens von Standpunkten gefördert. Die Mitglieder der Organisation werden durch solche Diskussionsmethoden nicht dazu angehalten, den eigenen Kopf zu gebrauchen, sondern veranlaßt, in einen Verurteilungschor miteinzustimmen.

Mitglieder des LG waren an dieser Form der Auseinandersetzung beteiligt, bzw. haben sie gebilligt und gefördert. Dafür gibt es keine Rechtfertigung.

3. Nach der Veröffentlichung der ZL-Artikel gab es Anzeichen, die Anlaß zu der Vermutung gaben, daß die Forderung der ZL, die Debatte wieder zu versachlichen, nicht erfüllt werde (ZRK-Sitzung vom 21.8., Vorfall mit De., siehe 2. Rundbrief des LG, Sitzung der AGF vom 22.8.). Das rechtfertigt allerdings das Vorgehen der ZL nicht.

a) In der Erklärung der ZL vom 22.8. wird das Verhalten einiger LG-Genoss(innen) kritisiert, die auf Terminen und in persönlichen Gesprächen damit begonnen hätten, eine „Stimmungskampagne“ gegen die ZL zu entwickeln. Anstatt diese Vorfälle im LG zur Sprache zu bringen, hier auf eine sofortige Einstellung der „unsolidarischen Diskussionspraktiken“ zu drängen und alles zu versuchen, die Einheit des LG zu wahren, hat die ZL sie in die Organisationsöffentlichkeit getragen und damit eine schädliche Polarisierung im KB mitbegünstigt.

b) Die Ankündigung des „kollektiven Austritts“ aus dem KB für den Fall, daß „diese ganz und gar unlenkenden Methoden der Auseinandersetzung nicht augenblicklich eingestellt werden“, war ein schwerer Fehler. Die Entwicklung der Widersprüche zwischen LG-Mehrheit und ZL rechtfertigen diese Drohung nicht, zumal die Mitglieder des KB über die Schärfe des Konflikts überhaupt nicht informiert waren. Sie wurden durch das Vorgehen der ZL vor eine Entscheidung gestellt, deren inhaltliche Grundlagen weitgehend im Dunkeln blieben.



Die Drohung mit dem kollektiven Austritt läuft auf den Aufbau einer neuen Organisation hinaus. Mit der Spaltung des KB und der daraus folgenden Herausbildung zweier Krüppelorganisationen – über deren Schicksal man nicht viel Worte verlieren braucht – wäre der Kommunismus als entwicklungsfähige Strömung innerhalb der Linken in der BRD für einen unüberschaubaren Zeitraum liquidiert. Insofern sind solche Überlegungen verantwortungslos, insbesondere auch auf dem Hintergrund, daß grundlegende strategische Differenzen eher geahnt, als plausibel vor allen Mitgliedern dargelegt werden konnten.

El., Kl., Jojo (diese Erklärung wurde auf der vV der KB-Gruppe Göttingen von 15 Genoss(innen) unterstützt)

Es bleibt dabei: ZL tendiert zur Spaltung

Die organisatorische Spaltung des KB durch die ZL wurde verschoben. Die Spaltungsabsicht ist theoretisch „begründet“, worden, von der ZL wird es keine „Selbstkritik“ mehr geben. In der „Erklärung der ZL“ im letzten AK teilt sie noch einmal unmißverständlich mit, daß ihr „Eingreifen mehr als gerechtfertigt war“, es werden weitere „Gründe“ nachgereicht, einer erneuten Spaltungsdrohung „vorbeugend“ der Boden bereitet.

Die ZL will Zeit gewinnen. Sie hat damit begonnen, Ansätze einer geheimen Organisation innerhalb des KB aufzubauen, sie entzieht sich den „Spielregeln“ einer Fraktion. Die ZL ist dabei, sich ein aus Unterstellungen und Stimmungsmache gegen die LG-Mehrheit aufgebautes „theoretisches Fundament“ zu schaffen. Dies sind Anzeichen zur Spaltung. Vom Vorgehen der ZL weiter in Atem gehalten, werden die Vorbereitungen der Organisation auf den 1. Kongreß objektiv boykottiert.

Offensichtlich steuert die ZL dahin – es sei denn, daß sie vorher „aussteigt“ – den in dieser Form der Organisation aufgezwungenen Meinungsstreit zum alleinigen Gegenstand der Auseinandersetzung auf dem bevorstehenden Kongreß machen zu wollen und damit die weitere Entwicklung des KB in ihrem Sinne zu beeinflussen.

In ihrer Erklärung in AK 163 läßt die ZL eine zunehmende Bereitschaft erkennen, weitere „Hemmschwellen“ zu überschreiten. Im folgenden möchte ich auf drei von der ZL im AK 163 erhobene schwerwiegende Vorwürfe eingehen. Ich verstehe diesen Artikel der ZL als „Mahnung“ und letztlich als Aufforderung der ZL an die Genoss(innen) des KB, die LG-Mehrheit samt „Anhang“ zum Teufel zu jagen, um den KB vor seinem „drohenden Untergang“ zu bewahren.

Ein erster Vorwurf der ZL bezieht sich auf die Frage, welchen „Charakter“ der KB in Zukunft haben soll. Die ZL behauptet: Es gebe im KB eine „recht breite Strömung“, die „einseitig oder hauptsächlich die ‚Keimform-Seite‘ strapaziert“. Dieser „Strömung“ würde von Seiten der LG-Mehrheit nicht entgegengetreten. Im Gegenteil: Sie unterstütze diese und leiste somit Schutzhilfe bei der „Zersetzung“ und letztlich der „Zerstörung“ der Organisation. Als Kronzeugen für das so prophezeite Inferno wird aus den Artikeln von De./H. und He. (Mitglieder der LG-Mehrheit) zitiert, die in AK 162 veröffentlicht wurden. Zur Erinnerung: De. und H.-H. haben u.a. in ihrem Artikel die zunehmende Skepsis gegenüber dem Marxismus inner-

ter Hinsicht treffender: Er umfaßt m.E. in etwa den „Kampf um Gleichberechtigung, Solidarität und kollektive Emanzipation“ und ist somit umfassender als der Begriff der „Keimform“ (die ein Aspekt der „Kampfgemeinschaft“ ist). Zum zweiten bringt er genauer zum Ausdruck, daß „Zweckbündnis“ und „Kampfgemeinschaft“ eine dialektische Einheit sind, daß also beide gleichermaßen weiterentwickelt werden müssen. Das war m.E. der Grundgedanke des LG-Zitates.

Die ZL hat demgegenüber m.E. den Hang – und das zeigt auch das Mao-Zitat in diesem Zusammenhang – die Dinge zu schematisieren, zu vereinfachen. Sie konstruieren ein Bild: „Zweckbündnis“ = alleinige Hauptseite, alles andere dagegen sei „untergeordnet“.

Nun auch noch Mao strapazieren?

Um ihrer Argumentation Gewicht zu verleihen, versucht die ZL ihren Ausschließlichkeitsanspruch mit Mao zu begründen. Dieser erneute peinliche „Fehlgriff“ entspricht der wohl inzwischen charakteristischen Annäherung der ZL im Umgang mit den Klassikern: Mao sagt, wie die ZL richtig zitiert, daß von zwei Seiten eines Widerspruchs stets eine die hauptsächlichste ist, und somit wesentlich den Charakter eines Dinges bestimmt. Somit – schlußfolgert die ZL – sei klar, daß die „Keimform-Seite nicht, gleichberechtigt“ behandelt werden darf, und die Hauptseite des „Widerspruchs“ stets der „Zweckbündnis“-Charakter sein müsse. Um diesen Gedankengang zu begründen, hätte die ZL nun ausgerechnet dieses Zitat nicht nehmen dürfen, denn – so geht's bei Mao nach dem von der ZL Zitierten weiter – „Diese Lage ist aber nicht unveränderlich: die hauptsächlichste und die sekundäre Seite des Widerspruchs gehen ineinander über, worauf sich auch der Charakter des Dinges entsprechend ändert“. Mao sagt, daß sich die Seiten eines Widerspruchs ungleichmäßig entwickeln, daß die Definition der Hauptseite eines Widerspruchs nichts Stattes, Absolutes ist, sondern relativ ist, und daß man bei seiner Bestimmung sehr sorgfältig die inneren und äußeren Faktoren des Dinges studieren muß.

Wie die „erfahrenen“ Genoss(innen) der ZL (zum wiederholten Mal!) derart – gelinde gesagt – fahrlässig mit Zitaten umgehen können, läßt sich vielleicht mit ihrer zunehmenden Selbstherrlichkeit erklären.

„Zweckbündnis“ und „Kampfgemeinschaft“

„Zweckbündnis“ und „Kampfgemeinschaft“

In ihrem Artikel „Weiter am Rande des Abgrunds“ (AK 162) hob die LG-Mehrheit die „Einheit und Gleichberechtigung der Aspekte ‚Zweckbündnis‘ und ‚Kampfgemeinschaft‘“ hervor. Ich finde den Begriff „Kampfgemeinschaft“ in doppel-



Fortsetzung nächste Seite

Durch einen Schreibfehler wurde im AK 162 versehentlich eine Spende der Lehrergruppe der BO Eimsbüttel, Hamburg mit DM 370,- anstatt mit 870,- angegeben. Wir möchten diesen Fehler entschuldigen.

Lenin kontra Krisen-Verwaltung

Warum zu diesem Thema?

Seit nunmehr fünf Ausgaben des Arbeiterkampf polemisieren die LG-Mehrheit des KB und die „Zentrums“-Leitung (ZL) gegeneinander. Begleiterscheinungen dieses Meinungsstreits ist ein alle vierzehn Tage wiederkehrender „Kampf“ um die Zeilenzahl, die den politischen Kontrahenten zur Verfügung steht.

Daß es hierbei zu Ärgernissen kommt, liegt wohl in der Natur der Sache. Andererseits zwingt eine vernünftig begrenzte Seitenzahl zu einer Konzentration auf die jeweils für am wichtigsten eingestuften Aspekte (Nachblättern und vergleichen lohnt sich u.E. durchaus!).

Für uns völlig überraschend griff die LG-Mehrheit nunmehr auf eine knapp 3 Monate zurückliegende Auseinandersetzung zwischen Genossen der ZL und der sogenannten „Struktur-Fraktion“ zurück („ZL kontra Lenin“, AK 163, S. 47).

Es ging in der damaligen Polemik u.a. um Lenins Sichtweise des II. Parteitag der SDAPR (1903), sowie um die Phase der Stolypinschen Reaktion (1907-1912). Die „Struktur-Fraktion“ hatte sich seinerzeit in diese „historischen Fragen“ übermäßig verbißen (bzw. war anderen angeschnittenen Komplexen hierdurch ausgewichen) und Kt. – Autor der heutigen LG-Mehrheits-Artikel – hatte daraufhin geschrieben:

„Glückwunsch, Leute, ihr habt das für euch Klügste gemacht, indem ihr euch voll auf einen Nebenaspekt festgebissen habt, der euch in der Erwiderung der „Arbeitsgruppe des Zentrums“ auf euer erstes Positionspapier angeboten worden war. Nun habt ihr auf 27 Schreibmaschinenseiten noch einmal lang und schlapp über die prinzipielle Bedeutung der Organisationsfrage rasonieren können, ohne inhaltlich wesentlich über die gähnende Leere eures ersten Positionspapiers hinauszukommen“ (UW Nr. 29, S. 31).

Sowohl „Nebenaspekt“ als auch „gähnende Leere“ sind eigentlich recht eindeutige Begriffe aus denen unschwer abzulesen ist, daß Kt. einer Weiterführung dieses Aspekts der Auseinandersetzung zwischen „Zentrum“ und „Struktur-Fraktion“ ablehnend gegenüber stand. Das entsprach auch unserer Auffassung.

Wenn nunmehr die Frage der leninischen Betrachtung der „Stolypinschen Reaktion“ erneut relevant wird – und wenn Kt. jetzt fabuliert, die „Struktur-Fraktion“ hätte uns „entsprechend auseinandergenommen“, so hat hier offenbar ein erstaunlicher Sinneswandel stattgefunden.

„Struktur-Fraktion“ hätte uns „entsprechend auseinandergenommen“, so hat hier offenbar ein erstaunlicher Sinneswandel stattgefunden. Etwaige Verdächtigungen unsererseits, es ginge hier weniger um eine politische Klärung strittiger Fragen und mehr um prinzipienlose organisationstaktische Schiebereien (Zweckbündnisse?), würden natürlich empört zurückgewiesen werden.

Nein, angeblich geht es darum, daß seit über zwei Monaten von uns hätte „selbstkritisch Bezug genommen“ werden müssen zu den glänzenden Ausführungen der „Struktur-Fraktion“. Da dies unterblieben war, mußte Kt. das an unserer „Stelle nachholen“ (Nebenbei: Sollte nicht bei allen von uns inzwischen verlangten „Selbstkritiken“ so verfahren werden; bzw. wie wär's, wenn die „Struktur-Fraktion“ uns einige „Selbstkritiken“ bezüglich von Kt. entwickelter Kritiken abnimmt?!).

Sicher wird es Genoss/inn/en geben, die die häufig der ZL angelastete „Unfähigkeit zur Selbstkritik“ erneut bestätigt sehen werden. Gerade an dieser Frage der „Stolypinschen Reaktion“ können wir leider keinen Gegenbeweis vorverzerren. Dies verbietet sich u.E. umso mehr, als es sich hier nicht um einen rein „historischen Exkurs“ handelt, sondern dieser Streit für unterschiedliche Modelle der Krisenbewältigung des KB gespannt wird.

Kurzer Rückblick

Zum leichteren Verständnis unseres Artikels ein kurzer Rückblick auf die bisherigen Stationen der Auseinandersetzung:

– AK 156; 25.6.79: Das „Gründungspapier“ der „Struktur-Fraktion“. Als ganz zentral für die Gründung ihrer „Fraktion“ stellen die Genossen den „Schnack“ eines LG-Mitglieds (heute Mehrheit) hin, der gewisse krisenhafte Erscheinungsformen der SDAPR mit Entwicklungen im KB verglichen hatte. U.a. hieraus leitete die „Struktur-Fraktion“ einen monströsen Geheimplan des LG ab, der im Herausdrängen aller kritischen Geister aus dem KB bestehe und eine kleine verknöcherte Sekte zur Folge haben werde („Lenin-Revival-Trupp“). Da bei diesem Prozeß – so die Vermutung der „Struktur-Fraktion“ – die „nostalgisch verzerrte“ Bezugnahme auf Lenins Politik in der Pha-

se der Stolypinschen Reaktion die „Schutzideologie speziell für politische Führer“ des KB abgeben sollte, hielt sie es für ihre Aufgabe, jede Bezugnahme, jedes Lernen von dieser schwersten Krise der SDAPR als „tiefes Unverständnis für die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben“, abzuqualifizieren. Festgehalten werden muß, daß die Unterstellung der „Struktur-Fraktion“, die Leitungsebene des KB habe irgendwelche Parallelen zur Stolypinschen Reaktion „vereinheitlicht“, reine Hirngespinnste waren. Die schlichte Antwort „ihr spinnt“ hätte also durchaus den Tatsachen entsprochen. Wir entschlossen uns damals trotzdem zu einer Polemik um diesen Punkt. Der Grund war eine fehlerhafte Darstellung der Krise der SDAPR durch die „Struktur-Fraktion“, die – kurz gesagt – darin bestand, einzig die äußeren Faktoren dieser Krise herauszustreichen, undifferenziert einen „Zerfall“ der SDAPR zu konstatieren und diesen einseitig auf den „nackten Terror der Stolypinschen Henker“ zurückzuführen, der angeblich „kaum noch Spielraum für linke Politik“ damals ließ.

Demgegenüber, und das war das eigentliche Anliegen der „Struktur-Fraktion“, seien die heutigen Austritte und Rücktritte nicht solchen äußeren Faktoren geschuldet, sondern vielmehr den „Strukturen“ des KB, sowie der Trotteligkeit und Böswilligkeit seiner Leitungsebene, so daß heute geradezu die allerbesten Kräfte den KB verlassen.

Das schwarz-weiß-Gemälde der „Struktur-Fraktion“ bestand darin, die Krise des KB auf ganz subjektiven Murks seiner Leitungsebene, die Krise der SDAPR hingegen auf Stolypins Terror zurückzuführen. Zwischentöne waren nicht gefragt. Vergleiche (samt Lehren) wurden später empört zurückgewiesen. Dieser Sachverhalt veranlaßte uns, die tatsächliche Analyse Lenins der damaligen Parteikrise zu skizzieren, um auf halbwegs korrekter Grundlage überhaupt mögliche Parallelen, sinnvolle und unsinnige Vergleiche unterscheiden zu können. – AK 157; 9.7.79: „Nicht der Vergleich mit der Stolypinschen Reaktion ist unsinnig, sondern wie ihn die Kritiker führen.“

Wir wiesen in einem kurzen Artikel nach, daß Lenin den Schrumpfsprozeß der SDAPR nur sekundär auf den äußeren Terror zurückführte, primär aber die Reinigung der Partei von kleinbürgerlichen Mitläufern, die in der Etappe der bürgerlich demokratischen Revolution (1905) hinzugestoßen waren, betonte.

Lenin sah in diesem Prozeß positive Aspekte und bejammerte keinesfalls einseitig den „Zerfall“.

Als einen sinnvollen Vergleich (nicht mechanische Übertragung) der damaligen und heutigen Krise bezeichneten wir, „daß alle breiten Kämpfe der letzten Jahre allenfalls radikal-demokratischen Charakter hatten, sich daher innerhalb unserer Organisation – verglichen mit der SDAPR – in erheblich größerem Maße kleinbürgerlich-demokratische Tendenzen ergeben mußten, daß einige radikal-demokratische Bewegungen auch ihre „Feiertage“ hatten, wir aber nur wenige auch zu Mitkämpfern an „Werktagen“ umerziehen und ummodellieren konnten usw. und nicht zuletzt die Neue Linke insgesamt ihre Wurzeln in den „Feiertagen“ der APO hatte.“

– „Unser Weg“ 29; 16.7.79: „Kontra“ Um unsere zitatmäßig belegte These, Lenin habe sich gegen undifferenzierte Zerfalls-Thesen gewandt, zu entkräften, schildern die Genossen der „Struktur-Fraktion“ ihre Sichtweise der Krise der SDAPR. Die von uns verwendeten Zitate gegen mensche-wistische Wankelmüt seien vom Juli 1909, als die Krise schon weitgehend überwunden gewesen sei; die „eigentliche“ Krise habe ihren Höhepunkt bereits Anfang 1908 überschritten – von da an ging's bergauf. Zur Zeit der „eigentlichen“ Krise habe auch Lenin schlicht den „Zerfall“ konstatiert.

Zweitens bestreitet die „Struktur-Fraktion“, daß ihre Behauptung, es habe damals „kaum Spielraum für irgendeine linke Politik“ gegeben, den mensche-wistischen Auffassungen entsprach. Angeblich sei die Position der Mensche-wisten geradewegs umgekehrt gewesen, was u.a. mit deren (nie realisierten) Bestrebungen für eine legale Partei belegt werden soll. Nun sprachen wir allerdings von linker (revolutionärer) Politik, der die Mensche-wisten jede Erfolgsaussicht abgesprochen hatten.

Der von uns als sinnvoll bezeichnete Vergleich zeige – so die „Struktur-Fraktion“ – unsere „starke Vorliebe für die Reinigung von Mitläufern“ und beweise unseren Plan des „Gesundschumpfens“.

– AK 163; 1.10.79: „Zentrums-Lei-

tung kontra Lenin“

Kt. (LG-Mehrheit) argumentiert weitgehend identisch mit der „Struktur-Fraktion“. Vehement bestreitet er unsere Behauptung „wesentlicher Hintergrund“ der Krise der Partei sei die „Flucht der kleinbürgerlichen Mitläufer“ gewesen. Wesentlich wichtiger ist für Kt. die „polizeiliche Zerschlagung“, der hierdurch erfolgte Kaderverlust habe „vor allem... die schwere politisch-ideologische Krise“ verursacht. Besonderen Wert legt Kt. auf die Feststellung, daß „auch Arbeiter in großer Zahl“ die Partei verließen – die „Flucht“ Welle also kaum klassenmäßig bestimmbar war.

Abschließend meint Kt.: „Wie man es auch betrachtet, der Vergleich mit der Stolypinschen Reaktion ist in jeder Hinsicht unsinnig.“

Insbesondere hält er es für gefährlich, heutige „Schrumpfsprozeß“ auch nur im Entferntesten als „Heraussonderung der standhaften Marxisten“, „Reinigung von Mitläufern“ etc. pp. zu interpretieren.

Soweit in Kürze der Verlauf der bisherigen Kontroverse. Zu klären wäre also:

- Was war für Lenin das hauptsächliche Element des vorübergehenden Niedergangs der SDAPR, polizeiliche Zerschlagung oder innere Krise?
- Die Bedeutung der klassenmäßigen Spezifizierung der „Flucht“ aus der Partei bei Lenin
- „Kaum Spielraum für irgendeine linke Politik“ – eine mensche-wistische These?
- War die Krise der SDAPR im wesentlichen rasch gemeistert (halbes Jahr, dann Konsolidierung und Reorganisation) oder verschärfte sich die Krise eher später und relativ unabhängig vom Polizeiterror (äusserer Druck) und seine nachlassenden Auswirkungen auf die Partei?
- Kann man von „mensche-wistischen“ Zerfalls-Thesen sprechen – oder waren sich da alle (Bolschewiki, Mensche-wiki, Trotzki etc) einig?
- Übergeordnet bleibt natürlich die Fragestellung, welche Elemente damaliger Politik für unsere heutige Situation sinnvolle (nicht mechanische!) Vergleiche/Lehren ermöglichen, bzw. ob jeder Vergleich in „jeder Hinsicht unsinnig“ ist.

Was war die „Hauptursache für die Krise der Partei“?

Was war die „Hauptursache für die Krise der Partei“?

Wer Interesse daran hat, daß die Krise der Linken heute nicht mit den historischen Lehren der politisch-ideologischen und organisatorischen Krisen der Arbeiterbewegung konfrontiert wird, der weist (z.B. bezüglich eines Vergleichs „unserer“ Krise mit derjenigen der russischen SDAPR von 1907 - 1910 (1912) in der Phase der Stolypinschen Reaktion) auf die völlig unterschiedliche Ausgangslage hin.

Im Vordergrund solcher Argumentation stehen dann Hinweise auf die vorhergehende Niederlage der Revolution, den Polizeiterror, das Spitzelwesen der Ochranka (Politische Polizei), die Stolypinschen Henker usw., die sich vor allem zunächst in organisatorischer Hinsicht auf die SDAPR auswirkten und zur unmittelbaren Zerschlagung großer Teile der SDAPR führten. Dies ist der äußere Aspekt der Krise der SDAPR (und anderer linker Organisationen in der Stolypinschen Reaktion).

Lenin hat dagegen in allen seinen Analysen den Aspekt der „inneren Krise des Marxismus“ beleuchtet, die Austritte und Massenflucht, die ideologische Versumpfung und Fäulnis, den Zerfall (1). Dementsprechend hebt er immer wieder hervor, daß die Partei „nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine ideologisch-politische Krise durchmacht“ (2).

Sehen wir uns an, welches Resümee die Kritikfraktion zog: Der Niedergang der SDAPR sei „unmittelbar“ auf den Niedergang der russischen Arbeiterbewegung erfolgt: „Der Rückschlag der Revolution und der nackte Terror der Stolypinschen Henker trieben gewissermaßen die Linke auseinander, und ließen kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik. Diese geschichtliche Situation mit unserer jetzigen zu vergleichen, zeigt ein tiefes Unverständnis...“ (3). Ebenso Kt.: „Die Stolypinsche Reaktion folgte auf die Niederlage der Revolution von 1905. Die Arbeiterbewegung und die revolutionären Organisationen wurden weltweit zerschlagen, tausende von Arbeitern und Revolutionären eingesperrt, verbannt oder ermordet. Schwächung und Zerfall vieler revolutionärer Organisationen und Gruppen war die Folge. Diese Situation

mit der jetzigen zu vergleichen, ist wirklich ganz und gar „unsinnig...“ (4). Der Trick des Genossen Kt. und der „Struktur-Fraktion“ besteht darin, das zu vergleichen, was überhaupt nicht vergleichbar ist, (nämlich den äußeren Aspekt der russischen Parteikrise), um so die „Unsinnigkeit“ eines Vergleiches überhaupt zu belegen. Die Arbeitsgruppe des „Zentrums“ hatte schon in ihrer Entgegnung auf die „Struktur-Fraktion“ festgestellt: „Zieht man den Vergleich so oberflächlich, dann ist er allerdings unsinnig: Weder haben wir eine Revolution hinter uns, noch werden wie unter Stolypin alle Revolutionäre wie Hasen gejagt, verhaftet und gemordet...“ (5).

Kt. behauptet: Unsere Aussage, „wesentlicher Hintergrund war dagegen die kleinbürgerliche Interessenlage der Austretenden“, sei „reichlich überspitzt, nicht wahr? Verließen denn nur Kleinbürger... die Partei?“

Sehen wir uns die „Beweisführung“ an. Kt. schreibt, Lenin hätte im „Schrumpfsprozeß“ auch „ein positives Element“ in der Reinigung von Mitläufern gesehen und „diesen Gedanken wiederholt geäußert“ – mehr nicht!

Nehmen wir zum „Gegenbeweis“ die von Kt. selbst angeführte (und doch wohl gelesene) Lenin-Schrift „Auf den Weg“. Angeblich „sprach Lenin von einer sich vollziehenden“ – Kt. zitiert dann Lenin weiter – „Säuberung der Arbeiterpartei von schwankenden intellektuellen und kleinbürgerlichen Elementen...“ Hat Kt. den Satz davor bei Lenin überlesen? Der Absatz, aus dem das Zitat stammt, beginnt mit den Worten: „Die Hauptursache für die Krise der Partei ist in der Begründung der Resolution zur Organisationsfrage dargelegt. Sie besteht in der (ab jetzt zitiert Kt.). „Säuberung der Arbeiterpartei...“ usw. (6).

Kt. „verkürzt“ das Zitat um die erste Aussage bei Lenin („Hauptursache für die Krise der Partei“), um dann anschließend uns eine „reichliche Überspitzung“ Lenins anzuhängen – wo wir als „wesentlichen Hintergrund“ genau das bezeichnen, was Lenin die „Hauptursache“ nennt! Reichlich „blamiert“, nicht wahr?

Kt. „enthüllt“ dann weiter, auch Arbeiter hätten die Partei in der Krise verlassen. Das ist unbestritten. Aber wie bewertete Lenin dies? Lenin sprach von Arbeitern, „die zwar revolutionär gesinnt waren, aber kein hinreichend festes sozialistisches Bewußtsein besaßen“ (7). Und an anderer Stelle: „Das Proletariat rekrutiert sich immer und überall aus dem Kleinbürgertum, ist immer und überall mit ihm durch Tausende von Übergangsstufen, Berührungsfächen und Nuancen verbunden. Wenn die Arbeiterpartei besonders schnell wächst (wie dies bei uns in den Jahren 1905/1906 der Fall war), ist es unvermeidlich, daß zahlreiche, von kleinbürgerlichem Geist durchdrungene Elemente in die Partei eindringen“ (8).

Tatsächlich durchzieht alle Beiträge Lenins zur inneren Krise der Partei der Gedanke, daß in einer bürgerlich-demokratischen Revolution unvermeidlich kleinbürgerliche Ideologien in die Arbeiterbewegung eingetragen werden, die hauptsächlich bei den „kleinbürgerlichen Mitläufern“ ihre Basis haben, aber auch bis ins Proletariat hereinreichen, und daß dies die Hauptursache des Zerfalls ist. Deswegen gebrauchten wir in Erwiderung auf die Ansichten der „Struktur-Fraktion“ die Formulierung „kleinbürgerliche Interessenlage“. Zugestanden, das ist nicht exakt genug; besser hätten wir von „kleinbürgerlichen Mitläufern, zum geringen Teil aus der Arbeiterklasse“ sprechen sollen.

Die innere Gesundung der SDAPR hatte im wesentlichen den größten Teil der Bolschewiki, vor allem Arbeiter, zur Basis, während ein Teil der bolschewistischen Intellektuellen („Otsowismus“) sich abspaltete. Desweiteren einen kleinen Teil der Mensche-wiki, die sogenannten „partei-treuen Mensche-wiki“, die in Rußland 90 % der mensche-wistischen Arbeiter ausmachten. Der Hauptteil der Mensche-wisten ging dagegen zu den Liquidatoren über, sie waren wesentlich „kleinbürgerliche Mitläufer“.

Im Juli 1909 schrieb Lenin, daß „der opportunistische Flügel einer Arbeiterpartei in der Epoche der bürgerlichen Revolution sich in Krisen, in Momenten des Niedergangs und der Zerfahrenheit unvermeidlich als rein liquidatorisch erweisen muß... Der Verfall hat eingesetzt – und die Hauptmasse der mensche-wistischen Intellektuellen, der mensche-wistischen Publizisten ist faktisch auf die Seite der Liberalen übergelaufen. Die Intellektuellen wandten sich von der Partei ab – folglich sind vor

allem die mensche-wistischen Organisationen auseinandergefallen.“ Lenin konstatiert eben nicht einfach den Zerfall der Partei durch Zerschlagung, im Gegenteil. Trotzki, der damals den Mensche-wiki hinterhertrötete, warf er z.B. „völlig theoretische Verständnislosigkeit“ vor: „Da Trotzki die historische und ökonomische Bedeutung dieses Zerfalls in der Epoche der Konterrevolution, dieses Abfalls nichtsozialdemokratischer Elemente von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei nicht begriffen hat, erzählt er den deutschen Lesern von einem „Zerfall“ beider Fraktionen, von einem „Zerfall der Partei“, von einer „Zersetzung der Partei“. Das ist nicht wahr...“ (10).

Rückblickend auf die „Krise der Linken“ wies Lenin später darauf hin, daß der ideologische Zerfall nicht nur festgestellt werden darf: „Selbst die besten Vertreter der Demokratie begnügen sich damit, den Zerfall, die Wankelmütigkeit, das Renegatentum zu beweinen. Die Marxisten aber suchen die Klassenwurzeln dieser sozialen Erscheinung“ (11).

In diesem Zusammenhang (daß Lenin nirgendwo einfach den Zerfall konstatiert, diesen womöglich noch, nur oder im wesentlichen auf den Stolypinschen Terror zurückführt), polemisierten wir im AK 156 gegen die Sicht der Stolypinschen Reaktion durch die Brille der „Struktur-Fraktion“ und nannten dies „mensche-wistische Verfälschungen“.

Kt. hat nun den genialen Nachweis geführt, daß auch Lenin vom Zerfall sprach. Das war nicht die Frage. Hätte er sich in einem grundsätzlicherem „Schnellkurs eingeleiten“, so wäre doch vielleicht aufgefallen, daß auch die Formel der „Struktur-Fraktion“, es habe damals „kaum noch Spielraum für irgendeine linke Politik“ gegeben, den mensche-wistischen Einschätzungen sehr nahe kommt. Diese hat Lenin u.a. so glossiert: Der mensche-wistische Liquidator sei „geneigt, zu resignieren: so war es – so wird es sein; die alte illegale Organisation zu verteidigen, sei eine hoffnungslose Sache, eine neue zu schaffen, noch viel hoffnungsloser; wir haben überhaupt die Kräfte des Proletariats in der bürgerlichen Revolution übertrieben eingeschätzt“...“ (12).

Hätte dies z.B. nicht Anstoß genug sein müssen, unserer Antwort auf die „Struktur-Fraktion“ nachzugehen, anstatt eine zusammengestückelte Polemik zu entfachen? Nehmen wir z.B. die Polemik Lenins gegen eine Hauptvertreterin der Mensche-wiki, W. Sassulitsch. Gegen die Aussage der Sassulitsch, „... Von der Möglichkeit einer illegalen politischen Agitation konnte zu dieser Zeit gar nicht die Rede sein...“ (b. Lenin zitiert, gemeint ist die Zeit nach 1907) wandte Lenin ein: „Daß es in der genannten Zeit schwierig war, schwieriger als vorher, ist nicht zu bestreiten. Doch die Arbeit der Marxisten ist immer „schwierig“, und sie unterscheiden sich von den Liberalen gerade dadurch, daß sie das Schwierige nicht für unmöglich erklären...“ (13).

Daß die Genoss(inn)en der „Strukturfraktion“ diese Zusammenhänge nicht sehen möchten, verwundert nicht. Damals wie heute predigen die, die einen rechten Ausweg aus der Krise suchen, „neue Formen“ und „neue Inhalte“. Damals „schüttelten (sie) die (alte) illegale Partei von sich ab, blieben aber die Gründung einer (neuen) legalen schuldig“ und erlitten Schiffbruch (14).

Wie sah Lenin die Entwicklung der Parteikrise

Die Genossen der „Struktur-Fraktion“ müssen für ihre Behauptung, jeder Vergleich zeige „ein tiefes Unverständnis für die (heutigen) Probleme“ bzw. sei „wirklich ganz und gar „unsinnig“, den äußeren Krisen aspekt überbetonen. Wer die Hauptursachen der russischen Parteikrise in der Zerschlagung von außen durch Stolypin sieht, bekommt ungefähr folgendes Bild: Auf den Staatsstreich vom 3. Juni 1907, die gewaltsame Auflösung der II. Reichstuma und Wahl (nach neuem Gesetz) zur III. Duma der äußersten Reaktion mit Ministerpräsident Stolypin an der Regierungsspitze, setzte der konterrevolutionäre Vorstoß massiv ein (Verhaftungswellen, Todesurteile, Verbannungen gegen Revolutionäre usw.). 1908 war dann das schwerste Krisenjahr, anschließend sei es wieder aufwärts gegangen.

Verfolgen wir diese Sichtweise bei der „Struktur-Fraktion“: In ihrem ersten Positionspapier sprach sie nur Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 52

vom „unmittelbaren“ Niedergang der SDAPR. In ihrem 2. Artikel, der uns nach Meinung ihres Verteidigers aus den Reihen der LG-Mehrheit „entsprechend auseinandernimmt“, wird diese Frage weiter entwickelt. Die „Struktur-Fraktion“ behauptet, daß nach dem 3. Juni 1907 „dann allerdings eine Phase des Niedergangs einsetzte, die ihren Höhepunkt nach ca. einem halben Jahr überschritten hatte. Eine Lenin-Zitate geißelten den Wankelmut einiger Menschewiki Mitte 1909, als der Prozeß der Regeneration und Konsolidierung der SDAPR schon wieder (relativ) große Fortschritte gemacht hatte“ (15). Sehen wir selbst, wie Lenin die schwere der Parteikrise in ihrem historischem Ablauf jeweils bewertet:

– Oktober 1907: Die Partei müsse sich „konsolidieren, sich von allem schimmlichen Intellektuellenopportunismus reinigen“, diese seien „auf dem Sprung, zu den Liberalen überzugehen“ (16).

– April 1908: Erstmals spricht Lenin von „einem ersten Niedergang und einer Schwächung aller revolutionären Organisationen“. Die „Flucht der Intellektuellen aus der Partei“ mache es nötig, die Führung den fortgeschrittenen Arbeitern zu übergeben. Diese Umstellung sei schwierig, aber die ersten Schritte bereits erfolgreich getan (17).

– November 1908: Lenin spricht von einem Jahr „des Niedergangs, der Depression und des Zerfalls“ (18).

– Juli 1909: Lenin bewertet die letzten zwei Jahre als „schwere Krise in der Geschichte der russischen Revolution und in der Entwicklung der russischen Arbeiterbewegung und der SDAPR“ (19).

– Februar 1910: Lenin beschreibt das vergangene Jahr als eines der „erhöhten Gefahr des Zerfalls der Partei“ (20).

– Juni 1910: Vielfach sei es den konterrevolutionären Kräften in Europa bisher gelungen, „die Reste der revolutionären und sozialdemokratischen Organisationen des Proletariats völlig zu vernichten ... Wir werden nicht die Augen davor verschließen, daß der Kampf um die Partei für uns um so schwieriger wird, je länger sich die konterrevolutionäre Periode hinzieht ...“ (21).

– Oktober 1910: (Seit anderthalb Jahren laufen lt. „Struktur-Fraktion“ – „Regeneration und Konsolidierung der SDAPR“). Dagegen Lenin: „Die schwere Krise ... dauert immer noch an. Zerfall der Parteioorganisationen, aus denen fast alle Intellektuellen flüchten, Zerfahrenheit und Schwankungen unter denen, die der Sozialdemokratie treu geblieben sind ...“ Viele Revolutionäre seien „nahe daran ..., alles aufzugeben ...“ (22).

– Juli 1911: Lenin bezeichnet die konterrevolutionäre Epoche als „Zeit des allgemeinen Renegatentums, der Abtrünnigkeit, der Verzweiflung“ (23).

– Dezember 1911: „Wohl zum erstenmal in der schweren Zeit seit 1908“ deuteten verschiedene Anzeichen (revolutionärer Protest in der Duma, Arbeiterkundgebungen mit revolutionären sozialdemokratischen Reden, Streiks und Studentenunruhen darauf hin, daß „die erste Periode der russischen Konterrevolution, die Periode der völligen Stagnation, der Todesstille, der Galgen und des zügellosen Treibens jeglichen ... Renegatentums – daß diese Periode zu Ende ist ...“ (24).

– Rückblickend schreibt Lenin etwas später: „In Perioden von der Art der letzten vier Jahre in Rußland waren Zerfall und Renegatentum allen Ländern eigentümlich: Es ist vorgekommen, daß nicht einmal Gruppen übrig blieben, sondern lediglich einzelne Personen ...“ (25). Nach diesen Aussagen Lenins, die – wohlgeordnet – auf die aktuelle Lage bezogen sind, kann man u.E. nicht auf ein halbes schweres Krisenjahr infolge des Polizeiterrors schließen, läßt sich nicht die Aussage treffen, daß Mitte 1909 die Partei relativ konsolidiert „über'm Berg“ war. Eine derartige Sicht der russischen Parteikrise ergibt sich nur dann, wenn ausschließlich oder im wesentlichen die äußeren Krisenfaktoren gesehen werden (sollen). Die tatsächliche Geschichte der Krise – was ihre Schwere – anbelangt – ist eher umgekehrt verlaufen. Zunächst hatte Lenin selbst gehofft, daß den unmittelbaren Folgen des Staatsstreiches von 1907, den allgemeinen Verhaftungswellen und der Massenflucht der Intelligenz (in erster Linie), die die Partei zu zerschlagen drohten, durch eine „Umstellung“ der Partei relativ schnell im Sinne einer Konsolidierung zu begegnen sei (26). Die innere Krisenentwicklung durch kleinbürgerliche Fehlströmungen, die natürlich mit der äußeren in Zusammenhang stand, machte diese Hoffnung zunichte.

Aufgrund dieser inneren Widersprüche wurde die SDAPR erst später an den Rand des völligen Zerfalls gebracht und es bedurfte eines mehrjährigen scharfen innerparteilichen Kampfes der Bolschewiki, um die Partei zu konsolidieren. Dementsprechend spricht Lenin z.B. im Frühjahr 1910 von einer „erhöhten Gefahr des Zerfalls“ im Zusammenhang „neuer fraktioneller Zersplitterungen, neuen Fraktionskämpfen“ (27). Noch deutlicher wird diese Position ein halbes Jahr später, im Oktober 1910: „Die Lage ist sehr schwierig, aber die Hauptschwierigkeit besteht nicht darin, daß die Partei außerordentlich geschwächt ist und ihre Organisationen teilweise vollkommen zerschlagen sind, auch nicht darin, daß sich der innerparteiliche Fraktionskampf zugespitzt hat, sondern darin, daß die fortschrittliche Schicht der sozialdemokratischen Arbeiter das Wesen und die Bedeutung dieses Kampfes nicht genügend klar erkannt, sich nicht fest genug zusammengeschlossen hat, um diesen Kampf erfolgreich zu führen, und daß sie sich nicht genügend selbstständig und nicht energisch genug in diesen Kampf eingeschaltet hat, um den Parteikern zu schaffen ...“, der die SDAPR aus der Zersetzung, aus dem Zerfall und aus den Schwankungen heraus auf einen festen Weg führen kann ...“ (28).

Diesen Parteikern sah Lenin im Bündnis der orthodoxen Bolschewiki mit den parteitreuen Menschewiki, und es dauerte noch bis Anfang 1912, bis dieser Parteikern die Führung der SDAPR erobert hatte. Erst von da ab „ging's bergan“, und zwar trotz heftiger Zunahme des staatlichen Terrors: „... die polizeiliche Verfolgungen haben sich nach der Veröffentlichung des ersten russischen Flugblattes des sozialdemokratischen Zentrums (gemeint ist der oben bezeichnete Parteikern) verzehnfacht; es sind lange und schwere Monate vorauszu sehen, neue Verhaftungen, neue Unterbrechungen in der Arbeit. Aber die Hauptsache ist getan. Das Banner ist erhoben, die Arbeiterzirkel in ganz Rußland haben ihm die Hände entgegen gestreckt, und keine konterrevolutionäre Attacke wird es nunmehr wieder herunterreißen!“ (29).

Kurz darauf schrieb die VI. (Prager) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR dies fest, und im Zusammenhang mit dem Wiederwachen der Arbeiterbewegung konsolidierte sich die Partei rasch: Die Auflage der anschließend neu gegründeten legalen Prawda stieg kontinuierlich, die Reorganisation der Partei ging fast sprunghaft vonstatten. Vereinten die Bolschewiki z.B. Mitte 1912 ca. 500 Arbeitergruppen um die Parteizeitung, so waren es bis zum Mai 1914 schon 2.800 (30).

Menschewistische Krisensicht?

Menschewistische Krisensicht?

Der Stein des Anstoßes zur Diskussion über die Stolypinsche Reaktion lag in einer Diskussion, bei der ein „LG-Genosse die jetzige Situation des KB mit der sogenannten „Stolypinschen Reaktion“ verglichen hatte (31): „Auch damals seien die Leute durcheinander gelaufen, hätten alles mögliche erzählt, und man hätte ihnen nicht einmal das Gegenteil beweisen können“, zitiert die „Struktur-Fraktion“ aus diesem Gespräch den LG-Genossen (übrigens LG-Mehrheit). Die Aussagen dieses Genossen bezogen sich also eindeutig auf den inneren Zustand der SDAPR, auf die ideologische Zerfahrenheit etc. pp. Die „Struktur-Fraktion“ polemisierte nun dagegen mit Hinweisen auf die unterschiedlichen äußeren Verhältnisse und entwarf in diesem Zusammenhang ihr falsches Bild von der Stolypinschen Reaktion und der russischen Parteikrise. Heute (im KB) sei es dagegen nicht gelungen, „ein brauchbares Konzept und brauchbare Methode zur wirkungsvollen und kontinuierlichen Bekämpfung des Kapitalismus zu entwickeln ... Diese Ursache ist grundverschieden von den Ursachen des Zerfalls in der Stolypinschen Reaktion. Die Leute laufen uns doch nicht nur aufgrund des Druckes der Reaktion weg ...“ Wer heute mit damals vergleiche, behauptet die „Struktur-Fraktion“ dementsprechend weiter, entwickle „eine recht bequeme „Lösung“ bzw. Schutzideologie speziell für politische Führer(!): die Leute weichen nur dem Druck, haben im Grunde keine Lust mehr, resignieren aber mit mir hat das überhaupt nichts zu tun ...“. Die Arbeitsgruppe des „Zentrums“ bemühte sich daraufhin in ihrer Replik nachzuweisen, daß die Krise der SDAPR von Lenin nicht mit „Druck“ erklärt wurde: „Lenin sah also ganz anders als die „Kritik-Fraktion“ im Terror Stolypins nur den äußeren Anlaß für die massenhaften Austritte aus der Partei, ihr wesentlicher Hintergrund war dagegen die kleinbürgerliche Interessenlage der Austrittenden“ (32).

Natürlich ist die Aussage, daß der Stolypinsche Terror „die Linke auseinandergetrieben habe“ und „kaum Spielraum“ für linke Politik gelassen habe, im Rahmen einer groben historischen Betrachtung nicht direkt falsch. Eine genauere Analyse muß jedoch das Augenmerk auf diese Frage richten: Wie sind die russischen Revolutionäre mit Abwanderungen, mit Zweifeln am Marxismus usw. fertig geworden, was ist an ihrer politisch-ideologischen Gegenwart ein gültiger und nützlicher Diskussionsbeitrag für die Krise der Linken heute.

Lenin sagte 1911: „Alle Krisen legen den Kern der Erscheinungen oder der Prozesse bloß, fegen das Oberflächliche, Nebensächliche, Äußerliche hinweg, offenbaren die tieferen Wurzeln des Geschehens“ (33). Dies ist eine tiefe dialektische Einsicht und allein der Verweis darauf sollte genügen, die Versuche zu stoppen, mit Hinweisen auf „Niederlage“, „Polizeiterror“ etc. pp. jede mögliche Lehre aus der Parteikrise nach 1907 „totzukommentieren“. Von den Bolschewiki lernen – eine Parole, die der gleiche LG-Mehrheitsgenosse der einst aufstellte, der jetzt die „Struktur-Fraktion“ verteidigt – scheint für diese Genossen nur sehr begrenzt möglich zu sein: auf die Parteikrise nach 1907 darf man nicht verweisen, da heute nicht dieser Staatsterror wie unter Stolypin herrscht.

Aus „Was tun“ lernen? Nach dieser Logik wäre es unmöglich, denn heute haben wir schließlich keine vorrevolutionäre Zeit einer bürgerlich-demokratischen Revolution wie im zaristischen Rußland mit erstarkender Arbeiterbewegung.

„Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“? Völlig absurd, schließlich sind wir ja gar nicht emigriert und brauchen unsere Parteitage nicht im Ausland abzuhalten ...

In dieser Richtung gäbe es allerlei Argumente! Was dann noch von Lenin übrig bliebe, wäre nicht allzuviel.

Sehen wir uns einmal an, ob sich die Bilder bezüglich der Krise heute und damals gleichen: Lenin diagnostizierte: „Zerfall der Parteioorganisationen, aus denen fast alle Intellektuellen flüchteten, Zerfahrenheit und Schwankungen unter denen, die der Sozialdemokratie treu geblieben sind, Niedergeschlagenheit und Apathie unter ziemlich breiten Schichten des fortgeschrittenen Proletariats, Unsicherheit in der Frage nach dem Ausweg aus dieser Lage – das sind die Merkmale, die die gegenwärtige Situation kennzeichnen. Es gibt unter den Sozialdemokraten nicht wenig Kleinmütige und Kleingläubige, die nahe daran sind, über der Aufgabe zu verzweifeln, die Partei ... wiederherzustellen und zu festigen, die nahe daran sind, alles aufzugeben und sich in ihr Privatleben oder in engen Zirkeln abzukapseln, die sich nur mit „Kulturarbeit befassen u.dgl. m.“ (34). Diese Beschreibung der damaligen Parteisituation durch Lenin sollte doch aufmerken lassen: Niedergeschlagenheit und Apathie, Unsicherheit bezüglich des Ausweges, Rückzug ins Privatleben und Befassung mit „Kulturarbeit“ – das kennt jeder, der unsere Krisendokumente aufmerksam verfolgt hat. Wie sehr sich die Ansichten dabei im einzelnen gleichen, ist auch bezüglich der Fehlströmungen interessant. Erinnern wir uns z.B. an die zentrale These der „Struktur-Fraktion“ in ihrem ersten Papier, nämlich daß jeder Austritt aus dem KB, jedes Verlassen der Organisation unserer „falschen Politik“ geschuldet ist, vor allem den organisatorischen Strukturen mit der Leitung an der Spitze. Auf Grundlage dieser zentralen These setzt sich die „Struktur-Fraktion“ sowohl aus KB-Mitgliedern als auch aus Nicht-Mitgliedern (Ehemaligen) zusammen, die z.T. den KB scharf angreifen. Ähnlich der Menschewiki damals: „Die liquidatorische Strömung stellt die Frage, ob die besten, die aktivsten Elemente der Partei verlassen ..., oder ob aus der Partei die schwankenden intellektuellen und kleinbürgerlichen Elemente austreten“ (35).

Damit aus diesem Lenin-Zitat durch den LG-Mehrheitsverteidiger der „Struktur-Fraktion“ nicht wieder unser „Berauschen“ am „Säubern“ etc. pp. konstruiert wird – so als ob wir mit unsäglichem Behagen jeden KB-Austritt feiern – zu dieser Frage einmal einen ganzen Gadankengang Lenins:

„Bei einzelnen konnte die Flucht aus der Illegalität von Müdigkeit und Depression herrühren. Solche Leute kann man nur bedauern; ihnen muß man helfen, sobald ihre Depression vorübergeht und sich bei ihnen eine Abwendung vom Spießertum, von den Liberalen ... und eine Zuwendung zur proletarischen Illegalität bemerkbar macht.“

Wenn aber die Müden und Depressierten die Tribüne der Journalistik besteigen und ihre Flucht nicht für einen Ausdruck der Müdigkeit, der

Schwäche, intellektueller Charakterlosigkeit erklären, sondern als ihr Verdienst hinstellen und dabei die Schuld auf die „aktionsunfähige“ oder „unnütze“ oder „abgestorbene“ usw. Illegalität schieben, dann werden diese Flüchtigen zu widerlichen Renegaten, Abtrünnigen. Dann werden diese Flüchtigen zu den schlechtesten Ratgebern und insofern zu gefährlichen Feinden der Arbeiterbewegung. (Man) hört ... die Liquidatoren solche Elemente verteidigen und über den grünen Klee loben ...“ (36).

An Lenin sich berauschen? Solche Vorwürfe können nur dazu dienen, denjenigen Genoss(inn)en in unseren Reihen, die „müde“ und „deprimiert“ sind und denen zu rück geholfen werden muß, die vor einer Propaganda der Resignation als Schritt in ein besseres Leben gewarnt werden müssen, diesem Propagandisten auszuliefern (37).

Das große Geschrei gegen uns als „Säuberer“, „Gesund-Schrumpfer“ etc. war angestimmt worden wegen des von uns sinnvoll bezeichneten Vergleichs zur Phase der Stolypinschen Reaktion, wonach für den KB – um ein Vielfaches mehr als für die SDAPR – gilt, daß der Charakter der Kämpfe der letzten Jahre kleinbürgerlich-demokratische Tendenzen verstärkt in den KB trieb, die nun von unserem Kampf desertieren (nachdem die modischen „Feiertage“ des „Marxismus-Leninismus“ einer allgemeinen „Vertrauenskrise“ in eben diesen gewichen sind).

Dieser unser Vergleich (der Krise des KB mit der damaligen der SDAPR) war bekanntlich gegen die Auffassungen der „Struktur-Fraktion“ gerichtet, die behauptet, daß heute vor allem die allerbesten Kräfte den KB verlassen (und nicht – wie ein Vergleich mit der SDAPR-Krise nahelegen würde – die „Müden“, vorübergehend „Resignierten“ etc.). Daß sich dieses Geschrei der „Struktur-Fraktion“ heute v.a. auf die „ZL-Gruppe“ (als dem vermeintlich „harten Kern“ der „Säuberer“) konzentriert, liegt in der inneren Logik dieser „Fraktion“ begründet.

Kt. unterstellt uns, wir wollten den gegenwärtigen „Schrumpfungsprozeß der Organisation der Neuen Linken“ ... im wesentlichen als willkommende „Säuberung von kleinbürgerlichen Elementen“, als „Trennung der Spreu vom Weizen“ etc. pp. abfeiern (38). Nur darum hätten wir den Vergleich zur SDAPR-Krise in der Stolypinschen Reaktion gesucht. Er malt ein Bild, als würden in der „ZL-Gruppe“ die Sektkorken knallen, sobald wiederum ein Genosse dem KB den Rücken gekehrt hat. Nein, lieber Kt., wir bedauern jeden „Abgang“, jedes Stück „Zerfall“. Wir sind nur nicht bereit, krisenbedingte „Abgänge“ dadurch „aufzufangen“, indem wir den Charakter des KB als revolutionäre kommunistische Organisation abwandeln, damit sich auch noch die ganz und gar „Müden“ bei uns pudelwohl fühlen. Wir suchen nach Konzepten (u.a. auch bei Lenin!), die „Müden“ aufzurütteln – ohne allerdings dabei der Illusion anheimzufallen, daß dies in jedem Einzelfall auch möglich sein wird.

Im Gegensatz zu neueren Ansichten bei der LG-Mehrheit, daß dem Wegfall-Prozeß der kommunistischen Bewegung mit Worten schwer beizukommen sei – eine der neuen Thesen, die bloß die allgemeine krisenbedingte Resignation nun auch im LG zum Ausdruck bringt – suchen wir nach Möglichkeiten eines „Beikommens“. Als wesentlichen Schritt dabei betrachten wir eine allgemeine Rückbesinnung auf die Grundlagen unserer Politik („olle Kamellen“), auf die Grundlagen des Marxismus überhaupt.

Dazu nochmals Lenin: Er schrieb im Februar 1910: „Die theoretischen Interessen, die in Zeiten der Stagnation unvermeidlich in den Vordergrund treten, erfordern gleichfalls den Zusammenschluß auf der Grundlage der Verteidigung des Sozialismus überhaupt und des Marxismus ..., insbesondere angesichts der bürgerlichen Konterrevolution, die alle Kräfte für den Kampf gegen die Ideen der revolutionären Sozialdemokratie mobilisiert“ (39). Wenige Monate danach, im Dezember 1910, heißt es: „Als Widerspiegelung dieses Wechsels (der gesellschaftlichen Bedingungen, d.h.) traten tiefgehender Zerfall, Zerfahrenheit, alles mögliche Wanken und Schwanken, mit einem Wort – eine sehr ernste innere Krise des Marxismus in Erscheinung. Die entschiedene Abwehr dieses Zerfalls, der entschlossene und hartnäckige Kampf für die Grundlagen des Marxismus trat wieder auf die Tagesordnung. Außerordentlich breite Schichten jener Klassen, die bei der Formulierung ihrer Aufgaben den Marxismus nicht übergehen können, hatten sich in der vorhergehenden Epoche den Marxismus höchst einseitig und entstellt angeeignet, indem sie sich diese oder jene „Losungen“, diese oder jene Antworten auf taktische Fragen eingepärgelt hatten, ohne die marxisti-

schen Kriterien dieser Antworten begriffen zu haben ...“ (40).

Wenn Kt. behauptet, daß der „Vergleich zur Stolypinschen Reaktion ... in jeder Hinsicht unsinnig“ (41) sei, so müssen wir ihm doch widersprechen. Gerade Lenins Grundansicht in dieser Hinsicht war u.E., daß der – objektiven Faktoren geschuldete – zahlenmäßige Niedergang einer kommunistischen Organisation kombiniert werden kann mit einer Politik der Herausbildung einer „Avantgarde“, die am Ende einer Krise für den Aufschwung „startklar“ ist.

Leitung des „Zentrums“

Anmerkungen:

- (1) Über einige Besonderheiten der historischen Entwicklung des Marxismus (Dezember 1910), Lenin-Werke (LW) Bd. 17, S. 27.
- (2) Über zwei Briefe (November 1908), LW Bd. 15, S. 284. Ähnliche Feststellungen sind z.B. zu finden in: Auf den Weg (Februar 1909), Bd. 15, S. 344; Zur Einheit (Februar 1910), Bd. 16, S. 141.
- (3) AK 156, 25.6.79, S. 56; nachgedruckt in: UNSER WEG Nr. 29, 16.7.79, S. 3. Alle folgenden Zitate der „Struktur-Fraktion“, soweit nicht anders vermerkt, sind aus diesem Artikel.
- (4) „Zentrums“-Leitung kontra Lenin, AK 163, 1.10.79, S. 47. Alle folgenden Zitate von Kt. sind aus diesem Artikel.
- (5) AK 156, 25.6.79, S. 60, nachgedruckt in: UW 29, 16.7.79, S. 15.
- (6) LW Bd. 15, S. 347.
- (7) ebenda.
- (8) Über die Fraktion der Anhänger des Otzowismus und des Gottesbildertums (September 1909), LW Bd. 16, S. 48.
- (9) Die Liquidierung des Liquidatorentums, LW Bd. 15, S. 458.
- (10) Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland (Sept./Nov. 1910), LW Bd. 16, S. 396; Hervorhebungen bei Lenin.
- (11) Der ideologische Kampf in der Arbeiterbewegung (Mai 1914), LW Bd. 20, S. 276. Ähnliches schrieb Lenin im Vorwort zum Sammelband „Marxismus und Liquidatorentum“ (Februar 1914), LW Bd. 20, S. 118. Bei der „Krise der Linken“ betrachtete Lenin auch die kleinbürgerlichen revolutionären Demokraten und die Sozialrevolutionäre, die wie der menschewistische Flügel der SDAPR nach 1907 zerfielen.
- (12) Notizen eines Publizisten (März/Mai 1910), LW Bd. 16, S. 249.
- (13) Wie W. Sassulitsch das Liquidatorentum erledigt (September 1913), LW Bd. 19, S. 385.
- (14) Der Anonymus aus dem „Vorwärts“ und die Schlage in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (März 1912), LW Bd. 17, S. 532.
- (15) UW 29, S. 25.
- (16) Revolution und Konterrevolution, LW Bd. 13, S. 112/113.
- (17) Auf den geraden Weg, LW Bd. 15, S. 475.
- (18) Über zwei Briefe, LW Bd. 15, S. 293; ebenso im Februar 1908: Auf den Weg, LW Bd. 15, S. 344.
- (19) s. Anm. 9, S. 455.
- (20) Zur Einheit, LW Bd. 16, S. 142; Hervorhebungen bei Lenin.
- (21) „Zur Einheit“, 24.9.1910, LW Bd. 16, S. 142; Hervorhebungen bei Lenin.
- (22) s. Anm. 12, S. 249.
- (23) Ankündigung der Herausgabe der „Rabotschaja Gaseta“, LW Bd. 16, S. 293.
- (24) Resolution der II. Pariser Gruppe der SDAPR, LW Bd. 17, S. 208.
- (25) Zu den Lösungen und zur Gestaltung der sozialdemokratischen Arbeit, LW Bd. 17, S. 321.
- (26) Prinzipielle Fragen der Wahlkampagne, LW Bd. 17, S. 389.
- (27) vgl. hier insbesondere: Auf den Weg (April 1908) LW Bd. 15, S. 344-355.
- (28) s. Anm. 20.
- (29) s. Anm. 22, S. 295.
- (30) Die Lösung der Parteikrise, LW Bd. 17, S. 338.
- (31) siehe die Aufstellungen Lenins in: Ergebnisse der Arbeit eines halben Jahres, Bd. 18, S. 179; und: Arbeiterklasse und Arbeiterpresse, Bd. 20, S. 367.
- (32) s. Anm. 3.
- (33) s. Anm. 5.
- (34) „Bedauern“ und „Scham“, LW Bd. 17, S. 175.
- (35) s. Anm. 22.
- (36) s. Anm. 26, S. 353.
- (37) s. Anm. 13, S. 389.
- (38) Daß auch wir es mit Fällen zu tun haben, wo Genoss(inn)en ihre „Müdigkeit“ als „Verdienst“ hinstellen, wo sich „nicht nur“ resignierend zurückgezogen wird, sondern mit dieser Resignation eine Propaganda betrieben wird, haben wir in AK 160 (S. 36) z.B. am Papier einer Bergedorfer Genossin belegt, die in Zusammenhang mit ihrem Austritt von „Befreiung“ und „Selbstbestätigung“ sprach. Hierhin gehören ebenso Auffassungen und „Stimmungen“, die mit Redewendungen wie „man lebt nur einmal“ und man wolle schließlich „ein schönes Leben haben“ eine weitgehende Verminderung ihrer politischen Engagements rechtfertigen. Überhaupt scheint dieser Zusammenhang von „Utopismus und Verweigerung“, wie wir ihn aufzuzeigen versucht haben, vielen Vertretern der LG-Mehrheitsposition absolut unauffällig zu sein. Sie sagen: Unser Problem ist nicht das des Utopismus, sondern das der Resignation. Richtig; aber die Resignation ist gerade deswegen zu einem groben Problem geworden, weil sie von vielen in eine „Selbstbefreiung“ umgeschminkt wird, weil aus ihr eine Propagandaformel gegen diejenigen geschmiedet wird, die weiterhin „den Laden aufrecht erhalten“.
- (39) s. Anm. 4.
- (40) s. Anm. 20, S. 146.
- (41) s. Anm. 1.
- (42) s. Anm. 38.

Zur Krise der Kommunistischen Bewegung (Teil 1)

Entgegen ursprünglicher Planung soll der Gegenstand dieses Beitrages nicht ein „Auseinandernehmen“ der „Knittel-Fraktion“ sein (ich finde diese Bezeichnung übrigens vor allem deswegen so passend, weil „Knittel“ – neben der Assoziation mit jenem „deutschen Siegfried“ – als bayerisches Wort für K N Ü P P E L auch noch andere zutreffende Vergleiche zuläßt!). Jedenfalls nicht ein „Auseinandernehmen“, was auf der Ebene des halben Dutzend nostalgischer Denkschablonen dieser Leute verbleibt, die eigentlich nur durch das provokatorische Auftreten ihrer Verfechter die seitenlangen Mühen vieler Genossen in den letzten AKs wert gewesen sind.

Ich will versuchen – obwohl ich als Mitglied der sogenannten „Kritik“-Fraktion offenbar kurz vor dem Ende meiner KB-Mitgliedschaft stehe (siehe „Thesen...“-Diskussion) – die Ebene des unfruchtbaren, auf Zerstörung gerichteten Hick-Hacks zu verlassen, mit der uns seinerzeit begegnet wurde, und die jetzt – allerdings von den „Knittels“ provoziert – zur gängigen „Umgangssprache“ im KB geworden ist. Einzige Ausnahme: der Genosse F. mit seinen „Thesen zur Krise“ im AK 162. An diesem Strang festhaltend, will ich versuchen, aus meiner Sicht Position zur Krise der kommunistischen Bewegung zu beziehen, soweit es mir möglich ist.

Dabei werden – so hoffe ich – meine politischen Differenzen sowohl zu den „Knittel-Ideologen“ als auch zu F. bzw. zur LG-Mehrheit, klarer und fundierter diskutierbar.

Krise der „Neuen Linken“ – oder Krise der nach-leninschen internationalen kommunistischen Bewegung?

Der Genosse F. erklärt den Ausgangspunkt der „Neuen Linken“ bzw. nichtrevisionistischen „kommunistischen Bewegung“ richtig aus der radikaldemokratischen, ansatzweise sozialistischen Studentenbewegung (APO/SDS) heraus. Demzufolge beginnt er seine analytischen Ansätze zeitlich in dieser Periode. Er erklärt allerdings sogar die organisatorischen Vorstellungen und Praktiken der „kommunistischen Bewegung“ als im SDS begründet, der nach „elitären Mechanismen“ gearbeitet hätte, was sich „bis heute... unmittelbar im Zielwesen fortgesetzt“ (genauer: teilweise fortgesetzt) hätte. Ferner zeichnet er für den Beginn der neuen „kommunistischen Bewegung“ eine „Begeisterung für den Kommunismus“, die inzwischen nachgelassen hätte.

Dies ist meiner Meinung nach ungenügend; der Versuch, die neue „kommunistische Bewegung“ organisatorisch beim SDS herzuweisen ist sogar direkt falsch.

Versucht man „unsere“ Krise historisch einzuordnen, so kann man nicht umhin, uns als kleinen Bestandteil der umfassenden, schon ein halbes Jahrhundert andauernden Krise der kommunistischen Weltbewegung zu begreifen. Im Rahmen solcher Sicht ist es eine Besonderheit, daß wir aus der APO hervorgegangen sind. Das heißt, die radikaldemokratische Massenbewegung Ende der sechziger Jahre hat es überhaupt erst wieder möglich gemacht, daß in diesem Land eine Neuaufgabe der „runtergewirtschafteten“ kommunistischen Bewegung versucht wurde. Die Beschränktheit der Studentenbewegung, die bittere Erkenntnis, daß mit ihren Mitteln und mit ihr allein dem System nicht beizukommen ist, hat ihre radikalsten Teile an die Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus herangeführt. Die neue „kommunistische Bewegung“ ist nicht „organisch“ aus der Studentenbewegung gewachsen. Ihre radikalsten Elemente haben vielmehr zunächst in völliger Negation der gewonnenen neuen Elemente, Aktionsformen, Inhalte usw. versucht, mit einer verkrampften „Neuaufgabe“ der „traditionellen“ kommunistischen Bewegung den Zerfall der Massenbewegung aufzuhalten, diese unter die Fittiche einer imaginären Arbeiterbewegung, deren „Führung“ (und damit unter die eigene) etc. zu transformieren. Bei diesem Versuch hat die neue „kommunistische Bewegung“ auf der Basis minimaler Kenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus sich völlig unkritisch der alten „traditionellen“ Organisationsvorstellungen, der hauptsächlich politisch-theoretischen und strategisch-taktischen Vorstellungen bedient. Konkret: die Vor-

stellungen vom Parteaufbau, die organisatorischen Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der (damit zusammenhängenden) Kaderorganisation, Vorstellungen von einer neuen „Internationale“ und die auf der Basis der Analyse der Vorkriegs-Gesellschaften beruhenden Prinzipien der Bündnispolitik, wie (stichwortartig): Arbeiter-Bauern-Intelligenz-Beziehungen, Aktionseinheitspolitik, Einheitsfront etc.p.p.). Wir, d.h. der KB, hat sich unstrittig in diesem Prozess dadurch ausgezeichnet, daß er vieles vom „historischen Erbe“ der traditionellen kommunistischen Bewegung kritisch beleuchtet hat, ansatzweise Elemente einer neuen, eigenständigen Politik der westdeutschen Linken entwickelt hat, oder zumindest kritische Distanz bewahrt hat. Dennoch kannten auch wir Zeiten, wo wir im historischen „Prolet-Kostüm“ herumliefen, die Haare kurzgeschoren – um nicht den „proletarischen Zorn“ an „Nebenwidersprüchen“ auf uns zu ziehen – und durch massenhaftes Scheitern von abgebrochenen Studenten in die Betriebe versuchten, die nicht ausmachende Arbeiterbewegung zu ersetzen. Während die neue „kommunistische Bewegung“ in Zeiten relativer Ruhe die oben beschriebenen Tendenzen bis zu den skurrilsten Exzessen ausleben konnte, ist es nur logisch und unausweichlich, daß sie jetzt, bei einem relativ breiten Wiederanflug der demokratischen Kämpfe und der (organisierten) demokratischen Bewegung, mit deren Anforderungen kollidiert.

Die Überlegungen, die der Genosse F. hier macht, muten mir – soweit ich das richtig verstanden habe – etwas eigenartig an. Er spricht von einer „Stellvertretung“ der (kaum vorhandenen) demokratischen Bewegung durch die neue „kommunistische Bewegung“ während der zurückliegenden Jahre (?) und jetzt von einer „Spaltung der bisherigen kommunistischen Bewegung in eine eigenständige demokratische Bewegung und eine eigenständige kommunistische Politik...“.

Ich verstehe nicht ganz, woher F. die Behauptung nimmt, die neue „kommunistische Bewegung“ sei weitgehend gleichzusetzen mit der demokratischen Bewegung der letzten Jahre, und würde sich jetzt in eine sozusagen „eigentlich“ kommunistische, und eine „eigentlich“ demokratische Bewegung spalten. Das scheint mir doch etwas vorschnell und – sicher ungewollt – überheblich, mit leichter Tendenz zur Selbstüberschätzung zu sein. Ich verstehe unter „demokratischer Bewegung“ ganz konkret in den siebziger Jahren nach dem Protest gegen die Notstandsgesetze, den Protest gegen den § 218, mit gewissen Einschränkungen die Mobilisierung „gegen Rechts“ anlässlich des CDU-Mißtrauensvotums, die Bewegung gegen die Berufsverbote, die antifaschistischen Aktionen gegen alte und neue Nazis, das zeitweilige Wiederaufklaren der Studenten/Schüler-Bewegung (HRG-Proteste etc.); in den letzten Jahren dann die Umweltschutzbewegung und eng mit ihr zusammen den Widerstand gegen den „Überwachungs-Staat“ („Atom-Staat“). Richtig an F's Gedanken scheint mir zu sein, daß wir – fast ausnahmslos der KB allein – um bestimmte, von der (spontanen) demokratischen Bewegung vernachlässigte, Aspekte der Rechtsentwicklung gestritten haben, die wir unter dem Begriff „Modell Deutschland“ in die Russell-Kampagne eingebracht haben. Auch dies belegt aber nicht die These von der „Stellvertretung“ im demokratischen Kampf.

Ebensowenig wie die neue „kommunistische Bewegung“ den Zerfall der Studentenbewegung aufhalten konnte, hat die demokratische Bewegung uns benötigt, um in den letzten Jahren wieder zu größerer Entfaltung zu kommen. Solche Bewegungen beziehen ihre gesellschaftlichen und sozialen Antriebe aus den Widersprüchen des Kapitalismus, sie unterliegen als – in diesem Sinne – „Naturphänomene“, mehr „physikalischen Gesetzen“ (um mal mit bei F. Engels geklauten Formulierungen zu überspitzen) als unseren Köpfen.

Zusammengefaßt hat für mich das Anwachsen der demokratischen Bewegung die Theorielosigkeit und den Mangel an realer Gesellschaftsanalyse (zu Gunsten von „ollen Kamellen“, um unsere „letzten Leninisten“ auch mal miteinzubeziehen!) der neuen „kommunistischen Bewegung“ zu Tage gefördert.

Diese hat eben nicht – wie F. richtig feststellt – per Definition die „Einsicht in den Gang der ge-

sellschaftlichen Entwicklung“. (Vergleiche hier den gerade „klassischen“ Irrtum der ZL-Genossin Ti. in ihrem Beitrag im AK 163: „Wenn man/frau nicht mehr DAVON AUSGEHT (!!!), daß die Kommunisten ihren Bündnispartnern etwas voraus haben, nämlich die wissenschaftliche Sicht der Gesellschaft, ihrer Entwicklungstendenzen, ihrer Geschichte usw.“ S. 50).

Die neue „kommunistische Bewegung“ ist noch keine reale gesellschaftliche Alternative. Sie hat – wie sollte sie auch, nur muß man es ungeschminkt sehen – bislang kaum einen positiven Ansatz aus dem Scheitern ihres historischen Vorläufers, der 3. Internationale, gezogen, sie hat kaum sehr, sehr ansatzweise – ein Verständnis ihrer eigenen Geschichte entwickelt (nicht erst seit Ende der sechziger Jahre, sondern der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung). Sie hat kaum ein Verständnis, eine Analyse der weltweiten Degeneration, Entartung etc. der sozialistischen Versuche seit der Oktoberrevolution. Die neue „kommunistische Bewegung“ erfährt jetzt, nachdem sie durch ihre besondere Entstehungsgeschichte und durch einige Jahre relativer Ruhe an der „Klassen-Front“ zunächst einen „Freiraum“ für nostalgisches Verstecken-Spiel und mythologisierung, „Kader“- und „Revolutionärs“-Romantik hatte (Che oder Stalin überm Bett – Basken- oder Schiffermütze auf dem Kopf; je nachdem ...), das ganze Ausmaß der politisch-theoretischen Krise der nach-leninschen internationalen kommunistischen Weltbewegung, das ganze Ausmaß des praktischen Scheiterns der sozialistischen Versuche (die sogenannten „objektiven Bedingungen“ unserer Krise). War die „Rückbesinnung“ auf den wissenschaftlichen Sozialismus, speziell auf den „Leninismus“, Ende der sechziger Jahre vorantreibend – hat sie doch uns alle, die Reste der APO-Aktivist*innen, zur Auseinandersetzung mit den bisherigen Ergebnissen der internationalen kommunistischen – und Arbeiterbewegung (wenn auch mit einigen Umwegen) geführt – so stehen wir jetzt vor der Aufgabe, den „Leninismus“ als Mythos zu durchbrechen, seine positiven Elemente von denen, die sich historisch nicht bewährt haben, zu scheiden, seine Ansätze zur Analyse des Imperialismus um die Kleinigkeit des letzten halben Jahrhunderts imperialistischer Entwicklung zu ergänzen.

Es ist ein Eckpfeiler des Lenin-Kultes der Stalin-Ära und der Komintern zu behaupten, der „Leninismus“ ist der Marxismus in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution, und damit die Fortentwicklung sowohl des Imperialismus wie auch der Revolutionstheorie des wissenschaftlichen Sozialismus auszuschließen; den revolutionären Bewegungen ergo fortan den von Stalin formalisierten Sozialismus auszuschnitten; den revolutionären Bewegungen ergo fortan den von Stalin formalisierten Gegenstandskatalog „Leninismus“ als zwingend und unfehlbar aufzudrücken.

Wer sich nach alledem heutzutage hinstellt und – wie die „Knittel-Fraktion“ – auf Basis einer „Rückbesinnung“ auf zwei bis drei leninistische „Standards“ („olle Kamellen“ – ausdrückliches Bekenntnis des ZL-Mitgliedes Jü.; übrigens ein Ausbund „leninistischer Unfehlbarkeit“, wie man dem AK 163 entnehmen kann) überall die „Konturen wieder schärfer“ ziehen will, wird unvermeidlich als schematischer Plattkopf über kurz oder lang die allzu hastig hinaufgehetzte Feuerleiter der Geschichte wieder hinunterperzeln.

Etwas mehr nüchterne Selbsteinschätzung, etwas mehr Wissenschaftlichkeit (von der ZL ausdrücklich anlässlich der Thesen des Genossen F. verpönt ... da sie ja so gern gegen „Schärfe in der ideologischen Auseinandersetzung ausgespielt ...“ wird, AK 163, S. 48), etwas mehr Bescheidenheit und die Bereitschaft, von den oftmals lange Jahre in der Basis-Arbeit aktiven Bündnispartnern zu lernen, auch wenn deren Ideen, Vorschläge etc. möglicherweise in einem anderen ideellen bzw. ideologischen Gesamtkonzept stehen, statt ihnen ständig vorschreiben zu wollen, was „richtig“ und was „falsch“ ist – all dies scheint mir doch angebracht.

Revolutionstheorie bei Lenin

Die Gründung der 3. Internationale stützte sich vor allem auf die politisch-theoretischen Vorstellungen der russischen Bolschewiki – was nicht heißt, daß es um diese Auffassungen nicht in den ersten Jahren der KI heftigen Streit gegeben hätte.

Es ist ein „Verdienst“ der stalinistischen Ära, daß diese politisch-theoretischen und organisatorischen Vorstellungen, selbst nachdem die KI in Konzept und Praxis faktisch in jedem Land gescheitert war, nie wieder kritisch reflektiert wurden, geschweige denn weiterentwickelt.

Das Schicksal der KI selbst ist von der kommunistischen Weltbewegung egal welche Sektion, „Linie“, Gruppierung, Partei etc. – bis heute nicht analysiert worden. Ihre Fehler, Schwächen, Irrtümer, falschen Theorien usw. usf. müssen nach meiner Überzeugung jedoch – neben der Analyse der weiteren Entwicklung des Imperialismus – das „2. Bein“ sein, auf dem eine Erneuerung der revolutionären Theorien und Praxis in den imperialistischen Metropolen sich gründen kann. Das ganze Konzept „3. Internationale“ kann nur im Zusammenhang mit der konkreten Analyse des damaligen Entwicklungsstadiums des Imperialismus, wie sie vor allem von Lenin produziert wurde, verstanden werden.

Es ist daher unerlässlich, mit einer kritischen Untersuchung dieser Auffassungen zu beginnen, will man den Entwicklungsgang der kommunistischen Weltbewegung ergründen. In der Beurteilung der folgenden (Kurzform!) Argumentation muß natürlich berücksichtigt werden, daß ich hier aus Platzgründen nicht einmal meine bisherigen Untersuchungsergebnisse vollständig ausbreiten kann, sondern mich auf einige Zitate von richtungsweisender Bedeutung beschränken muß. Darüberhinaus dürfte klar sein, daß ich hier nicht „die Analyse“ liefern kann, sondern lediglich einige wenige Denksätze. Ich bin jedoch imstande diese Ansätze durch eine ziemlich intensive Auseinandersetzung mit der Lenin'schen Theorie (auch im Zusammenhang mit dem Buch „Texte zur Stalin-Frage“) während der letzten 1 1/2 Jahre kurzfristig durch weiteres Material zu belegen, sollte eine Auseinandersetzung dies erfordern.

All diese vorangestellten Einschränkungen erscheinen mir nicht zuletzt deswegen nötig, weil es bekanntlich in unserer Organisation einige „Lenin-Experten“ gibt, die stets das Bestreben haben, eine sinnvolle Auseinandersetzung speziell um ihren „Altmeister“ mittels einiger möglichst „markiger“, zusammengeklauter „Zitate“ zu stören...

Lenins Auffassung vom Gang der

Lenins Auffassung vom Gang der Weltrevolution wurde von ihm verstärkt seit der Revolution von 1905 in Rußland ausgearbeitet. Für ihn war es von Anfang an klar, daß eine Revolution in Rußland stets in einen weltrevolutionären Prozeß eingebunden sein müßte. Diesen Prozeß sah er in unmittelbarer Nähe (in einem historisch gesehen sehr kurzen Zeitraum) seit den Anfang des Jahrhunderts wieder international zunehmenden Massenkämpfen. Diese unmittelbare Nähe der Weltrevolution sieht er weitgehend unabhängig vom Zustand der organisierten kommunistischen Bewegungen (sozialdemokratischen), in denen die Spaltung sich seit Anfang des Jahrhunderts abzeichnete. Dies wird am deutlichsten in den Jahren 1917-20, wo er die Weltrevolution direkt vor der Tür glaubte, obwohl der organisatorische Zerfall (ausgenommen die Bolschewiki), durch den Verrat der Führer der zweiten Internationale überall am stärksten war. Aus dieser Einschätzung folgte dann die übereilte Gründung der 3. Internationale und leitet sich zu einem guten Maße ihre Form und ihre Prinzipien ab.

Lenin schrieb zur Einbettung der russischen Revolution von 1905 über die internationale Situation: „Die Arbeitermassen sowohl in Deutschland, als auch in den anderen Ländern schließen sich immer mehr zu einer Armee der Revolution zusammen, und diese Armee wird ihre Kräfte in naher Zukunft entfalten, denn die Revolution wächst heran, in Deutschland wie in anderen Ländern.“ (1)

Ferner: „Nur Blinde können die Tatsache

nicht sehen, daß in England zur Zeit der Sozialismus in der Arbeiterklasse im raschen Fortschritt begriffen ist, daß er in diesem Land wieder zu einer Massenbewegung wird, daß die soziale Revolution in Großbritannien heranreift.“ (2)

Weiter: „Die Revolution kündigt sich in den USA an.“ (3)

Schon von 1905 an integrierte Lenin das „Erwachen Asiens“ in seine Revolutionstheorie – er schreibt: „Nach der revolutionären Bewegung des Jahres 1905 hat die demokratische Revolution ganz Asien erfaßt: Die Türkei, Persien, China. In Britisch-Indien gärt es immer stärker. Interessant ist, daß die revolutionär-demokratische Bewegung jetzt auch Niederländisch-Indien, die Insel Java, und andere niederländische Kolonien erfaßt hat (...) Das Erwachen Asiens und der Beginn des Kampfes des fortgeschrittenen Proletariats Europas um die Macht kennzeichnen die neue Ära der Weltgeschichte, die Anfang des 20. Jahrhunderts angebrochen ist.“ (4)

Lenins Theorie der Weltrevolution hatte – stark aufs Wesentliche beschränkt – vor Ausbruch des ersten Weltkrieges in etwa folgende Gestalt: – In den fortgeschrittenen Ländern steht die sozialistische Revolution historisch unmittelbar bevor (in Westeuropa und den USA);

– die revolutionär-demokratische Revolution in Rußland ist das „Bindeglied“ zwischen der demokratischen Revolution im Osten, und der sozialistischen Revolution im Westen – sie hat nach beiden Seiten „aufrüttelnden“ („Prolog“ –) Charakter; und kann Dank der Existenz eines relativ bedeutsamen und konzentrierten Proletariats bruchlos zur sozialistischen Revolution übergehen;

– Die demokratische Revolution im Osten kann dies dagegen nicht, aber auch sie wird vorangetrieben werden, doch zunächst eine unverbrauchte Bourgeoisie an die Macht bringen, die noch fähig ist, „die ehrliche, streitbare und konsequente Demokratie zu vertreten.“ (5) Diese Position änderte sich erst wieder mit den berühmten „Aprilthesen“, in denen Lenin – gegen den Widerstand breiter Teile der Partei – erstmals davon ausging, daß das russische Proletariat vor dem europäischen die Macht ergreifen könnte, dies jedoch als unmittelbares Vorspiel der Weltrevolution;

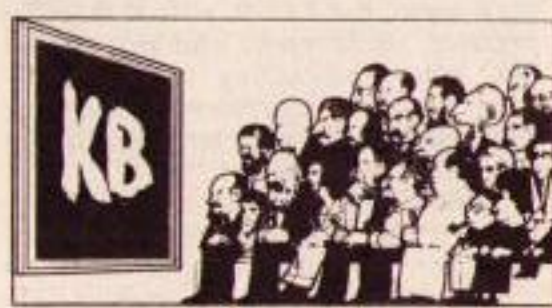
„Die russische Revolution vom Februar-März 1917 war der Beginn der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Diese Revolution hat den ersten Schritt zur Beendigung des Krieges getan. Erst der zweite Schritt kann seine Beendigung sicherstellen, nämlich der Übergang der Staatsmacht an das Proletariat. Das wird der Anfang des Durchbruchs an der Front, der den Gang der Weltrevolution bestimmt. Das wird der Anfang des Durchbruchs an der Front, der Front der Interessen des Kapitals im Weltmaßstab sein.“ (6)

Die Weltrevolution steht für Lenin fortan auf der Tagesordnung: „Die Weltlage wird immer verworrener. Es gibt keinen anderen Ausweg (!) als die proletarische Weltrevolution.“ (7)

Nach der siegreichen Oktoberrevolution erwartete Lenin den „Knall“ praktisch jeden Tag. Die zunehmend komplizierte, teilweise nahezu aussichtslose Lage der jungen Sowjetunion „drängt“ ihn geradezu auf diese Position:

„Es ist eine absolute Wahrheit, daß wir ohne die deutsche Revolution verloren sind. ...“ schreibt er beispielsweise in seinem Bericht an den 7. Parteitag (nach der Auseinandersetzung um den Frieden von Brest-Litowsk, wo er sich gegen die von den „Linken“ geforderte Fortführung des Krieges mit Deutschland gewandt hatte – die Linken hatten ihre Position mit den gleichen Worten begründet).

Es folgt dann die deutsche Novemberrevolution, die auf den ersten Blick eine deutliche Parallellität zur russischen Revolution aufwies: Sturz der Monarchie, Rätebewegung, Dominanz der Reformisten in der Regierung, Opposition an der Basis. Was lag also näher, als aus dieser (leider nur oberflächlichen) Parallellität einen gleichen Fortgang zu erwarten, also: Diskreditierung der Reformisten in der Regierung, schnelle Ausweitung der Rätebewegung, massenhafte Lösung der Arbeiterklasse vom Reformismus und Übergang zu revolutionären Positionen, rasche Radikalisierung breiter Volksmassen, schließlich Aufstand und Eroberung der Macht...



Zwei theoretische

Schwachpunkte.

Es sei hier kurz auf zwei Fehler, bzw. ungenügend klare Aspekte der leninischen Einschätzung der Weltlage hingewiesen:

1.) Die für Lenins Einschätzung der Weltlage als Grundvoraussetzung anzusehende Analyse des Kapitalismus als „sterbender Kapitalismus“:

„Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution, (er ist der) sterbende Kapitalismus“ (8). Vor allem sowjetische Historiker haben glanzvolle Eiertänze vollbracht, um die mystifizierte „Unfehlbarkeit“ Lenins zu retten, indem sie diese Position als „Kapitalismus im Übergang“ etc. interpretierten. Indes ging Lenin selbst genau den umgekehrten Weg, er korrigierte sich: „(daß der Imperialismus) charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus, richtiger, als sterbender Kapitalismus“ (ebenda). Ohne das jetzt hier umfangreich zitieren zu können, hat Lenin offensichtlich eine sehr unmittelbare Position zum „Sterben“ des Kapitalismus gehabt – er spricht auch von „faulendem“ Kapitalismus. Dies sollte bedeuten, daß die Gesellschaftsform des Kapitalismus im imperialistischen Stadium an dem Punkt ist, wo sie „alle Produktivkräfte entwickelt hat, für die sie weit genug ist“, um es ungefähr in der Marx'schen Definition auszudrücken. Genau das – so meine These – war eine Fehleinschätzung, und zwar eine von prägender Bedeutung für das „Projekt KI“, deren Zielsetzung, Aktions- und Organisationsformen. Die Möglichkeit der proletarischen Weltrevolution schien zwar gegeben, aber die von Lenin – gestützt auf obigen theoretischen Ansatz – mehrfach behauptete Unvermeidbarkeit der Weltrevolution (siehe auch oben) im Sinne der Marx'schen Alternative „Entweder Fortschritt der Menschheit zur nächsthöheren Stufe gesellschaftlicher Entwicklung – oder Rückfall in die Barbarei“, solche Unvermeidbarkeit war ein Trugschluß.

Lenin selbst hat ansatzweise in den letzten Schriften diese Sicht korrigiert – wie wir noch sehen werden. Aus heutiger Sicht kann man nur als Sympathisant des „Lenin-Mythos“ leugnen, daß der Imperialismus in viel riesigerem Maße, als es den Revolutionären zu Lenins Zeiten vorstellbar war, die Produktivkräfte weiterentwickelt hat, und weiterentwickelt; daß er einen enorm hohen Grad an „Vergesellschaftung der Produktion“ usurpiert (mit seiner uneingeschränkten Weiter-Herrschaft vereinbar gemacht) hat, und daß er – und damit sind wir beim zweiten Punkt – nicht zuletzt auf dieser Basis und damit sind wir beim zweiten Punkt – nicht zuletzt auf dieser Basis (Hebung des allgemeinen Lebensstandards/Niveaus) eine tiefe und breite ideologische Verankerung in den „Volksmassen“ besitzt. 2.) Eben diese Verankerung hat Lenin, was die westeuropäische Arbeiterbewegung angeht, vielleicht nicht in der Breite, aber in der Tiefe unterschätzt – die zweite prägende Komponente für das „Konzept KI“. Lenin ging – das wird gleich in der weiteren Darstellung der Entwicklung seiner Positionen belegt – er ging davon aus, daß in Deutschland sich der Übergang des unter reformistischem Einfluß stehenden Proletariats ebenso rasch vollzieht wie in Rußland. „Es zeigt sich hier noch einmal, daß der allgemeine Gang der proletarischen Revolution in der ganzen Welt derselbe ist. Zuerst spontane Gründung der Sowjets, hierauf ihre Verbreitung und Entwicklung, dann die praktisch auftretende Frage: Sowjets oder Nationalversammlung, oder Konstituante oder bürgerlicher Parlamentarismus; vollste Konfusion der Führer und endlich die proletarische Revolution“ (9). Der Einfluß des Reformismus, als der entscheidenden ideologischen Bastion des Imperialismus in der Arbeiterbewegung wird in seiner festen Verwurzelung in der Arbeiterklasse unterschätzt, Lenin stellt demzufolge eine direkte Parallele zwischen der Spartakus-Verfolgung vom Januar 1919 und den russischen „Julieigenen“ von 1917 her (Verfolgung der revolutionären Aktivisten) und „vergißt“ scheint's völlig die lange gewerkschaftliche und sonstige Tradition der westeuropäischen Arbeiterbewegungen, von daher die Autorität der reformistischen Führer etc., im Unterschied zu den russischen Bedingungen: „Wir wissen aus Erfahrungen wie schnell die Massen durch solche ‚Siege‘ der Bourgeoisie und ihrer Schranken von den Illusionen der bürgerlichen Demokratie, der allgemeinen Volksabstimmung und dergleichen kuriert werden“ (10). Dieser leninische Optimismus wurde durch einen theoretischen Mangel in der Analyse des reformistischen Phänomens begünstigt, der mit der oben dargelegten Einschätzung des Impe-

rialismus als „sterbender, faulender“ Kapitalismus zusammenhängt. Der Reformismus bezog der leninischen Einschätzung zufolge seine einzige sozialökonomische Basis aus den Extraprofiten als Kolonien, mit denen der Imperialismus breitere Teile der Arbeiterklasse „besticht“ („Arbeiteraristokratie“ – siehe hier die bekannten leninischen Texte – ich spare mir das Zitieren).

Da nun jedoch nach der oben dargestellten Vorstellung Lenins vom Gang der Weltrevolution (und auch tatsächlich) das Kolonialsystem durch den Aufschwung der demokratischen Revolution am zerfallen war, der Imperialismus als „sterbender Kapitalismus“ aber auch nicht mehr entwicklungsfähig war, mußte also – beschleunigt durch die Kriegsjahre – je d e r sozial-ökonomische und materielle Grundlage des Reformismus absterben, ergo: die Arbeiter massenhaft den Verrat der reformistischen Führer durch Übergang zu revolutionären Positionen quittieren. Lenin schrieb sogar:

„Die deutsche Revolution entwickelt sich genauso wie sich auch unsere Revolution entwickelt hat, doch in einem beschleunigten Tempo“ (11).

Kurz zum weiteren Beleg der (möglicherweise aus Platzersparnisgründen etwas verkürzten) obigen Argumentation einige Zitate Lenins. Er schreibt am 22. Oktober 1918:

„Der Bolschewismus ist zur weltumspannenden Theorie und Taktik des internationalen Proletariats geworden“ (12). Dies meinte er nicht nur im allgemein qualitativen Sinn, sondern durchaus konkret, quantitativ:

März 1919: „Die Massen haben sich von diesen Verrätern des Sozialismus (den Führern der II. Internationale) abgewandt“ (13). Und schließlich im Juli 1920: „Etwas mehr als ein Jahr nach dem ersten Kongreß der Kommunistischen Internationale bleiben wir Sieger über die zweite Internationale“ (14).

Die Revolution ist da – aber keine „Weltpartei“ des Proletariats

Die eben ausgeführten zwei entscheidenden Mängel/Fehleinschätzungen – Imperialismus und Reformismus sind am Ende, mal salopp gesagt – waren nach meiner Überzeugung von entscheidender, prägender Bedeutung für die Gründung der III. Internationale, für ihre innere Struktur, und für die Bestimmung ihrer Aufgaben. Dies ist deswegen wichtig hervorzuheben, weil bis in unsere Tage hinein die Verabsolutierung der damaligen organisatorischen Strukturen und Arbeitsweisen, militärisch-disziplinären Beziehungen Umgangsformen und ultrazentralistischen Entscheidungsebenen nachwirkt. Sie wurden in der Stalin-Ära zum unumstößlichen, ehernen „Bestandteil des Leninismus“ erklärt, womit man an m e n i g s t e n Lenins Gesamtpositionen selbst zu diesem Thema gerecht wurde. Dies führte in der nach-Lenin'schen Zeit zu einer totalen theoretischen Stagnation auf diesem Gebiet, die bis heute fort-dauert. Auch wir, d.h. unsere „neue kommunistische Bewegung“ (die „K-Gruppen“) ist in der ersten Phase ihrer Entwicklung dieser Dogmatisierung aufgesessen, und hat ihre organisatorischen Prinzipien (teilweise bis zu den seltsamsten Karikaturen) dem „Gegenstandskatalog: Leninismus“ entnommen, statt sie im Zusammenhang mit ihrer gesellschaftlichen Realität zu erarbeiten. Die konkrete Begründung, der konkrete Bezug für die Komintern-Gründung, deren Aufgaben und organisatorischen Prinzipien, bestand hingegen in der Annahme, die Weltrevolution „wäre da“, aber das wichtigste Instrument zu ihrer Durchführung – die Weltpartei – fehle.

Sobald er die ersten Nachrichten über die Krise in Detuschland erhielt, schrieb Lenin an Swerdlow, den damaligen Präsidenten des Exekutivkomitees der Sowjets:

„Die internationale Revolution ist innerhalb einer Woche so nahe gerückt, daß wir mit ihr als einem Ereignis der nächsten Tage rechnen müssen ... Im Frühjahr müssen wir eine 3-Millionen-Armee haben zur Unterstützung der internationalen Arbeiterrevolution“ (15). Allerdings „verdunkelt eine Wolke den strahlenden Horizont“: „Das größte Unglück und die größte Gefahr in Europa“, schreibt er, „besteht darin, daß es dort keine revolutionäre Partei gibt“ (16). Was liegt also näher, als diese Partei im Weltmaßstab, und koste es was es wolle, zu gründen. Dies wurde auf Betreiben der sowjetischen Führer dann – gegen den Widerstand der Spartakisten – im März 1919 vollzogen. Die neue „Weltpartei“ brauchte nach der ganzen vorangegangenen Einschätzung vor allem zu „funktionieren“, sie mußte das absolute Zweck-

bündnis nach sowjetischen Bürgerkriegsmustern sein, „eiserne Disziplin“ war das Ausschlaggebende, denn die Revolution „war da“, und es kam darauf an, zu siegen ...

„Der Sieg der proletarischen Revolution in der ganzen Welt ist sicher, die Gründung der internationalen Räterepublik steht bevor“ (17), versicherte Lenin in seinem Schlußwort auf dem ersten Kongreß der KI.

Der Katzenjammer folgte auf dem Fuße. Auf dem 3. Weltkongreß der KI kam man nicht mehr darum herum, die revolutionären Versuche der zurückliegenden Jahre realistischer zu sehen. Trotzki, der das Hauptreferat hielt, führte aus: „Erst jetzt sehen und fühlen wir, daß wir nicht so unmittelbar nahe dem Endziel, der Eroberung der Macht, der Weltrevolution stehen. Wir haben uns damals im Jahre 1919 gesagt: Es ist die Frage von Monaten, und jetzt sagen wir, es ist die Frage vielleicht von Jahren. Wir wissen es nicht genau, aber wir wissen um so besser, daß die Entwicklung in diese Richtung geht ...“ (18).

Bis zu ihrem Ende gelang es der Komintern nicht, die Gründe für die falsche Annahme der unmittelbar bevorstehenden Weltrevolution und für die tatsächliche Niederlage zu erarbeiten. Ihre relativ sektiererische Gründung und der militärische Charakter ihrer nationalen und internationalen Organisation wurden nie wieder hinterfragt, im Gegenteil, der Apparat wurde mit Fortschreiten der Stalin-Ära ausgebaut, und wurde später – vor allem in Detuschland, Frankreich und Spanien – zu einem unüberwindlichen Hindernis in der Erarbeitung von jeweils den realen nationalen Bedingungen entsprechenden Strategien und Taktiken.

Wie in der Entwicklung der Sowjetunion selbst, war es auch in der Beurteilung der Entwicklung der Komintern selbst, der in der letzten Phase seines Lebens kritischen Abstand zu den (ja entscheidend von seinen politisch-theoretischen Vorstellungen geprägten) bisherigen Ergebnissen fand.

Und ebenfalls wie in der Entwicklung der Sowjetunion selbst, wurden seine letzten Hinweise von der III. Internationale in der Folgezeit ignoriert.

Auf dem 4. Kongreß der Komintern im November 1922 – dem letzten, an dem Lenin teilnahm – sagte er mit Bezug auf die vom 3. Kongreß angenommene Resolution über Methoden, Strukturen und Aktionen der Kommunistischen Parteien:

„Diese Resolution ist ausgezeichnet, aber sie ist fast ausgesprochen russisch, d.h., es ist alles den russischen Verhältnissen entnommen (...) Mein Eindruck ist, daß wir mit dieser Resolution einen großen, Mein Eindruck ist, daß wir mit dieser Resolution einen großen

FEHLER gemacht haben, nämlich daß wir uns selbst den Weg zu einem weiteren Fortschritt versperrt haben“ (19). (Es soll heute noch einige „Leninologen“ unter uns geben, die solchen Weg immer noch versperrt lassen wollen ...)

Und Lenin ergänzt noch: „Ich glaube für uns alle, sowohl für die russischen als auch für die ausländischen Genossen ist das Wichtigste, daß wir jetzt, nach fünf Jahren Revolution, lernen müssen (...) Jeden Augenblick den wir frei sind von militärischer Tätigkeit, vom Krieg, müssen wir ausnutzen um zu lernen, und zwar von Anfang an ...“ (20).

(wird fortgesetzt)

Ps.: Da ich schon über dem vereinbarten Limit liege, muß ich zunächst abbrechen. Die Arbeit soll im nächsten AK fortgesetzt werden. Daß durch dieses Verfahren ein großer Teil der Schlußfolgerungen und Thesen an dieser Stelle noch nicht zu finden ist, möge man mir nachsehen.

Piet., RGW-Kommission und „Kritik“-Fraktion

Quellenhinweise

1. LW, Bd. 17, S.79
2. LW, Bd. 15, S.233
3. LW, Bd. 18, S.327
4. LW, Bd. 19, S.68/69
5. LW, Bd. 18, siehe dazu u.a. „Demokratie und Volkstümlichkeit in China“
6. LW, Bd. 24, S.52
7. LW, Bd. 24, S.203/4
8. LW, Bd. 22, S.198/307 - „Der Imperialismus als höchstes Stadium...“
9. LW, Bd. 28, S.484
10. LW, Bd. 28, S.447
11. LW, Bd. 28, S.107
12. LW, Bd.29, S.229
13. LW, Bd. 31, S.221
14. LW, Bd. 35, S. 340/41
15. LW, Bd. 28, S.238
16. LW, Bd.28, S. 490
17. Trotzki, Protokolle des 3. Weltkongresses der KI, Hambur 1921, S.24
18. LW, Bd. 33, S. 416/17 „Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution“
19. ebd., S. 417

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch zu den Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback

22 DM

ISBN: 3-88305-011-3

In einer mehrjährigen wissenschaftlichen Arbeit hat eine Arbeitsgruppe des KB diesen bisher detailliertesten und umfangreichsten Bericht zur Ausschlußpraxis und zum Abbau demokratischer Strukturen im DGB erstellt. Es ist ein Handbuch von Gewerkschaften für linke Gewerkschaftspolitik.



UNSER WEG NR. 4 enthält: Frauen klagen gegen den „Stern“ Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung Walpurgisnacht Polemik der „Courage“ gegen P.P. Zahl Der kleine Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialistischer Frauenbewegung Buchbesprechungen

Bisher erschienen:

Bisher erschienen:

UNSER WEG Nr. 1
Revisionismus-Kritik
50 Seiten A 4 DM 4,-
September 1978

enthält Texte speziell zur DKP, ihrer Programmatik und ihrer Praxis.

UNSER WEG Nr. 2
Zur Kritik des „realen Sozialismus“
94 Seiten A 4 DM 7,50
Oktober 1978

enthält Texte zur „Oktoberrevolution“, Diskussion um den „realen Sozialismus“, Biermann sowie Bahro.

UNSER WEG Nr. 3
Zur Kritik des „Eurokommunismus“
38 Seiten A 4 DM 3,-
Januar 1979

enthält Kritiken zu den einzelnen Parteien, sowie Texte über den Streit zwischen den „Eurokommunisten“ und „Realsozialisten“.

reents
verlag

LIEFERUNG NUR GEGEN VORAUSKASSE!
Portokosten gehen zu Lasten des Empfängers.
Pauschal sind bei Einzelbestellungen 40 Pf. mit zu übernehmen auf unser Konto
Dresdner Bank Hamburg – BLZ 200 800 00 – Kto. 451 83 78
oder
Postcheckamt Hamburg – BLZ 200 100 20 – Kto. 2405 95 203.

J. reents-verlag, Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50

Arbeiterkampf

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

....., den.....

Unterschrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

reents-bücher

in jedem guten buchladen

IRAN

Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit?

30 Interviews mit der Opposition
Vorwort: Bahman Nirumand

350 S. DM 17

Strauß



NEIN DANKE!

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“
Strauß im CSU-Hauptquartier vor Getreuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß – ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

100 S.
DM 7,50

Harrisburg war nur der Anfang

Als am 1.4.79 US-Präsident Carter den Kontrollraum des Katastrophenreaktors besuchte und anschließend behauptete, daß die Techniker alles im Griff hätten, wußte er da, daß ein längerer Aufenthalt als 10 Min. nicht erlaubt war? - daß dieser Raum 2 Tage vorher nur mit Atemgeräten zu betreten war?

Ein reich bebildeter Band voller Fakten, einer Analyse des Unfalls, und Untersuchungen über die Energiepolitik nach Harrisburg... und Unfallliste westdeutscher AKW's...

152 S.
DM 13,80

Massenmedien

„Konkret“-Herausgeber träumt von einer linken



Mitte September, gegen Ende der „Saure Gurken-Zeit“, schlug's zwar nicht wie eine Bombe, dafür aber bei Interessierten ein: H. Gremliza, „Konkret“-Herausgeber, ließ verlauten, daß er bereit sei, die von der SPD heruntergewirtschaftete „Hamburger Morgenpost“ zu übernehmen, aus der dann ein „radikaldemokratisches Blatt“ werden solle. Selbst Udo Lindenberg, so der „Stern“, sei bereit „einige Millionen“ in das Projekt zu stecken. Der Plan, den Gremliza den überraschten Anwesenden der Mitgliederversammlung der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in Hamburg am 17. September unterbreitete, sah folgendes vor:

Die SPD solle den Verlag und die Druckerei liquidieren und den Titel der MOPO für eine symbolische Mark verkaufen. Mit einer kleinen Redaktion solle die Zeitung dann bei einer Investition von erstmal 2 Mill. DM neu gestartet werden. (bei einem erstmal auf das Hamburger Stadtgebiet beschränkten Vertrieb). Einkalkuliert sei auch der Verlust von erstmal 40.000 der ca. 100.000 Leser der MOPO. Redaktionell sei an ein Konzept wie bei der „Münchner Abendzeitung“ gedacht: Mit „frecher Politik und viel Kultur“ als auch Beiträge von Autoren wie Böll, Lenz, Venske etc.

Einen Brief entsprechenden Inhalts mit einem Kaufangebot übersandte Gremliza dem SPD-Schatzmeister Halsberg.

Es handelt sich hiermit also um das Projekt einer Tageszeitung für ein linkes Spektrum der Leserschaft. Warum nun ausgerechnet das MOPO-Projekt erfolversprechender sein soll als die zur Zeit laufenden Projekte „Neue“ und „TAZ“, bleibt im Dunkeln. Alles deutet eher daraufhin, daß eine radikaldemokratische MOPO am Leserstamm der beiden anderen knabbern würde. Keine gute Aussichten... H. Gremliza scheint die Sache selbst auch nicht sooo ernst gemeint zu haben.

„Wenn die SPD die Morgenpost lieber sterben läßt als zu riskieren, daß sie ihr unangenehm wird, dann soll sie das offen bekennen. Und wenn es nur dazu führt, daß sie sich stärker um einen anderen bemüht, hat's ja auch schon was gebracht.“ („TAZ“, 19.9.79)

Die SPD hat sich beim Bauer-Verlag angemeldet und möchte diesem die MOPO andienen. Noch charakterloser kann sich die SPD gar nicht verhalten. Mit verblüffender Offenheit

legt sie dar, wie wenig ernst gemeint ihre Verbaljurien gegen die „Rechtspresse“ sind: Der Bauer-Konzern ist nicht nur Herausgeber der reaktionären Verblödungspresse (Quick, Praline etc.), sondern ist fest eingebunden in einen Kreis von Konservativen bis Rechtsextremen, der u.a. zur Bundestagswahl 1972 als „Kronsberger Kreis“ die wüste Hetzkampagne „Freiheit statt Sozialismus“ initiierte. Bauer finanzierte diese Kampagne mit „Mit einer klotzigen Anfangsinvestition von mindestens 20 Millionen Mark will der Bilderblätter-Bauer die „Morgenpost“ umkrempeln.“ Da zu Gremliza: „Ich kann ernsthaft mit Bauer nicht mithalten“ („Spiegel“, 40/79).

Was bleibt von Gremlizas Initiative über? Bis auf die positive Reaktion von Udo Lindenberg hat die „links-liberale bis radikaldemokratische“ Szene außer mit höflicher Aufmerksamkeit nicht die Reaktion gezeigt, die auf ein Anwachsen des Engagement dieser Kreise schließen ließen. Auch die Offerte Gremlizas an den linken Flügel der SPD, der Partei ein Herausgebergremium anzudienen mit Namen wie Fritz Sänger, Axel Eggebrecht und dem Hamburger SPD-Vorstandsmitglied Freimuth Duve, hat da nichts bewirken können.

Erfreulich ist es, daß die Hamburger Mediensituation doch erste Diskussionen auf gewerkschaftlicher Ebene in Gang gebracht hat. Am 3.10.1979 beschloß die große Funktionsversammlung der IG Metall in Hamburg eine Resolution, in der es unter anderem heißt:

Hamburger Giftskandal:
Morgenpost Senator Dahrendorf Rücktritt!

Gunnar Möllers
Kinder-Rache für

„Die engagierte Arbeitnehmerschaft braucht eine Alternative zu der Unternehmerfreundlichkeit und Rechtsorientierung der Springerpresse, sie braucht ein Gegengewicht zu den Verdummungs- und Entpolitisierungsabsichten und zu den Sex-Gewalt- und Crime-Berichten dieser Presse.“

Der Niedergang der Hamburger Morgenpost ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, daß sie immer weniger die Aufgabe erfüllt hat, Alternative zur BILD-Zeitung zu sein und stattdessen immer mehr versucht hat, den Stil der BILD-Zeitung zu kopieren.

Nachdem der SPD-Vorstand endgültig beschlossen hat, die Morgenpost nicht mehr in eigener Regie weiterzuführen, unterstützen wir jede Initiative, die zur Übernahme der Morgenpost bereit ist und aus dieser Zeitung eine echte Alternative zur Springerpresse machen will.

Wir fordern die verantwortlichen Gremien der IGM – insbesondere den Vorstand – auf, entsprechende Initiativen voll zu unterstützen, aber auch eigene Initiativen zu ergreifen, nicht nur mit dem politischen Gewicht der Organisation, sondern auch mit finanziellen Mitteln.

In diesem Zusammenhang wird die Initiative H. Gremlizas ausdrücklich begrüßt. Am Ende der Erklärung wird der Verkauf der MOPO an den Bauer-Konzern abgelehnt, weil dies „eine Stärkung der Rechtspresse bedeutet.“ Diese Erklärung wurde bei 800 anwesenden Vertrauensleuten bei wenigen Gegenstimmen angenommen.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

„Wind von rechts“ beim NDR

Am 6. November wollen die Regierungschefs der drei Länder Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen die letzte Runde um die Zukunft des NDR einleiten. Dabei steht jetzt als „Kompromiß-Formel“ schon fest, daß jene Statutenentwürfe zur inneren Struktur eines zukünftigen NDR übernommen werden, derentwegen die SPD und viele andere demokratische Kräfte im letzten Jahr noch mit Recht lautstarken Protest erhoben: Die Stoltenberg-Pläne, nach denen die Redakteure in Zukunft nach Programmrichtlinien zu arbeiten haben, „die von den Wertvorstellungen des Grundgesetzes geprägt“ sind, wobei es natürlich vor allem Sache der CDU ist festzulegen, wie diese „Wertvorstellungen“ auszusehen haben.

Bei „schwerwiegenden Verstößen“ gegen diese Richtlinien sind Redakteure durch Entlassung bedroht. Bei den Verhandlungen im November wird es also nur noch darum gehen, wieviel eigene Frequenzen das geplante separate „Radio Niedersachsen“ auf Kosten des Bestandes des NDR durchsetzen wird, oder ob es völlig vom NDR abgetrennt wird.

Noch vor Vertragsabschluß treffen die Verantwortlichen in sämtlichen Funkhäusern weitere Maßnahmen, die die Redakteure auf Anpassungskurs gegenüber dieser Entwicklung bringen sollen. Selbst im SPD-dominierten NDR-Hamburg hat schon im August der Chefredakteur der Hauptabteilung Politik beim NDR-Hörfunk, Hans Soltan (CDU), alle Redakteure aufgefordert, schriftlich anzugeben, ob sie Ehrenämter im „politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen“ Bereich ausüben. Ist dies der Fall, sollen die Betreffenden „nicht mehr mit Berichterstattungen über Probleme befaßt werden, die in der Verbindung mit der Privatstätigkeit in der Freizeit stehen könnten“ (NDR-Hausmitteilung).

Nicht nur, daß die Redakteure in Verfassungsschutz-Manier über ihre privaten, außerberuflichen Tätigkeiten ausgefragt werden, sondern hier soll auch das „im Einzelfall“ und „konkret“ zu „prüfende“ Berufsverbot für demokratisch engagierte Redakteure eingeführt werden. Der Fall des Redakteurs Wasmund, der wegen seiner Unterstützung der Anti-AKW-Demonstrationen vom Februar '77 nicht als Reporter in der Berichterstattung über diese Demonstrationen berichten durfte, soll kein Einzelfall mehr bleiben.

Vor diesem Hintergrund entpuppt sich die Überlegung des Hamburger Bürgermeisters Klose, als „Gegengewicht“ zum drohenden „Privatfunk-Fernsehen“ eine „öffentlich-rechtliche Zeitung“ zu schaffen, als Augenschein, wo weder im NDR noch durch die eigene MoPo die SPD den Rechtskräften in den Medien ernsthaft etwas entgegensetzt.

Was die Wirklichkeit in den westdeutschen Sendeanstalten angeht, geben ein paar Zahlen einer Meinungsumfrage des EMNID-Instituts unter Rundfunk- und Fernseh-Journalisten Aufschluß. Thema der Umfrage: „Die Bedrohung der inneren Rundfunkfreiheit“.

Bei einer ähnlichen Umfrage im letzten Jahr hatte sich ergeben, daß sich die meisten Befragten in den Anstalten heute „weniger frei fühlen, als vor sechs Jahren.“ Die ganze Umfrage hatte erheblichen Staub aufgewirbelt. (AK 134) Die EMNID-Umfrage im Auftrag der Rundfunk-Film- und Fernseh-Union (RFFU) im DGB stieß diesmal vorsorglich auf den Widerstand der Anstaltsverantwortlichen. ZDF-Indendant v. Hase „fürchtete um die Geheimhaltung... dienstlicher Angelegenheiten und pochte deshalb auf die „Verschwiegenheitspflicht“ („Spiegel“, 41/79). Die Rechten in

den Sendern folgten diesem Boykottaufruf. Ergebnis: 39 Prozent der 3000 Befragten gaben Antworten, 43 Prozent der Leitenden Kräfte (überwiegend Sozial-Liberale) antworteten ebenfalls. Von den Leitenden Redakteuren meinten 65 Prozent, daß sie „für mehr Programmvelfalt wirken“. Dagegen bewerteten 67 Prozent der Redakteure die Tätigkeit der Leitenden gegenteilig.

„Verglichen mit der Rundfunkfreiheit vor sechs und mehr Jahren, so urteilten die meisten, gibt es in den Funk- und Fernsehhäusern heute mehr Beschwerden, mehr Selbstzensur, mehr Angst und Bedrückung, aber weniger Meinungsvelfalt, ein schmaleres politisches Programmspektrum und einen Schwund an kollegialen Verhalten.“ Diese Auffassung vertreten vier von fünf Redakteuren, vor allem beim NDR und beim Bayerischen Rundfunk.

Interessant ist auch, daß über 60 Prozent der Redakteure angeben, sie hätten Erfahrungen gemacht mit „der Absetzung bzw. Veränderung umstrittener Sendungen“, dieses aber meist nur durch dritte erfahren. Da „in der Regel die Möglichkeit, ein umstrittenes Thema ins Programm zu bringen“ weiterhin bestehe, erklären 60 Prozent der Redakteure, daß sie trotzdem mit ihrem Arbeitsplatz zufrieden sind. Nur acht Prozent erklärten sich ausdrücklich für unzufrieden. Die überwiegende Mehrheit der Redakteure antwortet auf die weitere ideologische Ausrichtung und Repression mit einem Rückzug auf den individuellen Arbeitsplatz bei Anwendung eines Kriteriums der Zufriedenheit, daß sich dem jeweils „Machbaren“ anpaßt.

Medienkommission
KB/Gruppe Hamburg

Abs.

(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich – DM 27,50
jährlich – DM 55,-

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents, Postscheckamt Hamburg BLZ 20010020 Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

Abo Karte

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50